Jan W. van Deth
Markus Tausendpfund (Hrsg.)

Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?

Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN

Springer VS

Politik im Kontext:
Ist alle Politik lokale Politik?

Jan W. van Deth • Markus Tausendpfund (Hrsg.)

Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?

Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen

Springer VS

Herausgeber
Jan W. van Deth,
Markus Tausendpfund,
Universität Mannheim,
Mannheim, Deutschland

ISBN 978-3-531-19248-2 ISBN 978-3-531-19249-9 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Einführung: Ist alle Politik lokale Politik? 9
Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund

Teil I: Politische Orientierungen im lokalen Kontext 33

Lokale Orientierungen 35
Sebastian Kuhn

Wertorientierungen 67
Sigrid Roßteutscher und Philipp Scherer

Demokratische Bürgertugenden 93
Simone Abendschön

Soziales Vertrauen 133
Sonja Zmerli

Soziale Partizipation 157
Silke I. Keil

Politische Mediennutzung 191
Jens Tenscher, Gilg U.H. Seeber und Michael Hallermayer

Wissen zur EU – Bedeutung/slosigkeit des lokalen Kontexts? 215
Bettina Westle

Haltungen zur Europäischen Union 241
Markus Tausendpfund

Teil II: Lokale politische Orientierungen im Vergleich 269

Politisches Interesse 271
Jan W. van Deth

Politisches Vertrauen 297
Christian Schnaudt

Verbundenheit mit der Gemeinde 329
Marc Bühlmann

Zufriedenheit der Bürger mit politischen Institutionen und der Demokratie 359
Angelika Vetter

Politische Partizipation 381
Oscar W. Gabriel

Wahlbeteiligung 413
Thorsten Faas

Schlussbetrachtung: Warum ist nicht alle Politik lokale Politik? 441
Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund

Anhang 457

Anhang 1: Fragebogen der Bürgerbefragung 459

Anhang 2: Informationen zu den Kontextdaten 479

Die Autorinnen und Autoren 481

Vorwort der Herausgeber

Seit Beginn des Denkens über Gesellschaft und Politik wird die Bedeutung der eigenen Gemeinde für die Entwicklung politischer Einstellungen betont. Insbesondere in demokratischen politischen Systemen können Gemeinden als „Schule der Demokratie“ fungieren: wo die geringe geographische Distanz es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, natürliche Kontakte mit Nachbarn und Bekannten, beim Einkaufen oder im Sportverein zu pflegen und gemeinsame Interessen relativ einfach erkennbar sind, dort werden auch Gemeinsinn und Engagement gefördert. Trotz der breiten Unterstützung dieser These liegen über den tatsächlichen Einfluss des lokalen Umfelds auf allgemeine politische Einstellungen nur wenige empirische Befunde vor.

Zur empirischen Überprüfung der möglichen Bedeutung des lokalen Umfelds für europäische Orientierungen entstand Anfang 2007 das Projekt „Europa im Kontext“. In der Entwicklungsphase des Projekts spielte Julia Rathke eine wichtige Rolle und gemeinsam haben wir einen ausführlichen Antrag für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Unterstützung des Projekts vorbereitet. Die erfolgreiche Einwerbung dieser Mittel ermöglichte eine sehr umfangreiche und systematische Erhebung von Daten in 28 Gemeinden und die Befragung von etwa 12.000 Bürgerinnen und Bürgern. Neben der ursprünglichen, auf europäischen Einstellungen fokussierten Fragestellung, bieten diese Daten die einzigartige Möglichkeit, die Bedeutung des lokalen Umfelds für politische Orientierungen und Verhalten im Allgemeinen zu untersuchen. Zur Ausschöpfung dieses Analysepotenzials haben wir 2011 Experten aus verschiedenen Bereichen eingeladen, die Bedeutung des lokalen Umfelds auf Basis unserer Daten zu untersuchen. Damit wurde aus dem „Europa im Kontext“-Projekt das „Politik im Kontext“-Buch.

Der vorliegende Band enthält die Ergebnisse der verschiedenen Analysen zur Bedeutung des lokalen Umfelds für politische Orientierungen und Verhalten. Damit die verschiedenen Beiträge ein kohärentes Bild dieser Einflüsse bieten können, wurden die Autorinnen und Autoren gebeten, ihre Analysen vergleichbar durchzuführen und die Präsentation weitgehend einheitlich zu gestalten. Zur Besprechung dieser gemeinsamen Vorgehensweise fand am 15. Juli 2011 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim ein Autorentreffen statt. Als Herausgeber sind wir den Kolleginnen und Kollegen für ihre Bereitschaft, die themenspezifischen Beiträge nach den vereinbarten Vorgaben zu systematisieren und zu präsentieren, zu großem Dank verpflichtet. Sie alle haben nicht nur unsere Einladung, einen Beitrag zu liefern, begeistert akzeptiert, sondern auch unser beharrliches Drängen, den gemeinsamen Richtlinien zu folgen, mit viel Geduld und Hilfsbereitschaft ertragen.

Neben den Autorinnen und Autoren haben verschiedene andere Personen im Rahmen des Projekts wichtige Aufgaben übernommen, für deren Mitarbeit wir uns herz-

lich bedanken möchten. Unser besonderer Dank gilt Tristan Klingelhöfer, der als studentische Hilfskraft an der Formatierung des Bands beteiligt war. In den verschiedenen Projektphasen waren außerdem Sabrina Braun, Julia Hoffmann, Eva Jungkind, Rebecca Meier, Julia Suppliet und Christoph Uhl als studentische Hilfskräfte tätig. Schließlich möchten wir uns für die Sachbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Nummer DE 630/14-1) sowie die Unterstützung des MZES ganz herzlich bedanken. Ohne diese großzügigen Ressourcen und die kontinuierliche Bereitschaft, die vielen praktischen Probleme zu lösen, wäre die Durchführung eines Projekts in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

Mannheim, im Juni 2012 Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund

Einführung: Ist alle Politik lokale Politik?

Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund

1 Thema und Ziel

Für die meisten Menschen ist Politik abstrakt und hat nur wenig Bedeutung für das Alltagsleben. Statt „großer Themen" wie Staatsverschuldung, Erderwärmung oder Völkermord ist vielen Bürgern[1] die Gestaltung des unmittelbaren Umfelds viel wichtiger. Sie verbringen daher auch mehr Zeit damit, sich mit Freunden zu treffen und in Vereinen zu engagieren als Partei- oder Wahlprogramme zu lesen. Politische Orientierungen entstehen auch in diesen direkten Kontakten mit Nachbarn und Bekannten und manche Bürger sammeln ihre ersten politischen Erfahrungen in und mit der Kommunalpolitik. Für viele Menschen sind Gemeindeverwaltung, lokale Politiker und Bürgermeister zudem die einzigen politischen Institutionen, mit denen sie in ihrem Leben unmittelbar in Berührung kommen. Der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses Tip O'Neill fasste die Bedeutung der lokalen Politik mit der Phrase „All politics is local" sehr gut zusammen. Die durch das lokale Umfeld geprägten politischen Orientierungen bilden anschließend eine wichtige Grundlage für die Haltungen gegenüber nationalen und supranationalen Institutionen. Lokalpolitik hat somit eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse hinaus geht.

Der vorliegende Band analysiert die Orientierungen der Bürger gegenüber Politik und Demokratie – ihre Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit, ihre Bewertung und ihre Verhaltensabsichten. Die Publikation bietet dabei einen Überblick verschiedener politischer Orientierungen, die sich nicht nur auf Kommunen oder Lokalpolitik beziehen, sondern auch auf das politische Interesse und Wissen, das soziale und politische Vertrauen, die Unterstützung von Bürgertugenden, den Haltungen zum Nationalstaat und zur Europäischen Union sowie zur sozialen und politischen Partizipation. Der Schwerpunkt der einzelnen Beiträge liegt auf der Beschreibung und Erklärung möglicher Unterschiede und Ähnlichkeiten dieser Orientierungen in unterschiedlichen Gemeinden.[2] Dabei ist es ein wesentliches Anliegen zu klären, *welche Bedeutung das lokale Umfeld für politische Orientierungen hat und wie mögliche wechselseitige Abhängigkeiten und Beeinflussungen von individuellen und kontextuellen Merkmalen zustande kommen*.

---

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Band nicht durchgängig eine geschlechterneutrale Sprache verwendet. Mit Begriffen und Bezeichnungen wie „Bürger" oder „Politiker" sind selbstverständlich immer auch Frauen gemeint.

[2] Die Begriffe Kommune und Gemeinde werden hier als Synonyme für lokalpolitische Einheiten und nicht als „kommunale Gebietskörperschaften" im verfassungsrechtlichen Sinn verwendet (Walter-Rogg et al. 2005).

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_1, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Für die empirischen Analysen stehen Primärdaten des Projekts „Europa im Kontext“ (EiK) zur Verfügung.[3] Im Rahmen der Studie wurden im Frühjahr 2009 in 28 zufällig ausgewählten hessischen Gemeinden insgesamt 12.064 Bürger ab 15 Jahren telefonisch befragt.[4] Neben einer Kommunalpolitikerbefragung fand in diesen Gemeinden zudem eine umfangreiche Sammlung von statistischen Informationen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in diesen Kommunen statt. Da alle Gemeinden in einem Bundesland liegen sind die überregionalen Rahmenbedingungen für alle Kommunen konstant. Insbesondere die Kombination dieser außergewöhnlichen Datensammlungen ermöglicht es, die Einflüsse individueller Merkmale und lokaler Besonderheiten auf politische Orientierungen empirisch zu untersuchen. Wichtig dabei sind sicherlich auch Fragen nach der relativen Bedeutung individueller und lokaler Merkmale für die Einstellungen der Bürger sowie die Suche nach möglichen Übertragungseffekten (Spillover-Effekte) von der lokalen auf die nationale und supranationale Ebene.

2 Der lokale Kontext

Positive Effekte der Gemeinde und der lokalen Politik auf die allgemeinen politischen Orientierungen der Bürger sind von Aristoteles und Alexis de Tocqueville über Robert Dahl und Benjamin Barber bis hin zu Amitai Etzioni und Robert Putnam immer wieder betont worden. Weil in kleinen politischen Einheiten soziale Kontakte einfacher zu realisieren sind und gemeinsame Interessen meistens direkt wahrgenommen werden können, verschwinden die Grenzen zwischen privaten und sozialen Kontakten sowie zwischen individuellen und kollektiven Interessen. In großen politischen Einheiten geht der einzelne Bürger viel einfacher in der Anonymität auf und ist sich der Notwendigkeit, sich um gemeinsame Interessen zu kümmern, viel weniger bewusst. Die Bereitschaft, sich politisch und sozial zu engagieren – sich also für das Gemeinwohl zu interessieren und sich dafür einzusetzen – sollte daher in Gemeinden deutlich stärker ausgeprägt sein als in größeren politischen Einheiten wie Regionen, Bundesländern oder Staaten. Dabei ist jedoch nicht nur die einfachere Lösung des Kollektivgutproblems in kleineren politischen und sozialen Einheiten relevant, wichtig sind insbesondere auch die Chancen für die Entfaltung demokratischer Freiheiten der Bürger. In seiner berühmten Betrachtung der „townships“ in Massachusetts Anfang des 19. Jahrhunderts wies Alexis de Tocqueville bereits auf die außerordentliche Bedeutung von Gemeinden für den „Geist der Freiheit“ hin:

---

[3] Die Studie „Europa im Kontext“ wurde mit einer Sachbeihilfe von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Nummer DE 630/14-1) sowie der Unterstützung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim durchgeführt. Für diese großzügige Unterstützung möchten wir uns ganz herzlich bedanken. Für weitere Informationen zum Projekt siehe www.europa-im-kontext.de und die ausführlichen Darstellungen in Tausendpfund (2012).

[4] Für die Analysen stehen Angaben von 11.870 Befragten zur Verfügung (siehe dazu den Abschnitt 4.2).

> „Und doch ruht die Kraft der freien Völker in der Gemeinde. Die Gemeindeinstitutionen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaften sind; sie machen sie dem Volke zugänglich; sie wecken in ihm den Geschmack an ihrem friedlichen Gebrauch und gewöhnen es daran. Ohne Gemeindeinstitutionen kann sich ein Volk eine freie Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt es nicht.“ (Tocqueville [1835] 1985, S. 52)

Allerdings haben kleinere politische Einheiten nicht nur positive Konsequenzen für die Lebenschancen einer Demokratie. Bereits vor fast vier Jahrzehnten fassten Robert Dahl und Edward Tufte (1973, S. 13–15) in ihrer bahnbrechenden Studie nach den Zusammenhängen zwischen *Size and Democracy* die „main claims“ und „counter claims“ in diesem Bereich zusammen: manchmal fördern kleine politische Einheiten die Demokratie; manchmal aber auch nicht. Dabei verwendeten die Autoren insbesondere zwei Kriterien, um die ideale Größe eines politischen Systems festzustellen. Erstens soll das politische System für die Bürger effektiv sein, das heißt sie müssen tatsächlich die Möglichkeit haben, die Entscheidungen zu bestimmen („citizen effectiveness“). Zweitens soll das System über die Kapazitäten verfügen, um die kollektiven Wünsche der Bürger zu realisieren („system capacity“) (Dahl u. Tufte 1973, S. 20–22). Nach ausführlichen Betrachtungen über die demokratischen Lebenschancen politischer Einheiten verschiedener Größe sehen Dahl und Tufte letztendlich keine Möglichkeit, die beiden Kriterien zu vereinbaren: *„No single type or size of unit is optimal for achieving the twin goals of citizen effectiveness and system capacity“* (1973, S. 138; Kursiv im Original).

Auch andere Autoren lehnen die einfache These, dass kleine politische Einheiten positivere Effekte für die Demokratie haben als größere, ab. In ihrem Bericht über den Zustand der Demokratie für die American Political Science Association benennen Macedo und seine Kollegen (2005) zwei „dillemas“ oder „challenges“: der „dillema of scale“ (kleinere Einheiten sind nicht immer in der Lage, Dienstleistungen effektiv anzubieten oder politische Ziele zu erreichen) und der „challenge of diversity or heterogeneity“ (kleinere Einheiten tendieren zu Homogenität und Exklusivität). Beide Herausforderungen sind potentielle Bedrohungen für eine lebhafte Demokratie. Insbesondere das soziale und politische Engagement der Bürger und ihre Verbundenheit mit der eigenen Kommune können sich in kleineren politischen Einheiten weniger positiv entwickeln, weil sie nicht in der Lage sind, gewünschte Maßnahmen durchzuführen oder Auseinandersetzungen mit verschiedenen Meinungen und Interessen fehlen (Macedo et al. 2005, S. 70–72).

Die von Dahl und Tufte und vielen anderen Autoren unternommene Suche nach der optimalen Größe demokratischer Systeme betrifft meistens alle möglichen Varianten vom kleinen Dorf bis globaler Großmacht. Diese Frage kann man allerdings auch für Gemeinden stellen und da sind die empirischen Befunde offensichtlich eindeutiger. Oliver (2000) untersuchte in amerikanischen Kommunen den Einfluss von Stadtgröße auf die Bereitschaft sich zu engagieren und betont eindeutig die positiven Effekte von kleineren Gemeinden. Im allgemeinen lassen sich solche Effekte auf den Charakter menschlichen Zusammenlebens zurückführen, der eine geographische Nähe voraussetzt: „… the key localizing force derives from the essential ‘socialness’ of human activities and

the fact that such socialness is facilitated and enhanced by geogaphical proximity. Such untraded interdependencies are essentially socio-cultural“ (Dicken 2000, S. 459).

Unter welchen Bedingungen sind lokalpolitische Einheiten in der Lage die Konsequenzen von beschränkten Kompetenzen und Effektivität zu kompensieren? Wann bedrohen Homogenität und Exklusivität die Bildung von sozialem Vertrauen und die Bereitschaft sich zu engagieren? Führt die potentiell stärkere Performanz von größeren Kommunen zu mehr Zufriedenheit und Akzeptanz unter den Bürgern? Um solche Fragen zu beantworten, ist es selbstverständlich nicht ausreichend, die Gemeindegröße ausschließlich in demographischen oder geographischen Kennzahlen zu berücksichtigen. Neben solchen Informationen sind Indikatoren erforderlich, welche die verschiedenen Aspekte des lokalen Kontexts abbilden und sich an den erwähnten Herausforderungen orientieren. Für die Einstellungen der Bürger gegenüber Politik und Demokratie – ihre Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit, ihre Bewertung und ihre Verhaltensabsichten – scheinen neben individuellen Merkmalen insbesondere (a) die lokalpolitischen Verhältnisse, (b) die lokale Gesellschaft und (c) die lokalen Wirtschaftsbedingungen wichtig zu sein.

Wie bereits Tocqueville andeutete, wird der *lokalen Politik* als „Schule der Demokratie“ besondere Einflüsse auf die demokratischen Werte und Normen der Bürger zugeschrieben. Für diese Annahme sprechen mehrere Gründe. Die lokale Ebene zeichnet sich durch die Nähe der Bürger zur Politik aus. Die geringe Distanz schafft die Voraussetzungen für eine besonders starke Einbindung der Bürger in demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, da die örtlichen Verhältnisse in der Regel überschaubarer, die Problemlagen durchschaubarer und die beteiligten Akteure erkennbarer sind. Außerdem betreffen kommunalpolitische Entscheidungen oft das persönliche Leben der Bürger, für die diese Einflüsse auch viel einfacher wahrzunehmen sind als die Konsequenzen von nationalen oder europäischen Maßnahmen. Schließlich bestehen auf lokaler Ebene mehr Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürgern und Politikern, so dass sich auf lokaler Ebene stärkere Bindungen zwischen den Bürgern und den Volksvertretern entwickeln können als auf nationaler oder supranationaler Ebene. Auch sind die Mitwirkungs- und Beteiligungsformen an politischen Prozessen vielfältiger. Insbesondere seit den 1990er Jahren werden auf lokaler Ebene verstärkt neue Beteiligungsformen getestet (z. B. Bürgerhaushalt, Bürgerforen), die den Bürger zum Partner der Politik machen.[5] Dadurch bieten sich mehr Möglichkeiten, politische Fähigkeiten zu lernen und demokratische Verhaltensweisen auszubilden, unter anderem das Erlernen von Zusammenarbeit, die Suche nach Kompromissen oder auch die Beteiligung an Entscheidungsprozessen (siehe z. B. Bogumil u. Holtkamp 2006, S. 9; Naßmacher u. Naßmacher 2007, S. 24–25; Pähle 2008, S. 248–249; Pähle u. Reiser 2007, S. 7–8; Vetter 2011, S. 25–26).

Das *gesellschaftliche Umfeld* bildet den zweiten Bereich des lokalen Kontexts. Im gesellschaftlichen Umfeld spielt sich für viele Menschen das unmittelbare Alltagsleben ab. Hier begegnen sich die Bürger und es findet alltägliche Kommunikation und

[5] Für eine Übersicht neuer Beteiligungsformen auf lokaler Ebene siehe z. B. Kersting (2008); Beiträge zu den Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung finden sich bei Vetter (2008).

Austausch statt – beim Einkaufen auf dem Wochenmarkt, dem Flohmarkt in der Innenstadt oder auch dem Adventsbasar der Kirchengemeinde, in Vereinen und Verbänden und bei informellen Kontakten mit Freunden und Verwandten. Der lokale Lebensraum ist damit der natürliche Treffpunkt der Menschen. „Vor Ort“ pflegen die Menschen direkte Kontakte mit Freunden und Nachbarn, engagieren sich in Vereinen und gestalten gemeinsam das unmittelbare Lebensumfeld. Durch soziale Bindungen und Interaktionen sind viele Bürger fest in dem gesellschaftlichen Umfeld einer Gemeinde verankert. Dadurch wird die Gemeinde zum „Ort der sozialen Integration“ (Ladner u. Bühlmann 2007, S. 67).

Das Lebensumfeld der Bürger wird aber auch von den *lokalen Wirtschaftsbedingungen* geprägt. Die kommunale Verschuldung oder auch die lokale Arbeitslosigkeit haben vielfältige Auswirkungen auf die Situation vor Ort. Bei einer hohen Verschuldung verringern sich die Gestaltungs- und Handlungsspielräume der lokalen Politik, zentrale Entscheidungen der Gemeinde werden dann in zunehmender Weise von Aufsichtsbehörden getroffen. Dies bleibt natürlich nicht ohne Konsequenzen für das lokale Leistungsangebot: Notwendige Straßensanierungen werden verschoben, die Öffnungszeiten der Bibliothek reduziert und die Vereinsförderung verringert. Arbeitslosigkeit hat nicht nur individuelle Auswirkungen, sondern auch Folgen für die Gemeinde. Sie begünstigt soziale Konflikte und kann allgemein Existenzängste in einer Gemeinde schüren.

3 Politische Orientierungen in Kommunen

Als unmittelbares politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld der Bürger ist der lokale Kontext zunächst für allgemeine politische Orientierungen von Bedeutung: wer zum Beispiel in einer Gemeinde mit einem regen Vereinsleben zu Hause ist, der wird erwartungsgemäß eine stärkere Unterstützung für prosoziale Normen zeigen als jemand, der kaum Gelegenheit hat, freiwillig aktiv zu sein. Diese direkte Bedeutung lokaler Besonderheiten für politische Orientierungen der Bürger in einer Kommune bildet ein erstes Thema unserer Untersuchungen (siehe Abbildung 1, S. 14). Dabei handelt es sich um Einstellungen gegenüber der lokalen Politik und der Europäischen Union, um Wertorientierungen, demokratische Bürgertugenden, soziales Vertrauen, politische Mediennutzung, politisches Wissen und soziales Engagement in Vereinen und Verbänden. Die Determinanten dieser Orientierungen sind dabei in drei Gruppen einzuteilen. Zunächst einmal können individuelle Merkmale wie zum Beispiel Bildung oder Alter diese Orientierungen beeinflussen (Pfeil 1 in Abbildung 1). Zweitens sind die drei bereits erwähnten Aspekte des lokalen Umfelds als Kontextmerkmale relevant (Pfeil 2). Auch andere Autoren wie zum Beispiel Pettersen und Rose (1996, S. 55) oder Ladner und Bühlmann (2007, S. 34) unterscheiden zwischen „Eigenschaften der Gemeinde“ und „Individualeigenschaften“ zur Erklärung von politische Einstellungen in verschiedenen Kommunen.[6] Das Modell in Abbildung 1 geht

[6] Siehe auch Oliver (2000) für eine ähnliche Unterscheidung von Determinanten politischer Orientierungen.

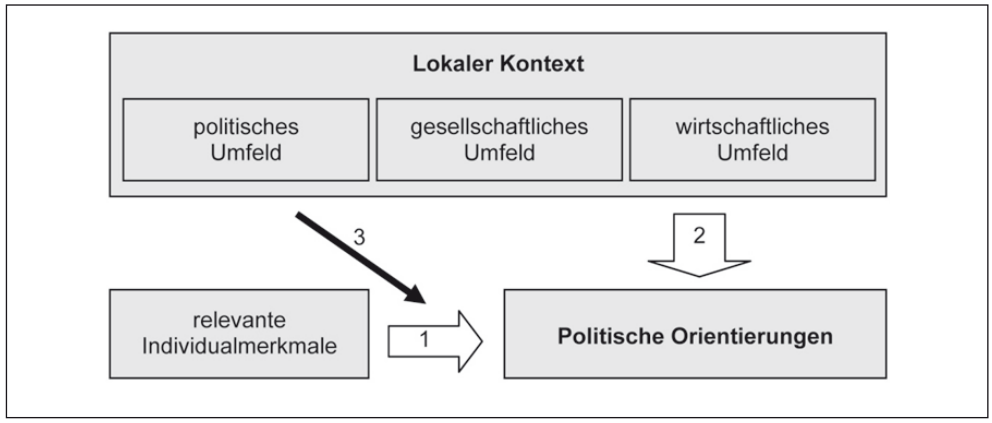


Abbildung 1: Analyseschema politische Orientierungen im lokalen Kontext

jedoch noch einen Schritt weiter, da Individual- und Kontextmerkmale manchmal auch mit einander zusammenhängen – zum Beispiel, wenn in einer ökonomisch-entwickelten Kommune relativ viele hochgebildete Personen wohnen. Pfeil 3 illustriert diesen Zusammenhang als dritten möglichen Einflussfaktor.

Die Bedeutung des lokalen Kontexts für politische Orientierungen kann allerdings auch ganz anders betrachtet werden. In diesem zweiten Ansatz ist die Kommune als politisches Objekt neben nationalen und supranationalen Objekten *selbst* relevant für verschiedene politische Orientierungen: wer mit der Arbeit der Gemeindeverwaltung oder dem Bürgermeister zufrieden ist, der wird wahrscheinlich auch mit den politischen Institutionen auf nationaler und supranationaler Ebene eher zufrieden sein. Die Orientierungen gegenüber kommunalpolitischen Objekten im Vergleich zu politischen Institutionen und Akteuren auf höheren Ebenen bilden einen zweiten Ansatz für die Analyse politischer Einstellungen der Bürger in einer Kommune (siehe Abbildung 2; vgl. auch Pettersen u. Rose 1996, S. 55). Wichtige Themen sind dabei politisches Interesse, politisches Vertrauen, Verbundenheit mit der Gemeinschaft, Zufriedenheit mit politischen Institutionen, politische Partizipation sowie die Wahlbeteiligung. Auch in dieser Betrachtungsweise bilden die drei weiter oben unterschiedenen Einflussfaktoren wichtige Determinanten von politischen Orientierungen. Als vierte, zusätzliche Erklärungsmöglichkeit sind jetzt auch wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen politischen Ebenen zu berücksichtigen (Spillover-Effekte).

Ein geeignetes Instrument für die Analyse des Einflusses individueller *und* kontextueller Merkmale auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen stellt die Mehrebenenanalyse dar.[7] Dabei handelt es sich um ein statistisches Verfahren, das die Gesamtstreuung der abhängigen Variable (z. B. Vertrauen in politische Institutionen) auf

[7] Eine praktisch orientierte Einführung in die Mehrebenenanalyse bieten Braun et al. (2010) sowie Hans (2006). Für umfassendere Darstellungen siehe z. B. Hox und Roberts (2011), Langer (2010, 2009), Hox (2002, 1995) oder auch Snijders und Bosker (1999).

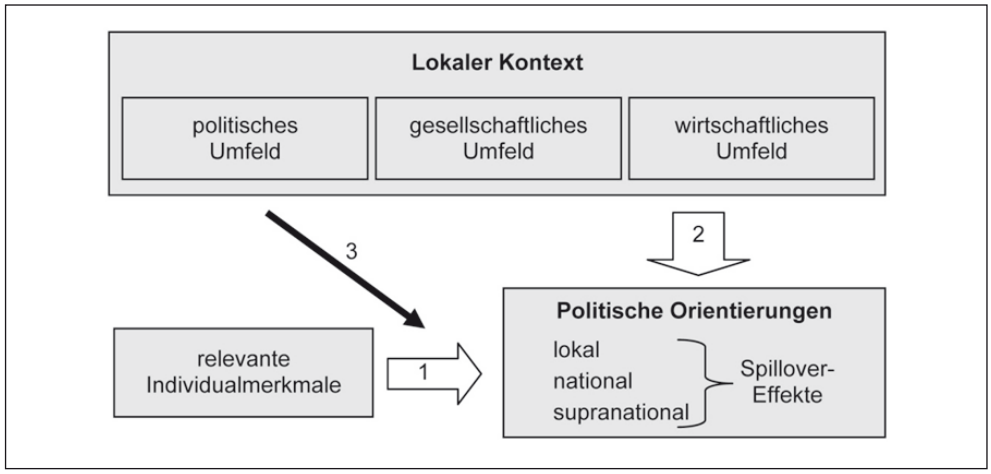


Abbildung 2: Analyseschema lokale politische Orientierungen im Vergleich

unterschiedliche hierarchisch angeordnete Ebenen aufteilt.[8] In diesem Band stellen die Bürger die Elemente der ersten Ebene, die Gemeinden die Elemente der zweiten Ebene dar. Die Mehrebenenanalyse berücksichtigt diese hierarchische Datenstruktur und vermeidet dadurch die Verletzung statistischer Anwendungsvoraussetzungen, die inhaltliche Fehlinterpretationen zur Folge haben können.

4 Kommunen und Bürger in Hessen

Die Beiträge in diesem Band untersuchen, welche Faktoren die Wahrnehmung und Bewertung der Bürger gegenüber Politik und Demokratie beeinflussen. Neben individuellen Merkmalen, beispielsweise Bildung oder auch Mediennutzung, richtet sich der Blick insbesondere auf das unmittelbare Lebensumfeld der Bürger. Welche Rolle spielen Kommunalpolitik und Vereine, und inwiefern prägt das lokale wirtschaftliche Umfeld die politischen Orientierungen? Zur Beantwortung dieser Fragen sind – erstens – Informationen zu den politischen Einstellungen und individuellen Merkmalen einzelner Bürger erforderlich. Um solche Informationen zu erhalten und allgemeine Aussagen zu überprüfen sind repräsentative Befragungen in einer Kommune notwendig. Die erwarteten Einflüsse des lokalen Kontexts können nur nachgewiesen werden, wenn – zweitens – ein Vergleich der Ergebnisse der Bürgerbefragungen in mehreren Kommunen durchgeführt wird. Mit anderen Worten: wir benötigen mehrere repräsentative Stichproben der Bevölkerung in verschiedenen Gemeinden. Für jede dieser Kommunen sind – drittens – Informationen hinsichtlich der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation notwendig, um den Einfluss dieser Merkmale auf

[8] Unter hierarchisch angeordneten Ebenen ist zu verstehen, dass „die Elemente der unteren Ebene jeweils genau einem Element der höheren Ebene zugeordnet sind – und, dass die höhere Ebene sich ausschließlich aus Elementen der niedrigen Ebene zusammensetzt“ (Braun et al. 2010, S. 16).

die politischen Orientierungen zu untersuchen. Diese Informationen basieren weitgehend auf amtlichen Statistiken.

Für die empirische Analyse der politischen Orientierungen wie in Abbildung 1 und Abbildung 2 zusammengefasst ist eine Verknüpfung der Informationen aus den Bürgerbefragungen mit den Kontextfaktoren der Kommunen erforderlich. Der einzigartige Forschungsentwurf des Projekts „Europa im Kontext" erlaubt diese Zusammenführung und ermöglicht, die relative Bedeutung von individuellen und kontextuellen Merkmalen zu untersuchen.[9] Zunächst stellen wir die Auswahl der insgesamt 28 Kommunen und die wichtigsten Kontextmerkmale dieser Gemeinden vor. Ein Einfluss des lokalen Kontexts auf politische Orientierungen setzt voraus, dass sich die Kommunen unterscheiden. Wenn die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in diesen Gemeinden identisch sind, dann können diese Merkmale auch nicht für Unterschiede zwischen den Kommunen verantwortlich sein. Deshalb werden bei der Betrachtung der Kontextmerkmale die erheblichen Unterschiede der Gemeinden hinsichtlich der drei Aspekte des lokalen Kontexts herausgearbeitet. Anschließend wird die in allen Kommunen durchgeführte Bürgerbefragung präsentiert.

4.1 Kommunen in Hessen

In jeder Gemeinde sind Bürger und Politik einer unendlichen Reihe von Einflussfaktoren ausgesetzt: Kreisverwaltungen, Regierungsbezirke, Landesregierungen, Bundesregierung sowie die Europäische Union greifen mit ihren Regeln direkt in die Kommunalpolitik ein und legen die Rahmenbedingungen für lokale Entscheidungen fest. Für das Ziel unserer Analysen ist eine umfassende Auflistung aller möglichen externen Einflüsse jedoch nicht erforderlich – für die Bestimmung der relativen Bedeutung individueller und lokaler Merkmale einer Kommune auf die politischen Orientierungen der Bürger wäre deshalb eine Reduzierung dieser Einflussfaktoren äußerst hilfreich. Bei einer Auswahl der Gemeinden aus nur einem Bundesland kann der überregionale Einfluss für alle Kommunen konstant gehalten werden. Dies würde die Zahl möglicher Einflussfaktoren stark reduzieren ohne die Zielsetzung unserer Analysen zu gefährden. Eine Fokussierung auf Gemeinden im Bundesland Hessen bietet dabei den Vorteil, dass es innerhalb des Bundeslandes erhebliche Disparitäten in der Bevölkerungsdichte und der wirtschaftlichen Struktur gibt (Bullmann 2009, S. 358). Die Gemeinden würden sich damit im Hinblick auf den interessierenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext erheblich unterscheiden, aber die wahrscheinlich weniger relevanten überregionalen Einflussgrößen wären für alle Kommunen konstant. Damit entspricht der Forschungsentwurf einem most similar design (Jahn 2011, S. 76). Für das Bundesland Hessen spricht zudem die geographische Lage im Herzen der Bundesrepublik Deutschland und die fehlende Auslandsgrenze. Dadurch sind mög-

[9] Ein ähnlicher Forschungsentwurf charakterisiert auch das schweizerische Projekt „Demokratie in den Gemeinden" von Ladner und Bühlmann (2007). Dabei wurden 1680 Personen aus insgesamt 56 Kommunen befragt.

liche Effekte von Grenzregionen auf politische Orientierungen (insbesondere auf europäische Einstellungen) auszuschließen.

Hessen ist mit einer Einwohnerzahl von rund sechs Millionen Bürgern das fünftgrößte, mit einer Fläche von 21.000 Quadratkilometer das siebtgrößte Bundesland in Deutschland (Bullmann 2009, S. 358). Verwaltungstechnisch ist Hessen in die drei Regierungsbezirke Darmstadt (Südhessen), Gießen (Mittelhessen) und Kassel (Nord- und Osthessen) sowie 21 Landkreise und 426 Gemeinden aufgeteilt.[10] Mit 187 Gemeinden gehören mehr als 40 Prozent aller hessischen Kommunen zum Regierungsbezirk Darmstadt, in denen mit 3,7 Millionen Bürgern mehr als die Hälfte der hessischen Bevölkerung lebt. Entsprechend ist die Bevölkerungsdichte mit 508 Einwohnern pro Quadratkilometer in Südhessen deutlich größer als in den Regierungsbezirken Gießen (149) und Kassel (195).[11] Ein Vergleich interregionaler Strukturdaten zeigt zudem erhebliche Unterschiede zwischen dem wirtschaftsstarken Süden und dem strukturschwachen Mittel- sowie Nord- und Osthessen. So entfallen knapp 70 Prozent des hessischen Bruttoinlandsprodukts auf den Regierungsbezirk Darmstadt, die Regierungsbezirke Kassel (16,5 Prozent) und Gießen (13,5 Prozent) haben zusammen lediglich einen Anteil von 30 Prozent am BIP.[12]

Für die Auswahl der Gemeinden war eine reine Zufallsauswahl, das heißt zufällig Kommunen aus einer Grundgesamtheit von 426 Gemeinden auszuwählen, im Wesentlichen aus drei Gründen nicht sinnvoll. Statt einer reinen Zufallsauswahl sind bestimmte Merkmale der Kommunen zu berücksichtigen:

1. Die Untersuchung richtet sich auf die Einflüsse von individuellen und lokalen Merkmalen auf die politischen Orientierungen der Bürger und nicht auf allgemeingültige Aussagen über „hessische Kommunen“. Eine repräsentative Auswahl von Kommunen ist deshalb nicht erforderlich.
2. Ein Einfluss der Gemeinde auf politische Orientierungen ist in erster Linie dann zu erwarten, wenn sie die Lebensverhältnisse der Bürger mitprägt – zum Beispiel durch die Übernahme von Versorgungs-, Leistungs-, Fürsorge-, Vollzugs- und Planungsfunktionen. Mit wachsender Gemeindegröße wird eine Kommune eher solche Aufgaben wahrnehmen.
3. Spätestens seit Tocqueville gilt die lokale Ebene als „Schule der Demokratie“. Diese Funktion können nach Naßmacher und Naßmacher (2007, S. 25) am ehesten Ge-

[10] In den 1970er Jahren wurde in Hessen eine Gebietsreform durchgeführt. Die Zahl der Landkreise verringerte sich auf 21, die Zahl der Gemeinden auf 426 (Dreßler 2010, S. 166). Siehe zur kommunalen Neugliederung auch http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bevoelkerung-gebiet/landesdaten/geographie/kommunale-neugliederungen/index.html, Zugegriffen: 06. 06. 2011. Ausführliche Beschreibungen zum Bundesland Hessen finden sich bei Bullmann (2009), Dreßler (2010), Heidenreich und Böhme (2003) sowie Schiller und von Winter (1997).

[11] Hessisches Statistisches Landesamt. *Hessische Gemeindestatistik 2009. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2008.* Wiesbaden.

[12] Hessisches Statistisches Landesamt. Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt und je Einwohner 2007 und 2008. http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/gesamtwirtschaft-konjunktur/regionaldaten/ausgewaehlte-daten-ueber-landkreise/bruttoinlandsprodukt/index.html, Zugegriffen: 06. 06. 2011.

meinden zwischen 5000 und 50.000 Einwohnern erfüllen. In Gemeinden dieser Größenordnung bestehen einerseits sichtbare Beteiligungsmöglichkeiten, andererseits können die kollektiven Wünsche der Bürger realisiert werden.

Für das EiK-Projekt wurden im ersten Schritt alle hessischen Kommunen zwischen 5000 und 50.000 Einwohnern als Grundgesamtheit festgelegt. Zum 31. Dezember 2007 waren dies 303 Gemeinden.[13] Bei der Stichprobenziehung im November 2008 war absehbar, dass während der geplanten Feldphase (Februar bis Mai 2009) in 42 die-

Tabelle 1: Informationen zu den 28 ausgewählten Gemeinden

Name der Gemeinde	Landkreis[1]	Regierungsbezirk[1]	Einwohnerzahl (absolute Zahlen)[2]	Gemeindefläche in Quadratkilometer[2]
Alsfeld	Vogelsbergkreis	Gießen	17.002	129,69
Bickenbach	Darmstadt-Dieburg	Darmstadt	5.409	9,26
Biedenkopf	Marburg-Biedenkopf	Gießen	13.361	90,33
Bruchköbel	Main-Kinzig-Kreis	Darmstadt	20.621	29,67
Büttelborn	Groß-Gerau	Darmstadt	13.329	30,01
Eppstein	Main-Taunus-Kreis	Darmstadt	13.271	24,21
Erzhausen	Darmstadt-Dieburg	Darmstadt	7.370	7,40
Felsberg	Schwalm-Eder-Kreis	Kassel	10.792	83,28
Frankenberg (Eder)	Waldeck-Frankenberg	Kassel	18.951	124,88
Frielendorf	Schwalm-Eder-Kreis	Kassel	7.868	85,82
Gelnhausen	Main-Kinzig-Kreis	Darmstadt	21.511	45,19
Guxhagen	Schwalm-Eder-Kreis	Kassel	5.307	26,18
Helsa	Kassel	Kassel	5.662	25,76
Heuchelheim	Gießen	Gießen	7.687	10,58
Hüttenberg	Lahn-Dill-Kreis	Gießen	10.673	40,74
Kassel	Kreisfreie Stadt	Kassel	194.168	106,78
Kelkheim	Main-Taunus-Kreis	Darmstadt	27.306	30,65
Limburg a.d. Lahn	Limburg-Weilburg	Gießen	33.504	45,15
Petersberg	Fulda	Kassel	14.697	35,51
Ranstadt	Wetteraukreis	Darmstadt	4.933	34,26
Reinheim	Darmstadt-Dieburg	Darmstadt	17.090	27,70
Reiskirchen	Gießen	Gießen	10.626	44,99
Rüdesheim am Rhein	Rheingau-Taunus-Kreis	Darmstadt	9.671	51,44
Selters (Taunus)	Limburg-Weilburg	Gießen	8.212	40,47
Viernheim	Bergstraße	Darmstadt	32.502	48,40
Wiesbaden	Kreisfreie Stadt	Darmstadt	276.742	203,90
Witzenhausen	Werra-Meißner-Kreis	Kassel	15.549	126,69
Wolfhagen	Kassel	Kassel	12.937	111,95

Quellen: [1]) Hessisches Gemeindelexikon unter http://www.hessen-gemeindelexikon.de, Zugegriffen: 07. 06. 2011. [2]) Hessisches Statistisches Landesamt. *Hessische Gemeindestatistik 2009. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2008.* Wiesbaden.

[13] Die Stichprobenziehung fand im November 2008 statt. Für die Definition der Grundgesamtheit wurde die Gemeindestatistik 2008 herangezogen (Hessisches Statistisches Landesamt. *Hessische Gemeindestatistik 2008. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2007.* Wiesbaden).

Abbildung 3: Geographische Lage der 28 Gemeinden in Hessen

Quelle: Eigene Darstellung mit dem PLZ-Diagramm 3.8

ser Gemeinden eine Bürgermeister- bzw. Landratswahl oder ein Bürgerentscheid stattfindet. Durch den Wahlkampf kann eine lokale Wahl bzw. Abstimmung allerdings die Politisierung einer Gemeinde zeitweise beeinflussen. Um solche Effekte auszuschließen, wurden diese Kommunen bei der Stichprobenziehung nicht berücksichtigt. Aus der resultierenden Grundgesamtheit von 261 Gemeinden wurden zunächst folgende 24 Kommunen zufällig ausgewählt: Alsfeld, Bickenbach, Biedenkopf, Bruchköbel, Büttelborn, Eppstein, Erzhausen, Felsberg, Frankenberg, Frielendorf, Gelnhausen, Guxhagen, Helsa, Heuchelheim, Hüttenberg, Kelkheim, Limburg, Ranstadt, Reiskirchen, Rüdesheim, Selters, Viernheim, Witzenhausen und Wolfhagen. Im Mai 2009 wurde diese Stichprobe durch die Städte Petersberg und Reinheim erweitert.[14] Um den Einfluss des großstädtischen Umfelds auf politische Orientierungen in der Untersuchung zu berücksichtigen, wurde in einem zweiten Schritt die Stichprobe um zwei Großstädte ergänzt. Zum 31. Dezember 2007 gab es in Hessen zwölf Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, fünf hatten mehr als 100.000 Einwohner.[15] Für die Berücksichtigung von Wiesbaden und Kassel in der Stichprobe sprachen unter anderem eine vergleichbare Bevölkerungszahl und die geographische Distanz.

Wie Tabelle 1 (s. S. 18) zeigt, liegt die Einwohnerzahl der 28 ausgewählten Gemeinden zum 31. Dezember 2008 zwischen 4933 (Ranstadt) und 276.742 (Wiesbaden). Mit 203,9 Quadratkilometern ist Wiesbaden auch die flächenmäßig größte Stadt, Erzhausen hat mit 7,4 Quadratkilometern das kleinste Gemeindegebiet. Die Anzahl der Bürger pro Quadratkilometer (Bevölkerungsdichte) liegt zwischen 92 (Frielendorf) und 1818 (Kassel). Mit den 28 Gemeinden werden 17 der 21 hessischen Landkreise abgedeckt; Wiesbaden und Kassel sind kreisfreie Städte. Zwölf Kommunen gehören zum Regierungsbezirk Darmstadt und liegen in Südhessen. Sieben Gemeinden befinden sich in Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen), neun Kommunen in Nord- und Osthessen (Regierungsbezirk Kassel). Abbildung 3 (s. S. 19) zeigt die geographische Lage der ausgewählten Kommunen.

4.1.1 Politisches Umfeld

Für die lokale Politik in Hessen bildet die Hessische Gemeindeordnung (HGO) die Rechtsgrundlage.[16] Danach ist das oberste Organ einer Kommune die Gemeindevertretung (in Städten: Stadtverordnetenversammlung), die alle wichtigen Entscheidungen trifft und die gesamte Verwaltung überwacht (HGO, § 50). Die Gemeindevertretung wird seit 2001 alle fünf Jahre von den Bürgern gewählt (vorher alle vier Jahre). Seit dieser Wahl haben die Bürger auch die Möglichkeit, bei der Wahlentscheidung nicht

[14] In Bickenbach, Helsa, Heuchelheim und Ranstadt konnte eine angestrebte Stichprobe von 400 Befragten nicht erreicht werden. Deshalb wurden die übrigen Interviews auf Reinheim und Petersberg verteilt. Diese wurden aus einer Grundgesamtheit aller Gemeinden mit einer Einwohnergröße zwischen 5000 und 50.000 gezogen, in denen zum Zeitpunkt der Feldphase (Mai 2009) keine lokalen Wahlen stattfanden. Dies waren 303 Gemeinden.

[15] In drei dieser zwölf Städte fand während der Feldphase eine lokale Wahl statt.

[16] Für eine ausführliche Darstellung der Kommunalpolitik in Hessen siehe Dreßler (2010).

nur einen Wahlvorschlag anzukreuzen, sondern durch Kumulieren und Panaschieren auf die Listenreihenfolge der einzelnen Bewerber Einfluss zu nehmen. Dabei hat jeder Bürger so viele Stimmen wie Gemeindevertreter bzw. Stadtverordnete zu wählen sind. Der Wähler kann einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (Kumulieren), die Stimmen beliebig auf mehrere Wahlvorschläge verteilen (Panaschieren) oder auch Kandidaten streichen (Hessisches Kommunalwahlgesetz). Durch die Veränderung des Kommunalwahlrechts haben die Bürger einen deutlich größeren Einfluss auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretung als bei einer starren Listenwahl. Wie die erste Spalte in Tabelle 2 zeigt, variierte die Beteiligung der Bürger bei der Kommunalwahl 2006 erheblich zwischen den Gemeinden. In den beiden Großstädten Wiesbaden und Kassel haben weniger als 40 Prozent der Bürger ihre Stimme abgegeben, in 17 Gemeinden lag die Beteiligung zwischen 40 und 50 Prozent, in neun Kommunen über 50

Tabelle 2: Ausgewählte Indikatoren des politischen Umfelds

Name der Gemeinde	Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen 2006 (in Prozent)[1]	Stärkste Partei bei Kommunalwahlen 2006 (in Prozent)[2]	Träger des Wahlvorschlags des zum 31.12.2008 amtierenden Bürgermeisters[3]	Anzahl der Bürgerentscheide zum 31.12.2008[4]
Alsfeld	49,9	SPD	SPD	0
Bickenbach	52,8	CDU	CDU	0
Biedenkopf	42,8	SPD	CDU	1
Bruchköbel	48,8	CDU	./.	0
Büttelborn	47,9	SPD	SPD	1
Eppstein	48,2	CDU	CDU	0
Erzhausen	50,5	SPD	SPD	0
Felsberg	58,9	SPD	./.	0
Frankenberg (Eder)	41,2	CDU	./.	0
Frielendorf	58,7	SPD	SPD	0
Gelnhausen	46,9	CDU	SPD	0
Guxhagen	57,2	SPD	./.	0
Helsa	44,9	SPD	SPD	0
Heuchelheim	54,1	SPD	SPD	0
Hüttenberg	45,1	SPD	./.	2
Kassel	37,1	SPD	SPD	1
Kelkheim	47,0	CDU	CDU	1
Limburg a.d. Lahn	42,6	CDU	CDU	1
Petersberg	46,4	CDU	CDU	0
Ranstadt	51,8	SPD	./.	0
Reinheim	49,8	SPD	SPD	0
Reiskirchen	43,5	SPD	SPD	0
Rüdesheim am Rhein	46,4	CDU	CDU	0
Selters (Taunus)	43,0	CDU	CDU	0
Viernheim	40,3	CDU	SPD	1
Wiesbaden	39,6	CDU	CDU	1
Witzenhausen	53,2	SPD	CDU	1
Wolfhagen	52,0	SPD	./.	1

Quellen: [1]) Eigene Berechnung auf Basis der vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Wahlergebnisse der Kommunalwahl 2006. [2]) Eigene Darstellung auf Basis der vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Wahlergebnisse der Kommunalwahl 2006. [3]) Eigene Zusammenstellung auf Basis der Angaben des Hessischen Statistischen Landesamts auf der Internetseite http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/direktwahlen/gemeinden/index.html, Zugegriffen: 07. 06. 2011. [4]) Eigene Zusammenstellung auf Basis der Angaben des Hessischen Statistischen Landesamts auf der Internetseite http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/nach-gemeinde/index.html, Zugegriffen: 07. 06. 2011.

Prozent. Der Durchschnitt der 28 Gemeinden liegt bei 47,9 Prozent (SD = 5,7). In der zweiten Spalte von Tabelle 2 ist die Partei notiert, die bei der Kommunalwahl 2006 die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. In zwölf Kommunen war das die CDU, in 16 Gemeinden die SPD.

Für die laufende Verwaltung, insbesondere die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung, ist in den Kommunen der Gemeindevorstand (in Städten: Magistrat) zuständig, der sich aus dem Bürgermeister und von der Gemeindevertretung zu wählenden Beigeordneten zusammensetzt. Der Gemeindevorstand arbeitet kollegial, das heißt in den nicht-öffentlichen Sitzungen haben alle Mitglieder gleiches Rede- und Stimmrecht. Bei Stimmengleichheit gibt allerdings das Votum des Bürgermeisters in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den Ausschlag (HGO, § 65–77). Nach einer Volksabstimmung im Januar 1991 werden seit 1993 die Bürgermeister als Leiter der Gemeinden direkt gewählt (Artikel 138 der Hessischen Verfassung). Die Einführung der Direktwahl hat die Legitimation des Stadtoberhaupts zusätzlich gestärkt, das über vielfältige Einflussmöglichkeiten verfügt (Dreßler 2010, S. 175). In der dritten Spalte der Tabelle 2 ist der Träger des Wahlvorschlags des zum 31. Dezember 2008 amtierenden Bürgermeisters angegeben.[17] In zehn Kommunen war dies die CDU, in elf Gemeinden die SPD. In sieben Fällen gab es keinen entsprechenden Träger.

Mit der Einführung von Bürgerentscheiden als Element der direkten Demokratie zum 1. April 1993 wurde der Einfluss der Bürger auf lokalpolitische Entscheidungen in Hessen gestärkt. Seitdem können die Bürger Sachentscheidungen an sich ziehen und an Stelle der Gemeindevertretung entscheiden (HGO, § 8b). Die Durchführung eines Bürgerentscheids setzt ein erfolgreiches Bürgerbegehren voraus, das zehn Prozent der Bürger unterschrieben haben müssen. In zehn der 28 Gemeinden fand bis zum 31. Dezember 2008 ein Bürgerentscheid statt; in Hüttenberg wurden bereits zwei Bürgerentscheide durchgeführt. In sechs Gemeinden fanden die Abstimmungen allerdings bereits in den 1990er Jahren statt, zum Teil in zeitlicher Nähe zur Einführung dieses direktdemokratischen Elements.

4.1.2 Gesellschaftliches Umfeld

Die lokale Gesellschaft bezeichnet einen Bereich innerhalb der Gemeinde, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre liegt. Ein wichtiges Element der lokalen Gesellschaft sind die freiwilligen Vereinigungen, Vereine und Verbände einer Gemeinde. Freiwillige Organisationen binden die Menschen in die Gesellschaft ein, verringern die Distanz zu politischen Institutionen und fördern Gefühle von Verbundenheit und Solidarität. Gemäß der neo-Tocquevilleanischen Ansätze bilden solche Vereine und Verbände das Herzstück einer funktionierenden Demokratie, weil hier

[17] Die Trägerschaft des Wahlvorschlags erlaubt allerdings keine Rückschlüsse auf die Parteizugehörigkeit des Kandidaten. Ein Kandidat, der Träger des Wahlvorschlags einer Partei ist, muss nicht zwangsläufig Parteimitglied in der Partei sein, für die er antritt. Eine Person, die ohne Angaben zum Träger des Wahlvorschlags antritt, kann dagegen Mitglied in einer Partei sein.

Tabelle 3: Ausgewählte Indikatoren des gesellschaftlichen Umfelds

Name der Gemeinde	Vereinsdichte (2008)[1]	Katholikenanteil in Prozent (2008)[1]	Singlehaushalte (2008)[2]	Ausländeranteil (2008)[3]
Alsfeld	101	16,1	34,4	6,5
Bickenbach	128	18,7	34,6	8,4
Biedenkopf	67	11,1	34,9	8,0
Bruchköbel	153	24,7	35,6	6,4
Büttelborn	170	19,9	32,5	8,9
Eppstein	125	34,4	35,0	9,7
Erzhausen	252	19,1	34,4	8,6
Felsberg	85	11,0	32,0	4,5
Frankenberg (Eder)	114	15,3	31,4	4,3
Frielendorf	56	7,8	31,6	1,8
Gelnhausen	138	30,2	35,5	8,5
Guxhagen	69	12,3	31,9	2,3
Helsa	66	12,9	36,8	2,3
Heuchelheim	138	14,9	39,3	7,2
Hüttenberg	111	14,6	31,6	4,2
Kassel	77	15,3	37,7	11,6
Kelkheim	214	35,7	37,1	11,3
Limburg a.d. Lahn	163	49,7	35,8	11,8
Petersberg	140	69,1	32,6	2,9
Ranstadt	121	16,8	33,0	3,8
Reinheim	119	20,8	33,6	8,4
Reiskirchen	81	15,4	32,2	3,8
Rüdesheim am Rhein	110	58,4	31,9	12,3
Selters (Taunus)	121	47,1	34,3	4,5
Viernheim	282	45,6	33,9	15,4
Wiesbaden	145	24,0	38,4	20,3
Witzenhausen	61	16,0	34,7	4,7
Wolfhagen	109	14,2	31,7	2,6

Quellen: [1]) Eigene Berechnung auf Basis einer schriftlichen Befragung der Gemeindeverwaltungen. [2]) GfK-Bevölkerungsstrukturdaten 2008. [3]) Hessisches Statistisches Landesamt. *Hessische Gemeindestatistik 2009. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2008.* Wiesbaden.

Netzwerke aufgebaut werden, die Vertrauen und die zivilen Tugenden der Bürger fördern und Fähigkeiten um zusammenzuarbeiten entwickelt werden (Putnam 1966, S. 652–653). Das Angebot an Vereinen in einer Gemeinde ist sicherlich ein möglicher Indikator für eine vitale lokale Gesellschaft. Die Vereinsdichte – die Einwohnerzahl dividiert durch die Anzahl der Vereine – zeigt beachtliche Disparitäten zwischen den Kommunen. Wie aus Spalte 1 in Tabelle 3 hervorgeht „teilen“ sich in Frielendorf 56 Einwohner ein Verein, in Viernheim sind es dagegen 282. Im Durchschnitt liegt die Vereinsdichte bei 125,6 Einwohnern pro Verein.

Auch die konfessionelle Prägung einer Kommune lässt sich als Indikator der lokalen Gesellschaft zuordnen. Seit der Reformation war Hessen in konfessioneller Hinsicht überwiegend protestantisch geprägt (Schiller u. von Winter 1997, S. 275). Wie Spalte 2 in Tabelle 3 aber zeigt, bestehen zwischen den Gemeinden erhebliche Unterschiede in der konfessionellen Zusammensetzung. In 20 der 28 Kommunen liegt der Katholikenanteil unter 30 Prozent, in Rüdesheim und Petersberg sind dagegen die Katholiken in der Mehrheit. Der durchschnittliche Katholikenanteil liegt bei 24,7 Prozent (SD = 15,8). Weitere soziale Indikatoren sind der Anteil der Singlehaushalte und die

Ausländerquote. Der Anteil der Singlehaushalte liegt zwischen 31,4 (Frankenberg) und 39,3 Prozent (Heuchelheim); der Mittelwert beträgt 34,2 (SD = 2,2). Mit einer Quote von 1,8 Prozent lebt in Frielendorf nur eine geringe Anzahl von Menschen mit einer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit, während in Wiesbaden jeder fünfte Einwohner ein Ausländer ist.

4.1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Die lokalen Wirtschaftsbedingungen beeinflussen das Lebensumfeld der Bürger in vielfältiger Weise. Dabei sind zunächst zwei Aspekte der lokalen Wirtschaft zu unterscheiden: zum einen die Finanzsituation der Gemeinden, zum anderen die wirtschaftliche Struktur der Kommunen. Ersteres meint den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden, um lokale Politik zu gestalten. In den vergangenen Jahren hat sich die Finanzsituation der Kommunen deutlich verschlechtert; Schwimmbäder müssen geschlossen, Sanierungen verschoben und freiwillige Zuschüsse gestrichen werden. Die kommunalen Haushalte verzeichnen Rekorddefizite und die Gewerbesteuereinnahmen sind erheblichen zyklischen Schwankungen unterworfen. Nach Mitteilung des Hessischen Städtetags (2011) hatten die hessischen Kommunen 2010 bundesweit das größte Finanzierungsdefizit; in einer gemeinsamen Erklärung bezeichnen der Hessische Städtetag, der Hessische Landkreistag und der Hessische Städte- und Gemeindeverbund die Finanzlage der Kommunen als katastrophal (Hessischer Städtetag et al. 2011). Die wirtschaftliche Stärke einer Gemeinde hat aber Auswirkungen auf das kommunale Leistungsangebot und kann damit die Zufriedenheit der Bürger beeinflussen. Wie Tabelle 4 zeigt, variieren der Schuldenstand pro Kopf sowie die Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner allerdings erheblich zwischen den 28 ausgewählten Kommunen. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt zwischen 183 Euro (Reiskirchen) und 3.894 Euro (Frielendorf). Zwölf Gemeinden haben eine Verschuldung von 1.000 Euro und mehr pro Einwohner; die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der 28 Kommunen liegt bei 967,8 Euro (SD = 714,5). Erhebliche Variation zeigt sich auch bei den Einnahmen der Gewerbesteuer in 2008. In Selters und Helsa konnte der Kämmerer 48 Euro pro Einwohner verbuchen, in Wiesbaden lag der Betrag bei 822 Euro (MW = 255, SD = 181). Beide Indikatoren belegen erhebliche Unterschiede im finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden. Aber auch der Vergleich wirtschaftlicher Strukturdaten offenbart erhebliche Variation zwischen den Kommunen. Mit 12,4 Prozent ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2008 in Kassel am höchsten, in Kelkheim und Eppstein dagegen um neun Punkte geringer. Im Durchschnitt liegt die Quote bei 6,1 (SD = 2,3). Entsprechend ist das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts (GfK-Kaufkraft) in Kelkheim (27.887) und Eppstein (27.035) deutlich höher als in Frielendorf (16.744) und Selters (17.279).[18] Mit anderen Worten: Die Bürger in Kelkheim und Eppstein sind deutlich wohlhabender als in Frielendorf und Selters (MW = 20.231; SD = 2.825).

[18] Für weitere Informationen zur GfK-Kaufkraft siehe http://www.gfk-geomarketing.de/marktdaten/marktdaten_nach_thema/kaufkraft.html, Zugegriffen: 07. 06. 2011.

Tabelle 4: Ausgewählte Indikatoren des wirtschaftlichen Umfelds

Name der Gemeinde	Schuldenstand pro Einwohner in Euro (2008)[1]	Gewerbesteuer pro Einwohner in Euro (2008)[2]	Arbeitslosenquote in Prozent (2008)[3]	GfK-Kaufkraft in Euro (2009)[4]
Alsfeld	896	264	9,4	17.716
Bickenbach	454	347	3,8	23.178
Biedenkopf	871	289	4,8	19.091
Bruchköbel	1.120	145	3,6	23.279
Büttelborn	569	143	4,4	22.998
Eppstein	1.001	377	3,4	27.035
Erzhausen	327	72	3,9	22.966
Felsberg	1.778	88	5,3	18.881
Frankenberg (Eder)	1.000	204	7,6	17.375
Frielendorf	3.894	77	5,9	16.744
Gelnhausen	1.077	317	4,9	21.916
Guxhagen	384	253	4,0	20.154
Helsa	1.213	48	7,1	17.924
Heuchelheim	512	489	7,0	20.608
Hüttenberg	458	162	3,9	19.374
Kassel	1.686	631	12,4	17.531
Kelkheim	914	153	3,4	27.887
Limburg a.d. Lahn	561	517	9,2	19.088
Petersberg	255	141	4,1	20.221
Ranstadt	1.078	121	5,3	19.553
Reinheim	328	194	7,3	21.116
Reiskirchen	183	258	6,9	18.812
Rüdesheim am Rhein	1.643	247	7,6	18.665
Selters (Taunus)	736	48	4,5	17.279
Viernheim	946	316	7,8	20.128
Wiesbaden	1.226	822	7,6	21.673
Witzenhausen	1.036	235	9,1	17.466
Wolfhagen	952	194	6,4	17.795

Quellen: [1]) Hessisches Statistisches Landesamt. *Hessische Gemeindestatistik 2009. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2008.* Wiesbaden. [2]) Eigene Berechnung auf Basis der vom Hessischen Statistischen Landesamt veröffentlichten Hessischen Gemeindestatistik 2009. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2008. Wiesbaden. [3]) Eigene Berechnung auf Basis der von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Daten. [4]) GfK GeoMarketing.

4.2 Bürger in hessischen Kommunen

Für die Erhebung der individuellen Merkmale und politischen Einstellungen der Bürger wurden in allen 28 ausgewählten Kommunen standardisierte Befragungen durchgeführt. Der kurze Fragebogen bestand dafür zum größten Teil aus bereits erprobten, theoretisch relevanten Fragen nach verschiedenen individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen. Dazu gehören Fragen zur Wahrnehmung und Bewertung der Politik, zum Vertrauen, zum gesellschaftlichen Engagement, zur Wertorientierung, Mediennutzung und Demographie (z. B. Geschlecht, Alter, Bildung). Der komplette Fragebogen findet sich im Anhang 1 dieses Bands.

Die Erhebung fand in den 28 Gemeinden als mündlich-telefonische Befragung statt (siehe zum Verfahren z. B. Schnell 2012, S. 267–285; Engel et al. 2005).[19] Damit

[19] Die Befragung hat im Auftrag der Universität Mannheim das sozialwissenschaftliche Umfragezentrum der Universität Duisburg (SUZ) unter Leitung von Prof. Dr. Frank Faulbaum durchgeführt. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei Prof. Dr. Faulbaum, Marc Danullis sowie den zahlreichen Interviewern des SUZ für die Zusammenarbeit bedanken.

bei einer Stichprobe der Anteil eines bestimmten Merkmals nicht mehr als fünf Prozentpunkte vom „wahren“ Anteil in der Grundgesamtheit abweicht, ist eine Nettostichprobe von etwa 400 Befragten notwendig (Dillman et al. 2009, S. 55–60; Schaefer 1979, S. 47–48). Für die 26 Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern wurde deshalb eine Stichprobe von 400 Personen angestrebt,[20] in den beiden Großstädten eine Stichprobe von 1200 Befragten, um dort auch Analysen auf Stadtteilebene durchführen zu können. Die Grundgesamtheit waren alle in Privathaushalten lebenden Personen ab 15 Jahre mit festem Telefonanschluss, unabhängig ihrer Nationalität und ihrer Staatsbürgerschaft.[21] Die zufällige Auswahl der Zielperson erforderte zwei Schritte. Auf der ersten Stufe erfolgte eine Auswahl der Privathaushalte mit Telefonanschluss (Festnetz). Dazu wurde nach dem Gabler-Häder-Verfahren eine Zufallsauswahl von Festnetznummern gezogen. Dabei generiert ein Computer Zahlenkombinationen, die dann als Telefonnummern verwendet werden (siehe zum Verfahren Gabler u. Häder 1997). Dadurch werden auch Rufnummern berücksichtigt, die in keinem Telefonbuch eingetragen sind (sogenannte Geheimnummern). Auf der zweiten Stufe erfolgte die (zufällige) Auswahl der Zielperson im Haushalt nach der sogenannten Last-Birthday-Methode. Dabei wird diejenige Zielperson befragt, die zuletzt Geburtstag hatte.

Die Befragungszeit dauerte vom 2. Februar bis 25. Mai 2009.[22] Die Kontaktaufnahme sowie die Durchführung der Interviews erfolgten montags bis freitags zwischen 15 und 21 Uhr sowie samstags zwischen 12 und 18 Uhr. Termine konnten zudem auch montags bis freitags in der Zeit zwischen 10 und 14 Uhr vereinbart werden. Im Rahmen der Erhebung wurden bis zu zehn Kontaktversuche unternommen. Im Schnitt waren etwa 2,5 Kontaktversuche erforderlich, um ein Interview zu realisieren. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 26,6 Minuten. Das kürzeste Interview dauer-

[20] In fünf der 26 Gemeinden bis 50.000 Einwohnern konnten allerdings die anvisierten 400 Interviews nicht realisiert werden. In Bickenbach wurden 244 Personen befragt, in Helsa 296, in Heuchelheim 270, in Petersberg 135 und in Ranstadt 268.

[21] Bei der Bürgerbefragung wurden Personen, die nicht über einen Festnetzanschluss verfügten, nicht berücksichtigt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren Anfang 2008 rund neun Prozent aller Haushalte ausschließlich über Mobiltelefone erreichbar, ohne zusätzlich über einen Festnetzanschluss zu verfügen (Statistisches Bundesamt 2009). Bisher konnten Handys vor allem bei jüngeren Menschen den festen Telefonanschluss verdrängen; der Anteil der ausschließlichen „Handy-Nutzer-Haushalte“ nimmt mit steigendem Alter der Haupteinkommensbezieher ab. Forschungsergebnisse weisen allerdings darauf hin, dass Unterschiede bei politischen Einstellungen zwischen Personen, die ausschließlich über Mobiltelefone erreichbar sind, und Bürgern, die über einen Festanschluss verfügen, letztendlich moderat ausfallen (Hunsicker u. Schroth 2007). Bei bundesweiten Bevölkerungsumfragen wird derzeit der sogenannte Dual-Frame-Ansatz, die Kombination von Festnetz- und Mobilfunkstichproben, im Hinblick auf seine Praxistauglichkeit getestet (Häder u. Häder 2009). Bei lokal begrenzten Bevölkerungsumfragen ist eine Berücksichtigung von Mobilfunknummern allerdings nicht praktikabel, da sich Handynummern regional nicht verorten lassen.

[22] Damit begann die Befragung zwei Wochen nach der hessischen Landtagswahl (18. Januar 2009) und wurde spätestens zwei Wochen vor der Europawahl (7. Juni 2009) abgeschlossen. In vielen Gemeinden wurde die Erhebung deutlich vor dem 25. Mai 2009 beendet. Durch die gewählte Feldphase sollten mögliche Verzerrungen durch eine stärkere Berichterstattung der Medien zu den Landtagswahlen bzw. Europawahlen vermieden werden.

te rund 14 Minuten, das längste Interview 149 Minuten. Insgesamt liegen 12.064 komplette Interviews vor. Bei einer nachträglichen Überprüfung der offen kodierten Antworten der Befragten zu den Stadtteilen wurde allerdings festgestellt, dass einige Befragte höchstwahrscheinlich nicht in der betreffenden Zielgemeinde leben. Insgesamt handelt es sich dabei um 194 Personen. Diese wurden aus dem Datensatz entfernt. Die Fallzahl verringert sich dadurch auf 11.870 Befragte. Die Ausschöpfungsquote liegt bei 20,8 Prozent, wobei auch hier große Unterschiede zwischen den Kommunen sicht-

Tabelle 5: Übersicht der Bürgerbefragung

Name der Gemeinde	Beginn der Feldphase	Ende der Feldphase	Anzahl der Befragten	Ausschöpfung in Prozent
Alsfeld	4. Februar	8. Mai 2009	403	22,0
Bickenbach	2. Februar	11. Mai 2009	244	16,5
Biedenkopf	2. Februar	30. April 2009	397	24,5
Bruchköbel	2. Februar	10. Mai 2009	398	19,1
Büttelborn	12. Februar	23. Mai 2009	391	17,3
Eppstein	2. Februar	4. Mai 2009	400	25,0
Erzhausen	3. Februar	18. Mai 2009	401	20,6
Felsberg	2. Februar	11. Mai 2009	402	20,9
Frankenberg (Eder)	7. Februar	6. Mai 2009	394	25,0
Frielendorf	11. Februar	19. Mai 2009	396	19,6
Gelnhausen	4. Februar	10. Mai 2009	390	24,0
Guxhagen	5. Februar	25. Mai 2009	385	17,4
Helsa	11. Februar	11. Mai 2009	286	18,0
Heuchelheim	4. Februar	11. Mai 2009	262	19,2
Hüttenberg	9. Februar	7. Mai 2009	396	18,3
Kassel	2. Februar	24. April 2009	1.171	24,8
Kelkheim	11. Februar	4. Mai 2009	402	24,6
Limburg a.d. Lahn	4. Februar	9. Mai 2009	390	18,2
Petersberg	22. Mai	25. Mai 2009	135	12,8
Ranstadt	2. Februar	12. Mai 2009	260	14,6
Reinheim	18. Mai	25. Mai 2009	393	24,5
Reiskirchen	10. Februar	25. Mai 2009	396	16,3
Rüdesheim am Rhein	4. Februar	17. Mai 2009	382	19,6
Selters (Taunus)	9. Februar	16. Mai 2009	396	20,2
Viernheim	3. Februar	8. Mai 2009	401	23,6
Wiesbaden	2. Februar	30. April 2009	1.200	21,7
Witzenhausen	4. Februar	8. Mai 2009	398	24,2
Wolfhagen	2. Februar	4. Mai 2009	401	24,5
Gesamt	2. Februar	25. Mai 2009	11.870	20,8

bar sind.[23] Für eine telefonische Befragung im Jahr 2009 kann dies sicherlich als guter Wert bezeichnet werden (Gabriel u. Thaidigsmann 2009, S. 313). Tabelle 5 (s. S. 27) ist die Feldzeit, die Anzahl der realisierten Interviews und die Ausschöpfungsquoten in den einzelnen Gemeinden zu entnehmen.

5 Gliederung des Bands und Aufbau der einzelnen Beiträge

Damit die Schlussfolgerungen der verschiedenen Beiträge in diesem Band vergleichbar sind, basieren alle empirischen Analysen ausschließlich auf den im Rahmen des Projekts „Europa im Kontext" gesammelten Daten. Zudem nutzen die Autoren eine sehr ähnliche Analysestrategie. Zunächst wird das Thema vorgestellt, theoretisch verortet und die Bedeutung des lokalen Umfelds herausgearbeitet. Daran schließt sich eine deskriptive Darstellung der jeweiligen Orientierung an, bei der insbesondere die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gemeinden herausgearbeitet werden. Es folgt eine Diskussion möglicher Kontextmerkmale, die für die Unterschiede zwischen den Gemeinden verantwortlich sein können, ehe die Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse präsentiert werden. Da bei einer Aggregatdatenanalyse die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses besteht, schließt sich dieser die Berechnung eines sogenannten Random-Intercept-Only-Models (Nullmodell) an, das die Streuung der abhängigen Variable auf die Individual- und Kontextebene aufteilt. Um die Relevanz des lokalen Kontexts für die jeweils betrachtete Einstellung bzw. Verhaltensweise zu ermitteln, wird die Intraklassenkorrelation (ICC) berechnet (z. B. Langer 2010, S. 751; Braun et al. 2010, S. 31). Diese ergibt sich durch Division der Varianz der Kontextebene an der Gesamtvarianz (Individual- und Kontextebene). Die ICC gibt Aufschluss darüber, welchen Anteil die Varianz der Kontextebene an der Gesamtvarianz hat. Außerdem wird ein Likelihood-Ratio-Test durchgeführt, der die Devianz des hierarchischen linearen bzw. logistischen Modells mit der Devianz einer linearen bzw. logistischen Regression vergleicht. Eine signifikante Differenz dieser Werte deutet darauf hin, dass eine hierarchische Modellierung mit getrennten individuellen und kontextuellen Merkmalen eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als ohne diese Trennung.

Im nächsten Schritt werden die Modelle mit relevanten Individualmerkmalen erweitert, da die Unterschiede zwischen den Gemeinden auch ein Resultat der unterschiedlichen Verteilung der jeweiligen sozialen Gruppen sein können. Ein Einfluss des lokalen Kontexts auf Einstellungen und Verhaltensweisen liegt aber nur vor, wenn sich

[23] Insgesamt wurden für die Telefonbefragung 199.611 Rufnummern verwendet (Brutto-Ausgangsstichprobe). Von diesen sind die stichprobenneutralen Ausfälle abzuziehen (z. B. kein Anschluss, Geschäftsanschluss, Anschluss gehört nicht zur Gemeinde, Freizeichen). Dies waren 58.139 Nummern. Die bereinigte Stichprobe ist die Differenz der Brutto-Ausgangsstichprobe und der stichprobenneutralen Ausfälle, also 141.472 Fälle. Die Ausschöpfungsquote ergibt sich als Quotient zwischen der Zahl der vollständig realisierten Interviews (12.064) und dem Umfang der bereinigten Stichprobe. Ein ausführlicher Feldbericht zur Telefonumfrage „Europa im Kontext" kann bei den Autoren angefordert werden.

nach Berücksichtigung relevanter Individualmerkmale noch Unterschiede zwischen den Gemeinden nachweisen lassen. Sollte auch nach Berücksichtigung der Individualmerkmale eine hierarchische Modellierung eine bessere Anpassung an die Daten ermöglichen, dann werden Merkmale des lokalen Kontexts in der Analyse berücksichtigt und hinsichtlich ihres Einflusses auf die betrachten Haltungen untersucht. Ansonsten werden lineare bzw. logistische Regressionsmodelle geschätzt. Die Beiträge im zweiten Teil des Bands analysieren zudem die Zusammenhänge zwischen den Orientierungen bezüglich lokaler, nationaler und supranationaler Akteure und Institutionen. Die Schlussbemerkungen fassen die zentralen Ergebnisse kurz zusammen und diskutieren Implikationen selbiger. Dabei wird insbesondere die relative Bedeutung von individuellen und kontextuellen Merkmalen thematisiert.

Der Band ist inhaltlich in zwei Teile gegliedert, die den Ansätzen in Abbildung 1 und Abbildung 2 entsprechen. Im ersten Teil steht der Einfluss lokaler und kontextueller Merkmale auf allgemeine politische Einstellungen im Vordergrund. Sebastian Kuhn untersucht die Unterschiede in lokalen Orientierungen zwischen den 28 Kommunen, während sich Sigrid Roßteutscher und Philipp Scherer mit den Wertorientierungen der Bürger in den hessischen Gemeinden beschäftigen. Simone Abendschön ist den Determinanten des „guten Bürgers“ auf der Spur, Sonja Zmerli analysiert die Einflussfaktoren des sozialen Vertrauens in den Gemeinden. Silke I. Keil untersucht die soziale Beteiligung in verschiedenen Vereinsarten. Das Niveau und mögliche Unterschiede der politischen Informationsnutzung betrachten Jens Tenscher, Gilg U.H. Seeber und Michael Hallermayer. Die Beiträge von Bettina Westle und Markus Tausendpfund richten den Blick auf die Europäische Union. Westle widmet sich dabei dem Wissen über die Staatengemeinschaft; Tausendpfund identifiziert die Determinanten der Zustimmung zur EU.

Im zweiten Teil des Bands werden neben den individuellen und lokalen Kontextmerkmalen auch mögliche Effekte der lokalen auf die nationale und supranationale politische Ebene berücksichtigt. Jan van Deth untersucht dabei das politische Interesse, Christian Schnaudt das politische Vertrauen in verschiedene Objekte auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Die Einflussfaktoren der lokalen, nationalen und europäischen Verbundenheit – und mögliche Wechselwirkungen dieser drei Ebenen – behandelt Marc Bühlmann in seinem Beitrag. Angelika Vetter beschäftigt sich mit der Zufriedenheit der Bürger mit den politischen Institutionen und prüft, inwieweit die lokale Ebene die Zufriedenheit der nationalen und europäischen Ebene beeinflusst. Den Abschluss der Publikation bildet das Thema politische Partizipation. Oscar Gabriel wirft dabei einen Blick auf die Kontakthäufigkeit zu Politikern und dem Verfassen von Leserbriefen sowie zur Teilnahme an Unterschriftenaktionen und Demonstrationen, während Thorsten Faas die Wahlbeteiligung unter die Lupe nimmt.

In einer Zusammenfassung und einem Rückblick bewerten die Herausgeber die Ergebnisse der Untersuchungen. Dabei wird insbesondere die zentrale Forschungsfrage beantwortet, welche Bedeutung das lokale Umfeld für politische Orientierungen hat.

Literatur

Bogumil, Jörg, und Lars Holtkamp. 2006. *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Braun, Daniela, Nicole Seher, Markus Tausendpfund, und Ansgar Wolsing. 2010. Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration: Eine Mehrebenenanalyse. *MZES Working Paper 136*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Bullmann, Udo. 2009. Land Hessen. In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Uwe Andersen und Wichard Woyke, 357–363. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dahl, Robert A., und Edward R. Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Dicken, Peter. 2000. Localization. In *The Dictionary of Human Geography*, Hrsg. R.J. Johnston, Derek Gregrory, Geraldine Pratt, und Michael Watts, 458–459. Oxford: Blackwell.

Dillman, Don A., Jolene D. Smyth, und Leah Melani Christian. 2009. *Internet, Mail, and Mixed-mode surveys. The Tailored Design Method*. Hoboken: Wiley.

Dreßler, Ulrich. 2010. Kommunalpolitik in Hessen. In *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Hrsg. Andreas Kost und Hans-Georg Wehling, 165–186. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Engel, Uwe, Manuela Pötschke, und Julia Simonson. 2005. Telefonsurveys. Vor- und Nachteile. *Bundesgesundheitsblatt* 48: 1217–1223.

Gabler, Siegfried, und Sabine Häder. 1997. Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen. *ZUMA-Nachrichten* 21: 7–18.

Gabriel, Oscar W., und S. Isabell Thaidigsmann. 2009. Item Nonresponse: Ausprägung und Ursachen. In *Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*, Hrsg. Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel, 283–320. Baden-Baden: Nomos.

Häder, Michael, und Sabine Häder (Hrsg.). 2009. *Telefonbefragungen über das Mobilfunknetz. Konzept, Design und Umsetzung einer Strategie zur Datenerhebung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hans, Silke. 2006. Die Analyse gepoolter Daten mit Mehrebenenmodellen. Einstellungen zu Zuwanderern im europäischen Vergleich. *BSEE-Arbeitspapier Nr. 6*. Berlin: Freie Universität Berlin.

Heidenreich, Bernd, und Klaus Böhme (Hrsg.). 2003. *Hessen. Land und Politik*. Stuttgart: Kohlhammer.

Hessischer Städtetag. 2011. *Hessens Kommunen haben 2010 das höchste Finanzierungsdefizit bundesweit*. Presseinformation Nr. 9 vom 23. März 2011.

Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag, und Hessischer Städte- und Gemeindebund. 2011. *Land im Irrtum: Finanzlage der Kommunen nach wie vor katastrophal*. Presseinformation vom 23. Februar 2011.

Hox, Joop J. 1995. *Applied Multilevel Analysis*. Amsterdam: TT-Publikaties.

Hox, Joop J. 2002. *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. New York: Psychology Press.

Hox, Joop J., und J. Kyle Roberts. 2011. Multilevel Analysis: Where We Were and Where We Are. In *Handbook of Advanced Multilevel Analysis*, Hrsg. Joop J. Hox und J. Kyle Roberts, 3–11. New York: Routledge.

Hunsicker, Stefan, und Yvonne Schroth. 2007. Die Kombination von Mobilfunk- und Festnetzstichproben. Eine praktische Anwendung des Dual-Frame-Ansatzes. *Methoden – Daten – Analysen* 1: 161–182.

Jahn, Detlef. 2011. *Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kersting, Norbert (Hrsg.). 2008. *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ladner, Andreas, und Marc Bühlmann. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegrösse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*. Zürich: Rüegger.

Langer, Wolfgang. 2009. *Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Langer, Wolfgang. 2010. Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf und Henning Best, 741–774. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Macedo, Stephen, Yvette Alex-Assensoh, Jeffrey M. Berry, Michael Brintnall, David E. Campbell, Luis Ricardo Fraga, Archon Fung, William A. Galston, Christopher F. Karpowitz, Margaret Levi, Meira Levinson, Keena Lipsitz, Richard G. Niemi, Robert D. Putnam, Wendy M. Rahn, Rob Reich, Robert D. Rodgers, Todd Swanstrom, und Katherine Cramer Walsh. 2005. *Democracy at Risk. How Political Choices Undermine Citizen Participation and What We Can Do About It*. Washington: Brookings Institution Press.

Naßmacher, Hiltrud, und Karl-Heinz Naßmacher. 2007. *Kommunalpolitik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Oliver, J. Eric. 2000. City Size and Civic Involvement in Metropolitan America. *American Political Science Review* 94: 361–373.

Pähle, Katja. 2008. Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Eine Herausforderung für die Legitimation lokaler Mandatsträger? In *Lokale Politikforschung heute*, Hrsg. Hubert Heinelt und Angelika Vetter, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pähle, Katja, und Marion Reiser. 2007. Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation – ein relevantes Forschungsfeld. In *Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation*, Hrsg. Katja Pähle und Marion Reiser, 7–21. Baden-Baden: Nomos.

Pettersen, Per Arnt, und Lawrence E. Rose. 1996. Participation in local politics in Norway: Some do, Some don't; Some will, Some won't. *Political Behavior* 18: 51–97.

Putnam, Robert D. 1966. Political Attitudes and the Local Community. *American Political Science Review* 60: 640–654.

Schaefer, Felix. 1979. *Muster-Stichproben-Pläne für Bevölkerungs-Stichproben in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin*. München: Verlag Moderne Industrie.

Schiller, Theo und Thomas von Winter. 1997. Hessen. In *Handbuch der deutschen Bundesländer*, Hrsg. Jürgen Hartmann, 269–305. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schnell, Rainer. 2012. *Survey-Interviews. Methoden standardisierter Befragungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Snijders, Tom A., und Roel J. Bosker. 1999. *Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London: Sage.

Statistisches Bundesamt. 2009. *In fast jedem zehnten Haushalt ersetzen Handys das Festnetz*. Pressemitteilung Nr. 184 vom 14. 05. 2009.

Tausendpfund, Markus. 2012. *Gemeinden als Fundament der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union*. Mannheim: Dissertation.

Tocqueville, Alexis de. [1835] 1985. *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.

Vetter, Angelika (Hrsg.). 2008. *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Walter-Rogg, Melanie, Volker Kunz, und Oscar W. Gabriel. 2005. Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland. In *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann, 411–455. München: Oldenbourg.

Teil I:

Politische Orientierungen im lokalen Kontext

Lokale Orientierungen

Sebastian Kuhn

Einführung[1]

Gemeinden sind mehr als reine Verwaltungseinheiten. Als alltägliches Wohn- und Lebensumfeld stellen sie vielmehr einen wesentlichen Ort der sozialen und politischen Integration dar (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 67; Häußermann u. Wurtzbacher 2005). Hier wohnen und arbeiten die Menschen, hier sind sie familiär und sozial eingebettet, hier verbringen sie ihre Freizeit, treffen sich mit Freunden und nehmen am Vereinsleben teil (vgl. Oehmichen u. Schröter 2011, S. 182). Ereignisse und Gegebenheiten in diesem lokalen Umfeld haben daher oft eine direkte Relevanz für das Leben der Menschen. Wenn Gemeinden beispielsweise aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation freiwillige Leistungen in der Kinder- und Jugendarbeit einschränken müssen, Bäder schließen oder die Kulturförderung kürzen, so kann dies einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität und die Zufriedenheit der Bürger in der Gemeinde haben. Zudem werden abstrakte und hochkomplexe Gegebenheiten wie Wirtschaftskrisen für die meisten Bürger hier konkret erfahrbar, wenn z. B. Freunde und Bekannte ihren Arbeitsplatz verlieren. Es ist daher erstens kaum verwunderlich, dass sich Menschen in der Regel mehr für Vorgänge in ihrer unmittelbaren Umgebung interessieren als für Vorgänge auf der nationalen oder internationalen Ebene (vgl. Oehmichen u. Schröter 2011, S. 182f.). Zweitens steht zu vermuten, dass die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Gemeinde die politischen Orientierungen der Bürger beeinflussen, denn diese hängen nicht nur von individuellen Faktoren ab, sondern auch von dem Handlungsrahmen, in dem sich die Individuen befinden (vgl. Dalton u. Anderson 2011, S. 3; Huckfeld 1986, S. 1).

In Anbetracht dieser Bedeutung der Gemeinden für das Leben der Bürger ist es überraschend, dass die politikwissenschaftliche Analyse lokaler Orientierungen lange Zeit brach lag (vgl. u. a. Geißel 2011, S. 34f.; Gabriel 1997, S. 9; Gabriel 1994, S. 210f.). Dies ist umso erstaunlicher, da der lokalen Politik eine fundamentale Rolle bei der Policy-Implementation und der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen zukommt (vgl. Bogumil u. Holtkamp 2006, S. 9; Vetter u. Soós 2008, S. 596; Hesse u. Sharpe 1991, S. 608). Gemeinden stellen die „Synapse zwischen dem politisch-administrativen System und dem Bürger“ (Vetter 2002a, S. 2) dar. Über sie gelangen staatliche Leistungen an die Bevölkerung und über sie werden die Präferenzen

[1] Ich danke den Herausgebern dieses Bands für ihre Geduld und für die vielen hilfreichen Kommentare. Angelika Vetter danke ich für die zahlreichen Diskussionen und die kritischen Anmerkungen zu einer ersten Version des Beitrags.

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_2, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

der Bürger in das staatliche Verwaltungshandeln aufgenommen. Aufgrund dieser Nähe zwischen der Politik und den Bürgern werden Gemeinden in zahlreichen politikwissenschaftlichen Beiträgen als „Schule der Demokratie“ bezeichnet (vgl. u. a. Geißel 2011, S. 25; Bogumil u. Holtkamp 2006, S. 9; Vetter 2002a, 2002b, S. 616; Gabriel 1990, S. 15). Dabei spielen zwei zentrale Argumentationslinien eine Rolle: Das Sozialisationsargument zielt vor allem auf die Bedeutung der lokalen Ebene für die Ausbildung politischer Orientierungen ab. In den Gemeinden können Bürger Politik und Demokratie unvermittelt erfahren und praktizieren (vgl. Stoker 1991, S. 1). Damit wird der „Grundstein für ein demokratisches, von der Bürgerschaft ausgehendes Gemeinwesen“ gelegt (Vetter 2011, S. 26; siehe auch Vetter 2002a, S. 48; Almond u. Verba 1965, S. 145). Das Legitimationsargument hat eine etwas andere Stoßrichtung. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Europäisierung und Globalisierung entfernt sich die Politik zunehmend aus der direkten Erfahrungswelt der Bürger (vgl. Vetter 2011; 2002a, S. 1f.), da politische Entscheidungen oftmals sehr komplex sind und die Möglichkeiten direkter Einflussnahme der Bürger immer weiter schwinden. Vor diesem Hintergrund wird der lokalen Politik ein beträchtliches Legitimationspotenzial zugeschrieben, denn hier können Bürger politische Zusammenhänge eher nachvollziehen, direkter an den Entscheidungen der Politik partizipieren und stärkere Bindungen zu den Volksvertretern entwickeln (vgl. Vetter 2002a, S. 48ff.; Dahl u. Tufte 1974, S. 140). Da die Erfahrungen mit der Politik auf der lokalen Ebene direkter und damit prägender sein dürften als auf höheren Systemebenen, sind hier Spillover-Effekte zu vermuten: „Wenn es gelingt, die Bürger von der Qualität des demokratischen Prozesses auf der lokalen Ebene zu überzeugen, hat dies vermutlich eine positive Ausstrahlung auf die nationale Demokratiezufriedenheit“ (Vetter 2002b, S. 614). Die Ausführungen machen deutlich, dass die Gemeinde als „Schule der Demokratie“ in der politikwissenschaftlichen Forschung meist positiv konnotiert ist. Gelingt es den Kommunen als „Synapse“ zwischen Bürger und Politik allerdings nicht, die Bedürfnisse der Bürger aufzunehmen und staatliche Leistungen effizient zu verteilen, dann kann sie genauso gut ein Ort politischer Enttäuschung, Unzufriedenheit und Entfremdung sein.

Es sprechen also gute Argumente für eine politikwissenschaftliche Analyse lokaler Orientierungen – insbesondere der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Lebens in einer Gemeinde. Erstens sollte es ein zentrales Ziel der Politik sein, gute Lebensbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten (vgl. Neller 2004, S. 28). Dies trifft insbesondere für europäische Wohlfahrtsstaaten zu, in denen dem Staat von großen Teilen der Bevölkerung die Verantwortung für soziale Sicherheit und Lebensqualität zugeschrieben wird (vgl. Thomassen 1990, S. 125ff.). Zweitens kann die Zufriedenheit der Bürger in einer Gemeinde als eine wichtige Voraussetzung für verschiedene politische Verhaltensweisen angesehen werden (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 179). So kann sich Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen negativ auf die Unterstützung der Regierung (vgl. u. a. Thomassen 1990, S. 129) und langfristig auch auf die Unterstützung des politischen Systems auswirken (vgl. u. a. Neller 2004, S. 28; Inglehart u. Klingemann 2000, S. 182; Thomassen 1990, S. 131). Daneben besteht gerade für Ge-

meinden die Gefahr, dass unzufriedene Bürger sich am politischen Leben in der Gemeinde nicht mehr beteiligen, vermehrt protestieren[2] oder einfach wegziehen (vgl. Lyons et al. 1992, S 46ff.; Lyons u. Lowery 1989). Drittens sind auch in diesem Fall langfristig Spillover-Effekte zu erwarten, denn es ist relativ unwahrscheinlich, dass Bürger, die mit den lokalen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen unzufrieden sind, positive Orientierungen gegenüber Objekten auf den höheren Systemebenen entwickeln, die viel weiter von ihrer Lebenswelt entfernt sind.[3]

Ziel dieses Beitrags ist es daher, auf der Grundlage der Daten des Projekts „Europa im Kontext", die Zufriedenheit der Bürger mit verschiedenen Aspekten des Lebens in ihren Gemeinden zu vergleichen und zu analysieren. Im Fokus der Analyse steht dabei weniger die politische Zufriedenheit im engeren Sinne (vgl. dazu den Beitrag von Angelika Vetter in diesem Band) sondern (1) die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde sowie Orientierungen gegenüber (2) dem lokalen Verwaltungshandeln, (3) lokaler Wirtschaftsverhältnisse und (4) der lokalen Gesellschaft. Im deskriptiven Teil der Analyse steht die Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Differenzen hinsichtlich dieser Aspekte im Vordergrund: Unterscheiden sich die Gemeinden hinsichtlich der Zufriedenheit ihrer Bürger mit den vier genannten Objektbereichen? Und wenn ja: lassen sich dabei bestimmte Muster erkennen? Im analytischen Teil der Arbeit geht es um die Bestimmungsfaktoren lokaler Zufriedenheit, wobei sowohl Individual- als auch Kontextmerkmale in die Analyse einbezogen werden. Dabei kommen mehrere Erklärungsansätze zum Tragen. Gemäß der Performanzthese hängt die Zufriedenheit von der aktuellen Systemleistungen ab (vgl. im Überblick Geißel 2011, S. 54ff.). Die simple Grundannahme lautet dabei, dass Bürger mit der Performanz ihrer Gemeinde zufrieden sind, wenn die Leistungen der Gemeinde ihren Präferenzen entsprechen. Die bisherige Forschung belegt aber, dass es so einfach nicht ist: Entscheidend ist zum einen nicht unbedingt die objektive Performanz der Gemeinde, sondern die individuelle Perzeption der Performanz (vgl. u. a. van Ryzin 2004, 2005; Thomassen 1990, S. 111). Zum anderen stellt sich auch die Frage, ob als Bewertungskriterium der Bürger in erster Linie die eigene Situation dient (also z. B. ob man selbst arbeitslos ist) oder ob auch die Gesamtsituation der Gemeinde (oder zumindest des näheren Umfelds) in die Bewertung eingeht (also z. B. ob Freunde oder Bekannte in der Gemeinde arbeitslos sind). Auf diese Frage wird insbesondere im Kontext der Zufriedenheit mit der lokalen Wirtschaft noch näher eingegangen.

Im Gegensatz zur Performanzthese gehen kulturalistisch geprägte Ansätze davon aus, dass politische Orientierungen vor allem in der Sozialisation erworben werden

---

[2] Die Frage, ob Unzufriedenheit die Protestbereitschaft befördert, ist empirisch allerdings umstritten (vgl. Dalton et al. 2010; Opp u. Finkel 2001; Opp 1990).

[3] Deutlich wird dies am Beispiel von Stuttgart 21. Hier wird offenkundig, wie sich die Unzufriedenheit mit der Information und Beteiligung an einem kommunalen Projekt auf höhere Systemebenen auswirken kann. So hat der Streit um das Bahnhofsprojekt nicht nur die Landtagswahl in Baden-Württemberg beeinflusst (vgl. Gabriel u. Kornelius 2011, S. 796) und den ersten Volksentscheid in der Geschichte Baden-Württembergs provoziert, sondern bundesweit die Diskussion um die direkte Demokratie neu entfacht (siehe u. a. Eder 2011; Fischer 2010).

(vgl. u. a. Easton 1975; Almond u. Verba 1965) und dass daher das politisch-kulturelle Umfeld für die Ausbildung politischer Orientierungen entscheidender ist als die Performanz des politischen Systems (vgl. u. a. Inoguchi 2007, S. 252; Inglehart u. Klingemann 2000). Dementsprechend werden auch kulturelle Kontextmerkmale in die Analyse einbezogen.

In einigen Bereichen wird dabei in dieser Arbeit Neuland betreten. Zwar existieren mehrere Studien, in denen die Zufriedenheit mit der lokalen Demokratie und lokalen politischen Institutionen untersucht werden (vgl. u. a. Geißel 2011; Ladner u. Bühlmann 2007; Cusack 1997, 1999, 2003; Vetter 2002a; Mouritzen 1989; Arzberger 1980, Lyons et al. 1992), Orientierungen zum Leben in der Gemeinde und zur lokalen Wirtschaft und Gesellschaft bleiben dabei aber meist außen vor. Die allermeisten Studien, die Zufriedenheit auf der lokalen Ebene zum Gegenstand haben, beschäftigen sich darüber hinaus mit einzelnen Dienstleistungen oder Dienstleistungsbereichen (vgl. u. a. van Ryzin 2004, 2005; Mouritzen 1989; Brown u. Coulter 1983) oder mit den Konsequenzen, die sich aus der Unzufriedenheit mit den Dienstleistungen der Gemeinde ergeben können (vgl. u. a. Lyons u. Lowery 1989; Sharp 1980). Zudem werden nur in den wenigsten Studien auch kontextuelle Erklärungsfaktoren berücksichtigt (z. B. Geißel 2011 sowie Ladner u. Bühlmann 2007).

2 Orientierungen zu verschiedenen Aspekten des Lebens in 28 hessischen Gemeinden

Zur Messung der verschiedenen Aspekte lokaler Zufriedenheit stehen mehrere Indikatoren aus der Bürgerbefragung zur Verfügung. Zunächst wurde mit einer direkten Frage die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde gemessen:

Wenn Sie nun an <Stadtname> insgesamt denken: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit dem Leben in <Stadtname>?

Die Befragten konnten die Zufriedenheit dabei auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „sehr zufrieden“ steht. Mit diesem Indikator wird eine sehr allgemeine und weit gefasste Form der Zufriedenheit erfasst. Hinsichtlich des Orientierungsobjekts („das Leben in …“) ist zu vermuten, dass es sich hierbei um eine summarische Orientierung handelt, die durch sehr unterschiedliche Faktoren beeinflusst wird (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 179). Daneben wurden weitere Orientierungen zu spezifischeren lokalen Objekten abgefragt:

Ich werde Ihnen nun einige Aussagen zu <Stadtname> vorlesen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) Die Gemeinde informiert die Bürger über kommunale Planungen.
b) In <Stadtname> ist es leicht einen Arbeitsplatz zu finden.
c) In <Stadtname> gibt es ein lebendiges Vereinsleben.

d) Die Gemeinde beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen.
e) Die Ausländer, die in <Stadtname> leben, sind gut integriert.
f) Die Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um.
g) In <Stadtname> gibt es ein vielfältiges Freizeitangebot.
h) <Stadtname> ist eine wirtschaftlich starke Gemeinde.
i) In <Stadtname> gibt es viele Einkaufsmöglichkeiten.

Die Befragten konnten dabei angeben, ob sie der jeweiligen Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Items a), d) und f) zielen auf die Bewertung der Arbeit der lokalen Verwaltung. Dabei geht es bei der Frage nach der Information bei kommunalen Planungen und bei der Frage nach dem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern vor allem um Responsivität und Transparenz im Verwaltungshandeln. Die Frage nach der Beteiligung an kommunalen Planungen ist dagegen vor allem inputorientiert und zielt auf die Bewertung der Mitwirkungsmöglichkeiten, die den Bürgern auf der kommunalen Ebene eingeräumt werden.

Die Statements b), h) und i) decken Orientierungen gegenüber den lokalen Wirtschaftsbedingungen ab. Während das Item h) direkt auf die subjektive Einschätzung wirtschaftlicher Performanz zielt, ist das Item b) eher indirekt auf die wirtschaftliche Performanz bezogen. Die Frage nach den Einkaufsmöglichkeiten in der jeweiligen Gemeinde kann dagegen nicht ausschließlich als ein Indikator für die Bewertung ökonomischer Performanz gewertet werden. Zwar signalisieren vielseitige Einkaufsmöglichkeiten sicher auch wirtschaftliche Stärke, auf der anderen Seite steht aber zu vermuten, dass vor allem kleinere Gemeinden strukturell weniger Einkaufsmöglichkeiten anbieten können – was nicht per se mit einer schlechteren ökonomischen Performanz gleichzusetzen ist.[4]

Die Items c), e) und g) zielen auf die Bewertung der lokalen Gesellschaft, also auf einen Bereich außerhalb von Staat und Markt. Im Kern des sozialen Lebens einer Gemeinde stehen unter anderem freiwillige Vereinigungen (Item c). Daher wird vermutet, dass sich eine vitale Gesellschaft auch in einem vitalen und vielfältigen Vereinsleben niederschlägt. Gleiches gilt für die Frage nach dem Freizeitangebot der jeweiligen Gemeinde (Item g), da dieses zu großen Teilen von Vereinen und ehrenamtlich engagierten Personen ermöglicht wird – z. B. durch Sportvereine. Die erfolgreiche Integration von Ausländern hängt zum einen von politischen Rahmenbedingungen, zum anderen vor allem vom gesellschaftlichen Engagement ab. Daher ist der Indikator e) eher dem gesellschaftlichen Bereich zuzuordnen.

Tabelle 1 (s. S. 40) enthält deskriptive Informationen zur Zufriedenheit der Bürger mit den verschiedenen Orientierungsobjekten. In der ersten Spalte ist der prozentuale Anteil der Befragten abgetragen, die mit dem Leben in ihrer Gemeinde sehr zufrieden

[4] Zudem gehört „Shopping“ in Konsumgesellschaften bis zu einem gewissen Grad auch zur Freizeitgestaltung, weshalb gewisse Überschneidungen mit den folgenden Items zur Bewertung der lokalen Gesellschaft vermutet werden.

Tabelle 1: Lokale Orientierungen in 28 hessischen Gemeinden (Prozentwerte)

	Zufriedenheit mit Leben in Stadt/ Gemeinde	Gemeinde informiert Bürger über kommunale Planungen	Gemeinde beteiligt Bürger an kommunalen Planungen	Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungs-bewusst um	<Stadtname> ist eine wirt-schaftlich starke Gemeinde	In <Stadtname> ist es leicht einen Abeitsplatz zu finden	In <Stadtname> gibt es viele Einkaufs-möglichkeiten	In <Stadtname> gibt es ein lebendiges Vereinsleben	In <Stadtname> gibt es ein viel-fältiges Freizeitangebot.	Ausländer sind in <Stadtname> gut integriert	N (min)
Alsfeld	**24**	**55**	**30**	**20**	**14**	**4**	50	80	46	78	352
Bickenbach	68	82	67	**88**	80	29	45	93	62	**93**	156
Biedenkopf	33	62	38	50	50	27	59	85	48	**43**	331
Bruchköbel	67	78	53	73	79	27	88	96	79	82	252
Büttelborn	55	78	56	67	72	28	58	95	76	78	284
Eppstein	59	88	66	67	69	18	46	95	59	77	294
Erzhausen	46	72	48	61	47	15	42	91	54	87	305
Felsberg	47	79	59	58	37	12	68	94	66	72	334
Frankenberg (Eder)	51	80	59	64	52	23	71	87	64	71	340
Frielendorf	46	78	56	49	40	11	59	89	75	69	345
Gelnhausen	63	76	55	56	57	31	67	92	72	67	290
Guxhagen	65	74	60	75	70	22	80	97	74	89	315
Helsa	40	74	58	60	21	7	**40**	92	43	72	232
Heuchelheim	64	70	52	63	75	41	67	95	72	82	197
Hüttenberg	63	81	68	73	80	31	78	96	74	77	270
Kassel	44	61	44	44	31	18	90	86	82	46	1.005
Kelkheim	60	88	57	72	85	39	76	94	79	83	232
Limburg a.d. Lahn	50	73	49	61	73	29	74	90	73	49	316
Petersberg	**71**	**94**	**74**	87	**96**	45	**91**	**98**	**85**	85	83
Ranstadt	48	78	51	85	53	16	49	86	**37**	77	215
Reinheim	53	77	56	77	69	21	79	91	74	79	278
Reiskirchen	49	71	60	64	75	26	90	84	49	58	299
Rüdesheim am Rhein	46	59	42	50	46	32	67	86	64	64	307
Selters (Taunus)	57	77	47	69	61	0	67	92	70	81	321
Viernheim	54	79	63	72	76	37	88	94	76	64	295
Wiesbaden	53	59	42	46	87	**57**	88	84	78	51	949
Witzenhausen	32	59	37	46	14	0	51	**78**	38	76	352
Wolfhagen	52	79	59	73	48	23	55	86	63	67	338
Gesamtmittelwert der Gemeinden	52	74	54	63	59	24	67	90	65	72	28
Maximale Differenz	46	39	44	68	82	54	51	19	48	51	

Anmerkungen: Die Zellen beinhalten den prozentualen Anteil der Befragten, die mit dem Leben in der Gemeinde sehr zufrieden sind (Werte 8 bis 10) bzw. den weiteren Aussagen voll oder eher zugestimmt haben. Die hervorgehobenen Einträge signalisieren die beiden Gemeinden mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Wert. Die maximale Differenz gibt Auskunft über die Spannweite zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert. Der Gesamtmittelwert bezieht sich auf den Mittelwert der 28 Gemeinden.

sind (Skalenwerte 8 bis 10). Die weiteren Spalten zeigen den prozentualen Anteil derjenigen Befragten, die den übrigen Statements a) bis i) eher bzw. voll zustimmen.

Ein Blick auf die Gesamtmittelwerte der Gemeinden gibt erstens Auskunft darüber, dass die Bürger (mit einer Ausnahme) mehrheitlich mit den verschiedenen Aspekten des Lebens in ihrer Gemeinde zufrieden sind. Die Anteile bewegen sich hierbei zwischen 50 und 90 Prozent zufriedener Personen. Der bereits angesprochene Ausreißer nach unten bezieht sich auf die Bewertung der Arbeitsplatzsituation (Item b). Hier liegt der Wert nur knapp über 24 Prozent.

In Bezug auf die verschiedenen Aspekte lokaler Zufriedenheit kann zweitens festgehalten werden, dass eine knappe Mehrheit der Befragten mit dem Leben in ihrer Gemeinde zufrieden ist. Auch die Bewertung der politischen Verwaltung fällt überwiegend positiv aus, wobei die niedrigsten Werte auf die Bewertung der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungen entfallen.[5] Deutlich kritischer wird dagegen die ökonomische Situation der Gemeinden bewertet. Hier wird vor allem die Arbeitsmarktsituation mit Sorge betrachtet. Eine vergleichsweise breite Mehrheit ist dagegen mit den gesellschaftlichen Aspekten in der Gemeinde zufrieden. Hier sticht vor allem die Bewertung des Vereinslebens positiv heraus.

Hinsichtlich der maximalen Differenz zwischen den verschiedenen Gemeinden (dokumentiert in der letzten Zeile der Tabelle) fallen erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden ins Auge. Vor allem die wirtschaftliche Stärke der Gemeinden wird von den Bürgern äußert unterschiedlich bewertet: Hier liegen über 80 Prozentpunkte zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert. Auch für die anderen Items ergeben sich teilweise enorme Differenzen zwischen den Kommunen, so dass auf Basis der Durchschnittswerte kaum valide Aussagen über die durchschnittliche Zufriedenheit der Bürger in den hessischen Gemeinden gemacht werden können – dafür sind die Differenzen zwischen den Kommunen zu groß. Dieses Bild ist zwar auch aus anderen Studien bekannt (vgl. Cusack 1997, S. 30ff.).[6] Bemerkenswert ist dieser Befund aber vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich alle untersuchten Gemeinden im selben Bundesland befinden. Dies deutet auf erhebliche Unterschiede in den lokalen Kontexten hin.

Mit Blick auf die einzelnen Gemeinden stechen vor allem zwei Gemeinden hervor: Während sich die Gemeinde Petersberg[7] durchgehend sehr zufrieden zeigt, weist die Gemeinde Alsfeld in vielen Bereichen die niedrigsten Werte auf. Insbesondere die lokale Verwaltung und die lokalen Wirtschaftsbedingungen werden hier äußert kritisch bewertet.

---

[5] Die Differenz zwischen der Information und der Beteiligung an kommunalen Planungen ist plausibel – schließlich ist die Information der Bürger mit erheblich weniger Aufwand verbunden als die tatsächliche Beteiligung.

[6] So variiert die Zufriedenheit mit der lokalen Verwaltung in der Studie von Cusack in den westdeutschen Gemeinden Mitte der 1990er Jahre zwischen 56 und 88 Prozent. Analoge Ergebnisse ergaben sich bei anderen Orientierungsobjekten (vgl. Cusack 1997, S. 30ff.).

[7] Die Ergebnisse für Petersberg müssen allerdings wegen der deutlich geringeren Fallzahl etwas vorsichtiger interpretiert werden.

Um die folgende Analyse der Bestimmungsfaktoren lokaler Orientierungen übersichtlicher zu gestalten, werden Indizes gebildet, mit deren Hilfe die unterschiedlichen Aspekte lokaler Zufriedenheit abgebildet werden sollen. Die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde wird dabei als summarische Orientierung einzeln in die weitere Analyse einbezogen. Vorab wird mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse überprüft, ob sich diese unterschiedlichen Dimensionen empirisch überhaupt nachweisen lassen (Tabelle 2).[8]

Der erste Faktor umfasst die Items a), d) und f), die auf die Bewertung der kommunalen Verwaltung abzielen. Zwar lädt auch das Item zur Integration von Ausländern relativ auf diesem Faktor, die Faktorladung ist allerdings vergleichsweise niedrig. Da dieses Item theoretisch nicht sinnvoll eingeordnet werden kann, wird es für die weiten Analysen nicht weiter berücksichtigt. Aus den verbleibenden Items wird ein Index gebildet, der die Zufriedenheit der Befragten mit der lokalen Verwaltung umfasst. Der zweite Faktor umfasst Orientierungen zur lokalen Wirtschaft: Wie bereits vermutet zielt die Frage nach den Einkaufsmöglichkeiten nicht zwingend nur auf die ökonomische Performanz einer Gemeinde, was an der starken Ladung auf dem dritten Faktor abzulesen ist. Der Index zur Erfassung der Zufriedenheit mit den lokalen Wirtschaftsbedingungen wird folglich nur aus den Items b) und h) gebildet. Der dritte Faktor umfasst Orientierungen zur lokalen Gesellschaft. Der dazugehörige Index „Zufriedenheit mit der lokalen Gesellschaft“ wird aus den Items c) und g) gebildet.[9]

Tabelle 2: Dimensionen lokaler Orientierungen (Hauptkomponentenanalyse)

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3
Information Planungen (a)	0,77		
Beteiligung Planungen (d)	0,73		
Umgang der Gemeinde mit Geldern (f)	0,67		
Integration von Ausländern (e)	0,48		
Arbeitsplatz finden (b)		0,77	
Wirtschaftlich starke Gemeinde (h)		0,70	
Vielfältiges Freizeitangebot (g)			0,77
Lebendiges Vereinsleben (c)			0,74
Einkaufsmöglichkeiten (i)		0,47	0,48
Eigenwerte	2,86	1,28	0,92
Erklärte Varianz	31,7%	14,3%	10,3%
Cronbach‘s Alpha	0,69	0,56	0,51

Anmerkung: Hauptkomponentenanalyse unter Vorgabe von drei Faktoren. Rotation: Oblimin. Faktorladungen <0,3 nicht angezeigt. Die Cronbach’s-Alpha-Koeffizienten beziehen sich nur auf die Items, die für die Indexbildung verwendet wurden.

[8] Die dargestellten Ergebnisse resultieren aus einer Hauptkompontenanalyse unter Vorgabe von drei Faktoren. Unter Anwendung des Kaiser-Guttman-Kriteriums (zur Übersicht verschiedener Kriterien für die Bestimmung der Faktorenzahl siehe u. a. Bortz u. Schuster 2010, S. 415ff.) würden nur zwei Faktoren extrahiert werden, da der dritte Faktor das Eigenwertkriterium von 1 mit einem Wert von 0,92 denkbar knapp verfehlt. Da dieser dritte Faktor allerdings einen kaum minderen Varianzanteil (= 10 Prozent) erklärt als der zweite (= 14 Prozent), erscheint diese forcierte Lösung durchaus gerechtfertigt. Darüber hinaus legt auch der Scree-Test (nicht ausgewiesen) nach Cattell (1966) eine dreifaktorielle Lösung nahe.

[9] An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Werte für Cronbach’s Alpha jeweils auf eine nur unterdurchschnittliche Reliabilität schließen lassen. Da Alpha mit der Anzahl an im Test enthaltenen Items tendenziell ansteigt (vgl. Bortz u. Döring 2006, S. 198), wird die Reliabilität durch den Cronbach’s-Alpha-Koeffizienten bei einer niedrigen Zahl von Indikatoren häufig unterschätzt. Da die Indizes hier jeweils nur wenige Indikatoren beinhalten, können die niedrigen Werte zum Teil auch darauf zurückzuführen sein.

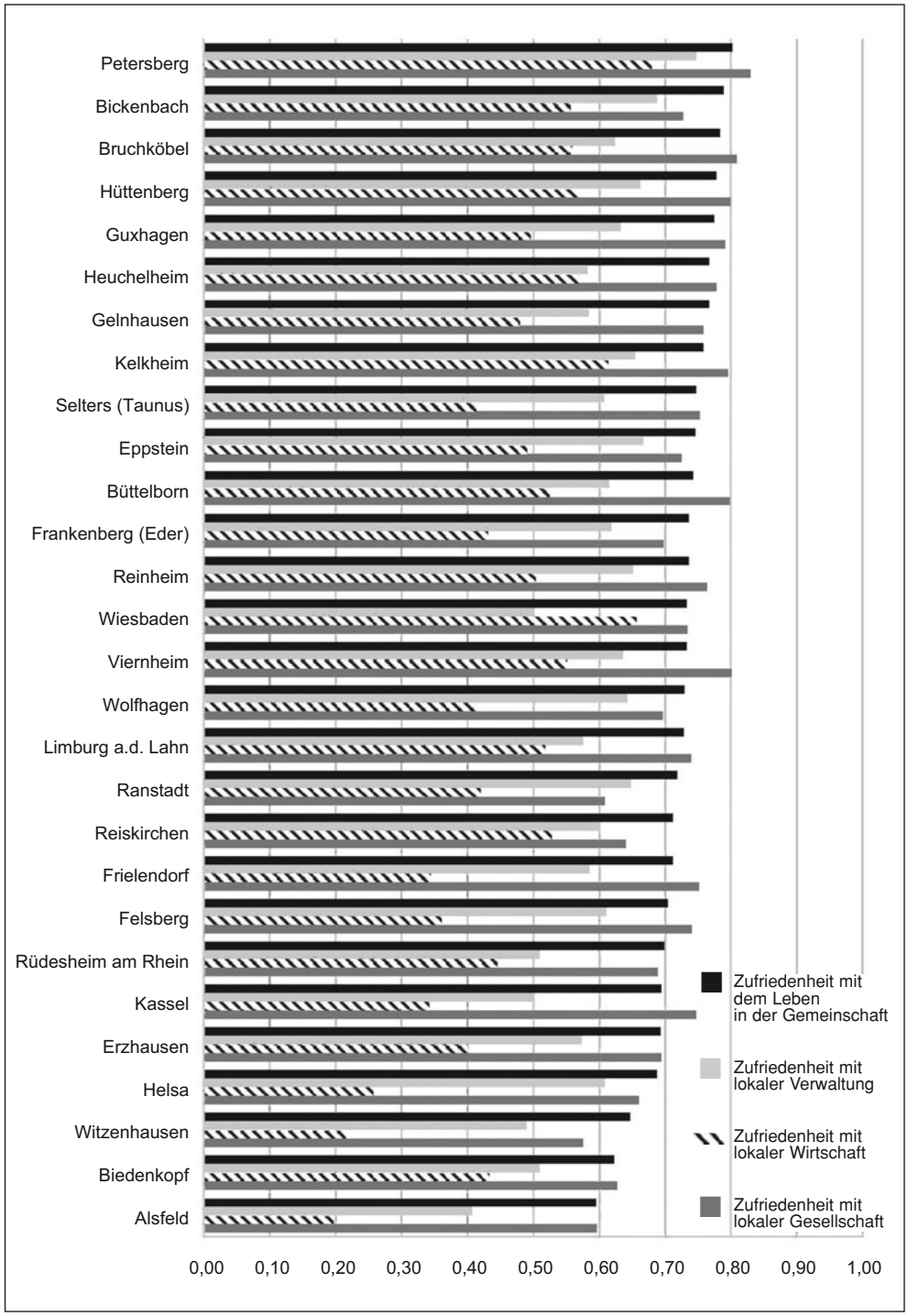


Abbildung 1: Verschiedene Aspekte lokaler Zufriedenheit (Mittelwerte)

Die Indexbildung erfolgt vor dem Problem einer relativ hohen Anzahl fehlender Werte.[10] Daher wurden die „weiß nicht"-Angaben durch den jeweiligen Skalenmittelwert ersetzt. Dieses Vorgehen basiert auf der Annahme, dass Personen, die auf die jeweilige Frage mit „weiß nicht" antworten, keine eindeutige Einstellung vorweisen können und daher mit den Personen vergleichbar sind, die sich in der Mitte des Einstellungskontinuums befinden.[11] Anschließend wurden Mittelwertindizes gebildet. Die Indizes wurden auf einen einheitlichen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert, wobei Werte über 0,5 auf positive Haltungen hindeuten.

Eine deskriptive Darstellung der vier Indizes findet sich in Abbildung 1 (s. S. 43). Dabei zeigt sich das bereits bekannte Muster. Die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde ist bei einem Mittelwert von 0,72 (SD = 0,19) durchgängig relativ hoch. Ebenfalls sehr hoch ist die Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Leben in den Gemeinden (MW = 0,73; SD = 0,23). Bei der Zufriedenheit mit der lokalen Verwaltung (MW = 0,58; SD = 0,23) und der ökonomischen Situation (MW = 0,46; SD = 0,24) ergeben sich dagegen deutlich niedrigere Werte. Durchgängig Spitzenwerte erreicht die Gemeinde Petersberg. Eher unterdurchschnittlich scheiden dagegen v. a. die Gemeinden Alsfeld, Biedenkopf, Helsa und Witzenhausen ab.

3 Lokale Zufriedenheit im Kontext

Inwieweit die lokalen Kontexte zur Erklärung der Unterschiede herangezogen werden können, wird im Folgenden zu klären sein. Im Anschluss an die Unterscheidung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Orientierungen bietet sich auch auf der Kontextebene eine Differenzierung zwischen lokaler Politik, lokaler Gesellschaft und lokaler Wirtschaft an. Dabei ist anzunehmen, dass die spezifischen Orientierungen vor allem durch den jeweiligen Kontext beeinflusst werden (die Orientierungen zur Verwaltung also vom politischen Kontext, die wirtschaftlichen Orientierungen vom ökonomischen Kontext usw.). Die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde wird dagegen vermutlich von allen Kontextbereichen geprägt.

3.1 Der politische Kontext

Wie bereits mehrfach erwähnt, zeichnet sich die lokale Politik durch eine besondere Nähe zu den Bürgern aus. Die Bürger können hier die Leistungen, die die lokale Politik erbringt, direkt beobachten und einschätzen. Gerade bei kommunalen Projekten können sie den Prozess von der ersten Idee über die politische Entscheidung bis zur letztlichen Implementation verfolgen und beurteilen. Es liegt daher die Vermutung

[10] Das Problem besteht dabei weniger in Antwortverweigerungen, sondern an der teilweise relativ hohen Anzahl an „weiß nicht"-Nennungen.

[11] Da diese Annahme durchaus bestritten werden kann, erfolgten alle Analysen zusätzlich mit einer alternativen Indexvariante, bei der die „weiß nicht"-Antworten nicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse sind vergleichbar.

nahe, dass die Leistungen der Politik insbesondere auf der lokalen Ebene in einem direkten Zusammenhang mit der Zufriedenheit der Bürger stehen. Vor allem die Zufriedenheit mit dem Verwaltungshandeln dürfte in Gemeinden mit einer guten Leistungsbilanz der Politik deutlich höher sein als in Gemeinden mit einer defizitären lokalen Politik. Da der Politik von Seiten der Bürger allerdings auch die Verantwortung für Differenzen in den objektiven Lebens- und Arbeitsverhältnissen zugeschrieben wird (vgl. Neller 2004, S. 27), werden darüber hinaus auch Effekte auf alle weiteren Bereiche der Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde vermutet.

Als indirekter Indikator zur Erfassung der Performanz lokaler Politik wird das aggregierte lokale politische Vertrauen in die Analyse einbezogen.[12] Das politische Vertrauen gilt als eine notwendige Bedingung für effektives Regieren (vgl. Gabriel 2010, S. 142) und stellt als Aggregatmerkmal eine Form des kulturellen Kapitals einer Gemeinde dar, welches den politischen Entscheidungsträgern in der Kommune gewisse Handlungsfreiräume garantiert und so effizientes Regierungshandeln fördert (vgl. Sztompka 1998, S. 22). Dies sollte sich insbesondere in einer positiven Evaluation der politischen Verwaltung niederschlagen (vgl. Cusack 1997, S. 33). Die Erwartung lautet also: Je höher das lokale politische Vertrauen, desto höher die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde, der Einbindung in kommunale Planungen, der lokalen Wirtschaft und der lokalen Gesellschaft.[13] Als weiterer Indikator für die Leistungs- und Effektivitätsbewertung politischer Entscheidungsträger kann die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angesehen werden (vgl. Vetter 2002b, S. 608). In die Analyse wird daher die aggregierte lokale Demokratiezufriedenheit einbezogen (Frage 19a). Auch hier wird ein Effekt auf alle Aspekte der lokalen Orientierungen angenommen.

Wie bereits erwähnt wird davon ausgegangen, dass sich Unzufriedenheit vor allem auf eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Bürger und der Leistungen der Gemeinde zurückführen lässt. Diese Diskrepanz lässt sich auf der Basis der vorliegenden Daten nur schwer operationalisieren. Allerdings steht ein Indikator zur Verfügung, der die Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament der jeweiligen Gemeinde wiederspiegelt. Hier kann davon ausgegangen werden, dass eine hohe Zahl unterschiedlicher Gruppen auf die Existenz sehr unterschiedlicher Präferenzen und Interessenslagen in der Kommune – und damit auf das Vorliegen politischer Konflikte – zurückzuführen ist. Daher wird ein negativer Effekt auf die Zufriedenheit in der Gemeinde vermutet. Als zweiter Indikator für Konflikte in der lokalen Politik wird die Anzahl zwischen 1993 und 2009 durchgeführten Bürgerentscheide in den Kommunen in die Analyse einbezogen. Hier wird davon ausgegangen, dass eine extensive Nutzung dieses Instru-

[12] Das politische Vertrauen setzt sich aus dem Vertrauen in die Stadt- und Gemeindeverwaltung, die Parteien in der Gemeinde, die Gemeindevertretung und den Bürgermeister zusammen (Fragen 13a bis d). Aus den vier Items wurde ein additiver Index gebildet. Als aggregiertes Merkmal geht der Gemeindemittelwert mit einem Wertebereich von 0 (für die Gemeinde mit dem niedrigsten politischen Vertrauen) bis 1 (für die Gemeinde mit dem höchsten politischen Vertrauen) in die Analyse ein.

[13] An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die Kausalrichtung durchaus angezweifelt werden kann. Dies wird in Abschnitt 5.1 noch genauer diskutiert.

ments der Bürgerbeteiligung darauf hindeutet, dass die Erwartungen der Bürger von den formal zuständigen Entscheidungsinstanzen nur unzureichend aufgenommen werden (vgl. Arzberger 1980, S. 118). Daher kann die Erwartung formuliert werden, dass eine höhere Anzahl von Bürgerentscheiden mit einer höheren Unzufriedenheit bezüglich der Information und Beteiligung bei kommunalen Planungen einhergeht. Mit Blick auf gesellschaftliche Orientierungen lässt sich dagegen eine andere Erwartung formulieren. Bürgerinitiativen, die vielen Bürgerentscheiden vorausgehen, fördern in vielen Fällen das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement (vgl. Dreßler 2003, S. 146) und bestehen oft auch nach dem eigentlichen Bürgerbegehren in dauerhaften Formen (z. B. als eingetragene Vereine) weiter (vgl. Roth 1998: 7). Deshalb wird ein positiver Zusammenhang zwischen der Anzahl an Bürgerentscheiden und der Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Leben in der Gemeinde vermutet.

3.2 Der gesellschaftliche Kontext

Gemeinden stellen für ihre Bürger nicht nur einen politischen Kontext dar – vielmehr sind sie der Ort, in dem die Menschen durch soziale Bindungen und Interaktionen verankert sind (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 67). Damit ist der gesellschaftliche Kontext der Gemeinde angesprochen, der zwischen der politischen, wirtschaftlichen und privaten Sphäre verortet werden kann.

Das gesellschaftliche Umfeld kann sich in mehrfacher Hinsicht auf die Zufriedenheit der Bürger auswirken. Ein Aspekt stellt dabei der Grad an gesellschaftlicher Homogenität dar, wobei davon ausgegangen wird, dass die Zufriedenheit mit den Dienstleistungen und Einrichtungen einer Gemeinde unter anderem von unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen der Bevölkerung abhängt. Dabei spielt insbesondere die Altersstruktur der Gemeinde eine Rolle. So stellen Rentner vermutlich andere Anforderungen an die kommunale Verwaltung als Studenten, und jüngere Menschen haben andere Vorstellungen von Freizeitgestaltung als ältere. Daher wird erwartet, dass sich ein hoher Anteil an über 65-Jährigen in einer größeren Unzufriedenheit mit der lokalen Gesellschaft und der lokalen Verwaltung niederschlägt, da die Gemeinden hier sehr unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse befrieden müssen.

Mit der Gemeindegröße kommt ein zweiter Indikator zum Tragen, der indirekt ebenfalls auf die gesellschaftliche Homogenität bezogen ist. Mit Blick auf die Zufriedenheit dominieren in der Literatur mit der Reformtheorie und der ökonomischen Theorie zwei divergierende Ansätze, die jeweils unterschiedliche Effekte postulieren (vgl. u. a. Mouritzen 1989). Nach der Reformtheorie sind große Gemeinden, trotz der tendenziell größeren Heterogenität der Bevölkerungsstruktur, eher in der Lage, die Präferenzen der Bürger aufzunehmen und durchzusetzen. Sie verfügen in der Regel über mehr Ressourcen und sind daher eher in der Lage, divergierende Ansprüche der Bürger zu erfüllen. Dies führt zu der These: „The larger the local political system, the more satisfied with policies will the citizens tend to be“ (Mouritzen 1989, S. 662). Die ökonomische Theorie geht dagegen davon aus, dass die homogene Bevölkerungszusammensetzung in kleineren Gemeinden tendenziell zu einer relativ einheitlichen

Interessenslage führt. Daher ist es wahrscheinlicher, dass die Policies in diesen Gemeinden den Interessen der (allermeisten) Bürger entsprechen. Zudem können Bürger in kleinen Gemeinden ihre Interessen besser in den politischen Prozess einbringen. Die These lautet daher: „The smaller the local political system, the more satisfied with policies will the citizens tend to be“ (Mouritzen 1989, S. 664).

Beide Ansätze sind theoretisch plausibel und die empirische Forschung produziert widersprüchliche Ergebnisse, wenngleich der ökonomische Ansatz insgesamt eine bessere Erklärungsleistung aufbringen kann (vgl. Mouritzen 1989, S. 679). Im Anschluss an Ergebnisse der Studie von Ladner und Bühlmann (2007, S. 179ff.) wird davon ausgegangen, dass große Städte vor allem hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der kulturellen und sozialen Angebote einen deutlichen Vorteil gegenüber kleineren Gemeinden haben. Daher wird ein positiver Effekt der Gemeindegröße auf die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde, der Zufriedenheit mit der lokalen Ökonomie und der Bewertung gesellschaftlicher Aspekte vermutet. Aufgrund der Nähe zwischen Bürgern und Behörden wird dagegen angenommen, dass die Zufriedenheit mit der Information und Beteiligung an lokalen Planungen in kleinen Gemeinden größer ist.

Im Anschluss an den Sozialkapital-Ansatz in der Tradition von Putnam (1993, 2000)[14] wird darüber hinaus vermutet, dass sich die Ausstattung der Gemeinde mit Sozialkapital auf die Zufriedenheit der Bürger auswirkt. Folgt man der Argumentation Putnams (1993), dann befördert eine gute Ausstattung einer Kommune mit Sozialkapital das effektive Funktionieren der lokalen Wirtschaft, der lokalen Politik und der lokalen Verwaltung (vgl. Geißel 2011, S. 61). Sozialkapital stellt in diesem Sinne eine infrastrukturelle Voraussetzung für die Performanz von Kommunen dar, weshalb die Erwartung formuliert werden kann, dass sich ein hohes Maß an Sozialkapital positiv auf die Lebenszufriedenheit der Bürger auswirkt (vgl. Gabriel 2010, S. 141; Putnam 1993, S. 113ff.).

Trotz der enormen Beliebtheit des Konzepts in den Sozialwissenschaften herrscht über den Begriff und die Messung von Sozialkapital einige Unklarheit (vgl. im Überblick Gabriel 2010 und van Deth 2003). Für die folgende Analyse werden mit dem Netzwerkkapital und dem kulturellen Kapital zwei Komponenten des Sozialkapitals unterschieden (vgl. u. a. Gabriel 2010, S. 131ff.; Roßteutscher 2009, S. 173). Mit dem Begriff des Netzwerkkapitals wird die Einbindung von Individuen in soziale Netzwerke und insbesondere das Engagement in freiwilligen Vereinigungen erfasst. Dabei geht Putnam (1993, S. 173) davon aus, dass das bürgerschaftliche Engagement in Netzwerken und Vereinen entscheidend zur sozialen Kooperation und zur Einbindung der Bürger in die Zivilgesellschaft beiträgt. In der Konsequenz profitiert die gesamte Gemeinde von positiven sozialen Effekten, was sich auf die Zufriedenheit in allen Bereichen des kommunalen Lebens auswirken sollte (vgl. Helliwell u. Putnam 2004, S. 1436f.).[15]

---

[14] Zur Diskussion um Sozialkapital als Kontextmerkmal auf der lokalen Ebene siehe insbesondere Cusack (1997) und Geißel (2011, S. 60ff.).

[15] Als Kontextmerkmal kommt in der Analyse die Vereinsdichte (Anzahl der Vereine/Einwohner) zum Einsatz. Sie spiegelt die Anzahl der Vereine in Relation zur Bevölkerungszahl wieder.

Zum kulturellen Kapital gehört zum einen die Unterstützung gemeinschaftsbezogener Normen und Werte, zum anderen das zwischenmenschliche Vertrauen (vgl. u. a. Gabriel 2010, S. 137ff.). Gemeinden, die durch eine „culture of trust" geprägt sind, profitieren nicht nur von erweiterten Handlungsspielräumen und niedrigen Transaktionskosten (vgl. Sztompka 1998, S. 21f.; Cusack 1997, S. 3ff.), sondern auch von einem hohem Gefühl der Sicherheit und kollektiver Solidarität (vgl. u. a. Wilkinson u. Pickett 2010, S. 56f.). Eine gute Ausstattung der Gemeinden mit Sozialkapital führt daher vermutlich zu einer größeren Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde. Zur Erfassung der Unterstützung gemeinschaftsbezogener Normen und Werte in der Gemeinde kommt mit der Häufigkeitszahl ein „inverser Indikator" zum Einsatz (siehe hierzu van Deth 2008, S. 162).[16] Zur Messung des zwischenmenschlichen Vertrauens wird das aggregierte soziale Vertrauen (Frage 12) verwendet.

Zuletzt hängt die Bewertung lokaler Sachverhalte auch von der Zugänglichkeit von Informationen ab. Schließlich ist die Kognition eines Sachverhalts logisch der Evaluation vorgestellt. Informationen über das kommunale Geschehen beziehen die allermeisten Bürger über die lokalen Tageszeitungen (vgl. Oehmichen u. Schröter 2011, S. 184ff.). Da sowohl die Bewertung der lokalen Politik als auch die Bewertung der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Situation vom Zugang zu relevanter Information abhängt, wird ein Einfluss von der Anzahl an Zeitungen mit Regionalteil auf die lokalen Orientierungen vermutet. Dabei wird erwartet, dass die Existenz mehrerer Zeitungen zu einer differenzierten Berichterstattung führt – und damit tendenziell zu einer positiveren Beurteilung durch die Bürger.

3.3 Der wirtschaftliche Kontext

Dass sich ökonomische Kontexte sowohl auf die allgemeine Lebenszufriedenheit (vgl. u. a. Diener u. Biswas-Diener 2002; Inglehart u. Klingemann 2000; Easterlin 1995) als auch auf die politische Zufriedenheit auswirken (vgl. Geißel 2011, S. 57; Ladner u. Bühlmann 2007, S. 195), ist in der Politikwissenschaft weitgehend unbestritten. So wurde z. B. mehrfach nachgewiesen, dass ökonomische Faktoren einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung (z. B. Cusack 1999) sowie auf die Unterstützung des politischen Systems (z. B. Weatherford 1987, 1983) und die Demokratiezufriedenheit (z. B. Clarke et al. 1993) haben. Allerdings beziehen sich die meisten Studien vor allem auf die Wahrnehmung der ökonomischen Situation. Der Einbezug objektiver ökonomischer Kontextfaktoren in die Analyse politischer Einstellungen auf der Individualebene ist dagegen weitgehend Brachland (vgl. Geißel 2011, S. 58).[17]

---

[16] Die Häufigkeitszahl gibt Auskunft über die bekannt gewordenen Straftaten relativ zur Einwohnerzahl. Verhaltensweisen wie das Nichtbefolgen von Gesetzen verstoßen gegen das Reziprozitätsprinzip (vgl. Gabriel 2010, S. 138), weshalb eine hohe Kriminalitätsrate in einer Gemeinde auf eine weniger ausgeprägte Unterstützung von Reziprozitätsnormen hindeutet.

[17] Zu den Ausnahmen zählt beispielsweise die Studie von Geißel (2011), die allerdings zur Berechnung der Effekte auf aggregatübergreifende Regressionen zurückgreift, was methodische Probleme mit sich bringen kann, da die Standardfehler der Kontextvariablen unterschätzt werden (vgl. Hinz 2009, S. 655; Pötschke 2006, S. 174). Im schlechtesten Fall sind die Ergebnisse reine Methodenartefakte (vgl. Wells u. Krieckhaus 2006).

Ökonomische Faktoren können politische Orientierungen auf mehreren Wegen beeinflussen. Im Kontext verschiedener Ansätze des ökonomischen Wählens wird dabei zwischen egotropischen (pocketbook) und soziotriopischen Faktoren unterschieden (vgl. u. a. Lewis-Beck u. Stegmaier 2007, 2000; Anderson 2000; Kinder u. Kiewiet 1981). Gemäß des pocketbook voting resultieren politische Präferenzen (und vor allem die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung) aus der Bewertung der eigenen ökonomischen Situation. Bürger fällen ihre Wahlentscheidung auf der Basis rationaler Nutzenkalkulation: Gewählt wird die Partei, von deren Politik sich der Wähler den größten persönlichen Nutzen verspricht (vgl. Lewis-Beck u. Stegmaier 2000, S. 191). Folgt man dieser Argumentation, dann sollten objektive ökonomische Kontextfaktoren keine sonderliche Relevanz für die Zufriedenheit der Bürger haben. Der soziotropische Ansatz geht von anderen Prämissen aus: Hier resultieren politische Präferenzen vor allem aus der Bewertung der ökonomischen Lage auf der Makroebene. Gewählt wird die Partei, von der sich der Wähler den größten Nutzen für die nationale oder regionale ökonomische Situation verspricht (vgl. Lewis-Beck u. Stegmaier 2000, S. 191). Folgt man dieser Argumentation, sollten ökonomischen Kontextfaktoren eine große Relevanz als Determinanten individueller Zufriedenheit zukommen.[18] Die Wirkmechanismen objektiver ökonomischer Kontextmerkmale lassen sich am besten mit der „information flow perspective“ (Books u. Prysby 1999, S. 4) darstellen: In Gemeinden mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist zum einen die Wahrscheinlichkeit relativ hoch, selbst von diesen Schwierigkeiten betroffen zu sein (z. B. durch Arbeitslosigkeit). Zweitens ist es hier aber auch sehr wahrscheinlich, dass man mit negativen Berichten aus dem Freundes- und Bekanntenkreis konfrontiert wird – z. B. weil deren Arbeitgeber in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Drittens werden Medien in solchen Regionen vermehrt über die schlechte ökonomische Situation berichten. Treffen die Annahmen des soziotropischen Ansatzes zu, worauf viele Studien hindeuten (vgl. im Überblick Lewis-Beck u. Stegmaier 2007, 2000), dann wirken sich objektive wirtschaftliche Kontextfaktoren vermittelt über die subjektive Einschätzung der ökonomischen Situation auf die politischen Präferenzen und die politische Zufriedenheit aus. Dabei ist primär ein Effekt auf die Zufriedenheit mit der lokalen wirtschaftlichen Lage zu erwarten.[19] Desweiteren werden Effekte auf alle weiteren Aspekte der Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde erwartet. Da die Bürger der Politik und der Verwaltung vermutlich eine Verantwortung für die ökonomische Situation der Gemeinde geben, wird ein positiver Effekt ökonomischer Faktoren auf die Zufriedenheit mit der lokalen Verwaltung erwartet. Da ökonomisch erfolgreiche Gemeinden mehr Ressourcen für die Unterstützung lokaler Vereine und Freizeitaktivitäten verwenden können, wird auch hier ein positiver Einfluss vermutet. Als Kontextindikator kommt in

[18] Dabei muss betont werden, dass der soziotropische Ansatz keinen rein altruistischen Wirkmechanismus unterstellt. Vielmehr kann auch hier ein rationales Nutzenkalkül eine Rolle spielen, schließlich ist eigener wirtschaftlicher Erfolg in einem Kontext ökonomischer Prosperität wahrscheinlicher als in einem Kontext ökonomischer Depression (vgl. Kinder u. Kiewiet 1981, S. 132).

[19] Viele Studien gehen aber auch davon aus, dass die Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Situation von lokalen Kontextmerkmalen beeinflusst wird (vgl. Cutler 2002; Books u. Prisby 1999).

erster Linie die Arbeitslosenquote zum Einsatz. Diese bietet sich für die Analyse von Kontexteffekten aus mehrerlei Gründen an (siehe dazu Books u. Prysby 1999, S. 5).[20] Die Arbeitslosenquote ist alleine allerdings kein ausreichender Indikator für den ökonomischen Erfolg einer Gemeinde. Zur Erfassung des Wohlstands kommt daher die pro-Kopf-Kaufkraft der Gemeinden zum Tragen. Mit dem Schuldenstand und den Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde kommen schließlich zwei weitere Indikatoren zum Einsatz, die Rückschlüsse auf den finanziellen Gestaltungsspielraum der Gemeinde zulassen.

4 Lokale Orientierungen und lokale Kontextfaktoren: Zusammenhänge auf der Makroeebene

Im Anschluss an die Ausführungen in den vorangegangenen Kapiteln wird nun überprüft, inwiefern die beobachteten Unterschiede zwischen den Gemeinden systematisch auf Unterschiede in den lokalen Kontexten zurückzuführen sind. Die Zusammenhänge zwischen den ausgewählten Indikatoren sind in Tabelle 3 ausgewiesen. Dabei fällt zunächst auf, dass die meisten signifikanten Effekte auf die Zufriedenheit mit der

Tabelle 3: Lokale Orientierungen und lokaler Kontext (Makroanalyse)

Zufriedenheit mit…	dem Leben in der Gemeinde	der lokalen Verwaltung	lokalen Wirtschafts-bedingungen	der lokalen Gesellschaft
Lokale Politik				
Lokales politisches Vertrauen (aggr.)	0,71***	0,87***	0,42*	0,57**
Lokale Demokratiezufriedenheit (aggr.)	0,72***	0,85***	0,54**	0,53**
Anzahl politischer Gruppierungen (Ø 1977-2006)	0,24	-0,12	0,19	-0,05
Anzahl Bürgerentscheide (1993-2009)	-0,06	-0,13	0,16	0,12
Lokale Gesellschaft				
Vereinsdichte (2008)	-0,43	-0,29	-0,59**	-0,42*
Bevölkerung >65 Jahre (Ø 2000-2008)	-0,57**	-0,46*	-0,49**	-0,40*
Soziales Vertrauen (aggr.)	0,20	0,34*	0,29	0,20
Häufigkeitszahl (Ø 2003-2008)	-0,41*	-0,62***	-0,17	-0,18
Gemeindegröße (Ø 2000-2008)	-0,05	-0,38*	0,18	0,08
Anzahl Zeitungen (2008)	0,01	-0,26	0,39*	-0,01
Lokale Wirtschaft				
Arbeitslosenquote (Ø 2007-2009)	-0,55**	-0,65***	-0,47**	-0,38*
Gewerbesteuereinnahme (p.K.; Ø 2000-2008)	-0,05	-0,38*	0,27	0,00
Schuldenstand (p.K.; 2000-2008)	-0,33	-0,49**	-0,40*	-0,22
Kaufkraft (2009)	0,44*	0,39*	0,56**	0,39*
N	28			

Anmerkungen: Korrelationen (Pearson's r); Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; 2-seitig.

[20] Die Arbeitslosenquote bietet sich zum einen besonders für Kontextanalysen an, da sie von den Medien regelmäßig aufgegriffen wird und deshalb vielen Bürgern bekannt ist. Zweitens stellt sie einen relativ einfachen und verständlichen Indikator dar, der von den Bürgern i. d. R. besser beurteilt werden kann als komplexere Wirtschaftsindikatoren (vgl. Conover et al. 1986, S. 584). Drittens variiert die Arbeitslosenquote deutlich zwischen verschiedenen Gemeinden und bietet daher eine gute Basis für Kontexteffekte (vgl. Books u. Prysby 1999, S. 5).

lokalen Verwaltung (zehn signifikante Korrelationen) und der Wirtschaftsbedingungen (acht signifikante Korrelationen) entfallen. Für die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde und der lokalen Gesellschaft sind nur jeweils sechs Zusammenhänge nachweisbar.

Hinsichtlich der politischen Kontextfaktoren haben das lokale politische Vertrauen und die lokale Demokratiezufriedenheit positive Effekte auf alle Aspekte lokaler Zufriedenheit. Generell lässt sich also konstatieren, dass Gemeinden, in denen die Bürger den lokalen politischen Institutionen großes Vertrauen entgegenbringen und mit der lokalen Demokratie sehr zufrieden sind, auch eine hohe Zufriedenheit in allen untersuchten Bereichen aufweisen. Allerdings muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass es sich hierbei um Populationsmerkmale und nicht um Kontextmerkmale im klassischen Sinn handelt. Die Zusammenhänge sollten also nicht überbewertet werden.

Mit Blick auf den gesellschaftlichen Kontext fällt als erstes auf, dass die Vereinsdichte, entgegen der Annahme, negativ mit der Evaluation der lokalen Gesellschaft verbunden ist. Dieser Befund ist bemerkenswert, da in der abhängigen Variable die Frage nach der Vitalität des Vereinslebens enthalten ist.[21] Zweitens wird deutlich, dass nur ein Indikator signifikante Effekte auf alle Zufriedenheitsbereiche hat: So wirkt sich ein hoher Anteil an Rentnern negativ auf die Zufriedenheit der Bürger in der Gemeinde aus. Die Häufigkeitszahl korreliert erwartungsgemäß negativ mit der allgemeinen Zufriedenheit und der Zufriedenheit mit der lokalen Verwaltung. Für die Gemeindegröße und das soziale Vertrauen findet sich nur jeweils eine signifikante Korrelation. Wie vermutet, ist die Zufriedenheit mit der Beteiligung an kommunalen Planungen in den kleineren Gemeinden etwas höher als in den größeren. Für die Anzahl von Zeitungen mit lokalpolitischem Teil findet sich, den Erwartungen entsprechend, ein signifikant positiver Zusammenhang mit den Orientierungen zur lokalen Ökonomie.

Zahlreiche signifikante Effekte finden sich schließlich auch bei den wirtschaftlichen Kontextmerkmalen. Für alle untersuchten Dimensionen zeigen sich signifikante Zusammenhänge mit der Arbeitslosenquote: Die Bürger in Gemeinden mit geringer Arbeitslosenquote sind also durchschnittlich zufriedener als in Gemeinden mit einer hohen Arbeitslosenquote. Ein weiterer bedeutender Indikator ist die Kaufkraft, welche ebenfalls positiv mit allen anhängigen Variablen korreliert ist. Gemeinden mit niedrigen Gewerbesteuereinnahmen und hohem Schuldenstand weisen dazu eine niedrigere Zufriedenheit mit der Einbindung in kommunale Planungen auf.

5 Relevanz des lokalen Kontexts für lokale Orientierungen

Um die Kontextabhängigkeit der lokalen Orientierungen abschätzen zu können, werden zunächst Random-Intercept-Only-Modelle berechnet. In diesen Modellen wird die Varianz der abhängigen Variable auf die erklärbaren Varianzanteile der Individual- und

[21] Dieses Ergebnis kann eventuell auf die Qualität des Indikators zurückgeführt werden, da dieser zum einen nur die eingetragenen Vereine berücksichtigt, zum anderen keine Rückschlüsse auf die Größe und die Art der Vereine zulässt.

der Kontextebene aufgeteilt. Dadurch ergeben sich Hinweise darauf, welcher Anteil der Gesamtvarianz durch kontextuelle Faktoren erklärt werden kann (vgl. Langer 2010, S. 751f.; Hox 2010, S. 57). Die Ergebnisse der Random-Intercept-Only-Modelle sind in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4: Relevanz des Kontexts für lokale Orientierungen (Random-Intercept-Only-Modelle)

Zufriedenheit mit …	**dem Leben in der Gemeinde**	**der lokalen Verwaltung**	**lokalen Wirtschafts-bedingungen**	**der lokalen Gesellschaft**
Konstante	0,72***	0,58***	0,46***	0,73***
Varianzkomponenten				
Individualebene	0,033	0,049	0,047	0,051
Kontextebene	0,002	0,005	0,015	0,005
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,057***	0,093***	0,242***	0,089***
N	10.637 / 28			

Anmerkung: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Die Angabe der Signifikanz bei der Intraklassenkorrelation bezieht sich auf Likelihood-Ratio-Tests, bei denen die Devianz der hierarchischen linearen Modelle mit der Devianz linearer Regressionen verglichen wird. Signifikante Werte deuten darauf hin, dass die Modellierung von hierarchischen Modellen eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als lineare Regressionen. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Um bestimmen zu können, welcher Anteil der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen maximal durch kontextuelle Faktoren gebunden werden kann, wird die Intraklassenkorrelation (ICC) berechnet (vgl. Langer 2010, S. 751; Hox 2010, S. 14f.). Dabei wird deutlich, dass sich ein erheblicher Teil der Gesamtvariation auf die Unterschiede zwischen den Gemeinden zurückführen lässt, wenngleich Unterschiede zwischen den verschiedenen abhängigen Variablen bestehen. Der Wert der ICC für die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde liegt bei 0,057, was in anderen Worten bedeutet, dass maximal 5,7 Prozent der Gesamtvarianz durch Kontextmerkmale gebunden werden können. Für die Orientierungen zur lokalen Verwaltung und zur lokalen Gesellschaft ergibt sich eine Kontextvarianz von 9,3 bzw. 8,9 Prozent. Einen sehr deutlichen Anteil an Kontextvarianz weist die Zufriedenheit mit der lokalen Ökonomie auf. Hier liegt das Erklärungspotenzial bei über 24 Prozent.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Mehrebenanalysen an dieser Stelle eindeutig reinen Individualdatenanalysen vorzuziehen sind. Daher werden in den folgenden empirischen Analysen ausschließlich hierarchische Modelle mit individuellen und kontextuellen Bestimmungsfaktoren berechnet. Davor werden im nächsten Abschnitt potentielle Einflussgrößen auf der Individualebene diskutiert.

5.1 Lokale Orientierungen und individuelle Bestimmungsfaktoren

Aus der bisherigen Forschung können einige Individualmerkmale identifiziert werden, die für die Erklärung von Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde herangezogen werden. Neben (1) soziodemographischen Faktoren geht es dabei auch um (2) politische Einstellungen, (3) Indikatoren der sozialen Integration und (4) um ökonomische Faktoren.

Mit Blick auf soziodemographische Faktoren finden sich in der Forschung widersprüchliche Annahmen und Befunde (vgl. Geißel 2011, S. 51f.; DeHoog et al. 1990, S. 808f.). Als zentraler Erklärungsfaktor für die politische Zufriedenheit wird häufig das Bildungsniveau angeführt, wobei davon ausgegangen wird, dass eine hohe Bildung aufgrund eines besseren Verständnisses politischer Prozesse zu größerer Zufriedenheit führt (Ladner u. Bühlmann 2007, S. 195f.; vgl. auch Geißel 2011, S. 50). Mit Blick auf das Alter wird angenommen, dass ältere Menschen dank ihrer Erfahrung besser mit Spannungen und Stress umgehen können und daher tendenziell zufriedener sind, als jüngere (vgl. Carstensen u. Charles 1998, S. 149).[22] Hinsichtlich des Geschlechts wird davon ausgegangen, dass Frauen tendenziell zufriedener sind als Männer (vgl. Plagnol u. Easterlin 2008; Ladner u. Bühlmann 2007, S. 195).[23]

Als politische Einflussfaktoren auf der Individualebene wird zum einen das kommunalpolitische Interesse (Frage 9b), sowie zum anderen die politische Diskussionshäufigkeit[24] in die Analyse einbezogen. Über die Effektrichtung dieser Faktoren herrscht allerdings eine gewisse Unklarheit. Einerseits wird davon ausgegangen, dass kompetente und informierte Bürger, die den politischen Prozess verstehen und Beteiligungsmöglichkeiten wahrnehmen, eher zufrieden sind als Bürger ohne politisches Interesse (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 196). Andererseits kann aber auch argumentiert werden, dass gerade politische Unzufriedenheit ein erhöhtes politisches Interesse hervorrufen kann (vgl. Huth 2004, S. 113). Zudem ist die Kausalrichtung nicht eindeutig, denn politische Zufriedenheit kann auch als Determinante für politisches Interesse angesehen werden (vgl. van Deth 2004, S. 284). In ihrer Untersuchung zur lokalen Demokratie in Schweizer Gemeinden gehen Ladner und Bühlmann (2007, S. 197) davon aus, dass Vertrauen in lokale politische Institutionen eine Bedingung für deren positive Evaluation darstellt.[25] Hier stellt sich allerdings die Frage nach der Richtung des Kausalzusammenhangs: Führt a) die Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen System zu einer negativen Bewertung der politischen Entscheidungsträger, oder führt b) eine negative Einstellung gegenüber den Entscheidungsträgern zu mehr Unzufriedenheit mit den Leistungen des Systems (vgl. van de Walle u. Bouckaert 2003, S. 893)? In der Forschung wird in der Regel davon ausgegangen, dass politisches Vertrauen vor allem durch andauernde positive Erfahrungen mit den Outputs des politi-

[22] Andererseits wirkt sich eine schlechtere Gesundheit tendenziell negativ auf die Lebenszufriedenheit aus (vgl. Helliwell u. Putnam 2004, S. 1440; Cartsensen u. Charles 1998, S. 149). Da der Fokus im Kontext dieser Analyse nicht primär auf der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegt, können dennoch positive Effekte des Alters angenommen werden.

[23] Folgt man Plagnol und Easterlin (2008), dann sind Frauen vor allem in den frühen und mittleren Erwachsenenjahren zufriedener mit ihrem Leben als Männer, da sie ihre materiellen und familiären Ansprüche eher realisieren können. In späteren Lebensabschnitten scheint sich dieser Effekt zu relativieren. Plagnol und Easterlin führen diesen Befund vor allem auf die Tatsache zurück, dass der Anteil verheirateter Frauen in den oberen Altersschichten stark sinkt.

[24] Die Diskussionshäufigkeit wurde mit den Fragen 8a bis 8e erhoben. Aus diesen Items wurde ein additiver Index gebildet.

[25] In der empirischen Analyse stellt sich das politische Vertrauen dann auch als zentraler Erklärungsfaktor heraus (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 202, 204).

schen Systems generiert wird (vgl. Easton 1975, S. 448), was der beschriebenen Kausalrichtung a) entspricht. Ein wichtiger Einwand gegen diese Auffassung bezieht sich in unserem Fall auf die Annahme, dass die Zufriedenheit mit spezifischen Leistungen und Merkmalen der Kommune ein situatives und leicht wandelbares Element des individuellen Orientierungssystems darstellt, wohingegen das politische Vertrauen einen generalisierten und stabileren Charakter hat. Trifft diese Annahme zu, dann ist bei der Evaluation der Leistungen der Gemeinde durch die Bürger ein „confirmation bias" (van Ryzin 2004, S. 437) zu erwarten der dazu führt, dass die Bürger ihre Bewertung im Einklang mit den stabileren Einstellungen gegenüber der lokalen Politik treffen: „if citizens' expectations related to urban services remain entreched in […] broader outlooks on government, then a kind of confirmation bias may take hold in which citizens alter their satisfaction judgments to maintain consistency with their prior, more general viewpoints" (van Ryzin 2004, S. 437). In diesem Sinne ist die Kausalrichtung a) nur langfristig wahrscheinlich. Mittel- und kurzfristig scheint dagegen die Kausalrichtung b) plausibler: Ein großes Vertrauen in die lokale Politik schlägt sich auch in einer größeren Zufriedenheit nieder. Erwartet wird daher ein positiver Zusammenhang zwischen politischen Vertrauen und der Zufriedenheit mit allen Aspekten des kommunalen Lebens.[26]

Ein weiteres Indikatorenbündel umfasst die soziale Integration von Individuen. Vetreter des Sozialkapital-Ansatzes gehen dabei davon aus, dass soziale Kontakte die entscheidende Determinante für die Lebenszufriedenheit sind: „People who have close friends and confidants, friendly neighbors and supportive coworkers are less likely to experience sadness, loneliness, low self-esteem and problems with eating and sleeping" (Helliwell u. Putnam 2004, S. 1437). Eine etwas andere Stoßrichtung wird von der etwas älteren policy-orientierten Literatur vertreten. Dabei wird nicht von sozialer Integration, sondern von „social investment" gesprochen (vgl. DeHoog et al. 1990, S. 809; Lyons u. Lowery 1989, S. 844). Das Argument lautet dabei: Mit der sozialen Integration der Personen in die lokale Gemeinschaft (also dem „Investment" in die Gemeinschaft) steigt die Loyalität mit der Kommune, was nicht nur zu einer größeren Zufriedenheit mit der Politik, den politischen Eliten und den Serviceleistungen der Behörden einhergeht, sondern ganz allgemein zu einer größeren Zufriedenheit mit allen Aspekten des Lebens in der Gemeinde führt (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007, S. 196). Als Indikator für die soziale Integration der Personen kommt vor allem das Gefühl der Verbundenheit mit der Gemeinde zum Einsatz (Frage 15a). Zusätzlich wird die Anzahl der Nachbarschaftsbesuche berücksichtigt (Frage 7a).[27] Von beiden Indikatoren werden positive Effekte auf alle Bereiche der lokalen Zufriedenheit erwartet. Mit Blick auf die Zufriedenheit mit dem sozialen Leben in der Gemeinde wird die Einbindung in lokale Organisationen und Vereine als Bestimmungsfaktor in die Analyse einbezogen. Da Organisationen ihre Sozialisations- und Integrationsfunktionen vermutlich erst dann erfüllen können, wenn sich die Mitglieder aktiv am Organisationsleben beteiligen

[26] Zur Erfassung des politischen Vertrauens siehe Fußnote 11.

[27] Für die Analyse wurde das Item so rekodiert, dass hohe Werte eine hohe Anzahl an Besuchen signalisieren.

(vgl. Gabriel 2010, S. 134), wird dabei nicht die passive Mitgliedschaft, sondern die aktive Teilnahme an Veranstaltungen und Aktivitäten von lokalen Organisationen und Vereinen berücksichtigt. Da neben der Tiefe auch die Breite der sozialen Interaktion entscheidend für die soziale Integration der Bürger ist (vgl. Bühlmann u. Freitag 2004, S. 330; Wollebaek u. Selle 2003, S. 77; Uslaner 2002, S. 117), wird ein Summenindex gebildet, der die Anzahlzahl der Aktivitäten erfasst.[28] Hier wird schließlich erwartet, dass Menschen, die sich aktiv in freiwilligen Organisationen einbringen, das Vereinsleben und die Freizeitmöglichkeiten der Gemeinde besser bewerten als Menschen, die nicht in Vereinen aktiv sind. Desweiteren wird ein positiver Effekt auf die Lebenszufriedenheit in der Gemeinde erwartet.

Hinsichtlich ökonomischer Merkmale wird ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit und der individuellen wirtschaftlichen Situationen vermutet. Dabei ist erstens davon auszugehen, dass Erwerbslosigkeit (Frage 47) vor allem mit ökonomischer und politischer Unzufriedenheit einhergeht. In Zeiten prekärer Arbeitsverhältnisse und größer werdenden Niedriglohnsektoren ist der Erwerbsstatus aber sicher kein ausschlaggebender Bestimmungsfaktor für individuelle Zufriedenheit. Daher wird als zweiter Indikator die subjektive Schichtzugehörigkeit in die Analyse aufgenommen.[29] Erwartet wird dabei, dass Menschen, die sich der oberen Schichten zugehörig fühlen, eher zufrieden sind als Menschen, die sich selbst in den unteren Schichten verorten. Dieser Erwartung liegt die Vermutung zu Grunde, dass die individuelle Zufriedenheit weniger vom absoluten Einkommen als vom relativen Einkommen determiniert wird (vgl. Layard et al. 2009).

5.2 Empirische Befunde

Tabelle 5 weist die Ergebnisse der Random-Indercept-Modelle aus, in denen die beschriebenen individuellen Bestimmungsfaktoren enthalten sind. Mit Blick auf die soziodemographischen Faktoren ergeben sich weitgehend die erwarteten Effekte. Frauen und Ältere sind tendenziell zufriedener als Männer und Jüngere, wobei entgegen der Erwartungen die ökonomische Situation von Älteren eher negativ eingeschätzt wird. Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Zufriedenheit dagegen tendenziell eher ab. Dies deutet darauf hin, dass höher gebildete auch höhere Ansprüche und Forderungen stellen (vgl. Arzberger 1980, S. 98).

Hinsichtlich der politischen Faktoren fällt auf, dass sich signifikante Effekte in allen vier Bereichen nur für das lokale politische Vertrauen und für die Häufigkeit politischer Diskussionen ergeben. Wie erwartet sind Bürger, die den lokalen politischen

[28] Erhoben über die Frage 25 der Bürgerbefragung. Es wurden nur Aktivitäten in Organisationen berücksichtigt, die sich in der jeweiligen Wohngemeinde befinden (Frage 26).

[29] In der Befragung konnten sich die Teilnehmer erst zur Unter-, Mittel- und Oberschicht zuordnen (Frage 51). Da sich eine große Mehrheit der Befragten der Mittelschicht zugehörig fühlt, wurde diese in der darauffolgenden Frage ausdifferenziert (Frage 52). Aus beiden Indikatoren wurde ein Index mit fünf Ausprägungen (Unterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht) gebildet. Hohe Werte signalisieren eine Zugehörigkeit zu höheren Schichten.

Tabelle 5: Individuelle Erklärungsfaktoren lokaler Orientierungen (Random-Intercept-Modell mit Variablen der Individualebene)

Zufriedenheit mit…	**dem Leben in der Gemeinde**	**der lokalen Verwaltung**	**lokalen Wirtschafts-bedingungen**	**der lokalen Gesellschaft**
Fixed Effects				
Konstante	0,45***	0,26***	0,32***	0,41***
Soziodemographische Merkmale				
Alter	0,01	0,06***	-0,08***	0,11***
Frauen	0,01***	0,01*	-0,01	0,00
Bildung	-0,01*	-0,04***	-0,04*	-0,01*
Politische Involvierung & Politische Einstellungen				
Kommunales Politikinteresse	-0,03***	0,01	-0,01	0,02*
Politische Diskussionshäufigkeit	-0,04***	-0,05***	-0,04*	-0,03**
Vertrauen in lokale pol. Institutionen	0,24***	0,53***	0,26***	0,21***
Indikatoren sozialer Integration				
Beteiligung Vereine/Organisationen	-0,03**	-0,00	0,00	0,13***
Verbundenheit mit der Gemeinde	0,21***	0,05***	0,07***	0,18***
Nachbarschaftsbesuch	0,02***	0,00	0,03**	0,03***
Ressourcen				
Berufliche Situation: Arbeitslos	0,01	-0,02	-0,07***	-0,03
Subjektive Schichtzugehörigkeit	0,04***	0,03*	0,05***	0,03**
Varianzkomponenten				
Individualebene	0,027	0,037	0,044	0,043
Kontextebene	0,002	0,003	0,014	0,004
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,069***	0,075***	0,241***	0,085***
N Individualdaten		10.637		

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle Variablen sind auf eine 0–1-Skala umgerechnet. 0 bedeutet der geringste Wert, 1 bedeutet die höchste Ausprägung der Variable. Die Koeffizienten geben damit den Effekt vom Minimal- zum Maximalwert eines Indikators an. Zur Angabe der Signifikanz bei der Intraklassenkorrelation siehe Anmerkung zu Tabelle 4. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Institutionen ein hohes Maß an Vertrauen entgegen bringen, zufriedener als Bürger, die den Institutionen misstrauisch gegenüber stehen. Eine größere Diskussionshäufigkeit geht dagegen mit eher negativen Bewertungen in allen vier Bereichen einher.

Mit Blick auf die soziale Integration ergeben sich sowohl erwartete als auch überraschende Effekte. Wie angenommen gehört die Verbundenheit mit der Gemeinde zu den erklärungsstärksten Faktoren auf der Individualebene. Menschen, die sich stark mit ihrer Gemeinde verbunden fühlen, sind mit dem Leben in ihrer Gemeinde auch zufriedener. Ebenfalls erwartungsgemäß ergeben sich positive Effekte häufiger Nachbarschaftskontakte. Überraschend ist dagegen der schwach negative Einfluss, der zwischen der aktiven Mitarbeit in lokalen Vereinen und Organisationen und der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde besteht.

Die individuelle Erwerbslosigkeit hat, wie erwartet, negative Auswirkungen auf die Einschätzung der ökonomischen Situation der Gemeinde. Daneben scheint die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde allerdings nicht weiter vom Erwerbsstatus abzuhängen – was gegen den diskutierten „pocketbook“-Ansatz spricht. Für die subjektive Schichtzugehörigkeit lassen sich drei signifikante Effekte nachweisen, die Effektrichtung stimmt dabei jeweils mit den formulierten Erwartungen überein.

Bei drei der vier Modelle verringert sich die ICC im Vergleich zum Nullmodell geringfügig. So sinkt die Kontextvarianz bei der Zufriedenheit mit der lokalen Verwaltung von 9,3 auf 7,5 Prozent, bei der Zufriedenheit mit der lokalen Gesellschaft von 8,9 auf 8,5 Prozent und bei der Zufriedenheit mit der lokalen Wirtschaft von 24,2 auf 24,1 Prozent ab. Ein Teil der Kontextvarianz ist in diesen Modellen demnach auf Kompositionseffekte zurückzuführen. Mit Blick auf die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde steigt der Varianzanteil der Kontextebene dagegen von 5,7 auf 6,9 Prozent an. Trotz des Einbezugs theoretisch relevanter Einflussgrößen auf der Individualebene bleiben also in allen Modellen signifikante Varianzanteile auf der Kontextebene bestehen. Daher werden die bereits angesprochenen Kontextmerkmale auch in die weitere Analyse einbezogen.

Die Kontextgrößen werden dabei im nächsten Schritt jeweils einzeln in die Individualmodelle aufgenommen, d. h. für jedes Kontextmerkmal wird ein eigenes Modell geschätzt. Die Effekte der Individualmerkmale werden dabei, soweit sie stabil bleiben, aus Gründen der Übersichts nicht weiter aufgeführt, sind aber weiterhin im Berechnungsmodell enthalten. Die Ergebnisse der Random-Intercept-Modelle mit Individual- und Kontextvariablen werden in Tabelle 6 ausgewiesen.

Tabelle 6: Kontextuelle Erklärungsfaktoren lokaler Orientierungen (Random-Intercept-Modelle mit Variablen der Individual- und Kontextebene; Ergebnisse der Individualmerkmale nicht dargestellt)

Zufriedenheit mit …	**dem Leben in der Gemeinde**	**der lokalen Verwaltung**	**lokalen Wirtschafts-bedingungen**	**der lokalen Gesellschaft**
Lokale Politik				
Lokales politisches Vertrauen (aggr.)	0,08*	0,16***	0,17#	0,11*
Lokale Demokratiezufriedenheit (aggr.)	0,08*	0,16***	0,23**	0,10*
Anzahl Bürgerentscheide (1993-2009)	-0,00	-0,02	0,07	0,03
Anzahl politischer Gruppierungen (Ø 1977-2006)	0,02	-0,02	0,10	-0,01
Lokale Gesellschaft				
Vereinsdichte (2008)	-0,08*	-0,07*	-0,28**	-0,11*
Bevölkerung >65 Jahre (Ø 2000-2008)	-0,10***	-0,08***	-0,22**	-0,10**
Soziales Vertrauen (aggr.)	0,00	0,06	0,14#	0,03
Häufigkeitszahl (Ø 2003-2008)	-0,03	-0,11**	-0,05	-0,02
Gemeindegröße (Ø 2000-2008)	0,03*	-0,07***	0,13	0,06**
Anzahl Zeitungen (2008)	0,04#	-0,06#	0,29***	0,03
Lokale Wirtschaft				
Arbeitslosenquote (Ø 2007-2009)	-0,07*	-0,14***	-0,20*	-0,08
Gewerbesteuereinnahme (p.K.; Ø 2000-2008)	0,03	-0,07**	0,18*	0,03
Schuldenstand (p.K.; 2000-2008)	-0,05*	-0,12**	-0,20*	-0,05
Kaufkraft (2009)	0,08**	0,09**	0,26**	0,10*
N	10.637 / 28			

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle Variablen sind auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert. Individualfaktoren sind in den Berechnungsmodellen enthalten, die Effekte werden aber nicht dargestellt. Die Kontextmerkmale wurden separat hinzugefügt (insgesamt 56 Modelle). Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p<0,01; *** = p < 0,001.

Die Modellschätzungen lassen dabei folgende Schlüsse zu: Immerhin 35 der 56 gerechneten Modelle weisen signifikante Einflussfaktoren auf. Mit Blick auf die politischen Kontextfaktoren bleibt sowohl die Anzahl an Bürgerentscheiden als auch die Anzahl politischer Gruppierungen im Gemeindeparlament ohne jeden nachweisbaren statistischen Einfluss. Für das lokale politische Vertrauen und die lokale Demokratiezufriedenheit lassen sich dagegen signifikante Effekte in allen Bereichen dokumentieren. Eine funktionierende lokale Demokratie mit einer lokalen „culture of trust" erhöht demnach die Zufriedenheit der Bürger mit dem Leben in ihrer Gemeinde. Dies trifft, wenig überraschend, insbesondere auf die Zufriedenheit mit dem lokalen Verwaltungshandeln zu.

Die Analyse gesellschaftlicher Kontextmerkmale offenbart zuerst in allen Bereichen signifikant negative Effekte des Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung. Zweitens wirkt sich die Gemeindegröße zwar positiv auf die Zufriedenheit mit dem Leben und den gesellschaftlichen Aspekten aus, für die Zufriedenheit mit der Verwaltung wird dagegen ein negativer Effekt festgestellt. Dies entspricht den Erwartungen und deutet darauf hin, dass größere Gemeinden ihren Bürger mehr „zu bieten" haben, während die Bürger in kleinen Gemeinden näher an der Verwaltung sind und daher besser in kommunale Planungen involviert werden können (vgl. auch Ladner u. Bühlmann 2007, S. 197). Für die Anzahl an Zeitungen mit kommunalem Teil und das soziale Vertrauen lassen sich signifikante Effekte für die Bewertung der lokalen ökonomischen Situation nachweisen. Die Vereinsdichte hat wider Erwarten durchgehend negative Effekte.

Mit Blick auf die Kontextfaktoren aus dem Bereich der wirtschaftlichen Performanz gehen durchweg positive Effekte von der Kaufkraft in einer Gemeinde aus. Wie erwartet wirken sich zudem hohe Schulden und hohe Arbeitslosenzahlen negativ auf die Zufriedenheit mit den meisten Aspekten des Gemeindelebens aus. Die Effekte hoher Gewerbesteuereinnahmen sind schließlich bemerkenswert, da diese auf der einen Seite die individuelle Einschätzung der lokalen Wirtschaftslage positiv beeinflussen, die Zufriedenheit mit kommunalen Planungen dagegen negativ. Ein ähnlicher Effekt wurde von Andreas Ladner und Marc Bühlmann festgestellt. Sie erklärten sich diesen etwas überraschenden Effekt mit der Vermutung, wonach „[…] diese Individuen der Meinung sind, dass mit den beachtlichen Steuererträgen noch mehr möglich wäre" (Ladner u. Bühlmann 2007, S. 198).

Zusammengefasst belegen die empirischen Analysen also einen Einfluss von Kontextmerkmalen auf die lokalen Orientierungen. Unabhängig von personenbedingten Merkmalen erhöht sich die lokale Zufriedenheit insbesondere in Gemeinwesen mit einer relativ homogenen Alterststruktur, niedrigem Schuldenstand, hoher Kaufkraft und niedriger Arbeitslosenquote, in denen die Bevölkerung mit der lokalen Demokratie weitegehend zufrieden ist und der lokalen Politik ein großes Vertrauen entgegen bringt. Uneinheitliche Effekte gehen von der Größe und den Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde aus. Gänzlich ohne nachweisbaren Effekt bleiben lediglich die Anzahl an Bürgerentscheiden und die Anzahl politischer Gruppierungen im Gemeindeparlament.

Die Aufnahme der bedeutendsten signifikanten Merkmale in jeweils ein multivariates Gesamtmodell pro abhängiger Variable verdeutlicht den Einfluss kontextueller Merkmale für die Erklärung der lokalen Zufriedenheit.[30] In jedem Fall tragen die Kontextfaktoren zu einer deutlichen Verringerung des ICC-Werts bei (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Kontextuelle Erklärungsfaktoren lokaler Orientierungen (multivariate Gesamtmodelle mit Variablen der Individual- und Kontextebene; Ergebnisse der Individualmerkmale nicht dargestellt)

Zufriedenheit mit …	dem Leben in der Gemeinde	der lokalen Verwaltung	lokalen Wirtschafts-bedingungen	der lokalen Gesellschaft
Lokale Politik				
Lokale Demokratiezufriedenheit (aggr.)	0,04#	0,12**	0,14#	0,06
Lokale Gesellschaft				
Bevölkerung >65 Jahre (Ø 2000-2008)	-0,06**	-0,02	-0,08	-0,05
Gemeindegröße (Ø 2000-2008)	0,06**	-0,02	0,23**	0,10#
Lokale Wirtschaft				
Arbeitslosenquote (Ø 2007-2009)	-0,03	-0,05	-0,11	-0,05
Kaufkraft (2009)	0,02	0,02	0,12	0,03
Varianzkomponenten				
Individualebene	0,027	0,037	0,043	0,043
Kontextebene	0,001	0,001	0,007	0,003
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,035***	0,026***	0,140***	0,065***
N	10.637 / 28			

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle Variablen sind auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert. Individualfaktoren sind in den Berechnungsmodellen enthalten, die Effekte werden aber nicht dargestellt. Zur Angabe der Signifikanz bei der Intraklassenkorrelation siehe Anmerkung zu Tabelle 4. Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Allerdings bleibt anzumerken, dass im Gesamtmodell nur noch wenige signifikante Effekte übrig bleiben. Die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde wird demnach durch die Größe der Gemeinde, einen niedrigen Anteil an Rentnern und ein hohes Maß an lokaler Demokratiezufriedenheit beeinflusst. Für die Zufriedenheit mit den lokalen Planungen ist vor allem die Qualität der lokalen Demokratie ausschlaggebend. Interessante Resultate ergeben sich für die Einschätzung der lokalen Wirtschaftskraft der Gemeinde. Hier lassen sich im Gesamtmodell keine signifikanten ökonomischen Erklärungsfaktoren mehr finden. Dafür spielt die Gemeindegröße eine bedeutende Rolle – und das, obwohl sich für diesen Indikator in den Einzelmodellen kein signifikanter Effekt nachweisen ließ. Dies deutet darauf hin, dass größere Gemeinden eher dazu in der Lage sind, gute ökonomische Rahmenbedingungen bereitzu-

[30] In die multivariaten Gesamtmodelle wurden nach Möglichkeit nur die Erklärungsvariablen einbezogen, für die sich in den Einzelmodellen signifikante Effekte auf alle Bereiche lokaler Orientierungen nachweisen ließen. Dies trifft auf das lokale politische Vertrauen, die lokale Demokratiezufriedenheit, den Anteil an über 65-Jährigen und die Kaufkraft zu. Zusätzlich wurden mit der Gemeindegröße und der Arbeitslosenquote zwei Variablen einbezogen, für die sich Effekte auf drei der vier Bereiche nachweisen ließen. Aufgrund der relativ hohen Korrelation zwischen dem lokalen politischen Vertrauen und der lokalen Demokratiezufriedenheit wurde nur letztere in das Gesamtmodell überführt.

stellen. Im letzten Modell zur Erklärung der Orientierungen bezüglich der lokalen Gesellschaft entfaltet schließlich nur noch die Gemeindegröße einen signifikanten Effekt. Auch hier scheint sich zu bewahrheiten, dass größere Gemeinden strukturell eher dazu in der Lage sind, die Bedürfnisse ihrer Bürger hinsichtlich der Freizeitgestaltung und des Vereinslebens zu befriedigen.[31]

6 Fazit

Menschen haben unterschiedliche Interessen, Präferenzen und Bedürfnisse, daher gehört ein gewisses Niveau von Unzufriedenheit zum Wesen jeder Demokratie. Eine gewisse Skepsis und Unzufriedenheit mit der Arbeit der politischen Eliten wird daher in der Regel auch nicht als systemgefährdend angesehen (vgl. Norris 1999). Vielmehr ist Unzufriedenheit in vielen Situationen sicher auch ein Motor für Innovationen und notwendige Veränderungen, weshalb Sniderman (1981, S. 42) den völlig zufriedenen Bürger auch als „threatening species“ bezeichnet hat. Auf der anderen Seite ist eine Grundzufriedenheit mit den Lebensbedingungen und der politischen Ordnung eine Voraussetzung für eine legitime und funktionierende Demokratie.

Die Ergebnisse dieses Beitrags zeigen, dass die Bürger in den analysierten hessischen Gemeinden mit dem Leben in ihrer Gemeinde grundsätzlich durchaus zufrieden sind. Insbesondere das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden wird von den meisten Bürgern positiv bewertet. Eine gewisse Skepsis herrscht dagegen zum einen bezüglich der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Projekten und zum anderen hinsichtlich der lokalen ökonomischen Situation. Ersteres verweist auf die Notwendigkeit, die Bürger bei kommunalen Projekten „mitzunehmen“ und das Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Zweiteres ist angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Finanzkrise – die zum Zeitpunkt der Befragung bereits die Realwirtschaft erfasst hatte – nicht weiter verwunderlich.

Neben der deskriptiven Analyse lokaler Zufriedenheit ging es in diesem Beitrag vor allem um die Erklärung von Niveauunterschieden zwischen den Gemeinden. Hinsichtlich personenbezogener Eigenschaften lassen sich die Befunde, ungeachtet einiger Unterschiede bezüglich der einzelnen Aspekte des lokalen Vertrauens, wie folgt zusammenfassen: Wer den lokalen politischen Institutionen ein hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, sich seiner Gemeinde sehr verbunden fühlt, eher höheren Alters ist und sich einer gehobenen Schicht zugehörig fühlt ist, der wird mit einiger Wahrscheinlichkeit mit dem Leben in der Gemeinde eher zufrieden sein. Mit einem höheren Grad an Bildung und einer höheren Diskussionshäufigkeit sinkt die Zufriedenheit dagegen tendenziell ab – was vermutlich mit einer höheren Anspruchshaltung zu erklären ist.

[31] Die Ergebnisse legen darüber hinaus die Schätzung von Modellen mit Cross-Level-Interaktionen nahe, bei denen die Wechselwirkungen zwischen Individual- und Kontextebene berücksichtigt werden. Aufgrund der relativ geringen Fallzahl auf der Kontextebene ist die Modellierung solcher Interaktionseffekte allerdings nicht ohne weiteres möglich. Hox (2010, S. 235) schlägt hierfür eine 50/20 Regel vor: mindestens 50 Fälle auf der Kontext- und 20 Fälle auf der Individualebene (siehe auch Maas u. Hox 2005).

Mit Blick auf die Kontextmerkmale lässt sich festhalten, dass die Effektivität der lokalen politischen Eliten einen positiven Effekt auf die Zufriedenheit der Bürger hat. In Gemeinden, in denen breite Mehrheiten mit der lokalen Demokratie zufrieden sind und den politischen Institutionen großes Vertrauen entgegen bringen, steigt die individuelle Zufriedenheit – unabhängig von den individuellen Eigenschaften der Bürger. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Kontextmerkmale bleibt festzustellen, dass sich ein hoher Anteil an über 65-Jährigen negativ auf die Zufriedenheit in der Gemeinde auswirkt – und das, obwohl ältere Personen auf der Individualebene tendenziell zufriedener sind als jüngere. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich vor allem unterschiedliche Präferenz- und Interessenlagen in der Bevölkerung negativ auf die Bewertung der lokalen Situation auswirken. Daneben spielt die Gemeindegröße eine große Rolle für die Erklärung von Niveauunterschieden. Größere Gemeinden können tendenziell mehr ökonomische und gesellschaftliche Zufriedenheit generieren, weisen dagegen Schwächen bei der Evaluation des Verwaltungshandelns auf. Letzteres deutet darauf hin, dass die Zufriedenheit mit der Beteiligung an lokalen Planungen von der Nähe zwischen Politik und Bürgern abhängt. Die objektive ökonomische Situation spielt bei der Erklärung der Zufriedenheit eine interessante Rolle. Während sich in den Einzelmodellen deutlich negative Effekte einer hohen Arbeitslosenquote und deutlich positive Effekte einer hohen Kaufkraft nachweisen lassen, spielen beide Indikatoren im Gesamtmodell nur eine untergeordnete Rolle. Für die individuelle Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde sind soziale und politische Aspekte demnach bedeutsamer als wirtschaftliche.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1965. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations*. Boston: Little, Brown and Company.

Anderson, Christopher J. 2000. Economic voting and political context: a comparative perspective. *Electoral Studies* 19: 151–170.

Arzberger, Klaus. 1980. *Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik*. Stuttgart: Kohlhammer.

Bogumil, Jörg, und Lars Holtkamp. 2006. *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Books, John, und Charles Prysby. 1999. Contextual Effects on Retrospective Economic Evaluations. The Impact of The State and Local Economy. *Political Behavior* 21: 1–16.

Bortz, Jürgen, und Nicola Döring. 2006. *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer.

Bortz, Jürgen, und Christof Schuster. 2010. *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer.

Brown, Karin, und Philip B. Coulter. 1983. Subjective and Objective Measures of Police Service Delivery. *Public Administration Review* 43: 50–58.

Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 326–349.

Carstensen, Laura L., und Susan Turk Charles. 1998. Emotion in the Second Half of Life. *Current Directions in Psychological Science* 7: 144–149.

Cattell, Raymond B. 1966. The Scree Test For The Number Of Factors. *Multivariate Behavioral Research* 1: 245–276.

Clarke, Harold D., Nitish Dutt, und Allan Kornberg. 1993. The Political Economy of Attitudes toward Polity and Socienty in Western European Democracies. *Journal of Politics* 55: 998–1021.

Conover, Pamela J., Stanley Feldman, und Kathleen Knight. 1986. Judging Inflation and Unemployment. The Origins of Retrospective Evaluations. *The Journal of Politics* 48: 565–588.

Cusack, Thomas R. 1997. Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments. *Discussion Paper FS III 97–201*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Cusack, Thomas R. 1999. The Shaping of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany. *British Journal of Political Science* 29: 641–672.

Cusack, Thomas R. 2003. A National Challenge at the Local Level. Citizens, Elites and Institutions in Reunified Germany. Farnham: Ashgate Publishing Group.

Cutler, Fred. 2002. Local Economies, Local Policy Impacts and Federal Electoral Behaviour in Canada. In *Canadian Journal of Political Science* 35: 347–382.

Dahl, Robert A., und Edward R. Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Dalton, Russell J., und Christopher J. Anderson. 2011. *Citizens, Context, and Choice. How Context Shapes Citizens' Electoral Choices*. Oxford: Oxford University Press.

Dalton, Russell J., Alix van Sickle, und Steven Weldon. 2010. The Individual–Institutional Nexus of Protest Behaviour. *British Journal of Political Science* 40: 51–73.

DeHoog, Ruth Hoogland, David Lowery und William E. Lyons. 1990. Citizen Satisfaction with Local Governance: A Test of Individual, Jurisdictional, and City-Specific Explanations. In *The Journal of Politics* 52: 807–837.

Diener, Ed, und Robert Biswas-Diener. 2002. Will Money Increase Subjective Well-being? A Literature Review and Guide to Needed Research. *Social Indicators Research* 57: 119–169.

Dreßler, Ulrich. 2003. Kommunalpolitik in Hessen. In *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, Hrsg. Andreas Kost und Hans-Georg Wehling, 131–152. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Easterlin, Richard A. 1995. Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All? *Journal of Economic Behavior & Organization* 27: 35–47.

Easton, David. 1975. A Re-assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Polititical Science* 5: 435–457.

Eder, Christina. 2011. Direkte Demokratie als Allheilmittel? Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung. *Politische Psychologie* 1: 83–97.

Fischer, Justina A.V. 2010. Stuttgart 21: Mit direkter Demokratie aus der Sackgasse? *Wochenbericht des DIW Berlin* 77 (51/52), S. 19–25. Berlin: DIW.

Gabriel, Oscar W. 1990. Demokratische Entwicklung und politische Kompetenz. Eine vergleichende Analyse des Kompetenzbewusstseins der bundesdeutschen und amerikanischen Bevölkerung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25: 15–26.

Gabriel, Oscar W. 1994. Lokale Politische Kultur. In *Politik. Eine Einführung*, Hrsg. Ulrich von Alemann, Kay Loss und Gerhard Vowe, 201–247. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, Oscar W. 1997. Einleitung. In *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider und Angelika Vetter, 9–16. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, Oscar W. 2010. Zwischen Markt und Staat: Sozialkapital und die Zukunft der Demokratie. In *Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Klemens H. Schrenk und Markus Soldner, 129–149. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, Oscar W., und Bernhard Kornelius. 2011. Die baden-württembergische Landtagswahl vom 20. März 2011: Zäsur und Zeitenwende? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 784–804.

Geißel, Brigitte. 2011. *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* Frankfurt a. M.: Campus.

Häußermann, Hartmut, und Jens Wurtzbacher. 2005. Die Gemeinde als Ort politischer Integration. In *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Hrsg. Wilhelm Heitmeyer und Peter Imbusch, 429–450. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Helliwell, John F., und Robert D. Putnam. 2004. The Social Context of Well-being. *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 359: 1435–1446.

Hesse, Joachim J., und Lawrence J. Sharpe. 1991. Local Government in International Perspective. In *Local Government and Urban Affairs in International Perspective. Analyses of 20 Western Industrialised Countries*. Hrsg. Joachim J. Hesse, 603–621. Baden-Baden: Nomos.

Hinz, Thomas. 2009. Mehrebenenanalyse. In *Handbuch Methoden der Organisationsforschung*, Hrsg. Stefan Kühl, Petra Strodtholz und Andreas Taffertshofer, 648–667. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hox, Joop J. 2010. *Multilevel Analysis. Techniques and applications*. New York: Routledge.

Huckfeld, Robert R. 1986. *Politics in Context: Assimilation and Conflict in Urban Neighborhoods*. New York: Agathon Press.

Huth, Iris. 2004. *Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert*. Münster: Lit.

Inglehart, Ronald, und Hans-Dieter Klingemann. 2000. Genes, Culture, Democracy, and Happiness. In *Culture and Subjective Well-Being*, Hrsg. Ed Diener und Eunkook M. Suh, 165–183. Cambridge: MIT Press.

Inoguchi, Takashi. 2007. Clash of Values Across Civilizations. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 240–258. Oxford: Oxford University Press.

Kinder, Donald R., und D. Roderick Kiewiet. 1981. Sociotropic Politics. *British Journal of Political Science* 11: 129–161.

Ladner, Andreas, und Marc Bühlmann. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegrösse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*. Zürich: Rüegger.

Langer, Wolfgang. 2010. Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christof Wolf und Henning Best, 741–774. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Layard, Richard, Guy Mayraz, und Stephen Nickell. 2010. Does Relative Income Matter? Are the Critics Right? In: *International Differences in Well-being*, Hrsg. Ed Diener, John F. Helliwell und Daniel Kahneman, 139–165. Oxford: Oxford University Press.

Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2000. Economic Determinants of Electoral Outcomes. *Annual Review of Political Science* 3: 183–219.

Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2007. Economic Models of Voting. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 518–537. Oxford: Oxford University Press.

Lyons, William E., und David Lowery. 1989. Citizens Responses to Dissatisfaction in Urban Communities: A Partial Test of a General Model. *Journal of Politics* 51: 841–868.

Lyons, William E., David Lowery, und Ruth Hoogland DeHoog. 1992. The Politics of Dissatisfaction. Citizens, Services, and Urban Institutions. Armonk: M.E. Sharpe.

Maas, Cora J. M., und Joop J. Hox. 2005. Sufficient Sample Sizes for Multilevel Modeling. *European Journal of Research Methods for the Behavioral and Social Sciences* 1: 86–92.

Mouritzen, Poul E. 1989. City Size and Citizens' Satisfaction: Two Competing Theories Revistied. *European Journal of Political Research* 17: 661–688.

Neller, Katja. 2004. Politik und Lebenszufriedenheit. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 27–53. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Norris, Pippa. 1999. *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Oehmichen, Ekkehardt, und Christian Schröter. 2011. Internet zwischen Globalität und Regionalität. *Media Perspektiven* 4: 182–194.

Opp, Karl-Dieter. 1990. Postmaterialism, Collective Action, and Political Protest. *American Political Science Review* 34: 212–235.

Opp, Karl-Dieter, und Steven E. Finkel. 2001. Politischer Protest, Rationalität und Lebensstile. Eine empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle. In *Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt, 73–108. Opladen: Leske + Budrich.

Plagnol, Anke C., und Richard A. Easterlin. 2008. Aspirations, Attainments, and Satisfaction: Life Cycle Differences Between American Women and Men. *Journal of Happiness Studies* 9: 601–619.

Pötschke, Manuela. 2006. Mehrebenenanalyse. In *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*, Hrsg. Joachim Behnke, Thomas Gschwend, Delia Schindler und Kai-Uwe Schnapp, 167–179. Baden-Baden: Nomos.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

Roßteutscher, Sigrid. 2009. Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 163–180. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roth, Roland. 1998. Lokale Politik ‚von unten'. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Hrsg. Hellmut Wollmann und Roland Roth, 2–22. Opladen: Leske + Budrich.

Sharp, Elaine B. 1980. Citizen Perceptions of Channels for Urban Service Advocacy. *Public Opinion Quarterly* 44: 362–376.

Sniderman, Paul M. 1981. *A Question of Loyalty*. Berkeley: University of California Press.

Stoker, Gerry. 1991. Introduction: Trends in Western European Local Government. In *Local government in Europe. Trends and developments*, Hrsg. Richard Batley und Gerry Stoker, 1–21. Basingstoke: Macmillan.

Sztompka, Piotr. 1998. Trust, Distrust and Two Paradoxes of Democracy. *European Journal of Social Theory* 1: 19–32.

Thomassen, Jacques J. A. 1990. Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest. In *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Hrsg. M. Kent Jennings und Jan W. van Deth, 103–134. Berlin: De Gruyter.

Uslaner, Eric M. 2002. *The Moral Foundations of Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.

van de Walle, Steven, und Gert Bouckaert. 2003. Public Service Performance and Trust in Government: The Problem of Causality. *International Journal of Public Administration* 26: 891–913.

van Deth, Jan W. 2003. Measuring Social Capital: Orthodoxies and Continuing Controversies. *International Journal of Social Research Methodology* 6: 79–92.

van Deth, Jan W. 2004. Politisches Interesse. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 275–292. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W. 2008. Measuring Social Capital. In *The Handbook of Social Capital*, Hrsg. Dario Castiglione, Jan W. van Deth und Guglielmo Wolleb, 150–176. Oxford: Oxford University Press.

van Ryzin, Gregg G. 2004. Expectations, Performance, and Citizen Satisfaction with Urban Services. *Journal of Policy Analysis and Management* 23: 433–448.

van Ryzin, Gregg G. 2005. Testing the Expectancy Disconfirmation Model of Citizen Satisfaction with Local Government. *Journal of Public Administration Research and Theory* 16: 599–611.

Vetter, Angelika. 2002a. *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Opladen: Leske + Budrich.

Vetter, Angelika. 2002b. Lokale Politik und die Sozialisation demokratischer Einstellungen in Europa. *Politische Vierteljahresschrift* 43: 606–623.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Vetter, Angelika, und Gabór Soós. 2008. Kommunen in der EU. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp, 579–605. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weatherford, M. Stephen. 1983. Evaluating Economic Policy: A Contextual Model of the Opinion Formation Process. *The Journal of Politics* 45: 866–888.

Weatherford, M. Stephen. 1987. How Does Government Performance Influence Political Support? *Political Behavior* 9: 5–28.

Wells, Jason M., und Jonathan Krieckhaus. 2006. Does National Context Influence Democratic Satisfaction? A Multi-Level Analysis. *Political Research Quarterly* 59: 569–578.

Wilkinson, Richard G., und Kate Pickett. 2010. *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*. London: Penguin.

Wollebaek, Dag, und Per Selle. 2003. Participation and Social Capital Formation: Norway in a Comparative Perspective. *Scandinavian Political Studies* 26: 67–91.

Wertorientierungen

Sigrid Roßteutscher und Philipp Scherer

1 Einführung

Werte sind die Essenz politischen Handelns. Sie bilden die zentrale Beurteilungsgrundlage für politische Entscheidungen; sie bestimmen, welche Gesellschaftsform wir für „richtig“ und „gut“ befinden. Dabei gilt, dass alle modernen Werte und gerade die politischen Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit grundsätzlich positiv konnotiert sind. Allerdings lassen sich Werte nicht gleichermaßen politisch realisieren. Wertkonflikte entstehen so um die relative Bedeutung, um die spezifische Gewichtung, die Gesellschaften und politische Ordnungen bei der Umsetzung einzelnen Werten im Vergleich zu anderen Werten zubilligen. Nicht von ungefähr führte die Wertetrias der Französischen Revolution in einen langfristigen und erbitterten Systemgegensatz. Die relative Gewichtung der Basalwerte Freiheit auf der einen Seite und Gleichheit und Brüderlichkeit auf der anderen Seite eskalierte im Ost-West-Konflikt und dominierte die internationale Politik, aber auch Schicksal und Entwicklung der geteilten deutschen Gesellschaft für Jahrzehnte.

Auch wenn seit 1989/1990 mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten dieser Wertkonflikt zugunsten der Freiheit entschieden schien, wurde die Thematik nicht obsolet. Bis heute lassen sich die politischen Parteien Deutschlands hinsichtlich ihrer jeweiligen Priorisierung dieser Grundwerte einordnen und der Wertkonflikt bildet eine zentrale Dimension des demokratischen Parteienwettbewerbs – in Deutschland, aber auch in Demokratien weltweit. Nicht von ungefähr deckt sich die relative Gewichtung von Freiheits- und Gleichheitswerten mit der Positionierung politischer Parteien auf einer Links-Rechts-Dimension. Werte sind somit zentrale Elemente politischer Ideologie. Die Links-Rechts-Achse wiederum gilt auch als „super-issue“ (Inglehart u. Klingemann 1976, S. 244), als zentrale räumliche Dimension, die unterschiedliche Wertkonflikte und eine Vielzahl politischer Positionen bündeln kann (Murphy et al 1981, S. 399f.; Sani u. Sartori 1983, S. 310; Fuchs u. Klingemann 1990; Niedermayer 2009, S. 37ff.). Dieses simple Kategorienschema vereinfacht die politische Kommunikation zwischen Bürgern, aber auch vertikal zwischen politischen Eliten auf der einen Seite und ihren Wählern auf der anderen Seite. Es dient der politischen Mobilisierung, da komplexe Sachverhalte in eine polare Links-Rechts Heuristik überführt werden können und strukturiert insgesamt den politischen Raum (Fuchs u. Klingemann 1989, 1990; Fuhse 2004; Roßteutscher u. Scherer i. E.). Diese grundsätzliche Verortung der Links-Rechts-Dimension in Werten und Wertkonflikten zeigt sich an der eindeutigen Zuschreibung von Wohlfahrts- und Umverteilungsfragen, also Politiken, die solidari-

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_3, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

sches Handeln und eine Steigerung sozialer und politischer Gleichheit zum Ziel haben, als „links“. Als „rechts“ hingegen gelten Individuen, Parteien und Politiken, die (wirtschafts-)liberale Modelle vertreten und die heilende Kraft des freien Marktes über staatliche Eingriffe stellen (Fuchs u. Klingemann 1989, Trüdinger u. Bollow 2011, S. 410f.). Dabei entspricht diese semantische Verknüpfung mit Umverteilung bzw. Marktliberalismus bereits einer ersten Transformation des politischen Raums. In ihrer ursprünglichen, auf die parlamentarische Sitzordnung im post-revolutionären Frankreich zurückzuführenden Bedeutung, beinhaltete eine linke (Sitz-)Position antimonarchistische, pro-demokratische bzw. politische Inklusion fordernde politische Positionen. Rechts hingegen waren die Advokaten der alten Ständegesellschaft, die für die Gültigkeit vererbter Vorrechte und eine hierarchisch-traditionale politische Ordnung eintraten (Laponce 1981, S. 47ff.; Murphy et al. 1981; Hobsbawm 2004, S. 115ff.; Roßteutscher u. Scherer i. E.). So bündelten sich seit den Zeiten der Industrialisierung, der folgenden Verarmung großer Bevölkerungsschichten und dem Advent sozialistisch/kommunistischer Parteien Wertvorstellungen von sozialer Gleichheit sowie einer inklusiven politischen Ordnung im ideologisch linken Raum, während traditionalistisch-hierarchische, aber auch religiöse Gesellschaftskonzeptionen gemeinsam mit wirtschaftsliberalen Visionen der „guten“ Ordnung den rechten Raum besetzen. Damit war auch in Deutschland spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts der politische Raum zweidimensional, weil ihm zwei unterschiedliche, historisch verwurzelte Wertkonflikte zugrunde lagen.

Die Umbrüche, die sich in beinahe allen westlichen Industrienationen während der 1960er und 1970er Jahre vollzogen und sich zunächst in der Eruption studentischen Protestes und später im Massenerfolg sozialer Bewegungen sowie der nachhaltigen Etablierung grüner Parteien manifestierten, zeugen von der Entstehung eines neuen Wertkonfliktes bzw. einer weiteren Transformation des politischen Raums. Die höchst einflussreiche – und in Folge auch inhaltlich (z. B. Flanagan 1987; Klages 1993; Roßteutscher 2004) und methodisch (z. B. Clarke et al. 1999; Davis u. Davenport 1999) harsch kritisierte – Theorie der „stillen Revolution“ von Ronald Inglehart lieferte die wissenschaftliche Erklärung für die spektakulären Umwälzungen, die europäische Gesellschaften wie Deutschland in diesen turbulenten Jahrzehnten erfuhren (Inglehart 1971, 1977, 1990). Aufgrund veränderter Sozialisationsbedingungen, so Inglehart, hätten sich die prägenden Erfahrungen während der formativen Jugendjahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs massiv verändert. Ältere Kohorten, die vor oder während des Krieges bzw. in der Notlage der unmittelbaren Nachkriegsjahre ihre formative Phase erlebten, erfuhren den existenziellen Mangel an physischer und materieller Sicherheit als prägend und entwickelten daher eine grundlegend „materialistische“ Wertorientierung, die die Erreichung von Wohlstand und Sicherheit dauerhaft als prioritär einstufte. Folgende Kohorten, die während der Wirtschaftswunderjahre und später ihre politische Sozialisation erfuhren, nähmen hingegen die Abwesenheit von Krieg und materielle Bedürfnisbefriedigung als gegeben hin. Dagegen erlebten sie die aus ihrer Sicht tröge, autoritäre und ausschließlich auf Wachstum und Prosperität schielende Nachkriegsgesellschaft als Einschränkung ihrer persönlichen Freiheiten. Sie entwi-

ckelten daher sogenannte „post-materialistische“ Wertorientierungen, die Selbstverwirklichung, politische Beteiligung, Umweltschutz und Nachhaltigkeitspolitiken betonten. Der Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen, so prognostizierte Inglehart (1971), entfalte sich als eine „stille“ Revolution, da im Zuge des normalen Austauschs der Generationen ältere und materialistisch sozialisierte Kohorten von jüngeren und postmaterialistisch orientierten Generationen ersetzt würden, die so in absehbarer Zukunft die Mehrheit in westlichen Industrienationen wie Deutschland stellen würden.

Mit diesem „neuen“ Wertkonflikt erhielt der politische Raum eine dritte Dimension. Die Differenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten ergänzt nun die älteren Pole, die Konflikte zwischen traditional-hierarchischen und inklusiv-demokratischen Gesellschaftskonzeptionen sowie liberale Marktmodelle versus sozialstaatliche Interventionen beinhalteten (Roßteutscher u. Scherer i. E.). So erhöht der Wertwandel die Komplexität des ideologischen Raums. Parteien und Individuen können hinsichtlich einer oder zwei Wertvorstellungen zu linken Positionen neigen, aber auf einer dritten Konfliktlinie am rechten Pol verortet sein. Mit anderen Worten, links-materialistische Vorstellungen, die einen starken umverteilenden Staat favorisieren, können mit rechten Anti-Inklusionspräferenzen hinsichtlich Zuzug und der Rechtsstellung von Migranten genauso gut einhergehen wie postmaterialistische Politikvorstellungen mit rechts-autoritären Ordnungsvorstellungen wie es für viele Parteien der sogenannten „neuen“ Rechten typisch ist (Flanagan 1987; Knutsen 2003).

Interessanterweise fällt die aufgeregte Debatte um das Ende der Ideologien (z. B. Fukuyama 1992) nicht nur mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem scheinbaren Siegeszug liberal-demokratischer Gesellschaftsordnungen zusammen, sondern auch mit der zunehmenden Vieldeutigkeit des politischen Raums. Die Klage über das Verschwimmen parteipolitischer Grenzen und das pragmatische Fischen nach dem Medianwähler, wo – da rechts und links keine Mobilisierungskraft mehr besäßen – die entscheidenden Wählergruppen zu finden sein, koinzidiert somit nicht nur mit den epochalen Ereignissen, die den Zusammenbruch der Sowjetunion begleiteten, sondern eben auch mit einem diffusen Gefühl, dass sich die Richtungsbegriffe rechts und links in Beliebigkeit auflösten (ausführlich siehe Scherer 2011).

Empirisch haben sich beide Szenarien nicht bewahrheitet. Zwar steigt der Anteil der Postmaterialisten in der deutschen Gesellschaft bis Ende der 1980er Jahre kontinuierlich an, doch kommt dieser Trend um 1990 zu einem endgültigen Halt. Bis heute verharrt der Anteil der Postmaterialisten unter der erwachsenen deutschen Bevölkerung bei circa 30 Prozent (Roßteutscher i. E.). Auch hinsichtlich des Verschwindens ideologischer Positionen lässt sich das prognostizierte Ende nicht bestätigen. Sowohl mit Blick auf Parteiprogramme als auch aus der Wahrnehmung der Wähler kann für die letzten zwei Jahrzehnte nicht festgestellt werden, dass eine Einordnung der Parteien entlang der Links-Rechts-Achse schwieriger würde. Auch fällt es der großen Mehrheit der Wähler unverändert leicht, sich selbst im politischen Raum zu verorten. Vom Verlust der Orientierungsfunktion der Links-Rechts-Unterscheidung kann demnach nicht die Rede sein (Scherer 2011; Neundorf 2012).

2 Wertorientierungen und politische Ideologie im Kontext

In diesem Band wird die kleinräumige Kontextabhängigkeit politischer Einstellungen und Verhaltensabsichten untersucht (siehe Kapitel 1 für eine ausführliche Darstellung). Damit wird auch hinsichtlich Wertorientierungen und politischer Ideologie Neuland betreten. Kontexte wurden in bisherigen Studien vor allem in ihrer internationalen oder nationalen Dimension betrachtet. So finden sich eine Vielzahl von Untersuchungen, die den Wertewandel oder ideologische Positionen im internationalen Vergleich oder als Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland thematisieren (siehe z. B. Arzheimer 2012; Welzel 2006; Gabriel 2011; Roßteutscher u. Scherer i. E. für jüngere Beispiele). Im Vergleich zu anderen politischen Einstellungen, die in diesem Band im Mittelpunkt stehen, ist eine theoretische Verortung einer kleinräumigen, auf Gemeinden innerhalb eines Bundeslandes bezogene, Kontextabhängigkeit daher zunächst begründungsbedürftig. Gerade hinsichtlich postmaterialistischer Wertorientierungen wird davon ausgegangen, dass es vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, also der Entwicklungsstand von Gesellschaften insgesamt (Inglehart u. Welzel 2005; Welzel 2006) bzw. die Sozialisationsbedingungen im spezifischen Elternhaus innerhalb einer Gesellschaft sind, die entscheiden, ob Individuen materialistische oder postmaterialistische Orientierungen entwickeln. Ein Blick auf gesamtgesellschaftliche Kontexte der Sozialisation würde so entweder eine international vergleichende Perspektive oder – bei der Betrachtung eines Landes im Zeitverlauf – eine auf Unterschiede zwischen Generationen bezogene Betrachtung in den Fokus rücken. Eine Forschungsperspektive, die individuell-familiale Sozialisationsbedingungen untersucht, würde hingegen eher die soziale Bedingtheit von Sozialisationsprozessen (hinsichtlich z. B. Schicht, Klasse oder Bildungshintergrund) thematisieren. Diese drei Stränge – internationaler Vergleich, intergenerationale Perspektive und individuelle, sozialstrukturelle Unterschiede – haben die bisherige Forschung nicht von ungefähr dominiert.

Ausgehend vom Stand der Forschung ist daher zu erwarten, dass hinsichtlich Wertorientierungen aus einer kleinräumigen Perspektive eher geringe Kontexteffekte zu finden sind. Forschungen zur Persistenz von Wertorientierungen zeigen allerdings, dass diese im Lebenszyklus weniger stabil sind als dies noch von Inglehart angenommen wurde (vgl. z. B. van Deth 1983, 1989; Klein u. Pötschke 2004). Hier könnte das engere Lebensumfeld tatsächlich eine gewisse Rolle spielen, da die Kommunikation im Nahbereich durch bestätigende oder kontroverse Einstellungen zur Stabilisierung oder eben auch zur Destabilisierung sozialisatorisch erworbener Wertorientierungen beitragen kann. Nicht auszuschließen sind zudem Mechanismen der Selbst-Selektion. Postmaterialisten können ihre Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und Autonomie eher in großstädtischen, kulturell diversen Milieus befriedigen. In einem solchen Fall wären mögliche Unterschiede als Kompositionseffekte zu interpretieren, da sie auf eine unterschiedliche Zusammensetzung der Gemeinden zurückzuführen sind. So schließt sich die Erwartung an, dass die beiden urbanen Ballungszentren Wiesbaden und Kassel aufgrund bewusster Zuzugsentscheidungen unter ihrer Einwohnerschaft mehr Postmaterialisten zählen als die mittelgroßen oder kleineren hessischen Gemeinden.

Mit Blick auf politische Ideologie sind die Erwartungen an die Analyse etwas komplexer. Drei Ursachenbündel speisen die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse: Wertorientierungen, die Parteiidentifikation und die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen (ausführlicher siehe Roßteutscher u. Scherer i. E.). Wertorientierungen gelten, wie oben dargelegt, als relativ stabil und sollten daher nur geringfügig durch lokale Kontextfaktoren beeinflusst werden. Ähnlich verhält es sich mit der Parteiidentifikation, von der ebenfalls angenommen wird, dass sie stark durch das Elternhaus geprägt ist, im Lebensverlauf allerdings verfestigt oder aber geschwächt werden kann (Arzheimer 2006; Abendschön u. Roßteutscher 2011). Das stärkste Einfallstor in Bezug auf eine mögliche „soziale Logik der Politik" (Zuckerman 2005) sollten hier die Effekte, die sich über die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen vermitteln, erbringen. Schon in der ursprünglichen Konzeption von Lazarsfeld et al. (1944) sind es vor allem soziale Kommunikationsprozesse, die zur Bildung sozialer Identitäten und schließlich zu spezifischen politischen Einstellungen und Parteineigungen führen (vgl. auch Huckfeldt u. Sprague 1995; Huckfeldt 2001; Zuckerman 2007). So kann für die Links-Rechts-Orientierungen die Erwartung formuliert werden, dass auch hier eher geringe, aber potentiell etwas deutlichere Kontexteffekte zu registrieren sind als im Fall von Wertorientierungen. Zwei der drei Einflussfaktoren sprechen gegen eine (lokale) Kontextabhängigkeit, eine dritte hingegen dafür. Allerdings gilt die soziale Komponente auch als die mit Abstand schwächste Determinante ideologischer Orientierungen (Inglehart u. Klingemann 1976; Knutsen 1995, 1997; siehe aber Freire 2006, 2008; Roßteutscher u. Scherer i. E. für eine andere Einschätzung). Schließlich kursiert gerade hinsichtlich ideologischer Positionierung seit langem das – empirisch nie ernsthaft überprüfte – Bonmot, dass junge Menschen grundsätzlich eher linke Positionen vertreten, sie aber im Lebensverlauf mit der Übernahme verantwortlicher Stellungen in Familie und Beruf sozusagen vernünftiger, soll heißen rechter werden. Ein lebenszyklischer Ansatz verspricht so zwar Veränderungen, aber nicht unbedingt Veränderungen, die durch das lokale Nahumfeld bedingt werden. Zusätzlich sind auch im Fall der Links-Rechts-orientierung Kompositionseffekte zu erwarten, da z. B. anzunehmen ist, dass gewisse soziale Gruppen, z. B. Arbeiter oder Gewerkschaftsmitglieder, in städtischen Kontexten häufiger anzutreffen sind als in kleineren, eher ländlich geprägten Gemeinden. Auch in diesem Fall wären Unterschiede in der individuellen Orientierung auf Kompositionseffekte, also eine unterschiedliche räumliche Ballung von Individualmerkmalen, zurückzuführen. Um solche Kompositionseffekte zu identifizieren, wird im multivariaten Modell zu überprüfen sein, welcher Anteil der Kontexteffekte durch Individualmerkmale zu erklären ist.

3 Wertorientierungen und ideologische Positionen in 28 hessischen Gemeinden

Das „Europa im Kontext"-Projekt übernimmt die Inglehart'sche 4-Itembatterie zur Messung postmaterialistischer Wertorientierungen. Hier werden den Befragten vier

Politikziele genannt und diese werden gebeten, anzugeben, welches Ziel ihrer Meinung nach das wichtigste und welches das zweitwichtigste Ziel darstelle. Die exakte Fragestellung (Frage 10) lautet wie folgt:

Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten (am zweitwichtigsten)?

a) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land;
b) Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung;
c) Kampf gegen die steigenden Preise;
d) Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung.

Als Postmaterialisten gelten alle Befragten, die Item B und D auf den ersten beiden Rängen verorten. Materialisten nennen A und C als wichtigstes bzw. zweitwichtigstes Politikziel. Befragte, die den beiden wichtigsten Zielen je ein postmaterialistisches und ein materialistisches Item zuschreiben, gelten als „eher postmaterialistisch“, wenn das postmaterialistische Politikziel vor dem materialistischen steht bzw. umgekehrt als „eher materialistisch“, wenn einem materialistischen Ziel höhere Wichtigkeit als einem postmaterialistischen Ziel zugewiesen wird. Üblicherweise wird neben diesen vier Typen auch eine ordinale Skala gebildet, welche die Stärke postmaterialistischer Orientierungen abbildet und vom materialistischen Pol (Wert 1) über die beiden Mischtypen (Wert 2 und 3) zu rein postmaterialistischen Orientierungen (Wert 4) reicht. Auch in diesem Beitrag wird so verfahren werden.

Für die ideologische Position wurde die klassische 11-stufige Links-Rechts-Selbsteinstufung eingesetzt. Die Frage (Frage 31) lautet:

Wenn es um Politik geht, sprechen viele Leute von „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich einstufen. Stellen Sie sich dazu wieder ein Thermometer vor, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Wo würden Sie sich einstufen?

Die Endpunkte der Skala werden von den Polen „links“ (Wert 0) und „rechts“ (Wert 10) markiert. Für deskriptive Zwecke wird im Folgenden nicht nur der Skalenwert der Befragten betrachtet, sondern ebenfalls zwei Extremtypen gebildet. Befragte, die sich eindeutig links der Mitte einordnen (Skalenwert 0–3) werden als „links“, Menschen mit einer eindeutig rechten Position im politischen Raum (7–10) als „rechts“ typologisiert. Tabelle 1 gibt einen ersten Überblick über die Verteilung von Wertorientierungen und ideologischen Positionen auf der Basis der 28 hessischen Gemeinden dieser Studie.

Tabelle 1 zeigt, dass es hinsichtlich ideologischer Position durchaus eine gewisse Streuung gibt. Mit Blick auf die prozentuale Verteilung der Kontrastgruppen stellt Kassel mit 24 Prozent den größten Anteil von Bürgern, die sich selbst eindeutig im linken Spektrum verorten (am anderen Extrem liegen die „rechten“ Gemeinden Kelkheim und Petersberg, wo das nur für circa zehn Prozent der Befragten gilt). Hinsicht-

Tabelle 1: Links-Rechts- und Wertorientierungen (in Prozent)

	Anteil „links“ (0–3)	Anteil „rechts“ (7–10)	Anteil Postmaterialisten	Anteil Materialisten
Alsfeld	17	18	28	13
Bickenbach	14	14	42	11
Biedenkopf	16	19	28	11
Bruchköbel	13	17	33	8
Büttelborn	19	15	28	12
Eppstein	10	18	36	9
Erzhausen	16	18	35	6
Felsberg	17	18	28	10
Frankenberg (Eder)	15	18	29	11
Frielendorf	18	17	30	11
Gelnhausen	18	14	31	12
Guxhagen	16	14	35	7
Helsa	17	22	29	9
Heuchelheim	17	14	30	10
Hüttenberg	14	18	30	10
Kassel	24	14	38	11
Kelkheim	10	23	27	9
Limburg a.d. Lahn	14	24	32	10
Petersberg	10	20	33	12
Ranstadt	15	20	32	11
Reinheim	15	12	30	13
Reiskirchen	16	15	29	14
Rüdesheim am Rhein	11	20	25	15
Selters (Taunus)	11	21	30	14
Viernheim	12	18	25	13
Wiesbaden	17	20	32	12
Witzenhausen	20	13	29	10
Wolfhagen	17	20	29	18
Gesamt	15	17	31	11
Max. Differenz	14	12	17	12
Gemeinde mit niedrigstem Wert	10	12	25	6
Gemeinde mit höchstem Wert	24	24	42	18

Anmerkungen: Für die Angabe Gesamt wurden die 28 Einzelstichproben jeweils auf 400 Befragte standardisiert.

lich rechter Orientierungen besitzen Limburg an der Lahn und Kelkheim die meisten Bürger mit einer prononciert rechten Neigung (24 Prozent), Reinheim die wenigsten (zwölf Prozent). Interessant ist das „Verhalten“ der beiden größeren Städte, die im Sample enthalten sind. Während sich Kassel als die insgesamt „linkste“ Gemeinde

Hessens präsentiert, sind ähnliche Urbanitäts- oder Großstadteffekte in Wiesbaden nicht zu beobachten. Allerdings ist Wiesbaden Sitz der hessischen Landesregierung und gilt generell als eine Stadt mit eher (groß-)bürgerlichem Flair.

Entgegen der oben formulierten Erwartungen ist Kassel mitnichten die postmaterialistischste Gemeinde Hessens. Diese Position gehört den Bickenbachern. Bickenbach beherbergt den Konzernsitz der Bio-Kette *Alnatura*. Ob der erstaunlich hohe Postmaterialismus-Wert von 42 Prozent daher rührt, dass sehr viele ökologisch gesinnte Angestellte der Firma in Bickenbach wohnen, oder ob die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens für die kleine Gemeinde zu pro-ökologischer Gesinnung auch bei den Alt-Bickenbachern führte, die andererseits seit 1994 ununterbrochen einen CDU-Bürgermeister wählen,[1] sei dahingestellt. Abgesehen von diesem wohl eher idiosynkratisch zu erklärenden Ausnahmenfall, stellt die städtische Gemeinde Kassel tatsächlich einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Postmaterialisten (38 Prozent), dicht gefolgt von Eppstein mit 36-prozentigem Postmaterialistenanteil. Am niedrigsten fällt ihr Anteil in Viernheim und Rüdesheim am Rhein aus (je 25 Prozent). In Bezug auf eindeutig materialistische Orientierungen zeigt sich eine deutlich geringere Streuung. Ihr Anteil ist in Wolfhagen (18 Prozent) am höchsten und – mit nur sechs Prozent – am geringsten in Erzhausen. Generell gilt hinsichtlich Wertorientierungen,

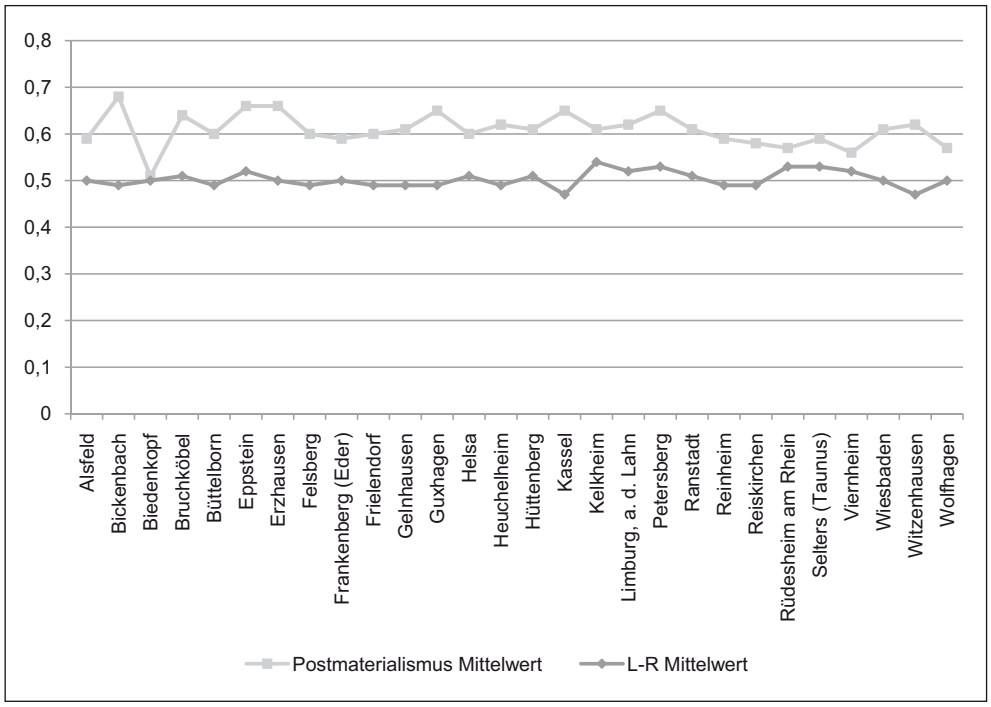


Abbildung 1: Postmaterialismus und Lins-Rechts-Orientierung in 28 hessischen Gemeinden (Mittelwert)

[1] Siehe unter http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/direktwahlen/bickenbach/index.html, Zugegriffen: 03. 06. 2012.

dass sich die hessischen Gemeinden kaum von aktuellen auf Basis des ALLBUS 2010 festgestellten westdeutschen Durchschnittswerten unterscheiden (Roßteutscher i. E.). Dass postmaterialistische und linke Orientierungen nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen, lässt sich an Eppstein oder Petersberg studieren. Beide Gemeinden haben sowohl eine überdurchschnittlich rechts orientierte Bevölkerung als auch einen relativ hohen Anteil an Postmaterialisten. Der sich im Gesamtbild auf Basis der beiden Skalen mit 0,14 (Pearson's r) ergebende, eher schwache Zusammenhang bestätigt diesen zwar positiven, aber alles andere als eindeutigen Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und linker Ideologie.

Abbildung 1 bestätigt nochmals die – mit der Ausnahme gewisser Ausreißer wie Bickenbach, Biedenkopf oder Kassel – relativ homogene Ausrichtung der untersuchten hessischen Gemeinden. Zur Vergleichbarkeit der beiden Indikatoren wurden die Skalen jeweils auf eine Streuung zwischen 0 und 1 standardisiert. Abgebildet sind nun die Mittelwerte der Gemeinden auf diesen standardisierten Skalen. Die Variation um den jeweiligen Gesamtmittelwert ist sowohl hinsichtlich Wertorientierungen als auch im Fall von Links-Rechts-Orientierungen eher gering. Sichtbar ist im Vergleich mit Tabelle 1 aber auch, dass der Blick auf Durchschnittswerte eine noch geringere Kontextvarianz ergibt als eine Betrachtung der prozentualen Verteilung von Extremtypen.

4 Wertorientierungen und Ideologie – ein Erklärungsversuch

Im Folgenden soll versucht werden die individuellen Ausprägungen hinsichtlich Wertorientierungen und Links-Rechts-Positionierung auf ihre individuellen und kontextuellen Ursachen zurückzuführen. Wie bisher ausgeführt, geben weder Theorie noch deskriptive Analysen einen deutlichen Hinweis in Richtung einer stärkeren (lokalen) Kontextprägung. Ziel dieses Buches ist vor allem die gezielte Berücksichtigung kontextueller Einflussfaktoren und der Bemessung ihrer Bedeutung relativ zu individuellen Einflüssen, die in der bisherigen Forschung in der Regel im Mittelpunkt standen (siehe Kapitel 1). Da im Kontext des „Europa im Kontext"-Projektes eine große Zahl unterschiedlichster Kontextfaktoren recherchiert wurden, gleichzeitig aber hinsichtlich der beiden Orientierungen, die in diesem Kapitel thematisiert werden, von eher geringen Effekten auszugehen ist, soll der multivariaten, Kontext- und Mikrofaktoren vergleichenden Analyse, ein Analyseschritt vorangestellt werden, der der Klärung dienen soll, welche Kontextfaktoren aus theoretischer und empirischer Sicht überhaupt einen potentiellen Einfluss auf individuelle Einstellungen ausüben.

4.1 Makroanalysen

Der Postmaterialismus ist nach Inglehart (1971, 1977) das Ergebnis veränderter Sozialisationsbedingungen in entwickelten westlichen Industrienationen der Nachkriegszeit. Folglich wird ein Schwerpunkt bei Indikatoren liegen müssen, die das Ausmaß physischer und wirtschaftlicher Sicherheit bzw. Wohlstand abbilden. Hierfür werden in

der folgenden Aggregatdatenanalyse Indikatoren für die Anzahl der Straftaten[2] und ihre Aufklärungsquote[3] (physische Sicherheit) sowie das Ausmaß der lokalen Verteilung von Einkommen,[4] die durchschnittliche Kaufkraft der Einwohnerschaft,[5] das Steuereinkommen,[6] die Gewerbesteuereinnahmen,[7] der Schuldenstand der Gemeinde,[8] aber auch das Ausmaß an Erwerbstätigen[9] und Arbeitslosen[10] sowie der Bildungsstand der Einwohner[11] (wirtschaftliche Sicherheit/Wohlstand) auf ihren Zusammenhang hinsichtlich Postmaterialismus und ideologischer Positionierung untersucht. In seinen späteren Arbeiten, bei denen Inglehart auf der Basis des World Values Survey auch nicht-westliche, nicht-demokratische und wirtschaftlich weniger entwickelte Länder einbezieht, ergänzt er dieses erste Ursachenbündel um eine Traditionalismus bzw. Säkularitäts- oder Modernitätsdimension (Inglehart u. Welzel 2005; Welzel u. Inglehart 2010; Welzel et al. 2003). Zur Abbildung der Modernitätsdimension werden Indikatoren zur Bevölkerungsdichte,[12] dem Ausländeranteil,[13] der Zahl der Singlehaushalte,[14] aber auch das Ausmaß der Beschäftigung im sekundären und tertiären Sektor[15] herangezogen. Für Traditionalismus werden der Anteil der Christen, der Anteil der Katholiken bzw. Protestanten[16] und die katholische Kirchganghäufigkeit,[17] aber auch Indikatoren für die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe[18] und Beschäftigte im primären Sektor[19] herangezogen. Für das Faktorenbündel, das in der Theorie als Ursache von Links-Rechts-Orientierungen gilt, werden zusätzlich der Zusammenhang mit Wertorientierungen (aggregierter Postmaterialismus-Index)[20] sowie die langfristige lokale Dominanz der CDU[21] als Indikator für eine dauerhafte, die lokale Parteienlandschaft prägende Identifikation, herangezogen. Diese wurde im „Europa im Kontext"-Projekt

[2] Straftaten pro Einwohner 2003.

[3] Anteil der aufgeklärten an allen Straftaten 2003.

[4] Anteil der Haushalte mit Monatseinkommen von über 7.500 Euro und unter 1.100 Euro.

[5] im Januar 2009.

[6] Steuereinnahmekraft in Euro je Einwohner für das Jahr 2000.

[7] Gewerbesteuern pro Kopf im Jahr 2000.

[8] Gemeindeschulden je Einwohner am 31.12.2000.

[9] Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer am Wohnort zum 30.06.2002.

[10] Durchschnittlicher Arbeitslosenanteil an allen zivilen Erwerbspersonen 2007.

[11] Anteil sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Anteil sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit höherem Berufsabschluss jeweils zum 30. 06. 2002.

[12] Einwohner einer Gemeinde pro Quadratkilometer am 31.12.2000.

[13] Anteil nichtdeutscher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung zum 31.12.2000 und Anteil nichtdeutscher Haushalte an allen Haushalten im Jahr 2008.

[14] Anteil der Singlehaushalte an allen Haushalten im Jahr 2008.

[15] Anteil der im sekundären und tertiären Wirtschaftssektor Beschäftigten 2003.

[16] Anteile an Christen, Katholiken und Protestanten an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2008.

[17] Häufigkeit des Kirchenbesuchs von Katholiken im Jahr 2000.

[18] Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde im Mai 2001.

[19] Anteil der im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten 2003.

[20] Durchschnittswert der Gemeinde auf der Postmaterialismus-Skala.

[21] Dominanz der CDU im kommunalen Parlament zwischen 1977 und 2006.

über die Anzahl der Legislaturperioden gemessen, in denen die Partei die absolute Sitzmehrheit im Parlament besaß (seit 1977). Die soziale Dimension, bzw. die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen wird wie üblich (vgl. z. B. Freire 2006; Inglehart u. Klingemann 1976; Roßteutscher u. Scherer i. E.) über unterschiedliche Bildungs- und Beschäftigungsindikatoren (als objektive Indikatoren der Schichtzugehörigkeit), aber vor allem auch durch Indikatoren der Kirchenmitgliedschaft im Sinne der Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen abgedeckt (leider fehlt ein Indikator für die lokale Stärke der Gewerkschaften). Im Projekt sind für viele wirtschaftliche und soziale Indikatoren mehrere Kennzahlen im Zeitverlauf recherchiert worden. Da für die beiden Orientierungen, die in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehen, von einer sozialisatorischen Grundprägung auszugehen ist, wird im Folgenden jeweils der Indikator verwendet, der in der Zeit am weitesten zurückliegt, d. h. so nah wie möglich die tatsächlichen Sozialisationsbedingungen einer möglichst großen Zahl von Befragten abbildet. Nicht in allen Fällen sind solche zeitversetzten Messungen vorhanden. Besonders im Hinblick auf Kirchenmitgliedschaft und Religiosität stehen nur aktuelle Kennziffern zur Verfügung. Da der Säkularisierungsprozess in Deutschland zwar kontinuierlich fortschreitet und seit circa 1990 auch die katholische Kirche davon betroffen ist (Roßteutscher 2012), muss man zwar davon ausgehen, dass Kirche und Religion in der formativen Phase vieler Befragter einen gewichtigeren Einfluss ausübten. Für die Erfassung lokaler Kontextfaktoren sollte diese „Unterschätzung" religiöser Faktoren jedoch ohne Bedeutung sein, da Gemeinden, die noch heute einen relativ hohen Protestanten- oder Katholikenanteil besitzen, sich auch in der Vergangenheit durch solche Merkmale auszeichneten – wenn auch auf höherem Niveau.

Tabelle 2 (s. S. 78) zeigt die bivariaten Zusammenhänge zwischen diesen Kontextindikatoren und den aggregierten Werten (d. h. Skalen-Mittelwerte pro Gemeinde) für Postmaterialismus und Links-Rechts-Orientierung.

Um mit der Links-Rechts-Orientierung zu beginnen: Wirtschaftliche Faktoren haben nur eine sehr eingeschränkte Auswirkung auf die Links- bzw. Rechtslastigkeit von Gemeinden. Der einzige dieser Kontextfaktoren, der signifikant mit politischer Ideologie korreliert, ist die Arbeitslosenquote. Mit anderen Worten: von Beschäftigungsproblemen betroffene Gemeinden tendieren zu einer linkeren Position im politischen Raum. Recht eindeutige Beziehungen ergeben sich hingegen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu den beiden christlichen Kirchen. Wird eine Gemeinde von Protestanten dominiert, steht sie eher links. Mit einem steigenden Anteil an Katholiken nimmt die Rechtslastigkeit zu. Zwischen postmaterialistischen Orientierungen und Links-Rechts-Positionierung besteht – im Aggregat – kein signifikanter Zusammenhang. Die Parteienkomponente, hier etwas imperfekt über die langjährige CDU-Dominanz im Gemeinderat erfasst, weist in die zu erwartende Richtung. Gemeinden, die von der CDU geprägt sind, stehen deutlich rechts (bzw. Gemeinden, die das nicht sind, tendieren nach links).

Mit Blick auf postmaterialistische Orientierungen zeigen sich im Aggregat folgende Zusammenhänge: Gemeinden sind dann besonders postmaterialistisch, wenn sie viele Haushalte mit hohen Einkommen beherbergen. Auch das jährliche Einkommen

Tabelle 2: Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Wertorientierungen und kontextuellen Merkmalen (Aggregatdatenanalyse)

	Links-Rechts-Orientierung	Postmaterialismus
Physische Sicherheit:		
Aufklärungsquote	-0,11	-0,34
Anzahl der Straftaten	-0,22	0,16
Wirtschaftliche Sicherheit/Wohlstand:		
Haushalte mit hohem Einkommen	0,23	0,38*
Haushalte mit niedrigem Einkommen	-0,27	-0,36
Kaufkraft	0,34	0,44*
Steuereinnahmekraft	0,34	0,41*
Gewerbesteuer (pro Kopf)	-0,05	0,10
Schuldenstand der Gemeinde	0,01	-0,23
Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer	-0,17	0,14
Arbeitslosenquote	-0,39*	-0,29
Arbeitnehmer mit Berufsausbildung	-0,17	-0,29
Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung	-0,12	-0,48**
Arbeitnehmer mit höherem Abschluss	0,16	0,61**
Urbanität/Moderne:		
Einwohner pro qkm	-0,09	0,42*
Ausländeranteil	0,14	0,03
Ausländischen Haushalte	0,11	-0,00
Singlehaushalte	0,06	0,29
Beschäftigte im sekundären Sektor	-0,15	-0,13
Beschäftigte im tertiären Sektor	0,18	0,11
Traditionalismus:		
Christenanteil	-0,05	-0,32
Protestantenanteil	-0,45*	-0,14
Katholikenanteil	0,58**	-0,05
Kirchgangshäufigkeit Katholiken	0,23	-0,05
Landwirtschaftliche Betriebe	-0,24	-0,36
Beschäftigte im primären Sektor	-0,28	0,10
Spezifische Merkmale Links-Rechts:		
Wertorientierungen (Postmaterialismus aggregiert)	-0,13	–
CDU-Dominanz im Kommunalparlament	0,58**	–

Anmerkungen: Korrelationen (Pearson's r); N = 28; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

pro Steuerpflichtigem und die Höhe der Kaufkraft bedingen im Aggregat pro-postmaterialistische Orientierungen. Ähnlich deutliche Zusammenhänge ergeben sich hinsichtlich des lokalen Bildungsniveaus. Dort, wo der Arbeitnehmeranteil mit höheren Abschlüssen hoch ist, finden sich auch viele Postmaterialisten. Dort, wo hingegen der Anteil der Arbeitnehmer ohne Abschluss hoch ist, bestehen eher materialistische Prioritäten. Schließlich finden sich Postmaterialisten eher in dichter besiedelten, städti-

schen Umwelten. Generell weisen die (wenigen) bivariaten Zusammenhänge somit in die theoretisch zu erwartende Richtung. Ob sich hier aber tatsächlich Kontexteffekte andeuten, ist allerdings noch nicht bewiesen. Aggregatzusammenhänge können sowohl auf Scheinkorrelationen (d. h. Korrelationen, die auf einer nicht berücksichtigen Drittvariablen beruhen) als auch ausschließlich auf sogenannte Kompositionseffekte zurückzuführen sein, d. h. sich nur aus der individuellen Zusammensetzung der Bevölkerung erklären lassen, ohne eine weitere, über die sozialstrukturellen Merkmale der Individuen hinausgehende, Einflussgröße darzustellen.

4.2 Nullmodelle

Im folgenden Schritt wird daher zunächst überprüft, ob und in welchem Ausmaß der lokale Kontext überhaupt eine eigenständige, von den bekannten Individualeffekten unabhängige Wirkung auf postmaterialistische Orientierungen und ideologische Positionen ausübt.

Tabelle 3: Links-Rechts- und Wertorientierungen (Random-Intercept-Only-Modelle)

	Links-Rechts-Orientierung	**Postmaterialismus**
Konstante	5,03***	2,84***
Varianzkomponenten:		
Individualebene	3,47	0,97
Kontextebene	0,02	0,005
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,006	0,006
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=20,23 (df=1; p<0.001)	χ^2=12,24 (df=1; p<0.001)
N	10.990 / 28	10.556 / 28

Anmerkungen: Nullmodell mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse des sogenannten Nullmodells, das ausschließlich der Beantwortung der Frage dient, welche Wirkkraft (technisch: Varianz) tatsächlich auf der Ebene der lokalen Kontexte im Vergleich zur Wirkkraft der Mikrofaktoren zu verorten ist.[22] Wie zu erwarten, ist die Bedeutung des lokalen Kontexts sehr gering. Die Effekte sind zwar signifikant in dem Sinne, dass statistisch ein Teil der Varianz auf über-individuelle, auf der Ebene der Gemeinde anzusiedelnde Einflüsse zurückzuführen ist (siehe Chi-Quadrat-Berechnung in Tabelle 3). Inhaltlich ist der Effekt aber ausgesprochen bescheiden. Auf der Kontextebene ist nur ein verschwindend geringer Anteil der Gesamtvarianz angesiedelt – 0,6 Prozent im Fall von Links-Rechts-Orientierungen und ebenfalls 0,6 Prozent hinsichtlich postmaterialistischer Werte (vgl. den ICC-Koeffizienten in Tabelle 3). Da ein solches Ergebnis aufgrund der theoretischen

[22] Berechnung unter Ausschluss aller Befragten mit fehlenden Werten.

Überlegungen nicht völlig überraschend ist, wird das „Nullmodell“ nochmals mit einer verkleinerten Stichprobe berechnet. Wenn – wie allgemein angenommen – sowohl Wert- als auch Links-Rechts-Orientierungen vor allem sozialisatorisch im frühen Jugendalter ausgeprägt werden, sollten mögliche Kontexteffekte auch nur für die Kohorten feststellbar sein, die unter den Bedingungen der im „Europa im Kontext“-Projekt ermittelten Kontextfaktoren aufwuchsen. Tabelle 4 beschränkt die Analyse daher auf Befragte, die maximal 30 Jahre alt sind.

Tabelle 4: Links-Rechts- und Wertorientierungen, nur Befragte bis 30 Jahre (Random-Intercept-Only-Modelle)

	Links-Rechts-Orientierung	**Postmaterialismus**
Konstante	4,75***	2,76***
Varianzkomponenten:		
Individualebene	3,30	0,99
Kontextebene	0,05	0,007
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,014	0,007
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=12,41 (df=1; p<0.001)	χ^2=12,41 (df=1; p=0.07)
N	2.010 / 28	1.914 / 28

Anmerkungen: Nullmodell mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Nun ergeben sich tatsächlich gewisse Verschiebungen. Einerseits ist an den Konstanten abzulesen, dass jüngere Menschen in Hessen deutlicher nach links neigen (dabei aber geringfügig weniger postmaterialistisch sind) als die Bevölkerung der 28 Gemeinden insgesamt. Zudem zeigt sich, dass eine solche Altersbegrenzung hinsichtlich Postmaterialismus quasi keine Wirkung ausübt. Der ICC erhöht sich nur unwesentlich von 0,006 auf 0,007. Mit anderen Worten, noch immer sind deutlich weniger als ein Prozent der Unterschiede in der individuellen Verteilung von Wertorientierungen dem Einfluss von Kontextfaktoren geschuldet. Zudem verfehlt das Mehrebenenmodell in dieser verkleinerten Stichprobe nun auch knapp statistische Signifikanz (p = 0,07). Für ideologische Positionen ergibt sich jedoch eine deutlichere Verbesserung. Der Einfluss des lokalen Umfelds erweist sich als mehr als doppelt so stark als dies in Bezug auf die Gesamtstichprobe, deren politische Sozialisation mehrheitlich unter Umständen erfolgte, die in diesem Projekt nicht erfasst werden, der Fall ist. Mit 0,014 (bzw. 1,4 Prozent der Gesamtvarianz) ist der Kontexteinfluss zwar noch immer nicht außergewöhnlich – oder auch nur besonders relevant – aber zumindest nicht mehr gänzlich zu vernachlässigen. Tabelle 5 legt nochmals einen anderen Blickwinkel an: Basis des Nullmodells sind nun die Stadtteile der beiden größeren Städte Kassel und Wiesbaden. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass gerade die kleineren hessischen Gemeinden, die Teil der Stichprobe sind, zu homogen, d. h. in der Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur einander zu ähnlich sind, als dass lokale Kontexte signifikante Effekte erbringen könnten. Hinzu kommt, dass die mittelgroßen und großen Gemeinden mög-

licherweise wiederum intern zu heterogen sind als dass Indikatoren, die den lokalen Durchschnittswert widerspiegeln, Kontexte im Sinne von einem „Ort der sozialen Integration“ (Bühlmann u. Ladner 2007, S. 67) abbilden könnten.

Tabelle 5: Links-Rechts- und Wertorientierungen in den Stadtteilen Kassels und Wiesbadens (Random-Intercept-Only-Modelle)

	Links-Rechts-Orientierung	**Postmaterialismus**
Konstante	4,88***	2,88***
Varianzkomponenten:		
Individualebene	3,66	0,98
Kontextebene	0,10	0,033
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,027	0,032
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=21,45 (df=1; p<0.001)	χ^2=25,77 (df=1; p<0.001)
N	2.196 / 47	2.117 / 47

Anmerkungen: Nullmodell mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Offensichtlich erweist sich diese Überlegung als zutreffend. Die Kontextvarianz auf der Ebene von Stadtteilen ist deutlich höher. So lassen sich innerhalb der beiden Städte jeweils circa drei Prozent der Gesamtvarianz (2,7 Prozent im Fall von Links-Rechtorientierungen und 3,2 Prozent im Fall von Postmaterialismus) auf Unterschiede im lokalen Umfeld zurückführen. Da für die Stadtteile im „Europa im Kontext“-Projekt allerdings keine Kontextindikatoren erhoben wurden, soll für die folgende multivariate Analyse dennoch wieder auf den Gesamtdatensatz rekurriert werden. Allerdings sollte vermerkt werden, dass ein Stadtteil bezogener Zugang möglicherweise klarere Hinweise auf die Wirkung lokaler Kontextfaktoren erbringen könnte.

Mit Blick auf den Gesamtdatensatz der 28 hessischen Gemeinden werden auf Basis der Nullmodelle (Tabelle 3 und Tabelle 4) für alle vier Varianten, also Wertorientierungen und politische Ideologie jeweils für alle Befragte und für Befragte bis 30 Jahren, Mehrebenenanalyen durchgeführt. In drei der vier Fälle ist dies auch statistisch zwingend, da der Chi-Quadrat-Test ergab, dass eine Mehrebenenkonzeption einem gewöhnlichen Regressionsmodell vorzuziehen ist. Hinsichtlich Postmaterialismus bei jungen Personen verfehlte die Analyse allerdings knapp das konventionelle Signifikanzniveau (0,07 statt <0,05). Aufgrund der Notwendigkeit die Effekte in beiden Gruppen vergleichen zu können und dem relativ knappen Verfehlens des Signifikanzniveaus, erscheint auch in diesem Fall die Durchführung von Mehrebenenanalysen vertretbar.

4.3 Individuelle und kontextuelle Erklärungsfaktoren

Bevor die Ergebnisse der Mehrebenenanalysen diskutiert werden, sollen im Folgenden kurz die Indikatoren vorgestellt werden, die zur Schätzung von Individualeinflüssen

herangezogen werden. Die theoretische Begründung für ihre Berücksichtigung entspricht den Überlegungen, die bei der Auswahl der Makrofaktoren zu Grunde gelegt wurden. Sowohl hinsichtlich Links-Rechts-Orientierung als auch mit Blick auf Wertorientierungen werden Individualmerkmale ausgewählt, die konzeptionell den Makroindikatoren entsprechen. Einkommen, Bildung, Schichtzugehörigkeit und Arbeitslosigkeit bilden die Dimension wirtschaftlicher Sicherheit und Wohlstand bzw. der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen ab (vgl. z. B. Inglehart 1971; Roßteutscher 2002). Hinzu kommen Indikatoren für die Kirchen- und Gewerkschaftsmitgliedschaft als Indikatoren der Einbindung in soziale Großgruppen (z. B. Freire 2006, Roßteutscher u. Scherer i. E.). Hinsichtlich Wertorientierungen gelten Kirchenmitgliedschaft und vor allem die über den regelmäßigen Kirchgang erfasste aktive Kirchenbindung als Indikatoren traditionaler, nicht-säkularer Lebensführung (Roßteutscher u. Scherer i. E.; Inglehart u. Welzel 2005). Ebenso gilt der Anteil der Singlehaushalte als ein Ausdruck urbaner, moderner Lebensumwelten, ist aber auch ein Indikator, der für eine relativ freie Lebensgestaltung unabhängig von den Wünschen fester Partner oder Kinder spricht. Er wird im Individualmodell über den Familienstand erfasst. Das Geschlecht und das Geburtsjahr des Befragten werden als klassische Kontrollvariablen hinzugefügt. Ausschließlich für das Erklärungsmodell hinsichtlich Links-Rechts-Orientierungen kommen Indikatoren für die Parteibindung, die als stärkste Quelle politischer Ideologie gilt, hinzu (Knutsen 1997, Inglehart u. Klingemann 1976). Indikatoren für den Familienstand (Frage 43 im Fragebogen, siehe Anhang), für Arbeitslosigkeit (Frage 47), das Geschlecht (Frage 37) und die Gewerkschaftsmitgliedschaft (Frage 36a) wurden als einfache Dummy-Variablen übernommen bzw. re-codiert, die nun den Effekt im Vergleich zur jeweiligen Kontrastgruppe schätzen können (nicht Ledige, nicht von Arbeitslosigkeit Betroffene, Männer, Nicht-Mitglieder). Im Fall der Konfession (Frage 41) wurden mehrere solcher Indikatoren gebildet (für Katholiken, Protestanten und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften); die Effekte sind im Vergleich zur Kontrastkategorie der Konfessionslosen zu interpretieren. Identisch wurde im Fall der Parteiidentifikation (Frage 32 und Frage 33) verfahren. Alle Effekte sind hier im Vergleich zur Kontrastgruppe der Befragten, die angeben, sich mit keiner Partei zu identifizieren, zu bewerten. Geburtsjahr (Frage 38),[23] Bildung (Frage 45),[24] Schichtzugehörigkeit (Frage 51 und Frage 52)[25] und Kirchgang (Frage 42)[26] sind mehrstufige Skalen, die zur Vergleichbarkeit der Effekte auf eine Spannweite zwischen 0 und 1 standardisiert wurden. Das verfügbare Haushaltseinkommen wurde im Projekt zunächst offen (Frage 55), dann für alle Befragten, die hier keine Antwort gaben, in sieben vorgegeben Einkommensstufen (Frage 56) abgefragt. Die Angaben beider Abfragen wurden für die Analysen integriert, allerdings bedeutet dies, dass die Kategorien der geschlos-

[23] Der älteste Befragte ist im Jahr 1903, der jüngste Befragte im Jahr 1994 geboren.

[24] Die Skala reicht von keinem Schulabschluss bis zum abgeschlossenen Studium an einer Universität/Hochschule.

[25] Die Variable wurde aus zwei Abfragen neu gebildet und besteht nun aus fünf Abstufungen: Unterschicht, untere Mittelschicht, mittlere Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht.

[26] 6-stufige Skala von „mehr als einmal in der Woche“ bis „nie“.

senen Abfrage zugrunde gelegt werden mussten und die reale Streuung des Einkommens ein Stück weit verloren geht, da alle Einkommen über 3.000 Euro in die höchste Kategorie (3.000 und mehr) integriert werden mussten. Da trotz dieser gestuften Abfrage über 2800 Befragte keine Angaben hinsichtlich ihres Einkommens machen wollten, wurde für alle fehlenden Angaben der Mittelwert der Einkommensverteilung zugrunde gelegt. Auch diese Variable wurde für die multivariate Analyse auf eine Spannweite zwischen 0 und 1 standardisiert, sodass alle Effekte einheitlich zu interpretieren sind. Schließlich wurden Geburtskohorten oder Generationen gebildet. Hiermit wird dem zentralen Aspekt der Inglehart'schen Theorie (z. B. 1971) Rechnung getragen, dass der Wertewandel bzw. die Priorisierung postmaterialistischer Wertorientierungen vor allem dem Generationenaustausch geschuldet sei. Davon ausgehend, dass basale Wertorientierung schon mit recht jungem Alter ausgeprägt werden (Abendschön 2010), wurde ein Alter von mindestens zehn Jahren als Grenzwert für politische Sozialisationserfahrungen angenommen. Es wurden insgesamt vier Kohorten als Dummy-Variablen gebildet: eine Vorkriegs- bzw. Kriegskohorte (alle bis 1940 Geborenen), eine Wirtschaftswunder-Generation (geboren zwischen 1941 und 1960), eine Kohorte der „Post-1968er" (Jahrgang 1961 bis 1979) sowie eine Vereinigungsgeneration (alle 1980 und später geborenen Personen). In den folgenden Analysen sind alle Kohorteneffekte im Vergleich zur ältesten Gruppe der vor oder während des Zweiten Weltkriegs bzw. der Notlage der unmittelbaren Nachkriegszeit sozialisierten Befragten zu interpretieren.

Um mit den Analysen zu politischer Ideologie zu beginnen: Tabelle 6 zeigt die Ergebnisse des Mehrebenen-Modells in zwei Varianten: zunächst für alle Befragte der 28 hessischen Gemeinden sowie für eine Subgruppe junger Menschen (im Alter bis zu 30 Jahren), die wie das Nullmodell (vgl. Tabelle 4) zeigte, ein wenig stärker vom lokalen Umfeld beeinflusst wurden, da auch nur für sie die sozialisatorische Prägung der Kontextfaktoren begründet angenommen werden kann. Hinsichtlich der Individualmerkmale ergeben sich für beide Populationen sehr ähnliche und im Kontext bisheriger Forschungen auch zu erwartende Effekte. Mitglieder der beiden christlichen Kirchen tendieren zum rechten Pol des politischen Spektrums (bei jungen Menschen ist nur der Effekt für Protestanten signifikant). Menschen mit höherem Bildungsabschluss tendieren nach links, d. h. mit der Höhe der Bildung steigen linke Orientierungen. Die Zugehörigkeit zu höheren Schichten wirkt hingegen in eine rechte Richtung. Damit bestätigt sich hier die auch in sozialstruktureller Hinsicht zunehmende Unübersichtlichkeit politischer Ideologie. Linke Orientierungen speisen sich zugleich aus hoher Bildung und niedriger Schicht. Junge Menschen tendieren hingegen deutlich nach links. Das gilt nicht nur für die Bürger der hessischen Gemeinden insgesamt, sondern auch für die unter 30-Jährigen, die alle der jüngsten Vereinigungsgeneration angehören. Postmaterialistische Orientierungen führen zu eher linken Positionen; die Identifikation mit der SPD, den Grünen und insbesondere der Linkspartei befördert eine linke Position im politischen Raum. FDP- und CDU-Anhänger neigen hingegen nach rechts. Nur im Gesamtdatensatz zeigen sich signifikante Effekte der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Kirchgangshäufigkeit. Allerdings sind die ausbleiben-

den Effekte bei jungen Menschen wohl nicht in Richtung systematischer Unterschiede zwischen beiden Gruppen zu verstehen, sondern eher der Tatsache geschuldet, dass es unter den jünger als 30-Jährigen kaum regelmäßige Kirchgänger und nur sehr wenige Gewerkschaftsmitglieder gibt.

Interessanter sind aus der Projektperspektive mögliche Wirkungen der Kontextvariablen. Angesichts der generell geringen Kontextvarianz werden nur solche Makro-

Tabelle 6: Individuelle und kontextuelle Determinanten von Links-Rechts-Orientierungen

	Alle Befragte	**Max. 30 Jahre alt**
Individualmerkmale:		
Ledig	-0,01	0,03
Arbeitslos	0,06	0,12
Protestantisch	0,22***	0,30*
Katholisch	0,16**	0,22
Andere Religionsgemeinschaft	-0,11	-0,01
Kirchgang	-0,18*	0,00
Geschlecht (weiblich)	-0,02	-0,01
Bildung	-0,31***	-0,60**
Subjektive Schichteinschätzung	0,54***	0,85***
HH-Einkommen	0,04	0,24
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-0,35***	0,02
Geburtsjahr	-1,30***	-3,04*
Wirtschaftswunder-Generation	-0,10	–
Post-1968er Generation	-0,01	–
Vereinigungsgeneration	0,13	–
Parteiidentifikation CDU	0,93***	0,50**
Parteiidentifikation SPD	-0,46***	-0,35*
Parteiidentifikation Grüne	-0,94***	-0,77***
Parteiidentifikation FDP	0,72***	0,58*
Parteiidentifikation Linkspartei	-2,24***	-1,90***
Wertorientierungen (Postmaterialismus)	-0,41***	-0,49**
Kontextmerkmale:		
Arbeitslosenquote	-0,14#	-0,42*
Protestantenanteil	-0,06	-0,68*
Katholikenanteil	0,22	0,70
CDU-Dominanz im Kommunalparlament	-0,15	-0,91*
Konstante	6,04***	7,81***
Varianzkomponenten:		
Kontextebene	0,001	0,000
Individualebene	2,77	2,90
N	8.136 / 28	1.216 / 28
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,0004	0,0000

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Referenzkategorien Konfession: keine; Kohortenzugehörigkeit: Kriegsgeneration; Parteiidentifikation: keine.

indikatoren in die Mehrebenen-Modelle integriert, die in der bivariaten Analyse ein akzeptables Signifikanzniveau von $p < 0{,}05$ erreichten (vgl. Tabelle 2). Hinsichtlich der Gesamtstichprobe zeigt sich nur ein knapp signifikanter Effekt: Individuen in Gemeinden mit einer hohen Arbeitslosigkeitsrate tendieren, ganz unabhängig davon, ob sie persönlich betroffen sind (ein Individualeffekt ist in der Tat nicht nachweisbar), zum linken Pol des politischen Spektrums. Arbeitslosigkeit wirkt also tatsächlich weniger in ihrer individuellen Erfahrung, sondern als kollektiv geteilte Wahrnehmung wirtschaftlicher Unsicherheit. In der verkleinerten Stichprobe der sehr jungen Menschen zeigen sich mehr und deutlichere Kontexteffekte. Neben der kommunalen Arbeitslosenquote wirken noch zwei weitere Faktoren in Richtung Linksneigung. Zudem zeigen sich hier nun interessante Kontraste zur Wirkung der entsprechenden Individualmerkmale. Während auch unter jungen Menschen, Mitglieder der evangelischen Kirche nach rechts tendieren, führt die protestantische Prägung einer Gemeinde – als Kontexteffekt – zu pro-linken Orientierungen. Hier wirkt vermutlich vermittelt der Einfluss fortgeschrittener Säkularisierung. Protestantische Gemeinden besitzen im Schnitt einen sehr viel geringeren Anteil an aktiv kirchengebundenen Personen als katholisch geprägte Ortschaften. Junge Menschen in protestantischen Gemeinden sind also eher links gesinnt, weil sie in säkularen, weniger von der Kirche beeinflussten, Umwelten sozialisiert wurden. Interessant ist auch der deutliche negative Effekt langfristiger christdemokratischer Dominanz. Obwohl junge CDU-Anhänger, wie in der Gesamtbevölkerung der 28 Gemeinden, eindeutig nach rechts tendieren, scheint eine christdemokratische lokalpolitische Prägung bei heranwachsenden Menschen eine Art Protest- oder Abwehrhaltung zu provozieren, die eine Linksneigung befördert. So finden sich im Vergleich der beiden Gruppen gerade im Kontextbereich interessante Unterschiede. Dort, wo tatsächlich ein gewisser Anteil der Gesamtvarianz auf der Kontextebene zu verorten war, lassen sich auch mehr und deutlichere Effekte finden, als dort, wo (alle Befragten) von vorneherein kaum Varianz im lokalen Umfeld zu beobachten war. In diesem Sinne sollten bezogen auf postmaterialistische Wertorientierungen kaum Unterschiede zwischen allen und jungen Befragten zu finden sein. Tabelle 7 (s. S. 86) weist das Ergebnis der Mehrebenenanalysen aus.

Dies ist in der Tat der Fall. In beiden Gruppen erweist sich nur ein Kontextfaktor als signifikant: das lokale Bildungsniveau übt einen über den Effekt individueller Bildungskarrieren hinausgehenden Einfluss aus. Dort, wo der Anteil der Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Ausbildung hoch ist, neigen Individuen eher zu materialistischen Orientierungen. Hinsichtlich der Wirkung der Individualmerkmale bestätigen sich wie bei Links-Rechts-Orientierungen die Ergebnisse bisheriger Forschungen: Ledige Personen sind eher postmaterialistisch orientiert, Arbeitslose und Kirchenmitglieder eher materialistisch geprägt als Erwerbstätige und Konfessionslose. Der regelmäßige Kirchgang befördert materialistische Einstellungen bzw. kirchenferne Menschen neigen zu postmaterialistischen Orientierungen. Je höher die Bildung und das Einkommen sind, desto stärker ist eine Präferenz für postmaterialistische Werte. Eine Selbsteinstufung bei höheren Schichten dämpft, die Gewerkschaftsmitgliedschaft befördert, überraschenderweise, den Postmaterialismus. Im Vergleich zur Kriegsgeneration er-

Tabelle 7: Individuelle und kontextuelle Determinanten von postmaterialisitischen Orientierungen

	Alle Befragte	Max. 30 Jahre alt
Individualmerkmale:		
Ledig	0,11***	0,39***
Arbeitslos	-0,12*	-0,18
Protestantisch	-0,07*	-0,12
Katholisch	-0,10**	-0,12
Andere Religionsgemeinschaft	-0,39***	-0,32**
Kirchgang	0,13**	0,15
Geschlecht (weiblich)	0,01	0,03
Bildung	0,60***	0,57***
Subjektive Schichteinschätzung	-0,13**	-0,13
HH-Einkommen	0,25***	-0,06
Gewerkschaftsmitgliedschaft	0,13***	-0,08
Geburtsjahr	0,07	-1,10
Wirtschaftswunder-Generation	0,25***	–
Post-1968er Generation	0,10	–
Vereinigungsgeneration	0,03	–
Kontextmerkmale:		
Anteil HH mit hohem Einkommen	0,04	-0,17
Kaufkraft	-0,12	-0,01
Steuereinnahmekraft	0,07	0,00
Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung	-0,16#	-0,43*
Arbeitnehmer mit höherem Abschluss	-0,04	-0,13
Einwohner pro qkm	0,10	0,11
Konstante	2,30***	3,51***
Varianzkomponenten:		
Kontextebene	0,001	0,000
Individualebene	0,91	0,95
N	9.675 / 28	1.372 / 28
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,0001	0,0000

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Referenzkategorien Konfession: keine; Kohortenzugehörigkeit: Kriegsgeneration.

weist sich nur eine Kohorte als besonders postmaterialistisch: die 1968er Generation, die in Zeiten des Wirtschaftswunders im Nachkriegsdeutschland sozialisiert wurde. Mit Hinblick auf die jüngeren Befragten ergeben sich erwartungsgemäß keine systematischen Unterschiede. Allerdings sind Effekte, die bereits im Gesamtdatensatz nur schwach ausgeprägt waren (Arbeitslosigkeit, Kirchenmitgliedschaft, Kirchganghäufigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft) in dieser sehr viel kleineren Stichprobe nun nicht mehr signifikant.

Zur abschließenden Einschätzung der Bedeutsamkeit lokaler Kontexte für individuelle Orientierungen, soll noch eine letzte Überprüfung durchgeführt werden. Hier

Tabelle 8: Kontext- im Vergleich zu Kompositionseffekten (in Prozent)

	Links-Rechts-Orientierung		Postmaterialismus	
	Gesamt	Max. 30 J.	Gesamt	Max. 30 J.
Varianzanteil:				
Individualebene	99,4	98,6	99,4	99,3
Kontextebene	0,6	1,4	0,6	0,7
Varianzaufklärung durch Individualmerkmale:				
Individualebene	20,2	12,1	6,3	3,5
Kontextebene	86,3	39,1	60,0	85,7
Varianzaufklärung im Mehrebenenmodell:				
Individualebene	20,2	12,1	6,3	3,5
Kontextebene	95,5	100,0	80,0	100,0

steht die relative Wirkkraft struktureller Kontextfaktoren im Vergleich zu Effekten, die auf der individuellen Zusammensetzung der Einwohnerschaft zurückzuführen sind (sogenannte Kompositionseffekte), auf dem Prüfstand. Tabelle 8 gibt einen summarischen Überblick über die Varianzaufklärung der Kontextfaktoren im Vergleich zur Wirkung der individuellen Faktoren.

Die ersten beiden Zeilen geben zunächst nochmals an wie sich die Gesamtvarianz auf Kontext- und Individualebene verteilen, jeweils für alle Befragten und für Personen bis maximal 30 Jahre getrennt ausgewiesen. Die beiden nächsten Zeilen dokumentieren die Stärke des Kompositionseffektes. Zur Berechnung wurden nun alle Kontextvariablen aus der Analyse entfernt. Die Prozentwerte geben somit an, welcher Anteil der Varianz auf der Individualebene sowie auf der Kontextebene durch Merkmale der Individuen erklärt werden konnte. Die beiden letzten Zeilen wiederholen nun diese Analyse, allerdings wie in Tabelle 6 und Tabelle 7 unter Einschluss der Kontextvariablen. Setzt man die Prozentwerte in Beziehung zueinander, ergibt sich der Erklärungsanteil, der ausschließlich auf nicht auf Individualmerkmalen beruhende Kontexteffekte zurückgeführt werden kann. Die Ergebnisse dieses letzten Analyseschrittes zeigen deutlich, dass ein sehr großer, in der Tat der überwiegende, Anteil der Kontextvarianz auf Kompositionseffekte, d. h. die spezifische Zusammensetzung der Bevölkerung, zurückzuführen ist. Im Fall der Links-Rechts-Orientierung (Gesamtdatensatz) sind es über 86 Prozent, 60 bzw. ebenfalls 86 Prozent im Fall postmaterialistischer Orientierungen. Die Wirkkraft des Kontexts ist somit deutlich geringer da z. B. bei insgesamt 95,5 Prozent Varianzaufklärung (im Fall von Links-Rechts-Orientierungen im Gesamtdatensatz) bereits 86 Prozent auf die Wirkung von Kompositionseffekten (also der individuellen Merkmale der Gemeindebewohner) zurückzuführen sind. Nur in einem Fall wirken die Eigenschaften der Gemeinden auch substantiell: In der verkleinerten Stichprobe, die nur Personen betrachtet, die nicht älter als 30 Jahre sind, tragen Kontextmerkmale in einem stärkeren Ausmaß zur Erklärung individueller Unterschiede in der ideologischen Position bei als Individualmerkmale. Hier erklären Individualmerkmale nur 39 Prozent der Streuung, wohingegen durch die Hinzufügung von Kontextvariablen eine vollständige Aufklärung der Kontextvarianz erreicht werden kann.

5 Fazit

Menschen sind soziale Wesen und ihre politischen Überzeugungen werden (auch) in der Kommunikation im sozialen Nahumfeld geprägt. Die Kommunikation vor Ort, die Einbettung in spezifische politische, wirtschaftliche oder soziale Strukturen kann zudem Einstellungen verfestigen oder verändern – durch alltägliche Konfrontation mit abweichenden oder affirmativen Einstellungen. Die politikwissenschaftliche Einstellungsforschung hat in ihrer Fokussierung auf nationale, repräsentative Umfragedaten diese grundsätzliche, soziale Komponente politischer Meinungsbildung oft sträflich vernachlässigt. Das „Europa im Kontext"-Projekt hat hier eine Pionierleistung erbracht und lokal-repräsentative Umfragedaten gezielt mit politischen Struktur- und Wirtschaftsdaten dieser ausgewählten Gemeinden in Beziehung gesetzt. Entstanden ist so ein höchst origineller Datensatz, der – für Deutschland erstmalig – erlaubt, die individuellen Effekte sozialer Einbettung zu erfassen und ihre relative Bedeutung im Vergleich zu Individualmerkmalen zu bemessen.

Aus dieser durchweg richtigen und innovativen Idee kann aber, das hat dieses Kapitel gezeigt, nicht grundsätzlich geschlossen werden, dass lokalen Kontexten für die Ausprägung individueller Orientierungen ein hoher Stellenwert zukommen muss. Im Fall von basalen Wertorientierungen zeigten sich sehr wenige, und vor allem im Sinne einer Erklärung von Unterschieden zwischen Individuen, eher marginale Effekte. Dies war theoretisch aber auch nicht anders zu erwarten. Werte und politische Ideologie gelten beide als politische Orientierungen, die vor allem in der Phase der prägenden politischen Sozialisation erworben werden. Hier kommt zum einen den sehr spezifischen Sozialisationsbedingungen im Elternhaus eine zentrale Rolle zu. Andererseits sind es aber die Gesellschaften prägenden ökonomischen und politischen Konstellationen, die die Entwicklung von Werten und ideologischen Positionen bestimmen. Mit anderen Worten, Kontexte sind zentrale Aspekte zur Erklärung der Entstehung postmaterialistischer Wertorientierungen und ideologischer Positionen. Es sind aber eher nicht die kleinräumigen, auf lokal dominante Normen oder Kommunikationsnetzwerke bezogene Kontexte, die hier von Bedeutung sind.

Dennoch weisen die Analysen dieses Kapitels auf mögliche lokal bedingte Einflusskanäle. Gerade hinsichtlich der ideologischen Selbsteinstufung, bei der ja auch aus theoretischer Perspektive stärkere Einflüsse zu erwarten waren, verdoppelt sich der Einfluss des lokalen Kontexts, wenn die Analyse auf maximal 30-jährige Befragte beschränkt wird – sinnigerweise, da nur für diese Altersgruppe prägende lokale Sozialisationsbedingungen erfasst wurden. Zudem zeigte sich eine fünfmal so hohe Kontextvarianz, wenn statt lokaler Gemeinden die Stadtteile der beiden größeren Städte, Kassel und Wiesbaden, zugrunde gelegt wurden. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass Kommunikationsprozesse im Nahumfeld auch bei langfristig stabilen und im Sozialisationsprozess erworbenen Orientierungen von Bedeutung sein können. Hier sind die Stadtteile innerhalb von Großstädten offensichtlich einerseits voneinander (sozial, politisch und ökonomisch) unterscheidbarer als die relativ homogenen hessischen Kleingemeinden und andererseits intern homogener als die mittelgroßen Gemeinden, deren

innere Differenzierung durch die Erfassung von Globalmerkmalen vermutlich nicht adäquat abgebildet wird.

Nachdem die politische Einstellungsforschung für Jahrzehnte das Individuum als isolierte und sozial ungebundene Einheit betrachtet hat, ist die derzeitige Forschung schon fast am anderen Extrem des Spektrums gelandet und sucht Kontexteffekte, wo sie vielleicht besser gar nicht gesucht werden sollten. Menschen sind in vielschichtige soziale Kontexte eingebettet. Diese reichen vom Nukleus der Familie, zu den Nahbeziehungen, die sich über Freundschaftsnetzwerke oder auch auf die Kommunikationsstrukturen auf Stadtteil- oder Gemeindeebene erstrecken, bis hin zu den großen Epochen- und Generationen prägenden Ereignissen wirtschaftlicher Krisen, Systemumbrüchen oder kriegerischer Auseinandersetzungen, die – gerade weil sie so dramatisch und prägend waren – kaum durch lokale Kontexte irritiert werden können. So ist zu hoffen, dass es dem „Europa im Kontext"-Projekt gelungen ist, gegen den aktuellen Trend eine kritische und theoretisch fundierte Reflexion dahingehend zu initiieren, ob Kontexteffekte überhaupt in nicht trivialem Maße zu erwarten sind und auf welchem Abstraktionsniveau sie anzusiedeln sind. Context matters – aber nicht immer und auch nicht immer lokal.

Literatur

Abendschön, Simone. 2010. *Die Anfänge demokratischer Bürgerschaft. Sozialisation politischer und demokratischer Werte und Normen im jungen Kindesalter*. Baden-Baden: Nomos.

Abendschön, Simone, und Sigrid Roßteutscher. 2011. Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Hrsg. Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, 59–80. Frankfurt a. M.: Campus.

Arzheimer, Kai. 2006. Jung, dynamisch. Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft. In *Jugend und Politik: „Voll normal!". Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, Hrsg. Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Jan W. van Deth, 317–336. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Arzheimer, Kai. 2012. Europa als Wertegemeinschaft? Ost und West im Spiegel des ‚Schwartz Value Inventory'. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, Hrsg. Silke Keil und Jan W. van Deth, 73–98. Baden-Baden: Nomos.

Bühlmann, Marc, und Andreas Ladner. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegröße und anderer Faktoren auf die Qualität der Demokratie in den Gemeinden*. Zürich: Rüegger.

Clarke, Harold D., Allan Kronberg, Chris McIntyre, Petra Bauer-Kaase, und Max Kaase. 1999. The effect of economic priorities on the measurement of value change: New experimental evidence. *American Political Science Review* 93: 637–647.

Davis, Darran W., und Christian Davenport. 1999. Assessing the validity of the postmaterialism index. *American Political Science Review* 93: 649–664.

Flanagan, Scott C. 1987. Value Change in Industrial Societies. *American Political Science Review* 81: 1303–1319.

Freire, André. 2006. Bringing Social Identities Back In: The Social Anchors of Left-Right Orientation in Western Europe. *International Political Science Review* 27: 359–378.

Freire, André. 2008. Party Polarization and Citizens' Left-Right Orientations. *Party Politics* 14: 189–209.

Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1989. Das Links-Rechts-Schema als politischer Code. Ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage. In *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen*

des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988, Hrsg. Max Haller, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny und Wolfgang Zapf, 484–498. Frankfurt a. M.: Campus.

Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1990. The Left-Right Schema. In *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Hrsg. M. Kent Jennings, Jan W. van Deth, Samuel H. Barnes, Dieter Fuchs, Felix J. Heunks, Ronald Inglehart, Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann und Jacques J.A. Thomassen, 203–234. Berlin: Walter de Gruyter.

Fuhse, Jan A. 2004. Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33: 209–226.

Fukuyama, Francis. 1992. *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München: Piper.

Gabriel, Oscar W. 2011. Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders? In *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Hrsg. Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, 157–176. Frankfurt a. M.: Campus.

Hobsbawm, Eric. 2004. *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Huckfeldt, Robert, und John Sprague. 1995. *Citizens, Politics, and Social Communication. Information and Infuence in an Election Campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.

Huckfeldt, Robert. 2001. The social communication of political expertise. *American Journal of Political Science* 45: 425–438.

Inglehart, Ronald. 1971. The silent revolution in Europe: intergenerational change in six countries. *American Political Science Review* 65: 991–1017.

Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald, und Hans-Dieter Klingemann. 1976. Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics. In *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*, Hrsg. Ian Budge, Ivor Crewe und Dennis Farlie, 243–273. London: John Wiley & Sons.

Inglehart, Ronald, und Christian Welzel. 2005. *Modernization, cultural change and democracy: The human development sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.

Klages, Helmut. 1993. *Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.

Klein, Markus, und Manuela Pötschke. 2004. Die intra-individuelle Stabilität gesellschaftlicher Wertorientierungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 432–456.

Knutsen, Oddbjørn. 1995. Value orientations, political conflicts and left-right identification: A comparative study. *European Journal of Political Research* 28: 63–93.

Knutsen, Oddbjørn. 1997. The Partisan and the Value-based Component of Left-Right Self-placement: A Comparative Study. *International Political Science Review* 18: 191–225.

Knutsen, Oddbjørn. 2003. Left-Right Materialist Value Orientations. In *The Impact of Values*, Hrsg. Jan W. van Deth und Elinor Scarbrough, 160–196. Oxford: Oxford University Press.

Laponce, Jean Antoine. 1981. *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*. Toronto: University of Toronto Press.

Lazarsfeld, Paul Felix, Bernard Berelson, und Hazel Gaudet. 1944. *The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Duell, Sloan and Pearce.

Murphy, Detlef, Frank Nullmeier, Joachim Raschke, Frauke Rubart, und Thomas Saretzki. 1981. Haben „links“ und „rechts“ noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe. *Politische Vierteljahresschrift* 22: 398–414.

Neundorf, Anja. 2012. Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologische Einstellungen und Wahlverhalten im vereinten Deutschland 1990 bis 2008. *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 45: 227–250.

Niedermayer, Oskar. 2009. Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 30–67. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roßteutscher, Sigrid. 2002. Kein Ende in Sicht: Sozialstruktur als Instrument im Kampf der Deutungen. In *Das Ende der politisierten Sozialstruktur*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller, 349–389. Opladen: Leske + Budrich.

Roßteutscher, Sigrid. 2004. Explaining Politics: An empirical test of competing value measures. *European Journal of Political Research* 43: 769–795.

Roßteutscher, Sigrid. 2012. Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung. *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 45: 111–133.

Roßteutscher, Sigrid. Werte und Wertewandel. In *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Hrsg. Steffen Mau und Nadine Schöneck. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Roßteutscher, Sigrid, und Philipp Scherer. 2011. Ideologie und Wertorientierungen. In *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Weßels, u. a., 131–146 Baden-Baden: Nomos.

Roßteutscher, Sigrid, und Philipp Scherer. Links und Rechts im politischen Raum: Eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Oscar W. Gabriel und Harald Schoen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Sani, Giacomo, und Giovanni Sartori. 1983. Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies. In *Western European Party Systems. Continuity & Change*, Hrsg. Hans Daalder und Peter Mair, 307–340. Beverly Hills: Sage.

Scherer, Philipp. 2011. Jenseits von Links und Rechts: Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr? In *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Hrsg. Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, 23–41. Frankfurt a. M.: Campus.

Trüdinger, Eva, und Uwe Bollow. 2011. Andere Zeiten, andere Inhalte. Bedeutungsgehalt und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts im innerdeutschen Vergleich. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 398–418.

van Deth, Jan W. 1983. The Persistence of Materialist and Post-Materialist Value Orientations. *European Journal of Political Research* 11: 63–79.

van Deth, Jan W. 1989. Fighting a Trojan Horse: The Persistence and Change of Political Orientations. In *New Social Movements and Value Change*, Hrsg. Harry B. G. Ganzeboom und Henk Flap, 89–112. Amsterdam: SISWO.

Welzel, Christian. 2006. Democratization as an emancipative process: The neglected role of mass motivations. *European Journal of Political Research* 45: 871–896.

Welzel, Christian, und Ronald Inglehart. 2010. Agency, Values, and Well-Being: A Human Development Model. *Social Indicator Research* 97: 43–63.

Welzel, Christian, Ronald Inglehart, und Hans-Dieter Klingemann. 2003. The theory of human development: A cross-cultural analysis. *European Journal of Political Research* 42: 341–379.

Zuckerman, Alan S. (Hrsg.). 2005. *The Social Logic of Politics: Personal Networks as Contexts for Political Behavior*. Philadelphia: Temple University Press.

Zuckerman, Alan S. 2007. The social logic of political choice: picking a political party in the context of immediate social circles. *Politische Vierteljahresschrift* 48: 633–649.

Demokratische Bürgertugenden

Simone Abendschön

1 Einführung

Was ein geplanter Bahnhofsumbau im öffentlichen Diskurs alles bewirken kann. Der Bürger ist jedenfalls plötzlich wieder in aller Munde. Der erste grüne Ministerpräsident der Republik möchte das Land in die Bürgergesellschaft führen, und für manche ist ein solcher politischer Kulturwandel fast schon abgeschlossen, wie der Titel einer kürzlich ausgestrahlten Radiosendung „Die Bürger kommen! Politikverdrossenheit war gestern. Heute wollen Bürger mitreden" (WDR 5, 2011) nahelegt. Mit dem Revival von Bürger- oder Zivilgesellschaft[1] rückt auch die seit über 2000 Jahren diskutierte Frage nach der „idealen" Ausgestaltung der Bürgerrolle im demokratischen Gemeinwesen wieder ins Zentrum der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Über wie viele und vor allem über welche Tugenden muss der gute Bürger verfügen? Mit dem „Unbehagen an der Modernität" (Berger et al. 1975) hat sich in den letzten Jahrzehnten auch das Unbehagen bezüglich einer gemeinsamen Wertebasis in der „Wertewandelsgesellschaft" (Klages 1993) verschärft. In jüngerer Zeit wurde verstärkt „Sittenverfall", Werteverlust, Wertepluralismus, „Verlust der Tugend" (MacIntyre 1981) oder moralische Desintegration beklagt. Während einige Beobachter deshalb auch unterstellen, dass für (post-) moderne pluralistische Gesellschaften ein gemeinsamer demokratischer Wertekonsens nicht mehr möglich sei (vgl. z. B. Heitmeyer 1997), fürchten andere, dass ohne diesen aber der „Kitt", der Gesellschaft und politisches Gemeinwesen zusammenhält, verloren geht. Aus Sicht der Stabilität und Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme spricht vieles dafür, dass die Bürger über ein minimales Akzeptanzniveau grundlegender Prinzipien der Demokratie verfügen müssen (vgl. z. B. Thomassen 2007, S. 418; van Deth 2007, S. 403). Kommunitaristische Überlegungen sowie Ergebnisse der Sozialkapitalforschung zeigen ebenfalls die Relevanz bürgerlicher Werten und Normen für Gesellschaft und Demokratie auf (z. B. Putnam 1993). Bürgertugenden können so unter anderem mit der Produktion von Sozialkapital (vgl. hierzu z. B. Gabriel et al. 2002, S. 102–104), Demokratieeffizienz und niedriger Kriminalitätsrate in Verbindung gebracht werden (vgl. z. B. Uslaner 1999, 2002; Halpern 2001). Auch wenn nicht von einem direkten Link zwischen Werten, Tugenden und Verhalten ausgegangen werden kann, kann man annehmen, dass Bürgertugenden eine Relevanz für politisches Verhalten aufweisen. Menschen, die Bürgertugenden

[1] Die beiden Begriffe werden hier synonym benutzt; in der Debatte der 1990er Jahre versuchte man sich mit dem Begriff der Zivilgesellschaft auch von einem „entpolitisierten" Bürgerbegriff zu verabschieden (Münkler 1993, S. 20), diese Diskussion soll hier aber nicht im Mittelpunkt stehen.

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_4, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

unterstützen, werden auch eher Gesetze befolgen und politisch partizipieren als welche, die dies nicht tun (z. B. Bernhagen u. Maloney 2010, S. 105; Dalton 2008; Opp 2004). Das Plädoyer für eine Wiederbelebung ziviler Tugenden aus unterschiedlichen Richtungen lässt sich also gut begründen (vgl. z. B. Egle 2002; Münkler 1993; Putnam 1993, 2000; Uslaner 1999).

Im Kontext dieses Sammelbands ist dabei insbesondere relevant, dass die Diskussionen um Bürgergesellschaft und zivile Tugenden auch immer eine „lokalpolitische" Komponente beinhalten, nämlich die Vorstellung, dass Bürgertugenden insbesondere in kleinräumigen politischen, sprich kommunalen, Kontexten erworben, gestärkt und gelebt werden können (vgl. z. B. Detjen 2000). Direktere Wege und persönliche Betroffenheit, soziale Bindungen und Integration in lokale Netzwerke, Vereine und Organisationen „vor Ort" machen kleine politische Einheiten in Toqueville'scher Tradition zu idealen „Schulen der Demokratie". Verfechter einer Stärkung der Bürgergesellschaft fordern so auch häufig eine Dezentralisierung nationalstaatlicher Entscheidungen zugunsten lokaler Gemeinschaften. Politische Projekte auf kommunaler Ebene wie „Lokale Agenda 21" oder Bürgerhaushaltsinitiativen können seit den 1990er Jahren als Schritte in diese Richtung interpretiert werden. Während verschiedene Untersuchungen zum Einfluss des lokalen Umfelds auf politisches Verhalten bereits Effekte nachweisen können (vgl. z. B. Bühlmann 2006 für politische Partizipation; Johnston u. Pattie 2005 für das Wahlverhalten), gibt es noch keine Studien, die den Beitrag des lokalen Kontexts auf die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden erfassen. Der innovative Datensatz des Projekts „Europa im Kontext" ermöglicht es nun, eine Vielzahl von (potenziellen) Erklärungsfaktoren sowohl der lokalen als auch der individuellen Ebene zu analysieren. Dieser Beitrag kann damit untersuchen, inwieweit sich Effekte des unmittelbaren politischen und gesellschaftlichen Umfelds auf das Unterstützungsniveau von Bürgertugenden feststellen lassen. Bevor allerdings Erwartungen an die empirische Untersuchung formuliert und empirisch überprüft werden, muss im Folgenden noch der Untersuchungsgegenstand selbst geklärt werden – was sind denn Bürgertugenden eigentlich?

2 Auf der Suche nach dem guten Bürger

Welche Eigenschaften zeichnen den „guten Bürger" aus? Klar ist, dass die Frage, wie anspruchsvoll Bürgertugenden beschaffen sein müssen, unter anderem auch vom zugrunde liegenden Demokratieverständnis bzw. -modell abhängt (siehe auch die Diskussion bei van Deth 2007, 2009 sowie z. B. Heater 1999; Roßteutscher 2004; Kneip 2010), so dass man mit Denters et al. (2007, S. 88) schließen kann, dass es auch nach jahrhundertelanger philosophischer Debatte „still no generally acknowledged uncontested model of citizenship" und damit auch keinen einheitlichen Tugendkatalog gibt. Allerdings lässt sich für den demokratischen Bürger, wie gleich zu sehen sein wird, durchaus „a shared set of expectations" (Dalton 2008, S. 21) bezüglich seiner Rolle in der Politik ableiten. Der Begriff der Tugend selbst impliziert bereits, dass gute Bürger mehr im Blick

haben als nur die Verfolgung ihrer Eigeninteressen, nämlich, dass sie „von sich aus und ohne die Zwangsgewalt des Staates in ihren Handlungen die Bestandsvoraussetzungen des Gemeinwesens, dem sie angehören, beachten und sichern“ (Münkler 1993, S. 20). Die Orientierung politischen Handelns an Bürgertugenden unterscheidet damit letztlich den Bürger vom Untertan (Münkler 1993, S. 20) und ermöglicht ihm „to meet the requirements of democratic social life“ (van Deth 2007, S. 403).[2]

Allgemein geteilte Vorstellungen zu Rolle und Eigenschaften des guten Bürgers lassen sich auf mindestens zwei Wege ableiten. Eine gute Basis für Überlegungen zur Ausgestaltung der idealen Bürgerrolle stellen zum einen Rechte und Pflichten dar, die gemeinhin mit der (Staats-) Bürgerschaft einhergehen (vgl. z. B. Kneip 2010, S. 33; Walzer 1989). Dadurch eröffnen sich zwei Dimensionen von Bürgerschaft und Bürgertugend: „The first describes citizenship as an *office*, a responsibility, a burden, proudly assumed, the second describes citizenship as a status, an entitlement, a *right* or set of rights passively enjoyed“ (Walzer 1989, S. 216; Hervorhebungen S. A.). Neben der Bereitschaft zur Gesetzestreue und Erfüllung weiterer bürgerlicher Pflichten (z. B. Steuern zu zahlen, Solidarität mit Mitbürgern), die mit dem Bürger*amt* in Walzers Sinn einher gehen, lässt sich auch das Bürger*recht* auf Mitsprache der Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben als weitgehend konsensuelle Bürgertugend benennen (z. B. Thomassen 2007, S. 418–419; Roßteutscher 2004; van Deth 2007).

Zum anderen lassen sich Bürgertugenden ableiten von den „basic principles of democratic regimes“ (Norris 1999, S. 11), also Werte, die als Grundwerte in der Verfassung (vieler) demokratischer Staaten festgeschrieben sind. Als demokratisch gelten dabei die Werte Freiheit, Gleichheit, Partizipation, Solidarität, Toleranz und Achtung vor Gesetzen und Rechten (z. B. Thomassen 2007). Diese abstrakten demokratischen Werte lassen sich dabei aus Bürgerperspektive in Normen („norms of citizenship“, z. B. van Deth 2007) bzw. weiterhin über Sozialisation in Tugenden umsetzen.[3] Diese bürgerlichen Normen oder Tugenden zeichnen ein Bild vom „guten Bürger“, der das Gemeinwohl im Blick hat und sich deshalb politisch und gesellschaftlich engagiert, solidarisch und hilfsbereit ist, Steuern zahlt und Gesetze achtet (vgl. z. B. van Deth 2007, S. 402; Dalton 2008). Diesem grundlegenden Normenkanon werden noch individuelle Autonomie bzw. Meinungsbildung (vgl. z. B. Roßteutscher 2004), Toleranz und Vertrauen (vgl. Westle 2006, S. 283), Bürgermut oder Zivilcourage (Seubert 2000) hinzugefügt.[4]

Diese theoretische(n) Konzeptualisierung(en) der Bürgerrolle spiegeln sich auch in den „Köpfen“ der Bürger selbst wieder, wie empirische Studien zeigen können. So ergaben Fokusgruppeninterviews zum Konzept guter Bürgerschaft der Forschergruppe um Pamela Conover (z. B. Conover et al. 1991, 1993) mit britischen und US-amerikanischen Befragten, dass sich Bürgerschaft als Amt und Status im Sinne des oben angeführten

[2] Die englischen Begriffe „public spiritedness“ (Putnam 1993, S. 89–90) oder „public mindedness“ (Bernhagen u. Maloney 2010, S. 105) treffen das sehr gut.

[3] Siehe detaillierter zu einer Unterscheidung zwischen Normen und Tugenden Abendschön (2010, Kap. 2).

[4] Je nach demokratietheoretischem Verständnis werden diese Tugenden in ihrer Bedeutung dann natürlich unterschiedlich gewichtet (siehe zu jeweiligen Kernnormen auch Denters et al. 2007).

Walzer-Zitats als zentral und unerlässlich für gute Bürgerschaft wiederfindet. Dabei wird aber von der Mehrheit der Befragten insbesondere der Aspekt der Bürgerpflichten betont. Ein stärker partizipatorisches Verständnis der Bürgerrolle, welches ziviles und politisches Engagement hervorhebt, wird eher als zusätzliche, freiwillige Option für besonders engagierte und tugendhafte Bürger verstanden (vgl. Conover et al. 1991).

Ein ähnliches Bild zeigen repräsentative international vergleichende Umfragen, die sich bei den Befragten mit geschlossenen Fragen zum guten Bürger erkundigen, wie beispielsweise das CID-Projekt oder der European Social Survey. Die beiden unterschiedenen Dimensionen, also Pflichten auf der einen und aktive gesellschaftliche und politische Teilnahme auf der anderen, lassen sich hier mit dimensionsanalytischen Untersuchungen bestätigen. Roßteutscher (2004) unterscheidet in diesem Zusammenhang ein repräsentatives von einem partizipatorischen Staatsbürgermodell. Dalton (2008) differenziert auf ähnliche Weise die Dimension „citizen duty“ von der Dimension „engaged citizen“, van Deth (2012) unterscheidet Engagement, bürgerliche Normen und die Wahlnorm. Es zeigt sich weiterhin, dass Eigenschaften, die mit Pflichten des Bürgeramts einhergehen, wesentlich stärker als Bürgertugenden charakterisiert und unterstützt werden als partizipatorische Elemente. Auch bei letzteren findet sich zwar immer noch eine recht breite Zustimmung, allerdings zeigt sich dennoch eine deutliche Lücke zur Unterstützung der Bürgerpflichten: Offensichtlich erachten es die Bürger als „tugendhafter“ das Amt des Staatsbürgers auszufüllen als selbst (über die Wahlabgabe hinaus) gesellschaftlich und politisch aktiv zu werden. Im folgenden Abschnitt soll nun untersucht werden, inwieweit dieses Verständnis auch auf die in den hessischen Gemeinden Befragten zutrifft.

3 Demokratische Bürgertugenden in hessischen Gemeinden

3.1 Die Struktur der Bürgertugenden

Das EiK-Projekt übernimmt die Itembatterie aus dem European Social Survey zur Messung der Unterstützung von Bürgertugenden. Diese fragt nach der Einschätzung verschiedener Eigenschaften als Merkmale des guten Bürgers. Mittels einer 11-Punkte-Skala konnten die Befragten ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen. Die Frageformulierung lautete:

Wie Sie wissen, gibt es verschiedene Meinungen darüber, was einen „guten Bürger“ ausmacht. Ich möchte Sie deshalb bitten, die folgenden Eigenschaften zu bewerten. Nutzen Sie dazu wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet überhaupt nicht wichtig; 10 bedeutet sehr wichtig. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung wieder abstufen. Für Sie persönlich, wie wichtig ist es…

a) … Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst?
b) … an Wahlen teilzunehmen
c) … immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen?
d) … sich unabhängig von anderen eine Meinung zu bilden?

e) … in Vereinen, Verbänden oder Organisationen aktiv zu sein?
f) … politisch aktiv zu sein?

Die Items a), c) und d) lassen sich als Bürgerpflichten bezeichnen, während e) und f) die Wahrnehmung des Bürgerrechts auf Partizipation umschreibt (die natürlich je nach Verständnis auch als Pflicht angesehen werden kann). Item b) ist etwas schwieriger

Tabelle 1: Unterstützung für Bürgertugenden

	politisch aktiv zu sein	in Vereinen und Organisationen aktiv sein	Menschen unterstützen	Gesetze und Verordnungen befolgen	an Wahlen teilnehmen	eigene Meinung bilden
Alsfeld	24	51	69	77	76	93
Bickenbach	30	49	65	76	83	96
Biedenkopf	27	52	76	74	77	95
Bruchköbel	27	49	67	74	82	95
Büttelborn	23	53	**64**	79	80	94
Eppstein	25	46	73	76	83	95
Erzhausen	24	41	68	**71**	**73**	**92**
Felsberg	32	**60**	71	**80**	81	94
Frankenberg (Eder)	26	53	**78**	79	80	94
Frielendorf	**33**	59	71	74	73	93
Gelnhausen	25	52	73	75	78	96
Guxhagen	32	55	69	78	**85**	96
Helsa	31	**60**	71	78	82	96
Heuchelheim	28	49	66	73	82	92
Hüttenberg	26	54	70	77	84	95
Kassel	32	44	73	72	80	95
Kelkheim	**22**	46	72	79	84	96
Limburg a.d. Lahn	29	52	71	79	78	94
Petersberg	27	57	71	77	82	**97**
Ranstadt	28	54	70	73	79	95
Reinheim	**22**	52	71	77	77	95
Reiskirchen	24	51	68	73	78	94
Rüdesheim am Rhein	28	55	71	77	80	93
Selters (Taunus)	**22**	53	66	76	75	**92**
Viernheim	25	52	70	76	76	96
Wiesbaden	26	**40**	71	72	80	95
Witzenhausen	29	56	69	72	74	95
Wolfhagen	29	55	72	78	76	93
Gesamt	27	52	70	76	79	94
Min	22	40	64	71	73	92
Max	33	60	78	80	85	97
Max. Differenz	11	20	14	9	12	5

Anmerkungen: Prozentualer Anteil der Befragten pro Gemeinde die eine Unterstützung für Bürgertugenden angeben (Prozentzahlen für Werte 8, 9, 10); Die Angaben für Gesamt beziehen sich auf eine Standardisierung der 28 Einzelstichproben auf jeweils 400 Befragte.

einzuordnen, schließlich gibt es in einigen Ländern (wenn auch nicht in Deutschland) nicht nur ein Wahlrecht, sondern auch die Wahlpflicht. Tabelle 1 (s. S. 97) zeigt die Prozentangaben der Befragten in den 28 hessischen Gemeinden, die die jeweilige Eigenschaft mit einem Skalenwert von mindestens acht versehen haben.[5]

Die Ergebnisse bestätigen, was auch andere Umfragen herausgefunden haben: Solidarität, Stimmabgabe bei Wahlen, Gesetzestreue und unabhängige Meinungsbildung werden sehr deutlich als gute Bürgereigenschaft bewertet,[6] sozialer und politischer Partizipation wird auch Wertschätzung entgegengebracht, aber bei weitem keine so hohe wie den Eigenschaften, die die Pflichten des guten Bürgers in den Mittelpunkt stellen. Damit unterscheiden sich die Befragten des EiK-Projekts nicht sonderlich von den Befragten anderer (auch europaweit durchgeführten) Umfragen. An der Spitze der Zustimmung steht in allen Gemeinden mit Zustimmungswerten von über 90 Prozent die autonome Meinungsbildung, gefolgt von der Unterstützung der Wahlnorm, des Gesetzesgehorsams und der Solidarität mit anderen, während die Eigenschaften, die Aktivität, sei es sozialer oder politischer Natur, einfordern, zwar ebenfalls von der Hälfte bzw. etwas mehr als einem Viertel der Befragten als tugendhaft unterstützt werden, im Vergleich zu den anderen Eigenschaften aber weniger populär sind. Diese Rangfolge der Bürgertugenden gilt, bis auf sechs Ausnahmen (Limburg, Frielendorf, Alsfeld, Selters, Viernheim, Wolfhagen) für alle untersuchten Gemeinden. Sie ist nahezu identisch mit der, die auf Basis der Daten des ESS und CID ermittelt werden kann (vgl. van Deth 2007, S. 411), allerdings nimmt bei diesen beiden internationalen Umfragen der Gesetzesgehorsam den zweiten Platz ein und die Wahlnorm erst Platz drei. Dies ist auch bei den sechs hessischen Ausnahmen der Fall. Es zeigt sich zudem bei der Betrachtung der Prozentangaben, dass zwar fast in allen Gemeinden eine ähnliche Reihung der Items beobachtbar ist, die jeweilige prozentuale Unterstützung zwischen den Gemeinden jedoch variiert. Dies fällt insbesondere beim Item „in Vereinen und Organisationen aktiv sein“ auf, bei dem die Wiesbadener Befragten mit 40 Prozent die geringste Unterstützung aufweisen, während in Helsa 60 Prozent der befragten Bürger diese Eigenschaft mit einem Skalenwert von mindestens acht favorisieren.

Wie sieht nun die Struktur dieser Unterstützung aus? Konzeptionell wurde in Abschnitt 2 zwischen Bürgerpflichten und Bürgerengagement differenziert, es stellt sich jetzt die Frage, inwieweit diese beiden Dimensionen von Bürgerschaft auch der Unterstützung der Befragten latent zugrunde liegen. Um dies herauszufinden, wurde eine Hauptkomponentenanalyse mit den sechs Bürgeritems durchgeführt.[7] Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse dieser Analyse.

---

[5] Der Median liegt bei fünf der sechs Items mindestens bei acht, so dass es gerechtfertigt scheint, Unterstützung als größer gleich acht zu definieren. Siehe zu diesem Vorgehen auch van Deth (2007); Roßteutscher (2004) setzt den Schnitt dagegen beim Wert sieben, Bernhagen u. Maloney (2010) beim Wert sechs.

[6] Dieses Phänomen tritt in der demokratischen Werteforschung häufig auf – es gibt offensichtlich viele konsensuelle Wertorientierungen (vgl. z. B. Maag 1991, S. 90–91; Roßteutscher 1997, S. 93).

[7] Die Hauptkomponentenanalyse der Items wurde auf Basis der Wertebereiche 0 bis 10 durchgeführt. Weiterhin wurden „weiß nicht“ und „keine Angabe“ als fehlende Werte behandelt. Die Häufigkeit fehlender Werte liegt deutlich unter einem Prozent.

Tabelle 2: Faktorstruktur Bürgertugenden

	Bürgerengagement	Bürgerpflicht
Menschen unterstützen		0,55
Wählen gehen	0,49	0,45
Immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen		0,74
Sich unabhängig seine Meinung zu bilden		0,72
Aktiv in Vereinen, Organisationen	0,80	
Politisch aktiv	0,86	
Eigenwert	2,2	1,1
Erklärte Varianz (in %)	27,8	26,5
Cronbach's Alpha (ohne Wahlnorm)	0,63	0,47
Cronbach's Alpha (mit Wahlnorm)	0,63	0,53
N	11.612	11.612

Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse; Varimax Rotation; listenweiser Fallausschluss; nur Faktorladungen >0,4 abgebildet; Eigenwertextraktion, ungewichtete Daten; KMO: 0,68.

Die dimensionale Untersuchung kann belegen, dass der Unterstützung der Bürgereigenschaften durch die Befragten zwei recht klar strukturierte Komponenten zugrunde liegen, die sich sowohl empirisch als auch inhaltlich gut interpretieren lassen. Ein Blick auf die Faktorladungen zeigt, dass die Items unterschiedlich gut durch das Faktorenmodell erklärt werden. Gesellschaftliche und politische Aktivität bilden allerdings deutlich einen Faktor, der hier mit „Bürgerengagement“ benannt wird. Gesetzestreue und autonome Meinungsbildung konstituieren den Faktor „Bürgerpflicht“, auf dem sich auch die Solidarität mit den Mitmenschen wiederfindet.[8] Auffällig ist insbesondere das Item „Wählen gehen“, das technisch gesprochen mit Werten knapp unter 0,5 auf beiden Faktoren „hoch lädt“ also weder besonders gut zum einen noch zum anderen Faktor zu passen scheint.[9] Die Befragten sind sich nicht einig in ihrer Zuordnung zu einer der beiden Tugenden. Dies spiegelt die Ausführungen weiter oben wieder, die die konventionellste politische Teilhabeform „Wählen gehen“ zwischen Bürgerpflicht und aktiver politischer Partizipation verortet haben.[10] Auch die Teilnehmenden der oben beschriebenen britischen und amerikanischen Fokusgruppen waren bei der Bewertung der Wahl als Bürgertugend geteilter Meinung (vgl. Conover et al. 1993). Lässt man die Wahlnorm bei der Hauptkomponentenanalyse außen vor, verdeutlicht sich das Bild der

[8] Die Eigenschaft Solidarität passt allerdings in beiden Modellen weniger gut zur Bürgerpflichtdimension als die restlichen beiden Eigenschaften. Dies belegen sowohl Faktorladung als auch Cronbach’s Alpha. Dennoch ist hier die Zugehörigkeit zum zweiten Faktor deutlich gegeben.

[9] Eine schiefwinklige Rotation der Faktoren kommt zu fast identischen Ergebnissen und erlaubt auch keine deutlichere Zuordnung der Wahlnorm.

[10] Auch in Daltons (2008, S. 81) faktorenanalytischer Untersuchung lässt sich die Wahlnorm nicht wirklich eindeutig zuordnen. Dalton entscheidet sich aber aufgrund der höheren Faktorladung sowie einer inhaltlichen Interpretation der Wahlabgabe als Pflicht des guten Bürgers für die Zuordnung zum Faktor „citizen duty“. Siehe demgegenüber aber Bernhagen u. Maloney (2010), die mit den CID-Daten einen Faktor „civic spiritedness“ ausmachen, der aus der Unterstützung der Wahlnorm, autonomer Meinungsbildung, Aktivität in Organisationen und Kritikfähigkeit besteht.

beiden Dimensionen mit den jeweiligen Items noch weiter (tabellarisch nicht dargestellt).[11] Anstelle das Item „Wählen gehen“ aus der Analyse auszuschließen, wie es sich rein technisch anbieten würde, soll hier aber aus inhaltlichen Gründen mit der Wahlnorm ein dritter Aspekt der Bürgertugenden untersucht werden. Vielleicht können die weiteren Analysen dieser Eigenschaft weitere Hinweise auf die Eigenheit dieser Bürgernorm geben. In den folgenden Analysen werden die drei Bürgertugendaspekte – Bürgerengagement, Bürgerpflicht und Wahlnorm – als abhängige Variablen operationalisiert (siehe zu einer ähnlichen Dreiteilung van Deth 2012).[12]

3.2 Die Unterstützung von Bürgertugenden, Bürgerpflicht und Wahlnorm

Nach der Operationalisierung der unterschiedlichen Dimensionen des Bürgertugendkonzepts lässt sich nun – neben der Unterstützung der Stimmabgabe bei Wahlen, die bereits in Tabelle 1 dargestellt wurde – auch die Zustimmung zu den beiden Bürgertugenden Bürgerengagement und Bürgerpflicht messen. Über alle Befragten hinweg zeigt sich (tabellarisch nicht ausgewiesen) bei der Bürgerpflicht eine sehr hohe mittlere Unterstützung von 8,61, die damit sogar die mittlere Unterstützung für die Wahlnorm, die bei 8,48 liegt, übertrifft.[13] Bürgerengagement weist demgegenüber einen geringeren Wert von 6,42 auf. Insbesondere die Wahlnorm ist stark linksschief verteilt. Spiegelt sich diese Unterstützung so auch in den einzelnen hessischen Gemeinden wieder? Im Hinblick auf die Fragestellung des vorliegenden Artikels interessiert insbesondere, inwieweit es eine Variation bei der Bürgertugendunterstützung zwischen den einzelnen Gemeinden gibt. Abbildung 1 zeigt die mittlere Unterstützung für die drei Aspekte der Bürgertugenden in den einzelnen Gemeinden.

Für die drei Bürgertugenddimensionen ergibt sich im lokalen Vergleich ein unterschiedliches Bild. Die Unterstützung für Bürgerpflicht variiert kommunenübergreifend nur wenig, es lassen sich diesbezüglich nur geringfügige Abweichungen vom Mittelwert erkennen. Hierbei nimmt Petersberg mit einer mittleren Unterstützung von 8,79 den ersten, Erzhausen mit einem Skalenwert von 8,45 den letzten Platz ein. Bezüglich der Unterstützung sowohl für die Wahlnorm als auch für die Aktivbürger-

[11] Auch wenn man einen dritten Faktor (Eigenwert 0,83) extrahiert, lädt die Wahlnorm doppelt, allerdings löst sich dann das Item Solidarität („anderen helfen“) von den ersten beiden Faktoren ab. Lässt man die Wahlnorm ganz draußen, bleiben die beiden ersten Faktoren in ihrer Zusammensetzung bestehen.

[12] Operationalisiert werden die Faktoren, indem für Bürgerengagement und Bürgerpflicht einfache additive Indizes gebildet werden, die durch die Anzahl der Items dividiert werden, so dass für alle drei Aspekte der Bürgertugenden Werte zwischen 0 und 10 erzielt werden können. Bei der Wahlnorm werden einfach die Skalenwerte des Items übernommen. Fehlende Werte wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

[13] In der Befragung waren auch 501 Personen unter 18 Jahren (4,3 Prozent aller Befragten), das heißt, diese Befragten hatten rechtlich bislang keine Möglichkeit bei einer Wahl teilzunehmen (auch die Teilnahme an Kommunalwahlen in Hessen schreibt ein Alter von mindestens 18 Jahren vor). Berechnet man die Unterstützung der unter 18-Jährigen, dann ergibt sich tatsächlich eine statistisch signifikante geringere Zustimmung zur Wahlnorm (7,42 gegenüber 8,53) der unter 18-Jährigen im Vergleich zu den übrigen Befragten. In Bezug auf die Unterstützung der anderen Bürgertugenden lassen sich dagegen nur geringfügige, wenn auch ebenso statistisch signifikante Unterschiede feststellen (Bürgerengagement: 6,63 vs. 6,39; Bürgerpflicht 8,51 vs. 8,62).

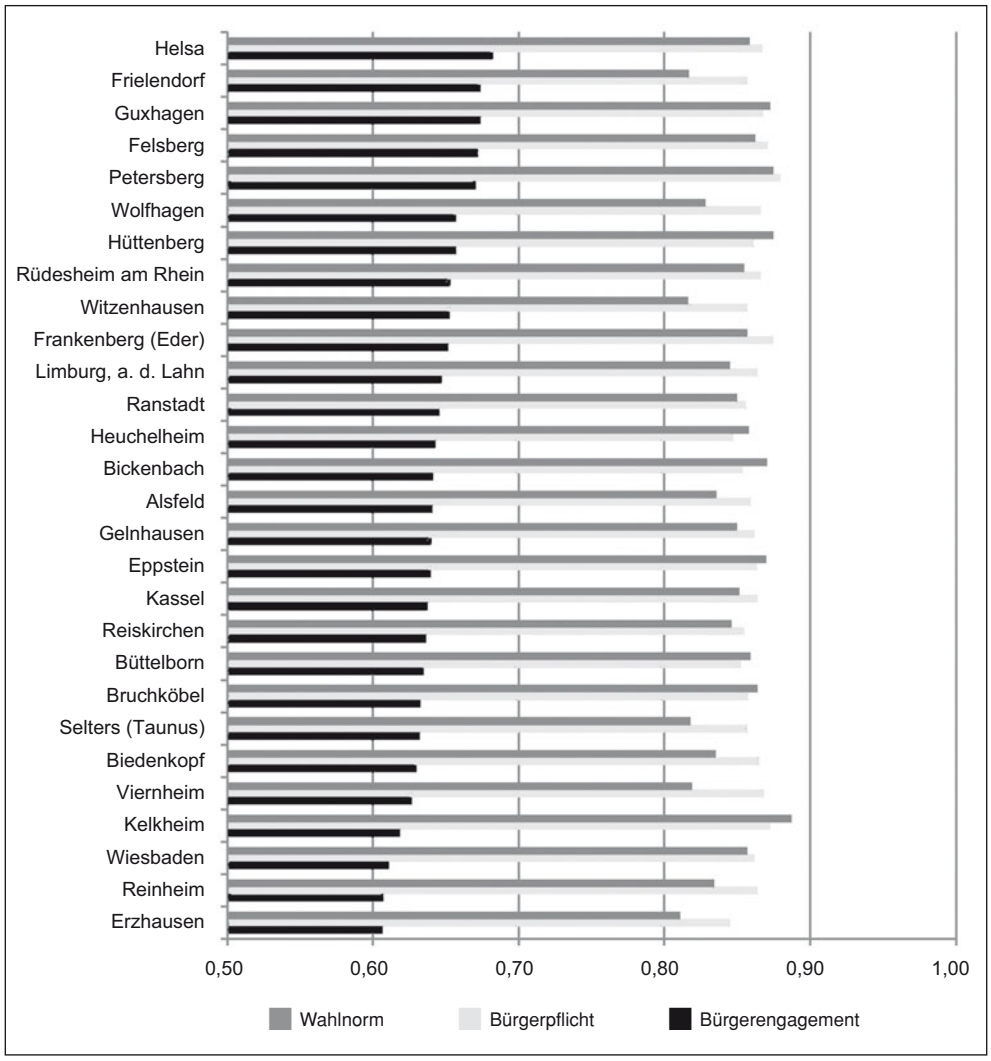


Abbildung 1: Mittlere Unterstützung für die drei Bürgertugenden in 28 hessischen Gemeinden

Tugend lassen sich deutlichere Unterschiede und einige „besondere" Gemeinden erkennen. Offensichtlich bilden Kelkheim, Reinheim, Wiesbaden und wiederum Erzhausen die Schlusslichter bei der Unterstützung des Bürgerengagements als Bürgertugend. Erzhausen und Reinheim befürworten auch die Wahlnorm unterdurchschnittlich, Petersberg dagegen liegt bei allen drei Tugenden an der Spitze. Diese einfache bivariate Darstellung spricht bei der Unterstützung von Bürgerpflichten nicht unbedingt für eine Kontextabhängigkeit der Unterstützung von Bürgertugenden, während sich für die Tugend des Bürgerengagements eine größere Variation zwischen den Gemeinden und damit auch mögliche Effekte des lokalen Kontexts erwarten lassen.

4 Wie lässt sich die Unterstützung von Bürgertugenden erklären?

Von welchen Faktoren hängt die persönliche Einschätzung und Unterstützung der verschiedenen „faces of citizenship“ (Dalton 2008) ab? Die individuelle Unterstützung sozialer Normen und damit vermutlich auch von Bürgertugenden lässt sich zu einem großen Teil auf Sozialisationserfahrungen und damit auf das soziale Umfeld zurückführen (vgl. z. B. Putnam 1993, S. 171).[14] In verschiedenen sozialen Kontexten des Einzelnen tragen Mechanismen wie Erfahrungslernen durch Imitation und Identifikation (vgl. z. B. Bandura 1977) sowie Interaktion und Ko-Konstruktion in Aushandlungsprozessen (z. B. Youniss 1994) dazu bei, dass Normen ins persönliche Wertesystem übergehen. Die Einhaltung von Normen wird gleichzeitig durch die Umwelt sanktioniert und überwacht, so dass auch soziale Kontrolle und damit Konditionierung, etwa durch Belohnungs- und Sanktionsmaßnahmen (vgl. z. B. Skinner 1974) die Normenunterstützung fördern können. Diese Mechanismen lassen sich auch zur Erklärung der Unterstützung von Bürgertugenden heranziehen, auch wenn sich hier annehmen lässt, dass soziale Kontrolle weniger gut funktionieren kann, da diese, im Gegensatz zu Normenverstößen, nicht manifest zu beobachten sind.

Bei diesen Sozialisations- und Lernprozessen spielen unterschiedliche Charakteristika des Individuums, wie Persönlichkeitsmerkmale und Einstellungen, sowie seines Umfelds eine Rolle. Für demokratische Sozialisation im Kindes- und Jugendalter stellen natürlich insbesondere Familie und Schule relevante Umgebungen dar.[15] Religiöser und sozialer Integration beispielsweise in privaten bzw. organisierten sozialen Netzwerke wird ebenfalls eine wichtige Rolle für die Unterstützung von Normen und Werten zugeschrieben (vgl. z. B. Gabriel et al. 2002). All diese Faktoren und Interaktionen sind wiederum lokal eingebettet bzw. von lokalen Rahmenbedingungen abhängig, so dass man vermuten könnte, dass die Ausgestaltung des lokalen Kontexts mindestens einen indirekten Einfluss auf die Unterstützung von Normen und Werte nimmt.

Empirische Untersuchungen der Unterstützung von Bürgertugenden haben bislang vor allem individuelle Einflüsse analysiert (z. B. Goerres 2010; Roßteutscher 2004; Zmerli 2008), wenn dabei auch teilweise einzelne Aspekte des sozialen Kontexts mit berücksichtigt wurden (z. B. die Wohnortgröße bei Goerres 2010, die Art der Vereinsaktivitäten bei Zmerli 2008). Eine Berücksichtigung lokaler Kontextfaktoren fand nicht statt. Die vorliegende Untersuchung möchte bisherige Erklärungsversuche ergänzen und erweitern, vor allem im Hinblick auf die mögliche Relevanz des lokalen Kontexts. Inwieweit beeinflussen insbesondere kontextuelle, das heißt hier lokale, Determinanten die Unterstützung von Bürgertugenden?

---

[14] Siehe ausführlich zu unterschiedlichen Sozialisationsmechanismen bei der Internalisierung von Normen Abendschön (2010, Kap. 2 und 4). Siehe demgegenüber z. B. Opp (2004), wie eine Rational-Choice-Perspektive zu ähnlichen Mechanismen der Norminternalisierung gelangt.

[15] Bereits Kinder unterscheiden verschiedene Dimensionen des „guten Bürgers“ und unterstützen staatsbürgerliche Pflichten wie Gesetzestreue und Solidarität (vgl. van Deth et al. 2007, S. 161–204). Inwieweit sich diese in der frühen Sozialisation erworbenen Wertorientierungen als persistent im Lebenslauf erweisen bzw. inwieweit die kontinuierliche Zustimmung zu Bürgertugenden auch einer wiederkehrenden Bestätigung über den sozialen Kontext bedarf, ist noch weitgehend unklar.

In den nächsten beiden Abschnitten werden zur Vorbereitung der empirischen Analysen mögliche Determinanten der Individual- bzw. Kommunalebene diskutiert und Erwartungen an die empirische Untersuchung formuliert. Dabei werden, der besseren Übersichtlichkeit halber, gleichzeitig die jeweiligen Operationalisierungen vorgestellt.

4.1 Individuelle Einflussfaktoren

Mögliche Einflussfaktoren der Individualebene lassen sich auf unterschiedliche Art und Weise strukturieren. Goerres (2010) beispielsweise unterscheidet bei seiner Erklärung der Wahlnorm die vier „Theorieperspektiven" soziale Integration, Vertrauen in andere Individuen, Systemunterstützung und Beobachtung. Van Deth (2012) identifiziert die drei Einflussblöcke soziale Integration, Beobachtung/Erfahrung und politische Haltungen; Gabriel et al. (2002) unterscheiden bei der Suche nach möglichen „Produktionsfaktoren" der Unterstützung sozialer Normen und Werte soziale Integration (in Familie, Beruf, Kirche und Nachbarschaft) vom sozialen Status und „allgemeinen" Einflussfaktoren wie Geschlecht, Alter und Mediennutzung. Es wird aus dieser Darstellung bereits deutlich, dass die einzelnen Perspektiven nicht trennscharf sind, sondern lediglich als Strukturierungshilfe dienen können. Potenzielle individuelle Erklärungsfaktoren werden hier in drei Teilbereiche gefasst. Im Folgenden werden Faktoren *sozialer Integration*, des *soziostrukturellen Status* sowie drittens *politische Einstellungen und politische Involvierung* als relevant für die Unterstützung von Bürgertugenden betrachtet.

4.1.1 Soziale Integration

Soziale Integration gilt in Bezug auf die Unterstützung sozialer Normen, aber auch bei der Erklärung politischer Orientierungen und politischem Verhalten als zentraler Faktor. An prominenter Stelle wird hier insbesondere im Sozialkapitalansatz der Integration der Bürger in soziale Netzwerke eine wichtige Rolle zur Entstehung und Stärkung bürgerschaftlicher Normen und Tugenden bescheinigt (vgl. z. B. Putnam 1993). Putnam geht hier von „virtuous circles" (1993, S. 177) aus und postuliert wechselseitige Interdependenz zwischen den einzelnen Komponenten sozialen Kapitals, also Netzwerken, sozialem Vertrauen und Werten und Normen. Auch wenn die Kausalbeziehungen im Einzelnen nicht immer konzeptionell und empirisch nachvollziehbar sind, ist eines der Hauptargumente plausibel: In sozialen Netzwerken wie in Vereinen und Organisationen bilden die Mitglieder Beziehungen aus, die es ihnen erleichtern, gemeinsame Ziele zu erreichen. Als Nebeneffekt wird angenommen, dass solche Beziehungen auch auf individuelle Einstellungen wirken, d. h. soziales Vertrauen sowie Normen und Werte werden verstärkt. Insbesondere in sozialen Netzwerken können die oben beschriebenen Sozialisationsmechanismen Wirkung entfalten, da hier in zahlreichen Interaktionsprozessen beobachtet, imitiert, identifiziert und kontrolliert wird. Auch vor dem Hintergrund der Zustimmung zu Bürgertugenden lässt sich aus diesem Grund ein Einfluss erwarten. Einfach gesprochen lässt sich zunächst davon ausgehen, dass je höher die soziale Integration des Individuums, desto höher auch seine Unterstützung

von Bürgertugenden. Diese allgemeine Vermutung kann angesichts verschiedener Bürgertugenden und Netzwerke jedoch differenziert werden. Soziale Integration kann in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden. Mit der Sozialkapitalforschung lassen sich formelle von informellen sozialen Netzwerken unterscheiden (vgl. z. B. Putnam u. Goss 2001, S. 25). Die soziale Integration durch Familie und Freunde ist hierbei von informellerer Natur als die Integration am Arbeitsplatz sowie in Organisationen, Vereinen oder Kirche. Allerdings wird auch informellen Netzwerken eine Sozialisationswirkung in Bezug auf normative Einstellungen zugesprochen (siehe z. B. Arzheimer 2006; Goerres 2010). Aufgrund der hohen Akzeptanz von Bürgerpflichten und Wahlnorm[16] lässt sich annehmen, dass bei diesen beiden Tugenden die soziale Integration allgemein relevant werden kann, da Bürger sowohl in der Familie als auch am Arbeitsplatz oder im Verein höchstwahrscheinlich mit einer Mehrheit von Menschen interagieren, die Bürgerpflicht und Wahlnorm wertschätzen. Das heißt, dass eine Konfrontation mit Wahlnorm und Bürgerpflicht in den meisten sozialen Netzwerken stattfinden und damit sozialer Integration eine positive Wirkung auf die Unterstützung von Bürgerpflicht und Wahlnorm zugeschrieben werden kann.[17] In Bezug auf Bürgerengagement werden demgegenüber vor allem förderliche Effekte von der Integration des Individuums in formellen Organisationen erwartet, aber auch hier gilt, dass durch die soziale Partizipation und Integration in Netzwerke auch die Unterstützung der anderen beiden Bürgertugenden gefördert werden sollte. In diesem Sinne wird erwartet, dass Menschen, die sich verstärkt in sozialen Netzwerken engagieren, auch eine höhere Unterstützung der drei Bürgertugenden aufweisen. Studien deuten außerdem darauf hin, dass auch Qualität und Ziele der Partizipation in sozialen Netzwerken und die Organisation der Vereine ihre jeweiligen Sozialisationswirkungen beeinflussen können. Denters et al. (2007, S. 103) können zeigen, dass eine aktive Mitgliedschaft in Vereinigungen (gegenüber einer passiven Mitgliedschaft) die Unterstützung für Bürgertugenden steigert. Bernhagen u. Maloney (2010) untersuchen, inwieweit insbesondere demokratische Vereinsstrukturen eine Unterstützung ziviler Tugenden fördern, finden hier aber nur marginale Zusammenhänge. Demgegenüber findet Zmerli (2008) auf Basis der CID-Daten Einflüsse des Vereinsziels. So ist es plausibel anzunehmen, dass in Gruppen, in denen man sich für altruistische Belange einsetzt, eine andere, „bessere“ Normensozialisation stattfindet als beispielsweise im Fußballverein. Sie kann zeigen, dass insbesondere Mitgliedschaft in Religions-, Wohltätigkeits-, Frauen- und Ausländervereinen mit der Unterstützung öffentlicher und prosozialer Normen zu-

[16] Goerres (2010, S. 283–284) weist zu Recht darauf hin, dass mit Hilfe von Umfragedaten nicht entschieden werden kann, inwieweit die Unterstützung sozialer Normen eines Befragten aufgrund dessen persönlicher Norminternalisierung oder aufgrund von sozialer Erwünschtheit erfolgt. Allerdings lässt sich argumentieren, dass die soziale Erwünschtheit in diesem Fall normativ angeleitet und somit forschungspraktisch unproblematisch ist, da nicht die tatsächliche Internalisierung oder das tatsächliche Verhalten untersucht wird.

[17] Inwieweit dies auf die hier untersuchte soziale Partizipation tatsächlich zutrifft, kann nicht ermittelt werden und wird hier lediglich vermutet. Klar ist, dass die Argumentation auch umgekehrt gilt: Wenn die Mehrzahl der Mitglieder diese Normen nicht unterstützt, sollte auch die individuelle Unterstützung darunter leiden.

sammenhängt. Deshalb werden positive Effekte auf die Zustimmung von Bürgertugenden insbesondere von aktiven Mitgliedern in Vereinen, die sich für das Wohlergehen von Mitmenschen und zivilgesellschaftliche Belange einsetzen, erwartet.

Ein weiterer Aspekt sozialer Integration, der im Zusammenhang mit der Untersuchung sozialer und politischer Partizipation häufig diskutiert wird, wird über die Institution Kirche sowie Religiosität generell hergestellt. Religiosität kann auf verschiedene Art und Weise Einfluss auf die Werte- und Normenunterstützung nehmen. Religionszugehörigkeit fördert generell die Unterstützung sozialer Normen (vgl. z. B. Gensicke 2006, S. 226) und insbesondere Kirchenbindung und regelmäßiger Kirchgang scheinen einen universellen positiven Einfluss auf die Normakzeptanz zu haben (vgl. Gabriel et al. 2002, S. 130). Das lässt für die Unterstützung von Bürgertugenden vermuten, dass konfessionell Gebundene und Kirchgänger Bürgerpflicht und Wahlnorm stärker unterstützen. Diese Erwartung muss allerdings nicht unbedingt auf die Unterstützung von Bürgerengagement zutreffen, da es teilweise ein progressives und teilweise auch konfliktorientiertes Bürgerverständnis beinhaltet, welches nicht immer mit traditionelleren Normvorstellungen harmoniert, so dass religiöse Menschen womöglich diesen Aspekt weniger stark unterstützen. Verschiedene Religionen unterscheiden sich weiterhin hinsichtlich der von ihnen vertretenen Werte und Normen. Damit spielt nicht nur Religiosität generell, sondern auch die Religion bzw. Konfession selbst eine Rolle. Verba et al. (1995) sowie Putnam (1993) argumentieren, dass die stärker hierarchisch und vertikal geprägten katholischen Gruppen weniger förderlich für die Ausbildung von zivilgesellschaftlich vorteilhaften Auswirkungen seien (siehe z. B. Putnam 1993; Curtis et al. 2001; zu einer Auseinandersetzung mit dieser Argumentation Roßteutscher 2009). In diesem Sinne wäre zu erwarten, dass Protestanten, deren Organisationsstrukturen als stärker dezentral und egalitär gelten, eine deutlichere Unterstützung aller drei Bürgertugenden aufweisen sollten. Fuchs und Offe (2001) wiederum argumentieren, dass der Katholizismus eine stärker altruistische und auf das Kollektiv orientierte Richtung aufweist und dadurch dem individualistischen Protestantismus voraus ist. Aus dieser Perspektive würde die konträre Erwartung lauten, dass Katholiken die drei Bürgertugenden stärker unterstützen als Protestanten. Bei beiden Erwartungen muss berücksichtigt werden, dass der Religionsaspekt womöglich, wie oben beschrieben, die Unterstützung für Bürgerengagement hemmt.

Der EiK-Datensatz ermöglicht es, die verschiedenen besprochenen Aspekte sozialer Integration zu messen.[18] So können die Einbindung in formelle und informelle Netzwerke gemessen werden, die aktive Mitgliedschaft sowie mögliche altruistische Vereinsziele berücksichtigt werden.[19] Nicht überprüft werden kann, inwieweit intraorganisatorische Demokratie einen positiven Effekt auf die Unterstützung von Bürger-

[18] Bei der Operationalisierung der individuellen Determinanten wurden „weiß nicht“ und „keine Angabe“ als fehlende Werte behandelt.

[19] Frage 25 fragt nach der aktiven Mitgliedschaft in 13 verschiedenen Vereinsarten. Als Indikator für die soziale Partizipation wird ein Index der Vereinsaktivität gebildet, der die Aktivität in den abgefragten Gruppen zählt. Weiterhin werden Aktivitäten in karitativen, religiösen, Menschenrechts-, und Hilfsgruppen gemessen (siehe ausführlich zur sozialen Partizipation den Beitrag von Keil in diesem Band).

tugenden ausübt. Neben diesen organisierten Aktivitäten lässt sich auch noch die Einbindung in stärker informelle Netzwerke messen. Hier wird das nachbarschaftliche Netzwerk berücksichtigt.[20] Als Indikator „privater" sozialer Integration wird weiterhin erfasst, inwieweit Personen allein oder mit einem Partner zusammenleben. Die Erwerbstätigkeit einer Person (Frage 47) gibt zuletzt noch über die berufliche und damit ebenfalls soziale Integration einer Person Aufschluss.[21]

Für die Überprüfung der Erwartungen bezüglich Religiosität wird zwischen Katholiken, Protestanten, Sonstigen und nicht konfessionell Gebundenen unterschieden sowie die Kirchganghäufigkeit (Frage 42) erfasst.

4.1.2 Sozialstrukturelle Faktoren

Den zweiten Block relevanter Einflüsse umfassen sozialstrukturelle Faktoren. In Bezug auf die Unterstützung von Bürgertugenden werden von Geschlecht, sozialer Schicht, Staatsangehörigkeit und Alter durchaus eigenständige Effekte erwartet, so dass es um mehr als nur um die „Kontrolle" anderer Variablen geht.

Auch jüngere Studien stellen noch immer Unterschiede in politischen und normativen Orientierungen von Männern und Frauen fest, so dass man davon ausgehen kann, dass auch heutzutage noch geschlechtsspezifische Sozialisation in dieser Hinsicht stattfindet (vgl. z. B. Westle 2006). Bezüglich moralischer und sozialer Orientierungen wird Frauen oft sowohl ein höheres Niveau als auch mehr Kompetenz zugesprochen (vgl. z. B. Kulke 1998; Nunner-Winkler 2001). Sie gelten in ihrem Verhalten generell gemeinschaftsbezogener und fürsorglicher (z. B. Siim 1994) als stärker machtbetonte und egozentrische Männer (vgl. Bilden 1991; Gilligan u. Wiggins 1987; Schlozman et al. 1995, S. 268) und tendenziell weniger bereit „Abweichungen von akzeptierten sozialen Normen zu tolerieren" (Gabriel et al. 2002, S. 130). In Bezug auf die hier untersuchten Bürgertugenden wird deshalb erwartet, dass Frauen prinzipiell eine stärkere Unterstützung der Wahlnorm sowie der Bürgerpflicht aufweisen als Männer. Was die Unterstützung des Bürgerengagements anbelangt, lassen sich auch bei diesem Faktor gegensätzliche Erwartungen formulieren. Da sich Frauen sehr häufig sozial engagieren, könnte gesellschaftliches Engagement für sie auch einen hohen Stellenwert in ihrem Bürgermodell einnehmen. Auf der anderen Seite sind sie in der Regel in politischen Organisationen weniger aktiv als Männer (vgl. Pattie et al. 2004), insbesondere bei konflikt- und protestorientierteren unkonventionellen Partizipationsformen. Dies könnte sich auch in der Unterstützung von Bürgerengagement widerspiegeln, so dass man annehmen könnte, dass die konfliktorientierteren Männer sich in diesem Bürgermodell eher wiederfinden als Frauen.

---

[20] Hier wurde eine dichotome Variable gebildet, bei der Personen, die häufig positiv mit ihren Nachbarn interagieren (d. h. die bei den Items 7a bis c mindestens einmal „oft" angaben) den Wert 1 und die, die sich in keiner Weise mit ihren Nachbarn beschäftigen, den Wert 0 bekamen.

[21] Hier wurde ebenfalls eine dichotome Variable gebildet, bei der Befragte, die angaben, erwerbstätig oder Studierende zu sein bzw. Bundeswehr oder Zivildienst abzuleisten eine 1, alle anderen eine 0 zugewiesen bekamen (in der Stichprobe haben 60 Prozent gemäß dieser Definition einen Beruf).

Da man als Nicht-Deutscher nur ein eingeschränktes Teilhaberecht im politischen System hat, lässt sich in Bezug auf die *Staatsbürgerschaft* annehmen, dass man auch weniger dazu neigt, dieses zu unterstützen. Insbesondere für die Unterstützung der Wahlnorm wird deshalb erwartet, dass eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit einen negativen Einfluss hat. Da die anderen beiden Bürgerdimensionen universellere Eigenschaften des guten Bürgers beinhalten, wird nicht davon ausgegangen, dass eine mögliche nicht-deutsche Staatsangehörigkeit hier einen Effekt hat.

Bildung, *Einkommen* und *soziale Schicht* sind Merkmale, die auch Auskunft über die gesellschaftliche Positionierung des Einzelnen zulassen und in der Regel unter dem sozialen Status zusammengefasst werden. Mit steigendem sozialem Status steigen auch das soziale Ansehen und die Integration in verschiedene Bereiche des Gemeinwesens. Dies lässt in Bezug auf die Unterstützung sozialer Normen gegensätzliche Schlüsse zu. So zeigen Studien immer wieder, dass ein höherer sozialer Status in der Regel auch mit einer höheren Normunterstützung und politischem Engagement einhergeht. Dies lässt sich zum einen mit den niedrigeren Kosten solcher Einstellungen für sozial Bessergestellte erklären, andererseits sicherlich auch aus einer Sozialisationsperspektive: Civic skills, Normen und Werte werden insbesondere in Familie und Bildungsinstitutionen vermittelt (z. B. Verba et al. 1995), so dass ein höherer sozialer Status (der in der Regel auch eine höhere Bildung beinhaltet) hier vorteilhaft ist. Andererseits könnte ein hoher sozialer Status dazu führen, dass man unempfindlicher gegenüber sozialen Kontroll- und Sanktionsmechanismen wird und die „Anreize“ zur Normunterstützung geringer werden (siehe Goerres 2010, der diesen Effekt aber nicht belegen kann). Übertragen auf die Zustimmung zu den drei Bürgertugenden sollen auf Basis der verschiedenen Argumente und empirischer Evidenzen gegensätzliche Erwartungen überprüft werden. So könnten wir einerseits davon ausgehen, dass je höher die soziale Schicht desto höher auch die Unterstützung der Bürgertugenden. Umgekehrt wäre auch plausibel, dass aufgrund einer stärkeren sozialen Unabhängigkeit, höhere Schichten eine niedrigere Bürgertugendunterstützung aufweisen als niedrigere.

Nach Goerres (2010) ist die Lebenswelt älterer Menschen traditioneller geprägt als die von jungen Menschen. Nach dieser Argumentation ließe sich erwarten, dass ältere Menschen verstärkt konservativere Bürgertugenden wie Wahlnorm und Bürgerpflicht und weniger das konfliktreichere und partizipatorischere Bürgerengagement unterstützen. Weiterhin könnte man aufgrund des gesellschaftlichen Wertewandels, für den auch entscheidend ist, wann seine Träger sozialisiert wurden, von bestimmten Kohorten eine stärkere Neigung zum Bürgerengagement erwarten (Inglehart u. Welzel 2005; siehe dazu auch Roßteutscher 2004, S. 189). Dies gilt zum einen insbesondere für die nach dem zweiten Weltkrieg weitgehend im wirtschaftlichen Wohlstand der 1950er und 1960er Jahre sozialisierten „68er“. Zum anderen wird heutigen Jugendlichen von einigen Autoren (z. B. Dalton 2008) zwar eine gewisse Politikmüdigkeit in Bezug auf konservative politische Partizipation, aber nicht in Bezug auf aktives Bürgerengagement allgemein bescheinigt.

Bei der Operationalisierung der Staatsbürgerschaft wurde dichotom zwischen deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit unterschieden (Frage 39). Im EiK-Daten-

satz stehen mehrere Indikatoren zur Erfassung verschiedener Aspekte des sozialen Status zur Verfügung. Allerdings stellte sich heraus, dass es selbst mit der zweistufigen Erfassung des Einkommens im EiK-Fragebogen (Frage 55 und 56) noch eine hohe Anzahl an fehlenden Werten bei dieser Frage gibt (2.812 Befragte haben keine Angabe gemacht). Als Ersatz für die Einkommensfrage als Indikator für den sozialen Status wurde deshalb die subjektive Schichteinschätzung (Frage 51) herangezogen, die den Vorteil hat, dass hier weitaus weniger fehlende Werte vorhanden sind. Sie wurde als fünfstufige Skala integriert. Bildung wurde auf einer vierstufigen Skala mit Hilfe der Frage nach dem Bildungsabschluss gemessen (1) kein Schulabschluss, 2) Hauptschul-, 3) Realschul- sowie 4) FH-Abschluss/Abitur/Studium).[22] Das Alter wurde auf Basis des abgefragten Geburtsjahrs ermittelt. Zusätzlich wurden Geburtskohorten gebildet, um untersuchen zu können, ob ein etwaiger Einfluss bestimmter „Tugendgenerationen" festgestellt werden kann:[23] 1) die Vorkriegskohorte umfasst diejenigen, die vor 1945 geboren sind; 2) die „68er"-Kohorte beinhaltet Befragte, die vor 1958 geboren sind; die Kohorte 1989, die den Fall der Mauer miterlebten und zwischen 1959 und 1979 geboren wurden sowie eine „heutige" Kohorte, die die ab 1980 Geborenen umfasst.

4.1.3 Politische Einstellungen und politische Involvierung

Im letzen Einflussblock geht es hauptsächlich um attitudinale Grundlagen für die Unterstützung von Bürgertugenden. Deshalb wird hier auch soziales Vertrauen, welches nicht als genuin politische Einstellung gelten kann, miteinbezogen. Vom sozialen Vertrauen gehen deutliche Effekte auf die Unterstützung sozialer Normen und Bürgertugenden aus (siehe z. B. Zmerli 2008; Goerres 2010; Denters et al. 2007), so dass höheres soziales Vertrauen auch positiv mit den drei untersuchten Bürgertugenden zusammenhängen sollte. Auch von spezifischeren politischen Einstellungen werden Effekte erwartet. Personen, die sich für Politik interessieren, sich über Politik informieren und über Politik diskutieren, werden auch Bürgertugenden verstärkt unterstützen, da hier offensichtlich ein Interesse am Gemeinwesen vorhanden ist (van Deth 2012, S. 378). Weiterhin sollte eine generelle politische Unterstützung, die sich in Form von Zufriedenheit mit den demokratischen Institutionen und politischem Vertrauen ausdrückt, auch die Unterstützung von Bürgertugenden erleichtern (vgl. z. B. Goerres 2010). Sind Bürger selbst politisch aktiv, sollten sie zudem über eine höhere Unterstützung von Bürgerengagement verfügen. Insbesondere Menschen mit einer postmaterialistischen Einstellung gelten als Verfechter eines stärker partizipatorischen Demokratiemodells (vgl. z. B. Inglehart u. Welzel 2005), weshalb erwartet wird, dass sie Bürgerengagement höher bewerten.

Soziales Vertrauen wurde auf einer 11er Skala mit Frage 12 erhoben und geht mit dem jeweiligen Skalenwert in die Analysen ein. Um Indikatoren für die beiden Berei-

[22] Bei den befragten Schülern wurde der angestrebte Schulabschluss aufgenommen.

[23] Der Begriff der Generation wird hier nur vorsichtig in einem allgemeinen Sinn verwendet, da nur eingeschränkt theoretisch begründet werden kann, welche einschneidenden Ereignisse aus den Kohorten „Generationen" im Sinne Mannheims (1929) in Bezug auf die Tugendunterstützung gemacht hätten.

che politisches Vertrauen und politische Zufriedenheit zu finden, wurden zunächst zwei Hauptkomponentenanalysen mit den entsprechenden Items gerechnet (Frage 13 für politisches Vertrauen und Frage 18 für politische Zufriedenheit). Dabei kristallisierten sich für beide Themenkomplexe jeweils zwei Faktoren heraus. Beim politischen Vertrauen lässt sich eine lokale Dimension von einer (supra-)nationalen Dimension unterscheiden. Hier zeigt sich eine inhaltliche Unterscheidung der Befragten zwischen einer lokalpolitischen und einer abstrakteren politischen Ebene.[24] Für beide Vertrauensdimensionen wurden additive Indizes gebildet.

Auch bei der politischen Zufriedenheit zeigt sich eine klare Trennung in den Köpfen der Befragten: Zufriedenheit mit lokalen Institutionen auf der einen Seite lässt sich klar von Zufriedenheit mit nationalen und supranationalen Institutionen und Repräsentanten abgrenzen. Da sich allerdings insbesondere bei den beiden EU-Institutionen viele der Befragten nicht in der Lage sahen, eine gültige Antwort zu geben (1.392 bzw. 1.900 fehlende Werte), wurden diese Items aus dem zweiten Faktor entfernt. Auch hier werden im Anschluss zwei additive Indizes gebildet: lokale politische Zufriedenheit und nationale politische Zufriedenheit. Postmaterialistische Einstellungen wurden mit Hilfe des Inglehart-Index (Frage 10) ermittelt.

Indikatoren für die politische Involvierung der Befragten wurde zum einen über das Ausmaß des subjektiven politischen Interesses gemessen (Frage 9a). Weiterhin wurde berücksichtigt, ob der Befragte „oft“ an politischen Diskussionen beteiligt ist (Frage 8e) bzw. wie häufig Medien zum Zwecke der politischen Information genutzt werden. Hier wurden auf einem Index Punkte für die vier aufgezählten Medien vergeben, je nachdem wie häufig die Medien in der Woche genutzt werden.[25] Zuletzt wurde noch die tatsächliche politische Partizipation mit einer Variable erfasst, die berücksichtigt, inwieweit der Befragte an einer politischen Partizipationsform teilgenommen hat oder nicht.[26]

4.2 Lokaler Kontext

Das lokale Umfeld von Bürgern fungiert als „Ort der sozialen Integration“ (Bühlmann u. Ladner 2007, S. 67). In der Kommune, dem Stadtteil oder der Gemeinde trifft man sich mit Nachbarn und Freunden, versammelt sich bei Vereinssitzungen, organisiert Schulfeste, etc. Gleichzeitig wird auf keiner anderen Verwaltungsebene Politik durch

[24] Das Item „Polizei“ lädt hier deutlich weniger stark als die anderen Items und passt inhaltlich auch weniger gut zu den politischen Institutionen, so dass es hier nicht weiter berücksichtigt wird. Cronbach's Alpha liegt dann beim ersten politischen Vertrauensindex mit den Items Stadtverwaltung, lokale Partei, Gemeindevertreter, Bürgervertreter bei 0,89 und beim zweiten mit den Items Politiker D, Parteien D, Bundestag, Bundesregierung, Gerichte, EU-Parlament, EU-Kommission, UNO bei 0,92.

[25] Dieser reicht damit von 0 bis 28, wenn alle Medien an allen sieben Tagen der Woche genutzt werden. Dieser Index wurde anschließend zur Standardisierung durch 28 geteilt.

[26] Frage 29 fragt Kontakt zu Politikern, Leserbrief, Unterschriftenaktion oder Demonstration ab. Hier wurde aufgrund der Verteilung der einzelnen Items eine dichotome Variable gebildet. Genau die Hälfte der Befragten hat keine Möglichkeit zur politischen Beteiligung genutzt, 32,4 Prozent eine Partizipationsform und nur 13,4 Prozent zwei.

die Nähe zu (lokal-)politischen Entscheidungsprozessen direkter erfahrbar und mitgestaltbar.

In Bezug auf die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden weisen einige der bereits beschriebenen Mechanismen und potenziellen Determinanten indirekt bereits auch auf eine mögliche Relevanz des lokalen Kontexts für individuelles politisches Verhalten hin. So lässt sich argumentieren, dass die Qualität und Intensität gesellschaftlicher Integration des einzelnen Bürgers von seinem direkten lokalen Umfeld abhängt, welches den strukturellen Rahmen sowie Möglichkeiten („Opportunitäten") für soziale Interaktion und politische Erfahrungen vorgibt. In Kontextanalysen werden hauptsächlich zwei Einflusswege, über die der lokale Kontext politisch relevante Einstellungen von Individuen beeinflussen kann, diskutiert (siehe z. B. Books u. Prysby 1991; Bühlmann 2006). Zum einen über strukturelle Gegebenheiten verschiedenster Art, wie beispielsweise den lokalen politischen Wettbewerb oder das Vereinsangebot. So lässt sich vorstellen, dass Einwohner verschiedener Kommunen trotz ähnlicher individueller Eigenschaften je nach Gemeinde unterschiedliche Möglichkeiten haben, sich politisch zu betätigen bzw. Bürgerengagement zu leben. Das heißt auch, dass die strukturellen lokalen Einflüsse Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen für soziales und politisches Denken und Handeln der Bürger bereitstellen. Neben diesen Strukturbedingungen des lokalen Umfelds lässt sich mit Mechanismen der sozialen Interaktion, Imitation und Beobachtung innerhalb dieses Kontexts noch ein weiterer Einflussweg festhalten, der sich auch sehr gut mit klassischen Erklärungsansätzen sozialen Lernens der Sozialisationsforschung in Verbindung bringen lässt. Über den direkten Kontakt mit dem Umfeld werden Normen und Verhaltensweisen ausgehandelt, beobachtet, imitiert. Durch soziale Kontrolle kann mitunter Gruppendruck entstehen, sich diesen Normen und Verhaltensweisen anzupassen.

Man kann zudem davon ausgehen, dass lokale Kontexteffekte insbesondere dann wirken, wenn auf der Individualebene hierfür bestimmte Bedingungen gegeben sind. Hier wäre zum einen die Wohndauer der Individuen in der Kommune, ihre lokale Verbundenheit, die Einschätzung der kommunalen Demokratie und ihre Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune zu nennen. Für verschiedene politische Einstellungen und Verhaltensweisen liegen Kontextanalysen vor, die auch Einflüsse des lokalen Umfelds, beispielsweise für verschiedene Formen politischen bzw. sozialen Engagements nachweisen können (z. B. Bühlmann 2006 für politische Partizipation; Bühlmann u. Freitag 2004; Bühlmann u. Ladner 2007 für soziale Partizipation; Gimpel u. Lay 2005; Huckfeldt et al. 1993; Johnston u. Pattie 2005; Schäfer 2012 für Parteiidentifikation bzw. Wahlverhalten).[27]

Damit soziales Lernen auf diese Weise funktionieren kann, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. So müssen die Bürger einer Gemeinde über Informationen über die Beschaffenheit ihres kommunalen Umfelds sowie über die Einstellungen und

[27] Hierbei wird der lokale Kontext unterschiedlich verstanden bzw. operationalisiert. Teilweise handelt es sich – wie im vorliegenden Fall – um Gemeinden selbst, teilweise werden Stadtviertel bzw. Nachbarschaften als Kontexteinheit betrachtet.

das Verhalten ihrer Mitbürger verfügen. Weiterhin spielt die Homogenität des Kontexts eine wichtige Rolle, da insbesondere dann gleichförmige Anreize und Informationen gesendet und rezipiert werden können. Allerdings, und das könnte m. E. auch ein relevanter Faktor bezüglich der hier interessierenden Erklärungsfaktoren der Unterstützung für Bürgertugenden sein, bezieht sich das Gros dieser und anderer Kontextanalysen auf tatsächliches Verhalten oder Einstellungen, die unmittelbar und direkt mit der Beschaffenheit des lokalen Kontexts zusammenhängen (wie z. B. kommunale Identität bei Bühlmann 2010). Es gibt m. E. bislang kaum empirische Befunde in Bezug auf allgemeine politische Einstellungen oder Wertorientierungen wie die hier untersuchte Zustimmung zu Bürgertugenden. Es lässt sich vermuten, dass kontextuelle Effekte auf die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden weniger deutlich ausfallen als sie dies im Bereich tatsächlichen politischen Verhaltens oder auf lokale politische Einstellungen tun. Mechanismen der sozialen Kontrolle, Beobachtung und Imitation können sich womöglich insbesondere bei Verhalten wirksam erweisen, da dies direkt beobachtbar ist. Das heißt auf der anderen Seite für politische Orientierungen, dass Individuen diesbezüglich nur indirekt kontrollierbar sind (im Gegensatz zu manifestem Verhalten wie beispielsweise dem Wahlgang selbst), zum anderen aber auch, dass sich die Orientierungen der Mitbürger im lokalen Umfeld im Hinblick auf die Bürgertugenden nicht so ohne weiteres beobachten und imitieren lassen. Weiterhin wird insbesondere internalisierten Normen als Wertorientierungen eine – im Vergleich zu anderen Einstellungen – stabile Kompassfunktion zugeschrieben (vgl. z. B. Hillmann 2003; Feldman 2003, S. 479), die bereits früh erworben werden und sich womöglich nicht mehr so leicht von lokalen Kontextfaktoren beeinflussen lassen. Allerdings lässt sich auch hier argumentieren, dass der Kontext als Bestätigung und Verstärkung wirken könnte.[28] Hinderlich für die Wirksamkeit des Kontexts sind sicherlich auch zunehmende Individualisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte und die zunehmende geographische Mobilität der Bürger (siehe zu dieser Argumentation auch Klein u. Pötschke 2000).[29]

Wie bereits erwähnt, fand eine systematische Berücksichtigung des lokalen Umfelds bei der Unterstützung von Bürgertugenden noch nicht statt. Nur mit Daten über das lokale Umfeld selbst, wie sie hier zur Verfügung stehen, lässt sich eine umfassende Analyse des Einflusses verschiedener struktureller und interaktionsbedingter (lokaler) Kontextmerkmale vornehmen. In Anlehnung an die Einleitung dieses Bands werden hierfür drei Bereiche des lokalen Umfelds bei der Untersuchung von Kontexteffekten unterschieden und untersucht. Zum einen *politische Faktoren*, also Elemente des politischen Lebens der Gemeinde, zweitens *gesellschaftliche Faktoren* wie Merk-

[28] Überlegenswert wäre hier auch, inwieweit womöglich Selbstselektionseffekte zu beobachten sind und sich Menschen ihr lokales Umfeld so aussuchen, dass es zu ihnen und ihren Wertvorstellungen „passt“ – ähnlich wie dies beim Eintritt in einen Verein der Fall sein kann. Auch in diesem Fall würden sich dann Zusammenhänge zwischen Individuum und Kontext finden lassen, wenn auch die Kausalitätsrichtung nicht bestimmt werden kann.

[29] Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die noch kaum geklärte Frage nach dem Faktor Zeit: Wie lange dauert es, bis der Kontext beim einzelnen Bürger wirksam wird?

male der Zivilgesellschaft und sozialstrukturelle Merkmale des lokalen Kontexts und drittens *wirtschaftliche Merkmale* der Kommune. Hier lassen sich jeweils sowohl strukturelle als auch Lern- und Interaktionseffekte mit Blick auf die zu erklärenden Bürgertugenden vorstellen, die in den folgenden Abschnitten erörtert werden.

4.2.1 Politische Kontextfaktoren

Die Lokalpolitik, als erste und eigentlich am unmittelbarsten zu erfahrene Politikform, nimmt Einfluss auf die politischen Einstellungen der Bürger (vgl. z. B. Vetter 2011). Aus diesem Grund lässt sich auch vermuten, dass Einflüsse des politischen Kontexts, beispielsweise in Form von Ereignissen oder Machtverhältnissen auf die Orientierungen der Bürger sichtbar werden (vgl. Bühlmann 2006). Die gelebte und praktizierte Demokratie im Alltag der Kommunen könnte in dieser Hinsicht Effekte haben. Die Beantwortung von Fragen wie „Wie sieht die Beteiligung der Mitbürger bei Wahlen aus? Gibt es Instrumente der direkten Demokratie? Wie viele politische Gruppen sitzen im kommunalen Parlament? Wie sind die Mehrheitsverhältnisse in Bezug auf das Parteienspektrum?“ könnte auch Aufschluss über die Unterstützung der Bürgertugenden geben.

Gibt es in einer Gemeinde politische Konflikte, so lässt sich zum einen argumentieren, dass dies zu einer politischen Mobilisierung führt und damit auch mit einer höheren individuellen Unterstützung für Bürgerengagement und Wahlnorm einher gehen könnte. Eine heterogene Parteienlandschaft und eine große Anzahl politischer Akteure auf Kommunalebene spricht für ein lebhaftes kommunales Politklima und wäre zunächst einmal positiv mit Bürgertugenden in Verbindung zu bringen. Andererseits könnte ein zu konfliktreiches Umfeld auch zu einer individuellen Abkehr von Politik und Bürgertugenden führen. Politische Vielfalt und damit auch ein Indikator für Politisierung innerhalb der Gemeinde steht mit der Anzahl der politischen Gruppen im Kommunalparlament zur Verfügung.

Auch Angebot und Nachfrage lokaler Bürgerbeteiligung könnten individuelle politische Orientierungen beeinflussen. Studien, die Kontexteffekte auf die tatsächliche Wahlbeteiligung untersuchen, finden hier positive Befunde (vgl. z. B. Schäfer 2012). Goerres (2010) berücksichtigt in seiner Analyse der individuellen Unterstützung der Wahlnorm die nationale Wahlbeteiligung und findet einen positiven Einfluss. Es lässt sich erwarten, dass je mehr Mitbürger der Gemeinde zur Wahl gehen, desto höher auch die individuelle Befürwortung der Wahlnorm. Dies lässt sich über Imitationseffekte erklären. Für die einzelnen Gemeinden steht die Wahlbeteiligung der letzten Kommunalwahlen zur Verfügung, hier wird der Durchschnittswert genommen.[30] Analog dazu lässt sich vermuten, dass ein höheres Niveau an politischer Partizipation in der Gemeinde auch mit einer höheren Unterstützung von Bürgertugenden, insbesondere des Bürger-

[30] Für viele der erhobenen EiK-Kontextdaten stehen Zeitreihen zur Verfügung. Da man davon ausgehen kann, dass Kontextfaktoren nicht sofort auf den Einzelnen wirken, sondern eine Weile brauchen, um beim Bürger anzukommen, allerdings auch keine Aussage darüber gemacht werden kann, wie lange zurückgegangen werden muss, wird hier, wenn möglich und wenn nicht anders angegeben, der Durchschnittswert genutzt.

engagements, einhergeht. Hier wird die aggregierte politische Partizipation (auf Basis der Individualdaten) herangezogen. Ein demokratisches und damit bürgertugendfreundliches Klima lässt sich auch durch genutzte direktdemokratische Elemente herstellen. Hier ließe sich annehmen, dass ein Mehr auch zu einer höheren Unterstützung der Bürgernormen führt (siehe hierzu auch die Ergebnisse von Bühlmann 2006). Für die einzelnen Kommunen stehen seit 1993 Daten für die Anzahl der Bürgerentscheide zur Verfügung. Allerdings ergibt die deskriptive Auswertung, dass hier nur eine sehr geringe Varianz besteht – in der Mehrheit der Gemeinden gab es noch nie einen Bürgerentscheid, das Maximum liegt bei zwei Bürgerentscheiden. Der Indikator ist also weniger aussagekräftig in Bezug auf direkte Demokratie auf lokaler Ebene als erhofft. Politische Kontexteffekte lassen sich schließlich auch von der Dominanz bestimmter politischer Parteien erwarten. Der unterstellte Mechanismus lautet, dass sich eine kommunalpolitische Vorherrschaft bestimmter Parteien und ihrem jeweiligen Bürgerverständnis über Vorbildfunktion und Imitation auch auf das individuelle Bürgertugendverständnis auswirkt. Eine Dominanz konservativer bzw. traditioneller Parteien wie CDU und FDP würde sich in dieser Hinsicht negativ auf die Unterstützung des Bürgerengagements, aber womöglich positiv auf Bürgerpflicht und die Wahlnorm auswirken. Demgegenüber könnte man umgekehrt von einer Dominanz progressiver und partizipationsfreundlicher Parteien (wie Grünen und SPD) das gegenteilige Bild erwarten. Die Vorherrschaft konservativer bzw. progressiver Parteien lässt sich mit den Wahlergebnissen für CDU, SPD, Grüne und FDP messen. Hier stehen Daten bis 2006 zur Verfügung. Es werden zum einen jeweils die aktuellen Ergebnisse (von 2006), zum anderen eine etwaige CDU- bzw. SPD-Dominanz auf lokaler Ebene berücksichtigt. Diese wird über die Anzahl der Legislaturperioden gemessen, in denen die jeweilige Partei die absolute Sitzmehrheit im Parlament besaß (seit 1976). Um einen kürzeren Zeitraum miteinbeziehen zu können und die in Bezug auf ihr Bürgerverständnis deutlich unterschiedlich anzusehenden Parteien CDU und Grüne gegenüberstellen zu können, sollen zusätzlich noch die kumulierten Wahlergebnisse für diese beiden Parteien in den 1990er Jahren hinzugezogen werden.

4.2.2 Gesellschaftliche Kontextfaktoren

Vereinsmitgliedschaft und sozialer Partizipation allgemein werden in der Sozialkapitalforschung positive Wirkungen nicht nur auf der Mikro- sondern auch der Makroebene zugeschrieben. Von einer lebendigen Zivilgesellschaft werden unter anderem Spillover-Effekte für die politische Kultur und demokratische Prozesse allgemein erwartet (vgl. z. B. Kriesi 2007). Insbesondere aus der Sicht der Sozialkapitalforschung sind die Vereine wichtig. Sie ermöglichen es nicht nur, gemeinsame Ziele mit den Vereinskollegen zu verwirklichen und dem Einzelnen civic skills zu erwerben, sondern prägen das gesellschaftliche und politische Leben auf positive Weise. Es lässt sich erwarten, dass von Gemeinden, in denen es eine Vielzahl von Vereinen gibt, ein positiver Kontexteffekt auch auf die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden ausgeht. Dies sollte – aufgrund der starken sozialen Partizipation innerhalb der Gemeinde – dann insbesondere für die Tugend des Bürgerengagements gelten. Was das Vereins-

leben anbelangt, können drei Indikatoren herangezogen werden. Zum einen die (absolute) Anzahl der Vereine in der jeweiligen Gemeinde sowie die Vereinsdichte, die die Anzahl der Vereine einer Gemeinde in Relation zur Einwohnerzahl angibt.[31] Weiterhin kann auf Basis der EiK-Individualdaten die aggregierte soziale Partizipation als zusätzlicher Indikator des lokalen Bürgerengagements benutzt werden.

Damit Kontexteffekte überhaupt wirksam werden können, müssen die Bürger einer Gemeinde über ihr lokales Umfeld Bescheid wissen. Eine breite lokale Medienvielfalt ermöglicht Bürgern umfassende Information und kritische Meinungsbildung rund um den lokalen Kontext. Dabei hängt es natürlich auch von der Berichterstattung selbst ab, in welche Richtung mögliche Effekte der Medienvielfalt deuten. Insgesamt sollte von einer breiten Mediennutzung ein positiver Effekt auf die Unterstützung der drei Bürgertugenden ausgehen. Wenn aus kritischer Berichterstattung Zynismus wird, sollte allerdings ein umgekehrter Einfluss zu beobachten sein. Die Medienlandschaft kann hier nur quantitativ mit dem Anteil der erscheinenden Tageszeitungen mit eigenständigem Lokalteil gemessen werden, so dass etwaige Einflüsse der Lokalberichterstattung nicht überprüft werden können.

Auf individueller Ebene wurde ein Zusammenhang zwischen postmaterialistischer Wertorientierung und Unterstützung des Bürgerengagements postuliert. Es wäre zu prüfen, ob sich auch für den Kontext ein Effekt eines möglicherweise vorherrschenden „Werteklimas“ feststellen lässt, welches entsteht, wenn eine Mehrheit der Bewohner materialistische bzw. postmaterialistische Werte unterstützt. Ein hoher Anteil an postmaterialistischen Mitbürgern würde in diesem Fall durch „Ansteckungsprozesse“ auch in der Gemeinde die Unterstützung des Bürgerengagements erhöhen. Der Anteil der Postmaterialisten kann dabei über die aggregierten Individualdaten erhoben werden.[32]

Neben der Bedeutung für politische Einstellungen auf der Mikroebene, lässt sich auch eine Wirkung von Religiosität auf lokaler Ebene vorstellen. In diesem Sinne sollten Menschen, die in Gemeinden mit höherem Christenanteil leben, stärker Bürgertugenden unterstützen als die in Gemeinden mit niedrigerem Christenanteil. Die Christen, denen hier ein höheres Tugendbewusstsein unterstellt wird, dienen in diesem Fall als Vorbilder. In ländervergleichenden Studien zur Ausstattung von Sozial- bzw. Systemkapital auf Länderebene auch immer wieder auf die vorherrschende Dominanz einer Religion bzw. Konfession verwiesen. So bestehen traditionell Zusammenhänge zwischen Protestantismus und hoher Unterstützung kultureller Sozialkapitalkomponenten auf der Makroebene (vgl. z. B. Gabriel et al. 2002). Überträgt man diesen Befund auf den kleinräumigeren Kontext der Kommunen, ließe sich erwarten, dass in Gemeinden, in denen der Anteil der evangelischen Kirchen überwiegt, die Unterstützung von Bürgertugenden höher ist. Allerdings wurde bereits im vorigen Abschnitt die Rolle der jeweiligen Konfession kontrovers diskutiert. So ließe sich umgekehrt auch ein positiver Effekt von einer stärker katholisch geprägten Gemeinde erwarten (siehe dazu

[31] Das heißt, dass bei diesem Indikator eine höhere Zahl eine geringere Dichte widerspiegelt.

[32] Es wäre denkbar, den Anteil der Postmaterialisten beispielsweise auch über den Anteil an Grünen-Wählern zu ermitteln – allerdings dient dieser bereits als Indikator des politischen Kontexts.

auch Bühlmann u. Freitag 2004). Für Religiosität und Konfession kann im lokalen Kontext auf verschiedene Indikatoren zurückgegriffen werden. Der Anteil der Christen dient als erster Indikator für die religiöse Homogenität einer Gemeinde. Des Weiteren lassen sich noch Differenzierungen nach Konfession über die Anzahl der Katholiken und Protestanten (jeweils im Jahr 2008) vornehmen. Als weiterer Indikator steht bei den EiK-Daten die Kirchgangshäufigkeit der Katholiken zur Verfügung.[32]

Kulturelle Homogenität gilt als günstige Voraussetzung für die Wirkkraft von Kontexteffekten, da bestimmte normative Einstellungen als weithin geteilt gelten und sich so besser über soziale Interaktion verbreiten können. Je homogener das lokale Umfeld in Bezug auf seine Bewohner ist, desto eher lassen sich also auch normative „Ansteckungsprozesse“ vermuten. Dies lässt sich nicht nur für religiöse Gruppierungen (siehe oben), sondern auch für ethnische Gruppen erwarten. Um ethnische Hetero- bzw. Homogenität zu ermitteln, kann der Anteil an nicht-deutschen Einwohnern einer Gemeinde als Indikator dienen. Negativ auf die Unterstützung bürgerlicher Normen und Tugenden könnte sich dagegen ein Umfeld auswirken, in dem die Kriminalitätsrate hoch ist und Straftaten kaum aufgeklärt bzw. geahndet werden. Hier sind die Anreize für den einzelnen Bürger, sich tugendhaft zu verhalten und zu denken, geringer als in einem Umfeld, in dem wenige Straftaten begangen werden bzw. die Strafverfolgung funktioniert. Die negativen Auswirkungen einer hohen Kriminalitätsrate lassen sich über die Anzahl nicht aufgeklärter Straftaten bzw. die Häufigkeitszahl als relatives Maß für die Anzahl der Straftaten messen. Demgegenüber wird mit der Aufklärungsquote ein Indikator gebildet, der angibt, wie viele Straftaten pro Jahr aufgeklärt werden konnten.

Neben diesen Aspekten der lokalen Zivilgesellschaft, lassen sich auch noch weitere, soziostrukturelle, Merkmale der kommunalen Umgebung als relevant postulieren. Für soziales Lernen und soziale Kontrolle im lokalen Kontext förderlich ist sicherlich eine möglichst „überschaubare“ Anzahl von Mitbürgern. Deshalb wird erwartet, dass je geringer die Einwohnerzahl sowie je niedriger die Einwohnerdichte, desto höher die Unterstützung von Bürgertugenden. Als Indikator für die Größe und Besiedlung einer Gemeinde bietet sich die Einwohnerzahl sowie die Bevölkerungsdichte an. Je kleinräumiger der Kontext, so lässt sich zudem annehmen, desto traditioneller auch die Lebenswelt, deshalb sollte hier insbesondere für die Wahlnorm und Bürgerpflicht ein höherer Wert gemessen werden. In kleinräumigeren Gebieten ist Engagement einfacher möglich als in einem urbanen Umfeld, deshalb würden wir auch hier eine stärkere Unterstützung des Bürgerengagements erwarten. Ein hoher Anteil an Singlehaushalten deutet auf wenig soziale Interaktion hin, deshalb sollte sich in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Einpersonenhaushalten ein niedrigeres Unterstützungsniveau für Bürgertugenden finden lassen.

4.2.3 Wirtschaftliche Kontextfaktoren

Die Wahrnehmung eines gut funktionierenden wirtschaftlichen Klimas im lokalen Umfeld hat sich in mehreren Studien als förderlich für die individuelle politische Zufriedenheit herausgestellt (z. B. Anderson 1995; Krumpal u. Vatter 2008). Demgegenüber hätte ein negatives Wirtschaftsklima eine eher dämpfende Wirkung. Das heißt,

wirtschaftlicher Erfolg wird auch dem politischen System zugeschrieben, das mit höherer Unterstützung und Zufriedenheit belohnt wird. Hier wäre deshalb zu prüfen, inwieweit lokaler wirtschaftlicher Erfolg dazu beiträgt, dass die Unterstützung bürgerlicher Tugenden gefördert und damit das politische System weiter gestärkt wird. Mit der Arbeitslosenquote sowie Indikatoren des wirtschaftlichen Erfolgs (genauer der Kaufkraft sowie dem Gesamtbetrag der jährlichen Einkünfte in Euro pro Steuerpflichtigem)[33] kann in der EiK-Studie das wirtschaftliche Umfeld gemessen werden.

Auch die sozioökonomische Zusammensetzung der Bevölkerung einer Gemeinde könnte für die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden relevant werden, indem sie auf indirekte Weise die „Inhalte" sozialen Lernens und sozialer Kontrolle beeinflusst. In „reichen" Gemeinden sollten dabei die klassischen Bürgertugenden Wahlnorm und Bürgerpflicht stärker unterstützt werden, während womöglich in weniger materiell privilegierten Kommunen die Unterstützung des Bürgerengagements höher ist. Da Zusammenhänge zwischen sozioökonomischem Status und Normenunterstützung auf der Individualebene empirisch belegt sind, lässt sich annehmen, dass Spillover-Effekte im Hinblick auf die sozioökonomische Mehrheit zu erwarten sind. Die sozioökonomische Verteilung einer Gemeinde lässt sich über den Anteil der Personen mit einem bestimmten monatlichen Haushaltseinkommen messen (Daten von 2008). Hier interessierte vor allem der Anteil der Haushalte mit einer sehr hohen Einkommenskategorie (über 7.500 Euro) und die drei niedrigsten Einkommensstufen (bis 2.000 Euro). Auch in Bezug auf die Homogenität des Ausbildungsniveaus der Bürger könnten sich wiederum Effekte erwarten lassen. Je höher der Anteil der Hochgebildeten und der Bürger mit Berufsausbildung in einer Gemeinde, desto deutlicher sollte die individuelle Unterstützung für Bürgertugenden ausfallen.

4.2.4 Relevanz des lokalen Kontexts: erste empirische Ergebnisse

Bevor die beschriebenen individuellen und kontextuellen Merkmale mehrebenenanalytisch überprüft werden, soll zunächst untersucht werden, inwieweit sich die vermuteten Kontexteffekte im Aggregat zeigen. Deshalb werden auf der Makroebene Korrelationen zwischen den diskutierten Merkmalen der drei Kontextbereiche und den drei Bürgertugenden berechnet. Tabelle 3 zeigt die auf diese Weise berechneten Koeffizienten.

Es zeigt sich in dieser aggregierten bivariaten Betrachtung, dass insbesondere das Bürgerengagement, gefolgt von der Wahlnorm, mit einigen Merkmalen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfelds in einem statistisch signifikanten Zusammenhang steht. Für das Bürgerengagement lassen sich 15 statistisch signifikante Koeffizienten ausmachen, für die Wahlnorm neun und für die Bürgerpflicht vier. Es zeigt sich auch, dass es kein Merkmal der Kontextebene gibt, welches mit allen drei Bürgertugenden in einem signifikanten Zusammenhang steht.

Was die *politischen Faktoren* anbelangt, zeigt sich ein gemischtes Bild. Mit nur zwei signifikanten Korrelationen schneidet hier das Bürgerengagement am schlechtesten ab; im Vergleich zu den sonstigen Faktoren dagegen die Bürgerpflicht mit drei Korrelatio-

[33] Für die Kaufkraft stehen Daten von 2009, für die jährlichen Einkünfte von 2004 zur Verfügung.

Tabelle 3: Unterstützung für Bürgertugenden und kontextuelle Merkmale (Aggregatdatenanalyse)

	Bürgerengagement	Bürgerpflicht	Wahlnorm
Politische Faktoren:			
Politische Partizipation (aggr.)	-0,14	-0,46*	-0,60***
Bürgerentscheide	-0,16	0,10	0,02
Wahlbeteiligung	0,52**	-0,19	0,09
Anzahl Gruppen Parlament	-0,45*	0,07	0,23
CDU Dominanz insgesamt	0,03	0,53	-0,36
Wahlergebnis CDU 90er Jahre (Kombination aus 93 und 97)	-0,03	0,42*	0,15
Wahlergebnis Grüne 90er Jahre (Kombination aus 93 und 97)	-0,36	-0,43*	-0,11
Wahlergebnis FDP 2006	-0,26	0,09	0,61***
Wahlergebnis SPD 2006	0,30	-0,21	-0,37**
Wahlergebnis CDU 2006	-0,12	0,35	0,08
Wahlergebnis Grüne 2006	-0,30	-0,23	-0,09
Gesellschaftliche Faktoren:			
Anzahl Vereine	-0,24	0,06	0,04
Vereinsdichte	-0,58**	-0,08	-0,05
Anzahl Einwohner	-0,34	0,07	0,07
Soziale Partizipation (aggr.)	0,39*	-0,27	-0,01
Bevölkerungsdichte	-0,56**	-0,10	0,14
Ausländeranteil	-0,65***	-0,01	0,03
Anteil der Singlehaushalte	-0,40*	-0,22	0,11
Anzahl lokale Zeitungen	-0,41*	0,03	0,13
Christenanteil	0,74***	0,31	-0,04
Protestantenanteil	0,46*	-0,10	-0,10
Katholikenanteil	-0,10	0,37	0,11
Kirchgangshäufigkeit Katholiken	0,21	0,49**	0,21
Anteil Postmaterialisten (aggr.)	0,04	-0,15	0,29
Straftaten	-0,30	0,05	0,05
Aufklärungsquote	0,32	0,20	-0,28
Häufigkeitszahl	-0,16	0,18	-0,16
Wirtschaftliche Faktoren:			
Anteil Haushalte mit hohem Einkommen	-0,42*	-0,00	0,48*
Anteil Haushalte mit niedrigem Einkommen	0,31	0,01	-0,47*
Kaufkraft	-0,48**	-0,07	0,49**
Jährliches Einkommen pro Steuerpflichtigem	-0,52**	-0,10	0,42*
Arbeitslosenquote	0,01	0,08	-0,36
Anteil Arbeitnehmer mit Berufsausbildung	0,66**	0,18	0,42*
Anteil Arbeitnehmer höherer Abschluss	-0,53**	-0,21	0,42*
Anteil Arbeitnehmer ohne Abschluss	0,02	0,05	-0,35

Anmerkungen: Korrelationen (Pearson's r), N = 28, Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

nen am besten. Die gefundenen Zusammenhänge sind interessant, wenn auch nicht immer erwartungsgemäß. So steht ein hohes politisches Partizipationsniveau in der Gemeinde in einer statistisch abgesicherten negativen Beziehung sowohl mit der Unterstützung der Bürgerpflicht als auch der Wahlnorm. Vor allem auf das Bürgerengagement war ein Effekt erwartet worden. Der Ausstrahlungseffekt eines hohen Partizipationsniveaus kommt offensichtlich traditionellen Bürgertugenden und nicht partizipatorischen Demokratievorstellungen zugute. Demgegenüber erwartungsgemäß geht eine höhere

kommunale Wahlbeteiligung tendenziell auch mit einer höheren Unterstützung des Bürgerengagements einher. Hier verwundert allerdings der fehlende Zusammenhang mit der Wahlnorm. Je mehr politische Gruppen im Gemeinderat vertreten sind, desto niedriger ist die Unterstützung des Bürgerengagements. Dieser unerwartete Effekt könnte im Sinne einer Abkehr von politischem Engagement aufgrund einer „Überpolitisierung" oder einer zu hohen Konfliktorientierung interpretiert werden. In Bezug auf die Wahl bestimmter Parteien lassen sich einige erwartete Korrelationen statistisch absichern, allerdings scheint es hier einen zeitverzögerten Effekt zu geben, wie die Korrelationen mit den Wahlergebnissen der CDU und den Grünen in den 1990er Jahren nahgelegen. Die aktuelle lokale parteipolitische Gemengelage steht nur in Bezug auf FDP und SPD bei der Wahlnorm in einem relevanten statistischen Zusammenhang: Ein höheres Ergebnis für die Freien Demokraten geht mit einer höheren Unterstützung der Wahlnorm einher, das Gegenteil ist der Fall für den Wahlerfolg der SPD. Keinen Einfluss zeigen Bürgerentscheide als Instrumente direkter Demokratie vor Ort. Dies lässt sich womöglich mit der geringen Varianz dieser Variablen erklären.

Es lässt sich feststellen, dass die *gesellschaftlichen Kontextmerkmale* vor allem mit der Unterstützung für Bürgerengagement korrelieren, während sich kaum signifikante Zusammenhänge mit den anderen Bürgertugenden aufdecken lassen. Der erwartete Zusammenhang eines intensiven Vereinslebens und der Unterstützung der drei Bürgertugenden in den Gemeinden lässt sich nur auf Basis der aggregierten sozialen Partizipationsrate und nicht bei der Anzahl der Vereine beobachten (und hier auch nur für Bürgerengagement). Die Vereinsdichte weist wie erwartet einen negativen Zusammenhang mit dem Bürgerengagement auf. Soziostrukturell betrachtet, hängen sowohl eine hohe Bevölkerungsdichte, ein hoher Ausländeranteil sowie ein hoher Anteil an Singlehaushalten negativ mit der Unterstützung der Bürgertugend in einer Gemeinde zusammen. Wenn man davon ausgeht, dass es sich bei der Bürgerengagement-Tugend um die voraussetzungsvollste Tugend handelt, dann scheint es so, dass ethnische Heterogenität sowie verstärkte Anonymität einer individuellen Unterstützung tendenziell im Wege stehen. Wie erwartet stehen auch einige der religiösen Charakteristika einer Kommune im Zusammenhang zum Bürgerengagement. Je höher der Christen- bzw. Protestantenanteil einer Kommune, desto höher auch die Unterstützung für Bürgerengagement. Demgegenüber verhält sich allerdings der Anteil der Katholiken nicht positiv in Bezug auf die etwas konservativeren Bürgertugenden Bürgerpflicht und Wahlnorm. Allerdings weist hier die Kirchgangshäufigkeit der Katholiken eine positive Korrelation auf. Ein letzter statistisch signifikanter Zusammenhang ist für die Anzahl der Zeitungen einer Gemeinde festzuhalten, der allerdings nicht in die erwartete Richtung geht. Je höher die Anzahl der in der Gemeinde erscheinenden Tageszeitungen, desto geringer das kommunale Unterstützungsniveau beim Bürgerengagement.[34] Keinerlei signifikan-

[34] Wenn man sich allerdings bewusst macht, dass diese Anzahl mit der Anzahl der Haushalte zusammenhängt (Pearson's $r = 0{,}63$; $p < 0{,}001$), dann verwundert die negative Korrelation nicht. Letztlich ist damit die Anzahl an Zeitungen ein Indikator für den Grad der Urbanität. Um einen kontextuellen Medieneffekt feststellen zu können, wären in dieser Hinsicht wohl eher Abonnentendaten geeignet, die allerdings nicht zur Verfügung stehen.

te Korrelationen auf Aggregatebene können dagegen für Straftaten, Aufklärungsquote oder den Anteil der Postmaterialisten festgestellt werden.

Wirtschaftliche Kontextmerkmale stehen in der Aggregatperspektive vor allem mit der Unterstützung der Wahlnorm in Beziehung; hier lassen sich die meisten statistischen Zusammenhänge, gefolgt vom Bürgerengagement, feststellen. Erwartete Effekte der kommunalen Bildungsverteilung finden sich bestätigt, wie der Tabelle zu entnehmen ist. Dies trifft auch auf die Korrelation des Anteils der Bürger mit einem höheren allgemeinen Bildungsabschluss und der Wahlnorm zu. Überraschend zeigt sich aber mit der Unterstützung von Bürgerengagement ein recht starker negativer Zusammenhang. In Bezug auf materielle und wirtschaftliche Kontextmerkmale stellen wir entgegengesetzte Zusammenhänge für Bürgerengagement und Wahlnorm fest. Je höher Einkommen, Kaufkraft und der Gesamtbetrag der Lohneinkünfte, desto niedriger die Unterstützung des Bürgerengagements, aber desto höher die Unterstützung der Wahlnorm. In materiell wohlsituierten Kommunen scheint sich das Bild des guten Bürgers vor allem auf die Stimmabgabe bei Wahlen zu beziehen, sonstige Aktivitäten passen offensichtlich nicht ins Bürgerverständnis. Keinen Effekt zeigt die Arbeitslosenquote.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf Gemeindeebene durchaus Korrelationen zwischen den drei untersuchten Aspekten des lokalen Kontexts und der Unterstützung der drei Bürgertugenden bestehen, diese konzentrieren sich insbesondere bei Bürgerengagement und Wahlnorm, die Unterstützung von Bürgerpflicht weist weniger signifikante Korrelationen auf. Zumindest nach dieser aggregierten Betrachtung sieht es auch so aus, als würde die Unterstützung für aktives bürgerliches Engagement und die Unterstützung für die Wahlnorm nur teilweise von ähnlichen Faktoren abhängen, ein Indiz, dass eine getrennte Betrachtung der Unterstützung für die konventionelle Bürgerbeteiligung sinnvoll ist.

Die aufgedeckten Zusammenhänge können sicherlich zumindest teilweise auf sogenannte Kompositionseffekte individueller Zusammenhänge in den Gemeinden zurückzuführen sein. So ließe sich beispielsweise vermuten, dass der Individualfaktor Einkommen einen Einfluss auf die individuelle Unterstützung von Bürgerengagement nimmt und dass folglich auf der Aggregatebene ein signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommen und Bürgerengagement nur eine Komposition der Einzelzusammenhänge ist. Das heißt die Zusammensetzung der Bevölkerung nach bestimmten Merkmalen führt zu signifikanten Zusammenhängen in der Gemeinde. Um zu überprüfen, inwieweit die festgestellten Beziehungen zwischen den drei Teilbereichen des lokalen Umfelds und den Bürgertugenden auch auf individueller Ebene gelten und Bedeutung erlangen, werden im folgenden Abschnitt Mehrebenenanalysen durchgeführt, die es erlauben, hierarchisch geordnete Daten, wie sie im vorliegenden Fall durch individuelle und kommunale Faktoren gegeben sind, zu untersuchen. Durch die hierarchische Modellierung ist es dann auch möglich herauszufinden, inwieweit Zusammenhänge auf der Aggregatebene nur durch Kompositionseffekte zustande kommen oder genuin kontextabhängig sind.

Tabelle 4: Unterstützung für Bürgertugenden in 28 hessischen Gemeinden (Random-Intercept-Only-Modelle)

	Bürgerengagement	Bürgerpflicht	Wahlnorm
Konstante	6,42***	8,62***	8,48***
Varianzkomponenten:			
Individualebene	4,56	1,20	5,30
Kontextebene	0,03	0,002	0,03
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,006	0,001	0,005
Likelihood-Ratio-Test	χ^2 = 40,95 (p = 0,000)	χ^2 = 2,7 (p = 0.050)	χ^2 = 24,42 (p = 0,000)
N	11.734	11.766	11.800

Anmerkungen: Nullmodell mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Einen ersten dezidierteren Anhaltspunkt für die empirische Relevanz des lokalen Kontexts im Vergleich zu Individualfaktoren können Random-Intercept-Only-Modelle („Nullmodelle“) für alle drei abhängigen Variablen geben. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse dieser Modelle.

Der Intraklassenkoeffizient, der den Varianzanteil der Kontextebene an der Gesamtvarianz angibt, liegt bei allen drei Dimensionen deutlich unter einem Prozent. Dies ist ein erstes Indiz, dass der lokale Kontext bei der individuellen Unterstützung der Bürgertugenden nur eine untergeordnete Rolle spielt. Allerdings zeigt der Likelihood-Ratio-Test, der prüft, inwieweit ein hierarchisches Modell besser für die Daten geeignet ist als eine lineare Regression, für Wahlnorm und Bürgerengagement ein signifikantes Ergebnis. Deshalb werden für diese beiden Dimensionen Mehrebenenanalysen gerechnet. Für den Aspekt der Bürgerpflicht erscheint es dagegen nicht erforderlich, hierarchische Modelle anzuwenden, so dass lediglich eine OLS-Regression vorgenommen wird, in der die Erwartungen der Individualfaktoren überprüft werden.

5 Die Unterstützung von Bürgertugenden – individuelle und lokale Faktoren im Mehrebenenmodell

5.1 Der Einfluss individueller Merkmale

Inwieweit können die besprochenen Erklärungsfaktoren auf individueller bzw. insbesondere auf kontextueller Ebene zur Erklärung der individuellen Unterstützung für Bürgertugenden beitragen? Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse der Analysen zur Erklärung der Unterstützung der Bürgertugenden.[35]

[35] Vor den Analysen werden alle unabhängigen Variablen (falls nicht ohnehin schon geschehen) auf einen Wertebereich von 0 bis 1 umgerechnet, um die Effektstärken in einem Modell vergleichen zu können. Die Regressionskoeffizienten geben so den Effekt an, wenn ein Sprung vom niedrigsten zum höchsten Wert eines Faktors betrachtet wird.

Tabelle 5: Individuelle Determinanten der Unterstützung von Bürgerengagement, Bürgerpflicht und Wahlnorm

	Bürgerpflicht	Bürgerengagement	Wahlnorm
Soziale Integration			
Soziale Partizipation	0,00	0,23***	0,02
Mitgliedschaft altruistisch	0,00	0,00	0,01
Nachbarschaftliches Netzwerk	0,01***	0,03***	0,00
Mit Partner im HH	0,01*	0,00	0,01*
Erwerbstätigkeit	-0,01**	-0,01*	0,02**
Evangelisch	0,01**	0,02**	0,01*
Katholisch	0,01**	0,01	0,02
Andere Religionsgemeinschaft	0,04***	0,01	-0,01
Kirchgang	0,00	0,03***	0,00
Sozialstrukturelle Merkmale			
Geschlecht (männlich)	-0,03***	0,00	-0,04***
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,00	-0,01	0,04**
Bildung	-0,01**	-0,04***	0,06***
Subjektive Schichteinschätzung	-0,02**	-0,01	0,00
Alter	0,04*	-0,07*	0,12**
Generation68	0,01	0,02*	0,01
Generation89	0,01*	0,02*	0,02
Generation Heute	0,02	0,02	0,04
Politische Faktoren			
Lokales politisches Vertrauen	0,06***	0,13***	0,08**
Nationales politisches Vertrauen	0,03*	0,01	0,11***
Lokale politische Zufriedenheit	0,00	-0,00***	-0,00
Nationale politische Zufriedenheit	0,06***	0,17***	0,17**
Politisches Interesse	0,04***	0,12***	0,19***
Politische Diskussion	0,01*	0,05***	0,02**
Mediennutzung	0,00	0,04***	0,07***
Politische Partizipation	-0,00	0,04***	0,01**
Soziales Vertrauen	0,04***	0,07***	0,03***
Postmaterialistische Einstellung	-0,00	0,01	0,02***
Konstante	0,72***	0,25***	0,28***
Varianzkomponenten/ Korr. R2	0,13	–	–
Kontextebene	–	0,007	0,007
Individualebene	–	3,19	3,71
Intraklassenkorrelation (ICC)	–	0,002**	0,002**
N	9.475	9.473	9.493

Anmerkungen: Analysen bei Bürgerpflicht: lineare Regression, bei Bürgerengagement und Wahlpflicht Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht-standardisierte Koeffizienten ausgewiesen. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Referenzkategorien: Religion: nicht konfessionell gebunden; Kohortenzugehörigkeit: Vorkriegsgeneration.

Was die Bedingungen der Zustimmung zur klassischen Bürgertugend Bürgerpflicht anbelangt, lässt sich feststellen, dass, während die soziale Partizipation allgemein bzw. im Rahmen einer altruistischen Gruppierung keinen statistischen Zu-

sammenhang mit der Unterstützung für Bürgerpflicht aufweist, Menschen, die sich mit Nachbarn treffen und/oder mit ihrem Partner im Haushalt zusammenleben, erwartungsgemäß eine signifikant höhere Zustimmung zeigen. Erwerbstätige weisen dagegen im Vergleich zu Nicht-Berufstätigen eine niedrigere Unterstützung auf. Konfessionelle Zugehörigkeit, egal welcher religiöser Couleur, wirkt sich, wie vermutet, positiv aus. Dabei zeigen die Angehörigen der sonstigen Religionsgemeinschaften im Vergleich zur Referenzkategorie der nicht konfessionell Gebundenen eine etwas deutlichere Zustimmung zu staatsbürgerlichen Pflichten als Katholiken und Protestanten.

Bezüglich der sozioökonomischen Erklärungsfaktoren lässt sich feststellen, dass höher Gebildete, entgegen der Erwartung, ein geringeres Unterstützungsniveau aufweisen als niedriger Gebildete, Frauen und Ältere erwartungsgemäß eine höhere Unterstützung. Betrachtet man die Kohortenzugehörigkeit lässt sich die Rolle des Alters noch spezifizieren. Im Vergleich zur ältesten Kohorte verfügt nämlich die „1989"-Generation über eine signifikant höhere Zustimmung zur Bürgerpflicht. Inwieweit dies auf die Lebensphase zurückgeht oder einen Periodeneffekt darstellt, kann an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Politische Einstellungen, soziales Vertrauen und politische Involvierung wirken sich größtenteils positiv auf die Unterstützung der Bürgerpflicht auf. Insgesamt erklären die Individualdeterminanten nur etwa 13 Prozent der Varianz, was nicht sonderlich überzeugend ist.[36]

Zur Erklärung der beiden übrigen Bürgertugenden wurden die diskutierten Variablen der Individualebene in Random Intercept-Modelle integriert. Dies erlaubt eine Evaluation ihrer Erklärungskraft auch im Vergleich zur von der Kontextebene erklärten Varianz. Es zeigt sich, deutlicher als beim Bürgerpflichtmodell, dass die meisten der besprochenen Individualmerkmale einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Unterstützung der zwei Bürgertugenden aufweisen. Dabei weisen die Effekte bis auf wenige Ausnahmen in die erwartete Richtung. Allerdings wird deutlich, dass die Wirkungskraft der einzelnen Mikrofaktoren auch von der jeweils zu unterstützenden Bürgertugend selbst abhängt. Bei beiden Bürgertugenden erweisen sich politische Einstellungen als die deutlichsten Determinanten, sowohl was die Anzahl signifikanter Zusammenhänge als auch was die Stärke der Koeffizienten anbelangt. In Bezug auf die Erklärung der Unterstützung der Wahlnorm zeigen sich bei den Faktoren der sozialen Integration des Einzelnen die wenigsten signifikanten Wirkungen, bei Bürgerengagement sind es die sozialstrukturellen Merkmale.

Wie erwartet hat die strukturelle Sozialkapitalressource soziale Partizipation eine positive (und hier auch die stärkste) Beziehung zur individuellen Zustimmung zum Bürgerengagement. Das heißt, dass sich ein Wechsel von keiner zur quantitativ höchsten Vereinsbindung mit 0,23 Punkten mehr auf der Bürgerengagement-Unterstützung bezahlt macht. Auch die Integration in private informelle Netzwerke zeigt erwartete positive Zusammenhänge mit Bürgertugenden. Überraschend, da negativ, wirkt sich

[36] Dies deutet darauf hin, dass auf der Individualebene noch weitere Determinanten vorhanden sind, die hier nicht berücksichtigt wurden. Allerdings muss hier nochmals auf die linkschiefe Verteilung hingewiesen werden, die einer aussagekräftigen OLS-Modellierung im Weg stehen könnte.

im kontrollierten Modell eine Erwerbstätigkeit auf Bürgerengagement aus. Hier ließe sich vermuten, dass die knappe Ressource Zeit, die für ein gesellschaftliches und politisches Engagement vonnöten ist, weniger mit dem Leben von Berufstätigen vereinbar ist als von Nicht-Berufstätigen und sich das auch im Bürgerverständnis niederschlägt. Demgegenüber zeigen sich wie erwartet positive Effekte der Erwerbstätigkeit sowie des Zusammenlebens mit einem Partner auf die Unterstützung der Wahlnorm. Auch die Religion zeigt teilweise erwartete Einflüsse auf die Unterstützung von Bürgertugenden. So weisen Mitglieder der evangelischen Kirche(n) eine statistisch signifikant höhere Unterstützung auf als konfessionell nicht Gebundene. Unabhängig von der Konfession befürworten allerdings regelmäßige Kirchgänger Bürgerengagement deutlicher als solche, die dies nicht tun. Es ließe sich vermuten, dass sich kirchliche Mobilisierung in Bezug auf gesellschaftliches Engagement zumindest auf die Einstellungsebene der Kirchgänger niederschlägt.

Die Analyse der soziodemographischen Merkmale ergibt in Bezug auf Bürgerengagement, dass Geschlecht, subjektive Schichteinschätzung und die Nationalität keine Auswirkungen haben. Wie vermutet befürworten Frauen, deutsche Staatsangehörige und höher Gebildete die Wahlnorm stärker. Je älter die Bürger sind, desto weniger unterstützen sie Bürgerengagement, aber desto stärker unterstützen sie die Pflicht zur Stimmabgabe bei Wahlen. Neben diesem linearen Alterszusammenhang zeigen sich teilweise auch erwartete Zusammenhänge mit der Kohortenzugehörigkeit. So befürworten sowohl die „68er“ als auch die „89er“ Bürgerengagement stärker als dies die Vorkriegsgeneration tut. Gleichzeitig unterscheiden sie sich aber nicht signifikant von letzteren bezüglich ihres Verhältnisses zur Wahlnorm.

In Bezug auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten zeigen sich ebenfalls erwartete Effekte: Politisches Vertrauen in die lokale Politikebene und politische Involvierung wirkt sich förderlich auf die Unterstützung von Bürgerengagement und Wahlnorm aus. Demgegenüber wirkt sich das überregionale politische Vertrauen positiv auf die Unterstützung der Wahlnorm aus. Eine postmaterialistische Einstellung hat, entgegen der Erwartung, keinen signifikanten Effekt auf das Bürgerengagement, befördert aber die Zustimmung zum Wahlgang als Bürgertugend.

Durch die Berücksichtigung der Individualmerkmale bei Bürgerengagement und Wahlnorm verringern sich die jeweiligen ICC-Werte auf 0,002, das heißt, gegenüber dem reinen Nullmodell, in dem noch 0,6 Prozent der Varianz bei Bürgerengagement und 0,5 Prozent der Varianz bei der Wahlnorm auf die Kontextebene entfiel, entfallen nach Berücksichtigung der Individualfaktoren nur noch 0,2 Prozent der Varianz auf mögliche Merkmale der Makroebene. Dies spricht dafür, dass ein substanzieller Teil der auf Kontextebene festgemachten Varianz durch Kompositionseffekte, wie bereits in Abschnitt 2 vermutet wurde, zustande kommt. Dennoch zeigt der Likelihood-Ratio-Test für die beiden abhängigen Bürgertugenden immer noch ein signifikantes Ergebnis, was für eine Zwei-Ebenen-Modellierung spricht. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden, inwieweit die diskutierten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontextmerkmale der Gemeinden Einfluss auf die individuelle Befürwortung der Bürgertugenden nehmen.

5.2 Der Einfluss von Kontextmerkmalen

Inwieweit haben nun Merkmale der Gemeindeebene Anteil an der Erklärung der individuellen Unterstützung für die Bürgertugenden Bürgerengagement und Wahlnorm? Dieser Frage wird nachgegangen, indem die besprochenen Kontextmerkmale, von denen Zusammenhänge mit der individuellen Unterstützung des Bürgerengagements und der Wahlnorm erwartet werden, nacheinander den Random-Intercept-Modellen mit allen Individualfaktoren (wie sie in Tabelle 5 dargestellt wurden) hinzugefügt werden (insgesamt 70 Modelle).

Tabelle 6 zeigt die signifikanten Koeffizienten für die jeweiligen Kontextfaktoren. Aus Darstellungsgründen wird darauf verzichtet die Koeffizienten der Individualfaktoren, die sich in ihrem Einfluss höchstens minimal verändern, jeweils noch zusätzlich darzustellen.

Die ICC-Werte nach Berücksichtigung relevanter Individualfaktoren zeigten bereits die nur begrenzte Erklärungskraft der kommunalen Ebene. Allerdings bestätigen sich einige der vermuteten Einflüsse der Gemeindeebene und bekräftigen teilweise die auf der Aggregatebene gefundenen Zusammenhänge. Dabei gehen fast alle signifikanten Koeffizienten in die erwartete Richtung. Es lässt sich allerdings ein deutlicher Unterschied bei der Anzahl signifikanter Kontexteffekte ausmachen: Mit 19 signifikanten Koeffizienten zeigen die ausgewählten Merkmale des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontexts bei der Unterstützung des Bürgerengagements mehr Erklärungskraft als bei der Unterstützung der Wahlnorm (sechs signifikante Koeffizienten).

An *politischen Kontextfaktoren* kristallisiert sich im kontrollierten Mehrebenenmodell vor allem die Anzahl der Gruppen im kommunalen Parlament als relevanter Faktor für die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden heraus. Der negative Zusammenhang, der bereits in der Aggregatdatenanalyse festgestellt wurde, bestätigt

Tabelle 6: Individuelle und kontextuelle Determinanten der Unterstützung von Bürgerengagement und Wahlnorm

	Bürgerengagement	Wahlnorm
Politische Faktoren		
Politische Partizipation (aggr.)	0,03	-0,00
Bürgerentscheide	-0,01	0,00
Anzahl Gruppen Parlament	-0,02**	0,02#
CDU Dominanz insgesamt	-0,01	0,01
Wahlergebnis CDU 90er Jahre	-0,02	0,02
Wahlergebnis Grüne 90er Jahre	-0,06	-0,03
Wahlergebnis FDP 2006	-0,15*	0,21**
Wahlergebnis SPD 2006	0,07*	-0,03
Wahlergebnis CDU 2006	-0,05#	-0,04
Wahlergebnis Grüne 2006	-0,05	0,01
Wahlbeteiligung	0,09#	-0,04

(Fortsetzung auf S.125)

Tabelle 6: *(Fortsetzung)*

	Bürgerengagement	Wahlnorm
Gesellschaftliche Faktoren		
Anzahl Vereine	0,01	0,13#
Vereinsdichte	-0,03***	-0,01
Soziale Partizipation (aggr.)	0,20#	-0,06
Anzahl Einwohner	-0,01	-0,11
Bevölkerungsdichte	-0,02#	0,13#
Ausländeranteil	-0,11**	0,06
Anteil der Singlehaushalte	-0,16	0,21*
Anzahl lokale Zeitungen	-0,02	0,02#
Christenanteil	0,07***	-0,02
Protestantenanteil	0,03**	-0,01
Katholikenanteil	-0,02	-0,01
Kirchgangshäufigkeit Katholiken	0,04	0,04
Anteil Postmaterialisten (aggr.)	-0,06	0,05
Straftaten	-0,01	0,01*
Aufklärungsquote	0,11**	-0,01
Häufigkeitszahl	0,01	0,01
Wirtschaftliche Faktoren		
Anteil Haushalte mit hohem Einkommen	-0,02**	0,02
Anteil Haushalte mit niedrigem Einkommen	0,00***	-0,02
Kaufkraft	-0,04	0,01
Jährliche Einkommen pro Steuerpflichtigem	-0,04***	0,02
Arbeitslosenquote	0,20*	-0,04
Anteil Arbeitnehmer mit Berufsausbildung	0,13**	-0,06
Anteil Arbeitnehmer höherer Abschluss	-0,22***	0,00
Anteil Arbeitnehmer ohne Abschluss	-0,22***	0,00

Anmerkungen: Random-Intercept-Modell mit Variablen der Individual- und Kontextebene; Ergebnisse der Individualmerkmale nicht dargestellt; Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen. Signifikanzniveaus: # = $p < 0{,}10$; * = $p < 0{,}05$; ** = $p < 0{,}01$; *** = $p < 0{,}001$. Separate Hinzufügung einzelner Kontextfaktoren zu den Individualmodellen (Einzeltests, insgesamt 70 Modelle); Effekte der Individualfaktoren nicht dargestellt.

sich nun und lässt den Schluss zu, dass eine hohe parlamentarische Politisierung einen negativen Einfluss auf die Unterstützung des Bürgerengagements hat. Was die lokale Parteienlandschaft bzw. die Stimmergebnisse der Parteien angeht, findet sich kein einheitliches Bild. Je besser das Wahlergebnis in den Kommunen für die SPD, desto höher ist auch die individuelle Unterstützung für Bürgerengagement. Das Gegenteil ist auf sehr deutliche Weise der Fall, bezieht man die letzten Wahlergebnisse für FDP und CDU mit ein. In Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung höher ist, verfügt der einzelne Bürger tendenziell auch über eine deutlichere Befürwortung des Bürgerengagements. Dies trifft allerdings nicht auf die Wahlnorm zu, die einzigen signifikanten Merkmale des politischen Umfelds sind die Anzahl der Parteien im Kommunalparlament, die sich hier erwartungsgemäß positiv auswirkt, sowie das Wahlergebnis der FDP.

Was die Einflüsse der *gesellschaftlichen Faktoren* anbelangt, so sinkt, wie erwartet, mit einer größeren Vereins- bzw. Bevölkerungsdichte die Unterstützung. Das heißt, je deutlicher man sich einen Verein mit den Mitbürgern „teilen“ muss, desto weniger stark fällt die Unterstützung für das Bürgerengagement aus. Je mehr Menschen sich allerdings sozial in der Gemeinde engagieren, desto höher ist die individuelle Unterstützung des Bürgerengagements – hier spielen offensichtlich Ansteckungseffekte eine Rolle. Nicht signifikant ist dagegen die Anzahl der Vereine selbst. Ein hoher Christen- bzw. Protestenantenanteil führt zu einer höheren Zustimmung von Bürgertugenden. Weiterhin wirkt sich eine höhere Aufklärungsquote positiv auf die individuelle Zustimmung zum Bürgerengagement aus. Bei der individuellen Zustimmung zur Wahlnorm spielen im Vergleich zu den anderen lokalen Bereichen insbesondere Faktoren des gesellschaftlichen Umfelds eine Rolle. Hier zeigt sich erwartungsgemäß ein positiver Einfluss der Anzahl an Vereinen, aber auch ein leicht positiver Einfluss der Medienlandschaft. Nicht erwartet war, dass mit einer stärkeren Bevölkerungsdichte, einem höheren Anteil an Singlehaushalten sowie einer höheren Anzahl an Straftaten ein positiver Effekt auf die Unterstützung der Wahlnorm einhergeht. Es sieht so aus, als wären es bestimmte gesellschaftliche Aspekte eines urbanen Umfelds, die zur Unterstützung der Wahlnorm beitragen. Allerdings ist die Anzahl der Einwohner selbst nicht signifikant, so dass es nicht nur an der Größe der Gemeinde liegen kann.

Der Blick auf die *wirtschaftlichen Kontextfaktoren* zeigt nur einige signifikante Effekte für die Unterstützung von Bürgerengagement, nicht aber für die Unterstützung der Wahlnorm. Wirtschaftlich besser gestellte Kommunen produzieren einen leicht hemmenden Einfluss für die Unterstützung von Bürgerengagement, umgekehrt stellt man einen positiven Effekt in Gemeinden, in denen niedrige Haushaltseinkommen dominieren, fest. Die Arbeitslosenquote weist einen recht starken positiven Zusammenhang mit der Unterstützung für Bürgerengagement auf. Hier ließe sich argumentieren, dass von lokaler Deprivation offenbar eine mobilisierende Wirkung auf Bürgerengagement ausgeht.

Werden alle signifikanten Kontextfaktoren für Bürgerengagement in einem Modell berücksichtigt (tabellarisch nicht dargestellt), lassen sich keine signifikanten Auswirkungen des Kontexts mehr feststellen. Deshalb werden für die drei verschiedenen Aspekte des lokalen Kontexts jeweils einzelne „Gesamtmodelle“ berechnet. Integriert man alle signifikanten gesellschaftlichen Faktoren in das Random-Intercept-Modell mit den Individualfaktoren, bleiben die aggregierte soziale Partizipation und die Aufklärungsquote signifikant in ihrem Einfluss bestehen. Der ICC im ersten Gesamtmodell verringert sich insgesamt auf 0,0007 und auch der Likelihood-Ratio-Test ist nicht mehr signifikant, was darauf hindeutet, dass mit den gewählten Faktoren bereits wichtige Aspekte des Kontexts enthalten waren. Beim politischen und wirtschaftlichen Gesamtmodell lässt sich jeweils kein signifikanter Faktor mehr bestimmen, aber auch hier sinken die ICC-Werte noch einmal deutlich und die Likelihood-Ratio-Tests sind nicht mehr signifikant.

Für die Wahlnorm zeigt sich, berücksichtigt man alle signifikanten Kontextfaktoren in einem Modell, dass keines der vormals einflussreichen Kontextmerkmale noch

signifikant ist. Ein reines gesellschaftliches Gesamtmodell führt zum gleichen Ergebnis. Bei den politischen Kontextfaktoren bleibt der signifikante Einfluss des FDP-Wahlergebnisses erhalten. Die Intraklassenkorrelation wird im Vergleich zum Individualmodell halbiert und auch hier ist der Likelihood-Ratio-Test nicht mehr signifikant.

5.3 Wirkt der Kontext auf alle Bürger gleich?

Zuletzt soll noch die Erwartung getestet werden, dass für Bürger, die über eine besondere Beziehung zu ihrer Gemeinde verfügen, sei es dadurch, dass sie länger in einer Gemeinde leben, dass sie sich ihrer Kommune verbundener fühlen bzw. mit der Demokratie und dem Leben in der Kommune generell zufriedener sind, der lokale Kontext eine größere Rolle bei ihrer Unterstützung von Bürgertugenden spielt als bei ihren Mitbürgern. Um dies zu testen, werden jetzt für die einzelnen Indikatoren Random Intercept-Only-Modelle geschätzt und dabei die jeweiligen Intraklassenkorrelationen berechnet und miteinander verglichen (siehe zu diesem Vorgehen auch Tausendpfund 2012). Bei jeweils der Gruppe von Individuen, die bei den vier Indikatoren als die mit der Gemeinde am stärksten Verbundenen gelten können, müssten dann die ICC-Werte höher sein als bei den anderen.[37]

Die in Tabelle 7 (s. S. 128) dargestellten Ergebnisse dieser Analysen können die Erwartungen tatsächlich teilweise bestätigen, allerdings nur für die Unterstützung des Bürgerengagements. So zeigt sich für die Wohndauer, die Verbundenheit mit der Gemeinde sowie der Zufriedenheit mit der lokalen Demokratie der erwartete Effekt. Für die Personengruppe, die über zehn Jahre in der Gemeinde lebt, steigt der ICC-Wert auf 0,006 an und erstmals ist hier auch der Likelihood-Ratio-Test signifikant. Deutlicher ist der Effekt sogar beim Wechsel von den kommunal weniger Verbundenen zu den Verbundenen zu sehen. Hier erfolgt ein Varianzanstieg der Gemeindeebene bei der Erklärung der Unterstützung von Bürgerengagement von 0,1 auf 0,7. Bei der Zufriedenheit mit der lokalen Demokratie stellen wir ebenfalls einen Anstieg der ICC-Werte fest – bei der Gruppe der sehr Zufriedenen entfällt auf die Kontextebene 0,8 Prozent Varianzaufklärung (im Gegensatz zu nur 0,4 Prozent bei den weniger Zufriedenen). Einzig bei der Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune allgemein lassen sich keine Unterschiede feststellen.

Die Ergebnisse für die Wahlnorm entsprechen dagegen nicht dem erwarteten Muster. Hier scheint es fast einen umgekehrten Effekt zu geben. So ist die ICC für die Gruppe der fünf bis zehn Jahre in der Gemeinde Lebenden mit 0,02 der höchste Wert überhaupt und deutet darauf hin, dass insbesondere hier der kommunale Kontext eine Rolle spielt. Deutlich weniger stark ist das für die Gruppe der Menschen mit einer Wohndauer von

[37] Es wurden vier Indikatoren berücksichtigt und folgendermaßen operationalisiert: Wohndauer in der Kommune (Frage 1), die lokale Verbundenheit (Frage 15a), die Einschätzung der kommunalen Demokratie (Frage 19a) und die Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune (Frage 5). Bei der Wohndauer wurden drei Gruppen unterschieden: 1) Menschen, die bis zu fünf Jahren in der Gemeinde leben, 2) Bürger, mit fünf bis zehn Jahren Wohndauer und 3) Menschen, die mehr als zehn Jahre in der Gemeinde leben. Die drei übrigen Indikatoren wurden auf Basis eines Mediansplits in Verbundene/Zufriedene und weniger Verbundene/Zufriedene eingeteilt.

Tabelle 7: Intraklassenkorrelationen für Bürgerengagement und Wahlnorm nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Vergleich

	Bürgerengagement	Wahlnorm	N
Wohndauer <5 Jahre	0,004	0,008	1.438
Wohndauer 5-10 Jahre	0,008	0,024***	1.320
Wohndauer >10 Jahre	0,006***	0,004***	8.753
Verbundenheit <=6	0,001	0,010***	4.853
Verbundenheit >6	0,006***	0,001	6.881
Zufriedenheit lokale Demokratie<=6	0,004	0,005	4.151
Zufriedenheit lokale Demokratie>6	0,008***	0,003**	7.583
Lokale Zufriedenheit <=7	0,006***	0,004	5.718
Lokale Zufriedenheit >7	0,006***	0,004	6.016

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung (Random-Intercept-Only-Modelle). ICC = Intraklassenkorrelation. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Die Angaben der Signifikanz beziehen sich jeweils auf einen Likelihood-Ratio-Test, bei dem die Devianz des hierarchischen linearen Modells mit der Devianz einer linearen Regression (OLS) verglichen wird. Ein signifikanter Wert deutet darauf hin, dass die Modellierung eines hierarchischen Modells eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als eine OLS-Regression.

über zehn Jahren der Fall. Für die anderen Indikatoren zeigen sich entweder keine signifikanten Ergebnisse oder – wie im Fall der Zufriedenheit mit der lokalen Demokatie –, dass die Unterstützung der Wahlnorm für die Gruppe der Menschen mit einer niedrigeren lokale Demokratiezufriedenheit eine höhere Kontextabhängigkeit aufweist als für die Menschen mit einer höheren Zufriedenheit. Hieraus lässt sich ableiten, dass für die Wirksamkeit von Kontextmerkmalen auf die Unterstützung der Wahlnorm eine besondere Beziehung der Bürger, wie sie hier berücksichtigt wurde, keine Rolle spielt.

6 Fazit

Die Unterstützung von Bürgertugenden durch die Mitglieder demokratischer Gemeinwesen gilt generell als wichtige Legitimationsgrundlage desselben. Trotz mancher Werteverfallsszenarien zeigen empirische Studien – wie auch die vorliegende auf Basis von repräsentativen Daten aus 28 hessischen Gemeinden – immer wieder, dass Bürgertugenden tatsächlich eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten. Dabei lassen sich die Erfüllung von Bürgerpflichten von der Ausübung von Bürgerrechten nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch unterscheiden und auch wenn die Teilnahme an Wahlen sowohl Teil bürgerlicher Partizipation als auch der Erfüllung von Bürgerpflichten ist, zeigt sich empirisch, dass sie doch als eigene Bürgertugend verstanden wird.

In diesem Beitrag wurden, neben individuellen Erklärungsfaktoren, erstmals auch Gemeinden als vielbeschworene „Schulen der Demokratie“ in ihrem Einfluss auf die individuelle Unterstützung von Bürgertugenden untersucht. Hier wurden politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte des kommunalen Kontexts berücksichtigt. Es zeigte sich, dass insbesondere beim Bürgerengagement und der Wahlnorm tatsächlich statistisch signifikante Einflüsse der Gemeindeebene festgestellt werden konnten. Allerdings zeigen die empirischen Analysen im Vergleich zur Wirksamkeit

der Individualfaktoren insgesamt einen eher schwachen direkten Erklärungsbeitrag des Kontexts bei diesen beiden Bürgertugenden; für die Unterstützung der Bürgerpflicht ließ sich kein Einfluss des kommunalen Kontexts ermitteln. Es wurde weiterhin festgestellt, dass einige Unterschiede in der Unterstützung zwischen den verschiedenen Gemeinden nicht auf genuine Merkmale der Kommune selbst, sondern auf die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung zurückzuführen sind.

Trotz des zunächst einmal eher eingeschränkten Potenzials des lokalen Umfelds, lassen sich aus den Ergebnissen einige Schlussfolgerungen für den Beitrag der Kommunen zur Unterstützung von Bürgertugenden ziehen. Eine Gemeinde, die sich durch eine lebendige Zivilgesellschaft auszeichnet, fördert insgesamt die Unterstützung von Bürgerengagement. Gleichzeitig erweist sich kulturelle Homogenität, ausgedrückt in einem hohen Christenanteil und einem geringen Anteil an nicht-deutschen Bürgern, offensichtlich als förderlich. Dies weist darauf hin, dass – will man die Unterstützung von Bürgerengagement fördern – zum einen kommunale Bemühungen um die Integration der in der Gemeinde lebenden Ausländer verstärkt werden und zum anderen das Vereinsleben insgesamt gefördert werden sollte.

Auch wenn die Ergebnisse auf eine vernachlässigende Rolle der lokalen Umgebung für die Unterstützung von Bürgertugenden hindeuten, sollte man den Kontext dennoch nicht generell außer Acht lassen. Es konnte gezeigt werden, dass für Bürger, die mit ihrer Gemeinde stärker als andere verbunden sind, zum Beispiel durch die Wohndauer oder durch die Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune, der Kontext eine größere Rolle bei der Unterstützung von Bürgerengagement als Tugend spielt als für andere. Weiterhin lässt sich vermuten, dass Kontexteffekte auf latente Orientierungen wie die hier interessierenden Bürgertugenden womöglich weniger stark ausfallen als bei politischem Verhalten (siehe dazu auch den Beitrag von Gabriel in diesem Band). Wie bereits diskutiert wurde, lässt sich die Unterstützung von Normen und Tugenden auf Sozialisationsprozesse in verschiedenen sozialen Kontexten zurückführen. Diese sozialen Kontexte sind in der Regel ihrerseits wiederum in das lokale Umfeld eingebunden. Damit ließe sich auch vermuten, dass neben einem direkten Einfluss des lokalen Kontexts, der in diesem Beitrag nur eingeschränkt festgestellt werden konnte, auch ein indirekter Einfluss des regionalen Umfelds vermutet werden kann. Hier wäre es interessant, in weiteren Analysen mögliche Interdependenzen zwischen verschiedenen sozialen und lokalen Kontexten herauszuarbeiten.

Literatur

Abendschön, Simone. 2010. *Die Anfänge demokratischer Bürgerschaft. Sozialisation politischer und demokratischer Werte und Normen im jungen Kindesalter*. Baden-Baden: Nomos.

Anderson, Christopher. 1995. *Blaming the Government: Citizens and the Economy in Five European Democracies*. Armonk: M.E. Sharpe.

Arzheimer, Kai. 2006. Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wählerbereitschaft. In *Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der Politischen Soziologie zur Jugendforschung*, Hrsg. Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Jan W. van Deth, 317–336. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bandura, Albert. 1977. *Social Learning Theory*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.

Berger, Peter L., Brigitte Berger, und Hansfried Kellner. 1975. *Das Unbehagen in der Modernität*. Frankfurt a. M.: Campus.

Bernhagen, Patrick, und William A. Maloney. 2010. Civil Society Organizations as "Little Democracies"? In *Civil Society and Activism in Europe. Contextualizing Engagement and Political Orientations*, Hrsg. William A. Maloney und Jan W. van Deth, 100–126. London: Routledge.

Bilden, Helga. 1991. Geschlechtsspezifische Sozialisation. In *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*, Hrsg. Klaus Hurrelmann und Dieter Ulich, 279–302. Weinheim: Beltz.

Books, John W., und Charles L. Prysby. 1991. *Political Behaviour and the Local Context*. New York: Praeger.

Bühlmann, Marc. 2006. *Politische Partizipation im kommunalen Kontext: Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.

Bühlmann, Marc. 2010. Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4: 203–231.

Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 326–349.

Bühlmann, Marc, und Andreas Ladner. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegröße und anderer Faktoren auf die Qualität der Demokratie in den Gemeinden*. Zürich: Rüegger.

Conover, Pamela J., Ivor M. Crewe, und Donald D. Searing. 1991. The Nature of Citizenship in the United States and Great Britain: Empirical Comments on Theoretical Themes. *Journal of Politics* 53: 800–832.

Conover, Pamela J., Stephen T. Leonard, und Donald D. Searing. 1993. Duty is a Four Letter Word: Democratic Citizenship in the Liberal Polity. In *Reconsidering the Democratic Public*, Hrsg. Russel L. Hanson und George E. Marcus, 147–171. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.

Curtis, James E., Douglas E. Baer, und Edward G. Grabb. 2001. Nations of Joiners: Explaining Voluntary Association Membership in Democratic Societies. *American Sociological Review* 66: 783–805.

Dalton, Russell J. 2008. *The Good Citizen. How a Younger Generation is Reshaping American Politics*. Washington D.C.: CQ Press.

Denters, Bas, Oscar W. Gabriel, und Mariano Torcal. 2007. Political Confidence in Representative Democracies: Socio-Cultural vs. Political Explanations. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, 66–87. London: Routledge.

Detjen, Joachim. 2000. Die Demokratiekompetenz der Bürger. Herausforderungen für die politische Bildung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 25: 11–20.

Egle, Christoph. 2002. Über die Notwendigkeit und Bestimmung liberaler Bürgertugenden. *Politische Vierteljahresschrift* 43: 397–419.

Feldman, Stanley. 2003. Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes. In *Oxford Handbook of Political Psychology*, Hrsg. David O. Sears, 477–510. Oxford: Oxford University Press.

Fuchs, Susanne, und Claus Offe. 2001. Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert D. Putnam, 417–511. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV Universitätsverlag.

Gensicke, Thomas. 2006. Jugend und Religiosität. In *Jugend 2006 – 15. Shell Jugendstudie*, Hrsg. Klaus Hurrelmann, 203–240. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Gilligan, Carol, und Grant Wiggins. 1987. The Origins of Morality in Early Childhood Relationships. In *The Emergence of Morality in Young Children*, Hrsg. Jerome Kagan und Sharon Lamb, 277–305. Chicago: University of Chicago Press.

Gimpel, James G., und J. Celeste Lay. 2005. Party Identification, Local Partisan Contexts, and the Acquisition of Participatory Attitudes. In *The Social Logic of Politics*, Hrsg. Alan S. Zuckerman, 209–288. Philadelphia: Temple University Press.

Goerres, Achim. 2010. Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. Eine international vergleichende Analyse für Europa. *Politische Vierteljahresschrift* 51: 275–296.

Halpern, David. 2001. Moral Values, Social Trust and Inequality. Can Values Explain Crime? *The British Journal of Criminology* 41: 236–251.

Heater, Derek. 1999. *What is Citizenship?* Cambridge: Polity Press.

Heitmeyer, Wilhelm. 1997. *Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 2: Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hillmann, Karl-Heinz. 2003. *Wertwandel. Ursachen – Tendenzen – Folgen*. Würzburg: Carolus.

Huckfeldt, Robert, Eric Plutzer, und John Sprague. 1993. Alternative Contexts of Political Behavior: Churches, Neighborhoods, and Individuals. *The Journal of Politics* 55: 365–381.

Inglehart, Ronald, und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change, and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Johnston, Ron J., und Charles J. Pattie. 2005. Putting Voters in their Place: Local Context and Voting in England and Wales, 1997. In *The Social Logic of Politics*, Hrsg. Alan S. Zuckerman, 184–208. Philadelphia: Temple University Press.

Klages, Helmut. 1993. *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Klein, Markus, und Manuela Pötschke. 2000. Wählen im sozialen Kontext: Mehrebenenanalyse des Wählerverhaltens bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 bis 1998. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, 182–211. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kneip, Veronika. 2010. *Consumer Citizenship und Corporate Citizenship: Bürgerschaft als politische Dimension des Marktes*. Baden-Baden: Nomos.

Kriesi, Hans-Peter. 2007. Organizational Resources: Personnel and Finances. In *Social Capital and Associations in European Democracies: a Comparative Analysis*, Hrsg. William A. Maloney und Sigrid Roßteutscher, 118–152. London: Routledge.

Krumpal, Ivar, und Adrian Vatter. 2008. Ökonomisches Wählen: Zum Einfluss von Wahrnehmungen der allgemeinen Wirtschaftslage auf das Abschneiden der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39: 89–107.

Kulke, Christine. 1998. Politische Sozialisation und Geschlechterdifferenz. In *Handbuch der Sozialisationsforschung*, Hrsg. Klaus Hurrelamm und Dieter Ulich, 595–613. Weinheim: Beltz.

Maag, Gisela. 1991. *Gesellschaftliche Werte: Strukturen, Stabilität und Funktion*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

MacIntyre, Alasdair C. 1981. *After Virtue: A Study in Moral Theory*. London: Duckworth.

Mannheim, Karl. 1929. Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7: 157–185, 309–330.

Münkler, Herfried. 1993. *Zivilgesellschaft und Bürgertugend – Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?* Antrittsvorlesung.

Norris, Pippa. 1999. Introduction: The Growth of Critical Citizens? In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Hrsg. Pippa Norris, 1–27. Oxford: Oxford University Press.

Nunner-Winkler, Gertrud. 2001. Freiwillige Selbstbindung zur Einsicht – ein moderner Modus moralischer Motivation. In *Gute Gesellschaft?*, Hrsg. Jutta Allmendinger, 172–196. Opladen: Leske + Budrich.

Opp, Karl-Dieter. 2004. Warum meinen Leute, sie sollten sich politisch engagieren? Einige Hypothesen über die Entstehung von Normen politischen Engagements und ihre empirische Überprüfung. In *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften. Anwendungen und Probleme*, Hrsg. Andreas Diekmann und Thomas Voss, 247–270. München: Oldenbourg.

Pattie, Charles, Patrick Seyd, und Paul F. Whiteley. 2004. *Citizenship in Britain. Values, Participation and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone*. New York: Simon & Schuster.

Putnam, Robert D., und Kristin A. Goss. 2001. Einleitung. In *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert D. Putnam, 15–43. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Roßteutscher, Sigrid. 1997. *Consensus and Conflict. Value Collectives and Social Conflicts in Contemporary German Society*. Florenz: European University Institute.

Roßteutscher, Sigrid. 2004. Die Rückkehr der Tugend? In *Deutschland in Europa*, Hrsg. Jan W. van Deth, 175–201. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roßteutscher, Sigrid. 2009. *Religion, Konfession, Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.

Schäfer, Armin. 2012. Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift* 53: 240–264.

Schlozman, Kay L., Nancy Burns, Sidney Verba, und Jesse Donahue. 1995. Gender and Citizen Participation: Is There a Different Voice? *American Journal of Political Science* 39: 267–293.

Seubert, Sandra. 2000. Bürgermut und Bürgertugend. Verantwortung und Verpflichtung in der modernen Demokratie. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 10: 1015–1032.

Siim, Birte. 1994. Engendering Democracy: Social Citizenship and Political Participation for Women in Scandinavia. *Social Politics* 1: 286–305.

Skinner, Burrhus F. 1974. *About Behaviorism*. New York: Alfred A. Knopf.

Tausendpfund, Markus. 2012. *Gemeinden als Fundament der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union*. Mannheim: Dissertation.

Thomassen, Jacques. 2007. Democratic Values. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 418–434. Oxford: Oxford University Press.

Uslaner, Eric M. 1999. Morality Plays: Social Capital and Moral Behaviour in Anglo-American Democracies. In *Social Capital and European Democracy*, Hrsg. Jan W. van Deth, 213–239. London: Routledge.

Uslaner, Eric M. 2002. *The Moral Foundations of Trust*. New York: Cambridge University Press.

van Deth, Jan W. 2007. Norms of Citizenship. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 402–417. Oxford: Oxford University Press.

van Deth, Jan W. 2009. The 'Good European Citizen': Congruence and Consequences of Different Points of View. *European Political Science* 8: 175–189.

van Deth, Jan W. 2012. Demokratische Bürgertugenden. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2008*, Hrsg. Silke Keil und Jan W. van Deth, 363–390. Baden-Baden: Nomos.

van Deth, Jan W., Simone Abendschön, Julia Rathke, und Meike Vollmar. 2007. *Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Verba, Sidney, Kay L. Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik and Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Walzer, Michael. 1989. Citizenship. In *Political Innovation and Conceptual Change*, Hrsg. Terence Ball, 211–219. Cambridge: Cambridge University Press.

WDR 5, 2011: *Die Bürger kommen! Politikverdrossenheit war gestern. Heute wollen Bürger mitreden*. In http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/2011/07/01/thema-nrw.xml; Zugegriffen: 26.01.2012.

Westle, Bettina. 2006. Politische Kultur. In *Vergleichende Regierungslehre*, Hrsg. Hans-Joachim Lauth, 270–288. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Youniss, James. 1994. Children's Friendship and Peer Culture: Implications for Theories of Networks and Support. In *Social Networks and Social Support in Childhood and Adolescence*, Hrsg. Frank Nestmann und Klaus Hurrelmann, 75–88. Berlin: Walter de Gruyter.

Zmerli, Sonja. 2008. *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

Soziales Vertrauen

Sonja Zmerli

1 Einführung

Gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Krisenzeiten werden oftmals von Klagen über einen umfassenden Vertrauensverlust begleitet, der die Folgen solcher Krisen, so die Befürchtung, zudem noch verschärft. Der Ruf nach dessen Wiederherstellung weist folglich einen möglichen Ausweg aus der Krise, gilt Vertrauen doch zweifellos als Allheilmittel zahlreicher Missstände. Im politikwissenschaftlichen Diskurs lassen sich ähnlich lautende Annahmen und Argumente zur zentralen Bedeutung von Vertrauen im Sozialkapital-Ansatz verorten, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten breite wissenschaftliche und gesellschaftliche Beachtung fand (Putnam 1993, 2000, 2007). Demnach gilt Sozialkapital als Fundament demokratischer Gesellschaften. Ein umfassender gesellschaftlicher Sozialkapitalbestand ermöglicht, so die Annahme, die Lösung und Überwindung des Dilemmas kollektiven Handelns: Sozialkapital stärkt die Bereitschaft und Fähigkeit gesellschaftlicher Mitglieder zur Kooperation und ermöglicht die effektive Sanktionierung von Trittbrettfahrern. Während aus politikwissenschaftlicher Perspektive soziales Kapital die Entwicklung demokratischer Einstellungen, politischen Interesses und die Bereitschaft zur politischen Teilhabe unterstützt, ist dessen ökonomischer Nutzen in wirtschaftlichen Austauschbeziehungen verankert: verbesserter Informationsfluss, höhere Innovationskraft und Risikobereitschaft sowie geringere Transaktionskosten gelten als wesentliche wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und Folgen sozialen Kapitals (Kunz 2004, S. 202). Soziales Vertrauen nimmt bei diesen Überlegungen eine zentrale Stellung ein, gilt es doch neben Normen der Reziprozität und sozialen Netzwerken als weiterer elementarer konzeptioneller Bestandteil. Es erwächst aus der Vertrauenswürdigkeit gesellschaftlicher Mitglieder, die dadurch wiederum auf weniger Kontrollinstrumente angewiesen sind, regelkonformes Verhalten zu ihrem Maßstab erheben und sich stärker mit dem Gemeinwesen identifizieren.

Trotz der weithin anerkannten theoretischen Bedeutung wie empirisch untermauerten Relevanz sozialen Vertrauens wurde in den Sozialwissenschaften bislang keine breit akzeptierte Verständigung über dessen Wesen und Funktionsweisen hergestellt. Die Vielzahl konkurrierender Definitionen und Bewertungen mag unter anderem auf unterschiedliche Reichweiten sozialer Vertrauensbeziehungen zurückzuführen sein, denen gänzlich unterschiedliche Funktionen zugeschrieben werden. Maßgeblich ist dabei die Differenzierung zwischen generalisiertem und personalisiertem sozialen Vertrauen. Während generalisiertes soziales Vertrauen eine ausgeprägte individuelle Vertrauenshaltung gegenüber Mitmenschen im Allgemeinen bezeichnet, erwächst im

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_5, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Unterschied hierzu personalisiertes soziales Vertrauen aus existierenden sozialen Beziehungen. Der Interessenschwerpunkt politikwissenschaftlicher Studien sozialen Kapitals lag bislang auf den Implikationen *generalisierten* sozialen Vertrauens, da, so die Überlegungen, allein diese Vertrauensform gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Stabilität und wirtschaftliche Performanz befördern würde. Personalisiertes soziales Vertrauen sei zwar für das persönliche Wohlbefinden und ein stabiles individuelles soziales Umfeld unverzichtbar, gesamtgesellschaftlich betrachtet könnte jedoch das Überwiegen personalisierter Vertrauensbeziehungen gar illiberale Effekte hervorrufen, die z. B. in Form von intoleranten oder diskriminierenden Orientierungen gegenüber Mitmenschen zum Ausdruck kämen (Putnam 2000, S. 23, S. 358). Belastbare empirische Untersuchungen, die diese Annahmen überprüfen und bestätigen würden, sind hingegen rar, da Frage-Items zu personalisierten Vertrauensformen nicht zum Standardrepertoire der vergleichenden empirischen Sozialforschung zählen.

Insofern überrascht es nicht, dass sich eine mittlerweile schier unüberschaubare Fülle empirischer Studien mit den Bedingungsfaktoren generalisierten sozialen Vertrauens befasst hat und auf diese Weise ein beeindruckendes Basiswissen zusammengetragen werden konnte. Als zentraler Ausgangspunkt der Vertrauensgenese gilt zweifellos eine lebendige lokale Zivilgesellschaft, die den Bürgern einer Kommune vielfältige Möglichkeiten zu persönlichen vertrauensvollen Kontakten und Kooperationen und gemeinwohlorientiertem Handeln bietet (Putnam 1993). Neueste empirische Ergebnisse der Vertrauensforschung nähren jedoch berechtigte Zweifel an der starken Fokussierung auf generalisiertes soziales Vertrauen und der weit verbreiteten Annahme, dass generalisiertes und personalisiertes soziales Vertrauen grundsätzlich zwei verschiedenartige Vertrauensformen abbilden, die tendenziell sogar in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Stattdessen wird die individuelle Entwicklung generalisierten sozialen Vertrauens, so die einschlägige empirische Evidenz, de facto von bereits existierenden personalisierten Vertrauensbeziehungen getragen (Freitag u. Traunmüller 2009; Newton u. Zmerli 2011; Zmerli u. Newton 2011). Im Umkehrschluss kann gefolgert werden, dass sich generalisierte Vertrauensdispositionen ohne die Erfahrung personalisierter Vertrauensbeziehungen nicht herausbilden können. Dessen ungeachtet führt die Entwicklung personalisierter Vertrauensbeziehungen nicht unweigerlich zur Genese generalisierten sozialen Vertrauens. Vielmehr besteht daneben ein starker Zusammenhang zwischen der individuellen Verfügbarkeit materieller und immaterieller Ressourcen und einer generalisierten vertrauensvollen Grundhaltung (Zmerli u. Newton 2011). Insofern erfüllt personalisiertes soziales Vertrauen zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Entstehungsbedingung.

Diese folgenreichen Erkenntnisse stellen die bisherige breite empirische Beweislage zu den kontextuellen und individuellen Determinanten generalisierten sozialen Vertrauens nicht grundsätzlich in Frage. Allerdings rücken sie verstärkt Implikationen lokaler Merkmale ins Zentrum des Forschungsinteresses, da diese erst die Rahmenbedingungen für *unmittelbare* soziale Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen schaffen und somit die strukturellen Voraussetzungen für die Entwicklung generalisierter Vertrauensdispositionen. In diesem Zusammenhang leistet die „Politik im Kon-

text"-Studie Pionierarbeit, ordnet sie doch mögliche relevante Faktoren drei lokalen Handlungssphären zu, deren Erklärungskraft auf geographisch übergeordneten Ebenen zuvor bereits nachgewiesen werden konnte. Im Einzelnen werden lokalpolitische Verhältnisse, Merkmale der lokalen Gesellschaften sowie lokale Wirtschaftsbedingungen ausgewählter hessischer Gemeinden umfassend erhoben, wodurch eine Analyse ihrer vertrauensgenerierenden Auswirkungen erst ermöglicht wird. Der zugrundeliegende Wirkungsmechanismus sollte, so die Annahme, auf einen so genannten Spill-over-Effekt zurückführen sein: Unmittelbare persönliche Kontakte und (Selbst)Erfahrungen in der lokalen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphäre bringen personalisierte Vertrauensbeziehungen hervor, die sodann in generalisierte vom lokalen Kontext losgelöste Vertrauensdispositionen münden können.

Aber welche nennenswerten Effekte gehen tatsächlich von der lokalen Ebene auf individuelle Vertrauensdispositionen aus, und welche kontextuellen Merkmale sind hierbei von besonderer Bedeutung? Dieser Frage wird der vorliegende Beitrag nachgehen. Angesichts der Vielzahl empirischer Studien zu sozialem Vertrauen schließt diese Untersuchung insofern eine relevante Forschungslücke, als sie *systematisch* den Einfluss möglicher zentraler *lokaler* Kontextmerkmale berücksichtigt, die in einem Wirkungszusammenhang zu sozialem Vertrauen stehen könnten. Neben der Verlagerung des Untersuchungsschwerpunktes auf die kontextuelle Ebene kann jedoch eine umfassende empirische Studie auf individuelle Bedingungsfaktoren sozialen Vertrauens nicht verzichten.[1]

Der vorliegende Beitrag erörtert daher zunächst aus politikwissenschaftlicher Perspektive Definitionsvarianten sozialen Vertrauens und dessen Verortung innerhalb des theoretischen Konzepts sozialen Kapitals. Ein weiteres Augenmerk richtet sich zudem auf die Diskussion einschlägiger empirischer Studien, die den Einfluss lokaler Kontextfaktoren auf die Vertrauensgenese untersuchen. Es folgt eine Darstellung der für diese Studie relevanten Messungen, Methoden und empirischen Analysen. Eine kritische Diskussion der wesentlichen Befunde setzt den Schlusspunkt dieses Beitrags.

2 Soziales Vertrauen: Erkenntnisse aus Theorie und Empirie

2.1 Konzeptionelle Verortung

Ausgehend von Robert D. Putnams vielbeachtetem Sozialkapitalkonzept lässt sich soziales Vertrauen als Resultante der individuellen Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken und den sich daraus formierenden Reziprozitätsnormen konzeptualisieren: „[...] social capital refers to connections among individuals – social networks and the norms of reciprocity and trustworthiness that arise from them" (Putnam 2000, S. 19). Soziale Netzwerke als strukturelles Element sozialen Kapitals bilden den Ausgangs-

[1] Vor dem Hintergrund der ermittelten hierarchischen Struktur sozialen Vertrauens werden im Folgenden die Begriffe „soziales Vertrauen" und „generalisiertes soziales Vertrauen" synonym verwandt. Implizit wird hierbei von der gleichzeitigen Existenz personalisierter Vertrauensbeziehungen ausgegangen.

punkt der Entstehung seiner kulturellen Komponenten: Normen der Reziprozität und Vertrauenswürdigkeit. Normen der Reziprozität sind äußerst produktive Komponenten sozialen Kapitals und bilden die Grundlage für Kooperationen. Eng mit Normen der Reziprozität sind Vertrauenswürdigkeit und das hieraus resultierende Vertrauen verbunden. Tatsächlich können sich Normen der Gegenseitigkeit nur in Beziehungsstrukturen entwickeln, die durch ein vertrauensvolles Umfeld gekennzeichnet sind. Letzteres gründet seinerseits auf der Aufrichtigkeit und somit der Vertrauenswürdigkeit der handelnden Akteure. Vertrauen kann demnach nur dort entstehen, wo dieses durch das aufrichtige Handeln der beteiligten Personen tatsächlich gerechtfertigt erscheint. Insofern sind beide kulturellen Komponenten sozialen Kapitals unmittelbar aufeinander bezogen und verstärken sich wechselseitig (Zmerli 2008, S. 45f.).

Laut Putnam ist soziales Vertrauen für die Funktionsfähigkeit und Stabilität moderner demokratischer Gesellschaften unerlässlich (Putnam 2000, S. 136). Gesellschaften, die über ein hohes Maß an sozialem Vertrauen verfügen, sind aufgrund der Kooperationsbereitschaft und der Vertrauenswürdigkeit ihrer Mitglieder als Kernkomponenten sozialen Kapitals in geringerem Umfang auf Kontrollinstrumente angewiesen als Gesellschaften, die durch Misstrauen geprägt sind. Dieser Vertrauensbonus verschafft ihnen einen ökonomischen Vorteil, indem potentielle Transaktionskosten verringert werden. Eine Effizienzsteigerung erfährt auch das politische System. Zum einen vertrauen Gesellschaftsmitglieder darauf, dass politische Eliten das Allgemeinwohl ihrer Bürger fest im Blick bewahren. Zum anderen ist das eigene Tun im Vertrauen auf das regelkonforme Verhalten der Mitbürger durch Gesetzeskonformität und Orientierung an öffentlichen Normen geprägt. Regelkonformes Verhalten und Vertrauen in die Regelkonformität der Mitbürger ermöglichen wiederum eine größere Identifikation mit dem Gemeinwesen und der politischen Führung und führt zur Stärkung des individuellen staatsbürgerlichen Bewusstseins und politischer Unterstützung. Vertrauensvolle Individuen betätigen sich zudem häufiger ehrenamtlich, leisten einen größeren Beitrag zur allgemeinen Wohlfahrt, sind häufiger in lokalen Organisationen oder auch politisch aktiv (Zmerli 2008, S. 44ff.).

Trotz der geschilderten zentralen Bedeutung, die sozialem Vertrauen als Komponente sozialen Kapitals disziplinübergreifend beigemessen wird, existiert bis dato kein wissenschaftliches Einvernehmen über dessen Begriffsbestimmung (Kunz 2004, S. 203; Zmerli et al. 2007, S. 37ff.). So reichen Definitionen von Hardins „encapsulated interest“ (1998, S. 12ff.) über Gambettas Vorschlag, Vertrauen als persönliche Überzeugung in das aufrichtige und wohlwollende Handeln anderer zu definieren (1988, S. 217) bis hin zu Warrens Vorstellung von Vertrauen als Ausdruck gemeinsamer Interessen bei gleichzeitiger Abwesenheit von Arglist (1999, S. 311). Zu Recht verweist Kunz zudem auf die Notwendigkeit, die Kontextbezogenheit sozialen Vertrauens zu berücksichtigen. Dieser Annahme zufolge liegen der Vertrauensgenese Sozialisationsprozesse zugrunde, die mit dem Erwerb kultureller Regeln und Wertorientierungen verknüpft sind: „In dieser Hinsicht beinhaltet Vertrauen Merkmale einer kulturell festgelegten Reziprozität, die ein starkes Gefühl sozialer Übereinstimmung mit anderen Menschen reflektiert“ (Kunz 2004, S. 203). Ein weiterer Teilaspekt der Begriffsbestimmung sozialen Vertrauens bezieht

sich auf die Reichweite sozialer Beziehungen. Putnam unterscheidet hierbei zwischen „thick trust“ und „thin trust“, wobei „thick trust“ personalisiertes soziales Vertrauen bezeichnet und aus intensiven oder regelmäßigen persönlichen Beziehungen resultiert, während „thin trust“ generalisierte soziale Vertrauensverhältnisse zu unbestimmten oder nicht spezifisch abgrenzbaren Personengruppen kennzeichnet (2000, S. 136).

Konzeptionell verortet Putnam „thick“ und „thin trust“ oder auch personalisiertes und generalisiertes soziales Vertrauen als jeweilige Endpunkte auf einem Kontinuum (2000, S. 466). In der Version des World Values Survey des Erhebungszeitraums 2005/2007 wurden nun erstmals umfassend Fragen zu *beiden* Vertrauensformen erhoben. Basierend auf dieser Datenlage widerlegen nun international vergleichende Studien erstmals Putnams Annahme entgegengesetzter und sich damit gegenseitig ausschließender sozialer Vertrauensbeziehungen und weisen stattdessen auf eine *hierarchische* Strukturierung sozialen Vertrauens hin, bei der die Entwicklung generalisierten sozialen Vertrauens die Existenz personalisierter sozialer Vertrauensbeziehungen offenbar voraussetzt (Newton u. Zmerli 2011; Zmerli u. Newton 2011).[2] Allerdings führen starke personalisierte Vertrauensbeziehungen nicht unweigerlich zur Ausbildung einer generalisierten Vertrauenshaltung. Vielmehr erscheint die Bereitschaft zu generalisiertem sozialen Vertrauen mit der persönlichen materiellen und immateriellen Ressourcenausstattung in einem starken Zusammenhang zu stehen. Hierbei zeigt sich, dass geringere Bildung, geringeres Einkommen, geringere Lebenszufriedenheit, schlechtere Gesundheit, geringeres soziales Engagement, geringeres politisches Vertrauen und politisches Interesse, aber auch materialistische Wertorientierungen kennzeichnend für Personen sind, deren Vertrauensdispositionen nicht über das persönliche Umfeld hinausreichen (Zmerli u. Newton 2011). Aus dieser Neubewertung der Komplexität und Strukturierung sozialen Vertrauens lassen sich verschiedene konzeptionelle Schlussfolgerungen ziehen: Aufgrund der ermittelten hierarchischen Strukturierung sozialen Vertrauens kommt der Untersuchung personalisierten Vertrauens und dessen Bestimmungsfaktoren eine ungleich größere Bedeutung zu, als bislang in einschlägigen Studien geschehen. Lokale Kontextfaktoren, die für das Knüpfen *persönlicher* sozialer Vertrauensbeziehungen als Quelle generalisierten sozialen Vertrauens relevant sind, rücken dadurch verstärkt in den Fokus empirischer Untersuchungen. Gleichzeitig sollten all diejenigen lokalen Kontextmerkmale stärker berücksichtigt werden, die die politischen Opportunitätsstrukturen abbilden oder sich auf individuelle Ressourcenausstattung auswirken könnten. Alle drei Perspektiven und einschlägige Befunde werden im nachfolgenden Abschnitt erörtert.

2.2 Kontextuelle Determinanten sozialen Vertrauens

Eine schier unüberschaubare Fülle theoretischer wie empirischer Untersuchungen setzt sich mit sozialem Vertrauen und dessen Verortung als Komponente sozialen Kapitals auseinander. Entsprechend umfangreich ist die empirische Evidenz der gerade

[2] Freitag und Traunmüller (2009) ermitteln für Deutschland vergleichbare hierarchische Strukturen sozialen Vertrauens.

auf der Individualebene angesiedelten Erklärungsfaktoren zur Vertrauensgenese. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse sowie methodischer Fortschritte in der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse wurden in den vergangenen Jahren Erklärungsmodelle sozialen Vertrauens um die Analyse lokaler Kontextmerkmale erweitert. In das Forscherinteresse rückten insbesondere mögliche Auswirkungen politischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Strukturen, aber auch Aspekte von Sicherheit und Ordnung.

Im Hinblick auf die politische Sphäre belegen international vergleichende Studien einen positiven Einfluss, der von politischen Kontextmerkmalen auf soziales Vertrauen ausgeht. Auf der Makroebene gilt dies insbesondere für Indikatoren effektiven Regierens, von Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Aber auch das gesellschaftlich verfügbare Reservoir politischen Vertrauens entfaltet erstaunliche Wirkung (Newton u. Zmerli 2011). Lokalpolitische Determinanten werden ebenfalls mit der Stärkung sozialen Vertrauens in Verbindung gebracht. So führte die japanische Präfektur Ichikawa beispielsweise eine so genannte Ehrenamtswährung ein, die als besonderes Zeichen der Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements von behördlichen Stellen ausgegeben und als Tausch- oder Zahlungsmittel innerhalb der Präfektur eingesetzt werden kann. Nachweislich hatte diese politisch institutionalisierte Form der Anerkennung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements eine Zunahme sozialer Interaktionen sowie eine Stärkung sozialen Vertrauens zur Folge (Richey 2007). Britische Untersuchungen weisen zudem auf nicht zu unterschätzende formale und informelle Interaktionsmuster und Unterstützungsleistungen zwischen lokalen politischen Akteuren und Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen als Ort der Vertrauensgenese hin (Maloney et al. 2000). Im Fokus der sich anschließenden empirischen Analysen soll der vertrauensgenerierende Effekt des lokal verfügbaren Repertoires politischen Vertrauens in lokale Institutionen und Akteure stehen. Diese Auswahl basiert auf der empirischen Erkenntnis, dass sich politisches Vertrauen in Abhängigkeit zur Performanz politischer Institutionen und Akteure herausbildet (Newton u. Zmerli 2011). Aggregiertes lokalpolitisches Vertrauen sollte somit auch ein Gradmesser lokalpolitischer Performanz sein. Der „Politik im Kontext"-Datensatz hält hierfür verschiedene sehr gut geeignete Frageitems bereit (siehe Fußnote 5).

Die in der gesellschaftlichen Sphäre verorteten Thesen postulieren für homogene Gesellschaften generell eine individuell höhere Vertrauens- und Kooperationsbereitschaft (Alesina u. Ferrara 2000; Costa u. Kahn 2003; Laurence 2011; McPherson et al. 2001). Individuen, die sich in sozio-ökonomischen, ethnischen oder religiösen Aspekten ähneln, sollten gleichermaßen eher bereit sein, generalisierendes soziales Vertrauen in ein unbekanntes, aber dennoch nicht völlig fremdes Gegenüber zu entwickeln. Im Hinblick auf etablierte demokratische Gesellschaften hebt dieses Argument insbesondere auf mögliche weiterreichende Implikationen allgegenwärtiger Immigration und somit den Auswirkungen zunehmender ethnischer Heterogenität ab: „In esssence, ethnic and racial differences discourage the reliance on the behavior of one's neighbors, friends and colleagues (Messick and Kramer, 2001, p. 100), thereby reducing levels of interpersonal trust, the capacity for cooperation and support for collective action" (Stolle et al. 2008, S. 59; Zitation in Klammern im Original). Die so genannte

„Kontakt"-Hypothese als sozialpsychologischer Forschungsansatz zu Intergruppenbeziehungen liefert weitere Erklärungen hierzu. Demnach bilden Individuen mit relevanten gemeinsam geteilten ethnischen oder sozio-ökonomischen Merkmalen in-group-Präferenzen gegenüber den Mitgliedern ihrer in-group heraus, die gruppeninterne Kooperationen und vertrauensvolle Beziehungen sowie eine ausgeprägte Gruppenidentifikation ermöglichen. Gleichzeitig formiert sich gegenüber Mitgliedern potentieller out-groups eine regelrechte Feindseligkeit, die erst mit der Überwindung der Gruppenbarrieren durch direkte Kontaktaufnahme aufgelöst werden kann (Allport 1954; Pettigrew u. Tropp 2000; Stolle et al. 2008). Vor diesem Hintergrund sind gesellschaftlicher Diversität offensichtlich sowohl Chancen als auch Risiken inhärent.

Entsprechend liegen zu den tatsächlichen Auswirkungen ethnischer Heterogenität unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Befunde vor. So kommen Putnam (2007) und Clark et al. (2010) für die USA und Großbritannien beispielsweise zu dem Schluss, dass nachbarschaftliche ethnische Diversität soziales Vertrauen sowie gemeinwohlorientierte Einstellungen negativ beeinflusst. Im Unterschied dazu weisen Stolle et al. (2008) für Kanada und die USA nach, dass mögliche negative Implikationen ethnischer Heterogenität im nachbarschaftlichen Umfeld durch direkte nachbarschaftliche Kommunikation abgemildert beziehungsweise gänzlich vermieden werden können. Ebenso verwerfen Letkis (2008) Untersuchungsergebnisse zu den Wirkungen lokaler Kontextfaktoren in Großbritannien die Annahme negativer Konsequenzen ethnischer Heterogenität. Niederländische Analysen zum Zusammenhang zwischen sozialer Kohäsion und lokalen Kontextbedingungen bestätigen ebenfalls, dass die individuelle Vertrauensbereitschaft nicht durch ethnische Heterogenität im nachbarschaftlichen Umfeld beeinträchtigt wird – auf der kommunalen Ebene führt ethnische Diversität unter Höhergebildeten sogar zu höherem generalisierten sozialen Vertrauen (Tolsma et al. 2009, S. 300f.). Uslaners (2012) Studien zu den Folgen amerikanischer Nachbarschaftsmerkmale legen zudem nahe, dass nicht ethnische Diversität, sondern Segregation soziales Vertrauen beeinträchtigen. Die „Politik im Kontext"-Studie ermöglicht die Untersuchung der Heterogenitätshypothese, die in Form des prozentualen kommunalen Ausländeranteils operationalisiert wird. In Anlehnung an Putnams einflussreiche Italien-Studie, die die demokratische Performanz des Nordens des Landes auf das dort vorhandene dichte Netz zivilgesellschaftlicher Vereinigungen zurückführt (1993), erscheint es zudem plausibel, für die lokale gesellschaftliche Ebene eine vergleichbare Annahme zu formulieren. Entsprechend sollten Gemeinden und Städte mit dichtem Vereinsnetz und lebendigen Zivilgesellschaften ein ideales strukturelles Umfeld zur Förderung sozialen Vertrauens bieten.[3] Vergleichbares gilt für Kommunen, die europäische Städtepartnerschaften pflegen. Hierdurch eröffnen sich für die jeweilige Bevölkerung zahlreiche Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten mit Bürgern anderer Nationalitäten und somit ganz im Sinne der oben aufgeführten Kontakt-Hypothese ideale Voraussetzungen, auf der Basis persönlicher Vertrauensbeziehungen generali-

[3] Darüber hinaus verweisen Putnam und Goss auf das Beispiel niedriger Kriminalitätsraten in Wohnbezirken mit einer hohen Dichte sozialer Beziehungen (2001, S. 21).

siertes Vertrauen zu entwickeln. Inwiefern die Bevölkerungsanzahl einer Kommune auf generalisierte Vertrauensdispositionen einwirkt, ist theoretisch umstritten und empirisch nicht zweifelsfrei belegt. Vertreter der „small is beautiful"-These sehen in kleinen überschaubaren und durch persönliche Kontakte gekennzeichnete Kommunen einen idealen Nährboden für soziales Vertrauen. Demgegenüber sollten größere Gemeinden und Städte ihren Bürgern eine Vielfalt diverser Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten bieten, was sich ebenfalls positiv auf soziales Vertrauen auswirken könnte (Hofferth u. Iceland 1998; Zmerli et al. 2007). Dahl und Tufte (1973) argumentieren demgegenüber, dass gerade kleinere Kommunen begünstigend auf Partizipation einwirken. Insgesamt rekurriert diese Betrachtungsweise auf das Potenzial und die Mechanismen der gesellschaftlichen Sphäre. Die nachfolgenden Untersuchungen werden hierüber weiteren Aufschluss geben.

Weitere aufschlussreiche Erkenntnisse zur lokalen Kontextdependenz sozialen Vertrauens liefern empirische Studien, die auf lokale ökonomische Faktoren fokussieren. So belegen Uslaners Befunde einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheiten und sozialem Vertrauen (Uslaner 2012) und stehen damit in Einklang mit früheren Untersuchungen, die dem nachbarschaftlichen sozio-ökonomischen Status große Bedeutung bei der Vertrauensgenese bzw. dem Vertrauensverfall beimessen (siehe auch Laurence 2011). Oliver und Mandelberg fassen ihre Erkenntnisse wie folgt zusammen:

> „Low-status settings, defined by low rates of education and employment, expose residents to a daily dose of petty crime, concentrated physical decay and social disorder …. This exposure in turn leads to a constellation of negative psychological states which are experienced by residents: feelings of anxiety and fear, alienation from neighbors, lack of trust in others, and suspicion toward out-groups in general" (Oliver u. Mandelberg 2000, S. 576).

Niederländische Studien bestätigen diese Befunde, rufen doch durch Einkommensungleichheiten geprägte Stadtteile oder Kommunen negative Effekte – insbesondere unter Anwohnern mit überdurchschnittlichem Haushaltseinkommen – hervor (Tolsma et al. 2009, S. 300f.). Ferner unterstreichen Letkis Befunde die Bedeutung des nachbarschaftlichen sozio-ökonomischen Status für die Vertrauensgenese (2008). Wirtschaftliche Deprivation im persönlichen Wohnumfeld und schlechtere Wohnbedingungen haben negative Konsequenzen zur Folge (Sturgis et al. 2010, S. 70); im Umkehrschluss kann der Wirtschaftskraft eines Quartiers, gemessen in Form des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, positiver Einfluss zugesprochen werden (Tolsma et al. 2009, S. 300f.). Zur Bedeutung höherer Kriminalitäts- und Mobilitätsraten liegen dagegen widersprüchliche Befunde vor. Während Sturgis et al. (2010) negative Effekte diagnostizieren, können Tolsma et al. (2009) diesen beiden Indikatoren keine eigenständigen Effekte attestieren. Im Rahmen der nachfolgenden Untersuchung sollen diese unterschiedlichen Aspekte lokaler wirtschaftlicher Merkmale berücksichtigt werden. Die in der „Politik im Kontext"-Studie verfügbaren passend erscheinenden Items umfassen die kommunale Arbeitslosenquote, den Anteil an Transferleistungsempfängern in Form der kommunalen Hilfequote, die Steuereinnahmekraft pro Einwohner sowie die jährliche Anzahl kommunaler Straftaten.

3 Daten, Methoden, deskriptive Befunde

Eine Untersuchung dieser Zusammenhänge, bei der die Frage nach dem Einfluss *lokaler* Kontextmerkmale auf individuelle Vertrauensdispositionen im Vordergrund steht, kann mit den im Rahmen der „Politik im Kontext"-Studie erhobenen Makrodaten angemessen und umfassend vorgenommen werden. Der Zwei-Ebenen-Charakter dieser Studie ermöglicht ferner eine Untersuchungsanordnung, bei der der Einfluss lokaler wie auch individueller Bestimmungsfaktoren gleichermaßen empirisch überprüft werden kann. Entsprechend gilt, dass sämtliche im Folgenden analysierten Individualdaten im Rahmen der in der Einleitung dieses Sammelbands beschriebenen Studie hessischer Kommunen erhoben wurden. Auch die zugrundeliegenden Makrodaten stützen sich ausschließlich auf die im Rahmen dieser Studie zusammengetragenen Informationen. Die Frage nach sozialem Vertrauen fokussiert im Datensatz ausschließlich auf die Messung *generalisierten* sozialen Vertrauens. Insofern ist es zwar nicht möglich, die weiter oben beschriebenen Interdependenzen personalisierten und generalisierten sozialen Vertrauens und deren Bestimmungsfaktoren direkt empirisch nachzuzeichnen. Die Eindeutigkeit der erörterten Studienergebnisse im Hinblick auf die hierarchische Struktur und Ressourcendependenz generalisierten sozialen Vertrauens rechtfertigen hingegen diese fokussierte empirische Vorgehensweise. Das sich anschließende empirisch-analytische Verfahren erfolgt in mehreren Schritten: Zunächst werden die Ausprägungen sozialen Vertrauens in 28 ausgewählten hessischen Kommunen diskutiert. Im nächsten Schritt richtet sich der Blick auf die Analyse der Zusammenhänge zwischen dem lokalen sozialen Vertrauensbestand und den weiter oben erörterten lokalen Kontextfaktoren. Eine Mehrebenenanalyse soll hiernach Aufschluss über die Notwendigkeit geben, lokale Kontextmerkmale als Bestimmungsfaktoren bei der inferenzstatistischen Untersuchung sozialen Vertrauens einzubeziehen. Erst im Anschluss daran kann entschieden werden, ob die nachfolgenden Wirkungsanalysen eine hierarchische Struktur in Form von Mehrebenenmodellen berücksichtigen müssen oder als lineare Regressionen modelliert werden können. Die „Politik im Kontext"-Studie erhebt soziales Vertrauen gemäß folgendem Wortlaut:

Denken Sie jetzt wieder an das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, wie sehr Sie anderen Menschen vertrauen. 0 bedeutet, dass Sie den meisten Menschen überhaupt nicht vertrauen. 10 bedeutet, dass Sie den meisten Menschen sehr vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Abbildung 1 (s. S. 142) trägt zunächst den prozentualen Anteil der kommunalen Bevölkerungen ab, der über ein überdurchschnittlich hohes Maß an sozialem Vertrauen verfügt.[4] Unabhängig vom Wohnort begegnen hessische Bürgerinnen und Bürger ihren Mitmenschen mehrheitlich vertrauensvoll. Trotz dieses übereinstimmend positiven Befundes ist eine deutliche Bandbreite sozialen Vertrauens zwischen den erst- und

[4] Berücksichtigt werden alle Befragten mit einem Antwortwert von 6 und höher auf einer von 0 bis 10 rangierenden Antwortskala.

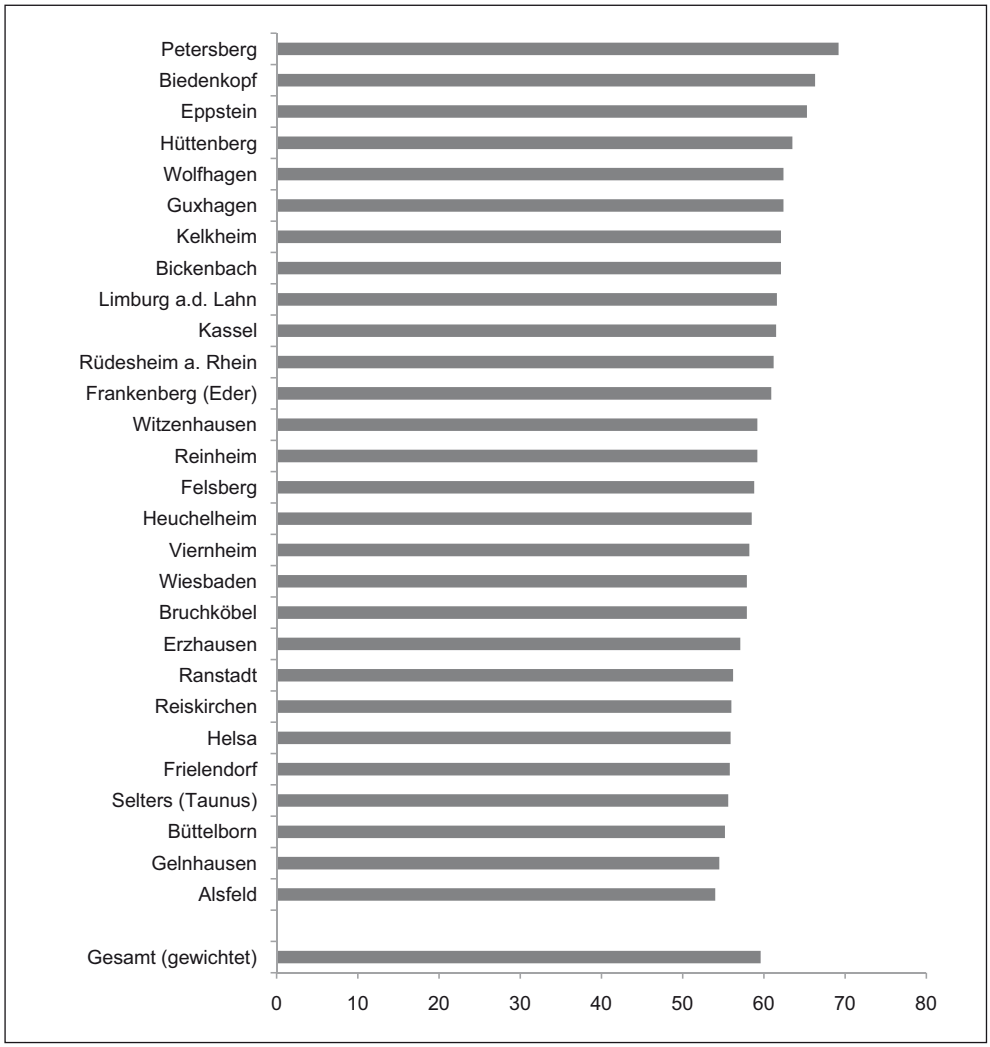


Abbildung 1: Soziales Vertrauen in 28 hessischen Kommunen in Prozent

Anmerkungen: Anteil der kommunalen Bevölkerung mit einem Antwortwert von 6 oder höher auf einer von 0 bis 10 rangierenden Antwortskala (0 = kein Vertrauen, 10 = sehr großes Vertrauen). Für die Angabe Gesamt (gewichtet) wurden die 28 Einzelstichproben jeweils auf 400 Befragte standardisiert.

letztplatzierten Gemeinden erkennbar, die mehr als 15 Prozentpunkte beträgt und sich auf den ersten Blick allem Anschein nach weder systematisch mit verschiedenen Gemeindegrößen noch mit der vereinfachenden Formel „small is beautiful“ erklären ließe. Im Schnitt ist bei knapp 60 Prozent der Befragten soziales Vertrauen überdurchschnittlich hoch ausgeprägt, wobei dieser Befund erkennbar von keinen Extremwerten beeinträchtigt wird.

Trotz der dargestellten Bandbreite sozialen Vertrauens könnte sich die erstaunlich geringe Varianz der auf kommunaler Ebene aggregierten Vertrauensvariable für die

sich anschließenden inferenzstatistischen Analysen als problematisch erweisen. Denn, wie die hier nicht weiter dargestellten Mittelwertbefunde aggregierten sozialen Vertrauens belegen, weisen insgesamt 15 von 28 Kommunen *gemeinsame* Mittelwerte mit mindestens einer weiteren hessischen Gemeinde auf, wobei die Durchschnittswerte bei einer Standardabweichung von 0,14 zwischen 5,8 und 6,4 variieren. Auch bei dieser Analyse gilt, dass der durchschnittliche Mittelwert offensichtlich auch den Median repräsentiert und von keinerlei Extremwerten unverhältnismäßig beeinflusst wird.

4 Kontextuelle und individuelle Bestimmungsfaktoren sozialen Vertrauens

4.1 Kontextuelle Determinanten

Die erste im Folgenden vorzunehmende empirische Annäherung an den Einfluss lokaler Kontextfaktoren auf Vertrauensdispositionen erfolgt über Korrelationsanalysen ausgewählter Aggregatdaten. Mit Blick auf die im Abschnitt 2 erläuterten beobachtbaren und erwarteten Effekte lokaler Merkmale werden ausgewählte Kontextcharakteristiken der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphäre auf mögliche Zusammenhänge mit sozialem Vertrauen hin untersucht. Für die lokalpolitische Sphäre wird aggregiertes lokalpolitisches Vertrauen als Indikator lokalpolitischer Performanz herangezogen.[5] Höheres lokal verfügbares Vertrauen in lokalpolitische Institutionen und Akteure sollte, wie im Abschnitt 2 beschrieben, mit höherem sozialen Vertrauen in Verbindung stehen. Die Effekte der gesellschaftlichen Sphäre werden u. a. mit Hilfe der lokalen Vereinsdichte einem empirischen Test unterzogen. In Anlehnung an Putnams Thesen und Befunde (1993) wird ein positiver Zusammenhang zwischen einer hohen Vereinsdichte und sozialem Vertrauen erwartet.[6] Gemäß der Kontakt-Hypothese sollen zudem die Wirkungen internationaler Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten überprüft werden. In diesem Zusammenhang wird ein positiver Befund erwartet. Der „Politik im Kontext"-Datensatz ermöglicht eine Analyse der durchschnittlichen jährlichen Anzahl kommunaler Fahrten in alle Partnerschaftsstädte.[7] Daneben eröffnet eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem kommunalen Ausländeranteil und sozialem Vertrauen tiefere Einblicke in die umstrittenen Effekte ethnischer Heterogenität.[8] Welcher Art der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsgröße und sozialem Vertrauen ist, soll ebenfalls analysiert werden. Lokale Wirtschafts-

[5] Lokalpolitisches Vertrauen geht als aggregierte Variable in die Untersuchungen ein. Für eine Beschreibung der Operationalisierung siehe Fußnote 17.

[6] Die Vereinsdichte setzt die Anzahl der Vereine einer Gemeinde des Jahres 2008 in Relation zur Einwohnerzahl. Ein Verein kommt auf die angegebene Zahl an Bürgern.

[7] Die durchschnittliche jährliche Anzahl kommunaler Fahrten in europäische Partnerschaftsstädte berechnet sich aus den Angaben der Stadtverwaltungen des Jahres 2008 über die Häufigkeit der jährlichen Begegnungsfahrten mit jeder einzelnen Partnerstadt.

[8] Die Variable Ausländeranteil bildet den durchschnittlichen prozentualen Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung einer Gemeinde zum 31.12. eines jeden Jahres der Jahre 2000 bis 2008 ab.

kennzahlen, wie kommunale Kennzahlen zur Arbeitslosenquote,[9] die Steuereinnahmekraft pro Einwohner[10] sowie die kommunale Hilfequote,[11] sollen Auskunft über erwartete mögliche negative Auswirkungen lokaler wirtschaftlicher Benachteiligung geben. Ergänzt werden diese Kennzahlen durch die durchschnittliche Anzahl lokaler Straftaten, die ebenfalls in einem negativen Verhältnis zu sozialem Vertrauen stehen sollte.[12]

Tabelle 1 gibt Aufschluss über teilweise überraschende empirische Befunde. Ein unerwartet stark positiver und signifikanter Zusammenhang existiert zwischen aggregiertem sozialen Vertrauen und den jährlichen Fahrten einer Kommune in ihre europäischen Partnerstädte und könnte als Nachweis der Relevanz persönlicher Kontakte und Begegnungen mit Menschen anderer Nationalitäten für generalisierende Vertrauensdispositionen gelten. Hiervon abgesehen erzielen allerdings keine weiteren Korrelationskoeffizienten statistische Signifikanz. Insofern findet die Relevanz der gesellschaftlichen Sphäre ihre empirische Bestätigung, nicht aber der lokalpolitische oder der lokale wirtschaftliche Bereich.

Tabelle 1: Korrelationsanalysen zwischen lokalen Kontextmerkmalen und sozialem Vertrauen (Kendall's-tau-b; N = 28)

Lokales politisches Vertrauen	0,34
Vereinsdichte	-0,13
Durchschn. Fahrten in Partnerschaftsstädte pro Jahr	0,32*
Durchschn. kommunaler Ausländeranteil	0,01
Durchschn. Bevölkerungsanzahl	0,06
Durchschn. Arbeitslosenquote	-0,03
Durchschn. Steuereinnahmekraft je Einwohner	0,13
Durchschn. Hilfequote	-0,04
Durchschn. Anzahl der Straftaten pro Kommune	0,04

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Der nachfolgende analytische Schritt untersucht die Bestimmungsfaktoren sozialen Vertrauens. In Anlehnung an das in der Einleitung dieses Sammelbands vorgestellte Untersuchungsdesign wird zunächst mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse überprüft, inwiefern kontextuelle Merkmale der Kommunalebene einen signifikanten Beitrag zur Erklärung sozialen Vertrauens leisten können.

Der ermittelte Intraklassenkorrelationskoeffizient des sogenannten Nullmodells (Tabelle 2) weist mit einem Wert von 0,001 auf eine relative Bedeutungslosigkeit kommunaler kontextueller Faktoren für die Erklärung sozialen Vertrauens hin. Weniger als ein Prozent der Varianz sozialen Vertrauens lässt sich somit auf interkommunale Merk-

[9] Die Arbeitslosenquote basiert auf dem Durchschnitt der monatlichen Arbeitslosenquoten dividiert durch die Anzahl der berücksichtigten Monate der Jahre 2007 bis 2009.

[10] Die durchschnittliche Steuereinnahmekraft in Euro je Einwohner ermittelt sich aus der Summe der Realsteueraufbringungskraft und den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommensteuer sowie Umsatzsteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage der Jahre 2000 bis 2008.

[11] Die durchschnittliche Hilfequote bildet die Anzahl aller hilfebedürftigen Personen nach dem SGB II ab, dividiert durch die Anzahl der hilfebedürftigen Personen unter 65 Jahren der Jahre 2007 und 2008.

[12] Die durchschnittliche Anzahl lokaler Straftaten umfasst die jährliche Anzahl der Straftaten der Gemeinden der Jahre 2003 bis 2008.

Tabelle 2: Soziales Vertrauen

Konstante	5,99***
Varianzkomponenten	
Individualebene	3,91***
Kontextebene	0,005
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,001
Likelihood-Ratio-Test (Chi^2-Wert)	2,49
Likelihood-Ratio-Test (p-Wert)	0,0573
N	11.748 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Random-Intercept-Only-Modell. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

malsunterschiede zurückführen. Der insignifikante Befund des Likelihood-Ratio-Tests, der eine verbesserte Spezifikation eines Mehrebenen- gegenüber einem linearen Regressionsmodell ermittelt, liefert einen weiteren Hinweis auf die beschränkte Aussagekraft lokaler Faktoren. Dieses Ergebnis steht zwar im Widerspruch zu den im Abschnitt 2 erörterten Befunden einschlägiger empirischer Studien, lässt sich aber angesichts der ermittelten schwach ausgeprägten Varianz der aggregierten Vertrauensvariable durchaus nachvollziehen. Folglich fokussieren die sich anschließenden empirischen Untersuchungen nach einer einführenden theoretischen Darstellung ausschließlich auf Effekte der Individualebene, wie sie mit Hilfe linearer Regressionsanalysen modelliert werden können und bereits in eine Vielzahl empirischer Studien Eingang gefunden haben.

4.2 Individuelle Determinanten

4.2.1 Theoretische Überlegungen und empirische Befunde

In Anlehnung an das Konzept sozialen Kapitals gehen vertrauensvolle Beziehungen aus sozialen Netzwerken hervor. Dieser zentralen These stehen jedoch zahlreiche empirische Studien gegenüber, deren Befunde bestenfalls ambivalente Aussagen über die vertrauensgenerierende Funktion sozialer Netzwerke zulassen (van Deth u. Maloney 2008; Zmerli et al. 2007). Während aus theoretischer Perspektive zunächst keine Unterscheidung zwischen informellen und formal organisierten sozialen Netzwerken getroffen wird, fokussieren zahlreiche empirische Studien aus forschungspragmatischen Gründen auf die Relevanz sozialer Netzwerke in Form von Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen. Vielfach stehen allerdings die empirischen Befunde in starkem Kontrast zur Ausgangsannahme: Konsistente und nennenswerte vertrauensgenerierende Effekte freiwilligen Engagements lassen sich empirisch nicht konsistent nachweisen. Diese ernüchternden Ergebnisse könnten sich jedoch auf theoretisch weitgehend undifferenzierte Operationalisierungsansätze freiwilliger Vereinigungen zurückführen lassen.[13]

[13] Zwar wird häufiger zwischen Mitgliedschaft in Freizeitvereinen, Interessengruppen und kulturellen Vereinigungen unterschieden. Allerdings werden hierbei unzureichende theoretische Annahmen im Hinblick auf deren vertrauensgenerierendes Potenzial getroffen (Zmerli et al. 2007, S. 55).

Als empirisch vielversprechender erweist sich dagegen ein differenzierter Operationalisierungsansatz, der das unterschiedliche vertrauensgenerierende Potenzial freiwilliger Vereinigungen mit der *Art* sogenannter konstitutiver Vereinsgüter, d. h. deren Zielen, erklärt. Gemäß dieser Konzeptualisierung bilden freiwillige Vereinigungen den äußeren Rahmen sozialer Situationen, in die soziales Handeln eingebettet ist. Im Mittelpunkt sozialen Handelns steht die Herstellung von Gütern, zu deren Erlangung sich spezifische soziale Normen ausbilden müssen. Die konkrete Ausgestaltung sozialer Normen steht wiederum in direkter Abhängigkeit zu den Merkmalen der herzustellenden Güter. In den nachfolgenden Analysen werden die Zielsetzungen freiwilliger Vereinigungen als Indikatoren der zu produzierenden Güter herangezogen (Zmerli 2008, S. 97). Hierbei lassen sich grundsätzlich sechs Güterarten identifizieren, die für die Entwicklung unterschiedlicher Formen sozialen Vertrauens relevant sind. Güter der interpersonalen Identität, öffentliche materielle Güter sowie inklusive soziale Güter begünstigen die Entwicklung personalisierter Vertrauensbeziehungen und deren Überführung in eine generalisierende vertrauensvolle Grundorientierung. Dagegen stärken Statusgüter, Güter der exklusiven Gruppenidentität sowie individuelle materielle Güter zwar die Entwicklung personalisierter Vertrauensbeziehungen, allerdings sind diesen Vertrauensbeziehungen soziale Abgrenzungsmechanismen inhärent, die die Genese generalisierten sozialen Vertrauens tendenziell erschweren, wenn nicht gar verhindern (Warren 2001; Zmerli 2008, S. 74ff.). Beispielhaft lassen sich Sportvereine anführen, die gemeinsames Erleben und gemeinschaftliches Handeln in den Vordergrund ihrer Aktivitäten rücken. Der dominierende Vereinszweck basiert auf der Produktion von Gütern der interpersonalen Identität. Rentnervereine produzieren dagegen Güter der exklusiven Gruppenidentität, da sich Geselligkeit und gemeinsame Aktivitäten per definitionem auf den Kreis älterer Mitbürger beschränkt. Bauern- und Gewerbevereinigungen gelten als berufsständische Vertretungen zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder. Die Sicherung des Privateigentums als individuelles materielles Gut bildet hier den Schwerpunkt des Handelns. Umweltschutzorganisationen setzen sich dagegen für den Erhalt oder die Wiederherstellung einer intakten natürlichen Umgebung ein. Ihre vorrangige Zielsetzung basiert demnach auf der Erlangung eines öffentlichen materiellen Gutes. Kulturvereine sind wiederum auf die Wahrung und Förderung von Musik, Kunst, Literatur und Wissen sowie den persönlichen Austausch in diesen Themenbereichen ausgerichtet. Dies kann einerseits im Kreis der Vereinsengagierten, andererseits aber auch im Rahmen einer breiten Öffentlichkeit geschehen. Insofern produzieren Kulturvereine inklusive soziale Güter (Zmerli 2008, S. 184ff.). Freiwillige Vereinigungen, die überwiegend der Produktion von Statusgütern verpflichtet sind, wären elitäre soziale Clubs oder elitäre politische und berufliche Vereinigungen (Zmerli 2008, S. 86).

Informelle soziale Netzwerke, die aus theoretischer Perspektive gleichermaßen vertrauensfördernd wirken sollten, werden in den nachfolgenden empirischen Analysen in Form von nachbarschaftlichen Kontakten und anderen informellen Netzwerkbeziehungen berücksichtigt (siehe auch den Beitrag von Silke Keil in diesem Band). Analog zu den Befunden zivilgesellschaftlichen Engagements lassen empirische Stu-

dien allerdings eher ambivalente Effekte informeller Kontakte vermuten (Kunz 2004; Zmerli 2012, S. 156, 2008, S. 220).[14]

Im Unterschied zur international standardisierten Messung sozialen Vertrauens, die in der Regel auf die Erfassung generalisierten sozialen Vertrauens gerichtet ist und oftmals lediglich zwischen dichotomen und skalierten Antwortoptionen variiert, wurde in der Umfrageforschung bislang keine Übereinkunft über eine standardisierte empirische Erhebung der Reziprozitätsnormen erzielt. Vielfach wird diese kulturelle normbezogene Komponente sozialen Kapitals jedoch in Form von prosozialen und öffentlichen Normen operationalisiert (Zmerli 2008, 2010).[15] Aufgrund ihrer unstrittigen Eigenschaft als kulturelle Komponente sozialen Kapitals sollten sie eine verstärkende Wirkung auf generalisiertes soziales Vertrauen erzielen.[16]

Ferner geht ein empirisch nachweislich stark positiver Effekt von Vertrauen in politische Institutionen und Akteure aus, der in den nachfolgenden Analysen ebenfalls berücksichtigt und überprüft werden soll (Freitag u. Bühlmann 2009; Newton u. Zmerli 2011; Zmerli u. Newton 2008). Die zugrundeliegende Annahme basiert auf dem sogenannten „Top-down"-Effekt, der funktionsfähigen, transparenten und vertrauenswürdigen politischen Institutionen und Akteuren eine zentrale Rolle bei der Genese sozialen Vertrauens zuweist. Rechtsstaatlichkeit, effektive staatliche Sanktionsfähigkeit und die Vorstellung vom allgemeinwohlinteressierten politischen Mandatsträger bestärken Bürger in ihrer Kooperationsbereitschaft gegenüber ihren Mitbürgern und bilden somit einen günstigen institutionellen Rahmen für eine generalisierte Vertrauensbereitschaft. Die im Datensatz enthaltenen Frageitems erheben individuelle Einstellungen gegenüber nationalen und lokalen politischen Objekten und Akteuren gleichermaßen (siehe Fußnote 17). Wie eine Hauptkomponentenanalyse belegt, unterscheiden Bürger tatsächlich zwischen Institutionen und Akteuren der nationalen und der lokalen Ebene.[17]

---

[14] Die Kodierungen der Variablen werden wie folgt vorgenommen: (ausschließliches) aktives Engagement in exklusiven Vereinen: Fragen 25, 36a und 36b, 0 = nein, 1 = ja; (ausschließliches) Engagement in inklusiven Vereinen: Fragen 25a, b, c, d, e, f, g, h, i, j, k, 0 = nein, 1 = ja; (gleichzeitiges) aktives Engagement in beiden Vereinstypen sowie Engagement in sonstigen Vereinen (Frage 25m), 0 = nein, 1 = ja; informelle Kontakte (Frage 27), 0 = nein, 1 = ja; Kontakte zu Nachbarn: Faktorladungen einer Hauptkomponentenanalyse auf der Grundlage der umkodierten Variablen der Fragen 7a, 7b und 7c, 1 = nie bis 4 = oft, Varimax Rotation, eindimensionale Lösung.

[15] Prosoziale Normen basieren auf Wertorientierungen der Solidarität und des Gemeinwohls. Öffentliche Normen bilden die Akzeptanz rechtsstaatlicher Normen ab. Der Effekt der Normkomponente sozialen Kapitals wird durch zwei Indizes bürgerschaftlicher Tugenden erhoben, die zum einen die persönliche Wertschätzung aktiven zivilgesellschaftlichen Engagements und zum anderen individuelle Orientierungen an Werten wie Solidarität, Rechtstreue und Autonomie abbilden.

[16] Wichtigkeit von Bürgertugenden: Faktorladungen einer Hauptkomponentenanalyse mit Varimax Rotation mit zweidimensionaler Lösung auf der Grundlage der Fragen 14a, 14c, 14d, 14e und 14f; Frage 14b ist keiner Dimension zuzuordnen; erste Dimension „Aktives Engagement": „politisch aktiv, sozial engagiert"; zweite Dimension „Solidarität, Rechtstreue, Autonomie": „Bürger helfen, Gesetze befolgen, eigene Meinung bilden".

[17] Politisches Vertrauen: Faktorladungen einer Hauptkomponentenanalyse mit Varimax Rotation mit zweidimensionaler Lösung auf der Grundlage der Fragen 13a, 13b, 13c, 13d, 13e, 13f, 13g, 13h, 13i (ohne Fragen 13j, 13k, 13l, 13m); Frage 13j ist keiner Dimension eindeutig zuzuordnen; Fragen 13k, 13l und 13m sind wegen zu vieler fehlender Werte ausgeschlossen; erste Dimension „Nationales politisches Vertrauen":

(Fortsetzung auf S. 148)

Dieser Befund ist insofern von besonderem Interesse, als er zusätzlich spezifische Einsichten in die vertrauensgenerierende Funktion *lokaler* politischer Amtsträger und Institutionen ermöglicht. Denn gerade die lokale politische Ebene bietet ein breites Spektrum an unmittelbaren Kontaktmöglichkeiten zu Lokalpolitikern, Einblicken in lokalpolitische Entscheidungsprozesse, aber auch Möglichkeiten zu direkter politischer Teilhabe, deren Wirksamkeit an konkret beobachtbaren lokalen politischen Entscheidungen abgelesen werden kann. Gemäß den Ausführungen in der Einleitung dieses Sammelbands gelten Gemeinden somit als „Schulen der Demokratie", die mittels eines so genannten Spillover-Effekts einen fruchtbaren Boden für übergeordnete demokratische Orientierungen bereiten können. Vor dem Hintergrund dieser Annahme fallen jedoch die Werte fehlender Angaben zu lokalem politischen Vertrauen unerwartet hoch aus.[18] Bezogen auf lokale politische Items, wie lokale Parteien oder Gemeindevertretung, rangieren sie vielfach um sechs Prozent, während fehlende Werte für nationale politische Vertrauensitems lediglich um circa zwei Prozent variieren. Dieser Befund überrascht, steht er doch im Widerspruch zur weit verbreiteten Vorstellung, dass erste politische Erfahrungen im kommunalen Umfeld gesammelt und Amtsträger direkt vor Ort kontaktiert werden können.

Der „Politik im Kontext"-Datensatz hält noch zusätzliche Determinanten bereit, die umfassend und aus verschiedenen Perspektiven über die individuelle soziale Integration in der Kommune informieren. In dem Maße, in dem subjektiv erfahrene soziale Integration in eine Gemeinschaft individuelle Vertrauensdispositionen befördert, wäre somit ein positiver Zusammenhang zwischen Integrationsindikatoren und sozialem Vertrauen zu erwarten. Dies gilt insbesondere für die individuelle Verbundenheit mit der Wohngemeinde, die bereits in früheren Studien ihre positive Effektstärke unter Beweis stellen konnte (Zmerli et al. 2007, S. 53). Hierbei liegt die Vermutung zugrunde, dass eine intensive Verbundenheit eine stärkere Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie größeres lokales Engagement hervorbringen sollte, woraus eine stärkere Vertrauensbereitschaft erwachsen könnte. Inwiefern dieses Verbundenheitsgefühl lediglich ein Ausdruck der in Jahren gemessenen tatsächlichen Wohndauer ist, soll in der Untersuchung ebenfalls nachgegangen werden. Zusätzlich wird der erhobene Lokalstolz als ein weiterer Indikator sozialer Integration und Identifikation mit dem lokalen Umfeld untersucht. Auch bei diesem Bestimmungsfaktor kann zunächst ein positiver Zusammenhang zu sozialem Vertrauen angenommen werden. Ferner wird in zahlreichen empirischen Studien ein positiver Zusammenhang zwischen höherer Lebenszufriedenheit und sozialem Vertrauen ermittelt (Kunz 2004; Zmerli 2012; Zmerli u. Newton 2011). Die „Politik im Kontext"-Studie erhebt die konkrete Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde. Entsprechend sollte auch ein positiver Effekt von der Zufriedenheit mit dem Leben in der Wohngemeinde auf soziales Vertrauen ausgehen. In

[17] *(Fortsetzung)* „Politiker und Parteien in Deutschland, Bundestag, Bundesregierung und Gerichte"; zweite Dimension „Lokales politisches Vertrauen": „Stadt- oder Gemeindeverwaltung, lokale Parteien, Gemeindevertretung, Bürgermeister". Aufgrund der hohen Anzahl fehlender Werte für die lokalen Politikitems umfassen die beiden Dimensionen lediglich 10.179 Fälle.

[18] Befragte mit fehlenden Werten werden bei den empirischen Analysen nicht berücksichtigt.

Anlehnung an die Relevanz zivilgesellschaftlichen Engagements für die Produktion sozialen Vertrauens ermöglicht der Datensatz darüber hinaus den empirischen Test des Effekts der subjektiven Einschätzung des kommunalen Freizeitangebots auf soziales Vertrauen. Erwartet werden auch hier positive Effekte.[19]

Daneben sollen die Einflüsse verschiedener sozio-demographischer und -ökonomischer Indikatoren überprüft werden. Während die Befunde für Geschlecht und Alter häufig uneinheitlich ausfallen, belegen empirische Studien regelmäßig positive Effekte, die von höherer Bildung auf soziales Vertrauen ausgehen. Ferner wird erwartet, dass eine höhere Schichtzugehörigkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit als weiterer gesellschaftlicher Integrationsfaktor sowie die persönliche Integration in eine partnerschaftliche Lebensgemeinschaft soziales Vertrauen befördern sollte. Schließlich belegen verschiedene Studien, dass häufiger Kirchgang positive Effekte auf soziales Vertrauen erzielt (Brehm u. Rahn 1997; Kunz 2004; Newton u. Zmerli 2011; Uslaner 1999, 2002).[20]

4.2.2 Empirische Befunde

Zur besseren Bewertung und Einordnung des Einflusses konzeptionell und empirisch aufeinander bezogener Determinanten werden die sich anschließenden Analysen in sechs aufeinander folgenden Schritten vorgenommen. Das erste in Tabelle 3 (s. S. 150) dargestellte Regressionsmodell umfasst neben Geschlecht, Alter und Bildung Schichtzugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft, den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sowie Kirchgangshäufigkeit (Modell 1). Bevor die Effektstärken im Einzelnen diskutiert werden, ist jedoch festzuhalten, dass die mit knapp vier Prozent ausgewiesene korrigierte erklärte Varianz recht bescheiden ausfällt. Höhere Bildung, höhere Schichtzugehörigkeit, der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sowie häufiger Kirchgang tragen allesamt auf positive und statistisch signifikante Weise zur Erklärung der individuellen Vertrauensbereitschaft bei. Dabei erweisen sich insbesondere höhere Bildung und häufiger Kirchgang als vergleichsweise erklärungsstark.

In Modell 2 wird darüber hinaus der Einfluss der kommunalen sozialen Integration überprüft, das Auskunft über die Effekte kommunaler Verbundenheit und Identifikation sowie der Einschätzung des kommunalen Freizeitangebotes geben soll. Die um sechs Prozentpunkte verbesserte Varianzerklärung liefert bereits einen ersten Hinweis auf die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Vertrauensgenese. Und tatsächlich

---

[19] Verbundenheit mit der Gemeinde (Frage 15a); Wohndauer in Kommune in Jahren (Frage 3); Lokalstolz (Frage 16a); Zufriedenheit mit Leben in Gemeinde (Frage 5); Zustimmung zu vielfältigem kommunalen Freizeitangebot (Frage 6g).

[20] Die Kodierungen dieser Variablen lauten wie folgt: Alter in Lebensjahren (Frage 38); höchster Bildungsabschluss (Frage 45) wurde mit Hilfe der Antworten auf Frage 46 den entsprechenden Kategorien von Frage 45 zugeordnet; Schichtzugehörigkeit (Frage 51); Lebensgemeinschaft (Frage 44): 0 = alleine, 1 = in Lebensgemeinschaft; Staatsangehörigkeit (Frage 39): 0 = nicht deutsch, 1 = deutsch; Kirchgangshäufigkeit (Frage 42): 1 = nie, 2 = seltener, 3 = mehrmals im Jahr, 4 = ein- bis dreimal im Monat, 5 = einmal in der Woche, 6 = mehrmals pro Woche.

Tabelle 3: Individuelle Determinanten sozialen Vertrauens

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Konstante	4,41***	2,86***	2,50***	0,72**	-0,07	-0,77**
Geschlecht (Referenz: weiblich)	-0,04	-0,03	-0,02	0,01	-0,04	-0,06
Alter	0,17	0,02	0,08	0,07***	0,12	0,02
Bildung	0,78***	0,86***	0,83***	0,78***	0,56***	0,55***
Schichtzugehörigkeit	0,74***	0,56***	0,53***	0,50***	0,25*	0,15
in Lebensgemeinschaft lebend (Referenz: alleine lebend)	-0,04	-0,11*	-0,14**	-0,14**	-0,08*	-0,07
Staatsangehörigkeit (Referenz: nicht deutsch)	0,56***	0,42***	0,40***	0,41***	0,50***	0,47***
Kirchgangshäufigkeit	0,85***	0,58***	0,50***	0,42***	0,27***	0,18*
Verbundenheit mit Gemeinde		1,75***	1,51***	1,19***	1,10***	0,52***
Wohndauer in Jahren		-0,41**	-0,41***	-0,33**	-0,29*	-0,10
Zufriedenheit mit Leben in Gemeinde		0,65***	0,69***	0,69***	0,60***	-0,03
Einschätzung des lokalen Freizeitangebots		0,15***	0,13	0,13	0,07	-0,08
Lokalstolz		0,04	0,02	-0,11	-0,21*	-0,48***
Kontakte zu Nachbarn			0,62***	0,53***	0,54***	0,57***
Informelle Kontakte			0,05	0,05	0,05	0,09*
Aktives Engagement in exklusiven Vereinen			0,00	-0,05	-0,05	-0,10
Aktives Engagement in inklusiven Vereinen			0,20**	0,10	0,14*	0,16*
Aktives Engagement in beiden Vereinstypen			0,17*	0,04	0,09	0,10
Bürgertugenden „Aktives Engagement“				1,50***	1,06***	0,67***
Bürgertugenden „Solidarität, Rechtstreue, Autonomie“				1,79***	1,34***	0,84***
Nationales politisches Vertrauen					3,20***	3,63***
Lokales politisches Vertrauen						4,24***
Korrigiertes R^2 in Prozent	3,5	9,5	10,3	12,0	16,7	23,8
N	9.367	9.367	9.367	9.367	9.367	9.367

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Lineare Regressionsanalysen (unstandardisierte Regressionskoeffizienten). Um einen Vergleich der Regressionskoeffizienten zu ermöglichen, wurden alle Variablenkodierungen auf einer Messskala von 0 bis 1 standardisiert.

zeigt sich, dass mit Ausnahme des Lokalstolzes alle weiteren Integrationsindikatoren einen signifikanten Beitrag zur Erklärung sozialen Vertrauens leisten. Hierunter erweist sich insbesondere der Effekt der persönlichen Verbundenheit mit der Wohngemeinde als zentrale Größe im Gesamtmodell. Dass die Auswirkungen individueller kommunaler Verbundenheit nicht automatisch mit einer längeren Wohndauer gleichgestellt werden können, verdeutlicht der unerwartet *negative* signifikante Koeffizient der in Jahren gemessenen Wohndauer. Hier zeigen sich deutlich die dunklen Seiten kommunaler Bindungen, sofern sie nicht durch Lebenserfahrungen in anderen Kommunen oder interpersonalen Kontakten ergänzt werden.[21] Dagegen bestätigen die positiven Effekte der Zufriedenheit mit dem Leben in der Wohngemeinde sowie der positiven Bewertung des kommunalen Freizeitangebots die formulierten Erwartungen.

Modell 3 trägt die Koeffizientenstärken der in der Vertrauensforschung weithin anerkannten strukturellen Grundlagen sozialen Kapitals ab: soziale Kontakte in informellen und formal organisierten sozialen Netzwerken sowie Kontakte zur Nachbarschaft. Trotz des äußerst geringfügigen Zuwachses erklärter Varianz des Gesamtmodells erweisen sich einige der strukturellen Sozialkapitalkomponenten als statistisch signifikante Prädiktoren: Informelle Kontakte zu Nachbarn üben unter diesen strukturellen Determinanten den größten vertrauensgenerierenden Einfluss aus. Die Effekte freiwilligen Vereinsengagements bewegen sich dagegen auf niedrigem Niveau und nur zwei Vereinskategorien erzielen statistische Signifikanz. Dennoch entfaltet sich der Einfluss in die erwartete Richtung: einzig aktives Engagement in inklusiven Vereinen verstärkt generalisiertes soziales Vertrauen. Angesichts des hohen Anteils Aktiver der inklusiven Kategorie, die sich gleichzeitig auch in einem exklusiven Verein engagieren, ist der positiv signifikante Koeffizient für die „gemischte“ Vereinskategorie wenig überraschend. Entgegen der theoretischen Annahme leistet die individuelle Netzwerkzugehörigkeit keinen eigenständigen Erklärungsbeitrag.

Das vierte Modell berücksichtigt den aus theoretischer Perspektive relevanten Effekt der zweiten kulturellen Komponente sozialen Kapitals: im hiesigen Fall die beiden ermittelten Dimensionen der Bürgertugenden. Beide Prädiktoren weisen vergleichsweise erklärungsstarke signifikante Koeffizienten auf. Dennoch verbessert sich die Erklärungskraft des Gesamtmodells gegenüber dem dritten Modell um lediglich zwei Prozentpunkte.

Das fünfte Erklärungsmodell testet ferner den Einfluss politischen Vertrauens in nationale Institutionen und Akteure. Um die Relevanz des lokalen Kontexts präziser zu ermitteln, werden die beiden zuvor identifizierten Dimensionen politischen Vertrauens in zwei aufeinanderfolgenden analytischen Schritten als Bestimmungsfaktoren berücksichtigt, wobei zunächst der Einfluss des nationalen politischen Vertrauens überprüft wird. Wie erwartet, entfaltet nationales politisches Vertrauen nun die vergleichsweise stärkste signifikante Erklärungskraft im Gesamtmodell. Interessanterweise kann

[21] Die hier nicht dargestellte Überprüfung des Interaktionseffektes zwischen kommunaler Verbundenheit und Wohndauer ergab keine weiteren statistisch signifikanten Erkenntnisse, wodurch die Annahme zweier inhaltlich verschiedener Indikatoren unterstrichen wird.

nun auch für Lokalstolz ein signifikanter Effekt ermittelt werden. Allerdings zeigt sich, dass soziales Vertrauen mit *geringerer* lokaler Identifikation einhergeht. Insgesamt ergibt sich für die Erklärung sozialen Vertrauens gegenüber dem vierten Modell ein Erklärungszugewinn von nahezu fünf Prozentpunkten, womit nationales politisches Vertrauen seine Relevanz als Bestimmungsfaktor generalisierten sozialen Vertrauens nachhaltig unterstreicht.

Schließlich ermittelt das sechste Modell den zusätzlichen Erklärungsbeitrag des Vertrauens in lokale politische Institutionen und Akteure. Als nunmehr erklärungsstärkster signifikanter Regressionskoeffizient betont lokales politisches Vertrauen seine außerordentliche vertrauensgenerierende Bedeutung und liefert damit einen beeindruckenden empirischen Beweis für die Existenz und Relevanz lokal verorteter Spillover-Effekte. Offenkundig eröffnet die lokale Ebene Möglichkeiten, die weit über das unmittelbare Kennenlernen demokratischer Prinzipien und das Einüben demokratischer Praktiken hinausgehen. Gleichzeitig steigert ein weiteres strukturelles Element sozialen Kapitals, nämlich informelle Kontakte, seine Erklärungskraft gegenüber den vorangegangenen Modellen und erlangt nun statistische Signifikanz. Insgesamt unterstreicht die gegenüber dem fünften Modell sieben Prozentpunkte betragende Steigerung des erklärten Varianzanteils die außerordentliche Relevanz der Vertrauenswürdigkeit lokaler politischer Institutionen und Akteure für die Genese sozialen Vertrauens.

5 Fazit

Soziales Vertrauen gilt als Kitt, der Gesellschaften zusammenhält: es stärkt individuelle und gesellschaftliche Kooperationsbereitschaft, stabilisiert das demokratische Gemeinwesen und dessen Institutionen, fördert wirtschaftlichen Erfolg, erhöht die individuelle Lebenszufriedenheit und stärkt die eigene Gesundheit. Während in der Vergangenheit weitreichende Einblicke in die individuellen Grundlagen sozialen Vertrauens dank einer Vielzahl empirischer Studien erzielt werden konnten, richtete sich das Forschungsinteresse zuletzt auf die Kontextdependenz der Vertrauensgenese, wobei insbesondere Indikatoren der Makroebene berücksichtigt wurden. Geringere Beachtung fanden bislang Einflüsse lokaler Faktoren. Dieses „Forschungsungleichgewicht“ lässt sich jedoch nicht überzeugend mit konzeptionellen Überlegungen begründen, wird doch gerade im sozialen Nahumfeld und dessen Ausgestaltung ein entscheidender Beitrag zur individuellen Vertrauensdisposition erkannt. Sofern systematische Untersuchungen zu den Auswirkungen lokaler Merkmale vorgenommen werden, rückt in der Regel das unmittelbare nachbarschaftliche Umfeld und somit ein sehr eng umrissener Wirkungskreis sozialer Beziehungen in den Blickpunkt. Dabei unterstreichen die empirischen Befunde die besondere Bedeutung kleinsträumiger lokaler Merkmale für die Stärkung sozialen Vertrauens. Der empirischen Analyse dieser Annahmen ist auch die „Politik im Kontext“-Studie gefolgt. Der eng umrissene nachbarschaftliche Kontext wird dabei jedoch um die Betrachtung des Einflusses kommunaler Merkmale auf die Stärkung sozialer Vertrauensbeziehungen erweitert. Besonde-

re Beachtung wird dabei lokalpolitischen Verhältnissen, Merkmalen der lokalen Gesellschaft sowie lokalen Wirtschaftsbedingungen geschenkt. Die Interpretation der empirischen Befunde, die kommunale und individuelle Einflüsse berücksichtigten, ließ eine Bestätigung der Ausgangsannahmen zunächst nicht zu. Nur in sehr eingeschränktem Umfang erwiesen sich lokale kontextuelle Merkmale als potentiell aussagekräftig. Der Versuch, den Einfluss des lokalen Kontexts durch Mehrebenenanalysen abzubilden, schlug ebenfalls fehl.

Trotz dieser ernüchternden empirischen Befunde konnten verschiedene eindeutige Hinweise auf einen vertrauensfördernden Einfluss des lokalen Umfelds beobachtet werden. Am prägnantesten wurde dies durch die empirische Evidenz zum lokalen Politikvertrauen veranschaulicht. Denn unerwartet stark fiel der Einfluss des Vertrauens in lokale politische Institutionen und Akteure aus. Daneben weisen verschiedene andere Indikatoren auf die Bedeutung des lokalen Kontexts hin: dies belegen insbesondere die Effekte der kommunalen Verbundenheit, des Einflusses freiwilligen Vereinsengagements sowie informeller nachbarschaftlicher Kontakte. Faktoren des lokalen sozialen Kontexts sind demnach der zentrale Ausgangspunkt der Vertrauensgenese und bestätigen somit die grundlegenden forschungsleitenden Thesen der „Politik im Kontext"-Studie. Hierbei zeichnen sich deutliche Hinweise auf Spillover-Effekte und somit *lokale* Pfade ab, die zur Stärkung sozialen Vertrauens beschritten werden können. In diesem Zusammenhang besitzen insbesondere lokale politische Institutionen und Akteure ein Potenzial, das bislang in sozialwissenschaftlichen Studien in diesem Umfang nicht erkannt und folglich auch nicht unter diesem Aspekt diskutiert wurde. Kommunaler Politik und deren Vertretern erwächst aus dieser neu gewonnenen Perspektive aber ebenso eine Verantwortung mit weitreichenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Aufgrund der ausgeprägten Interdependenz sozialen und politischen Vertrauens profitieren lokale politische Akteure gleichermaßen vom vorhandenen Vertrauensreservoir, indem die Legitimität ihres politischen Handelns anerkannt und die Implementierung politischer Entscheidungen weithin akzeptiert wird. Zukünftigen Studien wird es vorbehalten bleiben, die vertrauensbezogenen Implikationen des lokalen politischen Kontexts näher zu beleuchten. Der großen Anzahl der hier beobachteten fehlenden Antworten sollte allerdings ein weiteres Augenmerk gewidmet werden. Möglicherweise erschließt sich das bemerkenswerte Potenzial der lokalen politischen Ebene nicht allen Bürgerinnen und Bürgern im gleichen Maße: manchen mag sie zu unbedeutsam, manchen bereits zu entrückt erscheinen.

Nachbarschaftliche Kontakte, zivilgesellschaftliches Engagement sowie individuelle lokale Verbundenheit eröffnen weitere Wege zur Stärkung sozialen Vertrauens. Allerdings konnten die Befunde auch einige dunkle Seiten kommunaler Bindungen aufzeigen. So erscheint eine langjährige Wohndauer nicht per se ein vertrauensgenerierender sozialer Integrationsfaktor zu sein. Deutlicher noch markiert der negative Effekt des Lokalstolzes die Gefahren, die eine zu starke lokale Identifikation mit sich zu bringen scheint. Allein in Verbindung mit dem Knüpfen interpersonaler Kontakte und gemeinsamen Kooperationen, so die Befundlage, können diese Faktoren in vertrauensstärkende Bahnen gelenkt werden. Den Gemeinden und ihren politisch Verantwort-

lichen erwächst aus dieser Erkenntnis eine Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch Handlungsverpflichtungen.

Literatur

Alesina, Alberto, und Eliana La Ferrara. 2000. Participation in Heterogeneous Communities. *Quarterly Journal of Economics* 115: 847–904.

Allport, Gordon Willard. 1954. *The Nature of Prejudice*. Reading: Addison-Wesley.

Brehm, John, und Wendy Rahn. 1997. Individual-Level Evidence for the Causes and Consequences of Social Capital. *American Journal of Political Science* 41: 999–1023.

Clark, Tom, Robert D. Putnam, und Edward Fieldhouse. 2010. *The Age of Obama. The Changing Place of Minorities in British and American Society*. Manchester: Manchester University Press.

Costa, Dora L., und Matthew E. Kahn. 2003. Civic Engagement and Community Heterogeneity: An Economist's Perspective. *Perspectives on Politics* 1: 103–111.

Dahl, Robert A., und Edward R. Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Freitag, Markus, und Marc Bühlmann. 2009. Crafting Trust: The Role of Political Institutions in a Comparative Perspective. *Comparative Political Studies* 42: 1537–1566.

Freitag, Markus, und Richard Traunmüller. 2009. Spheres of Trust. An Empirical Analysis of the Foundations of Particularised and Generalised Trust. *European Journal of Political Research* 48: 782–803.

Gambetta, Diego. 1988. Can We Trust Trust? In *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations*, Hrsg. Diego Gambetta, 49–72. Oxford: Blackwell.

Hardin, Russell. 1998. Trust in Government. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi, 9–27. New York: Russell Sage Foundation.

Hofferth, Sandra L., und John Iceland. 1998. Social Capital in Rural and Urban Communities. *Rural Sociology* 63: 574–598.

Kunz, Volker. 2004. Soziales Vertrauen. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 201–237. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Laurence, James. 2011. The Effect of Ethnic Diversity and Community Disadvantage on Social Cohesion: A Multi-Level Analysis of Social Capital and Interethnic Relations in UK Communities. *European Sociological Review* 27: 70–89.

Letki, Natalia. 2008. Does Diversity Erode Social Cohesion? Social Capital and Race in British Neighbourhoods. *Political Studies* 56: 99–126.

Maloney, William, Graham Smith, und Gerry Stoker. 2000. Social Capital and Urban Governance: Adding a More Contextualized 'Top-down' Perspective. *Political Studies* 48: 802–820.

McPherson, Miller, Lynn Smith-Lovin, und James M. Cook. 2001. Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. *Annual Review of Sociology* 27: 415–444.

Messick, David M., und Roderick M. Kramer. 2001. Trust as a Form of Shallow Morality. In *Trust in Society*, Hrsg. Karen S. Cook, 89–117. New York: Russell Sage.

Newton, Kenneth, und Sonja Zmerli. 2011. Three Forms of Trust and Their Association. *European Political Science Review* 3:169–200.

Oliver, J. Eric, und Tali Mandelberg. 2000. Reconsidering the Environmental Determinants of White Racial Attitudes. *American Journal of Political Science* 44: 574–589.

Pettigrew, Thomas F., und Linda R. Tropp. 2000. Does Intergroup Contact Reduce Prejudice? Recent Meta-analytic Findings. In *Reducing Prejudice and Discrimination: Social Psychological Perspectives*, Hrsg. Stuart Oskamp, 93–114. Mahwah: Erlbaum.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

Putnam, Robert D. 2007. E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-First Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture. *Scandinavian Political Studies* 30: 137–174.

Putnam, Robert D., und Kristin A. Goss. 2001. Einleitung. In *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert D. Putnam, 15–43. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Richey, Sean. 2007. Manufacturing Trust: Community Currencies and the Creation of Social Capital. *Political Behavior* 29: 69–88.

Stolle, Dietlind, Stuart Soroka, und Richard Johnston. 2008. When Does Diversity Erode Trust? Neighborhood Diversity, Interpersonal Trust and the Mediating Effect of Social Interactions. *Political Studies* 56: 57–75.

Sturgis, Patrick, Ian Brunton-Smith, Sanna Read, und Nick Allum. 2010. Does Ethnic Diversity Erode Trust? Putnam's 'Hunkering Down' Thesis Reconsidered. *British Journal of Political Science* 41: 57–82.

Tolsma, Jochem, Tom van der Meer, und Maurice Gesthuizen. 2009. The Impact of Neighbourhood and Municipality Characteristics on Social Cohesion in the Netherlands. *Acta Politica* 44: 286–313.

Uslaner, Eric M. 1999. Democracy and Social Capital. In *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 121–150. Cambridge: Cambridge University Press.

Uslaner, Eric M. 2002. *The Moral Foundations of Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.

Uslaner, Eric M. 2012. *Segregation and Mistrust. Diversity, Isolation, and Social Cohesion*. Cambridge: Cambridge University Press.

van Deth, Jan W., und William A. Maloney. 2008. The Associational Impact on Attitudes towards Europe: A Tale of Two Cities. In *Civil Society and Governance in Europe. From National to International Linkages*, Hrsg. William A. Maloney und Jan W. van Deth, 45–70. Cheltenham: Edward Elgar.

Warren, Mark E. 1999: Democratic Theory and Trust. In *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 310–345. Cambridge: Cambridge University Press.

Warren, Mark E. 2001: *Democracy and Association*. Princeton: Princeton University Press.

Zmerli, Sonja. 2008. *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts*. Baden-Baden: Nomos.

Zmerli, Sonja. 2010. Social Capital and Norms of Citizenship: An Ambiguous Relationship? *American Behavioral Scientist* 53: 657–676.

Zmerli, Sonja. 2012. Soziales und politisches Vertrauen. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2008*, Hrsg. Silke I. Keil und Jan W. van Deth, 139–172. Baden-Baden: Nomos.

Zmerli, Sonja, und Kenneth Newton. 2008. Social Trust and Attitudes Toward Democracy. *Public Opinion Quarterly* 72: 706–724.

Zmerli, Sonja, und Kenneth Newton. 2011. Winners, Losers, And Three Types of Trust. In *Political Trust. Why Context Matters*, Hrsg. Sonja Zmerli und Marc Hooghe, 67–94. Colchester: ECPR Press

Zmerli, Sonja, Kenneth Newton, und José Ramon Montero. 2007. Trust in People, Confidence in Political Institutions, and Satisfaction with Democracy. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramon Montero und Anders Westholm, 33–65. London: Routledge.

Soziale Partizipation

Silke I. Keil

1 Einführung

Im Juli 2011 löste das Bundesfreiwilligenjahr den Wehrdienst und damit auch den Zivildienst ab. Der Bundesfreiwilligendienst ergänzt das Freiwillige Soziale Jahr und soll das bürgerschaftliche Engagement stärken. Sehr viele Wohlfahrtsverbände suchten im Vorfeld dringend nach Bewerbern. So hatte beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt in Westfalen berichtet, dass sich für ihre 600 Stellenangebote fünf Bewerber gemeldet hatten. Bei vielen Verbänden standen damit Projekte wie „Essen auf Rädern", offene Altenarbeit oder die individuelle Betreuung von Behinderten in Frage. Einer repräsentativen Onlineumfrage vom April 2011 zu Folge glaubten 46 Prozent aller befragten Bundesbürger, dass der Bundesfreiwilligendienst die Lücken des Zivildienstes nicht würde ausgleichen können und nur 18 Prozent hielten die Einführung für sinnvoll (Statista 2011). Die Bedeutsamkeit sozialen Engagements für die Gesellschaft erhält damit eine neue Brisanz. Jedoch nicht erst seit dem Wegfall des Zivildienstes wird über die Bedeutung von sozialer Partizipation diskutiert und deren Funktion für das Gemeinwesen herausgehoben – auch über die deutschen Grenzen hinaus. So wurde das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt. Bereits 14 Jahre früher, 1997, erklärten die Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen und seitdem wird am 5. Dezember eines jeden Jahres weltweit der Tag des Ehrenamts begangen, mit dem Ziel, Bürger zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu motivieren und deren Arbeit zu honorieren und zu stärken. Was aber motiviert Menschen, sich zu beteiligen? Nach Selbstauskunft bringen sich 95 Prozent der Befragten ein, weil sie die Gesellschaft mitgestalten wollen, zumindest im Kleinen (Gensicke u. Geis 2010, S. 12). Bei ebenso vielen Individuen spielt das Bedürfnis nach Gesellschaft, also andere Menschen kennenzulernen, eine motivierende Rolle. Für beide Motivstrukturen ist der lokale Kontext von großer Bedeutung, denn das Bedürfnis etwas gestalten zu wollen und andere Menschen kennenzulernen, betrifft primär das nähere Umfeld. Die Bürger engagieren sich vor allem in den örtlichen Sportvereinen, in den Schulen ihrer Kinder und in ihrer Kirchengemeinde. Oder sie helfen sich gegenseitig bei der Betreuung ihrer Kinder aus und stehen hilfsbedürftigen Verwandten und Bekannten bei täglichen Besorgungen zur Seite. Menschen engagieren sich demnach in erster Linie vor Ort, in ihrer Gemeinde und in ihrem Stadtteil. Diesem Umstand Rechnung tragend, werden in vielen Kommunen Workshops und Tagungen durchgeführt, um zu erfahren, was getan werden kann, um mehr Menschen für die aktive soziale Mitarbeit zu gewinnen. Einige Gemeinden begreifen Engagementförderung auch als kommunale Pflichtaufgabe und bauen eine vielfältige Infrastruktur kommunaler Engage-

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_6, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

mentförderung auf (Jakob 2010, S. 46). Allerdings sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Bedeutung einzelner Komponenten des komplexen lokalen Umfelds begrenzt, und damit auch das Wissen um die sinnvolle Implementierung entsprechender Strukturen. An dieser Stelle setzt dieser Beitrag an und fragt nach dem Einfluss des lokalen Kontexts auf die soziale Betätigung der Bürger in unterschiedlichen Gemeinden.

Die bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen sozialer Partizipation beruhen insbesondere auf Analysen individueller Determinanten. Entsprechend ist der lokale Kontext in dem Civic Voluntarism Modell (Verba et al. 1995), auf dessen theoretischer Grundlage auch die Analysen auf der Mikroebene dieses Beitrags basieren, nicht berücksichtigt. Es ist jedoch evident, dass jeder, der in diesem Modell relevanten Faktoren – Ressourcen, Motive, Netzwerke – in Abhängigkeit von der unterschiedlichen Einbettung eines Individuums in seine Umgebung variiert. Insofern sind beide Merkmale, d. h. die des Kontexts und die des Individuums, für die nachfolgenden Analysen relevant.

Die Untersuchung der Ursachen sozialer Partizipation erfolgt in vier Schritten. Nach einer theoretischen Fundierung folgt die Präsentation der Verteilungen: in welchem Ausmaß betätigen sich die Bürger in den unterschiedlichen Gemeinden? Partizipation ist nicht eindimensional, wie im Folgenden dargestellt wird, und deshalb werden die Verteilungen entlang von zwei Dimensionen präsentiert. Zur Beantwortung der Frage nach dem Einfluss lokaler Kontextmerkmale und individueller Eigenschaften auf die unterschiedlichen Typen in den einzelnen Gemeinden werden Aggregatdaten- und Mehrebenenanalysen geschätzt. Abschließend erfolgt eine Einordnung der Befunde.

2 Soziale Partizipation und lokaler Kontext: theoretischer Rahmen

2.1 Soziale Partizipation: Begriff und Relevanz

Soziale Partizipation ist ein Massenphänomen. So existierten 2011 in Deutschland 580.298 eingetragene Vereine und die Vereinsdichte betrug 7.094 Vereine je einer Million Einwohner (Vereinsstatistik 2011). Nicht nur das Angebot ist beachtlich, auch die Nutzung der Möglichkeiten erfolgt extensiv. Offizielle Mitgliederzahlen aller eingetragener Vereine existieren nicht, jedoch ermöglichen repräsentative Bevölkerungsumfragen in Deutschland einen Einblick über die Quantität formaler Beteiligung: Nach Selbstauskunft der Befragten ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung Mitglied in einem Verein (Alscher et al. 2009, S. 52). Trotz der großen Bedeutung von Vereinen und anderen Freiwilligenorganisationen für die soziale Betätigung wird eine ausschließliche Fokussierung auf sie der Realität nicht gerecht. Selbstorganisierte Gruppen, nachbarschaftliche und freundschaftliche sowie andere soziale Netzwerke bilden eine weitere Dimension sozialer Partizipation. Im Unterschied etwa zur amtlichen Statistik in Österreich und der Schweiz wird die informelle Beteiligung in Deutschland nicht systematisch und regelmäßig erfasst, jedoch können Daten der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2008 belegen,

dass diese Form freiwilliger sozialer Beteiligung ebenfalls weit verbreitet ist. So gaben 49 Prozent der Befragten an, häufige oder sehr häufige nachbarschaftliche Kontakte zu pflegen und unter den Befragten waren 23 Prozent Mitglied einer informellen Gruppe.

Die kurze Skizzierung aktueller deutschlandweiter Befunde tangiert die Frage, was unter sozialer Partizipation zu verstehen ist und in dieser Hinsicht kann nicht auf eine etablierte Definition zurückgegriffen werden. Jedoch hat die Untersuchung sozialer Partizipation eine lange Tradition und entsprechend elaborierte Befunde liegen vor. In der Politikwissenschaft wurde soziale Partizipation lange Zeit vor allem im Zusammenhang mit politischer Partizipation beleuchtet und spielte in der Regel nur als dessen Bestimmungsfaktor eine Rolle. Zu einem eigenständigen Forschungsgegenstand entwickelte sich soziale Partizipation im Zuge der Neu- und Wiederentdeckung der Ideen Tocquevilles, erstmals eingeführt über Coleman (1988) und prominent etabliert durch die Sozialkapitaltheorie Putnams (1993, 2000).

Was heute als soziale Partizipation definiert wird, hängt in großem Umfang von der individuellen Motivation ab, denn mittlerweile verwischen sich durch die enorme Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten die Grenzen zwischen sozialer und politischer Partizipation (van Deth 2006). Roßteutscher nennt soziale Partizipation einen „Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht“ (Roßteutscher 2009a, S. 163). Unter diesen Begriff können sowohl unterschiedliche Dimensionen sozialer Partizipation subsumiert werden als auch unterschiedliche Formen und Intensitäten. Menschen beteiligen sich nicht alle im gleichen Umfang. So reichen die Beteiligungsmöglichkeiten in Organisationen von passiver Mitgliedschaft, über Geldspendeaktionen und unregelmäßigen Beteiligungen bis hin zum aktiven, regelmäßigen ehrenamtlichen Einsatz. Darüber hinaus gibt es, wie bereits erwähnt, eine enorme Bandbreite unterschiedlicher Vereine: Je nach Interesse betätigen sich Menschen in einem Bastelverein oder in einer Umweltschutzorganisation, in einem Chor oder in einem Altenheim. Und diese Betätigung hat wiederum Auswirkungen auf die Einstellungen und das Verhalten der Bürger. Was die Auswirkungen sozialer Partizipation betrifft, ist sich die Forschung einig: soziale Partizipation leistet einen unverzichtbaren positiven Beitrag zur Stabilität und Vitalität demokratischer Systeme und daher ist deren Untersuchung ein klassischer Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften. Bereits Almond und Verba verwiesen auf die Bedeutsamkeit formaler Organisationen und informeller Netzwerke für die Stabilität demokratischer Systeme (Almond u. Verba 1963, S. 147, S. 149). Entsprechend wirken Freiwilligenorganisationen als vermittelnde Instanzen und verbinden als intermediäre Organisationen das Individuum mit Staat und Gesellschaft. In Vereinen, so die Argumentation, werden die Grundregeln einer Staatsbürgerrolle eingeübt, denn sie bieten ein Umfeld, in dem die Mitglieder lernen können, gemeinschaftsbezogen zu kommunizieren, zu kooperieren und Verantwortung zu übernehmen. Werden diese Fähigkeiten auf den politischen Prozess übertragen, sind Vereinsmitglieder damit in der Lage, ihre Interessen zu artikulieren und in den politischen Prozess einzubringen. Almond und Verba kommen in ihrer empirischen Studie in fünf Ländern zu dem Ergebnis, dass die in Vereinen

tätigen Individuen die besseren Demokraten sind, denn diese sind politisch besser informiert, haben ein größeres politisches Interesse und partizipieren stärker politisch. Auf Grund dieser Wirkung spielen Vereine „a major role in a democratic political culture“ und gehören zu den „most important foundations“ einer Demokratie (Almond u. Verba 1963, S. 265). In einer Vielzahl nachfolgender Studien konnte diese Bedeutsamkeit theoretisch und empirisch belegt werden und es scheint kein Zweifel zu bestehen, dass die soziale Beteiligung eine ausschlaggebende Determinante für die Vitalität einer Demokratie ist (siehe u. a. Verba et al. 1995; Zimmer 1996, 2007; Warren 2001; van Deth 1997, 2001, 2004; van Deth et al. 2007; Maloney u. Roßteutscher 2007). Insbesondere die Sozialkapitaltheorie Putnams hat die Bedeutsamkeit neu betont. Seinen Ausführungen zufolge ist die Kombination aus Vertrauen, Normen der Reziprozität und Netzwerken sozialen Engagements ursächlich für die gute oder schlechte Performanz demokratischer Staaten. Putnams Argumentation folgend, sind Vereine Orte, in denen Mitglieder Vertrauen ausbilden, das auf Grund von Erfahrungen der Reziprozität entsteht. Menschen mit ähnlichen Interessen und Vorlieben kommen in Vereinen ihrer Neigung zusammen und wenn diese Individuen die gleichen prosozialen Normen teilen und unterstützen, d. h. Anerkennung der Prinzipien der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft und der Bereitschaft zum aktiven sozialen Engagement, entsteht soziales Vertrauen. Vertrauen ermöglicht es, dass Vereinbarungen nicht erzwungen werden müssen und daher sind die Transaktionskosten in Gesellschaften hohen sozialen Vertrauens geringer als in Gesellschaften, in denen eher weniger Vertrauen vorhanden ist. Je mehr Vereine es gibt und vor allem je mehr Menschen sich in Vereinen betätigen und Kontakte pflegen, desto stärker ausgeprägt ist die Demokratie (Zimmer 2007, S. 195).

2.2 Soziale Partizipation und Kontext

Auf Grund der Vielzahl von Untersuchungen liegen auch eine Reihe empirisch fundierter Erkenntnisse über die Determinanten sozialer Partizipation vor. In der Regel operieren die vorliegenden Analysen auf der Mikroebene[1] und untersuchen, ob und welche individuellen Einflussfaktoren maßgeblich für die soziale Beteiligung sind. Welche Faktoren verantwortlich sind, haben Verba, Schlozman und Brady in der berühmten Formel folgendermaßen beantwortet: „because they can’t; because they don’t want to; or because nobody asked“ (Verba et al. 1995: 269).[2] Auf der Grundlage dieser drei Erklärungsfaktoren wurde das Civic Voluntarism Modell entwickelt. In der ursprünglichen Anlage des Modells werden Kontextfaktoren nicht berücksichtigt. Jedoch ist offensichtlich, dass die Wirkung jedes Faktors vom Kontext abhängig ist und entsprechend diesem variieren kann.

---

[1] Putnams Sozialkapitaltheorie ist jedoch auf der Makroebene zu verorten, wenngleich diese häufig auf der Mikroebene operationalisiert wird.

[2] Dieses Modell wurde ursprünglich zur Erklärung politischer Partizipation entwickelt, hat sich jedoch auch für die Bestimmung sozialer Partizipation als erklärungsstark erwiesen.

Das von Verba, Schlozman und Brady entwickelte Modell berücksichtigt die Faktorenbündel Ressourcen, Motive und Netzwerke. Der Argumentation folgend, betätigt sich ein Individuum am ehesten unter folgenden Bedingungen: Ein Individuum besitzt die erforderlichen Ressourcen, wobei Ressourcen sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen kann: sozioökonomische (Bildung und Einkommen) und Rollenmerkmale (Gender und Alter), entsprechende Motivstrukturen eines Individuums wirken stimulierend (wie beispielsweise ein spezifisches Interesse oder die Ansicht, dass sich ein guter Bürger betätigen sollte) und schließlich hängt die soziale Aktivität von den sozialen Netzwerken ab, in die ein Individuum eingebunden ist. Menschen sind eher sozial aktiv, wenn sie von Familienmitgliedern, Freunden und Arbeitskollegen gefragt und ermutigt werden. Jedes der drei Faktorenbündel determiniert die soziale Partizipation eines Individuums. Jedoch erfolgt soziale Partizipation, wie bereits erwähnt, nicht im luftleeren Raum. Vielmehr hängen die Faktoren von ihrem jeweiligen Kontext ab. Was die individuellen Ressourcen angeht, variieren die erforderlichen Fähigkeiten entsprechend der Betätigung. So verlangt die Beteiligung in einem Chor andere Fähigkeiten als die Betreuung pflegebedüftiger Menschen, die Arbeit in einem Tierheim wiederum andere als das Engagement in einer Schule als Gesamtelternbeirat. Je anspruchsvoller soziale Partizipation ist, umso mehr individuelles Wissen ist erforderlich, welches wiederum unter anderem abhängig ist von dem Bildungsstand eines Individuums. Auch die Motive können mit dem Umfeld zusammenhängen: So steigt das Interesse eines Menschen an seinem direkten lokalen Umfeld und damit auch die Wahrscheinlichkeit, sich aktiv sozial einzubringen in Abhängigkeit von dem Bewusstsein, etwas bewirken zu können und dem Gefühl des Miteinanders in der Nachbarschaft (Fischer 1976). Was das dritte Faktorenbündel angeht, d. h. das Gefragt-Werden und damit die Netzwerke, ist die Kontextabhängigkeit offensichtlich. Ob Menschen von ihren Mitmenschen gefragt werden, ob sie sich beteiligen wollen, hängt unter anderem davon ab, wie sie sich untereinander verstehen und wie viele Menschen sie kennen. Je vertrauter Menschen sind, umso eher motivieren sie sich gegenseitig zur Beteiligung (Huckfeldt u. Sprague 1995). Die Vertrautheit wiederum kann mit der Größe des Wohnorts zusammenhängen. In kleineren Einheiten kennen sich Menschen eher als in anonymen Großstädten. Die von Oliver (2000) vorgelegte Analyse über den Einfluss der Stadtgröße auf politische Partizipation gibt erste Hinweise auf die Richtigkeit der Annahme eines Einflusses von Individual- *und* Kontextmerkmalen. Seiner Untersuchung zu Folge ist die Bedeutsamkeit der Gemeindegröße auf die dahinter liegenden Determinanten politisches Interesse und politische Mobilisierung zurückzuführen (Oliver 2000, S. 369). Auch die Mehrebenenanalysen von Bühlmann und Freitag über den Einfluss von Kommunengröße und weiterer Merkmale belegen die Kontextabhängigkeit sozialer Beteiligung. Im Gesamten weisen sie nach, dass sechs Prozent der Variation auf Unterschiede zwischen den Gemeinden zurückgeführt werden können (Bühlmann u. Freitag 2004, S. 338).

Die Frage ist nun, ob sich die vorliegenden Ergebnisse des Einflusses von Merkmalen des Umfelds auch bei einer Untersuchung der sozialen Partizipation in ausgewählten hessischen Gemeinden bestätigen lassen. Was mögliche Determinanten des Kon-

texts angeht, existiert eine große Bandbreite. Die Auswahl der Kontextfaktoren dieses Beitrags orientiert sich an den drei Bereichen politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld – analog zu den übrigen Beiträgen dieses Sammelbands. Was die Selektion der individuellen Merkmale angeht, sind die Faktorenbündel in dem von Verba, Schlozman und Brady entwickelten Civic Voluntarism Modell maßgeblich.

3 Soziale Partizipation und Kontext: Hypothesen

Wie bereits in der Einleitung dieses Bands thematisiert, hat die Untersuchung des Einflusses von Gemeindegröße auf Partizipation eine lange Tradition. Dahl und Tufte (1973) bewerteten in ihrer wegweisenden Studie anhand zweier Kriterien moderne Demokratien. Mittels dem Kriterium „citizen effectiveness" beurteilten sie das Gelingen einer Demokratie danach, wie Bürger ihre Interessen wirksam zur Geltung bringen können.[3] Im Ergebnis zeigt die Studie, dass die Größe der Einheit einen wesentlichen Einfluss darauf ausübt, ob und in welchem Umfang sich Menschen sozial beteiligen. So wird Partizipation bei zunehmender Größe einer Einheit schwieriger (siehe auch Hansen et al. 1987; Verba u. Nie 1972). Olivers Studie über den Zusammenhang von „city size and civic inolvement" kommt zu dem Ergebnis, dass „Dahl's speculations about the ideal-sized democratic city are correct: People in smaller places are more civically involved" (Oliver 2000, S. 371).[4] So bestehen in kleineren Gemeinden für Menschen grundsätzlich mehr Möglichkeiten für nachbarschaftliche Kontakte. Man kennt sich untereinander, man kennt die Probleme und die Qualitäten des Anderen und kann freundschaftliche Gefühle entwickeln sowie Vertrauen ausbilden. Dies wiederum kann dazu führen, dass sich Menschen untereinander fragen und zur Mitwirkung motivieren („Gefragt-Werden"). Die Entstehung und Aktivierung eines Wir-Gefühls und eines Wir-nehmen-uns-der-Sache-an-Gefühls ist in kleineren Städten wahrscheinlicher, denn die Belange sind überschaubarer und der Bezug zum Individuum offenkundiger. Dieser engere Bezug kann zu einer individuellen Betroffenheit und zu der Motivation, etwas positiv beeinflussen zu wollen, führen. Das Gefühl, selbst etwas bewirken zu können, d. h. political efficacy, kann daher wesentlich stärker ausfallen („Nicht-Wollen").

H1: Je weniger Bürger in einer Gemeinde leben, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[5]

---

[3] „System capacity" stellt das zweite Kriterium dar: Fähigkeit eines modernen Staates, die Ziele der Bürger wie Wohlstand oder Sicherheit zu realisieren.

[4] Die Untersuchung von Keil (2012) kann keinen konsistenten Einfluss der Gemeindegröße auf soziale Partizipation feststellen. Allerdings konnte Kommunengröße nur über drei verschiedene Urbanisierungsgrade (Land, Stad, Großstadt) operationalisiert werden und der Fokus dieser Untersuchung lag auf dem Einfluss der Kommunengröße auf den sozialen Bias im Partizipationsverhalten.

[5] Zur Operationalisierung von Einwohnerzahl wurde die Variable gewählt: Bevölkerung, Durchschnitt, d. h. der Durchschnitt aus den Bevölkerungszahlen von 2000 bis 2008 (Bevölkerung der Gemeinde insgesamt am 31. 12. eines Jahres).

3.1 Politisches Umfeld

Toqueville zu Folge gilt die lokale Ebene als „Schule der Demokratie“ und in der argumentativen Weiterführung seiner Überlegungen führt Putnam die Bedeutsamkeit der lokalen Ebene aus, in dem er auf die direkte Bedeutung lokaler Besonderheiten verweist. Und es sind in der Regel die lokalen Vereine, in denen Fähigkeiten und Normen für demokratisches Verhalten erlernt und vertieft werden können. Über soziale Partizipation – so die Annahme der Sozialkapitaltheorie – werden die Fertigkeiten erlernt, die für die politische Partizipation vor Ort wichtig sind. Ungeachtet des in der Forschung viel diskutierten Wirkungszusammenhangs sozialer und politischer Partizipation[6] ist die Annahme eines sich bestärkenden Zusammenhangs unstrittig. Entsprechend kann angenommen werden, dass Bürger, die sich politisch betätigen, auch eher sozial einbringen. Die traditionelle und einfachste Form politischer Beteiligung stellt dabei die Beteiligung an einer Wahl dar. Jedoch können sich Menschen auch über direktdemokratische Verfahren in den politischen Prozess einbringen. Gerade auf lokaler Ebene besteht durch das Instrument des Bürgerentscheids eine wirksame Möglichkeit der politischen Einflussnahme. Mit Hilfe eines Bürgerentscheids können Bürger über Fragen des Umfelds in ihrer Gemeinde mitbestimmen, wobei die Abstimmung über eine Sachfrage häufig das Resultat eines Bürgerbegehrens ist, d. h. eine Mindestanzahl von Bürgern hat sich engagiert und mittels ihrer Unterschriften für die Abstimmung einer Sachfrage durch einen Bürgerentscheid ausgesprochen. Dabei und dadurch werden Diskussionsmöglichkeiten geboten und gefördert (Kriesi u. Wisler 1996). Ob Bürgerentscheide initiiert werden, hängt nicht zuletzt von der Partizipationsfreude der Bürger ab. Insofern kann die Anzahl der Bürgerentscheide ein Hinweis auf die Partizipationsintensität sein, d. h. je mehr Bürgerentscheide in einer Gemeinde durchgeführt werden, umso mehr Bürger haben sich dafür engagiert, dass ein solcher auf den Weg gebracht wird.

Unabhängig davon, wie aufwändig (Bürgerentscheid) oder weniger aufwändig (Wahl einer Partei in einer Kommunalwahl) sich ein Bürger in seiner Gemeinde betätigt, kann auf Grund des sich verstärkenden Zusammenhangs angenommen werden, dass sich dessen politische Partizipation positiv und stimulierend auf dessen soziales Beteiligungsverhalten auswirkt.

H2a: Je mehr Bürger sich bei der Kommunalwahl beteiligen, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[7]

H2b: Je mehr Bürgerentscheide in einer Gemeinde durchgeführt werden, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[8]

---

[6] So existieren auf der einen Seite Vereine, die der Demokratie nicht förderlich sind (van Deth u. Zmerli 2010), auf der anderen Seite ist die Kausalbeziehung zwischen sozialer und politischer Partizipation ungeklärt (van Deth 2001).

[7] Operationalisiert über die Beteiligung in Kommunalwahlen, Anteil der Wähler, die tatsächlich an der Kommunalwahl teilgenommen haben (Durchschnitt über alle Jahre).

[8] Operationalisiert über die Anzahl der Bürgerentscheide (1. April 1993 bis 30. Juni 2009).

3.2 Gesellschaftliches Umfeld

Freiwilligenorganisationen und damit die formale Dimension sozialer Partizipation werden insbesondere im Zusammenhang mit der zivilgesellschaftlichen Diskussion thematisiert. Im Zentrum der Debatte steht dabei das von Putnam formulierte Konzept des Sozialkapitals, das Freiwilligenorganisationen eine zentrale Rolle für die Qualität von Demokratien beimisst. Indem sich Individuen in Vereinen betätigen, bilden sich Netzwerke sozialer Beziehungen, die wiederum Vertrauen generieren und somit soziales Kapital hervorbringen. Des Weiteren erlernen und vertiefen Individuen über die Beteiligung in Vereinen Verhalten, Werte und Normen, die für einen demokratischen Staat unerlässlich sind. Der Erwerb entsprechender Fähigkeiten ist demnach auch von dem Angebot an Freiwilligenorganisationen abhängig (Bühlmann u. Freitag 2004, S. 331). Nur wenn eine Gemeinde den Bürgern ein gewisses Spektrum und eine Anzahl an Vereinen anbieten kann, können sich diese einbringen und soziales Kapital generieren. Allerdings ist die bloße Anzahl nur bedingt aussagekräftig, denn schließlich weist die Dichte nur auf die durchschnittliche Anzahl der Vereine pro Einwohner hin und berücksichtigt nicht, welche unterschiedlichen Organisationstypen in einer Gemeinde ein Angebot offerieren. So können unter Umständen in einer kleinen Gemeinde außergewöhnlich viele Sport- und Kulturvereine sein. Wenn sich ein Bürger dieser Gemeinde jedoch nicht für diese Art von Vereinstyp interessiert, spielt die insgesamt hohe Dichte, die sich aus nur zwei Vereinstypen ergibt, keine Rolle. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Angebot an Freiwilligenorganisationen in großen Städten vielfältiger und breiter ist und daher deren Bürger weniger gezwungen sind, in einer anderen Gemeinde das Betätigungsfeld ihrer Neigung zu suchen, bleibt bestehen und wird nicht automatisch durch die Realität der Vereinsdichte tangiert. Entsprechend wird für die Vereinsanzahl keine eigene Hypothese formuliert und dass die Größe einer Kommune einen Einfluss ausübt, wurde bereits in Annahme 1 formuliert.

Neben den Freiwilligenorganisationen existieren weitere Netzwerkstrukturen, die es Individuen ermöglichen, sich sozial zu betätigen. So stellen Kirchengemeinden Angebote bereit, Gleichgesinnte zu treffen und sich sozial zu engagieren. Mit einem Anteil über zehn Prozent aktiver Deutscher stellt der Kirchenbereich ein wichtiges Umfeld dar (Alscher et al. 2009, S. 29). Und je häufiger sich Menschen in der Kirche treffen, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich zur sozialen Betätigung motivieren. Darüber hinaus können sich die über die Kirche vermittelten Werte- und Normensysteme auf das Beteiligungsverhalten begünstigend auswirken. Damit übt die Konfessionszugehörigkeit einen wichtigen Einfluss auf das soziale Beteiligungsverhalten aus. Roßteutschers Studie liefert umfangreiche empirische Belege über den positiven Einfluss der Religion auf das Beteiligungsverhalten der Bürger durch Spillover-Effekte (Roßteutscher 2009b, S. 38).

Jedoch spielt nicht nur die Zugehörigkeit zu einer Konfession eine Rolle, sondern auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession. Evangelische und katholische Kirchen vermitteln unterschiedliche Werte und Normen, die sich wiederum auf die Bereitschaft zur sozialen Partizipation auswirken. Der Katholizismus ist eng verbunden mit gemeinschaftsorientierten Werten und weniger individualistisch orientiert. Die Be-

tonung der Gemeinschaft wiederum sollte die Partizipation begünstigen (Offe u. Fuchs 2001, S. 445). Des Weiteren wird in der katholischen Lehre weitaus stärker als im Protestantismus eine „Ethik der Barmherzigkeit sowie ein aktives Interesse für das Wohlergehen der Mitgläubigen in einer Gemeinde“ gepredigt (Offe u. Fuchs 2001, S. 445). Diese unterschiedlichen Schwerpunkte können sich auf die soziale Partizipation unterschiedlich auswirken. Der Zusammenhang zwischen gepredigten Wertvorstellungen und sozialer Beteiligung ist bei Katholiken enger als bei Protestanten. Entsprechend ist zu erwarten, dass sich Bürger mit katholischer Konfession mehr sozial beteiligen als Mitglieder der protestantischen Kirche. Auf der anderen Seite wird, wie Roßteutscher ausführt, in der Literatur auch auf den förderlichen Einfluss des Protestantismus auf soziale Partizipation hingewiesen, auf Grund flacher Hierarchien und gelebter innerorganisatorischer Demokratie (Roßteutscher 2009b, S. 67). Das heißt, nicht ideologische Gründe fördern die soziale Beteiligung, sondern strukturelle und organisatorische Gründe sind maßgeblich. Auch Putnam begründet die positive Wirkung des Protestantismus mit deren horizontaler und lokal organisierter Struktur und verweist im Gegenzug auf den der Partizipation abträglichen Einfluss des Katholizismus auf Grund vertikaler Strukturen, die Menschen über Hierarchien und Abhängigkeiten ungleichen Ranges verbindet (Putnam 1993, S. 173). Anscheinend begünstigen die für den Protestantismus typischen liberalen Traditionen und Wertvorstellungen soziale Partizipation, während die Zugehörigkeit zu der hierarchisch-dogmatisch ausgerichteten Kirche diese Funktion nicht erfüllt (Inglehart 1997, 1999). Entsprechend finden sich für beide Konfessionen Gründe, die einen positiven Einfluss vermuten lassen.

Des Weiteren spielt das aktive Leben der eigenen Religion eine zusätzliche Rolle. Insbesondere Anhänger der katholischen Glaubensrichtung leben ihren Glauben in der Kirche aus. Das wiederum verfestigt die bereits bestehenden Werte und Normen. Eine zusätzlich positive Wirkung auf die soziale Partizipation kann durch das Miteinander mit den anderen Mitgliedern der Kirchengemeinde erfolgen. Vor allem über den direkten persönlichen Kontakt aktivieren sich Menschen zur aktiven Beteiligung. Und je häufiger sich die Mitglieder einer Kirchengemeinde treffen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich gegenseitig zur sozialen Partizipation zu ermutigen.

H3a: Je größer der Anteil an Katholiken, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial beteiligen.[9]

H3b: Je größer der Anteil an Protestanten, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial beteiligen.[10]

H3c: Je größer der Anteil an Katholiken in einer Gemeinde, die häufig in die Kirche gehen, höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial beteiligen.[11]

---

[9] Operationalisiert über den Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2008.

[10] Operationalisiert über den Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2008.

[11] Operationalisiert über die mittlere Kirchgangshäufigkeit (2000 bis 2008). Für die Protestanten wurde die Kirchganghäufigkeit nicht erhoben, denn die protestantische Lehre sieht nicht vor, dass Glauben und Kirche zusammengehören. Vielmehr kann der aktive Glauben überall gelebt werden.

Neben Freiwilligenorganisationen und Kirchengemeinden können familiäre Netzwerkstrukturen eine weitere Determinante darstellen. Beispielsweise werden sich Frauen und Männer mit Kindern eher als Elternbeirat oder in einer anderen Funktion in einem Kindergarten oder in einer Schule einbringen als Singles. Diese Erwartung basiert auf mehreren Gründen: So haben Eltern die Möglichkeit, sich einzubringen. Des Weitern befinden einige Eltern eine aktive soziale Beteiligung aus unterschiedlichen Gründen als notwendig. Eine Betätigung kann nicht zuletzt auch auf Grund der Aktivierung anderer Eltern stattfinden. Darüber hinaus können die in einem intakten familiären Lebensraum vermittelnden Werte und Normen stimulierend auf soziale Partizipation wirken. Damit ergibt sich die plausible Annahme, dass bei steigender Haushaltsgröße die Partizipation zunimmt. In der Logik des Sozialkapitalansatzes ergibt sich, dass „je größer eine Familie ist, desto größer ist der Nutzen, den sie aus transfamiliären Netzwerken der Hilfe und Kooperation erwarten kann" (Offe u. Fuchs 2001, S. 475). Gleichwohl führen Offe und Fuchs an, dass der Wirkungsmechanismus nicht deterministisch sein muss. So kann ein Familienleben auch zu einer Abschottung führen und das Zeitbudget von Familien ist grundsätzlich geringer als bei Singles oder kinderlosen Paaren. Beides kann dazu führen, dass mit zunehmender Haushaltsgröße die Partizipation sinkt. Entsprechend finden sich Belege für beide Annahmen (Offe u. Fuchs 2001, S. 476). Auf Grund der ungeklärten Kausalbeziehung werden sich einander widersprechende Hypothesen formuliert.

H4a: Je geringer der Anteil an Singlehaushalten in einer Gemeinde, desto höher ist der Anteil der Menschen, die sich sozial betätigen.[12]

H4b: Je größer der Anteil an Singlehaushalten in einer Gemeinde, desto höher ist der Anteil der Menschen, die sich sozial betätigen.

3.3 Wirtschaftliches Umfeld

Damit sich Individuen sozial betätigen können, muss ein Angebot an Freiwilligenorganisationen existieren. Dieses hängt maßgeblich von der Finanzsituation einer Gemeinde ab. Die Finanzsituation wiederum ist abhängig von den Gewerbesteuern, der Steuereinnahmekraft und dem Schuldenstand einer Gemeinde. So kann die Gewerbesteuer einen direkten Einfluss auf das Angebot ausüben. Auch die Steuereinnahmekraft ist ein Indikator für die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gemeinden und das Gleiche gilt für deren Schuldenstand. Es ist plausibel, davon auszugehen, dass Gemeinden, die finanziell besser gestellt sind, ein größeres Angebot an Freiwilligenorganisationen fördern können als finanziell schlechter ausgestattete Gemeinden. Diese Erklärung ist jedoch nur eine mögliche Variante des Zusammenhangs. In der Literatur wird auch ein negativer Zusammenhang zwischen wohlfahrtstaatlichen Arrangements und sozialer Beteiligung postuliert (Fukuyama 1995, S. 313f.; Putnam 1995a, S. 671). Dieser Argumentation folgend, verdrängen staatliche Interventionen private Initiativen und unter-

[12] Operationalisiert über den Anteil der Singlehaushalte an allen Haushalten je Gemeinde im Jahr 2008.

graben so soziales Kapital. Putnam führt als Beispiel die staatliche „slum clearance“ in den 1950er und 1960er Jahren in Amerika an (Putnam 1995a, S. 671). Diese hätten zwar augenscheinlich zu einer Verbesserung der Wohnsituation geführt, jedoch gleichzeitig bestehende Gemeinschaftsbindungen zerstört. Das heißt, die Zerstörung der Gemeinschaft führte zum Teil zu einem Rückgang gegenseitiger Hilfen und damit zu einem Rückgang informeller sozialer Beteiligung. Auch eine Reihe von Philanthropen sehen sich unter Umständen weniger in der Pflicht, Vereine oder dergleichen zu fördern, wenn eine Bereitstellung der Gelder durch staatliche Seiten erfolgt. Van Oorschot und Arts (2005) konnten in ihrer empirischen Studie in 23 europäischen Ländern die „crowding out“-Hypothese jedoch nicht bestätigen. Auf Grund der widersprüchlichen empirischen Ergebnisse werden beide Zusammenhänge geprüft.

H5a: Je größer die Steuereinnahmekraft, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[13]

H5b: Je geringer die Steuereinnahmekraft, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.

H6a: Je höher die Gewerbesteuereinnahmen, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[14]

H6b: Je geringer die Gewerbesteuereinnahmen, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.

H7a: Je geringer der Schuldenstand, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[15]

H7b: Je größer der Schuldenstand, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.

Auf der einen Seite können sich die finanziellen Kapazitäten einer Kommune auf die soziale Partizipation von Bürgern auswirken. Auf der anderen Seite kann die Einkommenssituation der Individuen selbst ebenfalls eine große Rolle ausüben. Die Mitgliedschaft in Vereinen ist in der Regel nicht kostenneutral. Jedoch nicht nur auf Grund des tatsächlichen Betrages, der für eine Beteiligung aufgewendet werden muss, besteht ein vielfach nachgewiesener positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und sozialer Partizipation. Ein hohes Einkommen ist in der Regel Ausdruck eines höheren Arbeitsmarktstatus, der wiederum mit dem Bildungsniveau zusammenhängt. Finanzielle und kognitive Ressourcen bedingen und verstärken sich in der Regel gegenseitig und in vielen Studien konnte der Einfluss sozioökonomischer Ressourcen auf soziale Partizipation belegt werden (siehe unter anderem Gallego 2008; Teorell et al. 2007; Skocpol 2004; Verba 2003). Offe und Fuchs bezeichnen das „Engagement in Vereinigungen als

[13] Operationalisiert über die mittlere Steuereinnahmekraft in Euro je Einwohner (2000 bis 2008).

[14] Operationalisiert über die mittleren Gewerbesteuereinnahmen in Relation zur Bevölkerungszahl der Gemeinde (2000 bis 2008).

[15] Operationalisiert über den mittleren Schuldenstand der Gemeinde je Einwohner zum 31.12. eines Jahres (2000 bis 2008).

positive Funktion des Einkommens“ (Offe u. Fuchs 2001, S. 443). Aggregiert man die individuelle Einkommenssituation der Bürger, so gibt es Gemeinden mit relativ vielen Bürgern, die über ein hohes Einkommen verfügen als auch Gemeinden, in denen überproportional viele Menschen leben, die über ein geringes Einkommen verfügen. Diese Kumulation von Beziehern kleiner oder großer Einkommen kann sich auf die soziale Beteiligung in einer Gemeinde auswirken. Einkommen stellt in diesem Zusammenhang sowohl eine finanzielle als auch in der Konsequenz der Sozialisation eine kognitive Ressource dar und beide können sich positiv auf die Beteiligung auswirken. Das Gleiche gilt für die Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit bedingt nicht nur finanzielle Einbußen, sondern kann auch maßgeblich die soziale Integration eines Menschen beeinflussen. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Arbeitnehmer sozial integrierter ist als ein Arbeitsloser, höher, denn am Arbeitsplatz können sich Kollegen treffen und austauschen, was wiederum zur sozialen Partizipation motivieren kann. Leben dagegen in einer Gemeinde viele arbeitslose Menschen, wird die Wahrscheinlichkeit von Kooperationsbeziehungen, die theoretisch soziale Partizipation bedingen können, geringer, als in Gemeinden, in denen die Arbeitslosenquote niedriger ist.

H8: Je größer der Anteil an Haushalten mit hohem Einkommen, desto höher ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[16]

H9: Je höher die Arbeitslosenquote, desto geringer ist der Anteil der Menschen in den Gemeinden, die sich sozial betätigen.[17]

4 Operationalisierung und Forschungsstrategie

Soziale Partizipation ist kein eindimensionales Konstrukt und kann institutionalisiert in Vereinen und Verbänden ausgeübt werden oder über informelle Kontakte ohne institutionelle Verankerung. Ob und wie sich Menschen sozial beteiligen und bei welcher Form der Kontext eine Rolle spielt, wird im Folgenden empirisch geprüft. In dem zur Verfügung stehenden Datensatz über Hessens Gemeinden wurden Fragen erhoben, die sich auf beide Dimensionen beziehen.

4.1 Institutionalisierte soziale Partizipation

Viele Bürger sind in ihrer Freizeit in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Organisationen. Antworten Sie bitte bei jeder dieser Organisationen mit „ja“, wenn Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität dieser Organisation teilgenommen haben. [Hinweis für Interviewer: Es geht um die aktive Beteiligung/Teilnahme des Befragten. Also den mehr

[16] Operationalisiert über den Anteil der Haushalte in der Gemeinde mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen von 4.000 bis unter 7.500 Euro (2008).

[17] Operationalisiert über die mittlere Arbeitslosenquote in der Gemeinde (2007 bis 2009).

oder weniger regelmäßigen Besuch von Trainingszeiten einer Sportgruppe oder Singstunden eines Chors. Die reine passive Mitgliedschaft ist nicht gemeint.]

a) Sportverein/Sportgruppe
b) kulturelle/künstlerische Vereinigung
c) Wohltätigkeitsverein/karitative Organisation
d) religiöse Organisation oder einer Gruppe einer Kirchengemeinde [damit ist nicht der Gottesdienstbesuch gemeint]
e) Umweltschutz-/Naturschutzorganisation
f) Menschenrechtsorganisation
g) Hilfsorganisation [Hinweis für Interviewer: Damit sind Feuerwehr, Rettungsdienst (Johanniter, DRK, Maltester) und Technisches Hilfswerk gemeint]
h) Tierschutzverein
i) Partnerschaftsverein [Hinweis für Interviewer: Damit sind Organisationen gemeint, die Fahrten und Begegnungen zu den Partnerstädten Ihrer Gemeinde/Stadt organisieren.]
j) Hobbyzüchterverein/Kleingärtnerverein
k) Bürgerverein/Bürgerinitiative
l) Selbsthilfegruppe
m) sonstiger Verein und/oder Organisationen

Die Befragten konnten entweder eine regelmäßige Aktivität bejahen (1) oder keine zustimmende Antwort geben. Wenn Befragte die Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ gewählt haben, wurden diese mit 0 codiert. Da die Frage auf Aktivität allgemein abzielt, wurde anschließend erhoben, welche dieser Aktivitäten in der Heimatgemeinde stattfinden:

Ich habe hier noch eine weitere Frage zu den Organisationen, bei denen Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität teilgenommen haben. Befindet sich die <Organisationsbezeichnung> in <Stadtname>?

Den Befragten standen zur Beantwortung zwei Alternativen zur Verfügung: (1) Ja und (0) Nein. Damit ist es möglich, etwas über Art und Häufigkeit der Beteiligung auszusagen, jedoch nicht über unterschiedliche Intensitätsgrade sozialer Partizipation.[18]

Zunächst wurde mittels einer Hauptkomponentenanalyse die Dimensionalität der unterschiedlichen Organisationstypen ermittelt. Es wurde ein Faktor ermittelt und der KMO-Index der Analyse von 0,87 zeugt von einer guten Interkorrelation aller Vereinsvariablen. Als Ergebnis können die 13 Vereinsarten in einem Index zusammengefasst werden. Damit ergibt sich ein additiver Index, der von 0 (in keinem Verein aktiv) bis zu 13 (in dreizehn Vereinen aktiv) reicht.

[18] Uslaner (2002) und Putnam (1993) argumentieren, dass nicht die Intensität, sondern die Anzahl der Mitgliedschaften wichtig sind. Bühlmann und Freitag (2004) können diese Argumentation mit eigenen Berechnungen stützen.

4.2 Nicht-institutionalisierte soziale Partizipation

Zur Operationalisierung nicht-institutioneller sozialer Partizipation stehen folgende zwei Fragen bereit. Die erste Frage bezieht sich auf das direkte Umfeld und fragt nach nachbarschaftlichen Kontakten:

Wie häufig tun Sie die folgenden Dinge mit Nachbarn? Oft, manchmal, selten oder nie:
a) Sich gegenseitig besuchen?
b) Sich gegenseitig helfen?
c) Über Probleme in <Stadtname> sprechen?
d) Streiten?

Den Befragten wurden vier unterschiedliche Antwortkategorien angeboten. Es konnte unterschieden werden, ob man oft, manchmal, selten oder nie die angegebenen Aktivitäten unternimmt. Um zu prüfen, ob den Tätigkeiten eine gemeinsame Struktur zu Grunde liegt, wurde eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Als Ergebnis ergibt sich eine Dimension der unterstützenden Tätigkeiten wie besuchen, helfen und sprechen. Nicht dazu passt, was auch die Analyse bestätigt hat, Streiten als nachbarschaftlicher Kontakt. Auf Grundlage der Analyse wird daher ein additiver Index der positiven Aktivitäten gebildet (Skala von 0 bis 3).[19]

Neben der Frage sozialer Beteiligung im Nahbereich wird die nicht-institutionelle soziale Partizipation generell durch folgende Frage dichotom erhoben:

Abgesehen von den Organisationen und Vereinen, von denen wir gerade gesprochen haben, gehören Sie einer Gruppe von Freunden oder Bekannten in <Stadtname> an, die regelmäßig Kontakt hat und nicht als Verein oder Organisation organisiert ist? [Hinweis für den Interviewer: Damit sind regelmäßige Treffen gemeint, z. B. Stammtisch, Jahrgänge, Freundeskreise, Cliquen]

Um herauszufinden, ob und wie die abgefragten unterschiedlichen nicht-institutionalisierten sozialen Aktivitäten zusammenhängen, wurde eine Hauptkomponentenanalyse berechnet, deren Ergebnis in Tabelle 1 dokumentiert ist.
Grundsätzlich hat die Hauptkomponentenanalyse drei Dimensionen ermittelt: eine Dimension, die die positiven nachbarschaftlichen Kontakte bündelt, eine Dimension, die die negative Seite des Streitens abbildet und eine Dimension, die sich auf regelmäßige nicht-organisierte Treffen von Freunden bezieht. Da die Fragen über nachbarschaftliche Kontakte und die über regelmäßige unorganisierte Treffen theoretisch die informelle Seite sozialer Partizipation abbilden und zwei der ermittelten Betätigungen positiver Natur sind, werden diese beiden zu einem Index zusammengefasst.

Entsprechend wird für die empirischen Analysen ein additiver Index nicht-institutioneller sozialer Partizipation gebildet, der sich aus den informellen Gruppenkontakten und den drei positiven nachbarschaftlichen Kontakten ergibt (Skala von 0 bis 4).[20]

---

[19] Die Antwortmöglichkeiten „weiß nicht“ und „keine Angabe“ wurden als 0 codiert.

[20] Für die empirischen Analysen wurden die abhängigen und unabhängigen Variablen und Indizes auf den Bereich 0–1 standardisiert.

Tabelle 1: Hauptkomponentenanalyse Nicht-institutionelle soziale Partizipation

	positiver Kontakt	negativer Kontakt	informeller Kontakt insgesamt
Nachbarn: Besuche	0,84		
Nachbarn: gegenseitig helfen	0,84		
Nachbarn: über Probleme in der Gemeinde sprechen	0,71		
Nachbarn: streiten		0,99	
Regelmäßige nicht organisierte Treffen			0,99
Eigenwerte	1,94	1,11	1,00
Erklärte Varianz	79,20%		

Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse mit Kaiser-Normalisierung, Varimaxrotation; Faktorladungen <0,30 wurden in der Tabelle nicht ausgewiesen.

4.3 Individuelle Determinanten

Dieser Beitrag will unter anderem die Frage beantworten, ob und welche Kontextfaktoren soziale Partizipation beeinflussen. Die in diesem Zusammenhang relevanten Kontextfaktoren wurden bereits formuliert. Da jedoch nicht nur die direkten kontextuellen Einflussgrößen von Interesse sind, sondern, wie bereits ausgeführt, auch die individuellen Determinanten, werden im Folgenden die relevanten Variablen auf der Mikroebene angeführt.

Die Erklärung sozialer Partizipation auf der Mikroebene orientiert sich an dem von Verba, Schlozman und Brady entwickelten Civic Voluntarism Modell, das die Faktoren Ressourcen, Motive und Netzwerke berücksichtigt (Verba et al. 1995). Ressourcen werden über sozioökonomische Ressourcen einerseits [Bildung (Frage 45) und Einkommen (Frage 55)] und partizipationsrelevante Rollenmerkmale (Gender (Frage 37) und Alter (Frage 38)] andererseits operationalisiert. Das Faktorenbündel Motive berücksichtigt die Items politisches Interesse allgemein (Frage 9a) und spezifisches lokales politisches Interesse (Frage 9b) sowie die Teilnahme an Wahlen als Partizipationsnorm (Frage 14b) und die Einstellung, dass sich ein guter Bürger in Vereinen und Organisationen (Frage 14e) betätigen solle. Netzwerke werden schließlich abgebildet über Formen sozialer Integration (Fragen 27, 43, 44, 47, 53)[21] und politische Diskussionshäufigkeit (Frage 8)[22] sowie über die Indikatoren Vertrauen (Frage 12) und Kirchgangshäufigkeit (Frage 42).

[21] Operationalisiert wird soziale Integration über die Integration in verschiedene Kontexte: Familie, Lebensgefährte, Mitglieder im Haushalt, Beruf, Ausbildung und Freunde. Der Indikator „Freunde“, der regelmäßige Treffen mit Freunden abfragt, ist natürlich nur in Bezug auf die institutionelle soziale Partizipation relevant, denn bei der nicht-institutionellen Partizipation ist diese Variable Teil der abhängigen Variable. Frage 27, Frage 43: (0) Verwitwet, geschieden, getrennt lebend und (1) verheiratet; Frage 44; Frage 47: Index aus: „Sind Sie zur Zeit (1) berufstätig (auch Ausbildung), (2) im Erziehungsurlaub/Mutterschutz (auch sonstige Beurlaubung), (3) Student an einer Hochschule/Universität, (4) im Wehr- oder Zivildienst (auch FSJ); Frage 53: (0) wenigste bis (1) meiste Personen.

[22] Index aus Frage 8a bis 8e:(0) keine Diskussionen bis (1) häufige Diskussionen.

Was die Wirkung des Rollenmerkmals Gender angeht, zeigen empirische Studien (Freitag 2001), dass sich Frauen in geringerem Umfang beteiligen als Männer, was von Zimmer auf deren schlechtere Integration in den Arbeitsmarkt zurückgeführt (Zimmer 1996, S. 110) und von Gabriel et al. mit der Doppelrolle erklärt wird (Gabriel et al. 2002). Hinsichtlich der sozioökonomischen Ressourcenausstattung zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass ressourcenstarke Individuen sich eher sozial betätigen als schlecht mit Ressourcen ausgestattete Bürger (Gallego 2008; Teorell et al. 2007; Skocpol 2004; Verba 2003).

Netzwerke bilden nicht nur im Civic Voluntarism Modell eine zentrale Dimension ab, auch Putnam betont die Bedeutsamkeit von Netzwerken für die soziale Partizipation. Insbesondere das Vertrauen und die soziale Integration sind dabei eng miteinander verknüpft. So ist zwischenmenschliches Vertrauen eine wichtige Voraussetzung für die institutionelle Beteiligung und deren Bedeutsamkeit für das Aktivwerden im unmittelbaren Freundes-, Bekannten- und Nachbarschaftskreis ist noch höher einzuschätzen. Die positive soziale Integration in unterschiedlichen Kontexten (Familie, Beruf, Bekannte, Kirche) ist in unterschiedlicher Hinsicht eine günstige Bedingung für soziale Beteiligung (Gabriel et al. 2002; Putnam 2000, Newton 1999): Zum einen durch die Wirkung über das soziale Vertrauen, als auch über den direkten Einfluss. Nur wenn Menschen mich kennen, kann ich gefragt werden, ob ich mich auch beteiligen will. Entsprechend spielt die Diskussionshäufigkeit ebenfalls eine Rolle. Unterhaltungen in Vereinen oder mit Freunden und Bekannten im direkten Umfeld werden eher einen motivierenden Einfluss ausüben als wenn diese nicht stattfinden.

Eine ebenfalls motivierende Wirkung übt das politische Interesse aus. Wenn Bürger ein hohes subjektives politisches Interesse allgemein oder an spezifischen lokalen Fragen haben, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sich diese einbringen, um ihr Interesse zu artikulieren und zur Lösung politischer Probleme beitragen, sei es in Menschenrechtsorganisationen, Tierschutzvereinen, Hilfsorganisationen und Umweltverbänden. So konnten Gabriel und Völkl empirisch nachweisen, dass politisches Interesse die Bereitschaft von Menschen fördert, über Organisationen sachorientiert Einfluss auszuüben (Gabriel u. Völkl 2005, S. 567).

Schließlich werden auf Grund der in vielen Studien nachgewiesenen Bedeutsamkeit politischer Partizipation (Frage 29)[23] (van Deth 2004) und Mediennutzung (Frage 28)[24] (de Hart u. Dekker 1999; Putnam 1995b) für die soziale Beteiligung, diese Variablen ebenfalls berücksichtigt. Des Weiteren zeigen vorliegende Ergebnisse, dass die Wohndauer (Frage 3) und die in der Regel damit einhergehende Verbundenheit mit der Gemeinde (Frage 15) einen Einfluss auf soziale Partizipation hat: Individuen, die langfristige lokale Bindungen haben, beteiligen sich stärker als Menschen, die sehr mobil sind (Glaeser 2001, Putnam 2000).

Zur Beantwortung der Frage, ob und wie soziale Partizipation kontextabhängig ist, werden Mehrebenenanalysen geschätzt. Dabei werden sowohl die direkten Einflüsse der Makroebene geprüft als auch die der individuellen Merkmale.

---

[23] Additiver Index aus 29a bis 29d: (0) nie bis (1) an allen teilgenommen.

[24] Additiver Index aus 28a bis 28c: (0) nie bis (1) viel.

5 Soziale Partizipation in 28 ausgewählten Gemeinden Hessens

Den Bürgern in den ausgewählten Gemeinden Hessens steht eine breite Palette an institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung. Wie bereits in der Einleitung dieses Bands angeführt, liegt die durchschnittliche Vereinsdichte der untersuchten Gemeinden bei 125,6 Einwohnern je Verein. In Viernheim ist die Vereinsdichte am geringsten (282 Einwohner je Verein), während im kleinen Frielendorf die Dichte am größten ausfällt: Hier kommen 56 Bürger auf einen Verein. Betrachtet man die Dichte vor dem Hintergrund der Gemeindegröße ist kein systematisches Muster zu beobachten. So verfügt Wiesbaden als Hauptstadt Hessens über eine vergleichsweise geringe Dichte (145 Einwohner je Verein), jedoch befindet sich Kassel als weitere untersuchte Großstadt im oberen Drittel der Dichte (77 Bürger je Verein). Das gleiche Bild zeigt sich bei Betrachtung der kleinen Gemeinden: So bietet das kleine Frielendorf seinen Einwohnern das größte Vereinsangebot, gemessen an der Dichte. Gleichwohl befindet sich das etwa gleich große Erzhausen mit 7.370 Einwohnern am unteren Ende der Skala.

Wie nehmen die Bürger das Angebot in den untersuchten Gemeinden Hessens wahr? Abbildung 1 (s. S. 174) stellt dar, in welchem Umfang sich die Einwohner in Freiwilligenorganisationen betätigen, wobei die abgetragenen Mittelwerte das Ergebnis des additiven Index aller Organisationsaktivitäten darstellen.

Die Menschen in den 28 hessischen Kommunen sind auf einer Skala von 0 (in keinem Verein aktiv) bis 13 (in 13 Vereinen aktiv) in durchschnittlich 3,2 Vereinen aktiv. Betrachtet man gesondert, ob es sich dabei um Vereine im jeweiligen Heimatort handelt, dann zeigt sich, dass sich die Menschen vor allem in ihrer Heimatgemeinde betätigen, denn von der aktiven Teilnahme in 3,2 Vereinen befinden sich 2,1 in der Heimatgemeinde. Es ist demnach eine eher moderate Anzahl von Vereinen, in denen sich die Menschen sozial betätigen. Dies kann jedoch nicht zu der Aussage verleiten, dass die soziale Beteiligung moderat ausfällt. Vielmehr wurde nach der regelmäßigen und aktiven Betätigung in den letzten zwölf Monaten gefragt. Bedenkt man das Zeitbudget, das jedem Individuum zur Verfügung steht, erscheint es eher ein beachtliches Ergebnis zu sein, dass sich die Bürger durchschnittlich in 3,2 Vereinen regelmäßig und aktiv beteiligen.

Die Verteilung zwischen den Gemeinden weist auf Unterschiede hin, die bei der generellen Betrachtung unabhängig vom Heimatort geringer ausfallen als bei der Beteiligung im Heimatort. In Hüttenbergs Freiwilligenorganisationen sind die Bürger am aktivsten (3,5), während in Reinheim die Anzahl der Vereine, in denen sich deren Einwohner einbringen, am geringsten ausfällt (2,7). Jedoch zeigt die Bandbreite, dass die Unterschiede relativ gering sind. Ein differenzierteres Bild vermittelt der Blick auf die Aktivität in der Gemeinde vor Ort. So sind Limburgs Bürger in 3,3 Vereinen am aktivsten, während sich in Bickenbach die Menschen nur in 1,4 Vereinen beteiligen. Worin mag dieser Unterschied begründet liegen? Eine erste plausible Erklärung ermöglicht die Betrachtung der Differenz zwischen der sozialen Partizipation generell und derjenigen, die nur in der Heimatgemeinde ausgeübt wird. Diese fällt in den kleinen Ge-

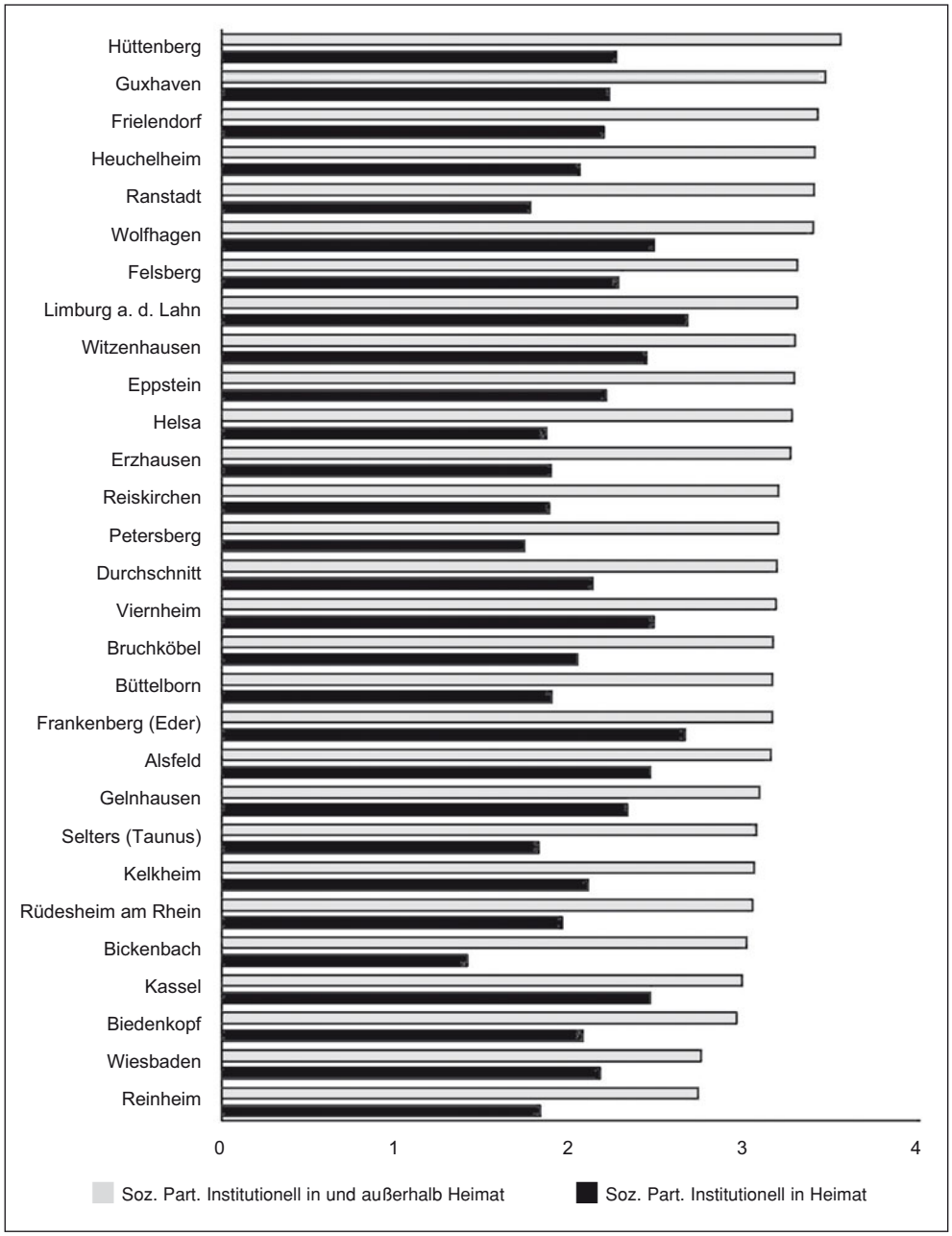


Abbildung 1: Institutionelle soziale Partizipation (Angabe des Mittelwertes auf Basis des Summenindex)

meinden in der Regel relativ hoch aus oder anders herum: in den mittleren und großen Gemeinden ist diese Differenz wesentlich geringer. Das bedeutet, dass sich die Menschen der mittleren und großen Städte ihre Vereine vor Ort aussuchen. So begeben sich

Ranstadts Bürger, die die kleinste Gemeinde Hessens in der Stichprobe darstellt, am häufigsten in Vereine anderer Gemeinden. In den Städten Wiesbaden und Kassel, die die größten Städte in der Stichprobe sind, ist dagegen die Differenz am geringsten, d. h. deren Bürger betätigen sich in ihren Städten. Diese auffallenden Unterschiede können ein erstes Indiz für systematische Zusammenhänge von Gemeindegröße und Beteiligungsverhalten sein. Denn es erscheint plausibel, dass sich eine geringe Gemeindegröße nachteilig auf das Angebot an Freiwilligenorganisationen auswirken kann, und dass sich die Menschen der kleineren Gemeinden auch außerhalb nach Betätigungsmöglichkeiten umsehen müssen, wenn sie in einer Organisation ihrer Wahl aktiv werden wollen.

Soziale Partizipation in Freiwilligenorganisationen ist immer auch abhängig von dem Angebot. Menschen können sich nur in den Vereinen beteiligen, die es gibt, ob in ihrer Heimatgemeinde, oder aufwändiger, in Nachbargemeinden. Nicht-institutionalisierte soziale Partizipation ist weniger von formalen Bedingungen abhängig. Jedoch kann diese anderen Einflussfaktoren unterliegen. Beispielsweise ist nicht-institutionalisierte soziale Partizipation stärker über persönliche Kontakte motiviert und diese sind in kleineren bis mittleren Gemeinden wahrscheinlicher als in anonymeren Großstädten.

Im Durchschnitt pflegen die Menschen in den ausgewählten Gemeinden intensive Kontakte mit Nachbarn und treffen regelmäßig Freunde und Bekannte, wie der Index informelle Kontakte in Abbildung 2 (s. S. 176) belegt. Auf einer Skala von 0 bis 1 liegt der durchschnittliche Mittelwert bei 0,57. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden fallen gering aus, denn in Witzenhausen mit 15.549 Einwohnern ist der informelle Kontakt mit einem Mittelwert von 0,60 am höchsten und im etwa gleich großen Eppstein (13.271 Einwohner) fällt er mit 0,52 am niedrigsten aus. Unter Umständen bedingt der geringe Unterschied der Mittelwerte, dass keine systematischen Auffälligkeiten bei deren Verteilung zwischen den Gemeinden zu beobachten sind. Insofern bestätigt dieses Ergebnis die Annahme von intensiveren Beziehungen in kleinen Gemeinden zunächst nicht.

Bei der Betrachtung der Einzelindikatoren sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden größer. Beachtliche 56 Prozent[25] der Bürger in den untersuchten Kommunen, also mehr als die Hälfte, treffen sich regelmäßig mit ihren Freunden und Bekannten. Am wenigsten treffen sich die Menschen in Eppstein, jedoch finden immer noch regelmäßige Zusammenkünfte zwischen beachtlichen 43 Prozent der Eppsteiner statt. Am intensivsten sind die freundschaftlichen Kontakte in Kassel: 60 Prozent aller Kasseler veranstalten regelmäßige informelle Treffen. Die Spannweite ist damit um einiges größer als bei Betrachtung des Index, jedoch können hier ebenfalls keine systematischen Auffälligkeiten beobachtet werden. So sind die hohen Mittelwerte in Großstädten, mittelgroßen, mittleren und kleinen Gemeinden zu finden und das Gleiche trifft auf die niedrigen Mittelwerte zu. Damit kann auch dieses Ergebnis die formulierte Annahme zunächst nicht bestätigen.

[25] Prozentangaben nicht separat ausgewiesen. Da es sich bei dieser Frage nicht um einen Index handelt, können die Mittelwerte auch zu Prozentangaben umgeformt werden.

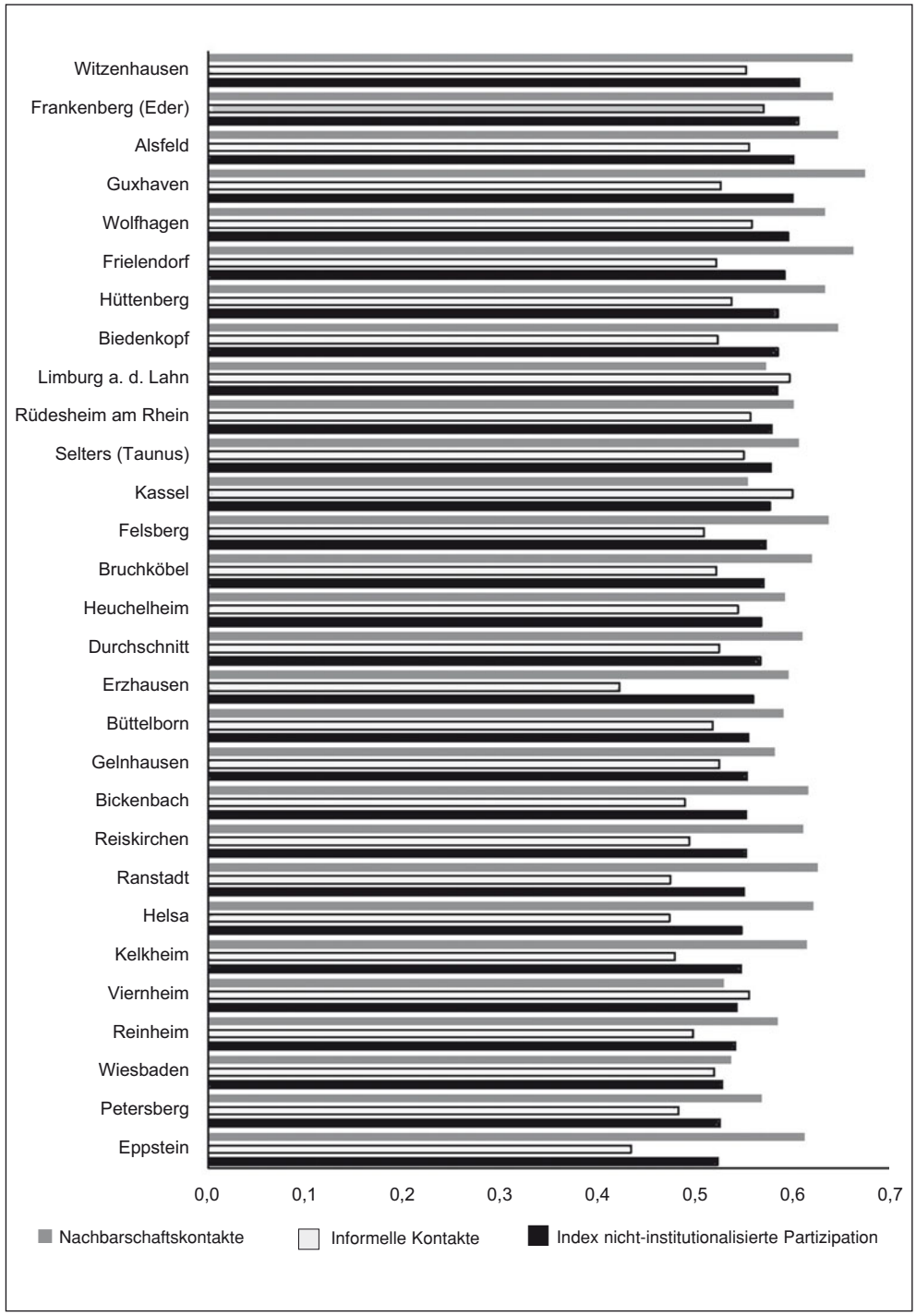


Abbildung 2: Nicht-institutionelle soziale Partizipation (Angabe des Mittelwerts)

Wie verhält es sich aber mit den Beziehungen in der unmittelbaren Umgebung? Hier verweist Abbildung 2 auf eine andere Verteilung, die auf die Richtigkeit der Annahme deutet. Grundsätzlich pflegen die Menschen mehr nachbarschaftliche Kontakte als dass sie sich regelmäßig mit Freunden und Bekannten treffen. Während der durchschnittliche Mittelwert der Treffen bei 0,52 liegt, fällt er bei den nachbarschaftlichen Beziehungen mit 0,61 höher aus. Am häufigsten besuchen, helfen und unterhalten sich die Nachbarn in der zweitkleinsten Gemeinde unter Beobachtung Guxhaven (Mittelwert: 0,67) und am wenigsten im mittelgroßen Viernheim (Mittelwert: 0,53). Vor allem die Betrachtung der Verteilung der Nachbarschaftsbeziehungen in den Gemeinden entsprechend ihrer Größe verweist auf systematische Zusammenhänge. In den zwei Großstädten, Wiesbaden und Kassel, sind die Nachbarschaftskontakte am zweit- und drittniedrigsten. Und auch in den mittelgroßen Gemeinden Hessens wie Limburg, Gelnhausen, Reinheim u. a., sind die nachbarschaftlichen Beziehungen unterdurchschnittlich ausgeprägt – nur Kelkheim hat einen leicht überdurchschnittlichen Mittelwert. Im Gegenzug sind es die Menschen der kleinen und mittleren Gemeinden, die ihre Nachbarn überdurchschnittlich häufig besuchen, mit ihnen über Probleme diskutieren und sich gegenseitig helfen. Die relativ geringe Bedeutung der Nachbarschaftspflege in Großstädten wird auch nochmals eindrücklich über die Betrachtung der Differenz der beiden informellen Kontaktarten belegt. Obwohl die Nachbarschaftskontakte grundsätzlich einen höheren durchschnittlichen Mittelwert aufweisen als derjenige der regelmäßigen informellen Treffen, verhält es sich in den anonymeren großen Städten anders. In Kassel, Viernheim und Limburg treffen sich sogar mehr Menschen mit ihren Freunden und Bekannten als dass sie ihre Nachbarn besuchen. Ob sich dieses scheinbare Muster auch kausalanalytisch geprüft beobachten lässt, werden die nachfolgenden Analysen zeigen.

6 Soziale Partizipation und Kontext in 28 ausgewählten Gemeinden Hessens: Empirische Ergebnisse

6.1 Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse

Die Korrelationen (Pearson's r) der theoretisch relevanten Merkmale des lokalen Kontexts und der Anteile der Befragten in den untersuchten Gemeinden, die sich institutionell und nicht-institutionell sozial beteiligen, sind in Tabelle 2 (s. S. 178) abgetragen.

Von zwölf untersuchten Kontextmerkmalen erweisen sich bei der Untersuchung der institutionalisierten sozialen Partizipation lediglich zwei als signifikant. Bei der nicht-institutionalisierten sozialen Partizipation ist keine der in die Analyse einbezogenen Makrovariablen signifikant. Was die formulierten Hypothesen angeht, ergibt sich damit folgendes Bild: Es konnte nicht bestätigt werden, dass kleine Gemeindeeinheiten die soziale Partizipation begünstigen. Die Analyse der politischen Kontextfaktoren hat ebenfalls keine Bestätigung der Hypothese ergeben, dass sich politische Partizipation über die Beteiligung an Kommunalwahlen und über die Betätigung an Bürgerent-

Tabelle 2: Soziale Partizipation und der lokale Kontext (Aggregatdatenanalyse)

	Institutionelle soziale Partizipation	Nichtinstitutionelle soziale Partizipation
Einwohnerzahl	0,20	0,12
Politisches Umfeld		
Beteiligung Kommunalwahl	0,07	0,19
Anzahl Bürgerentscheide	0,03	-0,08
Gesellschaftliches Umfeld		
Katholikenanteil	0,33*	-0,04
Protestantenanteil	-0,28	0,16
Kirchganghäufigkeit (Katholiken)	0,22	0,10
Singlehaushalte	-0,06	-0,04
Wirtschaftliches Umfeld		
Steuereinnahmekraft	0,14	-0,25
Gewerbesteuer pro Kopf	0,11	-0,02
Schuldenstand der Gemeinde	0,09	0,12
Haushaltsnettoeinkommen	0,32*	-0,28
Arbeitslosenquote	-0,01	0,16

Anmerkungen: Korrelationen (Pearson's r); N = 28; Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

scheiden positiv auf das soziale Beteiligungsverhalten auswirkt. Was das gesellschaftliche Umfeld angeht, wurde eine der vier Annahmen verifiziert: Je höher der Katholikenanteil in einer Gemeinde desto höher ist der Anteil der Bürger, die sich sozial in Vereinen betätigen. Allerdings trifft dies nur auf die institutionalisierte Form sozialer Partizipation zu, bei Formen nicht-institutionalisierter sozialer Partizipation, wie positiven Nachbarschaftskontakten oder Treffen von Freunden, erweist sich die katholische Lehre, die stark gemeinschaftsbetont ist, überraschenderweise als nicht signifikant. Die getesteten Annahmen der motivierenden Wirkung von Kirchgangshäufigkeit und protestantischer Konfessionszugehörigkeit haben sich nicht bewahrheitet. Und ob in einer Gemeinde viele Singlehaushalte beheimatet sind, spielt für die soziale Partizipation ebenfalls keine Rolle. Die Untersuchung der Indikatoren des wirtschaftlichen Umfelds konnte nur in einem Fall die Hypothese bestätigen: Je größer der Anteil an Bürgern mit hohem Haushaltseinkommen in einer Gemeinde, desto höher ist der Anteil der Bürger, die sich in Vereinen betätigen. Ob sich hier die kognitive oder materielle Ressource in der Aggregation als wirkungsmächtig erweist, kann nicht beantwortet werden. Allerdings trifft die Hypothese auch in diesem Fall nur auf die institutionalisierte Art sozialer Partizipation zu, aber nicht auf die nicht-institutionalisierte Form. Die übrigen getesteten Annahmen des wirtschaftlichen Umfelds konnten nicht bestätigt werden: Ob eine Gemeinde über viele Steuereinnahmen verfügen kann, ein hohes Gewerbesteueraufkommen hat oder wie hoch der Schuldenstand ist, hat keinen Einfluss auf die soziale Partizipation.

Zusammenfassend konnte die Aggregatdatenanalyse nur zwei Hypothesen bestätigen. Die folgenden Analysen prüfen den kausalen Zusammenhang.

6.2 *Ergebnisse der Mehrebenenanalysen*

Um die Varianz der abhängigen Variablen auf individueller und kontextueller Ebene zu ermitteln, werden zunächst Nullmodelle gerechnet. Im Anschluss werden die Individualmerkmale geschätzt und in einem letzten Schritt werden die Kontextvariablen in dem vorherigen Modell berücksichtigt und auf ihre Varianz untersucht.

Tabelle 3 präsentiert die Ergebnisse der Random-Intercept-Only-Modelle.[26] Der Wert der Konstanten der nicht-institutionellen sozialen Partizipation liegt über dem Skalenmittelpunkt und der der institutionellen unter dem Skalenmittelpunkt.

Tabelle 3: Soziale Partizipation: Random-Intercept-Only-Modelle

	Institutionelle soziale Partizipation	**Nichtinstitutionelle soziale Partizipation**
Fixed Effects		
Konstante	0,25***	0,59***
Varianzkomponenten (Random Effects)		
Individualebene (σ^2)	0,033***	0,065***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu\,0}$)	0,000**	0,001**
Modellangaben		
N	11.870	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0	0,008
Devianz (-2log Likelihood)	-5.987,304	1.113,627
Anzahl Parameter	3	3

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Wie die ICC in Tabelle 3 zeigen, lassen sich durch diese Analyse die Unterschiede der institutionellen sozialen Partizipation nicht mit Merkmalen auf der Gemeindeebene erklären. Die nicht-institutionelle Beteiligung weist dagegen einen ICC von 0,008 auf, das heißt 0,8 Prozent der Erklärungskraft entfällt auf die Kontextebene. Mit anderen Worten: Die unterschiedliche Ausgestaltung der untersuchten Gemeinden in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht hat einen geringen Einfluss auf das Ausmaß nicht-institutioneller sozialer Partizipation. Weniger als ein Prozent der Gesamterklärungskraft entfällt auf das lokale Umfeld. Die Gemeinden scheinen in diesem Zusammenhang in ihrer Zusammensetzung eher homogen als heterogen zu sein.

Es sind vielmehr die individuellen Einflussgrößen, die sich als erklärungskräftig erweisen. Da die Likelihood-Ratio-Tests signifikant sind, werden Mehrebenenmodelle statt lineare Regressionen geschätzt. Die Ergebnisse der Random-Intercept-Modelle mit den theoretisch relevanten individuellen Variablen präsentiert Tabelle 4 (s. S. 180). Die Likelihood-Ratio-Tests dieser Random-Intercept-Modelle zeigen, dass sich die Devianzen bei beiden Formen sozialer Partizipation signifikant verbessert haben und damit als Modelle besser sind als die Nullmodelle. Bevor entsprechend diesem Ergebnis der nächste Schritt innerhalb der Modelle gerechnet wird, werden die Resultate dieser Analysen berichtet. Die Interpretation wird jedoch nur auf die Hauptbefunde fo-

[26] Die gleichen Fallzahlen in Tabelle 3, Tabelle 4 und Tabelle 5 ergeben sich aus einer Imputation der fehlenden Werte.

Tabelle 4: Random-Intercept-Modelle mit Variablen der Individualebene

	Institutionelle soziale Partizipation	Nichtinstitutionelle soziale Partizipation
Fixed Effects		
Konstante	-0,05**	0,06**
Ressourcen		
Geschlecht	0,00*	0,01
Bildung	0,05***	0,07**
Einkommen	0,55**	0,56*
Alter	0,01	-0,21***
Motive		
Interesse Politik	-0,05**	0,06**
Interesse lokale Politik	0,11***	0,07**
Partizipationsnorm: an Wahlen teilnehmen	-0,02*	-0,05**
In Vereinen und Organisationen aktiv sein	0,11***	0,10***
Netzwerke		
Polit. Diskussionen	-0,00	0,25 ***
Vertrauen	-0,00	0,07**
Freunde	0,04***	
Kirchganghäufigkeit	0,15***	0,07***
Familienstand	0,04*	0,01
Lebensgefährte	0,01	0,03**
Berufstätigkeit	0,01	0,05**
Personen im Haushalt	-0,05	0,14*
Weitere Determinanten		
Wohndauer Stadtteil	0,02	0,07**
Verbundenheit mit Gemeinde	0,01	0,27***
Mediennutzung	0,08***	0,05**
Politische Partizipation	0,02***	0,13***
Varianzkomponenten (Random Effects)		
Individualebene (σ^2)	0,022***	0,053***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu\,0}$)	0,000	0,000*
Modellangaben		
N	11.870	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,001	0,007
Devianz (-2logLikelihood)	-2.070,583	-207,456
Anzahl Parameter	23	22

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle Variablen sind auf eine 0–1-Skala umgerechnet. Die Koeffizienten geben damit den Effekt vom Minimal- zum Maximalwert eines Indikators an; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

kussieren, denn der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt auf dem Einfluss von Kontextfaktoren.

Beide Varianten sozialer Partizipation werden jeweils von den im Civic Voluntarism-Modell relevanten Faktorenbündeln Ressourcen, Motive und Netzwerke beeinflusst. Ob die Bürger in den 28 ausgewählten Gemeinden Hessens in Freiwilligenorganisationen aktiv werden und ihren Nachbarn helfen sowie sich über informelle Gruppen sozial beteiligen, hängt maßgeblich von einer Ressourcenvariablen ab: Der Einkommenssituation der Bürger. Menschen mit höherem Einkommen finden sich eher in Vereinen zusammen, helfen stärker ihren Nachbarn und pflegen mehr informelle Kontakte als Bezieher niedriger Einkommen. Eine weitere Ressourcenvariable, die eng mit der Einkommenssituation zusammen hängt, nämlich der Bildungsstand, begünstigt ebenfalls

soziale Partizipation. Damit bestätigt sich auch in den untersuchten Gemeinden Hessens der in vielen Studien nachgewiesene Einfluss sozioökonomischer Ressourcen auf soziale Partizipation. Ressourcenstarke Bürger bringen sich mehr ein als ressourcenschwache Individuen. Des Weiteren pflegen besonders junge Menschen nachbarschaftliche Kontakte und treffen sich gegenseitig.

Bei den Motivstrukturen erweisen sich alle untersuchten Einstellungen bei beiden Formen sozialer Partizipation als signifikant. Wenig überraschend ist die relativ starke positive Wirkung der Sichtweise, dass man als guter Bürger in Vereinen aktiv sein sollte. Die Menschen, die eine entsprechende Einstellung aufweisen, beteiligen sich demnach auch tatsächlich häufiger und finden sich auch stärker in informellen Gruppen zusammen. Der in der Literatur immer wieder thematisierte Zusammenhang von politischem Interesse und sozialer Partizipation (Gabriel u. Völkl 2005, Alscher et al. 2009) zeigt sich auch bei dieser Untersuchung, allerdings nicht durchgängig in der erwarteten Richtung. Entsprechend der Annahme beteiligen sich Bürger mit starkem Interesse für lokalpolitische Belange intensiver in Freiwilligenorganisationen als desinteressierte Bürger. Jedoch motiviert nur das Interesse an lokaler Politik zur Mitarbeit in Freiwilligenorganisation, nicht jedoch ein allgemeines Politikinteresse, welches sich sogar negativ auf die institutionalisierte soziale Partizipation auswirkt. In diesem Zusammenhang scheint der lokale politische Kontext bzw. das Interesse am lokalpolitischen Umfeld, eine maßgebliche Rolle zu spielen. Was die nachbarschaftlichen Kontakte und das Treffen von Freunden angeht, erweist sich jedoch auch das allgemeine politische Interesse und nicht allein das spezifische lokale Interesse als beteiligungsfördernd. Erstaunlich ist der Einfluss der Bürgertugend „Wählengehen“: Während empirische Studien einen positiven Zusammenhang zwischen Beteiligung und der Partizipationsnorm belegen können (Gabriel u. Völkl 2005, S. 570) weisen diese Ergebnisse in eine andere Richtung.

Das Faktorenbündel Netzwerke schließlich wirkt sich durchgehend in der erwarteten Richtung aus. Dominant ist der positive Einfluss eines häufigen Kirchgangs. Dass das Zusammenleben und Zusammensein mit anderen Menschen soziale Partizipation begünstigt, zeigen auch die Determinanten Freunde und Familie bei der institutionellen Form. Bei der nicht-institutionellen Variante betätigen sich vor allem eher die Menschen, die mit einem Partner zusammenleben, über den Beruf mit anderen Menschen zusammenkommen und generell eher mit mehr als weniger Personen in einem Haushalt leben. Zwei Determinanten der Netzwerkvariablen beeinflussen lediglich die nicht-institutionelle Partizipation: Politische Diskussionen und Vertrauen. Dieses Ergebnis ist nicht weiter erstaunlich, denn nicht-institutionelle soziale Partizipation bedeutet, dass sich Nachbarn besuchen, helfen und sich unterhalten, sowie dass Freunde sich gegenseitig treffen, also Tätigkeiten, die vor allem auf Kommunikation beruhen. Dass eine entsprechende soziale Partizipation eher von den Menschen ausgeübt wird, die häufig politische Diskussionen führen, scheint naheliegend. Gerade der enge Kontakt zu Nachbarn und Freunden, der für die nicht-institutionelle soziale Partizipation bestimmend ist, macht die Plausibilität des weiteren Einflussfaktors deutlich. So werden eher die Menschen informell sozial aktiv, die ihren Mitmenschen vertrauen.

Was die vier weiteren, über die im Civic Voluntarism Modell theoretisch relevanten einbezogenen Determinanten angeht, sind alle der nicht-institutionellen sozialen Partizipation förderlich: Wenn sich ein Mensch mit seiner Gemeinde verbunden fühlt, lange dort wohnt, häufig die Medienangebote nutzt und sich auch politisch betätigt, trifft er eher seine Nachbarn und Freunde. Auf die soziale Betätigung in Vereinen wirkt sich dagegen nur die die häufige Mediennutzung und politische Aktivität förderlich aus.

Insgesamt erweisen sich bei der institutionellen sozialen Partizipation zwölf der 20 betrachteten individuellen Merkmale als signifikant. Die Erklärungskraft insgesamt und auch der im Modell signifikanten Variablen liegt für die nicht-institutionelle soziale Partizipation um einiges höher. Nahezu alle Individualmerkmale (17 von 19) beeinflussen die Bereitschaft der Befragten, sich mit Freunden zu treffen sowie nachbarschaftliche Kontakte zu pflegen und sich somit auf nicht-institutioneller Ebene sozial einzubringen, positiv.

Die individuellen Erklärungsfaktoren tragen demnach viel zur Erklärung sozialer Partizipation bei. Wie es um den Einfluss der Kontextmerkmale bestellt ist, werden die folgenden Analysen zeigen, die zusätzlich zu den Individual- die theoretisch relevanten Kontextmerkmale schätzen und damit die in Abschnitt drei diskutierten Hypothesen testen. Die bisherige Überprüfung mittels einer Aggregatdatenanalyse konnte zwei der formulierten Annahmen bestätigen und die nachfolgenden Mehrebenenanalysen kontrollieren die Robustheit dieses Resultats.

Im Ergebnis (vgl. Tabelle 5)[27] zeigen die Likelihood-Ratio-Tests für beide Formen sozialer Partizipation keine signifikanten Verbesserungen der jeweiligen Devianz, d. h. es konnte kein besserer Modellfit im Vergleich zu den vorangegangenen Modellen erreicht werden.[28]

Der Test der Hypothesen ergibt folgende Ergebnisse: (H1) Die Gemeindegröße hat keinen eigenständigen Effekt auf die soziale Partizipation von Bürgern in den ausgewählten Gemeinden Hessens. Dies ist aus zwei Gründen erstaunlich. Zum einen legen die theoretischen Überlegungen und bisher vorliegenden empirischen Forschungsergebnisse ein anderes Resultat nahe. Zum zweiten deuteten auch die in Abschnitt fünf präsentierten univariaten Verteilungen auf einen Einfluss der Gemeindegröße auf die soziale Beteiligung der Bürger. Jedoch scheint es für das Ausmaß und die Form sozialer Partizipation unerheblich zu sein, ob eine Gemeinde viele oder wenige Einwohner hat.

Wie die in Tabelle 5 abgetragenen Effekte deutlichen machen, konnten die Hypothesen des politischen Umfelds ebenfalls nicht bestätigt werden. Der postulierte sich einander verstärkende Zusammenhang von politischer Partizipation auf der Makro-

[27] Auf die Ausweisung der unveränderten Effekte der Individualebene wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

[28] Es wurden neben den dargestellten Schätzungen weitere Mehrebenenanalysen gerechnet, bei denen die Kontextmerkmale jeweils einzeln auf ihre Signifikanz geprüft wurden. Nach dieser Einzelprüfung wurden alle Kontextmerkmale in ein Gesamtmodell aufgenommen, die sich bei der Einzelschätzung als signifikant erwiesen haben. Dadurch hat sich jedoch weder eine Verbesserung der Devianz ergeben, noch blieben im Endergebnis im Vergleich zu den Ergebnissen in Tabelle 5 mehr Kontextvariablen im Gesamtmodell signifikant. Daher wird auf eine Ausweisung dieser Schätzungen verzichtet.

Tabelle 5: Random-Intercept-Modelle mit Variablen der Individual- und Kontextebene (Ergebnisse der Individualmerkmale nicht dargestellt)

	Institutionelle soziale Partizipation	Nichtinstitutionelle Soziale Partizipation
Einwohnerzahl	0,13	-0,08
Politisches Umfeld		
Beteiligung Kommunalwahl	0,02	-0,02
Anzahl Bürgerentscheide	-0,00	0,03
Gesellschaftliches Umfeld		
Katholikenanteil	-0,01	-0,03
Protestantenanteil	-0,03	0,03
Kirchgangshäufigkeit (Katholiken)	-0,06*	0,06
Singlehaushalte	0,01	0,01
Wirtschafliches Umfeld		
Steuereinnahmekraft	-0,05	0,05
Gewerbesteuer pro Kopf	0,07	-0,10
Schuldenstand der Gemeinde	0,01	0,03
Haushaltsnettoeinkommen	0,01	-0,02
Arbeitslosenquote	-0,04*	0,06
Varianzkomponenten (Random Effects)		
Individualebene (σ^2)	0,022***	0,053***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu 0}$)	0,000	0,000*
Modellangaben		
N	11.870	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,001	0,008
Devianz (-2logLikelihood)	-2.082,93	-222,870
Anzahl Parameter	35	34

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Individualmerkmale aus 6 sind jeweils enthalten. Alle Variablen sind auf eine 0–1-Skala umgerechnet. Die Koeffizienten geben damit den Effekt vom Minimal- zum Maximalwert eines Indikators an. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

ebene und sozialer Partizipation ist nicht zu beobachten. Weder (H2a) die Höhe der Beteiligung an einer Kommunalwahl noch die (H2b) Anzahl der Bürgerentscheide wirkt sich auf soziale Beteiligung aus.

Eine Variable des gesellschaftlichen Umfelds kann die gemeindebezogenen Unterschiede der institutionellen sozialen Partizipation erklären, allerdings nicht in der erwarteten Richtung. In Hypothese 3c wurde davon ausgegangen, dass sich in Gemeinden mit einem hohen Anteil an katholischen Kirchgängern mehr Bürger sozial beteiligen. Jedoch wirken die über die Kirche vermittelten prozialen Normen und die potentiell motivierenden Einflüsse über häufige Kontakte mit anderen Kirchengemeindemitgliedern nicht positiv auf soziale Beteiligung. Ganz im Gegenteil: In Gemeinden mit einem niedrigen Anteil an katholischen Kirchgängern sind mehr Bürger in Vereinen aktiv als in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Einwohnern, die häufig Gottesdienste besuchen. Über die Gründe dieses negativen Zusammenhangs kann nur spekuliert werden. Unter Umständen kann dieser Sachverhalt auf das Zeitbudget zurückgeführt werden, also die Zeit, die Menschen für Aktivitäten außerhalb familiärer und beruflicher Verpflichtungen aufwenden können und wollen. Wenn dieses Zeitbudget bereits von häufigen Kirchendiensten absorbiert wird, bleibt keine Zeit für Aktivitäten in Vereinen übrig. Die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession übt jedoch nur einen Einfluss über die gelebte Konfession aus, nicht aber der Glaube an sich. Ent-

gegen dem in der Aggregatdatenanalyse nachgewiesenen positiven Einfluss von einem in einer Gemeinde lebenden hohen Katholikenanteil auf die soziale Beteiligung von Bürgern, erweist sich dieser Zusammenhang bei genauerer Prüfung als nicht robust. Es konnte nicht bestätigt werden, dass (H3a) je größer der Anteil an Katholiken in einer Gemeinde, umso höher die soziale Partizipation von deren Bürgern ausfällt. Es erscheint vielmehr unerheblich zu sein, ob in einer Gemeinde viele oder wenige Katholiken leben. Das Gleiche trifft auf den Anteil an Protestanten in einer Kommune zu (H3b): Es hat keinen Einfluss auf das soziale Engagement von Bürgern, ob der Protestantenanteil in einer Gemeinde hoch oder gering ausfällt.

Bezogen auf die einander widersprechenden Annahmen (H4a und 4b) über den Einfluss des Anteils von Singlehaushalten in einer Gemeinde auf das soziale Beteiligungsverhalten der Einwohner ergaben die Mehrebenenanalysen kein aussagefähiges Ergebnis, da die Werte insignifikant sind. Das heißt, weder wirken intakte familiäre, freundschaftliche und kollegiale Netzwerkstrukturen in Gemeinden positiv auf die soziale Beteiligung noch trägt ein grundsätzlich größeres Zeitbudget, das in einer Gemeinde durch einen höheren Singleanteil vorherrschen könnte, stimulierend auf soziale Partizipation.

Die Prüfung der untersuchten Kontextfaktoren des wirtschaftlichen Umfelds kann eine Hypothese bestätigen. Wie Tabelle 5 ausweist, werden, entsprechend der in Hypothese 9 formulierten Annahme, in Gemeinden mit niedriger Arbeitslosigkeit mehr Personen in Vereinen aktiv als in Kommunen mit einer hohen Arbeitslosenquote. Ob dies eine Folge von beruflicher Integration oder der Ausstattung mit kognitiven und finanziellen Ressourcen ist, kann nicht beantwortet werden. In jedem Fall weisen die Analysen darauf hin, dass in Gemeinden, in denen mehr Menschen leben, die integrierter sind und über mehr Ressourcen verfügen, diese mehr in Vereinen tätig werden. Der Test der crowding-out-Hypothese (H5a, H5b, H6a, H6b, H7a und H7b) über die Untersuchung der Kontextvariablen Steuereinnahmekraft, Gewerbesteuer pro Kopf und Schuldenstand der Gemeinde hat zu empirischen Resultaten geführt, die nicht der Annahme entsprechen. Keine der ermittelten Werte erweist sich als signifikant und damit existieren keine Zusammenhänge. Entsprechend liefern die Ergebnisse keinen Beleg für die These, dass wohlfahrtsstaatliche Arrangements private soziale Initiativen verdrängen. Genau so wenig kann die formulierte Gegenthese bestätigt werden, dass finanziell gut ausgestattete Kommunen förderlich auf das Beteiligungsverhalten wirken. Auch die finanzielle Situation auf Seiten der Bürger, die in einer Gemeinde leben, hat keinen signifikanten Einfluss auf die soziale Betätigung der Bürger. Die Prüfung eines positiven Zusammenhangs von Haushaltsnettoeinkommen und sozialer Beteiligung ergab ebenfalls kein Resultat entsprechend der formulierten Annahme (H8). Ob in einer Gemeinde viele Menschen leben, die über ein höheres Einkommen verfügen, scheint unerheblich für das Engagement der Bürger zu sein. Obwohl es plausibel scheint, dass ein großer Anteil von Menschen mit hohem Einkommen in einer Gemeinde positiv wirken könnte, schließlich ist ein Potenzial vorhanden, das die vorhandene Infrastruktur sozialer Beteiligungsmöglichkeiten fördern und verbessern könnte. Die Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse haben dafür auch den Beleg geliefert und

den postulierten positiven Zusammenhang von Haushaltseinkommen und Partizipation in Vereinen bestätigt. Jedoch hat sich auch dieses Ergebnis bei angemessener statistischer Prüfung als nicht robust erwiesen.

Die Ausführungen zusammenfassend, können die Analysen die aufgestellten Hypothesen nur in einem Fall bestätigen: Eine niedrige Arbeitslosenquote zeigt den erwarteten positiven Effekt auf die soziale Beteiligung und erklärt Unterschiede im Engagement zwischen den Gemeinden, allerdings nur bezogen auf die Betätigung in Freiwilligenorganisationen. Des Weiteren haben die Mehrebenenanalysen die Annahme eines positiven Einflusses eines hohen Anteils katholischer Einwohner, die häufig die Kirche besuchen auf Vereinstätigkeiten widerlegt. Alle anderen getesteten Kontextfaktoren üben keinen Einfluss auf die soziale Partizipation von Bürgern in den ausgewählten Gemeinden Hessens aus.

7 Fazit

Soziale Partizipation und die der sozialen Partizipation förderlichen Rahmenbedingungen sind ein Thema, das in den letzten Jahren sowohl in Deutschland als auch international in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft an Bedeutung gewonnen hat. Dieses Interesse ist insbesondere auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zurückzuführen, wie zunehmende Individualisierung, soziale Desintegration, Verlust sozialer Bindungen, das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme etc. Die Frage, wie diese Probleme zu lösen seien, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Untersuchung sozialen Engagements. Theoretische Überlegungen und empirisch fundierte Analysen führten zu dem Ergebnis, dass die Bereitschaft der Bürger, sich für gemeinschaftliche Belange zu engagieren, Ausdruck einer vitalen Zivilgesellschaft sei und die Grundlage für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft darstelle. Wobei man die Potenziale zur Lösung der aktuellen Probleme vor allem in den demokratisierenden und sozial integrativen Funktionen sieht.

Heute existieren in Deutschland rund 600.000 eingetragene Vereine, über 16.000 Stiftungen und viele weitere weniger formalisierte Beteiligungsformen sowie nachbarschaftliche Initiativen. Damit ist ein großes und weitverzweigtes Netz an Beteiligungsmöglichkeiten entstanden, das auch intensiv genutzt wird. Auf Grund der Bedeutung, die das Engagement für das Gelingen von Gesellschaft und Demokratie hat, beschäftigen sich Wissenschaft und Politik intensiv mit der Frage, wie soziale Partizipation gefördert werden kann, auch durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen und effizienter Strukturen. Zum Ausbau förderlicher Strukturen ist das Wissen um Form und Struktur sozialer Partizipation unabdingbar. In diesem Zusammenhang spielt der lokale Kontext eine besondere Rolle, denn Menschen betätigen sich in Sportvereinen, Kirchengemeinden, Tierheimen, Chören und karitativen Einrichtungen primär in ihrer Gemeinde. Oder sie helfen Familienmitgliedern, Nachbarn, Freunden und Bekannten – also Menschen, die sie kennen und die sie in ihrer Umgebung regelmäßig treffen. Insofern ist eine wichtige Frage bei der Motivierung und Intensivierung sozia-

ler Partizipation, ob und wie der lokale Kontext, also die Rahmenbedingungen einer Gemeinde, einen Einfluss darauf ausübt, ob und wie Menschen sozial aktiv werden.

Die deskriptiven Ergebnisse der Untersuchung in 28 ausgewählten Gemeinden Hessens belegen einen beachtlichen Umfang sozialer Beteiligung und deuten auf systematische Zusammenhänge von Umfeld und sozialer Beteiligung. Durchschnittlich betätigen sich die Bürger in den untersuchten Kommunen Hessens in mehr als drei Freiwilligenorganisationen aktiv. Dass die Menschen in mittleren und großen Städten vor allem vor Ort tätig werden, jedoch die Personen kleinerer Gemeinden häufiger Vereine in Nachbargemeinden besuchen, ist ein Indiz für die Bedeutung der Gemeindegröße, welche durch die Betrachtung nicht-institutioneller sozialer Partizipation, gestützt wird. In kleinen Gemeinden treffen sich Freunde und Bekannte häufiger und die nachbarschaftlichen Kontakte sind intensiver als in Großstädten. Die kausalanalytische Prüfung der Kontexteffekte konnte diesen Zusammenhang jedoch nicht erhärten. Vielmehr haben sich die Individualmerkmale als weitaus erklärungskräftiger erwiesen.

Die vorliegenden Analysen stützen den durch eine Reihe von Studien nachgewiesenen Zusammenhang von Ressourcen und Partizipation: Hohes Einkommen bildet die weitaus wichtigste Determinante beider Dimensionen sozialer Partizipation. Jedoch auch die zwei anderen im Civic Voluntarism Modell wichtigen Faktorenbündel Motive und Netzwerke üben einen mobilisierenden Einfluss auf die soziale Aktivität der Bürger aus.

Das Hauptinteresse dieses Beitrags galt jedoch nicht der Prüfung der individuellen Erklärungsfaktoren, sondern der Frage, ob und wenn ja welche Faktoren des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds einen Einfluss auf beide Formen sozialer Partizipation ausüben. In dieser Hinsicht hat die Prüfung der zwölf in die Modelle einbezogenen Kontextmerkmale in zwei Fällen ein statistisch signifikantes Ergebnis ergeben, wobei die Erklärungskraft der Kontextebene mit weniger als einem Prozent sehr gering ausfällt. Als statistisch relevante Kontextfaktoren haben sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Indikatoren für die institutionelle Beteiligung erwiesen. Zum einen übt die Arbeitslosenquote einen Einfluss aus, d. h. die soziale Beteiligung in Gemeinden unterscheidet sich auf Grund der Höhe der jeweiligen Arbeitslosenquote. In Gemeinden mit einer niedrigen Quote sind mehr Menschen in Vereinen aktiv als in Gemeinden mit vielen Arbeitslosen. Des Weiteren spielt die Kirchganghäufigkeit eine Rolle, jedoch nicht in der erwarteten positiven Richtung: Ist der Anteil häufiger Kirchgänger in einer Gemeinde geringer, sind deren Gemeindemitglieder eher in Vereinen aktiv.

Wie sind diese Ergebnisse zu interpretieren? Im Gegensatz zu den Analysen von Bühlmann und Freitag (2004), die den Einfluss von Kontextfaktoren auf die Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen geschätzt haben und als Ergebnis eine Reihe relevanter lokaler Faktoren ermitteln konnten, bleibt die vorliegende Analyse hinter diesen Resultaten und den formulierten theoretischen Annahmen zurück. Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Wie dargestellt, haben sich die Individualmerkmale als sehr wirkungsmächtig gezeigt. Das könnte unter Umständen dazu geführt haben, dass Kontexteffekte durch erklärungskräftige Individualmerkmale substi-

tuiert worden sind (Johnston 1987; McAllister 1987). Ob die Ergebnisse insgesamt zu dem Fazit führen können, dass außer den zwei angeführten Kontextmerkmalen die lokalen Faktoren keine Rolle für die soziale Beteiligung von Personen spielen, ist zweifelhaft. So darf sich die Interpretation nur auf die Stichprobe beziehen. Und grundsätzlich ist festzustellen, dass die widersprüchlichen Ergebnisse nicht die unter anderem von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" aufgeworfene zentrale Frage nach den Bedingungen zur Aktivierung und Ermöglichung sozialer Beteiligung aller Bürger tangieren. Denn diese ist in modernen Gesellschaften, in denen zunehmend wohlfahrtsstaatliche Leistungen durch die Bürger erbracht werden, von immenser Bedeutung und verweist auf die Bedeutsamkeit weiterer Untersuchungen über den Einfluss von Faktoren, die zur sozialen Partizipation motivieren.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.

Alscher, Mareike, Dietmar Dathe, Eckhard Priller, und Rudolf Speth. 2009. *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Niesetal: Silber.

Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 326–349.

Coleman, James. 1988. Social Capital in the Creation of Human Capital. *American Journal of Sociology* 94: 5–120.

Dahl, Robert, und Edward R. Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

De Hart, Joep, und Paul Dekker. 1999. Civic Engagament and Volunteering in the Netherlands: A Putnamian Analysis. In *Social Capital and European Democracy*, Hrsg. Jan W. van Deth, Marco Maraffi, Kenneth Newton, und Paul Whiteley, 75–107. London: Routledge.

Fischer, Claude. 1976. The City and Political Psychology. *American Political Science Review* 69: 559–571.

Freitag, Markus. 2001. Das soziale Kapital der Schweiz. Vergleichende Einschätzungen zu Aspekten des Vertrauens und der sozialen Einbindung. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 7: 87–117.

Fukuyama, Francis. 1995. *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prospertity*. New York: The Free Press.

Gabriel, Oscar W., und Völkl, Kerstin. 2005. Politische und soziale Partizipation. In *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, und Everhard Holtmann, 523–573. München: Oldenbourg.

Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth (Hrsg.). 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV-Universitäts-Verlag.

Gallego, Aina. 2008. Unequal Political Participation in Europe. *International Journal of Sociology* 37: 10–25.

Gensicke, Thomas, und Sabine Geis. 2010. *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*. München.

Glaeser, Edward L. 2001. The Formation of Social Capital. *Canadian Journal of Policy Research* 2: 34–40.

Hansen, Steven, Thomas Palfrey, und Howard Rosenthal. 1987. The Downsian Model of Electoral Participation: Formal Theory and Empirical Analysis of the Constituency Size Effect. *Public Choice* 52: 15–33.

Huckfeldt, Robert R., und John Sprague. 1993. Citizens, Contexts and Politics. In *Political Science: The State of the Discipline II*, Hrsg. Ada W. Finifter, 281–303. Washington DC: APSA.

Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmoderization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald. 1999. Trust, Well-being and Democracy. In: *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark Warren, 88–120. New York: Cambridge University Press.

Jakob, Gisela. 2010. Strukturen der Engagementförderung in den Kommunen – Eine Zwischenbilanz. In *Zukunftsfaktor bürgerschaftliches Engagement*, Hrsg. Ralph Bergold, und Annette Mörchen, 46–49. Bad Honnef: Katholisch-Soziales Institut.

Johnston, Ron J. 1987. The Geography of the Working Class and the Geography of the Labour Vote in England, 1983. *Political Geography Quarterly* 6: 7–16.

Keil, Silke I. 2012: Partizipation und Ungleichheit. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, Hrsg. Silke I. Keil, und Jan W. van Deth, 173–208. Baden-Baden: Nomos.

Kriesi, Hanspeter, und Dominique Wisler. 1996. Social Movements and Direct Democracy in Switzerland. *European Journal of Political Research* 30: 19–40.

Maloney, William A., und Sigrid Roßteutscher (Hrsg.). 2007. *Social Capital and Associations in European Democracies. A comparative analysis*. London: Routledge.

McAllister, Ian. 1987. Social Context, Turnout and the Vote: Australian and British Comparisons. *Political Geography Quarterly* 6: 17–30.

Newton, Kenneth. 1999. Social Capital and European Democracy. In *Social Capital and European Democracy*, Hrsg. Jan W. van Deth, Marco Maraffi, Kenneth Newton, und Paul Whiteley, 3–23. London, New York: Routledge.

Offe, Claus, und Susanne Fuchs. 2001. Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Hrsg. Robert D. Putnam, 417–514. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Oliver, Eric. J. 2000. City Size and Civic Involvement in Metropolitan America. *American Political Science Review* 94: 361–373.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 1995a. Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. *Political Science and Politics* 28: 664–683.

Putnam, Robert D. 1995b. Bowling Alone: American's Declining Social Capital. *Journal of Democracy* 6: 65–78.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

Roßteutscher, Sigrid. 2009a. Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina, und Andrea Römmele, 163–180. Wiesbaden: VS Verlag.

Roßteutscher, Sigrid. 2009b. *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften*. Baden-Baden: Nomos.

Skocpol, Theda. 2004. Voice and Equality: The Transformation of American Civic Democracy. *Perspectives on Politics* 2: 3–20.

Statista. 2011. *Umfrage zum Bundesfreiwilligendienst*. http://de.statista.com/statistik/daten/studie/ 187250/umfrage/meinung-zum-bundesfreiwilligendienst/; Zugegriffen: 07.07.2011.

Teorell, Jan, Paul Sum, und Mette Tobiasen. 2007. Participation and Political Equality: An Assessment of Large-scale Democracy. In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 384–414. London: Routledge.

Uslaner, Eric M. 2002. *The Moral Foundations of Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.

van Deth, Jan W. (Hrsg.). 1997. *Public Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies*. London: Routledge.

van Deth, Jan W. 2001. Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 195–220. Opladen: Leske + Budrich.

van Deth, Jan W. 2004. Soziale Partizipation. In *Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey*, Hrsg. Jan W. van Deth, Jan W., 295–216. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W. 2006. Vergleichende politische Partizipationsforschung. In *Vergleichende Politikwissenschaft*, Hrsg. Dirk Berg-Schlosser, und Ferdinand Müller-Rommel, 167–188. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W., José Ramón Montero, und Anders Westholm (Hrsg.). 2007. *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*. London: Routledge.

van Deth, Jan W., und Sonja Zmerli. 2010. Civicness, Equality, and Democracy – A 'Dark Side' of Social Capital? (Special Issue). *American Behavioral Scientist* 53: 631–639.

van Oorschot, Wim, und Wil Aarts. 2005. The Social Capital of European Welfare States: The Crowding Out Hypothesis revisited. *Journal of European Social Policy* 15: 5–26.

Verba, Sidney. 2003. Would the Dream of Political Equality Turn Out to Be a Nightmare? *Perspectives on Politics* 1: 663–679.

Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.

Verba, Sidney, Kay Lehmann Schlozman, und Henry Brady. 1995. *Voice and Equality Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Vereinsstatistik. 2011. http://www.registeronline.de/vereinsstatistik/2011/; Zugegriffen: 01. 11. 2011.

Warren, Mark E. 2001. *Democracy and Association*. Princeton: Princeton University Press.

Zimmer, Annette. 1996. *Vereine. Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich.

Zimmer, Annette. 2007. *Vereine. Zivilgesellschaft konkret*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Politische Mediennutzung

Jens Tenscher, Gilg U. H. Seeber und Michael Hallermayer

1 Einführung

Moderne Massendemokratien sind ohne einen steten Fluss an Kommunikation „auf horizontaler Ebene – zwischen den Bürgern – als auch in vertikaler Richtung – von der politischen Führung zum Publikum und umgekehrt" (Ellwein u. Zimpel 1969, S. 9) nicht denkbar. Auf beiden Ebenen kommt den Massen- und „neuen", computervermittelten Medien eine Schlüsselfunktion zu, gewährleisten sie doch jenen „Brückenschlag zwischen Individuum und Politik" (Klingemann u. Voltmer 1989, S. 221), der vormals den „klassischen" Instanzen politischer Meinungsbildung und Interessenvermittlung (z. B. Parteien, Gewerkschaften) vorbehalten war.

Angesichts der wachsenden Bedeutung der Medien für die Politikwahrnehmung der Bürger und deren Orientierung im politischen Raum hat sich die politische Kulturforschung in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße dem kommunikativen und auf Medien ausgerichteten Handeln zugewendet (vgl. u. a. Niedermayer 2005, S. 158ff.; Gabriel u. Neller 2010). Im Zentrum entsprechender Auseinandersetzungen haben zumeist die politischen Orientierungen, Handlungen und Kommunikationsweisen im nationalstaatlichen Rahmen gestanden. Erst in jüngster Zeit hat sich der Fokus geöffnet. Dabei ist der empirische Blick hin zu den politischen Orientierungen gegenüber Bezugsobjekten der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung des Mediennutzungsverhaltens der Bürger gewandert (vgl. de Vreese u. Boomgaarden 2006; Tenscher 2009).

Im Vergleich zur supranationalen Ebene hat der subnationale Raum in der empirisch ausgerichteten (politischen) Kommunikationsforschung bislang nur wenig Beachtung geschenkt bekommen (vgl. Lang 2003, S. 179; Kretschmar et al. 2009). Dies verwundert angesichts der herausgehobenen Bedeutung, die lokale und regionale Lebensräume für die gesellschaftliche Integration und die politische Sozialisation der Menschen spielen (vgl. Bourdieu 1982; Putnam 2000). „Vor Ort" spielt sich das unmittelbare Alltagsleben ab. Hier wird gearbeitet, Sport getrieben, gewohnt, gelebt, diskutiert und sich – wenn überhaupt – hauptsächlich politisch engagiert (vgl. Niedermayer 2005, S. 250ff.). Entsprechend besitzen Ereignisse, die einen direkten Einfluss auf das eigene Leben haben, für die Bürger eine besonders hohe Relevanz.[1]

Die Orientierung im Lokalen speist sich kontinuierlich aus zwei Quellen, der interpersonalen und der massenmedialen Kommunikation, die es zu untersuchen gilt. Da-

[1] Örtliche Nähe ist also ein Aufmerksamkeitskriterium, das Massenmedien in ihrer Berichterstattung nutzen, aber auch jeder einzelne zur alltäglichen Orientierung anlegt. In der Kommunikationswissenschaft wird örtliche Nähe als Nachrichtenfaktor angesehen, dessen starke Ausprägung den Nachrichtenwert eines Ereignisses erhöht (vgl. zusammenfassend Eilders 1997; Schulz 2008, S. 89ff.).

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_7, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

bei soll im Folgenden ein besonderes Augenmerk auf die Massenmedien gelegt werden. Schließlich sind sie es (und zunehmend auch das Internet), die nicht nur vermitteln, was in lokalen Lebensräumen passiert, sondern auch, wie sich überregionale Ereignisse dort auswirken. Sie dienen also in horizontaler wie vertikaler Richtung als zentrales Bindeglied zwischen Individuen und (politischer) Umwelt. Diesbezüglich stellt sich jedoch die – in der politischen Kommunikationsforschung bislang selten gestellte – Frage, inwieweit die politische Mediennutzung ein Individual- oder doch eher ein Kollektivphänomen ist. In welchem Maße nimmt also die Gemeindeebene Einfluss auf die politische Informationsnutzung? Dieser Frage soll im Folgenden mit Blick auf die Nutzung verschiedener Medientypen – des Fernsehens, des Radios, der Tageszeitung und des Internets – nachgegangen werden. Untersuchungsleitend wird davon ausgegangen, dass der kontextuelle Einfluss vor allen Dingen bei jenen Medien bedeutsam ist, die als Primärquellen zur Orientierung in politischen Nahräumen dienen. Das sind die Tageszeitung und das Radio. Die politikorientierte Fernseh- und Internetnutzung müsste demgegenüber in stärkerem Maße individuell geprägt sein.

Zur Überprüfung dieser Annahmen soll im Folgenden die Mediennutzung im lokalen Raum aus der Perspektive der politischen Kommunikationsforschung beleuchtet werden. Dazu wird zunächst die Bedeutung der Massenmedien für die Entstehung lokaler Öffentlichkeiten diskutiert (Abschnitt 2). Daran schließt sich die empirische Untersuchung des Mediennutzungsverhaltens in den hessischen Kommunen an (Abschnitt 3). Dabei geht es weniger um die Deskription, wer welche Medien wie intensiv nutzt, sondern vor allem um die Erklärung, warum dies der Fall ist. Einflüsse der Individual- und der Kontextebene werden hierzu gleichermaßen überprüft. Abschließend werden die zentralen Befunde zusammengefasst und deren Relevanz für die politische Kommunikations- und Kulturforschung diskutiert (Abschnitt 4).

2 Bedeutung der Medien im lokalen Raum

2.1 Medien, Kommunikation und lokale Öffentlichkeit

Massenmedien und „neue“ Medien sind nicht nur für den Einzelnen, sondern für gesellschaftliche Kollektive jeglicher Größe von vitalem Nutzen, erfüllen sie doch politische wie soziale Funktionen. In politischer Hinsicht sind Medien in hohem Maße an der Schaffung von Öffentlichkeit(en) beteiligt. Darüber hinaus ermöglichen sie, nicht nur normativ betrachtet, die fortwährende Kritik und Kontrolle der politischen Entscheidungsträger und dienen zugleich der politischen Artikulation, Sozialisation und Bildung der Bürger (vgl. Ronneberger 1964; Burkart 2002). Diese Schlüsselrolle, die die Medien im Bereich des Politischen spielen, scheint sich in den vergangenen Jahren sogar noch intensiviert zu haben. Dazu beigetragen haben vor allem die beschleunigte gesamtgesellschaftliche Ausweitung und Ausdifferenzierung der Massenmedien, das Hinzukommen „neuer“ Medien sowie die gleichzeitig nachlassenden Bindekräfte der anderen intermediären Instanzen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die in den vergangenen Jahren verstärkten politikwissenschaftlichen – empirischen wie theorie-

geleiteten – Auseinandersetzungen mit den Bedingungen und Folgen der so genannten „Mediendemokratie“ (für eine differenzierte Auseinandersetzung vgl. Pfetsch u. Marcinkowski 2009).

Neben diesen politischen Funktionen bieten die Medien jedoch auch eine Fülle an Leistungen an, die es Individuen und Kollektiven erst erlauben, sich sozial zu konstituieren. Namentlich sind dies Sozialisations-, Orientierungs-, Integrations- und Rekreationsfunktionen. Hinsichtlich ihrer Sozialisationsfunktion leisten Medien einen Beitrag dazu, dass sich der Einzelne in der Gesellschaft einordnen kann, indem er soziale Normen erlernt. Diesbezüglich bieten Medien permanent eine Fülle an „vorgelebten“ Normen, Werten und Leitbildern an. So vermitteln sie Denkformen und Verhaltensweisen, die das Leben in einer komplexen Gesellschaft ermöglichen und deren Erhalt absichern. Überdies geben Medien soziale Orientierung, indem sie Individuen bei der Organisation des Alltags und bei der Bewältigung von Problemen helfen. Sie offerieren insbesondere dort Entscheidungshilfen, wo den Menschen der direkte Erlebniszugang fehlt. Dies kann durch konkrete Serviceinhalte oder auch im Rahmen von Nachrichten und Unterhaltungsformaten geschehen (vgl. Ronneberger 1971, S. 50; Burkart 2002, S. 386). Zudem helfen Massenmedien und computervermittelte Medien dabei, in den zusehends komplexer werdenden Gesellschaften ein Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl sichtbar zu machen und zu verstärken (vgl. Westerik 2001). Schließlich bieten sie den Menschen die dringend benötigte Rekreation, d. h. Entspannung und Erholung.

Diese sozialen wie politischen Leistungen gelten auch auf subnationaler Ebene. Allerdings zeichnen sich *lokale Kommunikationsräume*[2] durch einige Besonderheiten aus (vgl. Lang 2003, S. 181). Hierzu zählen ein gemeinsames Wissen und geteilte Erfahrungen über den lokalen Raum, dem sich der Einzelne subjektiv als Mitglied verbunden fühlt. Dies kommt i.d.R. in einer entsprechenden lokalen Identität bzw. Ortsloyalität zum Ausdruck (vgl. Reuber 1993, S. 16), die in engem Zusammenhang mit der Nutzung der lokalen Berichterstattung steht (vgl. Neller 1999). Diese vermittelt den Bürgern ein Bild „ihrer Heimat“, indem Geschehnisse innerhalb der eigenen Region von solchen außerhalb abgegrenzt werden. Des Weiteren steht das Lokale für einen Kommunikationsraum, in dem die interpersonale Kommunikation noch einen verhältnismäßig hohen Stellenwert besitzt. Schließlich bietet das Lokale in seiner überschaubaren Größe einen idealen Rahmen für die Ergänzung von repräsentativdemokratischen Strukturen mit direktdemokratischen Elementen. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein einer *lokalen Öffentlichkeit*,[3] welche die Massenmedien in entscheidendem Maße mitprägen. Die lokale Öffentlichkeit erleichtert nicht zuletzt auch den kommuna-

[2] Die Abgrenzung zwischen dem Lokalen und der Region fällt nicht leicht (vgl. Jonscher 1995, S. 31f.). Das Lokale kann als wahrgenommener Raum verstanden werden, welcher um eine Gemeinde oder Stadt herum gebildet wird. Als Region kann demgegenüber eine „Raumeinheit verstanden werden, die Gebiete unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur so zusammenfasst, dass den wesentlichen menschlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann“ (Liedtke 1982, S. 33).

[3] Lokale Öffentlichkeit bezeichnet „die Gesamtheit der gesellschaftlichen Kommunikations-, Informations- und Partizipationsverhältnisse, die die Entscheidung und Dynamik einer öffentlichen Meinung zu Ereignissen, Themen, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und Entscheidungen von prinzipiell allgemeinem bürgerlichen Interesse, bezogen auf die Kommune, möglich machen“ (Schwiderowski 1989, S. 33).

len Entscheidungsträgern ein bedarfsorientiertes Handeln (vgl. Weiss 1993, S. 21). Dabei sieht sich diese einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen.

Früher galten Gemeinden als überschaubar. Interpersonale Kommunikation auf Dorffesten und Jahrmärkten, an Stammtischen und in Vereinen war ein alltäglicher Bestandteil kommunikativen Handelns. Die in den vergangenen Jahren beschleunigten Prozesse der Individualisierung, der Pluralisierung von Lebensstilen sowie der steigenden sozialen wie geographischen Mobilität bei gleichzeitiger Komplexitätssteigerung des Politischen haben jedoch zu einem sukzessivem Zerfall lokaler Öffentlichkeiten geführt (vgl. Jonscher 1995, S. 19). Im Kommunikationsverhalten des Einzelnen hat die massenmediale im Vergleich zur zwischenmenschlichen Kommunikation stetig an Bedeutung gewonnen (vgl. Berg u. Kiefer 1992, S. 116; Schulz 2008, S. 23ff.). Folgerichtig hat sich die Kommunikationswissenschaft seit den 1960er Jahren verstärkt den Medien lokaler Kommunikation zugewendet. Dabei ging es zunächst um die Frage, welchen Beitrag („publizistische Leistung") die Lokalpresse zur lokalen Öffentlichkeit erbringen würde. In den 1990er Jahren rückten darüber hinaus die Leistungen des aufkommenden Lokalfunks ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. Die Auseinandersetzung mit lokaler Kommunikation hat seitdem jedoch eher abgenommen (vgl. Jonscher 1995; Hintze 2002). Die entsprechenden Untersuchungen verweisen auf erhebliche Mängel in der publizistischen Vielfalt, von denen speziell die Rezipienten in den sogenannten „Ein-Zeitungskreisen", also in Regionen mit lokalen Monopolzeitungen, betroffen wären. Als besonders nachteilig für die Qualität der lokalen Berichterstattung wurden die Nähe von Redaktionsmitgliedern zu den lokalen Ereignissen und Akteuren, das journalistische Selbstverständnis der Lokalreporter sowie deren eingefahrene Arbeitsroutinen angesehen.

2.2 Mediennutzung in Deutschland und im Lokalen

Die Qualität des Angebots ist zentral für die Entstehung lokaler Öffentlichkeit. Ebenso bedeutsam ist jedoch die Frage, in welchem Maße sich die Bürger kommunikativ einbringen bzw. medial einbinden (lassen). Dabei bestimmt, mit der voranschreitenden Ausweitung und Ausdifferenzierung des Medienangebots immer mehr, der aktive, individuelle Bedürfnisse befriedigende Mediennutzer, wie sein persönliches Medienmenü aussehen soll. Die Folge individualisierten Medienkonsums ist auf personaler Ebene die Ausbildung von „Medienrepertoires" (Hasebrink u. Popp 2006) und auf kollektiver Ebene eine „Fragmentierung" des Medienpublikums (vgl. bereits Hasebrink 1998). Diese tangiert nachhaltig nationale wie lokale Kommunikationsräume. Entsprechend wenig aussagekräftig sind denn auch Mediennutzungsstudien, die sich auf allgemeine Reichweiten und Mediennutzungszeiten beschränken. Gerade im Langzeitvergleich geben sie gleichwohl Auskunft darüber, welche Medien in welchem Maße auf Akzeptanz des Publikums stoßen. Diesbezüglich ist darauf zu verweisen, dass die Nutzung der Informationsmedien in Deutschland, entgegen manch landläufiger Meinung, in den vergangenen Jahren nahezu stetig zugenommen hat (vgl. u. a. Tenscher u. Hajek 2012). Dies gilt insbesondere für das Fernsehen, das nicht nur die meis-

ten Menschen täglich erreicht (80 Prozent), sondern auch am längsten genutzt wird (220 Minuten). Etwas mehr als ein Drittel dieser Zeit (36 Prozent) wird mit dem Konsum von Informationssendungen verbracht, wovon wiederum ein Drittel auf die Nutzung politischer Formate im engeren Sinne entfällt (vgl. Gerhards u. Klingler 2011, S. 39–43). Im Vergleich zum Fernsehen erreichen Radioprogramme (79 Prozent Reichweite, 187 Minuten Nutzung täglich), Internetangebote (43 Prozent Reichweite, 83 Minuten Nutzung) und Zeitungen (44 Prozent Reichweite, 23 Minuten Nutzung) deutlich weniger Menschen (vgl. Ridder u. Engel 2010, S. 531f.). Gerade in Bezug auf die beiden letztgenannten Medien zeigen sich zudem ausgeprägte Divergenzen zwischen Bevölkerungssegmenten: Die traditionelle „Papier"-Zeitung ist in den vergangenen Jahren immer mehr zum Medium der älteren, formal höher gebildeten und einkommensstarken Schichten geworden,[4] das in den alten Bundesländern deutlich stärker genutzt wird als in den neuen Bundesländern. In Ostdeutschland ist demgegenüber die Fernsehnutzung überdurchschnittlich ausgeprägt (vgl. Jandura u. Meyen 2010). Das Internet – und damit auch die Online-Lektüre von Printmedien – wird schließlich vor allem von den jüngeren, gebildeten und eher männlichen Bevölkerungsteilen gewählt (vgl. van Eimeren u. Frees 2011, S. 336).

Zur Nutzung von Massenmedien im lokalen Raum liefern die bekannten Nutzungsstudien keine Erkenntnisse. Hier betritt der vorliegende Beitrag Neuland. Allerdings kann an Befunde zur Nutzung lokaler Medien angeknüpft werden:

- In einer repräsentativen Studie für Bayern konnte gezeigt werden, dass für 71,8 Prozent der bayerischen Bevölkerung im Jahr 2009 die Tageszeitung das wichtigste lokale/regionale Informationsmedium war. Sie lag vor dem Radio (37,6 Prozent), dem Fernsehen (23,7 Prozent) und dem Internet (15,2 Prozent). Die starke Position der Tageszeitung zur Information über Lokales war dabei weithin unabhängig von Alterseffekten. Allerdings nutzten die 14- bis 29-Jährigen in überdurchschnittlichem Maße das Internet für lokale Informationen (26 Prozent). Bei der Betrachtung der Bedeutung überregionaler Informationen wurde das Fernsehen (64,7 Prozent) als wichtiger erachtet als die Tageszeitung (58,7 Prozent) oder das Radio (44,8 Prozent) (vgl. Kors 2009, S. 24f.).
- Diese Prioritäten bei der Medienwahl zu Ereignissen und Entwicklungen in der eigenen Region konnten auch in einer Repräsentativstudie für Hessen nachgewiesen werden (vgl. Oehmichen u. Schröter 2011). Diese verdeutlicht zudem, dass, unabhängig von den gewählten Medien, das Interesse an lokalen Ereignissen deutlich größer als an nationalen oder internationalen Ereignissen ausfällt. Sehr interessiert an Ereignissen im Wohnort waren 46 Prozent, in der näheren Umgebung 35 Prozent, in Deutschland 33 Prozent, im Bundesland 27 Prozent und im Ausland 18 Prozent der Befragten (vgl. Oehmichen u. Schröter 2011, S. 183).[5]

[4] Laut der aktuellen Media-Analyse nutzen 55,8 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren eine regionale Abonnementzeitung. 5,9 Prozent nutzen eine überregionale Abonnementzeitung (vgl. Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse 2011). Dabei zeigt sich wie in den Vorjahren eine sinkende Tendenz.

[5] In der vorliegenden Umfrage in 28 hessischen Gemeinden rangiert das Interesse an der Bundespolitik vor der Kommunal- und der Europapolitik (vgl. auch den Beitrag von van Deth in diesem Band).

- Die ARD/ZDF-Onlinestudie präsentiert schließlich Befunde zur lokalen Mediennutzung im Internet. Demnach galten im Jahr 2011 bereits rund drei Viertel der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren als gelegentliche Onlinenutzer. Von diesen nutzten 45 Prozent das Internet, um aktuelle Regionalnachrichten und -informationen abzurufen. 61 Prozent nutzten das Medium zum Abruf aktueller Nachrichten aus Deutschland und dem Ausland (vgl. van Eimeren u. Frees 2011, S. 342).

3 Empirische Befunde

3.1 Datenerhebung und Operationalisierung

Die Umfrage, die diesem Beitrag zugrunde liegt, wurde im Frühjahr 2009 in 28 zufällig ausgewählten hessischen Gemeinden durchgeführt. Insgesamt wurden 11.870 Bürger ab 15 Jahren telefonisch befragt. Die Mediennutzung wurde anhand der folgenden Fragen erhoben:

- *Fernsehen:* „An wie vielen Tagen in der Woche sehen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Fernsehen?“
- *Radio:* „An wie vielen Tagen in der Woche hören Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Radio?“
- *Zeitung:* „An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in einer Tageszeitung?“
- *Internet:* „An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Internet?“

Diese Fragen messen die *allgemeine politische Informationsnutzung*. Darüber hinaus wurden weder die allgemeine Mediennutzung noch die spezifische, auf die Information über lokale Geschehnisse bezogene Mediennutzung erhoben.

Antworten konnten auf einer neunstufigen Skala gegeben werden. Diese wurde für die Berechnungen umgepolt und auf Werte zwischen 0 („nie“) bis 1 („an allen sieben Tagen in der Woche“) standardisiert.[6]

Als unabhängige, beeinflussende Variable wird im Folgenden auf Frage 8 der Bürgerbefragung zurückgegriffen. Diese bezieht sich auf das *interpersonale, politische Anregungsmilieu* im direkten und weiteren sozialen Umfeld. Zusammen mit der allgemeinen politischen Informationsnutzung werden hiermit die zwei zentralen Einflussquellen individueller politischer Kommunikation erhoben. Die Antworten konnten auf einer vierstufigen Skala gegeben werden („oft“, „manchmal“, „selten“, „nie“). Für die Datenanalyse wurden auch diese Werte umgepolt und auf Werte zwischen 0 („nie“) bis 1 („oft“) standardisiert. Gleiches gilt für das differenziert erhobene *politische Interesse* (Frage 9a–d), das ebenso wie die *soziodemografischen Merkmale* der Befragten als unabhängige Variablen berücksichtigt werden. Diesbezüglich finden das Geschlecht

[6] Die Antwortkategorie „weiß nicht“ und „keine Angabe“ wurden bei allen Variablen als fehlende Werte klassifiziert. Die Antworten der entsprechenden 34 Personen wurden von der Datenanalyse ausgeschlossen.

der Befragten, deren Alter, der höchste erworbene Bildungsabschluss sowie die subjektiv zugewiesene Schichtzugehörigkeit Berücksichtigung.

Als kontextuelle Einflussgrößen wurden Variablen, die den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kontext abbilden, berücksichtigt. Bezüglich des *politischen Kontexts* fließt einerseits ein politisch-kulturelles Merkmal, die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen, und andererseits eine politisch-institutionelle Größe, die Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament, in die Analysen mit ein. Die Wahlbeteiligung steht für das Ausmaß der „konventionellen" Partizipation im lokalen Raum. Sie kann als Gradmesser für die politische Inklusion auf der Gemeindeebene angesehen werden. Je höher die Wahlbeteiligung, desto stärker ist eine Gemeinde politisiert, umso „dichter", so die Annahme, fällt schließlich auch der politische Handlungsraum – als konatives Äquivalent des lokalen politischen Kommunikationsraums – aus. Eine hohe Wahlbeteiligung müsste entsprechend mit einem ausgeprägtem Konsum politischer Medienangebote einhergehen. In der Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament spiegeln sich demgegenüber das Ausmaß der Homogenität bzw. Heterogenität der politischen Einstellungen in der Gemeinde und damit die Vielfalt der im lokalen Kommunikationsraum diskutierten Meinungen wider.

Als Indikatoren des gemeindespezifischen *gesellschaftlichen Kontexts* wird auf die Einwohnerzahl, den Ausländeranteil, den Anteil an Singlehaushalten sowie die Anzahl an Vereinen und Zeitungen rekurriert. Die ersten drei dieser Kontextfaktoren stehen für die Größe und sozialstrukturelle Komposition lokaler Kommunikationsräume. Je größer eine Gemeinde ist, desto eher dürften massenmediale Informationen interpersonale Kommunikation ersetzen. Dies gilt insbesondere für in sozialstruktureller Hinsicht heterogene und stark individualisierte Gemeinden, also für solche mit einem hohen Ausländeranteil und einem hohen Anteil an Singlehaushalten. Die Anzahl der Vereine ist nicht nur Ausdruck des „Sozialkapitals" einer Gemeinde (vgl. Putnam 2000), sondern ein Indikator für die Zeit, die mit anderen verbracht wird. Diese Zeit kann entsprechend in geringerem Maße in die politische Mediennutzung investiert werden. Schließlich reflektiert die Anzahl an Zeitungen, die in einer Gemeinde bezogen werden können, in direkter Weise das massenmediale Anregungsmilieu. Es kann angenommen werden, dass mit der Größe der zur Verfügung stehenden Zeitungspalette auch das Ausmaß der auf die tagesaktuellen Printmedien bezogenen Mediennutzung steigt.

Für den ökonomischen Kontext stehen die Indikatoren „Arbeitslosenquote", „Kaufkraft" und „Schuldenstand einer Gemeinde". Eine hohe Arbeitslosenquote wird gemeinhin mit einer intensivierten Zuwendung zu den Unterhaltungsangeboten der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, in Verbindung gebracht (vgl. Jandura u. Meyen 2010). Es wird zu überprüfen sein, ob dies auch Konsequenzen für die politische, d. h. informationsorientierte Mediennutzung hat. Die Kaufkraft (und der Schuldenstand) einer Gemeinde weisen letztlich auf die finanziellen Möglichkeiten hin, sich kostenintensiven Massenmedien (z. B. Zeitungen, Zeitschriften, PC) zuzuwenden. Es kann angenommen werden, dass in den finanziell gut gestellten Gemeinden Internet und Zeitungen in überdurchschnittlichem Maße konsumiert werden.

Zur statistischen Modellierung der Daten wird auf ein lineares Modell mit *Gemeinde* als zufälligem Effekt zurückgegriffen. Kontextvariablen werden zunächst als zufällige Effekte modelliert, d. h. die zu den Effekten gehörenden Steigungen können zwischen den Gemeinden variieren. Erweist sich ein Kontexteffekt als nicht signifikant, wird überprüft, ob sich dieser als fixer Effekt mit über die Gemeinden hinweg konstanter Steigung als signifikant erweist. Die Analyse erfolgt unter Rückgriff auf R (vgl. R Core Development Team 2011) und lme4 (vgl. Bates et al. 2011), als Schätzmethode dient Restricted-Maximum-Likelihood.

3.2 Politische Informationsnutzung in Hessen

Beim zunächst deskriptiven Vergleich der Intensitäten, mit denen sich die Hessen den politischen Informationsangeboten der Massenmedien und des Internet zuwenden, bestätigt sich die aus anderen Repräsentativerhebungen (siehe oben) bekannte Spitzenstellung des Fernsehens (vgl. Abbildung 1). Der Mittelwert für alle 28 Gemeinden liegt hier bei 0,82 Skalenpunkten (SD = 0,29), wobei die Varianz mit 0,09 Skalenpunkten sehr gering ausfällt. In Bruchköbel und Büttelborn (MW 0,87) wird am meisten, in Kassel, Reiskirchen und Witzenhausen (MW 0,78) am wenigsten ferngesehen. Hessenweit ist das Fernsehen *das* Leitmedium zur politischen Information. In allen Gemeinden folgen die Medien „Radio“ (MW 0,76 Skalenpunkte, SD = 0,36), „Tageszeitung“ (MW 0,66 Skalenpunkte, SD = 0,36) und – mit deutlichem Abstand – das Internet (MW 0,31 Skalenpunkte, SD = 0,38). Während die Rangfolge identisch ist und auch den Nutzungsgewohnheiten der Deutschen im Allgemeinen entspricht (siehe oben), variiert die Differenz zwischen den Gemeinden z. T. erheblich. Dies gilt insbe-

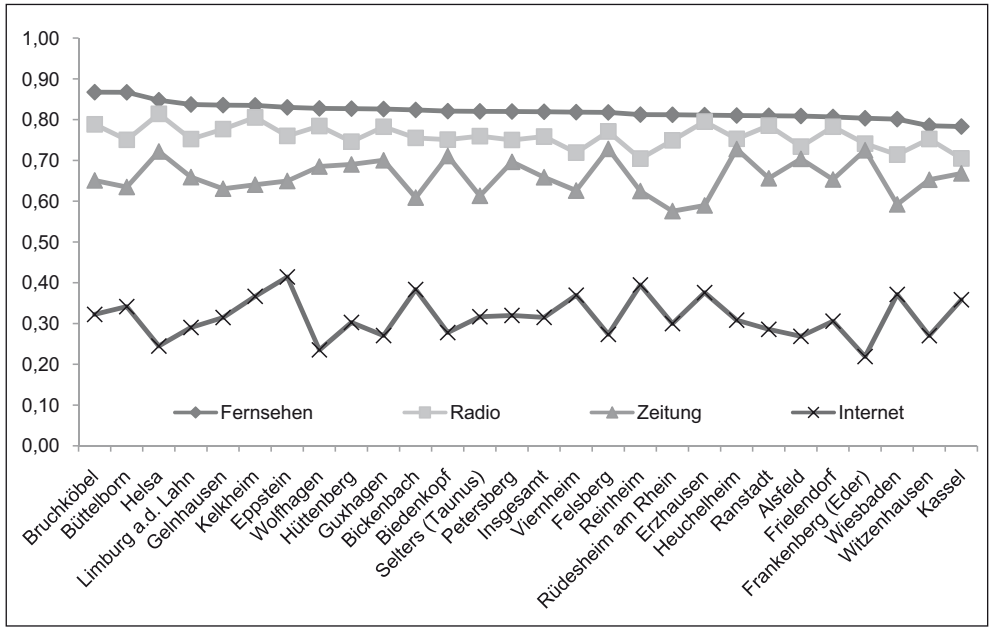


Abbildung 1: Politische Informationsnutzung in hessischen Gemeinden

sondere für die Internetnutzung, die in Eppstein (0,41 Skalenpunkte, SD = 0,40) nahezu doppelt so hoch ausfällt wie in Frankenberg (0,21 Skalenpunkte, SD = 0,33). Diese Diskrepanz kann weder direkt auf Alters- noch auf Bildungsunterschiede in diesen beiden Gemeinden zurückgeführt werden, da diese nur minimal ausfallen. Vielmehr scheint hier der regionale Kontext bzw. der lokale Kommunikationsraum eine zentrale Rolle zu spielen (siehe unten). Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass das Ausmaß der politischen Informationsnutzung in den hessischen Gemeinden recht ähnlich ausfällt; alle Medien zusammengenommen variiert es zwischen 0,61 Skalenpunkten in Rüdesheim und 0,66 Skalenpunkten in Bruchköbel, Eppstein, Helsa und Kelkheim.

Die auf die Ebene der hessischen Gemeinden aggregierte Nutzungsintensität politischer Informationsangebote verschleiert Divergenzen, die sich auf der Individualebene zeigen (vgl. Tabelle 1). Diese decken sich weitgehend mit anderen, für die deut-

Tabelle 1: Politische Informationsnutzung im soziodemografischen Vergleich

	Fernsehen	Radio	Zeitung	Internet
Geschlecht				
Männlich	0,83	0,77	0,69	0,42
Weiblich	0,81	0,75	0,63	0,23
p-Wert	0,003	0,006	<0,001	<0,001
Alter (in Jahren)				
15-29 Jahre	0,69	0,63	0,46	0,42
30-44 Jahre	0,76	0,78	0,56	0,37
45-59 Jahre	0,85	0,80	0,70	0,32
60-74 Jahre	0,92	0,79	0,83	0,23
75+ Jahre	0,93	0,76	0,82	0,09
p-Wert	<0,001	<0,001	<0,001	<0,001
Geburtskohorten				
1900-1919	0,88	0,70	0,67	0,24
1920-1939	0,93	0,77	0,83	0,12
1940-1959	0,90	0,80	0,78	0,29
1960-1979	0,77	0,78	0,59	0,36
1980-1995	0,69	0,63	0,46	0,42
p-Wert	<0,001	<0,001	<0,001	<0,001
Höchster Bildungsabschluss				
kein Schulabschluss	0,66	0,60	0,40	0,27
noch Schüler	0,67	0,58	0,45	0,40
Hauptschulabschluss	0,87	0,73	0,68	0,16
mittlere Reife	0,83	0,77	0,65	0,27
Fachhochschulreife	0,81	0,78	0,63	0,40
Abitur	0,81	0,77	0,65	0,41
abgeschlossenes Studium	0,81	0,80	0,72	0,43
p-Wert	<0,00	<0,001	<0,001	<0,001
Bevölkerungsschicht				
Unterschicht	0,79	0,69	0,55	0,27
Mittelschicht	0,82	0,76	0,66	0,31
Oberschicht	0,81	0,75	0,74	0,44
p-Wert	<0,012	<0,00	<0,00	<0,00
Untere Mittelschicht	0,81	0,75	0,62	0,27
Mittlere Mittelschicht	0,82	0,77	0,66	0,30
Obere Mittelschicht	0,83	0,77	0,70	0,37
p-Wert	0,036	0,052	<0,001	<0,001
Gesamt	0,82	0,76	0,66	0,31

Anmerkungen: Angegeben sind gewichtete Mittelwerte. p-Werte wurden für F-Teststatistiken ermittelt.

sche Bevölkerung repräsentativen Studien (vgl. zusammenfassend Tenscher u. Hayek 2012). Dabei entpuppen sich Radio und Fernsehen, die mehr als die anderen Medien eskapistische Motive bedienen, d.h. zur Unterhaltung, Ablenkung und Verstreuung beitragen (vgl. Engel u. Windgasse 2005, S. 457f.), als „egalitärste" Medien: Bei beiden halten sich die geschlechts- oder schichtspezifischen Unterschiede in der Nutzung von Nachrichtensendungen in Grenzen. Auch die Bildung spielt nur insofern eine Rolle, als dass Schüler sowie diejenigen, die über keinen Schulabschluss verfügen, deutlich weniger fernsehen und weniger Radionachrichten hören als diejenigen, die über einen Schulabschluss verfügen. Auffällig ist lediglich der Einfluss des Alters auf den TV-Nachrichtenkonsum: Je älter die Befragten, desto intensiver greifen sie auf das Fernsehen als politische Informationsquelle zurück. Hier kommt ein typischer Alterseffekt zum Vorschein: Mit zunehmendem Alter, in der Regel ab 45 bis 50 Jahren, schauen die Menschen mehr fern (vgl. Best u. Engel 2011, S. 528). Dieser Zusammenhang gilt jedoch nicht fürs Radio, das nur in der ältesten und jüngsten Kohorte unterdurchschnittlich genutzt wird.

Alters-, Kohorten- und Periodeneffekte lassen sich zwar anhand einer als Querschnitt angelegten Bevölkerungsumfrage schwer auseinanderhalten. Dennoch sei erstens auf die unterschiedlichen Kontexte hingewiesen, in denen die Mediensozialisation der Kohorten stattfanden: Während die in den Vorkriegs- und ersten Nachkriegsjahren Geborenen nur mit Radio und Zeitung als tagesaktuellen Medien aufwuchsen, stellen die zwischen 1960 und 1979 Großgewordenen die erste „Fernsehgeneration" dar. Entsprechend stark und persistent sind deren *Bindungen* gegenüber den jeweiligen Medien. „Wer nach der ‚Geburt' des Internets das Licht erblickt hat, jongliert von Kindheit an mit einer Vielzahl von Medieninhalten, Geräten und Plattformen" (Best u. Engel 2011, S. 535). Dies ist die Generation der „digital natives" (Palfrey u. Gasser 2010), der nach 1980 Geborenen. Das mediale Umfeld, in dem die Adoleszenz durchlebt wird, die frühen Erfahrungen, die Menschen mit Medien machen, hat demnach einen prägenden Einfluss auf deren zukünftigen Medienumgang (Kohorteneffekt). Zweitens verändert sich dieser aber in allen Kohorten mit dem Lebensalter in gleicher Tendenz und ähnlicher Stärke (Alterseffekt). Besonders die Fernsehnutzung ist einem Alterseffekt unterworfen: In (fast) allen Generationen sehen die Menschen mit zunehmendem Alter mehr fern. Ob dies jedoch auch für die jüngsten Kohorten gilt, ist fraglich (vgl. Best u. Engel 2011, S. 539ff.). Schließlich führen zeitgeschichtliche Ereignisse, wie z.B. die Einführung des Fernsehens, die „Dualisierung" der Rundfunklandschaft oder die „Geburt" des Internets, dazu, dass sich der Medienumgang aller Kohorten in ähnlicher Weise verändert (Periodeneffekt). So lässt sich gerade in den 1990er Jahren – in allen Kohorten und Altersgruppen – eine enorme Steigerung des Fernsehkonsums beobachten, die unmittelbar auf die Ausdehnung des Programmangebots im Zuge der Teilkommerzialisierung der Rundfunklandschaft zurückgeführt werden kann.

Nicht nur dem Fernsehen gegenüber wenden sich die 15- bis 29-Jährigen bzw. die nach 1980 Geborenen im Vergleich zu den älteren Generationen am seltensten zu. Genauso verhält es sich mit der Zuwendung zu den Nachrichten im Radio und der Lektüre

von Tageszeitungen. Diese „traditionellen“ Massenmedien werden überraschenderweise aber von den Jungen (bzw. der jüngsten Kohorte) immer noch regelmäßiger genutzt als das Internet. Dennoch bestätigt sich auch für die befragten Hessen der für Deutschland geltende Trend, wonach die (informationsorientierte) Internetnutzung in der ältesten Kohorte deutlich nachlässt (vgl. van Eimeren u. Frees 2011; Best u. Engel 2011). Ebenso deutlich sind die Geschlechts-, Bildungs- und Schichtunterschiede. Demnach konsumieren hessische Männer nahezu doppelt so intensiv Internetnachrichten wie Frauen. Onliner sind vor allem Schüler, diejenigen mit höherem formalen Bildungsabschluss und jene, die sich der Oberschicht bzw. der oberen Mittelschicht zuordnen. Der „digital divide“ zieht sich also nicht nur quer durch Deutschland (vgl. u. a. Korupp 2006), sondern auch quer durch Hessen.

Auch in Bezug auf die Zeitungslektüre ist die hessische Bevölkerung stark nach soziodemografischen Faktoren fragmentiert. Besonders deutlich sind hier wiederum die aus anderen Studien bekannten Kohorten- und Schichteffekte (vgl. auch Blödorn et al. 2006, S. 634; Tenscher u. Hayek 2012). So greifen diejenigen, die vor der gesamtgesellschaftlichen Ausbreitung des Fernsehens aufwuchsen, in deutlich höherem Maße als die Fernseh- und Internetgenerationen zur Tageszeitung. Diesbezüglich sei aber darauf hingewiesen, dass es für die Mitglieder der jüngsten Kohorte „ganz normal“ ist, Zeitungen im Internet zu lesen. Dies gilt auch für diejenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zuordnen. Sowohl deren Zeitungs- als auch deren Internetkonsum fallen überdurchschnittlich aus. Tendenziell greifen auch eher Männer als Frauen zur Zeitung. Allerdings nutzen die hessischen Männer nicht nur die Zeitung, sondern jedes Medium intensiver als die Frauen zur politischen Information. Sie entsprechen damit, auch was ihre Bildung und Schichtzugehörigkeit angeht, dem in der Rezeptionsforschung bekannten Typus des „informationsorientierten Mediennutzers“ (Meyen 2004, S. 134).

3.3 Interpersonale politische Kommunikation in Hessen

Die auf die Nutzung medialer Informationsangebote bezogene politische Kommunikation stellt nur eine Seite der Medaille individuellen politischen Kommunikationsverhaltens dar. Die andere, damit eng verwobene Seite, der für die Ausbildung lokaler Kommunikationsräume eine zentrale Bedeutung zukommt, ist die interpersonale politische Kommunikation (vgl. Emmer et al. 2006). Diese ist sowohl aus politik- als auch aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive von Interesse. Aus Sicht der politischen Partizipationsforschung gelten die Rezeption politischer Medienangebote und die interpersonale politische Kommunikation entweder als Voraussetzung (vgl. Fuchs 2003, S. 33f.) oder als kommunikativer Bestandteil (vgl. Niedermayer 2005, S. 161ff.) politischer Beteiligung. In den Kommunikationswissenschaften wird interpersonale Kommunikation demgegenüber zumeist als intervenierende Variable begriffen, die das informationsorientierte Mediennutzungsverhalten moduliert (vgl. u. a. Emmer et al 2006, S. 218ff.). Dieser Sichtweise folgt der vorliegende Beitrag. Aus kommunikations- wie politikwissenschaftlicher Perspektive belegen schließlich eine Vielzahl an

empirischen Untersuchungen, dass das Ausmaß der informationsorientierten politischen Mediennutzung, der interpersonalen politischen Kommunikation und des politischen Interesses in einem positiven Zusammenhang stehen (vgl. zusammenfassend Tenscher 2009, S. 499ff.). Vor diesem Hintergrund soll zunächst das Ausmaß der interpersonalen Kommunikation in den hessischen Gemeinden untersucht werden (vgl. Abbildung 2).

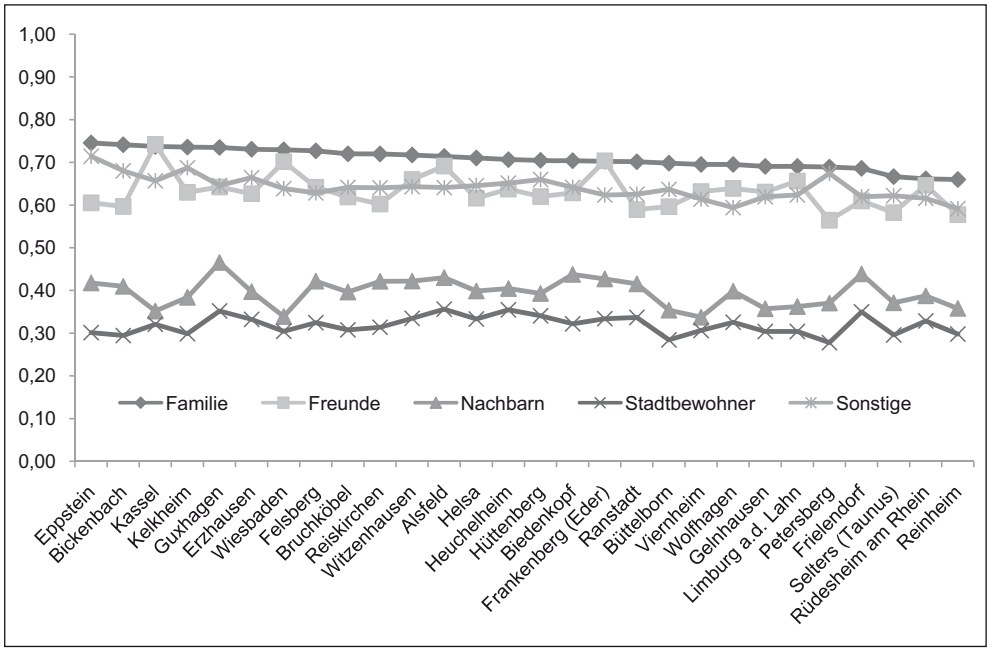


Abbildung 2: Interpersonale politische Kommunikation in hessischen Gemeinden

In allen hessischen Gemeinden unterhalten sich die Bewohner am häufigsten mit Familienmitgliedern über politische Themen. Die Intensität, mit der dies durchschnittlich landesweit geschieht (MW 0,71 Skalenpunkte, SD = 0,32), bewegt sich jedoch unter dem Niveau der informationsorientierten Fernseh- und Radionutzung (siehe oben). Als zweitwichtigste Adressaten politischer Gespräche dienen entweder Freunde (in neun Gemeinden) oder „andere Leute“ (in 19 Gemeinden), worunter u. a. Bekannte, Arbeits- und Studienkollegen fallen. Neben diesem engeren Kreis an politischen Diskussionspartnern wird sich – in deutlich geringerer Intensität – auch mit Nachbarn (MW 0,40 Skalenpunkte, SD = 0,32) und am seltensten mit anderen Bürgern der Gemeinde (MW 0,32 Skalenpunkte, SD = 0,30) über Politik unterhalten. Dies deutet, in Anlehnung an Georg Simmel, auf zwei unterschiedlich starke „politische Kommunikationskreise“ hin, wobei gerade dem äußeren Kreis, d. h. den, mitunter auch zufälligen und beiläufigen, Kontakten mit Nachbarn und Stadtbewohnern, für die Ausbildung eines lokalpolitischen Kommunikationsraums eine zentrale Bedeutung zukommt. Angesichts der oft beschriebenen „Entgrenzung der Politik“ (Ulrich Beck)

ist diesbezüglich auch eher davon auszugehen, dass Politisches häufiger Gegenstand der alltäglichen „communication au trottoir“ ist, als dies bei der expliziten Frage danach kundgetan wird.

Werden die fünf Items potenzieller politischer Diskussionspartner zusammengenommen, zeigt sich über alle hessischen Gemeinden betrachtet eine Gesprächsintensität, die etwas über dem rechnerischen Mittelwert liegt (MW 0,54 Skalenpunkte, SD = 0,22). Wie schon bei der rezeptiven politischen Kommunikation (vgl. Tabelle 1) sind es auch bei der interpersonalen politischen Kommunikation die Männer, die dieser intensiver nachgehen als die Frauen (vgl. Tabelle 2). Auch bekunden die Männer ein stär-

Tabelle 2: Interpersonale politische Kommunikation und politisches Interesse im soziodemografischen Vergleich

	Interpersonale politische Kommunikation	**Allgemeines politisches Interesse**
Geschlecht		
Männlich	0,57	0,70
Weiblich	0,52	0,61
p-Wert	<0,001	<0,001
Alter (in Jahren)		
15-29 Jahre	0,49	0,55
30-44 Jahre	0,53	0,60
45-59 Jahre	0,58	0,68
60-74 Jahre	0,57	0,73
75+ Jahre	0,48	0,70
p-Wert	<0,001	<0,001
Geburtskohorten		
1900-1919	0,53	0,70
1920-1939	0,50	0,71
1940-1959	0,58	0,72
1960-1979	0,54	0,61
1980-1995	0,49	0,55
p-Wert	<0,001	<0,001
Höchster Bildungsabschluss		
kein Schulabschluss	0,41	0,47
noch Schüler	0,49	0,55
Hauptschulabschluss	0,48	0,58
mittlere Reife	0,53	0,62
Fachhochschulreife	0,57	0,67
Abitur	0,56	0,69
abgeschlossenes Studium	0,60	0,76
p-Wert	<0,001	<0,001
Bevölkerungsschicht		
Unterschicht	0,48	0,56
Mittelschicht	0,54	0,65
Oberschicht	0,59	0,74
p-Wert	<0,00	<0,00
Untere Mittelschicht	0,52	0,62
Mittlere Mittelschicht	0,53	0,64
Obere Mittelschicht	0,57	0,70
p-Wert	<0,001	<0,001
Gesamt	0,54	0,65

Anmerkungen: Interpersonale politische Kommunikation ist definiert als die durch 5 dividierte Summe der fünf Einzelitems (Cronbach’s Alpha 0,74; Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation: Eigenwert 2,4, Varianzaufklärung 48,7 Prozent). Angegeben sind gewichtete Mittelwerte; p-Werte wurden aufgrund von F-Teststatistiken ermittelt.

keres Interesse an der Politik im Allgemeinen, als dies die Frauen tun. Dieser „gender gap“ im politischen Informationsverhalten ist auch aus anderen, deutschlandweiten Repräsentativbefragungen bekannt (vgl. u. a. Niedermayer 2005, S. 23). Die Einbindung in politische Anregungsmilieus steigt darüber hinaus, wie das politische Interesse, mit dem Alter der Befragten – allerdings nur bis zu einer gewissen Altersgrenze: Für die über 75-Jährigen ist das politische Gespräch entweder weniger wichtiger und/oder es ermangelt ihnen, nicht zuletzt aufgrund altersbedingt eingeschränkter Mobilität, an entsprechenden Gesprächspartnern. Entsprechend ist auch die Kohorte der zwischen 1920 und 1939 Geborenen diejenige – neben der jüngsten Kohorte – mit der niedrigsten politischen Gesprächsintensität.

Noch deutlicher als durch das Geschlecht und Alter sind sowohl die interpersonale politische Diskussionsintensität als auch das politische Interesse von Bildungs- und Schichteffekten beeinflusst. Die Höhergebildeten und diejenigen, die sich der oberen Mittelschicht bzw. der Oberschicht zuordnen, interessieren sich demnach nicht nur am stärksten für Politik, sondern sie tauschen sich auch am häufigsten mit anderen über Politik aus. Hinzu kommt, wie skizziert, eine ausgeprägt hohe Zuwendung dieser Personen gegenüber den politischen Medienangeboten. Wie in der deutschlandweiten Untersuchung von Emmer et al. (2006, S. 228ff.) finden sich also auch in der Hessen-Studie die rezeptiv wie interpersonal überdurchschnittlich aktiven politischen Kommunikationstypen des „traditionell Engagierten“ und des „organisiert Extrovertierten“.

3.4 Einflussfaktoren auf die politische Informationsnutzung in Hessen

Offensichtlich bestehen sowohl zwischen den Gemeinden als auch auf der Individualebene der Bürger Unterschiede in der Intensität, mit der politische Inhalte der Massen- und „neuen“, computervermittelten Medien rezipiert werden und mit der sich über Politik ausgetauscht wird. Dabei stellt sich die Frage, in welchem Maße entsprechende Divergenzen der gemeindespezifischen Komposition der Bevölkerungsgruppen, also Individualmerkmalen, oder dem jeweiligen lokalen Kontext bzw. Kommunikationsraum (siehe oben) geschuldet sind. Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht geht es hierbei um die Frage, in welchem Maße sich die informationsorientierte Mediennutzung motivational oder kontextbezogen erklären lässt (vgl. Meyen 2004, S. 15ff.).

Motivationale Ansätze betonen, dass Mediennutzung durch individuelle Rationalität bestimmt ist und zur aktiven Befriedigung subjektspezifischer Bedürfnisse („Uses-and-Gratification-Ansatz“) bzw. Stimmungen („Mood-Management-Ansatz“) dient. Mediennutzung wird hierbei als Individualphänomen konzipiert. Im Unterschied dazu lenken kontextbezogene Ansätze den Blick auf die soziale Bedingtheit der Medienaneignung. Diese verweisen z. B., wie der Sozialisationsansatz, darauf, dass die Mediennutzung in der frühen Kindheit geprägt wird (siehe oben). Dabei kommt der Vorbildrolle der Eltern, der Medienumgebung und den je spezifischen historischen Erfahrungen, die eine Generation gemacht hat, eine Schlüsselrolle zu. Erst vor diesem Hintergrund erklären sich kohortenspezifische Mediennutzungsmuster, wie sie bei-

spielsweise die Gruppe derjenigen, die mit dem Internet aufwachsen („digital natives"), von denen, die mit den Leitmedien Print oder Fernsehen groß geworden sind („digital immigrants" oder „silver surfers"), unterscheidet (vgl. u. a. Palfrey u. Gasser 2010; van Eimeren u. Fees 2011). Im Unterschied zum Sozialisationsansatz, der dauerhafte Mediennutzungsmuster erklären hilft, zielen die strukturanalytische Rezeptionsforschung, das Lebensstil-Konzept und der Ansatz der Cultural Studies auf den Einfluss der alltäglichen sozialen Umgebung bzw. struktureller Merkmale auf die Rezeption und Verarbeitung von Medienangeboten (vgl. zusammenfassend Meyen 2004, S. 31ff.). Der alltägliche Kontext, wie er durch gemeindespezifische Arbeits- und Lebensbedingungen, Medien- und Freizeitangebote, Traditionen, Kultur und lokale Kommunikationsräume geprägt ist, wird hier als zentrale Variable zur Erklärung des Mediennutzungsverhaltens herangezogen. Mediennutzung wird, überspitzt formuliert, zum Gruppenphänomen.

Welche politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen beeinflussen nun die politische Informationsnutzung in den hessischen Gemeinden? In einer ersten Annäherung an die Beantwortung dieser Frage werden in einer Aggregatdatenanalyse die Korrelationen zwischen durchschnittlicher Mediennutzung auf kommunaler Ebene und den Kontextvariablen betrachtet (vgl. Tabelle 3). Vier der zehn Kontextvariablen weisen eine statistisch signifikante Korrelation mit zumindest einem Typ von Medien auf und mögen einen Hinweis auf die gemeindebezogenen Unterschiede in der politischen Mediennutzung anbieten. Der aus diesem Blickwinkel betrachtete einflussreichste Kontextfaktor ist die Anzahl an Vereinen in einer Gemeinde. Dieser wirkt auf alle vier Medien: Je mehr Vereine es in einer Gemeinde gibt, desto geringer ist der Anteil an Bürgern, die die politischen Informationsangebote des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und des Internets nutzen. Hier bestätigt sich die Annahme, dass die Zeit, die in die Vereinstätigkeit investiert wird, nicht zum Medienkonsum zur Verfügung steht (siehe oben). Immerhin auf jeweils drei Medien wirken sich der Ausländeranteil und die Arbeitslosenquote einer Gemeinde aus. Je höher der

Tabelle 3: Durchschnittliche Mediennutzung auf kommunaler Ebene und Kontextvariablen

	Fernsehen	Radio	Zeitung	Internet
Politischer Kontext				
Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament	-0,38*	-0,40*	-0,32	-0,28
Wahlbeteiligung bei Kommunalwahl	0,24	0,27	0,24	0,15
Gesellschaftlicher Kontext				
Einwohner	-0,33	-0,34	-0,35	-0,10
Ausländeranteil	-0,44*	-0,46*	-0,48**	-0,22
Singlehaushalte	-0,17	-0,17	-0,17	-0,12
Vereine	-0,50**	-0,51**	-0,46*	-0,37*
Zeitung	-0,34	-0,35	-0,33	-0,25
Ökonomischer Kontext				
Arbeitslosenquote	-0,38*	-0,40*	-0,33	-0,42*
Kaufkraft	0,06	0,07	-0,01	0,27
Schuldenstand der Gemeinde	-0,28	-0,27	-0,26	-0,34

Anmerkungen: Angeführt sind bivariate Korrelationskoeffizienten zwischen den durchschnittlichen Mediennutzungsindizes und den Kontextvariablen (auf der Makroebene); Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

Ausländeranteil ist, desto weniger werden die politischen Nachrichten des Fernsehens, Radios und der Zeitungen konsumiert. Die soziodemografische Heterogenität des Publikums scheint hier zu einem sinkenden Interesse gegenüber vorwiegend auf Deutschland und die lokale Nahwelt bezogenen Nachrichten zu führen. Gleiches gilt für einen hohen Anteil an Arbeitslosen: Wie vermutet, nutzen diese in stärkerem Maße Unterhaltungs-, und weniger Informationsangebote der Medien, was sich auf der Gemeindeebene in einem vergleichsweise niedrigen Konsum von Fernseh-, Radio- und Internetnachrichten ausdrückt. Schließlich sinkt mit der Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament die Nutzung von audiovisuellen politischen Informationsangeboten. Alle weiteren Kontextmerkmale – darunter auch die Anzahl an Zeitungen und die Kaufkraft einer Gemeinde – scheinen keinen signifikanten Einfluss auf die Zuwendung zu politischen Medieninhalten zu haben.

Während sich die Mediennutzungsforschung bisweilen schwer tut, motivationale und kontextbezogene Ansätze zu verbinden, lässt die vorliegende Befragung in den hessischen Gemeinden einen empirischen Blick auf die tatsächliche Stärke des Einflusses der Individualebene, der Merkmale des lokalen Kontexts sowie entsprechender Wechselwirkungen zwischen Individual- und Kontextebene zu. Mit einem so genannten Random-Intercept-Only-Modell soll in einem nächsten Schritt die Relevanz des Kontexts für das individuelle Verhalten, sprich die Mediennutzung, beurteilt werden. Ein solches Modell teilt die Varianz der abhängigen Variablen auf die Individual- und Kontextebene auf (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Random-Intercept-Only-Modell zur Erklärung der politischen Informationsnutzung

	Fernsehen	Radio	Zeitung	Internet
Fixe Effekte				
Konstante	0,828***	0,789***	0,658***	0,330***
Zufällige Effekte				
Individualebene	0,437	0,523	0,364	0,525
Kontextebene	0,014	0,018	0,040	0,056
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,001	0,001	0,012	0,011
log-Likelihood	-7.017	-9.122	-4.853	-9.200
Likelihood-Ratio-Test	1,748	3,049	93,287***	75,255***
N	11.836 / 28	11.836 / 28	11.836 / 28	11.836 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Ausgewiesen sind nicht standardisierte Koeffizienten für fixe Effekte und geschätzte Standardabweichungen für zufällige Effekte. Der Likelihoodquotient vergleicht das berichtete Modell – geschätzt mit Maximum Likelihood – mit dem entsprechenden Modell ohne den zufälligen Effekt auf Kontextebene. Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

Tabelle 4 gibt Auskunft über die Varianzkomponenten der Individual- und der Kontextebene, die sich durch die Division der Varianz der Kontextebene an der Gesamtvarianz (Individual- und Kontextebene) ergibt. Die geschätzten Standardabweichungen deuten darauf hin, dass Mediennutzung primär ein Individual- und kein Gruppenphänomen ist. Dies gilt insbesondere für die Nutzung der audiovisuellen Informationsangebote: In Bezug auf den Konsum von Fernseh- und Radionachrichtensendungen entfallen lediglich 0,1 Prozent der Gesamtvariation auf die Kontextebene. Der Einfluss der Gemeinden ist also, entgegen der ursprünglichen Annahme, bei jenen Medien, deren

Nutzung am intensivsten erfolgt und die sich am „egalitärsten“ erweisen, außerordentlich gering. Etwas höher fällt er, wie erwartet, bei der Erklärung der Zeitungslektüre (1,2 Prozent) und überraschenderweise auch des Internets (1,1 Prozent) aus. Die Zuwendung zu diesen Medien ist also durchaus auch – auf niedrigem Niveau – kontextuell determiniert. Dies irritiert, gelten doch die Zeitungslektüre und mehr noch die Internetnutzung üblicherweise als „dekontextualisierte“ Individualtätigkeiten. Dennoch scheinen sie in stärkerem Maße sozial bedingt zu sein als z. B. das Einschalten von TV-Nachrichtensendungen, obwohl diesem gemeinhin eine stärker gruppenintegrative Funktion zugeschrieben wird (vgl. Engel u. Windgasse 2005, S. 459). Gerade bei den Älteren manifestiert sich diese in einer ritualisierten Zuwendung zu den abendlichen Hauptnachrichtensendungen.

Angesichts des insgesamt geringen Einflusses der Gemeindeebene bedarf es eines weiteren Blicks auf die von den Modellen vorhergesagten zufälligen Effekte für die 28 Gemeinden. Für die Medien „Tageszeitung“ und „Internet“ liegen die gemeindespezifischen Konstanten in jeweils sieben Kommunen mehr als zwei Standardfehler unter- oder oberhalb der durchschnittlichen Konstante, können also als „statistisch signifikant“ unterschiedlich beurteilt werden. Für die audiovisuellen Medien ist dies in keiner Gemeinde der Fall. Die statistische Analyse geht deshalb in zwei Schritten vor: Zuerst werden die auf individueller Ebene auftretenden Effekte auf das Informationsverhalten untersucht. Das Stichprobendesign legt dazu die Verwendung von Mehrebenenmodellen (mit Gemeinde als zufälligem Effekt) auch dann nahe, wenn der Intraklassenkoeffizient klein ist. Auf diesen Modellen aufbauend konzentriert sich der zweite Schritt auf die Tageszeitungen und das Internet und untersucht den Effekt von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontextvariablen auf das entsprechende Informationsverhalten.

Die Mehrebenenmodelle in Tabelle 5 (s. S. 208) unterstützen den Befund des einfachen Random-Intercept-Only-Modells: Während der Einfluss der Gemeindeebene auf die informationsorientierte Nutzung der audiovisuellen Massenmedien minimal ist, sind die Zeitungslektüre und vor allem die Rezeption von politischen Internetangeboten in stärkerem Maße von Kontexteffekten betroffen. Wie angesichts der bivariaten Betrachtung auf der Individualebene zu vermuten war, stehen die Zeitungslektüre und die Internetnutzung am stärksten in Abhängigkeit von soziodemografischen Faktoren, während der Konsum audiovisueller Politikangebote nur in geringem Maße durch entsprechende Individualmerkmale erklärt werden kann. In Bezug auf die Nutzung der Tageszeitung sind es, in der Reihenfolge der Stärke des Einflusses, die sich selbst zugeschriebene Schichtzugehörigkeit, das Geschlecht und Alter der Befragten, in Bezug auf die Internetnutzung Geschlecht, Bildungsabschluss und Alter, die Einfluss auf die Intensität der Rezeption nehmen. Das Alter ist somit die einzige soziodemografische Variable, die auf die Nutzung aller vier Medien einen signifikanten Einfluss ausübt. Dies untermauert die Annahme von Alterseffekten.

Neben dem Alter geht nur noch vom Interesse gegenüber politischen Themen auf der Bundesebene und von der politischen Diskussion innerhalb der Familie ein positiver, signifikanter Effekt auf die Intensität des Konsums aller vier Medien aus. Dabei

Tabelle 5: Modelle zur Erklärung der politischen Informationsnutzung – Effekte auf Individualebene

	Fernsehen	Radio	Zeitung	Internet
Fixe Effekte				
Konstante	0,508***	0,482***	-0,134***	0,344***
Individualebene				
Soziodemografie				
Geschlecht	0,000	0,000	-0,032***	-0,152***
Alter	0,004***	0,002***	0,006***	-0,005***
Höchster Bildungsabschluss	-0,095***	0,000	0,020*	0,149***
Bevölkerungsschicht	0,000	0,000	0,240***	0,000
Politisches Interesse				
allgemein	0,066***	0,000	0,099***	0,145***
Kommunalpolitik	0,000	0,111***	0,161***	0,000
Bundespolitik	0,102***	0,110***	0,089***	0,092***
Europapolitik	0,000	0,000	-0,041***	0,000
Interpersonale politische Kommunikation				
Familie	0,063***	0,047**	0,104***	0,059***
Nachbarn	0,041***	0,065***	0,024*	0,000
Freunde	0,000	0,000	0,070***	0,000
EinwohnerInnen der Stadt	0,000	0,000	0,044***	0,000
Sonstige	0,000	0,000	0,000	0,067***
Zufällige Effekte				
Individualebene	0,391	0,511	0,309	0,476
Kontextebene	0,011	0,015	0,041	0,055
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,0003	0,0004	0,0054	0,0062
log-Likelihood	-5.544	-8.660	-2.832	-7.806
N	11.465 / 28	11.561 / 28	11.227 / 28	11.467 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Ausgewiesen sind nicht standardisierte Koeffizienten für fixe Effekte und geschätzte Standardabweichungen für zufällige Effekte. Die ausgewiesenen Regressionsparameter sind ohne Berücksichtigung der nicht signifikanten Effekte geschätzt. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

ist der Prädiktor „Interesse an der Bundespolitik“ von zentraler Bedeutung für das Einschalten der Fernsehnachrichtensendungen. Diese dienen offenkundig den Hessen hauptsächlich zur Orientierung im nationalen politischen Raum. Anders ist dies mit Radio und Zeitungen, deren Konsum jeweils am stärksten vom Interesse an kommunalpolitischen Themen abhängig ist. Sie fungieren, wie schon die Mediennutzungsstudie in Bayern vermuten ließ (vgl. Kors 2009), vor allem als Leitmedien zur Orientierung im Lokalen, werden aber auch, in geringerem Maße, zur Orientierung im nationalstaatlichen Kontext genutzt.

Die rezeptive politische Kommunikation wird in allen Fällen signifikant und positiv von der interpersonalen Kommunikation innerhalb der Familie unterstützt. Deren Prägekraft ist am größten, wenn es um die Erklärung der Intensität des Zeitungskonsums geht. Die Zeitung ist ferner das einzige Medium, bei dem neben der Familie, Nachbarn und Freunden auch vom weiteren gemeindespezifischen politischen Anregungsmilieu, sprich dem Gespräch mit Bewohnern in der Stadt, ein Effekt ausgeht. Die Zeitung ist demnach *das* Medium, das am stärksten die Kommunikation im lokalen Raum anregt und prägt. Demgegenüber steht die politische Internetnutzung, die keinen lokalen, sondern einen virtuellen politischen Kommunikationsraum ausbildet, von dem durchaus positive Effekte auf die Einstellungen gegenüber nationalen Be-

zugsobjekten ausgehen (vgl. Wolling 2009). Beeinflusst wird die politische Onlinenutzung der Hessen vor allem durch das Geschlecht (zugunsten der Männer), die Schichtzugehörigkeit und das Interesse an der Bundespolitik. Der altersbedingte „digital divide“ spielt kaum eine Rolle. Stärkere Effekte gehen von Gesprächen mit Familienmitgliedern und, in noch stärkerem Maße, mit „sonstigen Leuten“ aus. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hierbei auch um virtuelle Gesprächspartner der politischen Online-Kommunikation handelt (vgl. Emmer et al. 2010).

Werden die kontextuellen Einflussfaktoren berücksichtigt, gehen vom politischen Kontext im Vergleich zum ökonomischen und gesellschaftlichen Umfeld die geringsten Effekte (ohne Abbildung) aus. Wie die Aggregatdatenanalyse schon zeigte (vgl. Tabelle 3), ist tatsächlich kein signifikanter Einfluss weder der Anzahl der Gruppen im Kommunalparlament noch der Höhe der Wahlbeteiligung auf die Intensität der Nutzung der Tageszeitung oder des Internets festzustellen.

Von den gesellschaftlichen Kontextfaktoren geht nur von der Anzahl an Vereinen in der Gemeinde ein – negativer – Effekt auf die Nutzung der beiden Medien aus (vgl. Tabelle 6). Dies entspricht der Annahme: Dort, wo sich Menschen in Vereinen engagieren und miteinander kommunizieren, bleibt ihnen weniger Zeit für die rezeptive politische Kommunikation. In ebendiesen Gemeinden dürfte demzufolge der lokale Kommunikationsraum stärker verdichtet sein als in jenen Gemeinden, in denen die Bürger mehr Zeit in die politische Mediennutzung und weniger in Vereinsaktivitäten investieren (vgl. auch den Beitrag von Zmerli in diesem Band). Von allen weiteren gesellschaftlichen Kontextvariablen geht, mit nur einer Ausnahme, kein Effekt aus: Lediglich die Internetnutzung ist positiv von der Einwohnerzahl einer Gemeinde beeinflusst; je größer die Kommune, mithin auch mit steigendem Anonymitätsgrad, desto intensiver wenden sich die Menschen dem Internet zur politischen Information zu.

Tabelle 6: Modelle zur Erklärung der politischen Informationsnutzung – gesellschaftlicher Kontext

	Zeitung	**Internet**
Kontextebene		
Gesellschaftlicher Kontext		
Einwohner 2008	0,000	0,00015***
Ausländeranteil 2008	0,000	0,000
Singlehaushalte 2008	0,000	0,000
Vereine	-0,000013*	-0,000077***
Zeitung	0,000	0,000
Zufällige Effekte		
Individualebene	0,504	0,476
Kontextebene	0,010	0,039
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,0002	0,0032
log-Likelihood	-8.329	-7.817
N	11.297 / 28	11.467 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Ausgewiesen sind nicht standardisierte Koeffizienten für fixe Effekte und geschätzte Standardabweichungen für zufällige Effekte. Effekte auf Individualebene sind nicht in die Tabelle aufgenommen (siehe dazu Tabelle 4). Die ausgewiesenen Regressionsparameter sind ohne Berücksichtigung der nicht signifikanten Effekte geschätzt. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Wie ein abschließender Blick auf den ökonomischen Kontext verdeutlicht (vgl. Tabelle 7), geht von der Kaufkraft ein unterschiedlicher Einfluss aus. Die Zeitungslektüre ist überraschenderweise in jenen Gemeinden besonders stark ausgeprägt, die über eine vergleichsweise geringe Kaufkraft verfügen. Demgegenüber besteht ein, intuitiv nachvollziehbarer, positiver Zusammenhang zwischen der Kaufkraft einer Gemeinde und der Internetnutzung ihrer Bewohner. Schließlich setzen die Anschaffung und der Betrieb eines internetfähigen Computers eine entsprechende finanzielle Mindestausstattung voraus.

Tabelle 7: Modelle zur Erklärung der politischen Informationsnutzung – wirtschaftlicher Kontext

	Zeitung	Internet
Kontextebene		
Wirtschaftlicher Kontext		
Arbeitslosenquote 2008	0,000	0,000
Kaufkraft 2009	-0,000010***	0,000014***
Schuldenstand der Gemeinde 2008	0,000	0,000
Zufällige Effekte		
Individualebene	0,309	0,476
Kontextebene	0,030	0,039
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,0028	0,0031
log-Likelihood	-2.836	-7.810
N	11.227 / 28	11.467 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Ausgewiesen sind nicht standardisierte Koeffizienten für fixe Effekte und geschätzte Standardabweichungen für zufällige Effekte. Effekte auf Individualebene sind nicht in die Tabelle aufgenommen (siehe dazu Tabelle 4). Die ausgewiesenen Regressionsparameter sind ohne Berücksichtigung der nicht signifikanten Effekte geschätzt. Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

4 Fazit

Moderne Massen- und „Mediendemokratien“ basieren in hohem Maße auf medial vermittelter politischer Kommunikation. Es sind die politischen (und unpolitischen) Medienangebote, die die interpersonale Kommunikation über Politisches anregen und die zugleich die Basis individueller Orientierung im politischen Raum bilden (vgl. u. a. Schulz 2008, S. 155ff.). Die empirische Auseinandersetzung mit den Modi rezeptiver und interpersonaler Kommunikation leistet insofern immer auch einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der politischen Kultur, sei es die einer Nation, einer Region oder einer Gemeinde (vgl. beispielhaft Tenscher 2000). Vor diesem Hintergrund erklärt sich das in den vergangenen Jahren gestiegene Interesse der politischen Kultur- und Partizipationsforschung am Kommunikations- und Mediennutzungsverhalten der Bürger. Dabei ist die Aufmerksamkeit zumeist jedoch auf die nationalstaatliche oder die supranationale, europäische Ebene gerichtet worden (vgl. Westle u. Gabriel 2009).

Der vorliegende Beitrag zielte darauf ab, einen Beitrag zu einer Re-Fokussierung der politischen Kulturforschung einerseits und der politischen Kommunikations- und Mediennutzungsforschung andererseits zu leisten. Auch letztere hat den subnationalen Räumen politischer Kommunikation und Öffentlichkeit bislang wenig empirische Beachtung geschenkt (vgl. Pfetsch u. Marcinkowski 2009). Dabei steht die besondere Bedeutung der kommunikativen Einbettung des Einzelnen in seine unmittelbare poli-

tische und soziale Umwelt außer Frage. Schließlich stellen lokale Kommunikationsräume einen besonderen, da für alle relativ leicht zugänglichen Ort politischer Primärerfahrung, d. h. auch unmittelbarer politischer Artikulation und Partizipation, dar (vgl. die Beiträge von Keil und Gabriel in diesem Band). Vor diesem Hintergrund konnte angenommen werden, dass der Einfluss der Gemeindeebene auf die medienorientierte politische Informationsnutzung relativ stark ausfallen würde.

Die empirische Überprüfung verweist jedoch eher auf das Gegenteil: Die rezeptive politische Kommunikation der befragten Hessen ist in überragendem Maße durch individuelle Einflussfaktoren geprägt. Politische Mediennutzung entpuppt sich hier als Individual- und weniger als Kollektivphänomen. Die Gemeinde spielt erstens vor allem dort eine etwas größere Rolle, wo es um die politische Orientierung im lokalen Nahraum geht, sprich bei der Lektüre von Tageszeitungen, welche von gemeindebezogener interpersonaler Kommunikation begleitet wird. Zweitens übt der kommunale Kontext überraschenderweise auch einen wahrnehmbaren Effekt auf die Nutzung politischer Internetangebote aus. Die individuelle Zuwendung zu den „neuen", computervermittelten Medien ist, wenngleich auf niedrigem Niveau, im stärksten Maße durch das jeweilige lokale Umfeld beeinflusst, wobei die finanziell „gesünderen" und größeren Kommunen einen entsprechend intensiveren Konsum politischer Onlineangebote befördern. Demgegenüber führen Vereine zu einem geringeren Online- (und Zeitungs-)Konsum. Dieser lokalen Bedingtheit der computergestützten politischen Kommunikation ist in der Online-Forschung, die Internetnutzung i. d. R. als Individualphänomen konzipiert, bislang keine Beachtung geschenkt worden (vgl. Emmer et al. 2010). Es wird zu beobachten sein, inwieweit sich diese mit der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Verbreitung des Internets und dem sukzessiven Verschwinden der zeitungsaffinen, internetfernen Kohorten behaupten wird (vgl. Best u. Engel 2011). Letztlich geht es hierbei um die Frage des Verhältnisses zwischen lokalen und virtuellen politischen Kommunikationsräumen. Letztere scheinen gerade für die jüngeren und gebildeteren Schichten eine starke Prägekraft zu haben. Politische Kommunikation findet für diese Bevölkerungsgruppen immer weniger „vor Ort" als vielmehr (auch) online statt.

Damit sei abschließend auf zwei methodische Einschränkungen der vorliegenden Studie aufmerksam gemacht: Erstens ist das politische Mediennutzungsverhalten wie die interpersonale politische Kommunikation auf einer abstrakten Ebene („im Allgemeinen") erhoben worden. Eine explizite Differenzierung entlang verschiedener politischer Ebenen, wie sie für das politische Interesse vorliegt, hätte es erlaubt, lokale von nationalen und supranationalen (europäischen) Kommunikationsräumen zu unterscheiden. Vermutlich würden hier die Kontexteffekte recht verschieden ausfallen. Zweitens handelt es sich um eine Querschnittsstudie. Die unterstellten Einflussrichtungen zwischen politischer Mediennutzung, interpersonaler Kommunikation und politischem Interesse konnten entsprechend nicht überprüft werden. Gerade für die Frage, wie sich in modernen „Mediendemokratien" die politischen Kommunikationsräume auf lokaler Ebene *verändern*, wären entsprechende Panelstudien jedoch äußerst gewinnbringend. Von diesen würden die politische Kultur- und Kommunikationsforschung gleichermaßen profitieren.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse. 2011. *ma 2011 Tageszeitungen. Reichweiten von Tageszeitungen in Prozent.* http://www.agma-mmc.de/files/ma2011TZ.htm. Zugegriffen: 16. 08. 2011.

Bates, Douglas, Martin Maechler, und Ben Bolker. 2011. lme4: Linear Mixed-effects Models using S4 Classes. URL: http://CRAN.R-project/org/package = lme4.

Berg, Klaus, und Marie-Luise Kiefer (Hrsg.). 1992. *Massenkommunikation IV. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1990*. Baden-Baden: Nomos.

Best, Stefanie, und Bernhard Engel. 2011. Alter und Generation als Einflussfaktoren der Mediennutzung. Kohortenanalysen auf Basis der ARD/ZDF-Langzeitstudie Massenkommunikation. *Media Perspektiven* 11: 525–542.

Blödorn, Sascha, Maria Gerhards, und Walter Klingler. 2006. Informationsnutzung und Medienauswahl 2006. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zum Informationsverhalten der Deutschen. *Media Perspektiven* 1: 630–638.

Bourdieu, Pierre. 1983. *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Burkart, Roland. 2002. *Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft.* Wien: Böhlau.

de Vreese, Claes H., und Hajo G. Boomgaarden. 2006. Media Effects on Public Opinion about the Enlargement of the European Union. *Journal of Common Market Studies* 44: 419–436.

Eilders, Christiane. 1997. *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ellwein, Thomas, und Gisela Zimpel. 1969. *Fragen an eine Stadt*. München: Juventa.

Emmer, Martin, Angelika Füting, und Gerhard Vowe. 2006. Wer kommuniziert wie über politische Themen? Eine empirisch basierte Typologie individueller politischer Kommunikation. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 54: 216–236.

Emmer, Martin, Gerhard Vowe, und Jens Wolling. 2010. Ein Medium wird erwachsen. Die Entwicklung der politischen Online-Nutzung der Deutschen 2002–2008. In *Politik 2.0? Politik und Computervermittelte Kommunikation*, Hrsg. Martin Emmer, Markus Seifert, und Jens Wolling, 146–168. Baden-Baden: Nomos.

Engel, Bernhard, und Thomas Windgasse. 2005. Mediennutzung und Lebenswelten 2005. Ergebnisse der 9. Welle der ARD/ZDF-Langzeitstudie „Massenkommunikation“. *Media Perspektiven* 9: 449–464.

Fuchs, Dieter. 2003. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas. Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan W. van Deth, und Edeltraud Roller, 29–56. Opladen: Leske + Budrich.

Gabriel, Oscar W., und Katja Neller. 2010. Bürger und Politik in Deutschland. In *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, und Fritz Plasser, 57–146. Baden-Baden: Nomos.

Gerhards, Maria, und Walter Klingler. 2011. Sparten- und Formattrends im deutschen Fernsehen. Rückblick auf das Programmjahr 2009. *Media Perspektiven* 1: 36–54.

Glotz, Peter, und Wolfgang R. Langenbucher. 1970. *Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Hasebrink, Uwe. 1998. Politikvermittlung im Zeichen individualisierter Mediennutzung. Zur Informations- und Unterhaltungsorientierung des Publikums. In *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Hrsg. Ulrich Sarcinelli, 345–367. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hasebrink, Uwe, und Jutta Popp. 2006. Media Repertoires as a Result of Selective Media Use. A Conceptual Approach to the Analysis of Patterns of Exposure. *Communications* 31: 369–387.

Hintze, Manfred. 2002. *Lokalpresse – quo vadis?* Frankfurt a. M.: Deutscher Fachverlag.

Jandura, Olaf, und Michael Meyen. 2010. Warum sieht der Osten anders fern? Eine repräsentative Studie zum Zusammenhang zwischen sozialer Position und Mediennutzung. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 58: 208–226.

Jonscher, Norbert. 1995. *Lokale Publizistik. Theorie und Praxis der örtlichen Berichterstattung; ein Lehrbuch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter, und Katrin Voltmer. 1989. Massenmedien als Brücke zur Welt der Politik. In *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*, Hrsg. Max Kaase, und Hans-Dieter Klingemann, 221–238. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kors, Johannes. 2009. Die Zeitung lebt. Klassische Medien prägen Mediennutzung. *Tendenz*: 24–25.

Korupp, Sylvia. 2006: Digitale Spaltung in Deutschland. Geringere Bildung – seltener am PC. *Wochenbericht des DIW* 73: 289–294.

Kretzschmar, Sonja, Wiebke Möhring, und Lutz Timmermann. 2009. Lokaljournalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lang, Sabine. 2003. Lokale politische Kommunikation. Öffentlichkeit im Spannungsfeld nationaler und globaler Entwicklungen. In *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Hrsg. Frank Esser, und Barbara Pfetsch, 179–207. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Liedtke, Rüdiger. 1982. *Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizensierung von Zeitungen nach 1945*. Berlin: Espresso/Elef. Press.

Meyen, Michael. 2004. *Mediennutzung. Mediaforschung, Medienfunktionen, Nutzungsmuster*. Konstanz: UVK.

Neller, Katja. 1999. *Lokale Kommunikation. Politikberichterstattung in Tageszeitungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Niedermayer, Oskar. 2005. *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Oehmichen, Ekkehardt, und Christian Schröter. 2011. Internet zwischen Globalität und Regionalität. Die Bedeutung der Region im Internet. *Media Perspektiven* 4: 182–194.

Palfrey, John, und Urs Gasser. 2010. *Born Digital. Understanding the First Generation of Digital Natives*. New York: Basic Books.

Pfetsch, Barbara, und Frank Marcinkowski. 2009. Problemlagen der „Mediendemokratie“. Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik. *Politische Vierteljahrsschrift* Sonderheft 42: 11–33.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

R Development Core Team. 2011. *R: A Language and Environment for Statistical Computing*. Vienna: R Foundation for Statistical Computing. URL: http://www.R-project.org.

Reuber, Paul. 1993. *Heimat in der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu Raumbezug und Entstehung von Ortsbindung am Beispiel Kölns und seiner Stadtviertel*. Köln: Geographisches Institut der Universität zu Köln.

Ridder, Christa-Maria, und Bernhard Engel. 2010. Massenkommunikation 2010: Mediennutzung im Intermediavergleich. Ergebnisse der 10. Welle der ARD/ZDF-Langzeitstudie Massenkommunikation zur Mediennutzung und -bewertung. *Media Perspektiven* 11: 523–536.

Ronneberger, Franz. 1964. Die politischen Funktionen der Massenkommunikationsmittel. *Publizistik* 9: 291–304.

Ronneberger, Franz. 1971. *Sozialisation durch Massenkommunikation*. Stuttgart: Enke.

Schulz, Winfried. 2008. *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schwiderowski, Peter. 1989. *Entscheidungsprozesse und Öffentlichkeit auf der kommunalen Ebene. Erweiterte Bürgerbeteiligung durch die Nutzung neuer lokaler Massenmedien?* München: Minerva.

Tenscher, Jens. 2000. Massenmedien und politische Kultur in Rheinland-Pfalz. In *Politische Kultur in Rheinland-Pfalz*, Hrsg. Ulrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke, und Bernd Benzner, 515–535. Mainz: von Hase & Koehler.

Tenscher, Jens. 2009. Informationsnutzung und politische Orientierung. Eine Vermessung der Europäischen Union. *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 42: 496–526.

Tenscher, Jens, und Lore Hayek. 2012. Allgemeine und politische Mediennutzung. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, Hrsg. Silke I. Keil, und Jan W. van Deth, 237–269. Baden-Baden: Nomos.

van Eimeren, Birgit, und Beate Frees. 2010. Drei von vier Deutschen im Netz – ein Ende des digitalen Grabens in Sicht? Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2011. *Media Perspektiven* 7–8: 334–349.

Weiss, Klaus. 1993. *Publizistischer Zugewinn durch Lokalfunk? Vergleichende Inhaltsanalyse von Lokalmedien einer Großstadt*. Bochum: Brockmeyer.

Westerik, Henk. 2001. Community Integration and the Use of Local Media. A Critical Review. *Communications*: 197–209.

Westle, Bettina, und Oscar W. Gabriel (Hg.). 2009. *Politische Kultur. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.

Wolling, Jens. 2009. Onlinenutzung und Einstellungen zur Politik. Ergebnisse einer repräsentativen Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 42: 447–467.

Wissen zur EU – Bedeutung/slosigkeit des lokalen Kontexts?

Bettina Westle

1 Einführung

Politisches Wissen gilt seit der Aufklärung als Voraussetzung für die Mündigkeit der Staatsbürger. Auch in modernen repräsentativen Demokratien gehört politische Informiertheit der Bevölkerung zum angestrebten Bürgerschaftsverständnis. Durchgehend wird angenommen, dass Demokratie ohne Information nicht funktioniert und ein guter Informationsstand die Funktionsweise verbessert (vgl. z. B. Berelson et al. 1954; Delli Carpini u. Keeter 1996; Popkin u. Dimock 1999; Barber 2003; Ichilov 2003). Normative Theorien der Demokratie zeichnen zumeist ein Bild von bestens informierten, politisch kenntnisreichen Bürgern, die begründete Präferenzen haben und diese engagiert vertreten. Die empirische Forschung hat dieses Bild allerdings vielfach widerlegt. Aber auch weniger anspruchsvolle, sogenannte realistische oder liberale Demokratietheorien kommen nicht ohne ein Bild von der Bevölkerung aus, das zumindest entscheidungs- und handlungsrelevante Kenntnisse der Politik verlangt. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Bürger die politische Agenda kennen und wissen, welche politischen Akteure ihre Interessen aufnehmen oder aber ihnen entgegenstehen. Politische Kenntnisse sind auch erforderlich, um die Handlungen der politischen Eliten verstehen und kontrollieren zu können und noch offensichtlicher, um selbst effektiv politisch aktiv zu sein. Individuelle Unterschiede in der politischen Kompetenz beeinträchtigen die politische Chancengleichheit. Und schließlich kann das Wissensniveau in einer Gesellschaft einen zentralen Einflussfaktor für die Qualität der Demokratie insgesamt darstellen.

Angesichts dieser normativen Bedeutung politischen Wissens ist der empirische Forschungsstand zu politischen Kenntnissen der Bevölkerung in Deutschland äußerst karg. Es fehlt an etablierten Erhebungsinstrumenten und es fehlt an kontinuierlicher Forschung zu unterschiedlichen Bereichen politischen Wissens (wie etwa Innen- oder Außenpolitik) insbesondere im Hinblick auf die erwachsene Bevölkerung. Lediglich zu politischem Wissen bei Kindern und Jugendlichen sowie neuerdings Einwanderern gibt es vor allem seit dem PISA-Schock einige Studien aus dem Bereich der politischen Bildung oder Politikdidaktik (vgl. z. B. Torney-Purta et al. 2001; Behrens u. Motte 2006; Eck u. Weißeno 2009; Weißeno 2010; Goll et al. 2010; Wilhelm et al. 2010) sowie im Kontext von Bundestagswahlen einige punktuell eingesetzte Survey-Fragen zu Kenntnissen, die mit dem Wahlakt zu tun haben (Schmitt-Beck 1993; Maier 2000; Vetter u. Maier 2005; Westle 2005, 2009a) oder in kommunikationswissenschaftlichen Studien im Kontext der Frage nach medialen Einflüssen (z. B. Schulz 2009). Dementsprechend geraten auch sekundäranalytische Longitudinal-Studien schnell an ihre Grenzen (Maier et al. 2009). Das politische Wissen der erwachsenen Bürger zur Europäischen

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_8, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Union ist noch stärker vernachlässigt, hierzu gibt es meines Wissens in Deutschland erst eine explorative Untersuchung auf Grundlage von Eurobarometer-Daten (Westle u. Johann 2010). Der dort beobachtete Kenntnisstand der Europäer musste als eher mäßig qualifiziert werden, wobei keine großen Unterschiede zwischen den Ländern auftraten.

Im vorliegenden Beitrag soll nun die Bedeutung des lokalen Umfelds für eine Vielfalt von Einstellungen, aber auch für Kognitionen, konkret für das Wissen zur Europäischen Union untersucht und mit den Einflüssen von Individualmerkmalen verglichen werden. Zwar ist – vor allem aus der Forschung zu Heuristiken – bekannt, dass die Umgebung unterschiedlichen Einfluss auf den Wissensstand nehmen kann. Plausibel und offensichtlich ist dies immer dann, wenn die Umgebung Informationen bereitstellt oder vorenthält und wenn diese Informationen von unterschiedlicher Qualität sind bis hin zu Des- und Fehlinformationen, wie vor allem experimentell nachgewiesen wurde (vgl. z. B. Kuklinski et al. 2001). Das reale lokale Umfeld als Faktor für die Erklärung von Wissensniveaus zu nutzen, ist jedoch sowohl theoretisch als auch empirisch Neuland, das heißt man ist für die Erstellung von Hypothesen weitgehend auf Spekulationen angewiesen. Auf allgemeiner Ebene kann man die von van Deth und Tausendpfund in der Einleitung zu diesem Band angeführten Überlegungen teilen, wonach Gemeinden als „Schulen der Demokratie“ gelten und sie die Orte sind, an denen Bürger Politik zuerst und am unmittelbarsten begegnet, und der Kontext, in dem sie am leichtesten selbst politisch aktiv werden können. Die beiden Primärforscher der Studie erwarten, dass unterschiedliche Merkmalsausprägungen der Gemeinden alle politischen Orientierungen, also nicht nur Attitüden, sondern auch Kognitionen (das heißt Wahrnehmungen und Wissen) prägen. Vor dem Hintergrund dieser Erwartung erschließt sich die Entscheidung der Primärforscher für den Wissensbereich „Europäische Union“ nicht sogleich auf den ersten Blick. Vielmehr erscheint Wissen zur kommunalpolitischen Ebene hierfür einschlägiger. Allerdings hätte dies die Nutzung identischer Indikatoren für politisches Wissen wohl verhindert und die schwierigere Erstellung eines Erhebungsinstrumentes zu äquivalenten Wissensfragen erfordert (z. B. Name des Bürgermeisters oder Zusammensetzung des Stadtparlaments; zur Problematik von Identität versus Äquivalenz vgl. van Deth 1998). Die Notwendigkeit von Wissen zur Europäischen Union hat jedoch in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen, denn auch kommunale und nationale Politik sind durch Strukturen und Entscheidungen der EU-Ebene eingehegt, geprägt oder mit ihr verflochten. Ausschließliche Kenntnisse zur Politik der kommunalen und nationalen Ebene sind folglich heute nicht mehr ausreichend, um Politik zu verstehen, wachsam zu verfolgen und politisch kompetent Einfluss zu nehmen. Die Entscheidung, identische Fragen zum politischen Kenntnisstand zur Europäischen Union nutzen, zieht nunmehr mindestens zwei alternative Hypothesen zur Rolle des lokalen Umfelds für solche Kognitionen nach sich:

H1a: Das lokale Umfeld hat für den Kenntnisstand zur Europäischen Union auf verschiedene Weise Bedeutung. Erstens kann die politische Sozialisation im Rahmen des engeren Lebensumfelds zu grundsätzlicher Neigung, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, führen und damit eine Basis für den Erwerb komplexerer Kenntnisse in Bezug auf den nationalen und den europäischen

Rahmen bilden. Zweitens unterscheiden sich Gemeinden in ihrer „relativen Nähe“ zur Europäischen Union. So spielen beispielsweise Agrarsubventionen per se nur in ländlichen Gebieten eine Rolle, während andere Formen finanzieller Unterstützung auch in größeren Städten möglich sind. Auch im Hinblick auf EU-Städtepartnerschaften sind Gemeinden unterschiedlich aktiv. Und – vermutet man einen top-down Prozess der Entwicklung politischer Valenzen – kann drittens eine unterschiedliche Wahrnehmung von und Engagement für oder gegen die EU durch Kommunalpolitiker ebenfalls Effekte auf das Wissen der Bürger zeitigen.

H1b: Die Gegenhypothese besagt: Das lokale Umfeld hat für den Kenntnisstand zur Europäischen Union überhaupt keine Bedeutung, denn die EU liegt für die meisten Bürger weit weg von lokalpolitischen Erfahrungen. Sie wird vielmehr – wenn überhaupt – durch die Massenmedien vermittelt erfahren. Von Bedeutung sind daher stattdessen Individualmerkmale wie bei vielen anderen Kenntnisbereichen auch (z. B. Bildung/Fähigkeiten, Motivation/Betroffenheit, Medienkonsum, evaluative Einstellungen zum Objekt). Solche Merkmale, die den Umgang mit den medialen Informationen betreffen, dürften in den verschiedenen Gemeinden nur wenig systematisch variieren.

Spezifischere, den beiden Haupthypothesen untergeordnete Annahmen, werden weiter unten bei der Vorstellung der verfügbaren Indikatoren formuliert.

2 EU-Wissen

Nachfolgend wird zunächst das Erhebungsinstrument vorgestellt, danach werden Antwortstrukturen insgesamt und im Gemeindevergleich überprüft. Nach der Erläuterung von Indexbildungen wird die Verteilung insgesamt und in den Gemeinden kommentiert.

2.1 Erhebungsinstrument und Antwortstrukturen

In der Studie wurde Faktenwissen erfragt (auch als „deklaratives“ oder „demonstratives“ Wissen bezeichnet). Es findet sich eine offene Frage nach der Anzahl der Mitgliedsstaaten der EU und eine Itembatterie mit sechs Statements über die EU wie in Tabelle 1 (s. S. 218) ausgewiesen. In vier der Statements wurde eine falsche, in zwei eine richtige Behauptung aufgestellt. Die Befragten wurden aufgefordert, die Statements als richtig oder falsch zu klassifizieren oder im Fall von Unsicherheit über den jeweiligen Sachverhalt ihre Unkenntnis zu bekunden.

Im Juni 2009 standen die siebten Direktwahlen zum Europäischen Parlament an, so dass zur Befragungszeit im Frühjahr 2009 bereits von einer verstärkten Medienpräsenz der Thematik ausgegangen werden kann, die generell positiv auf das Kenntnisniveau wirken sollte. Wissensförderliche Kontexteffekte könnten aber nicht nur bei dem Item

Tabelle 1: Indikatoren zum EU-Wissen

Frage	korrekte Antwort
23. Können Sie mir bitte sagen, wie viele Länder zurzeit Mitglied der Europäischen Union sind? (offen)	27
24. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob sie Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Wenn Sie sich unsicher sind, antworten Sie bitte mit „weiß nicht“.	
(a) Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden von den nationalen Parlamenten gewählt. (richtig, falsch, weiß nicht)	falsch
(b) Auf der Europäischen Flagge gibt es einen Stern für jedes Mitgliedsland. (richtig, falsch, weiß nicht)	falsch
(c) Deutschland stellt ein Mitglied der Europäischen Kommission. (richtig, falsch, weiß nicht)	richtig
(d) Der Präsident der Europäischen Kommission wird direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt. (richtig, falsch, weiß nicht)	falsch
(e) Alle sechs Monate übernimmt ein anderes EU-Mitglied die Präsidentschaft in der Europäischen Union. (richtig, falsch, weiß nicht)	richtig
(f) Die Europäische Union wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet. (richtig, falsch, weiß nicht)	falsch

24a auftreten, sondern auch bei Item 24c, da bereits Ende 2008 die Debatte um einen Austausch von Verheugen (SPD) angestoßen wurde und Merkel auf einem CDU-Mitglied als Kandidat für die Europäische Kommission beharrte. Die in den anderen Items abgefragten Sachverhalte weisen dagegen längere Stabilität auf, was die Chance für das Memorieren aus dem Langzeitgedächtnis erhöhen sollte. Alle Items sind eindeutig zu Symbolen, Strukturen oder Prozeduren sowie zur Historie der EU und – bis auf eine Ausnahme – klar formuliert. Die Ausnahme betrifft Item 24e, denn eine Präsidentschaft der Europäischen Union gibt es als Fachbegriff nicht, vielmehr handelt es sich hier um den Präsident des Ministerrats (Ratspräsidentschaft); Verwechslungen mit dem Präsident der EU-Kommission sind daher nicht auszuschließen.

Das Frageformat wird hier allerdings kritisch gesehen. Bereits zuvor wurde der Typus von Statements, die als richtig oder falsch klassifiziert werden sollen, als problematisch gekennzeichnet (Westle u. Johann 2010), denn bei diesem Frageformat besteht eine 50-prozentige Chance auf die richtige (oder falsche) Antwort durch Raten. Daher sind nur deutliche Abweichungen von dem 50-Prozent-Bereich als überzufällig anzusehen. In keinem Fall lässt sich dabei identifizieren, welche Wissensbestände individuell durch Raten zustande kommen und welche auf tatsächlichen Kenntnissen beruhen. In der Option „weiß nicht“ kann sich tatsächliche Unkenntnis niederschlagen, aber auch Unsicherheit trotz vorhandenen Wissens. Dennoch muss diese Option ebenfalls in der Analyse mitberücksichtigt werden, da eine ausschließliche Analyse der Anteile richtiger Antworten das Raten prämieren würde. Die Konstruktion des Nettowissens, das heißt die Anteile richtiger minus falscher Antworten, korrigiert etwas die Effekte der Rateneigung, kann sie aber nicht völlig vermeiden. Auf die Darstellung des subjektiven Wissens, also die Überzeugung die richtige Antwort zu wissen, gleichgültig ob diese tatsächlich richtig oder aber falsch ist, wird hier verzichtet, da dies – als Zusammenfassung von falschen und richtigen Antworten – lediglich das Spiegelbild der „weiß nicht/k.A.“-Antworten ist und somit leicht erschlossen werden kann.

Die in Tabelle 2 ausgewiesenen Verteilungen für das gesamte Sample[1] weisen bei drei Items richtige Antworten mit über 70 Prozent deutlich über der 50-Prozent-Grenze auf und gleichzeitig nur wenig falsche Antworten. Dazu gehört das oben angeführte, öffentlich diskutierte Thema, dass Deutschland ein Mitglied der EU-Kommission stellt, aber auch die zwei langfristig stabilen Themen des Gründungszeitpunktes der EU und der Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten. Im Bereich der eventuellen Zufallstreffer liegen dagegen die Antworten zur Ratspräsidentschaft, die auch bereits ein deutlich höheres Niveau an falschen Antworten aufweisen. Überraschenderweise zeigt das Item zu den Wahlen des Europäischen Parlaments, zu dem die Bürger infolge ihrer Rolle als Wahlberechtigte den direktesten kognitiven Zugang haben sollten und das angesichts des Zeitraumes der Erhebung öffentliches Thema war, die größte Unkenntnis („weiß nicht") von allen Items, ferner je knapp ein Drittel richtige und falsche Antworten. Auch bei dem Item zur Anzahl der Sterne auf der EU-Flagge stehen sich zutreffende und Fehlinformationen anteilig fast gleichermaßen gegenüber, wobei hier aber insgesamt deutlich mehr Befragte glauben, die Antwort zu wissen. Schließlich zeigt die offene Frage nach der Anzahl der Mitgliedsländer mit 57 Prozent die bei weitem häufigsten falschen Antworten und nur zwölf Prozent richtige Antworten.

Tabelle 2: Verteilung der Wissensitems in Prozent

N, gewichtet =11.198	falsch	weiß nicht, k.A.*	richtig	Mittel-wert	Std. abw.	Netto-wissen **
Frage	-1	0	1			
24c Dtl. stellt ein Mitglied der EU-Kommission	5	19	76	0,70	0,56	71
24f EU-Gründung nach Erstem Weltkrieg	8	15	77	0,69	0,62	68
24d Direktwahl Präsident der EU-Kommission	9	18	73	0,63	0,65	63
24e Präsidentschaft wechselt alle sechs Monate	27	17	56	0,29	0,87	29
24a Nat. Parlamente wählen Mitglieder des EP	29	41	31	0,02	0,77	2
24b Anzahl der Sterne auf EU-Flagge	44	15	41	-0,03	0,92	-3
23 Anzahl der EU-Mitgliedsländer, offen	57	31	12	-0,46	0,69	-45

Anmerkungen: * zwischen „weiß nicht" und „keine Angabe" wird nicht differenziert, da dies bei Wissensfragen theoretisch unerheblich ist (empirisch bewegt sich die Anzahl von „keine Angabe" zwischen 0,3 bis 1,6 Prozent). ** Nettowissen ist definiert als die Anzahl richtiger minus falscher Antworten.

Dabei weisen die Antwortstrukturen in den 28 Gemeinden große Ähnlichkeit auf. Zwar gibt es immer wieder Abweichungen von dem gepoolten Sample, jedoch finden sich kaum nennenswerte Regelmäßigkeiten von besonders gut oder besonders schlecht informierten Gemeinden. Definiert man beispielsweise als Kriterium für systematische Abweichungen mindestens 0,10 vom Mittelwert (der von -1 über 0 bis 1 reicht), so finden sich in den 28 Gemeinden und sieben Items (also 196 Möglichkeiten der Abweichung) lediglich sechs Abweichungen nach unten und neun Abweichungen nach oben; darüber hinaus konzentrieren sich diese nicht über die Items hinweg auf dieselben Gemeinden. Ein ähnliches Bild ergibt auch die Betrachtung der prozentualen Verteilungen bei Definition von nur fünf Prozent als Differenzkriterium. Bei den rich-

[1] Alle Angaben zu Verteilungen im gesamten Sample beruhen auf gewichteten Daten, Angaben zu Verteilungen in den Gemeinden sowie Zusammenhangsanalysen beruhen auf ungewichteten Daten.

tigen Antworten finden sich nur zwölf Abweichungen nach oben und 14 nach unten; bei den falschen Antworten sind es acht Abweichungen nach unten und keine nach oben und bei den „weiß nicht"-Antworten liegen elf über und 13 unter dem Durchschnitt. Dabei ist in keinem Fall eine durchgehende Konzentration von Abweichungen auf bestimmte Gemeinden zu beobachten. Im Blick auf das Nettowissen finden sich auf lokaler Ebene etwas mehr Abweichungen vom Durchschnitt, nämlich 33 Felder (Gemeinde/Item) mit besseren und 35 mit schlechteren Kenntnissen. Jedoch sind die Abweichungen eher klein und es gibt auch hierbei keine einzige Gemeinde, die durchgehend bei allen Items über- oder unterdurchschnittlich abschneidet. Über alle Antwortoptionen hinweg betrachtet fallen lediglich folgende Gemeinden etwas auf: Bickenbach und Eppstein schneiden bei den richtigen Antworten und beim Nettowissen vier Mal überdurchschnittlich ab, Reiskirchen dagegen bei den richtigen Antworten und dem Nettowissen vier Mal unterdurchschnittlich und Frielendorf bei den „weiß nicht"-Antworten drei Mal über- und dem Nettowissen vier Mal unterdurchschnittlich, ferner Felsberg nur bei dem Nettowissen fünfmal unterdurchschnittlich.[2] Diese Verteilungen lassen bereits jetzt erwarten, dass die lokale Ebene nicht von großer systematischer Bedeutung für das EU-Wissen ist.

Kenntnisse zur EU stellen einen Bereich politischen Wissens unter vielen anderen dar, der nicht als repräsentativ für das generelle politische Wissen missverstanden werden sollte. Vielmehr, das ist aus vielen Einstellungsstudien zur Europäischen Union bekannt, bildet die EU ein von den Bürger eher als weit entfernt empfundenes System, das weder für ihre Affekte noch für ihre Wissbegierde im Zentrum steht. Allerdings sollte man erwarten können, dass je nach Valenz der EU für die Befragten ihr Wissen über dieses politisches System variiert, dass sie also sie entweder tendenziell alle oben angeführten Fragen nicht richtig oder aber richtig beantworten können. Jedenfalls gibt es keinen guten Grund zu der gegenteiligen Annahme, diesen Indikatoren würden latent unterschiedliche Dimensionen zugrunde liegen – oder technisch formuliert: alle Indikatoren sollten einen gemeinsamen Faktor bilden.

Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr erweist sich die faktorielle Struktur im gepoolten Sample als abhängig von der Codierung (Tabelle 3). Bei der Codierung in alle drei Antwortkategorien spiegelt sich in der Faktorenstruktur das Frageformat wider: So laden alle vier Items, in denen ein unzutreffender Inhalt formuliert ist, auf dem ersten Faktor, während der zweite Faktor von den beiden Items mit zutreffenden Inhalten gebildet wird und die offene Frage auf dem dritten Faktor liegt. Darüber hinaus fällt auf, dass mehrere Items negative Ladungen auf den jeweils anderen Faktoren aufweisen, was bei einem konsistenten Set von Wissensfragen nicht vorkommen sollte, denn es besagt, dass Kenntnis zu einem Wissensitem mit fehlender Kenntnis zu einem anderen einhergeht. Wenn die Indikatoren dagegen in die Ausprägungen „richtig" versus „weiß nicht, keine Angabe" und „falsch" dichotomisiert werden, ergibt sich eine einfaktorielle Lösung. Dies ist ebenso der Fall, wenn sie in substanzielle Antworten („falsch", „richtig") versus „weiß nicht, keine Angabe" dichotomisiert werden. Da-

[2] Alle gemeindespezifischen Tabellen können bei der Autorin angefordert werden.

Tabelle 3: Faktorenstrukturen des EU-Wissens (Varimaxrotation)

	Codierungsvarianten							
	-1=falsch 0=weiß nicht, k.A. 1=richtig*			0=falsch + weiß nicht, k.A. 1=richtig**	0=richtig + falsch, 1=weiß nicht, k.A.**	0=richtig + weiß nicht, k.A. 1=falsch*		
N, ungewichtet=11.870	F1	F2	F3	F1	F1	F1	F2	F3
24c Dtl. 1 Mg EU-Kommission	-0,07	0,85	-0,06	(0,43)	0,57	0,11	0,19	0,84
24f EU-Gründung nach WK I	0,52	0,31	-0,29	0,59	0,63	0,67	-0,10	0,12
24d Direktwahl d. Präsidenten	0,66	0,20	-0,17	0,67	0,69	0,66	0,10	-0,08
24e Präsidentschaftswechsel	0,24	0,51	0,40	0,61	0,66	0,11	0,49	0,25
24a EP-Wahl	0,56	0,00	0,30	0,63	0,63	0,35	0,43	-0,05
24b Anzahl Sterne	0,64	-0,19	0,14	0,51	0,48	0,32	0,39	-0,48
23 Anzahl Mitglieder	-0,01	0,01	0,83	(0,40)	0,48	-0,28	0,72	-0,04
Eigenvalue	1,63	1,08	1,02	2,16	2,49	1,33	1,05	1,01
Prozentanteil erklärter Varianz	23,3	15,4	14,5	30,9	35,6	19,0	15,0	14,4

Anmerkungen: * Werte der Rotated Factor Matrix, ** Werte der Factor Matrix; ( ) indiziert Communalitäten „<0,20“.

gegen ergibt sich erneut eine dreifaktorielle Struktur, wenn die falschen Antworten den anderen („richtig“, „weiß nicht, keine Angabe“) gegenübergestellt werden.

Auf eine inhaltliche Interpretation dieser Faktoren wird hier verzichtet, da sich jegliche Idee hierzu bei Betrachtung der Faktorenstrukturen auf lokaler Ebene auflöst (nicht tabellarisch ausgewiesen). Vielmehr weisen bei der ersten Codierungsvariante (drei Antwortkategorien) nur vier Gemeinden eine Struktur wie das gepoolte Sample auf, 16 Gemeinden zeigen dagegen zwar drei Faktoren, jedoch mit abweichenden und auch untereinander unterschiedlichen Itemzuordnungen, und acht Gemeinden zeigen nur zwei Faktoren. Vergleichbares trifft für die anderen Codierungsvarianten zu. Bei der zweiten Variante, die richtige Antworten von allen anderen differenziert, wiederholt sich die einfaktorielle Lösung des gepoolten Samples nur in drei Fällen, während vier Gemeinden dreifaktorielle und 21 Gemeinden zweifaktorielle Strukturen zeigen. Schließlich erbringt die Ausdifferenzierung der substanziellen von den „weiß nicht“-Antworten in 24 Fällen eine einfaktorielle, in vier Fällen eine zweifaktorielle Lösung. Und bei der letzten Codierungsvariante zeigen 24 Gemeinden eine dreifaktorielle Struktur, drei Gemeinden eine vierfaktorielle und eine Gemeinde eine zweifaktorielle Struktur.

Die Befunde dieser Analysen lassen es damit nicht zu, Gemeinde-übergreifend äquivalente Wissensindizes entlang der empirischen Faktoren zu konstruieren. Aber auch der Ausweg, einen eher theoretisch begründeten Gesamtindex über alle Items oder eine Itemauswahl hinweg zu bilden, ist nur begrenzt überzeugend. So zeigen Reliabilitätsanalysen mit dem gepoolten Sample (Tabelle 4, s. S. 222) relativ schlechte Werte für Cronbach's Alpha, nämlich für die erste Codierungsvariante Cronbach's Alpha = 0,41 und bei Entfernung der offenen Frage 0,44, bei der zweiten Variante Cronbach's Alpha = 0,62 und ohne offene Frage 0,61, bei der dritten Variante Cronbach's Alpha = 0,69 und bei Entfernung der offenen Frage 0,68 sowie bei der vierten Variante Cronbach's Alpha = 0,26 mit und ohne die offene Frage. Die Reliabilitätswerte in den Gemeinden (nicht tabellarisch ausgewiesen) entsprechen weitgehend de-

Tabelle 4: Reliabilitätsanalysen

	Codierungsvarianten					
		-1=falsch 0=weiß nicht, k.A. 1=richtig		0=falsch + weiß nicht, k.A. 1=richtig	0=richtig + falsch, 1=weiß nicht, k.A.	0=richtig + weiß nicht, k.A. 1=falsch
N, ungewichtet=11.870	alle Items	4 Items des Faktor 1	2 Items des Faktor 2	alle Items	alle Items	alle Items
	Cronbach's Alpha bei Entfernung des Items					
24c Dtl. 1 Mg in EU-Kommission	0,41		x	0,61	0,66	0,25
24f EU-Gründung nach WK I	0,37	0,37		0,58	0,65	0,23
24d Direktwahl d. Präsidenten	0,33	0,29		0,55	0,63	0,21
24e Präsidentschaftswechsel	0,36		x	0,57	0,64	0,23
24a EP-Wahl	0,35	0,37		0,56	0,65	0,19
24b Anzahl Sterne	0,37	0,37		0,60	0,67	0,22
23 Anzahl Mitglieder	0,44			0,62	0,68	0,26
Cronbach's Alpha	0,41	0,42	0,19	0,62	0,69	0,26

nen des gepoolten Samples. Damit sind alle Möglichkeiten der Indexbildung suboptimal, jedoch erlauben additive Indizes über alle Items bei Ausschluss der offenen Frage zumindest für die richtigen und für die „weiß nicht"-Antworten die relativ beste Option. Der entsprechende Index für falsche Antworten dürfte aber nur mit Vorsicht zu interpretieren sein.

2.2 EU-Wissensindizes: Verteilungen insgesamt und in den Gemeinden

Tabelle 5 zeigt die Verteilungen der Zählindizes über den Anteil falscher, richtiger und „weiß nicht"-Antworten sowie des Indexes zum Nettowissen (bei dem die Anzahl falscher Antworten von der Anzahl richtiger Antworten subtrahiert wird) im gepoolten Sample.

Im Mittel haben die Befragten mit 3,53 von sechs möglichen deutlich mehr richtige als falsche (1,23) oder fehlende substanzielle (1,23) Antworten gegeben, wobei die falschen Antworten allerdings zu einer deutlichen Reduktion des Nettowissens auf ein

Tabelle 5: Verteilungen der Wissens-Zählindizes in Prozent

	objektives Wissen				**Nettowissen**
N, gewichtet=11.198	Anzahl falsche Angaben	Anzahl weiß nicht und k.A. Angaben	Anzahl richtige Angaben	recodiert	Anzahl richtige minus falsche Angaben
0	28	41	4	-6 bis -5	<1
1	36	27	8	-4 bis -3	1
2	24	15	14	- 2 bis -1	9
3	9	9	20	0	14
4	2	4	23	1 bis 2	29
5	<1	2	19	3 bis 4	29
6	<1	2	12	5 bis 6	17
Mittelwert	1,23	1,23	3,53	Mittelwert unrecodiert	2,30
Std.abw.	1,05	1,47	1,61	Std.abw.	2,28

Mittel von 2,30 gegenüber den richtigen Antworten beitragen. Drittelt man die Verteilungen entlang der Skalen, so lässt sich festhalten, dass rund 96 Prozent der Bürger auf fünf bis sechs Fragen eine substanzielle Antwort geben, sich somit vermutlich im Besitz großen Wissens wähnen (Skalenpunkte 5–6), aber nur 31 Prozent tatsächlich so viele zutreffende Antworten geben beziehungsweise nur 17 Prozent höchstens eine falsche Antwort geben. Mit 57 Prozent gibt der größte Teil der Befragten zwei bis vier richtige Antworten und nur 12 Prozent haben höchstens 1 Item richtig klassifiziert. Sowohl die „weiß nicht"-Antworten als auch die falschen Antworten klumpen in den unteren Skalenbereichen. Dass es recht wenig gehäuft falsche Antworten gibt, deutet vermutlich auf eine nur geringe Beeinträchtigung des Messinstruments durch Raten hin.

Abweichungen auf Gemeindeebene halten sich erneut in engen Grenzen. Definiert man als Kriterium für deutliche Abweichungen vom Durchschnitt eine Antwort, so lassen sich bei keinem der Indizes Gemeinden finden, die diesem Kriterium entsprechen. Das heißt vorhandene Abweichungen sind durchgängig nur gering. Bei den falschen Antworten bewegen sich die Mittelwerte im Bereich zwischen 1,04 und 1,36, bei den „weiß nicht"-Antworten zwischen 0,86 und 1,46, bei den richtigen Antworten zwischen 3,20 und 3,97 und beim Nettowissen zwischen 1,85 und 2,80. Am ehesten auffällig erweisen sich dieselben Gemeinden wie auf der Ebene der einzelnen Items: Bickenbach und Eppstein schneiden bei dem Anteil richtiger Antworten und dem Nettowissen überproportional gut ab (wobei in Bickenbach gleichzeitig besonders wenig falsche Antworten, in Eppstein besonders wenig „weiß nicht"-Antworten vorliegen); Frielendorf und Reiskirchen bilden dagegen bei dem Nettowissen und den richtigen Antworten die Schlusslichter (wobei in beiden Gemeinden besonders viele „weiß nicht"-Antworten vorliegen, nicht aber überproportional häufige falsche Antworten; letztere gibt es vor allem in Alsfeld und Felsberg).

3 Der lokale Kontext – Aggregatdatenanalysen und Nullmodell

Die äußerst geringen Verteilungsunterschiede zwischen den Gemeinden lassen entgegen Hypothese 1a keine wesentlichen Effekte des lokalen Kontexts erwarten. Dennoch sollen hier zumindest einige Hypothesen überprüft werden. Von den verfügbaren Kontextmerkmalen wurden folgende ausgewählt:

Einwohnerzahl (4.933–276.742) und Einwohnerstruktur: Die (eher schwache) Annahme dazu besagt, dass in Gemeinden mit urbanem Charakter ein engerer Bezug zur EU besteht als in ländlichen Gegenden, und zwar indirekt infolge der Erwerbsstruktur (mehr Dienstleistung), und daher die Kenntnisse zur EU größer sein sollten. Allerdings könnte dies auf dem Land durch den Aspekt der Agrarsubventionen konterkariert werden. Des Weiteren sollte ein größerer Anteil von Ausländern in der Gemeinde (1,8–20,3 Prozent) auf Dauer zu einem Anwachsen kosmopolitischer Haltungen in der Bevölkerung beitragen und so ebenfalls indirekt die Affinität zur EU stärken.

EU-Städtepartnerschaften: Diese können für Bürger mittelbar erfahrbar sein – beispielsweise durch Straßenschilder oder durch die Benennung öffentlicher Plätze nach

den Partnerstädten sowie durch Berichterstattung in den lokalen Medien. Während derartige Hinweise potenziell die gesamte Bevölkerung erreichen können, sind dagegen Möglichkeiten der direkten Erfahrung (wie Schüleraustausch und Fahrten in diese Städte) nur für kleinere Teile der Bevölkerung zugänglich. Verfügbar sind hier die Anzahl (0–7) und Dauer der Städtepartnerschaften in summierten Jahren (0–248) sowie die durchschnittliche jährliche Anzahl von Fahrten (0–29) – alle Aspekte sollten mit größerer Intensivierung die Nähe zur EU und damit das Wissen über sie fördern.

EU-Subventionen: Finanzielle Hilfen der EU können sowohl für die Gemeinden insgesamt als auch für spezifische Bevölkerungsgruppen (etwa Landwirte) von Bedeutung sein und sollten die Sichtbarkeit der EU sowie ihre positive Bewertung stärken und damit ebenfalls zur Steigerung von Kenntnissen über die EU beitragen. Ausgewählt wurden hier die sogenannte EFRE-Mittel 2008 (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) zur Unterstützung von Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und Rückstand bei Dienstleistungsunternehmen (0–17.516.086 Euro), ESF-Mittel 2008 (Europäischer Sozialfonds) zur Unterstützung von Beschäftigungsmöglichkeiten bei Vereinen, Gesellschaften und Unternehmen (0–22.454.355 Euro) sowie zwei Variablen zu Agrarfonds, nämlich die Anzahl der Empfänger (0–198) und die Summe der Mittel 2008 (0–2.947.800 Euro).

Kommunalpolitiker-Orientierungen zur EU: Darüber hinaus können aggregierte Individualmerkmale aus einer Befragung von Kommunalpolitikern der untersuchten Gemeinden berücksichtigt werden. Die Annahme besagt hier, dass ein EU-freundliches Klima unter der lokalpolitischen Elite in einem top-down-Prozess der Meinungsbildung dazu führt, dass die EU für die Bevölkerung an Valenz gewinnt und dies indirekt zur verstärkten Informationssuche und Wissensbildung anregt. Verfügbar sind hier die Anteile der Kommunalpolitiker, die der Auffassung sind, dass die EU einen großen (0–45 Prozent) beziehungsweise wachsenden Einfluss auf die Kommunalpolitik hat (33–76 Prozent), dass die EU-Mitgliedschaft Deutschlands der Gemeinde Vorteile gebracht hat (17–70 Prozent), die ein Scheitern der EU bedauern würden (50–96 Prozent) und wie die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU ausfällt (3,14–5,33 Mittelwerte auf einer Skala von 0–10) sowie die Haltung zur künftigen Intensität der EU-Integration (4,70–7,88 Mittelwerte auf einer Skala von 0–10). Alle Variablen weisen ausreichende Varianz auf. Für die Analysen wurden die Variablenwerte auf den Bereich von 0 bis 1 transformiert.

Der Befund über die Effekte dieser Kontextmerkmale auf das deklarative EU-Wissen ist ebenso klar wie desillusionierend über die Bedeutung der EU-Politik vor Ort und umgekehrt der lokalen Politik für die EU (Tabelle 6 und Tabelle 7): Lediglich zwei Variablen zeigen signifikante Effekte, nämlich der Ausländeranteil und der Anteil der Empfänger von Agrarsubventionen. Während ein höherer Ausländeranteil wie erwartet mit mehr Kenntnissen zur EU (auf Kosten der „weiß nicht“-Antworten einhergeht, ist der Effekt der Agrarsubventionen kontratheoretisch, das heißt je mehr Empfänger es gibt, desto geringer fällt der Wissensstand in der Gemeinde aus. Insgesamt sind jedoch auch diese Korrelationen für die Aggregatebene nur gering. Alle anderen Vari-

Tabelle 6: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Aggregatmerkmalen (Pearson's r)

	Einwohner		Städtepartnerschaften			Subventionen			
n=28	bevoelk0	auslaend	part eu	dauer eu	fahrt eu	efre ges08	esf ges08	agraremp	agrar-ges
falsch	0,00	-0,14	0,14	0,24	-0,09	-0,04	-0,03	0,32	0,38
weiß nicht, k.A.	-0,30	-0,53***	-0,19	-0,18	-0,11	-0,26	-0,24	0,46***	0,25
richtig	0,24	0,48***	0,07	0,02	0,14	0,22	0,20	-0,52***	-0,40
richtig minus falsch	0,17	0,40	0,00	-0,08	0,13	0,17	0,16	-0,49***	-0,43

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Tabelle 7: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und aggregierten Individualmerkmalen (Pearson's r)

	Kommunalpolitiker					
n=28	einfluss	einfluss-a	vorteile	zufriedenheit	scheitern	einigung
falsch	0,27	-0,02	-0,22	0,20	0,04	-0,03
weiß nicht, k.A.	-0,20	0,07	0,01	0,27	-0,22	-0,26
richtig	0,02	-0,04	0,11	-0,31	0,15	0,22
richtig minus falsch	-0,09	-0,02	0,16	-0,30	0,09	0,17

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

ablen zu Aggregatmerkmalen zeigen ebenso wie die Orientierungen der Kommunalpolitiker keine signifikanten Zusammenhänge.

Auch die umgekehrte Perspektive, das heißt eine Inspektion dieser möglichen Einflussvariablen bei den oben als auffällig kenntnisreich oder kenntnisarm gekennzeichneten Gemeinden zeigt keine durchgängige Systematik. So gehören zwar Frielendorf und Reiskirchen (die Gemeinden mit besonders wenig Kenntnissen zur EU) zu denjenigen, bei denen auch die Kontextmerkmale deutlich im unteren Drittel liegen, also beispielsweise geringer Ausländeranteil, schwach in den Merkmalen der EU-Städtepartnerschaften und kaum EU-Subventionen, wobei als einzige Ausnahme ein hoher Anteil an Agrarmittelempfängern kontratheoretisch in Frielendorf besteht. Zudem liegen bei den beiden Spitzenreitern in EU-Kenntnissen (Eppstein und Bickenbach) diese Merkmale keineswegs im oberen Drittel, sondern ebenfalls im unteren oder mittleren Drittel. Damit muss Hypothese 1a eindeutig abgelehnt werden: Der lokale Kontext hat keine bedeutsamen Effekte auf das EU-Wissen.

Dieser Eindruck wird auch durch die Nullmodelle zum politischen Wissen gestützt (Tabelle 8, s. S. 226). Danach können bei dem Index richtiger Antworten lediglich 0,9 Prozent der Gesamtvariation auf die Kontextebene zurückgeführt werden, bei den anderen Indizes ist es noch weniger, nämlich 0,8 Prozent beim Nettowissen, 0,6 Prozent bei den „weiß nicht"-Antworten und 0,3 Prozent bei den falschen Antworten. Wegen dieses nur minimalen Zugewinns an erklärter Varianz durch den Einbezug der Kontextebenen wird nachfolgend auf Mehrebenenmodelle verzichtet.[3]

[3] Die Befunde der Likelihood-Ratio-Tests zeigen, dass die Modellierung hierarchischer linearer Modelle eine geringfügig bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als lineare Regressionen (nicht tabellarisch dargestellt). Jedoch ist die erreichte Verbesserung so gering, dass eine Beschränkung auf die Individualebene auch im Interesse der vermutlich größeren Vertrautheit der Leser mit diesen Verfahren als gerechtfertigt angesehen wird.

Tabelle 8: Nullmodelle zum EU-Wissen

Varianzkomponenten	Anzahl falsche Angaben	Anzahl weiß nicht und k.A. Angaben	Anzahl richtige Angaben	Anzahl richtige minus falsche Angaben
Konstante	1,24	1,23	3,53	2,30
Varianzkomponenten				
Individualebene	1,10	2,09	2,54	5,20
Kontextebene	0,00	0,01	0,02	0,04
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,003***	0,006***	0,009***	0,008***
N, ungewichtet		11.870		

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Ausgewiesen sind nicht standardisierte Koeffizienten. Die Angaben der Signifikanz bei der Intraklassenkorrelation beziehen sich jeweils auf einen Likelihood-Ratio-Test, bei dem die Devianz des hierarchischen linearen Modells mit der Devianz einer linearen Regression (OLS) verglichen wird. Ein signifikanter Wert deutet darauf hin, dass die Modellierung eines hierarchischen Modells eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als eine OLS-Regression. Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

4 Bivariate Korrelationen mit Individualmerkmalen

Auf der individuellen Ebene hat sich in früherer Forschung bereits eine Reihe von Merkmalen herauskristallisiert, die förderlich für den Erwerb und Erhalt politischer Kenntnisse sind (vgl. zu Determinanten auch z. B. Bennet et al. 1996; Delli Carpini u. Keeter 1996 und den Literaturüberblick bei Maier 2009). Nachfolgend werden solche Merkmale aufgeführt sowie in Klammern ihre Operationalisierung in dieser Arbeit. Unmittelbar zentral für politisches Wissen sind insbesondere allgemeine Fähigkeiten (Schulabschluss) und die politische Involvierung, vor allem die Motivation zum Erwerb politischen Wissens (allgemeines Interesse an Politik, Häufigkeit von Gesprächen über Politik) sowie dementsprechende Wissenssuche (Rezeption politischer Medieninhalte). Ferner kann auch politische Partizipation (Wahlbeteiligung) mit Wissen in Zusammenhang stehen (sei es als Determinante oder als Folge – in längerfristiger Perspektive besteht zwischen allen Variablen politischer Involvierung und Wissen vermutlich eine wechselseitige Beziehung). Häufig wird die Motivation ihrerseits durch (subjektive) Betroffenheit gefördert, für die hier jedoch keine einschlägigen Indikatoren vorliegen. Jedoch sind Indikatoren zur Differenzierung der Objektebene in lokal, national und europäisch vorhanden. Zwar ist einerseits zu vermuten, dass diese Orientierungen miteinander einhergehen, aber andererseits vom Niveau her nicht identisch ausfallen. Daran schließt sich die Hypothese an, dass für politisches Wissen objektnähere Orientierungen bedeutsamer als objektfernere Orientierungen sein sollten – z. B. sollte das Interesse an EU-Politik stärker mit dem EU-Wissen zusammenhängen als das Interesse an nationaler oder kommunaler Politik.

Ein, wenn auch weniger zentraler Komplex möglicher Ursachen für die Wissensaufnahme, kann die evaluative Haltung zu dem Wissensbereich darstellen. Hier besagt die generelle Hypothese, dass eine positive Einstellung zur Politik und speziell zur EU dem Wissenserwerb förderlicher sein sollte als eine negative, da die kognitive Auseinandersetzung mit einem als positiv empfundenen Objekt psychologisch angenehmer ist als diejenige mit einem abgelehnten Objekt. Wiederum lassen sich diese Einstellungen in die lokale, nationale und europäische Objektebene differenzieren und darüber

hinaus in Anlehnung an ein modifiziertes Modell politischer Unterstützung (Easton 1965; Westle 1989) in verschiedene Unterstützungskategorien, nämlich spezifische (leistungsbezogene), diffus-spezifische (auf die Demokratie-Performanz bezogene) und affektiv-diffuse sowie grundsätzlich-diffuse Unterstützung. Für die spezifische Unterstützung jeder der Ebenen wurde die Zufriedenheit mit entsprechenden politischen Akteuren herangezogen sowie die Wahrnehmung vor Vor- oder Nachteilen. Für die diffus-spezifische Unterstützung wurden Fragen zur Realität des politischen Systems auf der jeweiligen Ebene genutzt, konkret zu den Aspekten Fairness, Wahrung der Freiheit und genereller Sympathie, zur Zufriedenheit mit der Demokratie und zum Vertrauen in politische Akteure. Für die diffuse Unterstützung wurden verschiedene Varianten der affektiven Bindung an diese Ebenen sowie die grundsätzliche Haltung zur weiteren Integration der EU genutzt. Die genauen Angaben zu den Indizes finden sich unter den Tabellen.[4]

Ferner können demografische Variablen eine Rolle spielen. So ist bekannt, dass Männer sozialisations- und situationsbedingt häufig politikaffiner sind als Frauen (Geschlecht) (z. B. Verba et al. 1997; Westle 2009b). Zum Lebensalter sind dagegen konträre Annahmen denkbar, so größeres Wissen der Jüngeren infolge besserer Schulausbildung und politischer Sozialisation innerhalb des Mehrebenensystems der EU (Kohorteneffekte) oder aber größeres Wissen der Älteren infolge längerer Alltagserfahrung mit der EU (Lebenszykluseffekt).

Die Tabelle 9 bis Tabelle 13 weisen die entsprechenden bivariaten Korrelationen zwischen den genannten Variablen beziehungsweise Indizes aus diesen Konstrukten und den Wissensindizes aus. Dabei sind alle Variablen so codiert, dass ein wissensförderlicher Effekt sich in positiven Korrelationen mit dem Index der richtigen Antworten und auch mit dem Nettowissen bei gleichzeitig negativen Korrelationen mit dem Index der falschen Antworten sowie gleichzeitig negativen Korrelationen mit dem Index der „weiß nicht"-Antworten zeigen sollte. Die Relevanz der gleichzeitigen Gegenläufigkeit positiver und negativer Korrelationen ist hier zu betonen, denn wenn beispielsweise sowohl mit dem Index der richtigen als auch der falschen Antworten vergleich-

[4] Die Indikatoren zur politischen Unterstützung sind, wo möglich, nach theoretischen Überlegungen zu Indizes zusammengefasst. Faktorenanalytisch zeigt sich allerdings bei einer sieben Faktorenlösung, dass die Differenzierung teilweise entlang der Politikebenen und teilweise entlang der Unterstützungsobjekte und -arten verläuft: So laden nahezu alle Variablen zur kommunalen Ebene unabhängig von der theoretischen Unterstützungskategorie auf einem gemeinsamen Faktor (zwei); Ausnahme bildet lediglich der kommunale Stolz. Auf dem ersten Faktor laden dagegen die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in die Institutionen sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie sowohl der nationalen als auch der europäischen Ebene. Der dritte Faktor wird von den Variablen zur Verbundenheit und dem Stolz in Bezug auf alle drei Ebenen gebildet. Auf dem vierten Faktor liegen die Variablen zur Unterstützung von Aspekten der Demokratie in der Nation und auf dem sechsten in der EU – wobei bei diesen Variablen offenbleibt, ob sie stärker auf die grundsätzliche Unterstützung der Prinzipien oder auf deren Realisierung zielen. Der fünfte Faktor umfasst die Variablen zu Vorteilen durch die EU sowie die Variable zum Scheitern der EU. Auf dem siebten Faktor schließlich findet sich das Gefühl als Angehöriger der Nation versus der EU sowie diverse Fremdladungen. Interessant an dieser Struktur erscheint vor allem die weitgehend separate Stellung der lokalen Ebene im Gegensatz zu der relativ engen Verknüpfung von nationaler und europäischer Ebene. Diese Struktur bei den attitudinalen Variablen lässt an der Vermutung erheblicher Spillover Effekte von der lokalen auf die EU-Ebene auch im kognitiven Bereich zweifeln.

bar starke positive Korrelationen und nur mit dem Index der „weiß nicht"-Antworten negative Korrelationen bestünden, würden diese Strukturen nicht primär auf wissensförderliche Effekte verweisen, sondern lediglich auf antwortförderliche Effekte, sei es infolge von überzogener Selbsteinschätzung oder von Rateneigung.

Die Werte in Tabelle 9 und Tabelle 10 zu allgemeinen Fähigkeiten, Motivation und politischer Partizipation weisen die erwartete Zusammenhangsstruktur aus: Schulabschluss, allgemeines Interesse an Politik sowie an den differenzierten Ebenen der Politik, politische Involvierung in Form von Teilnahme an politischen Diskussionen und Nutzung politischer Medieninhalte sowie die Beteiligung an Wahlen zeigen durchgehend mittelstarke positive Korrelationen mit dem Anteil richtiger Antworten, bei gleichzeitig fast so starken negativen Zusammenhängen mit der Bekundung fehlender Kenntnisse sowie deutlich schwächeren negativen Zusammenhängen mit dem Index falscher Antworten. Dementsprechend sind die positiven Zusammenhänge mit dem Nettowissen durchgängig etwas schwächer als mit den richtigen Antworten, jedoch nach wie vor deutlich. Dass die Korrelationen mit dem Index falscher Antworten so schwach sind, kann – zusammengenommen mit den vergleichsweise geringen Anteilen falscher Antworten – als Hinweis darauf gewertet werden, dass das Erhebungsinstru-

Tabelle 9: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Individualmerkmalen von Fähigkeiten und politischer Involvierung (Pearson's r)

	Fähigkeiten	**politische Involvierung**					
Zählindizes	Schulabschluss	Interesse an Politik allgemein	Interesse an Kommunal-politik	Interesse an Bundespolitik	Interesse an Europapolitik	Diskussions-häufigkeit	Medien-nutzung
falsch	-0,14***	-0,10***	-0,05***	-0,08***	0,01	-0,05***	-0,09***
weiß nicht, k.A.	-0,28***	-0,35***	-0,24***	-0,33***	-0,20***	-0,29***	-0,28***
richtig	0,34***	0,38***	0,25***	0,35***	0,17***	0,30***	0,31***
richtig - falsch	0,30***	0,31***	0,20***	0,28***	0,12***	0,23***	0,26***
N, ungewichtet	11.780	11.859	11.831	11.851	11.840	11.688	11.795

Anmerkungen: Codierung der unabhängigen Variablen: Schulabschluss incl. angestrebter: 0 = keiner bis 5 = abgeschlossenes Studium; Interesse an Politik allg., an Kommunalpolitik, an Bundespolitik, an Europapolitik: 0 = überhaupt nicht bis 3 = sehr stark; Diskussionshäufigkeit über Politik = Mittelwertsindex aus politischen Diskussionen mit Familie, Nachbarn, Freunden, anderen Bürgern, anderen Leuten: 0 = nie bis 3 = oft; Mediennutzung: Mittelwertsindex aus Tageszeitung, Radio, TV, Internet: 0 = nie, 0.5 = seltener, 1 = 1 Tag bis 7 = 7 Tage pro Woche; sämtliche unabhängige Variablen beziehungsweise Indizes auf den Wertebereich 0 bis 1 transformiert; bei Indizes listenweiser Ausschluss von Fällen mit fehlenden Werten. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Tabelle10: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Wahlteilnahme (Pearson's r)

Zählindizes	**lokale Ebene**	**nationale Ebene**	**EU-Ebene**
falsch	-0,08***	-0,06***	-0,05***
weiß nicht, k.A.	-0,17***	-0,18***	-0,20***
richtig	0,21***	0,20***	0,21***
richtig minus falsch	0,18***	0,17***	0,17***
N, ungewichtet	11.870	11.297	11.157

Anmerkungen: Codierung der unabhängigen Variablen: Wahlteilnahme lokale Ebene = Index aus Bürgermeister- und Gemeindevertretung; nationale Ebene = Bundestag, EU-Ebene = Europäisches Parlament: 0 = nein bis 1 = ja; bei m Index listenweiser Ausschluss bei fehlenden Werten. sämtliche unabhängige Variablen auf den Wertebereich 0 bis 1 transformiert. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

ment nur wenig von dem Problem des Ratens beeinträchtigt ist. Denn für den Fall, dass die Indikatoren zu Fähigkeiten und Motivation nicht tatsächlich die Kenntnisse, sondern lediglich die Antwortbereitschaft förderten, müssten sich hier stärkere Zusammenhänge zeigen.

Entgegen der Erwartung ist allerdings, dass die Zusammenhänge zwischen dem Wissen und dem Interesse an Europapolitik etwas geringer ausfallen als die mit dem Interesse an Bundespolitik, Kommunalpolitik oder dem allgemeinen politischen Interesse. Auch bei der Wahlteilnahme zeigen sich keine stärkeren Zusammenhänge zu den EU-Wahlen als zu Wahlen der nationalen und lokalen Ebene (wobei dies eventuell ein Effekt eines hohen Anteils an sozial wünschbaren Antworten bei der Wahlteilnahme sein kann, die insbesondere auf der europäischen Ebene in der Realität deutlich geringer als in der Befragung ausfiel).

Für alle Merkmale politischer Unterstützung lassen sich wie erwartet nur etwas schwachere Zusammenhänge beobachten, die teilweise sogar widersprüchlich ausfallen. So zeigt sich etwa bei der spezifischen Unterstützung (Tabelle 11), dass die Wahrnehmung von persönlichen Vorteilen durch die EU mit einem besseren Wissensstand über die EU einhergeht, die Zufriedenheit mit der Arbeit des EU-Parlaments und der EU-Kommission jedoch eher mit einem schlechteren Wissenstand. Beurteilungen der lokalen und der nationalen Politik sind hier weitgehend irrelevant.

Tabelle 11: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Individualmerkmalen spezifischer Unterstützung (Pearson's r)

	1: Zufriedenheit mit Ebene			**2: Vorteile durch EU für**		
Zählindizes	Index kommunal	Index national	Index EU	Befragte	Gemeinde	Deutschland
falsch	0,05***	0,06***	0,12***	-0,06***	-0,01	-0,02
weiß nicht, k.A.	0,02	-0,07***	0,00	-0,14***	-0,07***	-0,09***
richtig	-0,05***	0,02**	-0,09***	0,16***	0,07***	0,09***
richtig minus falsch	-0,06***	-0,01	-0,11***	0,14***	0,05***	0,07***
N, ungewichtet	10.533	11.351	9.894	11.241	9.773	11.439

Anmerkungen: Codierung: spezifische Unterstützung 1: Mittelwert-Indizes aus Zufriedenheit mit: kommunal = Bürgermeister und Gemeindevertretung, national = Bundestag und Bundesregierung, EU = EU Parlament und EU Kommission, jeweils: 0 = überhaupt nicht bis 10 = sehr zufrieden; spezifische Unterstützung 2: 1 = nur Nachteile bis 5 = nur Vorteile; bei Indizes listenweiser Ausschluss von Fällen mit fehlenden Werten; sämtliche unabhängige Variablen auf den Wertebereich 0 bis 1 transformiert; Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

Ein ähnliches Phänomen wie bei dem nach Ebenen differenzierten Interesse an Politik findet sich bei der diffus-spezifischen Unterstützung (Tabelle 12, s. S. 230). Sowohl die Demokratiezufriedenheit als auch das politische Vertrauen auf der nationalen Ebene korrelieren etwas stärker als die entsprechenden Bewertungen der EU-Ebene mit dem Wissen zur EU. Noch stärker ist diese Struktur für die Bewertung der drei erfragten Aspekte der Demokratie auf der nationalen und der europäischen Ebene ausgeprägt. Das heißt Befragte, die den Auffassungen zustimmen, das politische System in Deutschland sei gerecht und fair, schütze die grundlegenden Freiheiten, sei sympathisch und vertrauenswürdig und alles in allem demokratisch, wissen mehr über die EU als ihre national eher unzufriedenen Mitbürger. Wer jedoch denselben Auffassun-

Tabelle 12: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Individualmerkmalen diffus-spezifischer Unterstützung (Pearson's r)

	Aspekte		**Demokratie-Zufriedenheit mit Ebene …**			**Vertrauen in Ebene…**		
Zählindizes	Index national	Index EU	kommunal	national	EU	Index kommunal	Index national	Index EU
falsch	-0,08***	0,03***	0,04***	0,01	0,10***	0,03**	0,02	0,08***
weiß nicht, k.A.	-0,22***	-0,08***	-0,05***	-0,13***	-0,01	-0,04***	-0,11***	-0,02**
richtig	0,25***	0,05***	0,02	0,11***	-0,06***	0,02	0,09***	-0,03***
richtig minus falsch	0,21***	0,01	-0,01	0,07***	-0,09***	-0,00	0,05***	-0,06***
N, ungewichtet	11.460	10.215	11.478	11.703	10.869	10.825	11.521	9.862

Anmerkungen: Codierung: Aspekte der diffus-spezifischen Unterstützung: Mittelwert-Indizes: national BRD/EU = Europäische Union jeweils: ist gerecht und fair, schützt die grundlegenden Freiheiten, ist sympathisch; jeweils 0 = stimme überhaupt nicht zu bis 3 = stimme voll zu; Demokratie-Zufriedenheit mit: kommunal = Gemeinde, national = Deutschland, EU = Europäische Union, jeweils: 0 = überhaupt nicht bis 10 = sehr zufrieden; Vertrauen Mittelwert-Indizes aus Vertrauen in: kommunal = Gemeindevertretung und Bürgermeister, national = Bundestag und Bundesregierung, EU = EU Parlament und EU Kommission, jeweils 0 = überhaupt nicht bis 10 = sehr stark; bei Indizes listenweiser Ausschluss von Fällen mit fehlenden Werten; sämtliche unabhängige Variablen auf den Wertebereich 0 bis 1 transformiert; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

gen zur EU zustimmt, weiß tendenziell weniger oder jedenfalls nicht mehr über sie als die EU-kritischen Befragten. Betrachtet man statt der Indizes die Korrelationen mit den einzelnen Unterstützungsvariablen der drei Aspekte der Demokratie, wird zusätzlich deutlich, dass sie auf der nationalen Ebene konsistent ähnlich ausfallen, auf der EU-Ebene bei generell geringer Stärke jedoch unterschiedliche Vorzeichen aufweisen.

Dem bisherigen Vorgehen folgend, wurde auch für die diffuse Unterstützung, sofern mehrere Variablen für die drei Ebenen verfügbar waren, diese zu Indizes zusammengefasst, das heißt konkret bei der affektiven Unterstützung die Indikatoren zu Verbundenheit und Stolz. Dabei stellte sich jedoch überraschend heraus, dass diese nur minimale Zusammenhänge mit dem EU-Wissen erbrachten – im Gegensatz etwa zu der Frage nach der Identifikation als Angehörige der Nation oder Europas sowie der Frage nach einem Bedauern eines eventuellen Scheiterns der EU, die beide die erwarteten positiven Zusammenhänge zum Wissen beziehungsweise negativen zu fehlendem Wissen aufweisen. Die Inspektion der Einzelvariablen zur Verbundenheit und zum Stolz zeigt dann (obwohl beide untereinander hochgradig korrelieren mit Pearson's r bei der Gemeinde 0,51**. Deutschland 0,59** und EU 0,59**), dass sie zum EU-Wissen zwar auch nur schwache, zudem aber gegenläufige Zusammenhänge erbringen. So erweist sich die Verbundenheit zu allen drei Ebenen als tendenziell wissensförderlich, der Stolz jedoch als wissenshinderlich. Erneut sind aber auch hier die Zusammenhänge mit den auf die EU bezogenen Haltungen nicht stärker als mit den auf die Kommune oder die Nation bezogenen Orientierungen (Tabelle 13).

Ferner geben Frauen – wie auch in anderen Untersuchungen zu politischem Wissen – deutlich weniger richtige, aber kaum mehr falsche Antworten, sondern artikulieren häufiger als Männer fehlende Kenntnisse, was im vorliegenden Fall aber dennoch in einem höheren Ausmaß des Nettowissens von Männern resultiert; (die entsprechenden Mittelwerte sind mit dem Index falscher Antworten für Männer 1,16 und Frauen 1,30,

Tabelle 13: Bivariate Korrelationen zwischen EU-Wissen und Individualmerkmalen diffuser Unterstützung (Pearson's r)

	affektiv **Verbundenheit**			**Stolz**			**Identifikation mit Nation vs. EU**	**EU-Scheitern**	**grundsätzlich künftige EU-Integration**
Zählindizes	komm.	nat.	EU	komm.	nat.	EU			
falsch	-0,01	-0,01	0,00	0,10***	0,08***	0,10***	-0,01	-0,06***	0,04***
weiß nicht, k.A.	-0,08***	-0,08***	-0,09***	0,08***	0,04***	0,03**	-0,10***	-0,21***	-0,06***
richtig	0,08***	0,08***	0,08***	-0,14***	-0,09***	-0,09***	0,10***	0,22***	0,03***
richtig minus falsch	0,06***	0,06***	0,05***	-0,14***	-0,10***	-0,11***	0,07***	0,18***	0,00
N, ungewichtet	11.819	11.828	11.764	11.550	11.598	11.506	11.582	11.580	11.497

Anmerkungen: Codierung: affektive Unterstützung kommunal: Gemeinde, national: Deutschland, EU = Europäische Union: 0 = überhaupt nicht bis 10 = sehr verbunden beziehungsweise stolz; Nation vs. EU: Identität nur als Deutsche, 2 = zuerst als Deutsche, 3 = zuerst als Europäer, 4 = nur als Europäer; 1 = EU-Scheitern: 0 = überhaupt nicht bis 3 = sehr bedauern; künftige EU-Integration: 0 = ist schon zu weit gegangen bis 10 = soll weiter vorangetrieben werden; sämtliche unabhängige Variablen auf den Wertebereich 0 bis 1 transformiert. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

„weiß nicht"-Antworten Männer 0,80 und Frauen 1,53, richtige Antworten Männer 4,04 und Frauen 3,17 und Nettowissen Männer 2,88 sowie Frauen 1,87). Mit Lebensalter besteht ein kurvilinearer Zusammenhang, das heißt in der Gruppierung von 55–64 Jahren finden sich der größte Kenntnisstand (Nettowissen Mittelwert 2,71), während er bei den Jüngeren erst langsam anwächst (von 1,43 bei den 15–24-Jährigen, 2,17 bei den 25–34-Jährigen, 2,35 bei 35–44-Jährigen, 2,51 bei 45–54-Jährigen) und bei den älteren und vor allem den hoch betagten Befragten wieder deutlich abnimmt (2,61 bei 65–74-Jährigen und 1,93 bei über 74-Jährigen) (nicht tabellarisch ausgewiesen). Diese Zusammenhangsstruktur bei der gleichmäßigen Aufteilung der Altersgruppen deutet vor allem auf lebenszyklische Effekte, die sich beispielsweise immer wieder ähnlich bei Indikatoren der politischen Interesses und der Partizipation finden. Der relativ große Kenntnisstand der 55–64-Jährigen könnte eventuell zusätzlich auf einem Kohorteneffekt beruhen, das diese Altersgruppe starke Integrationsschübe der EU in Zeiträumen erlebt hat, in denen das politische Bewusstsein bereits deutlich ausgeprägt gewesen sein dürfte (wie beispielsweise in einer frühen Phase die Öffnung der Grenzen und in einer späten Phase die Einführung des Euro). Bildet man die Altersgruppen eher im Sinn von politischen Generationen; so zeigt sich (wenn auch bei einer sehr groben Einteilung), dass die jüngsten Generationen der Aufbau- und Wohlstandsgesellschaft, die mit einer vergleichsweise großen Selbstverständlichkeit der EU aufgewachsen sind (Geburtsjahrgänge nach 1956) über das geringste Wissen zur EU verfügen (zusätzlich noch abnehmend, je jünger die Subkohorte ist). Dem folgen die Vorkriegs- und Kriegsgenerationen (Geburtsjahrgänge 1903 bis 1935), während die Nachkriegsgenerationen (Geburtsjahrgänge 1936 bis 1946 und 1946 bis 1956) die höchsten Werte auf dem Index richtiger Antworten und die geringsten auf dem Index falscher Antworten sowie fehlender Antworten erreichen. Alles in allem deuten diese Befunde auf die Gleichzeitigkeit von Lebenszyklus- und Generationeneffekten.

5 Multivariate Analysen

Viele der herangezogenen Merkmale zu Zusammenhängen mit den EU-Kenntnissen sind untereinander korreliert, sowohl innerhalb des Komplexes zu Fähigkeiten und Involvierung als auch innerhalb des Komplexes zur politischen Unterstützung. Um ihre singulären Effekte auf das EU-Wissen zu schätzen, sind folglich multivariate Analysen erforderlich.[5] Sofern als unabhängig gesetzte Variablen allerdings untereinander >0,69 korrelieren, bleibt nachfolgend eine der beiden Variablen unberücksichtigt, um Probleme der Multikollinearität zu vermeiden. Innerhalb des Variablenblocks zu Fähigkeiten und Motivation ist dies nur zwischen dem allgemeinen Interesse an Politik und dem Interesse an Bundespolitik der Fall (Pearson's r = 0,71**). Für die multivariaten Analysen in diesem Block werden daher drei Modellvarianten berechnet, wobei die erste nur die allgemeinen motivationalen Indikatoren umfasst, die zweite statt des allgemeinen politischen Interesses das Interesse an Europapolitik und die dritte Variante alle drei nach kommunaler, nationaler und europäischer Ebene differenzierten Interessenfragen berücksichtigt sowie zusätzlich die Wahlteilnahme auf diesen Ebenen, um einen Vergleich der Effekte der Orientierungen zu diesen drei Ebenen zu ermöglichen. Ausgewiesen werden durchgehend bei allen multivariaten Analysen nicht standardisierte Koeffizienten (b). Die Modelle eins und zwei in Tabelle 14 zeigen, dass sämtliche Variablen zu Fähigkeiten und Involvierung auch bei gemeinsamer Berücksichtigung noch Effekte auf das EU-Wissen behalten (Ausnahme: Diskussionshäufigkeit bei den Indizes falscher Antworten), wobei Schulbildung, politische Mediennutzung und Interesse an allgemeiner beziehungsweise EU-Politik am deutlichsten wissensförderlich sind. Dabei ist die Erklärungskraft der beiden Varianten nahezu identisch, wobei der Index richtiger Antworten am besten aufgeklärt wird, gefolgt von dem Index der „weiß nicht"-Antworten. Nahezu nicht erklärt wird dagegen der Index falscher Antworten. Dieses Muster findet sich auch bei der dritten Variante. Die Differenzierung des Interesses nach Politikebenen und die Hinzunahme der Wahlteilnahme auf diesen Ebenen führen allerdings nur zu verschwindend minimaler Vergrößerung der Varianzaufklärung. Während bei der Wahlbeteiligung die Ebene der EU relevanter für das Wissen ist, trifft dies nicht auf das politische Interesse zu, denn dabei zeigt das Interesse an nationaler Politik die deutlicheren und theoriegemäßen Effekte. Kontratheoretisch verhält sich in der multivariaten Analyse das Interesse an Europapolitik: Während es bivariat die theoretisch erwartbaren positiven Korrelationen mit dem Index richtiger und negative mit dem Index der „weiß nicht"-Antworten gibt, verkehren sich diese Vorzeichen in der multivariaten Analyse – bei Modell zwei tritt bereits dieser Effekt beim Index falscher Antworten auf (das heißt ein positiver b-Wert) und bei Modell drei verstärkt sich dieser Effekt und zusätzlich treten negative b-Werte mit dem Index richtiger Antworten sowie dem Nettowissen auf. Hierbei handelt es sich vermutlich um eine Folge dessen, dass Interesse an der EU-Politik ohne Interesse an nationaler Politik eher

[5] Nachfolgend werden OLS-Regressionen präsentiert. Darüber hinaus wurden lineare Mehrebenenanalysen durchgeführt. Die Resultate beider Verfahren sind miteinander vergleichbar.

Tabelle 14: Multivariate Analysen zu Determinanten des EU-Wissens (b und r2): Fähigkeiten und politische Involvierung

Zählindizes	falsch	weiß nicht, k.A.	richtig	richtig minus falsch
allgemein				
Geschlecht	0,10***	0,51***	-0,61***	-0,71***
Schulabschluss	-0,44***	-0,92***	1,36***	1,80***
Diskussionen	0,12*	-0,63***	0,52***	0,40***
Medien	-0,28***	-0,82***	1,10***	1,39***
pol. Interesse allgemein	-0,20***	-0,89***	1,09***	1,29***
Konstante	*1,68*	*2,86*	*1,46*	*-0,22*
Korrigiertes R^2	0,03	0,22	0,27	0,19
N, ungewichtet		11.538		
EU-Ebene				
Geschlecht	0,10***	0,55***	-0,65***	-0,75***
Schulabschluss	-0,48***	-0,98***	1,46***	1,94***
Diskussionen	-0,06	-1,00***	1,06***	1,12***
Medien	-0,37***	-1,04***	1,41***	1,78***
pol. Interesse EU	0,19***	-0,34***	0,15***	-0,04***
Konstante	*1,62*	*2,81*	*1,57*	*-0,04*
Korrigiertes R^2	0,03	0,20	0,25	0,18
N, ungewichtet		11.523		
alle drei Ebenen				
Geschlecht	0,10***	0,54***	-0,64***	-0,75***
Schulabschluss	-0,48***	-0,89***	1,38***	1,86***
Diskussionen	0,03	-0,60***	0,56***	0,53***
Medien	-0,23***	-0,67***	0,90***	1,13***
pol. Interesse kommunal	-0,03	-0,29***	0,33***	0,36***
pol. Interesse national	-0,20***	-0,68***	0,88***	1,07***
pol. Interesse EU	0,29***	0,04	-0,34***	-0,63***
Wahlteilnahme kommunal	-0,03	-0,06	0,09	0,12
Wahlteilnahme national	-0,04	-0,12*	0,16*	0,20
Wahlteilnahme EU	-0,05	-0,18***	0,23***	0,28***
Konstante	*1,67*	*3,04*	*1,30*	*-0,37*
Korrigiertes R^2	0,03	0,22	0,28	0,20
N, ungewichtet		10.704		

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

selten ist und Befragte mit diesem Interessenprofil ihr eigenes EU-Wissen vermutlich überschätzen. So ist bei 41 Prozent der Befragten das Interesse an EU-Politik geringer als das an Bundespolitik, bei 53 Prozent sind beide gleich und bei nur sechs Prozent ist das Interesse an EU-Politik größer als das an nationaler Politik. Sowohl die Anzahl falscher als auch die Anzahl von „weiß nicht"-Antworten steigt jedoch, während die Anzahl richtiger Antworten sinkt, wenn das Interesse an EU-Politik größer als das an nationaler Politik ist. Beim Nettowissen resultiert dies in Mittelwerten von 2,72 bei größerem nationalen Politikinteresse, 2,11 bei gleichem und 1,42 bei größerem Interesse an EU-Politik.

Bei den Variablen beziehungsweise Indizes zur politischen Unterstützung bestehen zwischen der spezifischen Unterstützung und dem Vertrauen in Institutionen auf jeder

der drei Ebenen sehr hohe Korrelationen (Pearson's r kommunal 0,82**, national 0,81** und EU 0,78**) sowie zwischen dem nationalen und europäischen Institutionenvertrauen (0,69**); daher wird auf die Variablen zum Vertrauen verzichtet.

Ein weiteres Problem ist die stark variierende Fallzahl bei den Variablen, die bei Nutzung aller zuvor behandelten Unterstützungsvariablen zu einer Reduktion auf 6897 Fälle führen würde. Daher wird bei der affektiven Unterstützung auch auf die Variablen zum Stolz verzichtet, die deutlich höhere fehlende Werte als die zur Verbundenheit aufweisen, zumal der Stimulus bekanntermaßen in Deutschland von vielen Bürger als unangemessen empfunden wird. Die Modelle in Tabelle 15 differenzieren somit auf

Tabelle 15: Multivariate Analysen zu Determinanten des EU-Wissens (b und r2): Politische Unterstützung

Zählindizes	**falsch**	**weiß nicht, k.A.**	**richtig**	**richtig minus falsch**
nur kommunale Ebene				
Spezifische U. Gemeinde	0,43***	0,58***	-1,01***	-1,44***
Vorteile Gemeinde	-0,14	-0,70***	0,83***	0,97***
Demokratiezufr.Gemeinde	0,03	-0,32***	0,30*	0,27
Verbundenheit Gemeinde	-0,22***	-0,54***	0,76***	0,98***
Konstante	*1,19*	*1,60*	*3,21*	*2,01*
Korrigiertes R^2	0,01	0,02	0,02	0,02
N, ungewichtet		8.921		
nur nationale Ebene				
Spezifische U. Dtl.	0,72***	0,53***	-1,25***	-1,97***
Vorteile Dtl.	-0,11	-0,39***	0,50***	0,61***
Demokratieaspekte Dtl.	-0,78***	-1,34***	2,12***	2,90***
Demokratiezufr.Dtl.	0,16*	-0,19*	0,03	-0,14
Verbundenheit Dtl.	-0,13*	-0,30***	0,43***	0,56***
Konstante	*1,39*	*2,18*	*2,43*	*1,04*
Korrigiertes R^2	0,02	0,06	0,08	0,07
N, ungewichtet		10.732		
nur EU Ebene				
Spezifische U. EU	0,78***	0,72***	-1,51***	-2,29***
Vorteile Befragter	-0,51***	-0,58***	1,09***	1,61***
Demokratieaspekte EU	-0,06	-0,09	0,15	0,21
Demokratiezufr. EU	0,37***	0,14	-0,50***	-0,87***
Verbundenheit EU	-0,23***	-0,13	0,36***	0,59***
Id Nation oder EU	0,01	-0,22**	0,21*	0,20
EU-Scheitern	-0,35***	-0,91***	1,25***	1,60***
EU-Integration	0,19***	0,20***	-0,39***	-0,58***
Konstante	*1,19*	*1,46*	*3,34*	*2,15*
Korrigiertes R^2	0,04	0,06	0,10	0,09
N, ungewichtet		8.468		
alle Ebenen				
Spezifische U. Gemeinde	0,12	0,21**	-0,33***	-0,45***
Demokratieaspekte Dtl.	-0,66***	-1,26***	1,93***	2,59***
Spezifische U. EU	1,04***	0,88***	-1,92***	-2,96***
EU-Scheitern	-0,32***	-0,79***	1,11***	1,43***
Konstante	*1,27*	*1,77*	*2,96*	*1,69*
Korrigiertes R^2	0,04	0,09	0,14	0,12
N, ungewichtet		9.016		

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

der Grundlage einer reduzierten Variablenzahl alle Unterstützungsdimensionen pro politischer Ebene. Zunächst ist festzuhalten, dass alle Modelle erheblich weniger Varianz aufklären als die zu Fähigkeiten und Involvierung. Die politischen Evaluationen auf kommunaler Ebene spielen fast überhaupt keine Rolle, während die auf nationaler und die auf europäischer Ebene zumindest etwas bessere Varianzaufklärung erreichen. Auf nationaler Ebene erweist sich eine positive Sicht der Demokratieaspekte und – in erheblich geringerem Ausmaß – die Verbundenheit mit Deutschland als wissensförderlich, die Zufriedenheit mit der nationalen politischen Führung (Bundesregierung und Bundestag) dagegen eher als hinderlich für das EU-Wissen. Bei den Urteilen zur EU-Ebene sind dagegen die Demokratieaspekte irrelevant, während vor allem die Wahrnehmung von persönlichen Vorteilen und das Bedauern über ein eventuelles Scheitern der EU mit größerem Wissen korrespondieren, eine positive Sicht der EU-Institutionen dagegen mit geringerem Wissen.

Eine Abschätzung der Bedeutung der kommunalen, nationalen und europäischen Orientierungen für das EU-Wissen wird dadurch erschwert, dass in den verschiedenen Modellen sehr unterschiedliche Fallzahlen vorhanden sind. Die Integration in ein gemeinsames Modell würde jedoch zu einer weiteren Reduktion der Fallzahlen führen. Daher werden für das die drei Ebenen integrierende Modell nur die jeweils ein bis zwei stärksten Einflussfaktoren genutzt; (dies führt zu einer Fallzahl von 9016, also immer noch erheblich reduziert gegenüber dem gesamten Sample oder auch nur dem Modell mit nationalen Orientierungen als unabhängige Variablen). Erneut wird die geringe Bedeutung der lokalen Ebene für das EU-Wissen bestätigt, während sowohl die nationalen als auch die EU-bezogenen Orientierungen eine etwas stärkere Rolle einnehmen, wobei wiederum positive Bewertungen der Institutionen eher mit geringerem Wissen, positive Haltungen zu den Demokratieaspekten und die affektive Unterstützung der EU mit größerem EU-Wissen korrespondieren.

Bei den Fragen zur EU gibt es nahezu regelmäßig erheblich mehr fehlende Angaben als bei den entsprechenden Fragen zur kommunalen oder nationalen Ebene. Zu vermuten ist, dass solche fehlenden Angaben nicht themenneutral sind, sondern verstärkt von Befragten mit wenig Wissen zur EU stammen. Sofern dies der Fall ist, unterschätzen die Modelle die Bedeutung dieser Orientierungen für das politische Wissen. Daher soll abschließend noch untersucht werden, inwieweit diese Annahme zutrifft. Dafür wurden pro Ebene jeweils über sechs Variablen hinweg die fehlenden Angaben gezählt, und zwar bei den vergleichbaren Variablen, also politisches Interesse, Wahlteilnahme, spezifische Unterstützung, Vorteile durch die EU, Demokratiezufriedenheit und Verbundenheit. Auf dieser Grundlage verbleiben auf der kommunalen Ebene 8.904, auf der nationalen 10.470 und auf der europäischen Ebene 8.862 Befragte ohne fehlende Angaben. Nutzt man diese Indizes als Determinanten des EU-Wissens (Tabelle 16, s. S. 236), bestätigt sich die Annahme, dass fehlende Orientierungen bei der politischen Involvierung und der politischen Unterstützung mit geringeren EU-Kenntnissen einhergehen; darüber hinaus wird erneut deutlich, dass die nationale Ebene für das EU-Wissen bedeutsamer ist als die europäische und insbesondere die kommunale Ebene nur eine äußerst marginale Rolle einnimmt.

Tabelle 16: Multivariate Analysen zu Determinanten des EU-Wissens (b und r2): Anzahl fehlender Angaben

Zählindizes	falsch	weiß nicht, k.A.	richtig	richtig minus falsch
kommunale Ebene	-0,53***	0,85***	-0,32*	0,21
nationale Ebene	0,41*	2,52***	-2,93***	-3,35
europäische Ebene	-0,28*	1,86***	-1,59***	-1,31
Konstante	1,28	0,99	1,55	3,74
Korrigiertes R^2	0,00	0,09	0,06	0,02
N, ungewichtet		11.870		

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

6 Fazit

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass der Kenntnisstand der Bürger zur Europäischen Union nicht katastrophal, aber – gemessen am prinzipiell Möglichen – doch sehr mäßig ausfällt, teilweise konträr zum subjektiv von den Befragten selbst angenommenen Wissen. Der aktuelle lokale politische Kontext ist dafür jedoch nahezu irrelevant. Das betrifft sowohl die Intensität von Kontakten mit der EU oder die Betroffenheit durch die EU im kommunalen Umfeld als auch die Einstellungen lokaler parteipolitischer Akteure zur EU als potenzielle Determinanten des Wissens der Bevölkerung. Inwieweit die frühere politische Sozialisation im lokalen Umfeld eine Rolle spielen mag, muss mangels longitudinaler Individualdaten jedoch offen bleiben.[6] Die – wenn auch nicht mit Sicherheit – identifizierten Generationeneffekte deuten dagegen ebenso wie in anderer Weise die Zusammenhänge mit dem Schulabschluss darauf hin, dass Kontext- und Lernerfahrungen wie im vorliegenden Fall mit der EU in den Anfangsjahren und bei wesentlichen Vertiefungsschritten verbundenen Hoffnungen auf mehr Sicherheit, mehr Freiheit und mehr kosmopolitisches Denken und Handeln beziehungsweise weniger Nationalismus und Parochialität in Deutschland und Europa durchaus Effekte auf das Interesse an und den Wissenserwerb über die Europäische Union gehabt haben können.

Auch individuelle evaluative Haltungen zur Kommune zeigen nahezu keine Zusammenhänge mit dem Kenntnisstand zur EU. Etwas deutlichere Zusammenhänge finden sich dagegen zwischen der politischen Unterstützung auf nationaler und auf europäischer Ebene und dem EU-Wissen. Anders als angenommen gehen aber positive Haltungen nicht durchgehend mit mehr Wissen einher. Vielmehr scheint eine kritische Sicht der politischen Institutionen (Regierung, Bundestag, EU-Parlament und EU-Kommission) bei positiver Haltung gegenüber demokratischen Werten und positiven

[6] Allerdings wird hier bezweifelt, dass die Politik in der Gemeinde heute noch in nennenswertem Ausmaß als „Schule der Demokratie“ funktioniert, da die meisten Menschen wohl nicht zuerst und am häufigsten in ihrer Kindheit und Jugend mit Gemeindepolitik konfrontiert werden, sondern mit massenmedial vermittelter Politik, und diese betrifft nach wie vor primär die nationale Ebene. Die Gemeinde als Schule der Demokratie dürfte allenfalls für parteipolitisch aktive Jugendliche eine relevante Rolle einnehmen.

Affekten sowie der Wahrnehmung von Vorteilen durch die EU mit einem höheren Kenntnisstand zu korrespondieren. Die Kausalitätsrichtung muss dabei allerdings offenbleiben, denn dieses Profil kann auch darauf hindeuten, dass ein guter politischer Kenntnisstand ursächlich für Institutionenskepsis ist oder für beide andere, vorgelagerte Variablen – wie etwa die Ausstattung mit Humankapital und Ressourcen – verantwortlich sind. Dementsprechend wird das Wissen zur Europäischen Union vor allem vom formalen Bildungsstand und der politischen Involvierung der Bürger beeinflusst.

Dass die eher kritischen Haltungen mit größerem Wissen korrespondieren, muss übrigens nicht der Annahme von Kohorteneffekten widersprechen. Denn in den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass viele der mit der Europäischen Union verbundenen Hoffnungen enttäuscht wurden, was zunehmen einer EU-Skepsis den Weg bereitet hat und die frühere Aufbruchsstimmung an den Rand gedrängt hat.

Das unter demokratietheoretischer Perspektive größte und drängendste Problem ist allerdings das geringe Wissen der Bevölkerung zur EU. Denn vor diesem Hintergrund ist der Eintritt in einen weiteren Teufelskreis[7] der EU-Politik offensichtlich, nämlich zwischen dem vielzitierten Demokratiedefizit der Europäischen Union und dem Wissensdefizit der Bevölkerung: Einerseits gibt es ohne hinreichende Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten auf der EU-Ebene kaum Anreize für die Bürgerinnen und Bürger sich mit der EU und ihrer Politik intensiver auseinanderzusetzen und politisches Wissen zu erwerben. Andererseits kann mit einem weitgehend kenntnislosen Demos keine qualitativ ausreichende demokratische Politik betrieben werden.

Ein interessanter Nebenbefund der Analysen ist der wiederholte Eindruck, dass Orientierungen gegenüber der nationalen Politik und dem nationalen politischen System für das EU-Wissen relevanter sind als Orientierungen gegenüber der EU selbst – diese scheinen sich vielmehr erst vermittelt über die nationalen Orientierungen aufzubauen beziehungsweise ohne dieses Fundament effektlos oder sogar kontraproduktiv für das Wissen zu sein.

Die Europäische Union und die nationalen politischen Parteien sollten daher verstärkte Aufklärung über Strukturen und Politiken der EU leisten und – angesichts dessen, dass Politik und die EU nicht gerade den Lebensmittelpunkt der meisten Bürger darstellen – diese Aufklärung auf die Verflechtungen zwischen nationalen Staaten und der EU richten, indem beispielsweise Folgen aufgezeigt werden, welche die Europäischen Union für die nationale Politik hat und umgekehrt. Ebenso sinnvoll dürfte es sein, die Aufklärung auf solche Aspekte zu konzentrieren, die für das Leben und/oder für das politische Handeln der Bürger relevante Bedeutung haben. Nur Betroffenheit, die auch als solche wahrgenommen wird, dürfte das notwendige Interesse generieren, um die Motivation für den Wissenserwerb und damit für kompetente politische Teilhabe zu erzeugen.

[7] Der erste Teufelskreis der EU-Politik bezieht sich auf die Frage nach der notwendigen Reihenfolge von Identifikation und Entstehung eines gemeinschaftlichen Demos.

Literatur

Barber, Benjamin. 2003. *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press.

Behrens, Heidi und Jan Motte (Hrsg.). 2006. *Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

Bennett, Stephen E., Richard S. Flickinger, John R. Baker, Staci L. Rhine und Linda L. Bennett. 1996. Citizens' Knowledge of Foreign Affairs. *The Harvard International Journal of Press/Politics* 1: 10–29.

Berelson, Bernhard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee. 1954. *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.

Delli Carpini, Michael X. und Scott Keeter. 1996. *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. Yale: Yale University Press.

Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.

Eck, Valentin und Georg Weißeno. 2009. Political knowledge of 14- to 15-year-old students – Results of the TEESAEC intervention study in Germany. In *Teaching European Citizens. A Quasi-experimental Study in Sex Countries*, Hrsg. Georg Weißeno und Valentin Eck, 19–30. Münster: Waxmann.

Goll, Thomas, Dagmar Richter, Georg Weißeno und Valentin Eck. 2010. Politisches Wissen zur Demokratie von Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund (POWIS-Studie). In *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*, Hrsg. Georg Weißeno, 21–48. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Ichilov, Orit. 2003. Education and Democratic Citizenship in a Changing World. In *Oxford Handbook of Political Psychology*, Hrsg. David O. Sears, Leonie Huddy und Robert Jervis, 637–669. Oxford: Oxford University Press.

Kuklinski, James H., Paul J. Quirk, Jennifer Jerit und Robert F. Rich. 2001. The Political Environment and Citizen Competence. *American Journal of Political Science* 45: 410–424.

Maier, Jürgen. 2000. Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger, 141–171. Opladen: Leske + Budrich.

Maier, Jürgen. 2009. Was die Bürger über Politik (nicht) wissen – und was die Massenmedien damit zu tun haben – ein Forschungsüberblick. In *Politik in der Mediendemokratie (PVS Sonderheft)*, Hrsg. Barbara Pfetsch und Frank Marcinkowski, 393–414. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Maier, Jürgen, Alexander Glantz und Severin Bathelt. 2009. Was wissen die Bürger über Politik? Zur Erforschung der politischen Kenntnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2008. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40: 561–579.

Price, Vincent. 1997. Political Information. In *Measures of Political Attitudes*, Hrsg. John P. Robinson, Phillip R. Shaver und Lawrence S. Wrightsman, 591–639. San Diego: Academic Press.

Popkin, Samual L. und Michael A. Dimock. 1999. Political Knowledge and Citizen Competence. In *Citizen Competence and Democratic Institutions*, Hrsg. Stephen L. Elkin, 117–146. University Park: Pennsylvania State University Press.

Schmitt-Beck, Rüdiger. 1993. Denn sie wissen nicht, was sie tun … Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 24: 393–415.

Schulz, Winfried. 2009. Superbürger und chronisch Unwissende in der neuen Medienumwelt. Beziehungen zwischen politischer Mobilisierung und Informationsverhalten bei der Bundestagswahl 2005. In *Wissenschaft mit Wirkung. Beiträge zu Journalismus- und Medienwirkungsforschung. Festschrift für Klaus Schönbach*, Hrsg. Christina Holtz-Bacha, Gunter Reus und Lee B. Becker, 161–180. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Torney-Purta, Judith, Rainer Lehman, Hans Oswald und Wolfram Schulz. 2001. *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries: Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. Amsterdam: The International Association for the Evaluation of Educational Achievement.

van Deth, Jan W. (Hg.). 1998. *Comparative Politics: The Problem of Equivalence*. London: Routledge.

Verba, Sidney, Nancy Burns und Kay L. Schlozman. 1997. Knowing and Caring About Politics: Gender and Political Engagement. *The Journal of Politics* 59: 1051–1072.

Vetter, Angelika und Jürgen Maier. 2005. Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994–2002. In *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Hans Rattinger, 51–90. Baden-Baden: Nomos.

Weißeno, Georg. 2010. Migrationshintergrund und politisches Lernen. In ders.: *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*, 9–17. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wilhelm, Oliver, Gizem Hülür, Olaf Köller und Melanie Radalewski. 2010. Empirische Grundlagen zum Einbürgerungstest. In *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*, Hrsg. Georg Weißeno, 49–64. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität*. Baden-Baden: Nomos.

Westle, Bettina. 2005. Politisches Wissen und Wahlen. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Hrsg. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Wessels, 484–512. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Westle, Bettina. 2009a. Politisches Wissen als Grundlage der Entscheidung bei der Bundestagswahl 2005. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 366–398. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Westle, Bettina. 2009b. „Die unpolitische Frau“ – Ein Methodenartefakt der Umfrageforschung? In *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Hannah Kaspar, Harald Schoen, Siegfried Schumann und Jürgen R. Winkler, 179–201. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Westle, Bettina und David Johann. 2010. Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher, 353–374. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Haltungen zur Europäischen Union

Markus Tausendpfund

1 Einführung[1]

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in einer südhessischen Kleinstadt: Die Mitglieder des Gremiums stimmen der europaweiten Ausschreibung der Architekturleistung der Rathaussanierung zu. Anschließend diskutieren die Kommunalpolitiker die Richtlinien zum Förderprogramm „Lokale Ökonomie", das mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ausgestattet ist. Am Ende der Sitzung beschäftigen sich die Ausschussmitglieder mit Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz und befürworten den Beitritt der Stadt zum Konvent der Bürgermeister. Dabei handelt es sich um eine Initiative der Europäischen Kommission, mit der insbesondere die Bedeutung der Kommunen für den Klimaschutz betont wird.

Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) wird zwar von internationalen und nationalen Akteuren dominiert, der Integrationsprozess stellt aber gerade die lokale Ebene vor weitreichende Herausforderungen. Nach einer Schätzung von Vetter und Soós (2008, S. 596) werden mittlerweile 70 Prozent aller Rechtsakte der EU auf lokaler oder regionaler Ebene umgesetzt (siehe auch Sabathil 2006, S. 12).[2] Diese betreffen alle Bereiche einer Gemeinde – die Vergabe öffentlicher Aufträge, Wirtschaftsförderung, Emissionsvorgaben (z. B. Feinstaubrichtlinie, Lärmschutz), die Ausweisung natürlicher Lebensräume (z. B. Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) und mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Bürger auch lokale Wahlen (siehe z. B. Münch 2006, S. 125–153; Beiträge in Alemann u. Münch 2006).

Durch die verschiedenen Förderprogramme können die Gemeinden aber auch direkte Vorteile durch die Staatengemeinschaft haben. Insbesondere in ökonomisch schwächere Regionen fließen zum Teil erhebliche Summen, um die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Gebieten zu verringern. Die Europäische Kommission (2006) betont im Strategiepapier „Die Kohäsionspolitik und die Städte" die Bedeutung der Kommunen für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Auch bei der Umsetzung des Plans D für Demokratie, Dialog und Diskussion richtet sich der Blick verstärkt auf die lokale Ebene. Als strategischer Partner der Kommission sollen die Gemeinden dazu beitragen, die Bürger verstärkt in die Debatte über

[1] Für eine ausführlichere Betrachtung individueller und kontextueller Bestimmungsfaktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union siehe Tausendpfund (2012). Die Einleitung und der dritte Abschnitt dieses Beitrags basieren weitgehend auf dieser Publikation.

[2] Auf der Homepage des Deutschen Städte- und Gemeindebunds findet sich unter www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Europa/ eine vergleichbare Einschätzung. Dort heißt es: „Über 60% aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen werden von der EU verursacht." Zugegriffen: 14. 05. 2012.

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_9, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

die Weiterentwicklung der Union einzubinden (z. B. Vetter 2010, S. 223). Entsprechend nennt der Aktionsplan der Europäischen Kommission (2005, S. 4–5) für eine bessere Kommunikationsarbeit drei Prinzipien: Zuhören, Kommunizieren und Zuwendung zu den Bürgern durch verstärkte Kommunikation auf lokaler Ebene.

Die Bedeutung der Gemeinden für die EU unterstreicht zudem die Initiative „Europa-Gemeinderat" des österreichischen Außenministers Michael Spindelegger. Da Bürgermeister und Gemeindevertreter auch bei Fragen rund um die Staatengemeinschaft häufig die ersten Ansprechpartner seien, wünscht sich der Politiker in möglichst vielen Gemeinden eigene Europa-Gemeinderäte. Als zentrale Anlaufstelle sollen diese Personen einen wesentlichen Beitrag leisten, „damit Entscheidungen der EU vor Ort besser erklärt, verstanden und letztlich mitgetragen werden" (Spindelegger 2010). Nach seiner Einschätzung wird die Staatengemeinschaft für viele Menschen erst durch persönliche Kontakte direkt erfahrbar. Solche Kontakte ermöglichen die lokalen Städtepartnerschaften, die Kommunen aus ganz Europa zusammenbringen und für eine enge Verbindung der Menschen sorgen. Städtepartnerschaften können dadurch Vorurteile verringern und das Verständnis füreinander fördern. Viele Gemeinden pflegen solche partnerschaftlichen Beziehungen und haben damit „einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Einheit Europas geleistet" (Münch 2006, S. 203; siehe auch Woesler 2006).

Umsetzung europäischer Verordnungen, Förderprogramme, Vermittlungsinstanz und Städtepartnerschaften – die Beispiele zeigen: „Kommunen sind europäisch aktiv und betroffen zugleich. Wer, wenn nicht die Kommunen, kann dafür sorgen, dass Europa auch wirklich dort ankommt, wo es sich im täglichen Leben der Bürger und Unternehmen abspielt? Es sind die Städte, Gemeinden und Landkreise, die den direkten Zugang zu Bürgern und Unternehmen vor Ort haben und als Scharnier zwischen der EU und den Bürgern wirken. Die kommunale Ebene ist die Keimzelle für das Zusammenleben in Europa" (Sabathil 2006, S. 10).

Für viele Bürger ist die Gemeinde zudem der zentrale Lebensmittelpunkt. Menschen leben und wohnen in Gemeinden, treffen sich mit Freunden und pflegen soziale Kontakte mit ihren Nachbarn. Auch ehrenamtliches Engagement findet meist vor Ort statt – in der Gemeinde oder im Stadtteil, in dem die Menschen leben. Für viele Bürger sind Gemeindeverwaltung, lokale Politiker und Bürgermeister häufig die einzigen politischen Institutionen, mit denen sie in ihrem Leben unmittelbar in Berührung kommen. Die räumliche Nähe ermöglicht intensivere Kontakte mit politischen Repräsentanten, mehr Möglichkeiten der Beteiligung und eine größere Vertrautheit mit dem politischen Prozess. Dies kann sich günstig auf die Akzeptanz politischer Entscheidungen auswirken und die Verbundenheit mit dem politischen System fördern (z. B. Böttcher 2011, S. 83; Vetter 2010, S. 232–233). Aus diesen Gründen ist von den verschiedensten Autoren von Alexis de Tocqueville über Benjamin Barber und Amitai Etzioni bis hin zu Robert Putnam immer wieder eine positive Wirkung der Gemeinde auf allgemeine politische Orientierungen betont worden. Als „Schule der Demokratie" kann die lokale Ebene dazu beitragen, die Legitimität des politischen Systems zu stärken und das Vertrauen in die Demokratie zu fördern (z. B. Vetter 2011, 2010, S. 221;

Geißel 2010, S. 35). Die durch die Gemeinde geprägten politischen Orientierungen würden damit eine wichtige Grundlage für die Haltung gegenüber nationalen und supranationalen Institutionen bilden. Danach hat die Gemeinde eine Bedeutung, die weit über die Grenzen kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse hinausgeht (z. B. Vetter 2002).

Die Frage nach der Relevanz der Gemeinde für die „Stärkung" und „Erneuerung" der Demokratie ist insbesondere mit Blick auf die EU ein aktuelles Thema. Seit den 1990er Jahren wird die stillschweigende Zustimmung der Bürger zur EU – der „permissive consensus" (Lindberg u. Scheingold 1970, S. 249) – verstärkt in Frage gestellt (z. B. Knelangen 2012, S. 32–33; Weidenfeld 2010, S. 52–53; Kaina 2009, S. 1; van Hüllen 2008, S. 567–570; Schäfer 2006, S. 350). Nach Hooghe und Marks (2009, S. 5) hat sich der „permissive consensus" zu einem „constraining dissensus" entwickelt (siehe auch Down u. Wilson 2008). Die Europäische Kommission (2006, 2) stellt in ihrem Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik fest: „Die Kluft zwischen der Europäischen Union und den Bürgern ist ein weithin bekanntes Problem." Können Gemeinden diese „Kluft" verringern? Fungieren sie tatsächlich als Brücke zwischen einer weit entfernten Europäischen Union und den Menschen vor Ort? Prägt das lokale Umfeld die Einstellungen der Bürger zur Staatengemeinschaft?

Die Daten des Projekts „Europa im Kontext" bieten eine ausgezeichnete Grundlage, diese Fragen zu beantworten und den Einfluss individueller Merkmale *sowie* des lokalen Kontexts auf die Haltung der Bürger zur EU zu untersuchen. Nach einer deskriptiven Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Bewertung der Union zwischen den 28 hessischen Gemeinden wird in einem zweiten Schritt nach den Bestimmungsfaktoren europäischer Orientierungen gefragt. Dabei richtet sich der Blick zunächst auf den lokalen Kontext, ehe auch individuelle Bestimmungsfaktoren berücksichtigt werden. Schließlich unterscheiden sich die Gemeinden hinsichtlich des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds voneinander. Manche Gemeinden werden städtepartnerschaftliche Beziehungen pflegen, während dies in anderen Kommunen nicht der Fall ist. Einige Gemeinden werden durch Finanzzuweisungen aus Brüssel direkte Vorteile durch die EU haben, während andere Kommunen keine Gelder der Staatengemeinschaft erhalten. Solche Unterschiede könnten die Variation in den europäischen Orientierungen zwischen Gemeinden erklären. Zunächst werden aber die Erhebungsinstrumente vorgestellt, mit denen die Einstellungen der Bürger zur Staatengemeinschaft erfasst werden.

2 Einstellung der Bürger zur Europäischen Union

Ganz allgemein lässt sich eine Einstellung als Orientierung gegenüber Objekten bezeichnen. Mit der kognitiven, der affektiven und der konativen Komponente werden in der sozialpsychologischen Grundlagenliteratur in der Regel drei Bestandteile einer Einstellung unterschieden (z. B. Aronson et al. 2004, S. 231–234; Bohner 2003, S. 267–268). Mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand – das politische System der

Europäischen Union – bezieht sich die kognitive Komponente auf die Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit, beispielsweise das Interesse an europäischer Politik oder das Wissen über die EU. Bei der affektiven Komponente handelt es sich um eine Bewertung des Objekts auf einem positiv-negativ-Kontinuum. Schließlich bezieht sich die konative Komponente auf Verhaltensabsichten (z. B. die Beteiligung an der Europawahl).

In diesem Beitrag stehen affektive Orientierungen – die Bewertung der EU auf einem positiv-negativ-Kontinuum – im Mittelpunkt. Für die Analyse dieser Orientierungen stehen zwei Erhebungsinstrumente zur Verfügung, die zum Standardrepertoire vieler national und international vergleichender Erhebungen gehören (z. B. Eurobarometer, European Social Survey, European Election Study). Beide Indikatoren zielen dabei nicht auf einzelne Aspekte der Staatengemeinschaft (z. B. Zufriedenheit mit der Arbeit des Europäischen Parlaments), sondern auf eine zusammenfassende Bewertung der EU ab. Die beiden Erhebungsinstrumente unterscheiden sich insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Dimension. Der erste Indikator erfasst den Grad des Bedauerns, falls die EU scheitern würde. Die entsprechende Frage lautet:

Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie das sehr bedauern, ziemlich bedauern, wenig bedauern oder überhaupt nicht bedauern?

Die Formulierung zielt auf eine gefühlsmäßige Reaktion des Befragten zur EU zum aktuellen Zeitpunkt ab. Je größer das Bedauern eines EU-Scheiterns ausfällt, desto positiver wird die Staatengemeinschaft bewertet. Der zweite Indikator ist eher prospektiv angelegt und erkundigt sich nach der Zustimmung zur weiteren Europäischen Einigung. Auf einer 11-Punkte-Skala können die Befragten angeben, ob sie eine weitere Integration ablehnen oder begrüßen. Höhere Zahlen auf der Skala werden dabei als größere Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess und als proeuropäischere Einstellung interpretiert. Folgende Frage wird gestellt:

Manche sagen, die Europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung? Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet dabei, die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen. 10 bedeutet, die Europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Die beiden Instrumente bieten die Möglichkeit, verschiedene Aspekte der Haltung der Bürger zur EU zu analysieren. Dabei sind die beiden Aspekte analytisch und konzeptionell voneinander zu trennen, auch wenn Verknüpfungen nahe liegen: Wer ein Scheitern der EU nicht bedauert, wird sich kaum für eine weitere Europäische Einigung aussprechen. Personen, die eine weitere Integration wünschen, werden dagegen ein Scheitern der EU eher bedauern. Die Korrelation der beiden Indikatoren (Pearson's r) liegt bei 0,44.

Wie stark variiert die Bewertung der Staatengemeinschaft zwischen Gemeinden in einer Region? Die oberen Balken in Abbildung 1 fassen für jede Kommune den Anteil der Befragten zusammen, die ein Scheitern der EU „sehr“ bzw. „ziemlich“ bedauern würde. In allen Gemeinden würde zwar eine Mehrheit der Befragten ein Scheitern der

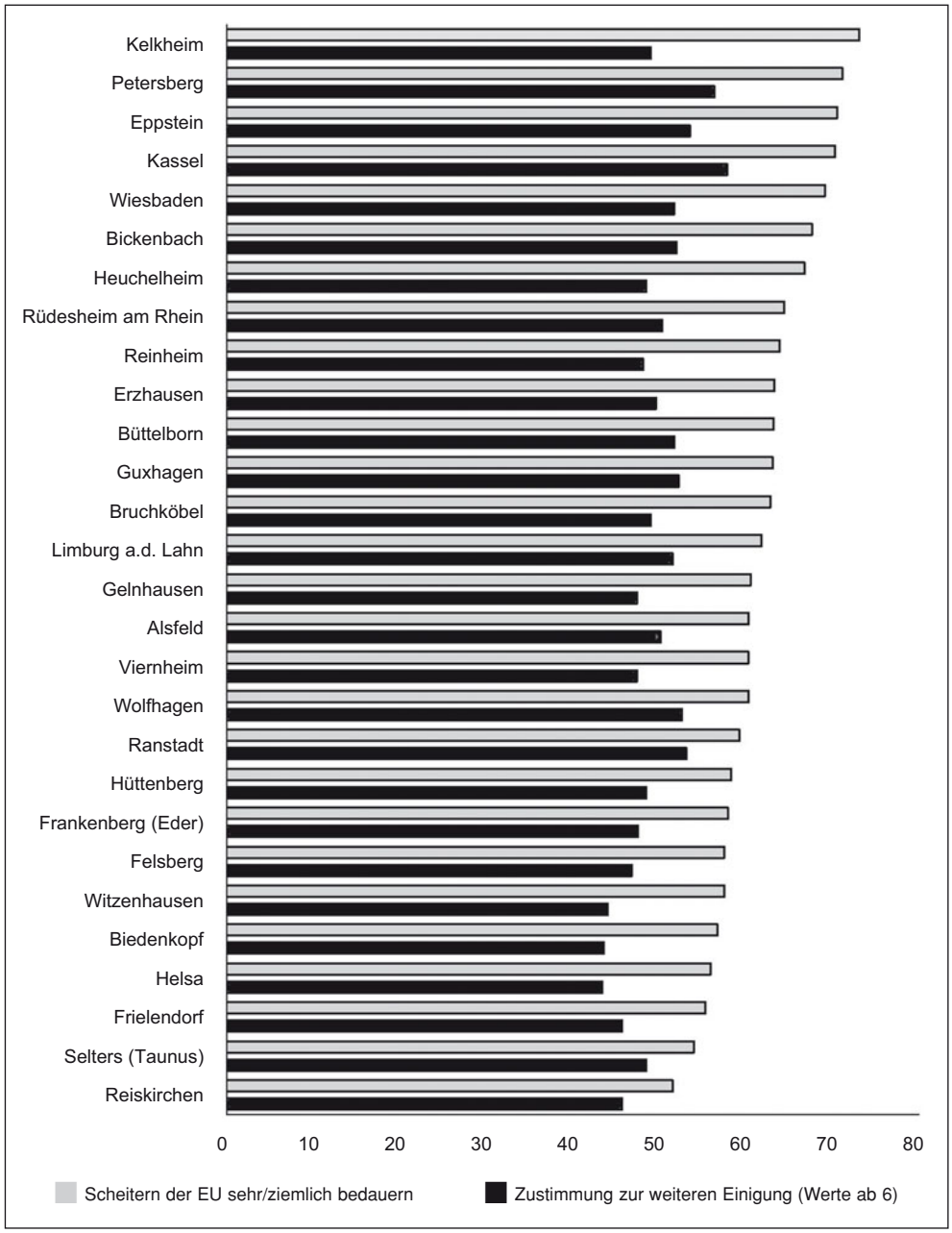


Abbildung 1: Bewertung der EU in den Gemeinden (Angaben in Prozent)

EU bedauern, aber offensichtlich variiert diese „Mehrheit“ erheblich zwischen den Kommunen. In Kelkheim liegt dieser Anteil bei 73 Prozent, in Reiskirchen bei 52 Prozent. Die Differenz dieser beiden Gemeinden, die rund 75 Kilometer voneinander entfernt liegen, beträgt beachtliche 21 Prozentpunkte. Der Mittelwert für alle 28 Gemeinden liegt bei 62 Prozent – 13 Gemeinden liegen dabei über dem Durchschnitt, 14 unter diesem Wert. Das Ergebnis in Limburg entspricht dem Mittelwert.

In allen Gemeinden ist die Zustimmung zur weiteren Europäischen Einigung geringer ausgeprägt als das Bedauern eines möglichen Scheiterns der EU. Dies verdeutlichen die unteren Balken in Abbildung 1, die den Anteil der Bürger in einer Gemeinde abbilden, die auf der 11-Punkte-Skala eine Zahl von 6 oder größer angegeben haben. In Kassel wünscht sich mit 58 Prozent der Befragten eine klare Mehrheit der Bevölkerung eine weitere Europäische Einigung, dagegen sind mit 43 Prozent die Befürworter in Helsa eindeutig in der Minderheit. Die Differenz liegt bei 15 Prozentpunkten, dabei sind beide Gemeinden gerade einmal 17 Kilometer voneinander entfernt. Der mittlere Wert für alle 28 Kommunen liegt bei 49 Prozent. In 15 Kommunen steht die Mehrheit der Bürger einer weiteren Europäischen Integration zurückhaltend gegenüber, in zehn Gemeinden votiert die Mehrheit für eine weitere Einigung. In Alsfeld, Erzhausen und Rüdesheim liegt der Anteil der Befürworter bei 50 Prozent.

Die Ergebnisse ermöglichen eine erste Einschätzung der Bewertung der Staatengemeinschaft in den 28 Gemeinden. In allen Kommunen würde eine Mehrheit der Bürger ein Scheitern der EU bedauern. Dies spricht für eine grundsätzliche Akzeptanz der Bevölkerung zur Staatengemeinschaft. Hinsichtlich einer weiteren Europäischen Einigung sind die Bürger allerdings deutlich zurückhaltender. Lediglich in zehn der 28 Kommunen unterstützt eine – teilweise knappe – Mehrheit der Bürger weitere Integrationsbemühungen. Deutlicher formuliert: In den meisten Gemeinden wird eine weitere Europäische Einigung eindeutig nicht gewünscht.

Eine alternative Betrachtung der Haltung der Bürger zur EU bietet die Kombination der beiden Erhebungsinstrumente. Bei der Frage zur weiteren Europäischen Einigung lassen sich drei Kategorien unterscheiden: Befragte mit Werten ab 6 auf der 11-Punkte-Skala wünschen sich ein Fortschreiten der Europäischen Einigung. Die Zahl 5 signalisiert Zustimmung für den „Status Quo“. Entsprechend bewerten Personen, die auf der 11-Punkte-Skala Zahlen von 4 oder kleiner angegeben haben, die derzeitige Europäische Einigung als zu weitgehend. Hinsichtlich des Grads des Bedauerns bietet sich eine Zweiteilung an: Auf der einen Seite Bürger, die ein Scheitern der EU sehr bzw. ziemlich bedauern, auf der anderen Seite Personen, die ein Scheitern der Staatengemeinschaft überhaupt nicht bzw. wenig bedauern würden.

Wie Tabelle 1 zeigt, ergeben sich bei einer derartigen Verknüpfung der zwei Items sechs Typen der Haltung zur EU. Der erste Typ charakterisiert Personen, denen die Europäische Einigung schon zu weit gegangen ist und die ein Scheitern der EU nicht bedauern würden. Dieser Typ lehnt die EU ab und wird daher als „Gegner“ bezeichnet. Der zweite Typ beschreibt Bürger, die dem Ausmaß der Europäischen Integration ablehnend gegenüberstehen, aber ein Scheitern der EU bedauern würden. Diese Personen werden als Kritiker bezeichnet, da sie die Staatengemeinschaft grundsätzlich po-

Tabelle 1: Typen von Haltungen zur EU

		Europäische Einigung		
		zu weit gegangen (Werte 0-4)	Status Quo (Wert 5)	soll weiter gehen (Werte 6-10)
EU-Scheitern	überhaupt nicht/ wenig bedauern	*Typ 1* Gegner (16 Prozent)	*Typ 3* Skeptiker (10 Prozent)	*Typ 5* Ambivalente (10 Prozent)
	ziemlich/ sehr bedauern	*Typ 2* Kritiker (10 Prozent)	*Typ 4* Sympathisanten (12 Prozent)	*Typ 6* Anhänger (42 Prozent)

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf eine Standardisierung der 28 Einzelstichproben auf jeweils 400 Befragte.

sitiv bewerten, aber die derzeitige Ausgestaltung der Europäischen Integration kritisch bewerten. Der dritte Typ wird Skeptiker genannt. Der Skeptiker steht der EU an sich ablehnend gegenüber, akzeptiert aber den „Status Quo“ der Europäischen Einigung. Vom Skeptiker ist der Sympathisant zu unterscheiden, der ein mögliches Scheitern der EU bedauern würde. Er zeigt damit eine wohlwollende Haltung zur Staatengemeinschaft. Der fünfte Typ kennzeichnet eine Verknüpfung gegensätzlicher Positionen. Einerseits wird ein Scheitern der EU nicht bedauert, andererseits eine weitere Einigung gewünscht. Dieser Typ wird deshalb Ambivalente genannt. Der sechste Typ charakterisiert die Anhänger der EU. Diese wünschen sich eine weitere Europäische Einigung und würden ein Scheitern der Staatengemeinschaft bedauern.

Wie aus Tabelle 1 ebenfalls hervorgeht, lässt sich die Mehrheit der Befragten als Anhänger der EU bezeichnen. 42 Prozent der Bürger würden ein Scheitern der EU bedauern und drücken ihre Zustimmung zu einer weiteren Europäischen Einigung aus. Die Gegner der Staatengemeinschaft stellen allerdings bereits die zweitgrößte Gruppe dar. Immerhin 16 Prozent der Befragten zeigen eine klar negative Haltung zur EU. Zwischen diesen beiden Extremtypen rangieren die Mischtypen, die das politische System der Union differenziert bewerten. Die Kritiker und Sympathisanten würden zwar ein Scheitern der EU bedauern, stehen dem „Status Quo“ der Europäischen Einigung allerdings neutral bis ablehnend gegenüber. Die Skeptiker und Ambivalenten begleiten eine weitere Integration neutral bis wohlwollend, würden allerdings ein Scheitern der EU nicht bedauern. Empirisch lassen sich 42 Prozent der Befragten einem der vier Mischtypen zuordnen.

In Abbildung 2 sind die Anteile der beiden Extremtypen – Gegner und Anhänger der EU – für jede Gemeinde dargestellt. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass es in jeder Kommune deutlich mehr Anhänger als Gegner der Staatengemeinschaft gibt. Mit 52 bzw. 51 Prozent stellen sie allerdings nur in Kassel und Petersberg die Mehrheit der Bevölkerung. Hochburgen einer eher europakritischen Haltung lassen sich in Witzenhausen (22 Prozent), Frielendorf (21 Prozent) und Helsa (21 Prozent) ausmachen. Die Anteile beider Typen variieren erheblich zwischen den Kommunen: Bei den Anhängern beträgt der Unterschied bis zu 17 Punkte, bei den Gegnern bis zu zwölf Prozentpunkte.

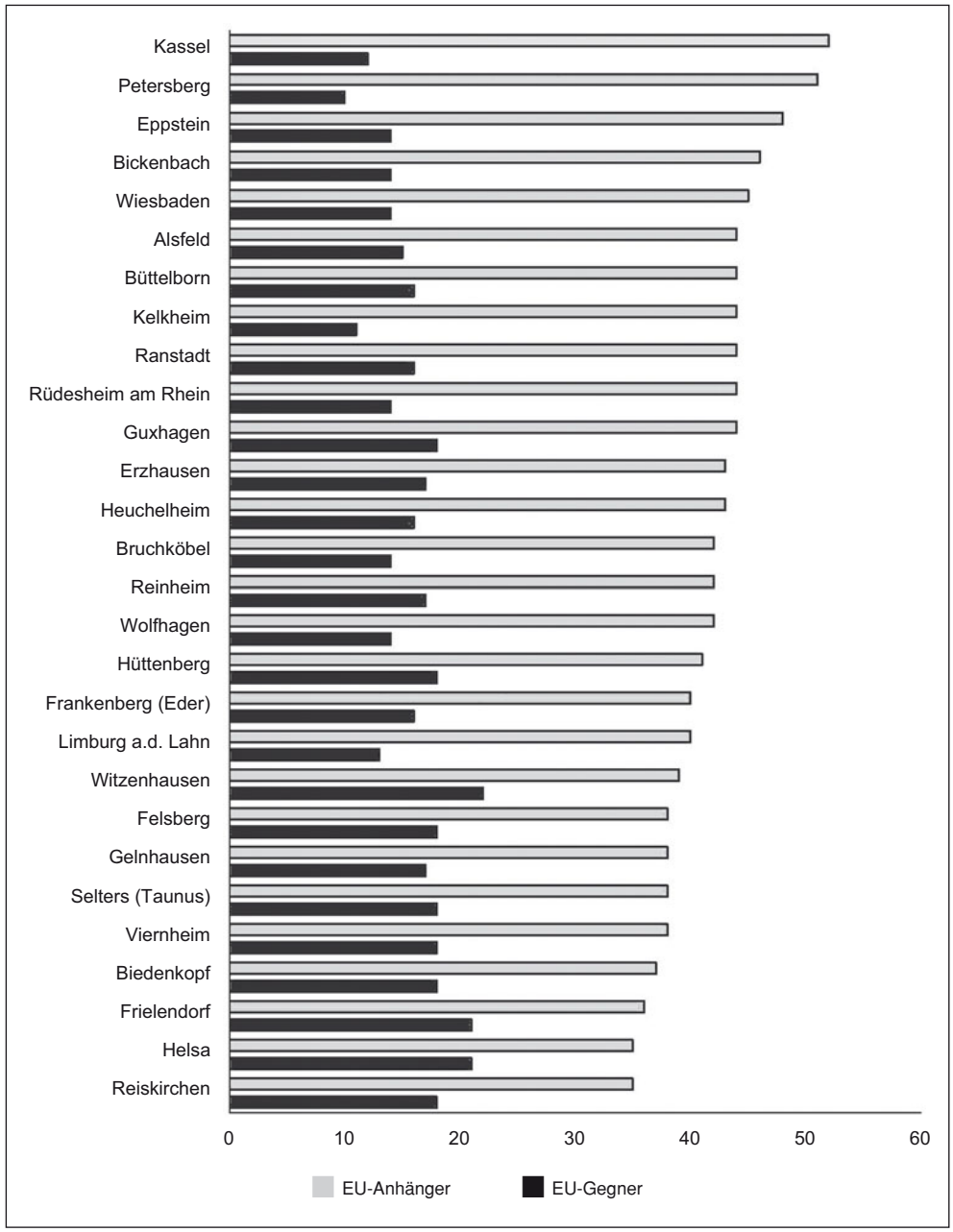


Abbildung 2: EU-Anhänger und EU-Gegner in den Gemeinden (Angaben in Prozent)

3 Lokaler Kontext und Haltungen zur EU

Die deskriptive Betrachtung zeigt deutliche Unterschiede in der Bewertung der EU zwischen Gemeinden. Die nächsten Abschnitte beschäftigen sich deshalb mit der Frage, wie diese Variation erklärt werden kann. Dabei lassen sich zwei mögliche Ursachen unterscheiden. Einerseits kann die Variation zwischen den Gemeinden eine Konsequenz der unterschiedlichen Verteilung sozialer Gruppen sein. Wenn zum Beispiel die Zustimmung zur EU vom individuellen Politikinteresse oder der individuellen Zufriedenheit mit der Arbeit der europäischen Institutionen abhängig sein sollte, die Gemeinden sich aber in dieser Hinsicht unterscheiden, dann können die Differenzen zwischen den Kommunen unter anderem darauf zurückgeführt werden. In der Sprache der empirischen Sozialforschung läge damit ein Kompositionseffekt vor. Andererseits könnten die Unterschiede zwischen den Kommunen auch eine Folge des jeweiligen lokalen Umfelds sein. Die 28 zufällig ausgewählten Gemeinden liegen zwar alle innerhalb eines Bundeslands, unterscheiden sich aber hinsichtlich der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In diesem Abschnitt werden zunächst mögliche relevante Kontextmerkmale identifiziert, die einen Einfluss auf europäische Orientierungen entfalten können, ehe der Fokus auf individuelle Erklärungsansätze gelegt wird.

Im Hinblick auf den Einfluss des politischen Umfelds auf die Bewertung der EU könnten die lokale Politisierung und das Europabild der Kommunalpolitiker eine Rolle spielen. Mit Politisierung wird hier der Konfliktcharakter lokaler Politik bezeichnet.[3] Lokale Politik ist kein konfliktfreier Raum. Schließlich treffen die politischen Gremien verbindliche Entscheidungen über die Verteilung von knappen Gütern. So legen die Mandatsträger zum Beispiel fest, ob Haushaltsmittel für die Straßensanierung oder den städtischen Jugendtreff ausgegeben werden. Die Kommunalpolitiker müssen aber auch Entscheidungen bei Streitfragen treffen. Maßnahmen zur innerstädtischen Verkehrsberuhigung erfreuen zwar die Anwohner, verärgern aber den Einzelhandel. Viele kommunalpolitische Entscheidungen können daher zu Kontroversen und Konflikten zwischen Mandatsträgern, Parteien und Bürgern führen. Ist der kommunalpolitische Alltag durch eine Vielzahl von Konflikten geprägt, dann entspricht dies einer hohen Politisierung. Wenige Auseinandersetzungen deuten entsprechend auf eine geringe Politisierung hin (zur Politisierung der Kommunalpolitik allgemein siehe z. B. Holtmann 1992). Die lokale Politisierung kann politische Orientierungen der Bürger auf verschiedene Weise beeinflussen. Einerseits verringern sich in einem politisierten Umfeld die Kosten der Informationsbeschaffung, Nachrichten aus der politischen Sphäre sind verfügbarer. Dadurch erhalten auch Bürger, die sich selbst weniger mit Politik auseinandersetzen, einen „einfacheren“ Zugang zur Politik. Andererseits haben Bürger bei politischen Entscheidungen auf lokaler Ebene eine starke Präferenz für Harmonie und Sachlichkeit (z. B. Gabriel u. Holtmann 1993, S. 483–486; Güllner 1986,

[3] Für eine Übersicht verschiedener Perspektiven des Begriffs „Politisierung“ siehe z. B. Claußen (1996, S. 24–25). Mit Blick auf Nationalstaaten haben van Deth und Elff (2001, 2004, S. 486–488) eine Konzeptualisierung vorgelegt.

S. 33–35). Eine starke Konfliktorientierung der lokalen Politik steht damit im Widerspruch zum Harmoniebedürfnis der Bürger. Durch Spillover-Effekte könnte die lokale Politisierung schließlich auch Konsequenzen für die Einstellungen zur EU haben. Als Indikatoren für die lokale Politisierung werden zwei Items der Kommunalpolitikerbefragung ausgewählt: Die Relevanz von Konflikten zwischen sozialen Gruppen bei kommunalpolitischen Entscheidungen und die Bewertung der Kommunalpolitik als disharmonisch.[4]

Als zweites Merkmal der lokalen Politik werden die Einstellungen der Kommunalpolitiker zur EU berücksichtigt. Durch die räumliche Nähe können sie eher als nationale und europäische Politiker als Ansprechpartner für politische Fragen fungieren. Bei Infoständen, Parteiveranstaltungen oder auch Vereinsfesten werden sicherlich nicht nur lokalpolitische, sondern auch nationale oder europäische Themen diskutiert. Dabei wird sich die Wahrscheinlichkeit, auf einen eher europafreundlichen oder europaskeptischen Kommunalpolitiker zu treffen, zwischen den Kommunen unterscheiden. Dabei ist denkbar, dass sich eine positive Bewertung der EU durch die Kommunalpolitiker günstig auf europäische Orientierungen auswirkt. Bei der Kommunalpolitikerbefragung wurden die Politiker – analog zu den Bürgern – zum Bedauern eines EU-Scheiterns und zur Zustimmung zur weiteren Europäischen Integration befragt.[5]

Das gesellschaftliche Umfeld ist der zweite Aspekt des lokalen Kontexts. Mit den städtepartnerschaftlichen Beziehungen und dem Ausländeranteil lassen sich zwei Merkmale des gesellschaftlichen Umfelds anführen, die einen Einfluss auf die Einstellungen der Bürger zur EU entfalten können. Europäische Städtepartnerschaften bringen Menschen aus verschiedenen Ländern miteinander in Kontakt. Sie fördern den Austausch der Bürger und können dazu beitragen, Vorurteile zu verringern. Deshalb gelten Städtepartnerschaften auch als „Synonym für transnationale Verständigungsarbeit auf kommunaler Ebene“ (Bautz 2002, S. 36), die beim Aufbau einer immer engeren Union eine wichtige Rolle spielen (siehe z. B. Statz u. Wohlfarth 2010, S. 13; Bautz 2002, S. 46; Hofmann 1989, S. 145; Gerhard et al. 1994, S. 167; Grunert 1981). Sie vermitteln die Vorzüge der Europäischen Integration auf lokaler Ebene, binden die Bürger ein und fördern aktive Beteiligung. Durch Hinweisschilder an Ortseingängen, aber auch Straßen und Plätzen, die nach Partnerstädten benannt werden, erfahren auch Bürger, die sich selbst nicht an Städtepartnerschaften beteiligen, von solchen Beziehungen zwischen Gemeinden. Eine wichtige Rolle bei diesen indirekten Erfahrungsmöglichkeiten spielt sicherlich auch die Berichterstattung in den lokalen Medien über Begegnungsfahrten und gemeinsamen Aktivitäten. Insgesamt sollte sich ein höheres lokales Niveau an städtepartnerschaftlichen Beziehungen günstig auf die Einstellungen der Bürger zur

[4] Auf Grundlage der Kommunalpolitikerbefragung wird für jede Gemeinde der Anteil der Mandatsträger berechnet, die der Aussage „Bei wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen in Ihrer Gemeinde/Stadt spielen Konflikte zwischen sozialen Gruppen eine wichtige Rolle“ (Relevanz von Konflikten) eher und voll und der Aussage „Kommunalpolitik in Ihrer Gemeinde/Stadt ist von Harmonie geprägt“ überhaupt nicht und eher nicht zugestimmt haben (Disharmonie).

[5] Der Kurzbericht „Europa aus Sicht von Kommunalpolitikern“ steht auf der Homepage des EiK-Projekts unter www.europa-im-kontext.de zur Verfügung.

EU auswirken. Mit der Anzahl an europäischen Städtepartnerschaften, der Dauer der europäischen städtepartnerschaftlichen Beziehungen und der Häufigkeit von Begegnungsfahrten stehen drei Indikatoren für die Analysen zur Verfügung.[6]

Durch den europäischen Binnenmarkt ist die Staatengemeinschaft (auch) für Migrationsbewegungen verantwortlich. Daher könnte die Präsenz von Ausländern eine Rolle bei der Bewertung der EU spielen. Mit der Kontakthypothese und der These der Gruppenbedrohung lassen sich zwei theoretische Zugänge unterscheiden, die häufig herangezogen werden, um die Beziehung zwischen Ausländeranteil und Fremdenfeindlichkeit zu erklären (z. B. Schneider 2008, S. 54–55; McLaren 2003, S. 912–917). Diese Ansätze können auch für die Betrachtung eines möglichen Zusammenhangs zwischen Ausländeranteil und europäischen Orientierungen genutzt werden. In der einfachsten Formulierung der Kontakthypothese führt Kontakt mit Fremden zu einem Abbau von Vorurteilen. Diese Annahme beruht auf der Überlegung, dass Vorurteile auf fehlendem oder falschem Wissen beruhen und durch Kontakt dieses Defizit verringert wird (z. B. Weins 2011, S. 485; Rustenbach 2010, S. 58). Da mit einer höheren Ausländerquote die Wahrscheinlichkeit steigt, mit Ausländern in Kontakt zu kommen, sollten sich die Vorurteile gegenüber Fremden verringern. Darauf aufbauend können Gemeinsamkeiten zwischen In- und Ausländern entdeckt, Immigranten als kulturelle Bereicherung für die Gesellschaft erfahren und mögliche Ängste, die mit dem Thema Immigration verbunden sind, verringert werden. Dies könnte sich günstig auf die Bewertung der EU auswirken, da diese für Immigrationsprozesse verantwortlich gemacht wird. In der erweiterten Fassung der Kontakthypothese werden für eine vorurteilsreduzierende Wirkung von Kontakten allerdings mehrere Voraussetzungen genannt. Als notwendige Bedingungen für einen Abbau von Vorurteilen durch Kontakt gelten unter anderem Statusgleichheit, Kooperation sowie häufige Interaktionen innerhalb eines positiven normativen Klimas (siehe z. B. Allport 1971, S. 267–286; Pettigrew 1998; Jonas 1998, S. 133–139). Trotz dieser anspruchsvollen Voraussetzungen weisen aktuelle Forschungsergebnisse darauf hin, dass ein höherer Ausländeranteil mit geringeren Vorurteilen gegenüber Ausländern einhergeht (z. B. Weins 2009, 2011). Für die vorliegende Fragestellung lässt sich daraus ein positiver Zusammenhang zwischen Ausländerquote und europäischen Orientierungen ableiten. Diese Überlegung steht allerdings im Widerspruch zur These der Gruppenbedrohung. Diese postuliert, dass sich Einheimische durch eine steigende Anzahl an Ausländern bedroht fühlen (z. B. Schneider 2008, S. 54–55). Mit ökonomischer und kultureller Bedrohung unterscheidet McLaren (2003, S. 915) zwei unterschiedliche Arten der Bedrohung. Erstgenanntes bezieht sich primär auf wirtschaftliche Aspekte, insbesondere die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (z. B. Quillian 1995). Zweitgenanntes meint die Bedrohung des Le-

[6] Die Indikatoren der städtepartnerschaftlichen Beziehungen wurden durch eine Befragung der Gemeindeverwaltungen erhoben. Um die Dauer der städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu berechnen wurde für jede Gemeinde die Differenz, in dem die Beziehungen aufgenommen wurden, und dem Jahr der Erhebung (2008) gebildet. Die Addition der einzelnen Zeiträume für jede Partnerstadt ergibt die jeweilige Dauer der städtepartnerschaftlichen Beziehungen. Für die Anzahl der regelmäßigen Fahrten liegt für Wiesbaden allerdings kein Wert vor.

bensstils durch eine Zunahme des Ausländeranteils (z. B. McLaren 2002). Lubbers und Scheepers (2007) argumentieren in diesem Zusammenhang, dass die Präsenz von Fremden, den Prozess der Kontraidentifikation anregt, der Exklusion zur Folge hat (siehe auch Scheepers et al. 2002, S. 18). Deshalb erwarten sie, dass „higher numbers of foreigners produce stronger social contra-identification and a consistently stronger political euro-scepticism" (Lubbers u. Scheepers 2007, S. 647). Mit zunehmendem Ausländeranteil nimmt zudem die sozio-strukturelle Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe zu (Rosar 2004, S. 95). Auf lokaler Ebene haben Ausländer aus den EU-Mitgliedsländern die Möglichkeit, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen. Ein höherer Ausländeranteil könnte daher die Ängste eines möglichen Bedeutungsverlusts der einheimischen Bevölkerung verstärken. Aus dieser Perspektive wäre eine negative Beziehung zwischen Ausländeranteil und Einstellungen zur EU zu erwarten.[7]

Als Erklärung für zwischenstaatliche und regionale Unterschiede in der Zustimmung zur EU wird häufig auf die wirtschaftliche Situation verwiesen (für zwischenstaatliche Unterschiede siehe z. B. Eichenberg u. Dalton 1993, 2007; für regionale Unterschiede siehe z. B. Schmidberger 1997). Danach stellt der wirtschaftliche Erfolg ein wesentliches Motiv politischer Unterstützung dar (z. B. Frey u. Garbers 1972, S. 282), der sich günstig auf die Popularität der politisch Verantwortlichen auswirkt (siehe auch Krumpal u. Vatter 2008, S. 93).[8] Die wirtschaftliche Situation unterscheidet sich allerdings nicht nur zwischen Staaten und Regionen, sondern auch zwischen Gemeinden existieren in dieser Hinsicht erhebliche Disparitäten. Daher ist auch ein Effekt des lokalen wirtschaftlichen Umfelds auf europäische Orientierungen denkbar. Als Indikatoren für das wirtschaftliche Umfeld werden die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2008 und das Konsumpotenzial (GfK-Kaufkraft) genutzt. Während die Arbeitslosenquote einen etablierten Indikator der Wirtschaftslage darstellt,[9] ist der Indikator Kaufkraft inhaltlich breiter angelegt und erfasst das lokale Wohlstandsniveau. Die Korrelation (Pearson's r) von -0,58 deutet aber darauf hin, dass die Indikatoren ähnliche Aspekte erfassen.

---

[7] Informationen zum Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden sind der hessischen Gemeindestatistik 2008 (HSL) entnommen. Mit Daten des Eurobarometers haben Fuchs et al. (1993) gezeigt, dass die Bürger nicht einfach zwischen deutscher und nicht-deutscher Herkunft differenzieren, sondern die Grenze zwischen Personen aus westeuropäischen Staaten und Menschen aus nicht-westeuropäischen Staaten verläuft. Bei einer differenzierten Betrachtung der Ausländeranteile nach Herkunft zeigen sich aber keine signifikanten Effekte. Dies ist möglicherweise auf die Datenlage zurückzuführen, da differenzierte Angaben der Ausländeranteile nach Herkunft nur auf der Kreisebene vorliegen (Auszählungen aus dem Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamts in Köln). Diese wurden für die Analyse disaggregiert.

[8] Der Einfluss des wirtschaftlichen Umfelds auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen wird insbesondere in der Wahlforschung untersucht. Für eine Literaturübersicht siehe z. B. Jung (1985), Lewis-Beck und Stegmaier (2007) oder Rattinger (2009, S. 87–89). Neuere Analysen haben Beckmann et al. (2011) sowie Bellucci und Lewis-Beck (2011) vorgelegt.

[9] Nach Lewis-Beck und Paldam (2000, S. 117) gehören Arbeitslosigkeit und Inflation zu den „big two" im Economic-voting-Ansatz. Für die Wahlentscheidung sei die Arbeitslosigkeit die wichtigere Erklärungsgröße: „As inflation has virtually disappeared in the West during the last decade, unemployment has soared to the center stage as an explanatory variable."

Schließlich haben die Gemeinden durch die verschiedenen Förderprogramme teilweise auch direkte Vorteile durch die EU. Aus utilitaristischer Perspektive sollten sich solche Finanzzuwendungen günstig auf die Bewertung der EU auswirken. Entsprechend sollte die Zustimmung zur Staatengemeinschaft in den Gebieten am höchsten sein, die wirtschaftlich am stärksten von der Europäischen Integration profitieren, beispielsweise durch den Erhalt von Subventionen.[10] Als Indikatoren für die direkten Vorteile durch die EU werden die Zahlungen im Jahr 2008 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und die Zahlungen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung (ELER) berücksichtigt. Die EGFL- und ELER-Beträge werden unter Agrar zusammengefasst.[11]

Die Korrelationen (Pearson's r) der einzelnen Merkmale des lokalen Kontexts und der Haltungen der Bürger zur EU sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Von 52 Korrelationen lassen sich bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent lediglich sechs Beziehungen statistisch absichern. Lediglich drei der 13 diskutierten Kontextmerkmale sind in der Aggregatanalyse überhaupt für die Haltung zur EU relevant. Von den wenigen relevanten Kontextmerkmalen erweist sich insbesondere das lokale Wohl-

Tabelle 2: Haltungen zur EU und der lokale Kontext (Aggregatdatenanalyse)

	Bedauern eines EU-Scheiterns	Zustimmung zur weiteren Integration	EU-Anhänger	EU-Gegner
Politisches Umfeld				
Relevanz von Konflikten bei politischen Entscheidungen	-0,08	-0,00	-0,11	-0,07
Kommunalpolitik von Disharmonie geprägt	-0,06	-0,24	-0,12	0,17
Bedauern eines EU-Scheiterns (Kommunalpolitiker)	0,33	-0,02	0,07	-0,17
Zustimmung zur weiteren Integration (Kommunalpolitiker)	0,16	-0,11	-0,01	0,03
Gesellschaftes Umfeld				
Anzahl der EU-Partnerstädte	0,23	-0,03	0,12	-0,23
Dauer der städtepartnerschaftlichen Beziehungen	0,18	-0,02	0,09	-0,20
Fahrten in die EU-Partnerstädte (ohne Wiesbaden)	0,14	0,01	0,05	-0,04
Anteil der Ausländer 2008	0,52**	0,22	0,28	-0,42*
Wirtschaftliches Umfeld				
Arbeitslosenquote 2008	-0,08	0,04	0,00	0,03
GfK-Kaufkraft 2009 (in Euro/Einwohner)	0,66***	0,24	0,39*	-0,46*
EFRE 2008 (in Euro/Einwohner)	-0,04	-0,18	-0,15	0,21
ESF 2008 (in Euro/Einwohner)	0,03	0,22	0,03	0,21
Agrar 2008 (in Euro/Einwohner)	-0,39*	-0,09	-0,19	0,30

Anmerkungen: Korrelationen (Pearson's r), N = 28. Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

[10] In der Literatur findet sich dazu die These, dass die politisch Verantwortlichen durch Transferzahlungen in bestimmte Regionen die Unterstützung der Europäischen Integration positiv beeinflussen wollen (z. B. Carrubba 1997, S. 475–476; Kemmerling u. Bodenstein 2006, S. 380; Bouvet u. Dall'Erba 2010, S. 512). Die Ergebnisse dieser Studien sind allerdings nicht eindeutig und neuere Befunde widersprechen dieser Auffassung (Dellmuth 2011).

[11] Das EU-Haushaltsjahr weicht vom Kalenderjahr ab. Es beginnt am 16. 10. eines Jahres und endet am 15. 10. des Folgejahres. Die Angaben von 2008 beziehen sich folglich auf den Zeitraum vom 16. 10. 2007 bis 15. 10. 2008.

standsniveau als zentraler Faktor: Ein höheres lokales Wohlstandsniveau (Kaufkraft) geht mit höheren Anteilen des Bedauerns eines EU-Scheiterns und mehr EU-Anhängern einher, während sich für den Anteil der EU-Gegner eindeutig eine negative Beziehung nachweisen lässt. Diese Befunde stützen damit eine utilitaristische Sichtweise der Zustimmung zur EU. Aber auch eine stärkere kulturelle Heterogenität – operationalisiert über den Ausländeranteil – steht mit proeuropäischen Orientierungen in Zusammenhang. Die Makro-Zusammenhänge sprechen damit eindeutig für die Kontakthypothese und gegen die These der Gruppenbedrohung. Die negative Relation bei den Agrar-Zahlungen steht allerdings im Widerspruch zu den formulierten Erwartungen. Fünf der sechs signifikanten Effekte entfallen dabei auf die Bewertungen der EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt, während die Zustimmung zur weiteren Europäischen Einigung bzw. die Chance ein EU-Anhänger zu sein mit den berücksichtigten Kontextmerkmalen kaum in Zusammenhang steht. Das lokale Umfeld scheint offensichtlich einen stärkeren Einfluss auf die aktuelle Haltung zur EU zu haben als auf die Einstellung zur weiteren Integration.

Insgesamt deuten die Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse allerdings nur auf geringe Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aspekten des lokalen Kontexts und den Einstellungen zur EU hin. Hat der lokale Kontext für europäische Orientierungen damit eine vernachlässigbare Rolle? Diese Frage steht im Mittelpunkt des folgenden Abschnitts.

4 Relevanz des lokalen Kontexts für die Haltungen zur EU

Mit so genannten Random-Intercept-Only-Modellen lässt sich die Relevanz des lokalen Kontexts für die Haltung der Bürger zur EU ermitteln. Für die beiden Items „Bedauern eines EU-Scheiterns“ und „Zustimmung zur Europäischen Union“ werden lineare Mehrebenenanalysen geschätzt, da die jeweiligen Skalenniveaus als (pseudo-) metrisch interpretiert werden können. Um möglichst viele Befragte in der Analyse zu berücksichtigen, werden jeweils „weiß nicht“-Angaben als neutrale Bewertungen kodiert.[12] Für eine bessere Interpretation der Ergebnisse werden die beiden abhängigen Variablen zudem so transformiert, dass sie jeweils einen Wertebereich von 0 bis 1 abbilden. Bei der Analyse der „EU-Anhänger“ und „EU-Gegner“ kommen logistische Mehrebenenanalysen zur Anwendung, da es sich bei den zu untersuchenden abhängigen Variablen um binäre Größen handelt. EU-Anhänger bzw. EU-Gegner erhalten jeweils den Wert 1, alle anderen den Wert 0. Bei einer logistischen Mehrebenenanalyse kann die Varianz der ersten Ebene nicht berechnet werden, deshalb wird sie als Konstante angenommen (Gelman u. Hill 2007, S. 86; siehe zur logistischen Mehrebenenanalyse auch Rabe-Hesketh u. Skrondal 2012, S. 501–574; Guo u. Zhao 2000). Darge-

[12] Beim Bedauern eines EU-Scheiterns bilden die „weiß nicht“-Angaben (1,8 Prozent) die Mittelkategorie der Skala, die von 0 („überhaupt nicht bedauern“) bis 4 (sehr bedauern) reicht. Bei der Frage nach der Zustimmung zur weiteren Europäischen Integration erhalten „weiß nicht“-Angaben (2,2 Prozent) den Skalenmittelwert (5) zugewiesen. Antwortverweigerungen werden bei der Analyse nicht berücksichtigt. Die entsprechenden Anteile liegen bei beiden Fragen deutlich unter einem Prozent.

stellt werden jeweils die logarithmierten Chancen ein EU-Anhänger bzw. EU-Gegner zu sein. Positive Werte deuten auf eine höhere Chance, negative Werte entsprechend auf eine geringere Chance hin.

Die in Tabelle 3 dokumentierten Ergebnisse der Random-Intercept-Only-Modelle belegen eine geringe Relevanz des Kontexts für die Haltung der Bürger zur EU. Lediglich beim „Bedauern eines EU-Scheiterns" liegt der Anteil der Kontextvarianz an der Gesamtvarianz über einem Prozentpunkt, bei den drei anderen betrachteten Variablen entfallen deutlich weniger als ein Prozent der Varianz auf die Kontextebene. Mit anderen Worten: Der lokale Kontext hat zwar einen Einfluss auf die Haltung zur EU, dieser ist aber gering. Ergebnisse der Likelihood-Ratio-Tests belegen allerdings, dass die hierarchische Modellierung in allen vier Fällen eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als eine lineare bzw. logistische Regression. Deshalb wird die Bestimmung der Erklärungsfaktoren auf Basis einer linearen bzw. logistischen Mehrebenenanalyse vorgenommen.

Tabelle 3: Relevanz des lokalen Kontexts für die Haltungen zur EU

	Bedauern eines EU-Scheiterns[1]	**Zustimmung zur weiteren Integration[1]**	**EU-Anhänger[2]**	**EU-Gegner[2]**
Konstante	0,621***	0,569***	-0,413***	-1,722***
Varianzkomponenten				
Individualebene	0,119	0,080	–	–
Kontextebene	0,002	0,000	0,021	0,021
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,013	0,003	0,006	0,006
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=105,55 (p=0,000)	χ^2=23,96 (p=0,000)	χ^2=43,59 (p=0,000)	χ^2=12,47 (p=0,000)
N	11.802 / 28	11.760 / 28	11.870 / 28	11.870 / 28

Anmerkungen: [1]) Lineare Mehrebenenanalyse. [2]) Logistische Mehrebenenanalyse. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

5 Individuelle Bestimmungsfaktoren der Haltungen zur EU

Die Ergebnisse der Random-Intercept-Only-Modelle weisen auf eine große Bedeutung individueller Merkmale für die Erklärung der Einstellungen zur EU hin. Bisherige Forschung konnte eine Vielzahl von relevanten Individualmerkmalen identifizieren (für eine Übersicht der in der Literatur diskutierten Individualmerkmale siehe z. B. Tausendpfund 2012). Hier werden die Einflüsse für sieben Gruppen individueller Bestimmungsfaktoren näher betrachtet: kognitive Orientierungen (Interesse an EU-Politik und das Wissen über die EU), Zufriedenheit mit den Leistungen politischer Institutionen, die wahrgenommenen Vorteile durch die EU, Wertorientierungen, die Haltung gegenüber Ausländern, Konfession sowie die aktive Beteiligung in Partnerschaftsvereinen.

Das Interesse an europäischer Politik kann die Vertrautheit mit dem politischen System fördern und Bedrohungsgefühle verringern. Bürger, die der europäischen Politik eine größere Aufmerksamkeit entgegenbringen, sind besser über die Vor- und Nachteile der Europäischen Integration informiert (Scheuer u. van der Brug 2007, S. 99). Die vor-

liegenden empirischen Befunde sind dabei eindeutig: Ein höheres Interesse an europäischer Politik begünstigt eine proeuropäische Haltung.[13] Auch ein höheres Wissen über die EU lässt auf eine stärkere Auseinandersetzung mit dem politischen System auf europäischer Ebene schließen. Dabei sind unterschiedliche Effekte des Wissensniveaus auf europäische Orientierungen denkbar. Einerseits kann sich ein höheres Wissen günstig auf die Einstellung zur EU auswirken, da politische Prozesse und Entscheidungen eher verstanden werden. Andererseits könnten aber auch gerade Personen mit einem höheren Wissen eine ablehnende Haltung zur EU entwickeln, da ihnen Defizite und Mängel des politischen Systems deutlicher bewusst sind als Personen mit einem geringen Wissensniveau.[14]

Die Haltung zur EU wird vermutlich auch von der Zufriedenheit der Bürger mit der Arbeit europäischer Institutionen beeinflusst. Ein positives Urteil sollte sich dabei günstig auf die Bewertung der EU auswirken. Allerdings handelt es sich bei der EU für die meisten Bürger um ein „fernes politisches Objekt" (Wagner 2010, S. 219) mit geringer Bedeutung für die eigene Lebenswirklichkeit. Unter solchen Bedingungen basiert die Einstellungsgenerierung häufig auf Heuristiken. Dabei handelt es sich um einfache „Faustregeln", um Bewertungen zu treffen, ohne umfassend informiert zu sein. Mit Blick auf die Haltung zur Staatengemeinschaft stellt das nationale politische System eine solche Heuristik dar. Einstellungen zum Nationalstaat sind verfügbarer und leichter abzurufen als Orientierungen zur EU, weil die institutionelle Struktur überschaubarer und die Bürger mit dem politischen System stärker vertraut sind (siehe z. B. Anderson 1998, S. 576; Fuchs 2003, S. 36–37; Kritzinger 2003, S. 221–224; Wagner 2010, S. 219–222). Deshalb wird zusätzlich die Zufriedenheit mit nationalen politischen Institutionen als Bestimmungsfaktor für europäische Orientierungen berücksichtigt. Die meisten Bürger erfahren aktuelle Ereignisse und Problemlagen allerdings ausschließlich über die Berichterstattung in Zeitung, Fernsehen und Radio (z. B. Page et al. 1987, S. 24). Vor Ort – in Gemeinden und Städten – können Bürger Politik und Demokratie unmittelbar erfahren und bewerten. Durch Spillover-Effekte könnte sich daher auch die Zufriedenheit mit der lokalen Politik günstig auf europäische Einstellungen auswirken (siehe auch den Beitrag von Vetter in diesem Band).[15]

---

[13] Als Indikator für das Interesse an europäischer Politik dient eine Frage nach dem subjektiven politischen Interesse, das auf einer Vier-Punkte-Skala erfasst wird (Frage 9d; siehe auch den Beitrag von van Deth in diesem Band). „Weiß nicht"-Antworten und Antwortverweigerungen werden als „überhaupt kein Interesse" gewertet.

[14] Die Bürgerbefragung umfasst sieben Wissensitems zur EU (Frage 23 und 24a–f; siehe auch den Beitrag von Westle in diesem Band). Für jeden Befragten wird die Anzahl der Items berechnet, die er korrekt beantwortet hat. „Weiß nicht"-Angaben und Antwortverweigerungen werden als falsche Antwort gewertet (MW = 3,7; SD = 1,7, Cronbach's Alpha der Skala 0,62).

[15] Die Zufriedenheit mit europäischen Institutionen wird als additiver Index der Zufriedenheit mit der Arbeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission gebildet (Fragen 18h und 18i). Bei der Zufriedenheit mit nationalen Institutionen wird die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung und des Bundestags berücksichtigt (Fragen 18f und 18g). Die Zufriedenheit mit lokalen Institutionen setzt sich aus der Zufriedenheit mit der Gemeindeverwaltung, der Gemeindevertretung sowie dem Bürgermeister zusammen (Fragen 18a, 18c und 18d). Die Zufriedenheit mit den einzelnen Institutionen wird jeweils auf einer 11-Punkte-Skala erfasst, bei der 0 „überhaupt nicht zufrieden" und 10 „sehr zufrieden" bedeutet. „Weiß Nicht"-Antworten werden als Skalenmittelwert (5) gewertet; Antwortverweigerungen nicht berücksichtigt.

Arbeiten von Gabel und Palmer (1995) und insbesondere Gabel (1998) belegen, dass die Bewertung der Union auf den individuellen Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft basiert. Personen, die von der EU profitieren, bewerten die Union positiver als Bürger, die zu den „Verlierern" des europäischen Integrationsprozesses zählen. Für diese Überlegungen findet sich in der Literatur umfangreiche Evidenz (siehe z. B. Anderson u. Reichert 1995; Hooghe u. Marks 2005; McLaren 2007; 2006; Scheuer u. van der Brug 2007). Die ausschließliche Betrachtung persönlicher Vorteile greift für die Bewertung der EU aber zu kurz. In der Wahlforschung hat die Unterscheidung zwischen „pocketbook voting" und „sociotropic voting" eine lange Tradition (z. B. Kinder u. Kiewiet 1981, S. 132). Nach dem „pocketbook"-Ansatz orientiert sich der Bürger bei der Wahlentscheidung vor allem an der persönlichen Situation. Mit anderen Worten: Individuelle Kalküle beeinflussen die politische Präferenzbildung. Die Bewertung der EU auf Basis individueller Vorteile durch die Staatengemeinschaft entspricht der „pocketbook"-Variante. Nach der Logik des soziotropischen Wählens (sociotropic voting) orientiert sich der Bürger bei der Wahlentscheidung an den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Danach berücksichtigen die Bürger bei ihrer Präferenzbildung auch die landesweite Situation. Entsprechend sollte die individuelle Bewertung der EU auch davon abhängen, inwieweit das eigene Land durch die EU eher Vorteile oder Nachteile hat (siehe dazu auch McLaren 2004, S. 899–902, 2006, S. 38–47). Bei den Analysen werden die wahrgenommen persönlichen und landesweiten Vorteile durch die EU berücksichtigt (Fragen 20a und 20c).[16]

Inglehart (1971, 1977) hat bereits früh auf eine Relation zwischen Wertorientierung und proeuropäischen Einstellungen aufmerksam gemacht. Er unterscheidet mit Materialisten und Postmaterialisten zwei Wertetypen. Während Materialisten ökonomische Sicherheit und physisches Wohlergehen einen wichtigen Stellenwert einräumen, sind Postmaterialisten Selbstentfaltung und Lebensqualität wichtig. Die Europäische Integration stehe für mehr soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Solidarität und Toleranz – alles postmaterialistische Ziele, weshalb Inglehart einen positiven Zusammenhang zwischen postmaterialistischen Werten und pro-europäischen Einstellungen erwartet. Schließlich erleichtert der Wertewandel „the emergence of a cosmopolitan political identity" (Inglehart 1977, S. 334) und „Post-Materialists are more likely to take an interest in remote and abstract causes – European integration being one of many possibilities" (Inglehart u. Rabier 1978, S. 87).[17]

Durch die Europäische Integration kommen Menschen aus verschiedenen Ländern, Regionen und Kulturen zusammen. Daher ist es denkbar, dass Einstellungen gegenüber Ausländern auch die Haltung zur EU beeinflussen. De Vresse und Boomgarden (2005, S. 59) bezeichnen die Einstellung gegenüber Ausländern als „key variable for

[16] Die Skalen reichen jeweils von „nur Nachteile" bis „nur Vorteile" (Fünf-Punkte-Skala). „Weiß Nicht"-Antworten werden als neutrale Antwort (weder Vor- noch Nachteile) gewertet; Antwortverweigerungen nicht berücksichtigt.

[17] Die Erhebung materialistischer und postmaterialistischer Werte basiert auf dem klassischen Vier-Item-Katalog nach Inglehart (Frage 10). Siehe dazu auch den Beitrag von Roßteutscher und Scherer in diesem Band.

understanding reluctance about integration“. McLaren (2002, S. 353) betont, dass „Antipathy toward the EU is not just about cost/benefit calculations or about cognitive mobilization, postmaterialist values, or evaluation of the national government, but about fear of, or hostility toward, other cultures“. Auf Individualebene gilt der Zusammenhang zwischen ausländerfeindlichen Einstellungen und negativer Bewertung der EU als empirisch belegt (siehe z. B. Boomgaarden et al. 2011; Braun u. Tausendpfund 2011; Braun et al. 2010; Boomgaarden u. Freire 2009; Garry u. Tilley 2009; de Vreese et al. 2008; Elgün u. Tillman 2007; Lubbers u. Scheepers 2007; de Vreese u. Boomgaarden 2005). In den EiK-Daten steht kein direkter Indikator für die Einstellung gegenüber Ausländern zur Verfügung. Alternativ wird ein Item verwendet, das die wahrgenommene Integration von Ausländern in einer Gemeinde erfasst (Frage 6e). Eine positive Wahrnehmung sollte sich günstig auf proeuropäische Orientierungen auswirken.

Nach Boomgaarden und Freire (2009, S. 1243) ist die EU eine Gemeinschaft, die auf christlichen Werten basiert (siehe auch Thomas 2005, S. 166–171; Gabriel 2008, S. 181). Nelsen et al. (2001, S. 193) verweisen in diesem Zusammenhang auf das transnationale Element, das in der christlichen Religion verankert ist. Beide Argumente lassen den Schluss zu, dass Angehörige christlicher Konfessionen die EU stärker unterstützen als Konfessionslose.[18]

Schließlich kommen Personen, die sich aktiv in Partnerschaftsvereinen beteiligen, unmittelbar mit Menschen aus anderen Ländern in Kontakt. Dies sollte Vorurteile verringern und das Verständnis füreinander fördern. Durch die Beteiligung in Partnerschaftsvereinen kommen Menschen auch unmittelbar mit der EU in Berührung, indem sie sich bei Begegnungsfahrten oder gemeinsamen Projekten mit der Staatengemeinschaft beschäftigen. Die Beteiligung in Partnerschaftsvereinen sollte daher proeuropäische Orientierungen begünstigen (Frage 25i).[19]

Für eine anschauliche Interpretation werden vor der Analyse sämtliche unabhängigen Variablen auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert. Die dargestellten Regressionskoeffizienten geben damit den Effekt vom niedrigsten auf den höchsten Wert eines Indikators an. Die Ergebnisse der Random-Intercept-Modelle mit den Variablen der Individualebene sind in Tabelle 4 zusammengefasst.

Die in der Tabelle dokumentierten Ergebnisse erlauben mehrere Schlussfolgerungen: Es sind eindeutig Bürger mit einem höheren politischen Interesse, einer höheren Zufriedenheit mit der Arbeit europäischer und nationaler Institutionen, höheren wahrgenommenen persönlichen und landesweiten Vorteilen durch die EU sowie einer postmaterialistischen Wertorientierung, die proeuropäische Einstellungen haben. Die

[18] Frage 41 der Bürgerbefragung erkundigt sich nach der Religionsgemeinschaft des Befragten. Angehörige der protestantisch/evangelischen, der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche werden als Mitglieder einer christlichen Konfession gewertet.

[19] Mit den vorliegenden Querschnittsdaten lässt sich allerdings keine Aussage zur Kausalität dieser Beziehung treffen. Möglicherweise zeigen diese Bürger bereits vor dem Eintritt in solche Vereinigungen proeuropäischere Einstellungen und engagieren sich deshalb in Partnerschaftsvereinen. Denkbar sind auch reziproke Zusammenhänge.

Tabelle 4: Individuelle Bestimmungsfaktoren der Haltungen zur EU

	Bedauern eines EU-Scheiterns[1]	Zustimmung zur weiteren Integration[1]	EU-Anhänger[2]	EU-Gegner[2]
Interesse an Europapolitik	0,20***	0,06***	0,94***	-0,86***
EU-Wissen	0,18***	-0,02	0,66***	0,28*
Zufriedenheit mit europäischen Institutionen	0,33***	0,31***	2,20***	-3,22***
Zufriedenheit mit nationalen Institutionen	0,04*	0,04*	0,63***	-0,37
Zufriedenheit mit lokalen Institutionen	0,01	0,02	0,27	-0,05
Vorteile durch die EU: persönlich	0,36***	0,16***	1,95***	-2,01***
Vorteile durch die EU: BRD	0,36***	0,24***	1,95***	-3,16***
Postmaterialistische Wertorientierung	0,03***	0,04***	0,39***	-0,31***
Materialistische Wertorientierung	-0,02	-0,00	-0,23**	-0,12
Integration von Ausländern	0,00	0,04***	0,22**	-0,38***
Christliche Konfession	0,03***	-0,00	0,02	-0,18*
Mitglied in einem Partnerschaftsverein	0,04***	0,01	0,11	-0,31**
Varianzkomponenten				
Individualebene	0,074	0,064	–	–
Kontextebene	0,000	0,000	0,015	0,019
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,005	0,003	0,005	0,006
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=36,11 (p=0,000)	χ^2=24,11 (p=0,000)	χ^2=20,83 (p=0,000)	χ^2=7,57 (p=0,003)
N	11.244 / 28	11.215 / 28	11.273 / 28	11.273 / 28

Anmerkungen: [1]) Lineare Mehrebenenanalyse. [2]) Logistische Mehrebenenanalyse. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Kombination dieser Individualmerkmale – mit Ausnahme der Zufriedenheit mit nationalen Institutionen – reduziert zudem die Chance ein EU-Gegner zu sein. Die Befunde sind theoretisch plausibel und stehen im Einklang mit empirischen Befunden zu diesem Thema. Aus der Tabelle ist aber ebenfalls unmittelbar ersichtlich, dass die Zufriedenheit mit lokalen Institutionen offensichtlich keinen Effekt auf die Haltung zur EU hat. Bürger können zwar Politik und Demokratie auf lokaler Ebene unmittelbar erfahren und bewerten, aber die Zufriedenheit mit lokalen Institutionen entfaltet keine nachweisbare Wirkung auf europäische Orientierungen.

Die übrigen individuellen Bestimmungsfaktoren entfalten in Abhängigkeit der betrachten abhängigen Variablen unterschiedliche Effekte. Eine christliche Konfession und die aktive Beteiligung in Partnerschaftsvereinen reduziert zwar die Chance ein EU-Gegner zu sein bzw. begünstigt ein höheres Bedauern eines EU-Scheiterns, fördert aber nicht die Zustimmung zur weiteren Integration. Auch haben Konfession und die Beteiligung in Partnerschaftsvereinen keinen Einfluss auf die Chance ein EU-Anhänger zu sein. Mit anderen Worten: Die christliche Konfession und die aktive Beteiligung in Partnerschaftsvereinen begünstigen zwar eine wohlwollende Haltung zur EU, aber nicht die Zustimmung zur weiteren Europäische Einigung. Eine positiv wahrgenommene Integration von Ausländern in die lokale Gemeinschaft fördert dagegen die die Zustimmung zur weiteren Integration und verringert die Chance ein EU-Gegner zu sein. Schließlich zeigt sich für das Wissen ein interessanter Befund. Ein höheres Wis-

sen beeinflusst sowohl die Chance ein EU-Gegner als auch ein EU-Anhänger zu sein. Damit bestätigen sich die – theoretisch plausiblen – unterschiedlichen Konsequenzen eines höheren Wissens. Einerseits kann Wissen dazu beitragen, eine proeuropäische Haltung zu entwickeln, da der politische Prozess eher verstanden wird. Andererseits sind gerade Menschen mit einem höheren Wissen dazu in der Lage, die Defizite des politischen Systems zu durchschauen. Dies begünstigt eher eine ablehnende Haltung zur EU.

Durch die Berücksichtigung der Individualmerkmale verringert sich die ICC beim Bedauern eines EU-Scheiterns von 1,3 auf 0,5 Prozent. Danach ist ein erheblicher Teil der Kontextvarianz auf Kompositionseffekte zurückzuführen. Für die drei anderen betrachteten Variablen gilt dies allerdings nicht. Die ICC verändern sich gegenüber den Random-Intercept-Only-Modellen praktisch nicht. Insgesamt können maximal zwischen 0,3 und 0,6 Prozent der Gesamtvarianz durch Kontextmerkmale erklärt werden.

6 Individuelle und kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Haltungen zur EU

Im Vergleich zu individuellen Merkmalen hat der lokale Kontext zwar nur einen geringen Einfluss auf europäische Orientierungen, der Befund bleibt allerdings erklärungsbedürftig. Deshalb wird die Individualanalyse mit der Betrachtung der diskutierten Kontextmerkmale erweitert. Für diesen Zweck werden den Random-Intercept-Modellen mit Variablen der Individualebene die Kontextmerkmale hinzugefügt. Für jedes Kontextmerkmal wird dabei ein eigenes Modell mit den signifikanten Individualmerkmalen geschätzt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die signifikanten und im Vergleich zum vorhergehenden Modell weitgehend unveränderten Effekte der Individualebene aber nicht mit jeder Kontextvariable aufgeführt.[20]

Trotz geringer Kontextvarianz an der Gesamtvarianz zeigen die Ergebnisse in Tabelle 5, dass knapp ein Drittel der berücksichtigen Kontextmerkmale strukturelle Effekte auf europäische Orientierungen entfalten. Allein für die Anzahl der EU-Partnerstädte und die Dauer städtepartnerschaftlichen Beziehungen lassen sich fünf signifikante Kontextmerkmale nachweisen. Offensichtlich entfalten Städtepartnerschaften damit auch eine Wirkung auf Personen, die sich nicht selbst an solchen Aktivitäten beteiligen. Nicht nur die Chance, eine ablehnende Haltung zur EU zu entwickeln (EU-Gegner), ist in Gemeinden mit vielen und langjährigen städtepartnerschaftlichen Beziehungen deutlich geringer, sondern städtepartnerschaftliche Beziehungen begünstigen insgesamt eine positivere Bewertung der EU. Dies drückt sich in einem höheren Bedauern eines möglichen EU-Scheiterns und der Zustimmung zur weiteren Integration aus. Städtepartnerschaften stellen damit eine stabilisierende Komponente im europäischen Integrationsprozess dar. Etwas überraschend ist in diesem Zusammenhang

[20] In diesen „sparsameren“ Individualmodellen ist allerdings der positive Effekt des politischen Wissens auf die Chance ein EU-Gegner zu sein statistisch nicht mehr signifikant. Die logistischen Mehrebenenanalysen wurden deshalb zweimal gerechnet – einmal mit dem Wissen, einmal ohne. Die Ergebnisse sind vergleichbar. Dargestellt sind die Ergebnisse mit dem individuellen EU-Wissen.

Tabelle 5: Kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Haltungen zur EU

	Bedauern eines EU-Scheiterns[1]	Zustimmung zur weiteren Integration[1]	EU-Anhänger[2]	EU-Gegner[2]
Politisches Umfeld				
Relevanz von Konflikten bei politischen Entscheidungen	-0,00	0,03*	0,09	-0,30*
Kommunalpolitik von Disharmonie geprägt	-0,01	-0,00	-0,04	0,11
Bedauern eines EU-Scheiterns (Kommunalpolitiker)	0,03	-0,01	0,00	-0,16
Zustimmung zur weiteren Integration (Kommunalpolitiker)	0,02	-0,02	0,00	0,04
Gesellschaftliches Umfeld				
Anzahl der EU-Partnerstädte	0,03#	0,02	0,06	-0,32*
Dauer der städtepartnerschaftlichen Beziehungen	0,03#	0,03*	0,12	-0,35**
Fahrten in die EU-Partnerstädte (ohne Wiesbaden)	0,01	0,00	-0,03	-0,06
Anteil der Ausländer 2008 (HSL)	0,05**	0,02	0,08	-0,39**
Wirtschaftliches Umfeld				
Arbeitslosenquote 2008	0,01	0,04***	0,21#	-0,29*
GfK-Kaufkraft 2009 (in Euro/Einwohner)	0,04*	-0,03#	-0,09	-0,06
EFRE 2008 (in Euro/Einwohner)	0,01	-0,00	0,04	0,00
ESF 2008 (in Euro/Einwohner)	0,01	0,02	0,11	-0,22
Agrar 2008 (in Euro/Einwohner)	-0,01	0,01	0,06	0,12

Anmerkungen: [1]) Lineare Mehrebenenanalyse. [2]) Logistische Mehrebenenanalyse. Signifikante Individualmerkmale aus Tabelle 4 sind jeweils enthalten. Signifikanzniveaus: # = $p < 0,10$; * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

allerdings die Bedeutungslosigkeit der Häufigkeit städtepartnerschaftlichen Begegnungsfahrten. Vermutlich nimmt an solchen Fahrten nur eine kleine Gruppe von Bürgern teil, so dass mögliche positive Wirkungen auf diese Personen beschränkt bleiben.

Ein höherer Ausländeranteil verringert die Chance ein EU-Gegner zu sein und wirkt sich günstig auf das Bedauern eines EU-Scheiterns aus. Dieser Befund steht im Einklang mit der Kontakthypothese, wonach durch Kontakt Vorurteile gegenüber Fremden verringert und Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen entdeckt werden. Strukturelle Effekte auf die Haltung zur EU lassen sich auch für das wirtschaftliche Umfeld belegen. Ein wohlhabendes Umfeld (Kaufkraft) hat einen positiven Einfluss auf das Bedauern eines EU-Scheiterns, aber einen negativen Effekt auf die Zustimmung zur weiteren Integration. In wohlhabenden Gemeinden wird eine weitere Europäische Integration möglicherweise als Bedrohung für den Wohlstand gewertet. Dagegen findet sich in Gemeinden mit höherer Arbeitslosigkeit eine größere Zustimmung zur weiteren Integration. Zudem ist die Chance ein EU-Anhänger zu sein erhöht bzw. die Chance ein EU-Gegner zu sein verringert. Offensichtlich wird in wirtschaftlich schwächeren Gebieten die europäische Ebene als „Hoffnungsträger“ wahrgenommen, die dazu beitragen kann, positive Impulse für den heimischen Arbeitsmarkt zu setzen. Nicht relevant für europäische Orientierungen sind dagegen die Transferzahlungen aus dem EFRE-, ESF- oder den Agrar-Fonds. Für diesen Befund gibt es mehrere Erklärungen. So dürften den meisten Bürgern die EU-Transferzahlungen nicht bekannt sein. Insbesondere die EFRE- und ESF-Förderung richtet sich nicht direkt an die Bürger, sondern an Firmen und öffentliche Institutionen. Ferner sind den Finanzzuweisun-

gen aus Brüssel nationale Institutionen zwischengeschaltet. Dies erschwert zusätzlich die Wahrnehmung für die Verantwortlichkeit dieser Transferzahlungen.

Das lokalpolitische Umfeld ist – mit Ausnahme der Relevanz von Konflikten bei politischen Entscheidungen – für europäische Orientierungen bedeutungslos. Insbesondere die Haltung der Kommunalpolitiker entfaltet keinen strukturellen Einfluss auf die europäischen Orientierungen der Bürger. Entsprechend relativiert dieser Befund die Bedeutung dieser Akteure für die Bewertung der EU durch die Bürger.

Zusammenfassend belegen die Analysen durchaus einen Einfluss des Kontexts auf die Haltung der Bürger zur EU. Die Ergebnisse dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich insgesamt nur um schwache Effekte handelt. Der lokale Kontext prägt die europäischen Orientierungen der Bürger zwar nur in sehr begrenztem Ausmaß, aber die berücksichtigten Merkmale können die ICC jeweils deutlich verringern. Die entsprechenden Likelihood-Radio-Tests sind bei „EU-Gegner“ und „Zustimmung zur weiteren Integration“ nicht mehr signifikant. Mit anderen Worten: Die berücksichtigten Kontextmerkmale können die (geringe) Kontextvarianz erklären. Bei „Bedauern eines EU-Scheiterns“ und „EU-Anhänger“ verringert sich die ICC jeweils auf 0,003.

7 Fazit

Europäische Politik wird auf europäischer Ebene entschieden, umgesetzt wird sie aber weitgehend auf lokaler und regionaler Ebene. Durch gesetzliche Regelungen, EU-Finanzzahlungen und Städtepartnerschaften sind beide Ebenen miteinander verbunden. Auf den ersten Blick scheint ein Einfluss des lokalen Kontexts auf europäische Orientierungen deshalb auch plausibel, zumal die deskriptiven Ergebnisse beachtliche Unterschiede in den Einstellungen der Bürger zur EU zwischen den Gemeinden belegen. In allen Gemeinden würde eine Mehrheit der Befragten ein Scheitern der EU bedauern, eine weitere Europäische Integration wird allerdings in den meisten Kommunen nicht gewünscht. Auch die Anteile der EU-Anhänger und der EU-Gegner variieren erheblich zwischen den Kommunen, dabei gibt es in allen Gemeinden aber deutlich mehr Anhänger als Gegner der Staatengemeinschaft.

Bei der Erklärung der Haltung zur EU stehen allerdings eindeutig individuelle Bestimmungsfaktoren im Vordergrund. Ein höheres politisches Interesse, eine höhere Zufriedenheit mit der Arbeit politischer Institutionen, eine postmaterialistische Wertorientierung und wahrgenommene Vorteile durch die EU korrespondieren mit einer positiveren Haltung zur Staatengemeinschaft. Trotz der eindeutig größeren Bedeutung von individuellen Merkmalen für die Erklärung der Zustimmung der Bürger zur EU spielt allerdings auch der lokale Kontext in zweifacher Weise eine Rolle.

Zum einen belegen die Analysen Effekte lokaler Orientierungen auf die Haltung zur EU. Eine positiv wahrgenommene Integration von Ausländern hat günstige Konsequenzen für die Zustimmung zur EU bzw. beeinflusst die Chance ein EU-Anhänger/EU-Gegner zu sein. Auch die Mitarbeit in Partnerschaftsvereinen wird in der Regel auf

lokaler Ebene stattfinden. Ein solches Engagement wird allerdings nur in Gemeinden möglich sein, die städtepartnerschaftliche Beziehungen pflegt. Ohne Städtepartnerschaft ist ein Partnerschaftsverein nur schwierig vorstellbar. Zum anderen lassen sich (schwache) strukturelle Effekte des lokalen Umfelds auf die Haltung zur EU belegen. Die Ergebnisse unterstreichen dabei insbesondere die Relevanz von Städtepartnerschaften, die offensichtlich als stabilisierendes Element im Europäischen Einigungsprozess wirken.

Aus diesen empirischen Befunden leiten sich unmittelbar Konsequenzen für die lokale Ebene ab. Durch die erfolgreiche Integration von Ausländern, dem Aufbau und der Pflege städtepartnerschaftlicher Beziehungen kann vor Ort die Distanz zwischen der weit entfernten EU und den Bürgern verringert werden. Damit könnte die Gemeinde in der Tat als „Keimzelle für das Zusammenleben in Europa“ (Sabathil 2006, S. 10) fungieren.

Literatur

Allport, Gordon W. 1971. *Die Natur des Vorurteils*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Anderson, Christopher J. 1998. When in doubt, use proxies: Attitudes toward domestic politics and support for European integration. *Comparative Political Studies* 31: 569–601.

Anderson, Christopher J., und M. Shawn Reichert. 1995. Economic Benefits and Support for Membership in the E.U.: A Cross-National Analysis. *Journal of Public Policy* 15: 231–249.

Aronson, Elliot, Timothy D. Wilson, und Robin M. Akert. 2004. *Sozialpsychologie*. München: Pearson.

Bautz, Ingo. 2002. *Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – Ost-West-Konflikt*. Siegen: Dissertation.

Beckmann, Ruth, Philipp Trein, und Stefanie Walter. 2011. Dominanz der Ökonomie: Entscheidet die Wirtschaftslage Wahlen? In *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Hrsg. Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, 231–252. Frankfurt a. M.: Campus.

Bellucci, Paolo, und Michael S. Lewis-Beck. 2011. A stable popularity function? Cross-national analysis. *European Journal of Political Research* 50: 190–211.

Bohner, Gerd. 2003. Einstellungen. In *Sozialpsychologie. Eine Einführung*, Hrsg. Wolfgang Stroebe, Klaus Jonas und Miles Hewstone, 265–315. Heidelberg: Springer.

Boomgaarden, Hajo G., und André Freire. 2009. Religion and Euroscepticism: Direct, Indirect or No Effects? *West European Politics* 32: 1240–1265.

Boomgaarden, Hajo G., Andreas R. T. Schuck, Matthijs Elenbaas, und Claes H. de Vreese. 2011. Mapping EU attitudes: Conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. *European Union Politics* 12: 241–266.

Böttcher, Winfried. 2011. *Ein anderes Europa. Von den Nationalstaaten zu den Regionen*. Baden-Baden: Nomos.

Bouvet, Florence, und Sandy Dall’erba. 2010. European Regional Structural Funds: How Large is the Influence of Politics on the Allocation Process? *Journal of Common Market Studies* 48: 501–528.

Braun, Daniela, und Markus Tausendpfund (2011). *Immigration und die Zustimmung zur weiteren Europäischen Integration*. Beitrag präsentiert bei der Drei-Länder-Tagung der DVPW, ÖGPW und der SVPW „Politische Integration“, 13./14. Januar 2011, Basel.

Braun, Daniela, Nicole Seher, Markus Tausendpfund, und Ansgar Wolsing (2010) *Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration. Eine Mehrebenenanalyse*. Arbeitspapier Nr. 136. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Carrubba, Clifford J. 1997. Net Financial Transfers in the European Union: Who Gets What and Why? *Journal of Politics* 59: 469–496.

Claußen, Bernhard. 1996. Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Hrsg. Bernhard Claußen und Rainer Geißler, 15–48. Opladen: Leske + Budrich.

de Vreese, Claes H., und Hajo G. Boomgaarden. 2005. Projecting EU Referendums: Fear of Immigration and Support for European Integration. *European Union Politics* 6: 59–82.

de Vreese, Claes H., Hajo G. Boomgaarden, und Holly A. Semetko. 2008. Hard and Soft: Public Support for Turkish Membership in the EU. *European Union Politics* 9: 511–530.

Dellmuth, Lisa Maria. 2011. The cash divide: the allocation of European Union regional grants. *Journal of European Public Policy* 18: 1016–1033.

Down, Ian, und Carole J. Wilson. 2008. From 'Permissive Consensus' to 'Constraining Dissensus': A Polarizing Union? *Acta Politica* 43: 26–49.

Eichenberg, Richard C., und Russell J. Dalton. 1993. Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration. *International Organization* 47: 507–534.

Eichenberg, Richard C., und Russell J. Dalton. 2007. Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973–2004. *Acta Politica* 42: 128–152.

Elgün, Özlem, und Erik R. Tillman. 2007. Exposure to European Union Policies and Support for Membership in the Candidate Countries. *Political Research Quarterly* 60: 391–400.

Europäische Kommission. 2005. *Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa*.

Europäische Kommission. 2006. *Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. KOM (2006) 385*.

Frey, Bruno S., und Hermann Garbers. 1972. Der Einfluß wirtschaftlicher Variablen auf die Popularität der Regierung – eine empirische Analyse. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 186: 281–295.*

Fuchs, Dieter. 2003. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan W. Van Deth und Edeltraud Roller, 29–56. Opladen: Leske + Budrich.

Fuchs, Dieter, Jürgen Gerhards, und Edeltraud Roller. 1993. Wir und die anderen. Ethnozentrismus in zwölf Ländern der europäischen Gemeinschaft. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 238–253.

Gabel, Matthew J. 1998. *Interests and Integration. Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Gabel, Matthew J., und Harvey D. Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European Integration. *European Journal of Political Research* 27: 3–19.

Gabriel, Oscar W. 2008. Politische Einstellungen und politische Kultur. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp, 181–214. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, Oscar W., und Everhard Holtmann. 1993. Kommunale Demokratie. In *Parlamentslehre. Das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter*, Hrsg. Jürgen Bellers Raban von Westphalen, 471–488. München: Oldenbourg.

Garry, John, und James Tilley. 2009. The Macroeconomic Factors Conditioning the Impact of Identity on Attitudes towards the EU. *European Union Politics* 10: 361–379.

Geißel, Brigitte. 2010. *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* Frankfurt a. M.: Campus.

Gelman, Andrew, und Jennifer Hill. 2007. *Data Analysis Using Regression and Multilevel/Hierarchical Models*. Cambridge: Cambridge University Press.

Gerhard, Simone, Corinna Heipcke, und Emanuel Richter. 1994. Städtepartnerschaften haben Konjunktur – und Konjunktur benötigt Impulse. Eine empirische Studie zu Partnerschaften hessischer Gemeinden und Städte. In *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Hrsg. Annette Jünemann, Emanuel Richter und Hartmut Ullrich, 167–182. Frankfurt a. M.: Peter Lang.

Grunert, Thomas. 1981. *Langzeitwirkungen von Städte-Partnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration*. Kehl am Rhein: Engel.

Güllner, Manfred. 1986. Der Zustand des lokalen Parteiensystems: Chance oder Ende der Kommunalpolitik? In *Erneuerung der Politik „von unten"? Stadtpolitik und kommunale Selbstvetwaltung im Umbruch*, Hrsg. Joachim Jens Hesse, 26–37. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Guo, Guang, und Hongxin Zhao. 2000. Multilevel Modeling for Binary Data. *Annual Review of Sociology* 26: 441–462.

Hofmann, Josef. 1989. Kommunalpolitik in Europa. In *Kommunale „Außenpolitik". Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften*, Hrsg. Paul von Kodolitsch, 139–146. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

Holtmann, Everhard. 1992. Politisierung der Kommunalpolitik und Wandlungen im lokalen Parteiensystem. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22–23: 13–22.

Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues: Public opinion on European integration. *European Union Politics* 6: 419–443.

Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2009. A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science* 39: 1–23.

Inglehart, Ronald. 1971. Changing Value Priorities and European Integration. *Journal of Common Market Studies* 10: 1–36.

Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald, und Jacques-René Rabier. 1978. Economic Uncertainty and European Solidarity: Public Opinion Trends. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 440: 66–97.

Jonas, Klaus. 1998. Die Kontakthypothese: Abbau von Vorurteilen durch Kontakt mit Fremden? In *Die offene Gesellschaft und ihre Fremden*, Hrsg. Margit E. Oswald und Ulrich Steinvorth, 129–154. Bern: Huber.

Jung, Helmut. 1985. Ökonomische Variablen und ihre politischen Folgen: Ein kritischer Literaturbericht. In *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt, 61–95. Berlin: Duncker & Humblot.

Kaina, Viktoria. 2009. *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kemmerling, Achim, und Thilo Bodenstein. 2006. Partisan Politics in Regional Redistribution. Do Parties Affect the Distribution of EU Structural Funds across Regions? *European Union Politics* 7: 373–392.

Kinder, Donald R., und Roderick D. Kiewiet. 1981. Sociotropic Politics: The American Case. *British Journal of Political Science* 11: 129–161.

Knelangen, Wilhelm. 2012. Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62: 32–40.

Kritzinger, Sylvia. 2003. The Influence of the Nation-State on Individual Support for the European Union. *European Union Politics* 4: 219–241.

Krumpal, Ivar und Adrian Vatter. 2008. Ökonomisches Wählen: Zum Einfluss von Wahrnehmungen der allgemeinen Wirtschaftslage auf das Abschneiden der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39: 93–111.

Lewis-Beck, Michael S., und Martin Paldam. 2000. Economic voting: an introduction. *Electoral Studies* 19: 113–121.

Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2007. Economics models of voting. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 518–537. Oxford: Oxford University Press.

Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European Community*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2007. Explanations of political euroscepticism at the individual, regional and national levels. *European Societies* 9: 643–669.

McLaren, Lauren M. 2002. Public support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? *The Journal of Politics* 64: 551–566.

McLaren, Lauren M. 2003. Anti-Immigrant Prejudice in Europe: Contact, Threat Perception, and Preferences for the Exclusion of Migrants. *Social Forces* 81: 909–936.

McLaren, Lauren M. 2004. Opposition to European integration and fear of loss of national identity: Debunking a basic assumption regarding hostility to the integration project. *European Journal of Political Research* 43: 895–911.

McLaren, Lauren M. 2006. *Identity, interests and attitudes to European integration*. Houndmills: Palgrave Macmillan.

McLaren, Lauren M. 2007. Explaining Mass-Level Euroscepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust. *Acta Politica* 42: 233–251.

Münch, Claudia. 2006. *Emanzipation der lokalen Ebene? Kommunen auf dem Weg nach Europa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Nelsen, Brent F., James L. Guth, und Cleveland R. Fraser. 2001. Does religion matter? Christianity and public support for the European Union. *European Union Politics* 2: 191–217.

Page, Benjamin I., Robert Y. Shapiro, und Glenn R. Dempsey. 1987. What Moves Public Opinion? *The American Political Science Review* 81: 23–44.

Pettigrew, Thomas F. 1998. Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology* 49: 65–85.

Quillian, Lincoln. 1995. Prejudice as a Response to Perceived Group Threat: Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. *American Sociological Review* 60: 586–611.

Rabe-Hesketh, Sophia, und Anders Skrondal. 2012. *Multilevel and Longitudinal Modeling Using Stata. Volume II: Categorical Responses, Counts, and Survival*. College Station: Stata Press.

Rattinger, Hans. 2009. *Einführung in die Politische Soziologie*. München: Oldenbourg.

Rosar, Ulrich. 2004. Ethnozentrismus und Immigration. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 77–101. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rustenbach, Elisa. 2010. Sources of Negative Attitudes toward Immigrants in Europe: A Multi-Level Analysis. *International Migration Review* 44: 53–77.

Sabathil, Gerhard. 2006. Europa vor Ort – Warum Kommunen für Europa wichtig sind. In *Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union*, Hrsg. Ulrich von Alemann und Claudia Münch, 10–15. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schäfer, Armin. 2006. Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union. *Leviathan* 34: 350–376.

Scheepers, Peer, Mérove Gijsberts, und Marcel Coenders. 2002. Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat. *European Sociological Review* 18: 17–34.

Scheuer, Angelika, und Wouter van der Brug. 2007. Locating support for European integration. In *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Hrsg. Wouter van der Brug und Cees van der Eijk, 94–115. Notre Dame: University of Notre Dame Press.

Schmidberger, Martin. 1997. Zwischenstaatliche Variationen bei Bevölkerungseinstellungen zur EU: ein mehrebenenanalytischer Untersuchungsansatz. *ZA-Information* 41: 102–119.

Schneider, Silke L. 2008. Anti-Immigrant Attitudes in Europe: Outgroup Size and Perceived Ethnic Threat. *European Sociological Review* 24: 53–67.

Spindelegger, Martin. 2010. Europa braucht ein vertrautes Gesicht vor Ort. *Pressemitteilung vom 25. Februar 2010.* Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten: Wien.

Statz, Albert, und Charlotte Wohlfarth. 2010. *Kommunale Partnerschaften und Netzwerke: Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Tausendpfund, Markus. 2012. *Gemeinden als Fundament der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union*. Mannheim: Dissertation.

Thomas, Scott M. 2005. *The Global Resurgence of Religion and the Transformation of International Relations. The Struggle for the Soul of the Twenty-First Century*. New York: Palgrave Macmillan.

van Deth, Jan W., und Martin Elff. 2001. Politicisation and Political Interest in Europe: A Multi-Level Approach. *Arbeitspapier Nr. 36*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

van Deth, Jan W., und Martin Elff. 2004. Politicisation, economic development and political interest in Europe. *European Journal of Political Research* 43: 477–508.

van Hüllen, Verra. 2008. Die „normative Macht" der EU nach innen: Identität und Legitimität durch europäische Außenpolitik. *Zeitschrift für europarechtliche Studien* 11: 565–578.

Vetter, Angelika. 2002. *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Opladen: Leske + Budrich.

Vetter, Angelika. 2010. Kommunen und die Unterstützung der Bürger für die EU. In *Die EU-Reflexionsgruppe „Horizont 2020–2030". Herausforderungen und Reformoptionen für das Mehrebenensystem*, Hrsg. Gabriele Abels, Annegret Eppler und Michèle Knodt, 221–236. Baden-Baden: Nomos.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Vetter, Angelika und Gábor Soós. 2008. Kommunen in der EU. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp, 579–605. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

von Alemann, Ulrich, und Claudia Münch (Hrsg.). 2006. *Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wagner, Bettina. 2010. Unterstützung der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa: Die Rolle nationalstaatlicher Einstellungen als Heuristiken. In *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher, 215–237. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weidenfeld, Werner. 2010. *Die Europäische Union*. Paderborn: Fink.

Weins, Cornelia. 2009. Fremdenfeindlichkeit durch Zuwanderung? Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik. In *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, Hrsg. Hanna Kaspar, Harald Schoen, Siegfried Schumann und Jürgen R. Winkler, 67–83. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weins, Cornelia. 2011. Gruppenbedrohung oder Kontakt? Ausländeranteile, Arbeitslosigkeit und Vorurteile in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63: 481–499.

Woesler, Dietmar M. 2006. Städtepartnerschaften in neuem Licht. In *Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union*, Hrsg. Ulrich von Alemann und Claudia Münch, 412–433. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Teil II:

Lokale politische Orientierungen im Vergleich

Politisches Interesse

Jan W. van Deth

1 Einführung[1]

In modernen Gesellschaften ist kaum ein Bereich des Lebens nicht von Politik betroffen: Bildung und Gesundheit, Sicherheit und Ordnung, Arbeitsplätze und Geldscheine, Trinkwasser und Friedhöfe, Energie und Einwanderung sowie zahlreiche weitere Themen fallen in den Zuständigkeitsbereich politischer Entscheidungen. Trotz dieser Allgegenwärtigkeit und ihrer unbestrittenen Erfolge, ist Politik jedoch nicht populär. Statt Interesse und Engagement seitens der Bürger auszulösen, kann man in mancher Kneipe und in jedem ICE-Abteil eher Ablehnung und Gleichgültigkeit gegenüber politischen Inhalten und Akteuren erfahren. In vielen Ländern haben die Menschen in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr ihre Zuversicht in die Politik verloren (siehe van Deth 2004, S. 275–276; Norris 1999). Offensichtlich lehnen Bürger das politische Geschäft, vor allem aber die Politiker und politischen Parteien immer stärker ab und entfernen sich zunehmend von der Politik. Diese Entwicklung ist speziell für demokratische politische Systeme höchst gefährlich, da das politische Engagement der Bürger als eine notwendige Voraussetzung funktionsfähiger Demokratien gilt. Diese Vorstellung wurde bereits von Perikles (431/430 v. Chr.) betont und findet sich auch in Theorien jüngeren Datums wieder: Demokratische Entscheidungen können nur dann demokratisch sein, wenn die Bürger ihre Wünsche, Erwartungen und Interessen einbringen. Für den Erwerb und die Entwicklung politischer Präferenzen ist jedoch ein Mindestmaß an politischer Information sowie politische Aufmerksamkeit erforderlich. Somit stellt sich für demokratische Systeme nicht die Frage, *ob* die Bürger sich für Politik interessieren sollten, sondern vielmehr *in welchem Maße* politisches Interesse notwendig ist, um sie in die Lage zu versetzen und zu motivieren, sich politisch zu beteiligen.

Obwohl die Notwendigkeit von politischem Interesse seitens der Bürger für die Lebensfähigkeit einer Demokratie allgemein anerkannt ist, ist das Niveau dieses Interesses in den meisten Ländern nicht sehr hoch (van Deth u. Elff 2004). Auch die für das politische Engagement relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen – wie zum Beispiel die Steigerung des Bildungsniveaus, die fortgeschrittene Emanzipation der Frauen oder die starke Verbreitung neuer Technologien – haben diese Situation nicht entscheidend beeinflusst. Allerdings steht in populären Debatten über politische Enttäuschung, Ablehnung, Desinteresse, Gleichgültigkeit und Frustration meistens die nationale Politik im Vordergrund. Für die Förderung des politischen Interesses der Bürger könnte dagegen die Kommunalpolitik besonders relevant sein: Von Aristoteles

[1] Für die sprachliche Überarbeitung dieses Beitrags danke ich Anne-Kathrin Weber.

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_10, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

und Alexis de Tocqueville bis hin zu Benjamin Barber und Robert Dahl haben Autoren betont, dass die eigene kleine Kommune die ideale Umgebung für die Entwicklung positiver politischer Orientierungen der Menschen ist, da die Politik dort auf „natürlichen", direkten sozialen Kontakten basiert. Damit stellt sich – erstens – die Frage, ob die Größe einer politischen Einheit mit dem politischen Interesse der Bürger zusammenhängt: Interessieren sich die Bürger kleinerer Kommunen tatsächlich mehr für Politik als die Einwohner größerer Gemeinden? Darüber hinaus könnte eine außergewöhnliche Bedeutung der Kommunalpolitik vielleicht eine Art Kompensation für die Ablehnung nationalstaatlicher Politik erbringen. Umgekehrt wäre es aber auch möglich, dass das geringe Interesse an nationaler Politik das lokalpolitische Engagement erschwert. Daraus ergibt sich – zweitens – die Frage, inwieweit das Interesse für politische Institutionen und Ereignisse auf verschiedenen Ebenen (lokal, national, supranational) miteinander zusammenhängt.

Nach einer kurzen Erläuterung des Hintergrunds werden zunächst die verschiedenen Aspekte des Begriffs politisches Interesse (subjektives Interesse, Gesprächshäufigkeit, beobachtetes Interesse) auf Basis der Daten des Projekts „Europa im Kontext" in 28 hessischen Kommunen dargestellt. Anschließend folgen die Betrachtung und der Vergleich der Zusammenhänge zwischen den Niveaus politischen Interesses und verschiedenen Determinanten auf individueller und kommunaler Ebene. Die Unterscheidung zwischen den Ebenen einerseits und den unterschiedlichen Aspekten politischen Interesses andererseits kann vielleicht zur Klärung der eher paradoxen Beobachtung beitragen, dass moderne Demokratien vieles leisten, ohne dass sich die Bürger sonderlich dafür interessieren. Zum Abschluss wird dann noch auf die allgemein beliebte These, dass insbesondere kleinere Kommunen als „Schulen der Demokratie" fungieren, eingegangen.

2 Politisches Interesse und die Bedeutung des lokalen Umfelds

Manchmal werden die Begriffe politisches Interesse, Engagement, Aufmerksamkeit, Beteiligung und Motivation als Synonyme für ein umfassenderes oder grundlegenderes Konzept („involvement") benutzt; manchmal aber auch, um sich gegenseitig näher zu definieren. Einheitliche Verwendungen für den Begriff politisches Interesse („political interest", „interest in politics", „political involvement", „political awareness") oder dessen Antonym politische Apathie bzw. Gleichgültigkeit („political apathy") sind nicht vorhanden. So wird zum einen das Bedeutungsfeld des Begriffs höchst unterschiedlich gefasst und zum anderen das gleiche Feld mit unterschiedlichen Begriffen belegt (siehe van Deth 1990; 2008). Zur Vermeidung von Missverständnissen und zur Spezifizierung der Einflüsse des lokalen Umfelds auf die politischen Orientierungen der Bürger ist deshalb zunächst eine Abgrenzung und Beschränkung des Begriffs politisches Interesse erforderlich.

Politisches Interesse ist eine Haltung und somit analytisch und empirisch von Verhalten („politische Partizipation") zu unterscheiden. Sogar eine direkte Beziehung zum

Verhalten der Bürger ist nicht notwendigerweise erforderlich, um den Begriff zu spezifizieren. Politisches Interesse wird hier definiert als „… *the degree to which politics arouses a citizen's curiosity*“ (van Deth 1990, S. 278; Kursiv im Original). Es handelt sich – mit anderen Worten – um den Grad der Aufmerksamkeit, den ein Individuum politischen Ereignissen zumisst. Diese Definition von politischem Interesse als Neugier entspricht dem ersten Teil des von Zaller verwendeten Begriffs „political awareness“ als „… the extent to which an individual pays attention to politics“ (1992, S. 21). Außerdem zeigt die Definition große Ähnlichkeit mit der von Sigel und Hoskin (1981, S. 41) vorgeschlagenen Umschreibung des Begriffs „political involvement“ als „… concern about things political“ Mit der Fokussierung auf Neugier und Aufmerksamkeit wird deutlich, dass eine mögliche Auswirkung von Interesse auf das Verhalten nicht ausgeschlossen, für die Definition des Konzepts aber irrelevant ist. Nur eine derart klare analytische Trennung von Interesse und Verhalten ermöglicht es, Interesse als einen potentiellen Bestimmungsfaktor von Partizipation zu betrachten. Aus diesem Grund werden die Bezeichnungen politisches Engagement sowie politische Beteiligung oder Partizipation („political engagement“, „political participation“ oder „political involvement“) und politische Motivation („political motivation“) hier bewusst vermieden.

Weshalb könnte die Größe einer politischen Einheit für das politische Interesse der Bürger relevant sein? Wie im Einführungskapitel dieses Bands bereits erläutert, lassen sich Erklärungen für solche Effekte im Allgemeinen auf den Charakter menschlichen Zusammenlebens zurückführen, der eine geographische Nähe voraussetzt: „… the key localizing force derives from the essential ‚socialness‘ of human activities and the fact that such socialness is facilitated and enhanced by geographical proximity. Such untraded interdependencies are essentially socio-cultural“ (Dicken 2000, S. 459). Auch ohne übertriebene Romantisierung des Lebens in kleinen Kommunen ist klar, dass die räumliche Nähe („geographical proximity“) vielerlei direkte soziale Kontakte ermöglicht: Man trifft sich beim Bäcker, kennt sich von der Schule, sieht sich im Verein und erfährt direkt von Familienglück und Trauerfällen. Wer so zusammenlebt, wird auch die kommunalpolitischen Probleme eher als gemeinsame nachbarschaftliche Aufgaben und Herausforderungen betrachten als dies in größeren Kommunen der Fall ist (Mouritzen 1989, S. 663–665; Dahl u. Tufte 1973; Diamond 1999, S. 121–131; Vetter 2002; Ladner u. Bühlmann 2007, S. 20–38; Oliver 2000). Folglich hängt das Niveau politischen Interesses mit der Kommunengröße zusammen:

H1: Je kleiner eine Kommune, desto höher ist das Niveau politischen Interesses.

Die einfache Erwartung, dass politisches Interesse umgekehrt proportional mit der Größe der Kommune variiert, ist jedoch nicht sehr plausibel. Erstens ist dieser Zusammenhang für sehr kleine Kommunen eher unwahrscheinlich, da kaum zu erwarten ist, dass die Menschen in derartigen Gemeinden in der Lage sind, ihre politischen Probleme miteinander zu lösen. Für Maßnahmen in Bereichen wie Infrastruktur, Wohnungsbau, Bildung oder Kultur können nur politische Einheiten, die über gewisse Kompetenzen und Ressourcen verfügen, politische Entscheidungen treffen und tatsächlich implementieren. Allerdings sind genau deswegen auch in sehr großen Kom-

munen die Chancen für gemeinsame Problemlösungsversuche geringer, da hier die Anonymität des Lebens in der Großstadt und das Ausmaß vieler Probleme kollektive Initiativen von Anfang an erschweren. Statt ein umgekehrt proportionales Verhältnis zwischen politischem Interesse und Größe der Gemeinde zu erwarten, ist ein kurvilinearer Zusammenhang viel wahrscheinlicher (siehe Verba u. Nie 1972, S. 231–232):

H2: Das Niveau politischen Interesses ist in kleinen und großen Kommunen geringer als in Kommunen mittlerer Größe.

Ein zweites Gegenargument betrifft die arglose Verwendung der Kommunengröße als Indikator für die Nähe des Zusammenlebens. Im Allgemeinen sind soziale Kontakte und die Erkennung von gemeinsamen Belangen in kleinen Gemeinden sicherlich einfacher als in größeren. Allerdings können zum Beispiel ein sehr dichtes Vereinsnetzwerk und intensive soziale Beteiligung die Initiierung gemeinsamer Aktivitäten erheblich erleichtern und damit ein weitaus wichtigeres Merkmal für die Förderung politischen Interesses darstellen als die Größe der Kommune. Es ist also nicht das Ausmaß der Gemeinde im Sinne von Bodenfläche oder Einwohnerzahl, sondern es sind vielmehr die spezifischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen vor Ort, welche bestimmen, ob die Kontaktmöglichkeiten und die Wahrnehmung gemeinsamer Belange relativ einfach sind und somit politisches Interesse fördern (Ladner u. Bühlmann 2007, S. 103–105). Dabei ist der Charakter der gemeinsam durchgeführten Aktivitäten im Prinzip irrelevant. Wichtig ist, dass sie das lokale Umfeld insgesamt beleben und den Bürgern Kontakte, Austausch und die Erkennung gemeinsamer Interessen ermöglichen. In einem lebhaften politischen und gesellschaftlichen Umfeld wird es immer wieder neue Initiativen und gemeinsame Aktivitäten geben, die allerdings auch Auseinandersetzungen oder Konflikte umfassen können. Auch ein betriebsamer und lebendiger Wirtschaftssektor ist von neuen Initiativen und Entwickelungen gekennzeichnet, der Menschen mit einander in Kontakt bringt, die sich in einem weniger dynamischem Umfeld nicht treffen würden. Für die Einflüsse des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds sind folgende Erwartungen plausibel:

H3a: Je lebhafter die Politik in einer Kommune, desto höher ist das Niveau politischen Interesses.

H3b: Je lebhafter die Gesellschaft in einer Kommune, desto höher ist das Niveau politischen Interesses.

H3c: Je lebhafter die Wirtschaft in einer Kommune, desto höher ist das Niveau politischen Interesses.

Schließlich sind die verschiedenen politischen Ebenen – lokal, national und supranational – eng miteinander verbunden, weshalb Interesse für Ereignisse auf einer bestimmten Ebene vermutlich auch zu Interesse für Ereignisse auf den anderen Ebenen führen wird. Die Kommune kann deshalb als „Schule der Demokratie“ für die Genese politischen Interesses sehr wichtig sein, in deren Folge sich die Aufmerksamkeit im Laufe der Zeit auch auf andere politische Ebenen richtet. Diese Einflüsse können

selbstverständlich auch zur Reduzierung des Niveaus politischen Interesses beitragen, wenn man von der Politik auf einer spezifischen Ebene enttäuscht ist und sich deshalb von politischen Ereignissen im Allgemeinen abwendet. Demnach führen die „Kompensationsfunktion“ der lokalen Politik (Vetter 2002, S. 7) oder sogenannte Spillover-Effekte dazu, dass die Niveaus politischen Interesses eng miteinander verbunden sind:

H4: Je höher das Niveau lokalpolitischen Interesses, desto höher ist auch das Niveau politischen Interesses für andere politische Ebenen.

3 Politisches Interesse in hessischen Kommunen

Ein erster Indikator der Aufmerksamkeit für politische Angelegenheiten betrifft Gespräche über Politik mit Familienmitgliedern, Nachbarn, Freunden und Bekannten oder in Vereinen, Verbänden und Organisationen. Die *Häufigkeit politischer Diskussionen* bildet einen klaren Ausdruck politischer Aufmerksamkeit und politischen Interesses (van Deth u. Elff 2004) und wird in der Bürgerbefragung des Projekts *Politik im Kontext* mit einer einfachen Frage erfasst (Frage 8):

Was würden Sie sagen, wie häufig diskutieren Sie politische Themen

a) In der Familie?
b) Und mit Nachbarn?
c) Und mit Freunden und Bekannten in <Stadtname>?
d) Und mit anderen Bürgern in <Stadtname>?
e) Und einmal ganz allgemein: Wie häufig diskutieren Sie politische Themen mit anderen Leuten?

Antwortmöglichkeiten: oft, manchmal, selten, nie sowie weiß nicht (nicht vorgelesen) und keine Angabe (nicht vorgelesen).

Neben der Diskussionshäufigkeit politischer Themen wird in empirischen Studien schon seit den 1940er Jahren ein einfaches Instrument zur Selbsteinschätzung des Niveaus politischen Interesses benutzt. Die mit dieser Frage angesprochene Form von Interesse nennt man *subjektives politisches Interesse*. Vergleichbare, aber sicherlich nicht identische Frageformulierungen wurden in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und in vielen anderen Ländern genutzt. Das in den Befragungen der hessischen Bürger eingesetzte Instrument (Frage 9) lautet:

a) Wie stark sind Sie an Politik interessiert?
   Manchmal unterscheidet sich das Interesse von Leuten je nach Ebene der Politik.
b) Wie stark sind Sie an der Kommunalpolitik interessiert?
c) Und wie stark sind Sie an der Bundespolitik interessiert?
d) Und wie stark sind Sie an der europäischen Politik interessiert?

Antwortmöglichkeiten: sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert, überhaupt nicht interessiert, sowie weiß nicht (nicht vorgelesen) und keine Angabe (nicht vorgelesen).

Als dritter Indikator für das politische Interesse der Bürger steht hier noch ein vollkommen anderes Instrument zur Verfügung. Am Ende jedes Interviews wurde der Interviewer gebeten, einige Angaben bezüglich des Gesprächsverlaufs zu machen und einzuschätzen, inwieweit der Befragte an den Themen interessiert war und die Fragen nachvollziehen konnte. Es handelt sich also nicht um Aussagen des Befragten selbst, sondern um eine Wahrnehmung und Beurteilung des Interviewers. Da der Fragebogen fast ausschließlich gesellschaftliche und politische Items umfasst, kann dieser Teil der Studie als ein weiterer Indikator des Interesses der Befragten an solchen Themen verwendet werden. Das dem Interviewer vorgelegte Instrument für das *beobachtete Niveau politischen Interesses* (Frage B) lautet:

Wie interessiert war der Befragte während des Interviews?

Antwortmöglichkeiten: sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert und überhaupt nicht interessiert.

Deskriptive Informationen über die Verteilungen der Antworten zu diesen insgesamt zehn Fragen sind Tabelle 1 zu entnehmen. Diese enthält die Prozentangaben der Befragten, welche „oft“ oder „manchmal“ über Politik reden und sich „sehr“ oder „ziemlich“ interessiert zeigen. Außerdem sind die Anteile all derer aufgenommen, die von den Interviewern als „sehr“ oder „ziemlich“ interessiert eingestuft worden sind. Zunächst ist klar, dass die hessischen Bürger sich – trotz allem modischen Mumpitz über „Politikverdrossenheit“ – durchaus für Politik interessieren: Insgesamt reden etwa zwei Drittel der Befragten sehr häufig über Politik mit anderen Leuten; etwa 70 Prozent interessieren sich im Allgemeinen stark oder ziemlich stark für Politik. Diese Selbsteinschätzungen werden von den Interviewern durchaus bestätigt: Mehr als die Hälfte der Befragten war offensichtlich sehr stark an den Interviewthemen interessiert, während nur weniger als ein Prozent der Befragten gar kein Interesse zeigte.[2]

Sowohl die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden als auch zwischen den unterschiedlichen Gesprächspartnern und politischen Ebenen sind beträchtlich. Relativ niedrig scheint das Niveau politischen Interesses in Selters (Taunus) zu sein, wo fast alle Werte unter dem Gesamtdurchschnitt der Kommunen liegen. Allerdings haben die Interviewer diesen Mangel an politischer Neugier offenbar nicht wahrgenommen und die Befragten aus Selters nicht als unterdurchschnittlich interessiert an der Befragung eingestuft. Ein sehr viel höheres Interesse an politischen Themen finden wir hingegen in Eppstein, wo sowohl die verschiedenen Varianten subjektiven politischen Interesses als auch die Einschätzungen der Interviewer relativ hohe Werte nachweisen. Dieses vergleichsweise hohe Niveau politischer Neugier findet jedoch keinen entsprechenden Ausdruck in politischen Gesprächen: Die Diskussionshäufigkeit politischer Themen liegt für Eppstein eher im Bereich des Gesamtdurchschnitts. Diese unterschiedlichen Ergebnisse für die drei Operationalisierungen von politi-

[2] Hier sind natürlich auch Selektionseffekte zu berücksichtigen: Bürger, die sich wenig für politische und gesellschaftliche Ereignisse interessieren, werden die Teilnahme an der Befragung wahrscheinlich eher ablehnen.

Tabelle 1: Politische Diskussionen und politisches Interesse in hessischen Kommunen (in Prozent)

	Politische Diskussionen					Politisches Interesse				Beobachtetes politisches Interesse
Kommune	Familie	Nachbarn	Bekannte in	Bürger in ...	andere Leute	Allgemein	Lokal	National	Europa	
Alsfeld	76	40	72	29	65	67	59	75	48	87
Bickenbach	77	36	60	21	70	76	58	81	57	93
Biedenkopf	73	42	66	23	65	69	54	73	48	88
Bruchköbel	74	35	67	23	67	75	58	79	53	89
Büttelborn	73	29	64	22	68	73	55	76	49	86
Eppstein	79	39	62	22	77	76	62	84	61	92
Erzhausen	78	35	66	25	70	72	53	78	56	91
Felsberg	76	40	68	27	64	70	61	74	46	88
Frankenberg (Eder)	74	38	76	26	63	69	59	75	49	89
Frielendorf	70	41	63	27	63	64	58	69	44	87
Gelnhausen	74	29	67	23	60	69	56	75	50	89
Guxhagen	78	45	69	26	68	72	62	78	49	89
Helsa	72	33	62	25	65	68	62	73	45	89
Heuchelheim	73	39	67	29	67	70	56	77	53	88
Hüttenberg	74	35	67	27	68	69	54	74	47	91
Kassel	76	30	78	24	67	77	58	81	58	91
Kelkheim	77	34	66	25	74	78	60	84	62	89
Limburg a.d. Lahn	72	32	70	23	65	69	55	77	56	89
Petersberg	74	34	58	20	71	71	50	75	56	85
Ranstadt	72	37	60	26	62	67	53	70	49	88
Reinheim	67	32	59	22	60	68	57	71	52	89
Reiskirchen	74	40	62	24	66	64	53	72	48	90
Rüdesheim am Rhein	69	34	69	26	63	68	52	69	48	87
Selters (Taunus)	69	33	61	23	64	65	52	71	43	89
Viernheim	71	28	64	23	61	68	53	74	53	89
Wiesbaden	77	29	75	24	66	72	55	77	55	91
Witzenhausen	73	39	69	27	66	69	60	72	49	88
Wolfhagen	73	35	67	26	60	66	58	67	46	88
Insgesamt (gewichtet)	74	35	66	25	66	70	57	75	51	89

Anmerkungen: Angaben in Prozent der gültigen Antworten für „oft + manchmal“ und „sehr + ziemlich interessiert“.

schem Interesse finden wir auch in anderen Kommunen. Offensichtlich kann man sich relativ stark für Politik interessieren, ohne dass dies mit einer überdurchschnittlichen Diskussionshäufigkeit einhergeht.

Gespräche über Politik werden allerdings nicht mit Jedermann geführt. Dabei ist es offenbar entscheidend, ob die Gesprächspartner aus der eigenen Gegend oder Stadt kommen: Mit Nachbarn und Mitbürgern wird seltener über politische Themen gesprochen als mit Familienmitgliedern oder Bekannten. Sogar mit irgendwelchen „anderen Leuten" unterhalten sich die Befragten häufiger über Politik als mit Menschen, die in der Nachbarschaft wohnen. Diese Ergebnisse unterstreichen, dass Politik kein neutrales Thema ist, worüber man gerne mit Nachbarn und Mitbürgern spricht. Im Gegenteil: Genau weil es umstritten ist, vermeidet man das Thema in diesen Kreisen und bespricht es viel eher mit Leuten, zu denen man engere Beziehungen unterhält (Familienmitglieder und Bekannte) bzw. mit denen man kaum vertraut ist (Eliasoph 1998). Offensichtlich stellt die räumliche Nähe keinen ausreichenden Grund für politische Diskussionen da.

Auch das Niveau subjektiven politischen Interesses ist nicht von der geographischen Nähe verschiedener politischer Ebenen geprägt. Die Ergebnisse im rechten Teil von Tabelle 1 unterstreichen eindeutig das bekannte Muster, dass politisches Interesse sich insbesondere auf nationalstaatliche Ereignisse richtet (siehe Ladner u. Bühlmann 2007, S. 99–101). Während drei Viertel der Befragten sich für nationale Politik interessieren, liegen diese Zahlen sowohl für lokale als auch für europäische Politik erheblich niedriger. Beide Muster – die Irrelevanz geographischer Nähe sowohl für Gesprächshäufigkeit als auch für ein hohes Niveau politischen Interesses – sind in jeder der 28 Kommunen sichtbar. Zwar variieren die Niveaus der verschiedenen Indikatoren für politische Neugier zwischen den Gemeinden. Allerdings beeinflussen Faktoren innerhalb der Kommune kaum die Auswahl von Gesprächspartnern oder der politischen Ebene, für welche man sich besonders interessiert.

Die klaren Differenzen zwischen den Gesprächshäufigkeiten mit verschiedenen Partnern könnten Ausdruck unterschiedlicher Niveaus politischer Aufmerksamkeit sein: Die Befragten drücken zwar ihre Gesprächshäufigkeiten mit Nachbarn, Freunden und Bekannten aus; diese basieren aber vermutlich auf einer latenten Dimension „politische Gesprächshäufigkeit". Auf ähnliche Weise sind die Antworten bezüglich des subjektiven politischen Interesses auf verschiedenen Ebenen möglicherweise auf eine latente Dimension „Politikinteresse" zurückzuführen. Hauptkomponentenanalysen bestätigen die Eindimensionalität der beiden Itemsets (sowohl für die einzelnen Kommunen als auch für den Gesamtdatensatz). In beiden Untersuchungen ergibt sich nach dem Eigenwert-Kriterium eindeutig nur eine Komponente (siehe Tabelle 2). Somit können wir die verschiedenen Fragen in zwei neue Indikatoren zusammenfassen: „politische Gesprächshäufigkeit" einerseits und „Politikinteresse" andererseits. Zusätzlich steht dann auch noch das beobachtete Niveau politischen Interesses zur Verfügung.[3]

[3] Eine gepoolte Analyse der zehn vorhandenen Items führt direkt zu einer Zwei-Komponentenlösung mit einer klaren Trennung der Indikatoren für Gesprächshäufigkeit und Interesse (subjektives und beobachtetes).

Tabelle 2: Hauptkomponentenanalyse für politische Diskussionen und subjektives Interesse (Faktorladungen, Varianz, Reliabilität)

Politische Diskussionen mit:		**Subjektives Interesse:**	
Familie	0,72	allgemein	0,87
Nachbarn	0,65	Kommunalpolitik	0,71
Freunden in <Stadtname>	0,75	Bundespolitik	0,87
anderen Bürgern in <Stadtname>	0,66	Europapolitik	0,73
anderen Leuten	0,71		
Erklärte Varianz (%)	49		64
KMO	0,78		0,75
Cronbach's Alpha	0,74		0,81
N	11.688		11.800

Deskriptive Informationen einfacher (standardisierter) Indizes für diese drei Instrumente sind in Tabelle 3 dargestellt. Etwa ein Drittel der Befragten zeigt sich sehr stark an Politik interessiert und ein etwa gleicher Anteil diskutiert sehr häufig darüber. Wie aus den Ergebnissen der Mittelwertvergleiche der drei Indizes hervorgeht (F-Tests), sind die Unterschiede zwischen den Kommunen stark signifikant.

Tabelle 3: Indizes für politische Diskussionen, Politikinteresse und beobachtetes Interesse

	Politische Diskussionen	**Politikinteresse**	**Beobachtetes Interesse**
Indizes (0-1)			
Mittelwert	0,53	0,63	0,80
Standardabweichung	0,31	0,35	0,23
N (gewichtet)	11.198	11.198	11.198
F-Test (df =27)			
F-Wert	2,11	4,44	2,23
Signifikanz	0,001	0,000	0,000
N	11.870	11.870	11.870

Anmerkungen: Additive Skalen für politische Diskussionen und Politikinteresse („oft + manchmal" und „sehr + ziemlich interessiert"). Daten für Mittelwerte und Standardabweichung gewichtet (jede Kommune N = 400).

Die Darstellung der Ergebnisse der drei allgemeinen Instrumente für politisches Interesse in Hessen bekräftigt das bereits oben präsentierte Bild von erheblichen Differenzen zwischen den Kommunen. Die Durchschnittswerte der drei standardisierten Indizes in allen 28 Gemeinden sind Abbildung 1 (s. S. 280) zu entnehmen. Die Rangfolge der Kommunen basiert hierbei auf der Summe der Werte aller drei Instrumente. Dabei steht Eppstein erneut an erster Stelle, während Selters (Taunus) wiederum das Schlusslicht bildet. Die relativen Niveaudifferenzen zwischen den drei Messungen bleiben außerdem immer gleich: Das Niveau des beobachteten Interesses ist am höchsten, darauf folgt das Niveau subjektiven Interesses und schließlich kommt die Diskussionshäufigkeit. Es handelt sich dabei allerdings um eine Tendenz, nicht etwa um ein deutliches Muster.[4]

[4] Diese Tendenz wird auch von den Korrelationskoeffizienten zwischen den drei Indizes belegt, welche zwischen 0,25 und 0,48 variieren (und alle stark signifikant sind: $p < 0{,}000$).

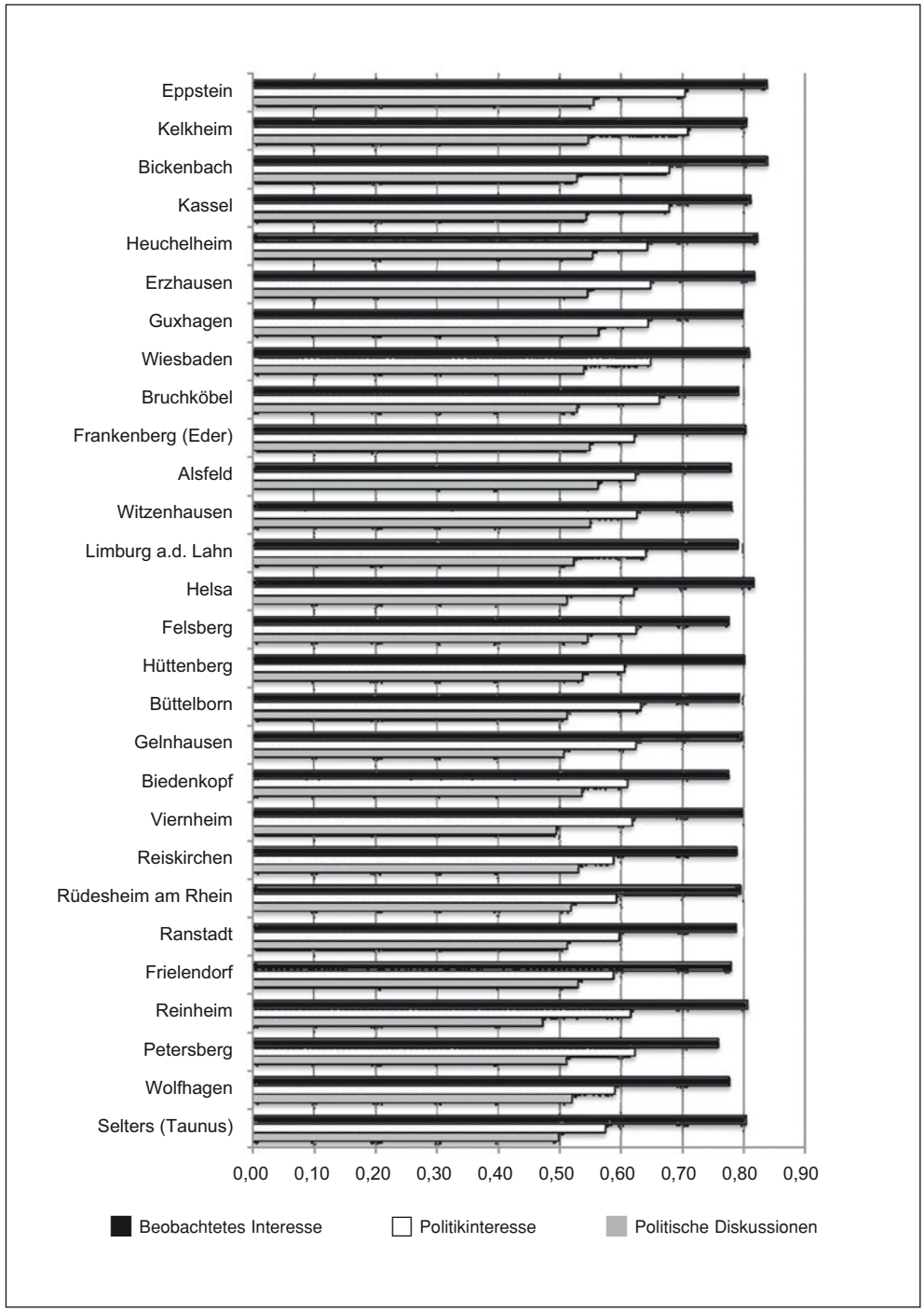


Abbildung 1: Beobachtetes Interesse, Politikinteresse und Diskussionshäufigkeit (Mittelwerte nach Standardisierung auf 0–1)

4 Kontexteinflüsse

Offensichtlich gibt es zwischen den durchschnittlichen Niveaus politischen Interesses in den verschiedenen hessischen Kommunen erhebliche Unterschiede. Diese Differenzen hängen möglicherweise mit den Kontextmerkmalen, welche in den Hypothesen H1 bis H3c zusammengefasst sind, zusammen: Kommunengröße sowie die Lebendigkeit des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds. In einem ersten Schritt zur Aufklärung der kommunalen Unterschiede politischen Interesses werden zunächst diese Kontextmerkmale operationalisiert und mögliche Zusammenhänge auf der Makroebene untersucht.

Der Begriff Kommunengröße wird hier genutzt, um die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten „natürlicher" sozialer Kontakte einzelner Bürger und die Erkennung gemeinsamer Probleme zum Ausdruck zu bringen (siehe Abschnitt 2). Diese Nähe zueinander lässt sich auf einfache Weise mit Einwohnerzahl und Bodenfläche operationalisieren. Dabei wird unterstellt, dass in einwohnerreichen Kommunen enge soziale Kontakte und Problemerkennung schwieriger sind als in Kommunen mit weniger Einwohnern. Bodenfläche bildet vielleicht einen noch konkreteren Indikator für diese auf räumlicher Nähe basierenden Gemeinsamkeiten. Als dritter Indikator wird die relative Kommunengröße oder Bevölkerungsdichte – definiert als Einwohnerzahl pro Quadratkilometer Boden – herangezogen, da die Wahrscheinlichkeit von sozialen Kontakten und Problemerkennung möglicherweise eher mit der Dichte des sozialen Umfelds als mit dessen absoluter Größe und Umfang zu tun hat. Für einen Test der ersten Hypothese – die einen umgekehrt proportionalen Zusammenhang von Kommunengröße und politischem Interesse voraussagt – können die drei Indikatoren ohne weiteres benutzt werden.[5] Da sie allerdings sehr schief verteilt sind, werden für die empirischen Analysen auch die logarithmierten Werte für Bodenfläche, Einwohnerzahl und Einwohnerdichte berücksichtigt. Für eine Überprüfung des in der zweiten Hypothese erwähnten kurvilinearen Zusammenhangs wird für jeden der drei Indikatoren außerdem noch das Quadrat der Werte hinzugenommen.

Die Hypothesen 3a, b und c betreffen die erwarteten Einflüsse des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds auf die Niveaus politischen Interesses in verschiedenen Kommunen. Dabei werden keine inhaltlich spezifischen Merkmale thematisiert, sondern die Aktivitäten als solche als relevant für politisches Interesse bezeichnet: Je lebhafter das Umfeld in einer Kommune ist, desto eher werden die Bürger mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert, interessieren sich für gemeinsame Lösungen und steigern somit ihr politisches Interesse. Für die lokale Politik kommt dieses Niveau der Aktivitäten vor allem in der Beteiligung bei Kommunalwahlen sowie in der Anzahl der Bürgerentscheide zum Ausdruck.[6] Außerdem ist das lokalpolitische Umfeld in politisch heterogeneren Kommunen, wo Meinungsunterschiede eher ausge-

[5] Bevölkerung insgesamt (in Anzahl der Personen; Durchschnitt 2000–2008) und Gemeindefläche (in Quadratkilometern).

[6] Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen als Prozentzahl der Wahlberechtigten (Durchschnitt 1977–2006) sowie Anzahl der Bürgerentscheide (1. April 1993–30. Juni 2009).

tragen werden, wahrscheinlich lebhafter als in Kommunen, in denen eine bestimmte Gruppe oder Partei die Auseinandersetzungen maßgeblich bestimmen kann. Als Indikatoren für diese politische Lebhaftigkeit bzw. Heterogenität/Homogenität des politischen Umfelds werden hier die Anzahl der verschiedenen Gruppen im Kommunalparlament[7] sowie die Abwesenheit einer dominanten Partei[8] genutzt.

Ein lebhaftes soziales und gesellschaftliches Umfeld bietet den Einwohnern viele Möglichkeiten einander zu treffen und gemeinsame Aktivitäten zu unternehmen. Dabei werden Kontakte geknüpft und intensiviert, gemeinsame Normen und Werte bestätigt und soziale Kompetenzen geübt. Insbesondere kommunitaristische und neo-Tocquevilleanische Ansätze haben in den letzten Jahren immer wieder betont, dass es sich nicht notwendigerweise um politische Organisationen handeln muss, damit gesellschaftliche Aktivitäten politische Orientierungen beeinflussen. Auch hier liegt der Akzent also auf der Lebhaftigkeit und nicht auf dem spezifischen Charakter des Umfelds. Als Indikatoren dafür werden die absoluten und relativen Zahlen der Vereine in einer Kommune gewählt.[9] Während eine relativ große Anzahl von Vereinen einen einfachen Indikator für Kontaktmöglichkeiten einzelner Bürger darstellt und auf eine rege Zivilgesellschaft schließen lässt, ist es bei der Vereinsdichte schwieriger, plausible Erwartungen zu formulieren. Zwar deutet eine hohe Vereinsdichte auf relativ viele Kontaktmöglichkeiten hin, jedoch kann auch in einer Kommune mit nur wenigen Vereinen eine hohe Dichte erreicht werden. Aus diesem Grund ist eine Berücksichtigung beider Indikatoren erforderlich. Eine für das politische Interesse möglicherweise besonders relevante Variante sozialer Aktivitäten bilden die Städtepartnerschaften, welche die Kontakte zwischen Bürgern der eigenen Kommune mit Bürgern einer ausländischen Stadt aktiv fördern und somit explizit den „Horizont“ erweitern und die Lebhaftigkeit des gesellschaftlichen Umfelds stärken (Tausendpfund 2012, S. 223–228). Als Indikator für diese außergewöhnlichen Aktivitäten wird hier die Zahl der Partnerschaftsvereine in einer Kommune genutzt.[10]

Schließlich werden mögliche Einflüsse der lokalen Wirtschaft berücksichtigt. Auch hierbei handelt es sich zunächst um Indikatoren für die Lebhaftigkeit bzw. Betriebsamkeit des Umfelds. Das Beschäftigungsausmaß in einer Kommune kommt am deutlichsten in der Arbeitslosenquote zum Ausdruck: Je niedriger dieser Indikator, desto aktiver ist das lokale wirtschaftliche Umfeld.[11] Auf ähnliche Weise deuten hohe (gewerbliche) Steuereinnahmen – sowohl im absoluten als auch im relativen Sinne – auf einen aktiven und lebhaften lokalen Wirtschaftssektor hin.[12] Auf der Nachfrageseite

[7] Anzahl der politischen Gruppen, die Sitze im Kommunalparlament erringen konnten (Durchschnitt 1977–2006).

[8] Anteil der Wahlperioden über die Jahre 1977 bis 2006, in denen im kommunalen Parlament keine Partei die absolute Mehrheit hatte.

[9] Anzahl der Vereine in einer Kommune bzw. Einwohnerzahl dividiert durch die Anzahl der Vereine (2008).

[10] Anzahl der Vereine, welche partnerschaftliche Beziehungen mit anderen Städten pflegen (2008).

[11] Anzahl der Arbeitslosen als prozentualer Anteil an der Berufsbevölkerung (Durchschnitt 2007–2009).

[12] Gesamteinnahmen der Gewerbesteuer in Euro und Gewerbesteuer pro Kopf (Durchschnitt 2000–2008 bzw. Durchschnitt 2007–2008) sowie Steuereinnahmekraft in Euro pro Kopf (Summe der Realsteueraufbringung und der Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommensteuer sowie Umsatzsteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage; Durchschnitt 2000–2008).

können das Gesamteinkommen[13] sowie die Kaufkraft[14] der Bürger als (indirekte) Indikatoren für das Ausmaß wirtschaftlicher Aktivitäten in einer Kommune dienen. Zwar ist es durchaus möglich, dass diese Zahlen auch auf Einkommen basieren, welches außerhalb der betreffenden Kommune zustande gekommen ist. Werden diese Mittel jedoch vor Ort eingesetzt – was bei Einwohnern einer Kommune durchaus plausibel ist –, kurbeln sie die lokale Wirtschaft ebenfalls an. Schließlich wird auch die Zusammensetzung der Berufsbevölkerung in einer Kommune als Indikator für wirtschaftliche Aktivitäten berücksichtigt. Dabei wird ein höherer Anteil von Arbeitnehmern mit einem höheren Bildungsabschluss als Hinweis auf größere wirtschaftliche Betriebsamkeit betrachtet.[15]

Für einen ersten Test der Hypothesen 1 und 2 sowie 3a–c sind in Tabelle 4 die bivariaten Korrelationen zwischen den drei Indikatoren für das Niveau politischen Inte-

Tabelle 4: Politisches Interesse und Kontextmerkmale der Kommunen (Pearson's r)

	Politische Diskussionen	Politikinteresse	Beobachtetes Interesse
Kommunengröße			
Gemeindefläche	0,29	-0,14	-0,34
Gemeindefläche (Quadrat)	0,29	-0,02	-0,16
Gemeindefläche (logarithmiert)	0,15	-0,29	-0,55**
Einwohnerzahl	0,14	0,30	0,16
Einwohnerzahl (Quadrat)	0,14	0,23	0,17
Einwohnerzahl (logarithmiert)	0,07	0,39*	0,02
Bevölkerungsdichte	0,07	0,64***	0,46*
Bevölkerungsdichte (Quadrat)	0,16	0,52**	0,34
Bevölkerungsdichte (logarithmiert)	-0,07	0,68***	0,54*
Politisches Umfeld			
Wahlbeteiligung	0,20	-0,10	-0,21
Bürgerentscheide	0,04	0,07	-0,13
Gruppen	0,23	0,31	0,38*
Keine Dominanz	0,24	0,02	0,26
Gesellschaftliches Umfeld			
Vereine	0,19	0,31	0,15
Vereinsdichte	-0,24	0,30	0,23
Partnerschaftsvereine	0,03	-0,06	0,02
Wirtschaftliches Umfeld			
Arbeitslosenquote	0,07	-0,11	-0,11
Gewerbesteuer	0,14	0,24	0,17
Gewerbesteuer pro Kopf	0,17	0,36	0,25
Steuereinnahmekraft pro Kopf	0,16	0,64***	0,43*
Einkünfte pro Steuerpflichtigem	0,06	0,69***	0,53**
Kaufkraft	0,06	0,73***	0,48*
Beschäftige ohne Ausbildung	-0,02	-0,45*	-0,32
Beschäftige mittlerer Ausbildung	-0,11	-0,66***	-0,60***
Beschäftige höherer Ausbildung	0,15	0,81***	0,68***

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001 (2-seitig); Fallzahl = 28.

[13] Gesamtbetrag der jährlichen Einkünfte in Euro pro Steuerpflichtigem (2004).

[14] Durchschnittliches Gesamtnettoeinkommen eines Haushaltes in Euro (2009).

[15] Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer am Wohnort (am 30.06. eines Jahres), die einen (Fach)Hochschulabschluss haben (Durchschnitt 2002–2008). Für die Anteile von Beschäftigten mit abgeschlossener bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung werden ähnliche Indikatoren aufgenommen.

resses einerseits und den Merkmalen der Gemeinden andererseits auf der Makroebene zusammengefasst. Für die Erklärung der Unterschiede in kommunalen politischen Diskussionshäufigkeiten sind die ausgewählten Faktoren offensichtlich irrelevant: Keiner der 25 Koeffizienten erreicht ein akzeptables Niveau statistischer Signifikanz. Für die beiden anderen Varianten politischen Interesses erweist sich die geographische Nähe als deutlich wichtiger, wobei nicht die absolute Größe der Kommune, sondern die Bevölkerungsdichte entscheidend ist. Zwischen letzterer und dem Niveau beobachteten Interesses besteht ein monotoner Zusammenhang (der Koeffizient für den quadrierten Indikator ist nicht signifikant) und somit ist H2 für diese Variante politischen Interesses falsifiziert. Dagegen sind die Ergebnisse für Politikinteresse weniger eindeutig. Zwar ist auch hier ein klarer Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte nachweisbar, aber inwieweit die mittelgroßen Kommunen eine Sonderposition einnehmen, ist schwierig zu sagen. Da keiner der übrigen quadrierten Indikatoren statistisch signifikant ist, erscheinen auch diese Ergebnisse eher H1 als H2 zu unterstützen. Wahrscheinlich sind es die Einwohner der kleinen und nicht sehr großen Kommunen mit hoher Bevölkerungsdichte, die sich relativ stark für Politik interessieren (siehe die negativen Koeffizienten für die Indikatoren für Bodenfläche bzw. die positiven für Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte).

Neben dem Mangel an Kontexteinflüssen auf Diskussionshäufigkeiten in der ersten Spalte von Tabelle 4 ist auch die Konzentrierung von statistisch signifikanten Koeffizienten im unteren rechten Teil der Tabelle bemerkenswert. Diese Ergebnisse widerlegen die beiden Hypothesen H3a und H3b, welche die Lebhaftigkeit der lokalen Politik bzw. das lokale gesellschaftliche Umfeld als mögliche Determinanten von politischem Interesse bezeichnen. Für die wirtschaftlichen Faktoren ist eine sehr interessante Präzisierung von Hypothese H3c erforderlich: Offensichtlich ist nicht die allgemeine wirtschaftliche Lage einer Kommune, wie sie in Arbeitslosenquote und Gewerbesteuereinnahmen zum Ausdruck kommt, von Bedeutung. Vielmehr sind es Aspekte der kommunalen wirtschaftlichen Aktivitäten, welche auf eine relativ gut verdienende und hoch gebildete Berufsbevölkerung schließen lassen, die stark mit den beiden Varianten politischen Interesses zusammenhängen (siehe die hohen Koeffizienten sowohl für Kaufkraft als auch für den Anteil an hochgebildeten Beschäftigen in Tabelle 4). Insgesamt stützen diese Ergebnisse der Makroanalysen die in den Hypothesen H1 und H3c erwarteten Zusammenhänge. Dabei sind in beiden Fällen weitere Spezifizierungen erforderlich, welche jedoch auch aus theoretischer Sicht plausibel erscheinen: Die Konsequenzen geographischer Nähe zeigen sich insbesondere in dichtbevölkerten Kommunen und dort, wo relativ viele wirtschaftlich starke Bürger ihren Wohnsitz haben.

5 Determinanten politischen Interesses in Kommunen

Um zu klären, welche Einflüsse der lokale Kontext einerseits und die individuellen Merkmale andererseits auf das Niveau politischen Interesses haben, werden die mög-

lichen Effekte hier schrittweise untersucht.[16] Zunächst wird die relative Stärke von Kontext- und Individualeinflüssen mit hierarchischen Mehrebenenmodellen überprüft. Der zweite Schritt umfasst die Schätzung eines reinen Individualmodells zur Erklärung der drei verschiedenen Varianten politischen Interesses. Nachdem auf diese Weise die möglichen Kompositionseffekte zwischen den Kommunen bestimmt wurden, folgt drittens eine Mehrebenenanalyse zur Prüfung von Kontexteffekten unter Berücksichtigung individueller Variabilität. Erst die Ergebnisse dieser letzten Modellschätzung ermöglichen eine endgültige Beurteilung der aufgestellten Hypothesen.

5.1 Relevanz des Kontexts

Sowohl die deskriptiven Ergebnisse der in Tabelle 1 und Abbildung 1 dargestellten Mittelwerte für die verschiedenen Varianten politischen Interesses als auch die in Tabelle 4 zusammengefassten Analysen auf der Makroebene deuten auf substantielle Unterschiede zwischen den 28 hessischen Kommunen hin. Derartige Differenzen können im Prinzip auf zwei Quellen zurückgeführt werden: die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung der Kommunen (Kompositionseffekte) sowie die unterschiedlichen kommunalen Besonderheiten (Kontexteffekte). Die relative Bedeutung dieser beiden Varianzanteile kann schnell und effizient mit hierarchischen Mehrebenenmodellen überprüft werden. Die Ergebnisse der sogenannten Random-Intercept-Only-Modelle für die drei Varianten politischen Interesses sind Tabelle 5 zu entnehmen. Die Konstanten in der ersten Zeile entsprechen den Mittelwerten für alle Befragten (und stimmen deswegen mit den Ergebnissen in Tabelle 3 überein). Die Intraklassenkorrelation (ICC) ist ein Maß für den Anteil der Varianz des politischen Interesses, welcher durch die Zugehörigkeit zu einer Kommune maximal erklärt werden kann. Die drei ICCs sind mit Werten von 0,3, 0,7 und 0,3 Prozent sehr niedrig und deuten darauf hin, dass für politisches Interesse die Varianzaufklärung auf der Individualebene vielversprechender ist als auf der Kontextebene. Die Ergebnisse der drei

Tabelle 5: Politisches Interesse in hessischen Kommunen (Nullmodelle)

	Politische Diskussionen	Politikinteresse	Beobachtetes Interesse
Konstante	0,53***	0,63***	0,80***
Varianzkomponenten:			
Gemeindeebene	0,024	0,087	0,014
Individualebene	9,189	12,043	5,278
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,003	0,007	0,003
-2 x log Likelihood	-2.689,87	-4.326,65	605,58
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=9,29 (p=0,002)	χ^2=54,36 (p=0,000)	χ^2=9,62 (p=0,002)
N		11.870 / 28	

Anmerkungen: Random-Intercept-Only-Modelle mit Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

[16] Diese Vorgehensweise orientiert sich an der Untersuchung von Bühlmann und Freitag (2004).

Likelihood-Ratio-Tests sind allerdings unverkennbar signifikant ($p < 0{,}002$), was bedeutet, dass ein hierarchisches Modell (mit Kommunen und Bürgern auf getrennten Ebenen) eine bessere Anpassung an die Daten ermöglicht als ein lineares Regressionsmodell ohne diese Trennung. Aus diesem Grund werden – trotz der geringen Varianzaufklärung auf der Kontextebene – an dieser Stelle Mehrebenenanalysen mit individuellen und kontextuellen Merkmalen zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen durchgeführt.

5.2 Individuelle Merkmale

Obwohl das Niveau politischen Interesses wahrscheinlich auch mit der Performanz des politischen Systems oder vorhandenen gesellschaftlichen Spannungen zusammenhängt, hat sich die empirische Politikforschung in den letzten sechs Jahrzehnten fast ausschließlich mit individuellen Determinanten politischen Engagements beschäftigt (siehe Gabriel u. Völkl 2005; Verba et al. 1995; Bühlmann 2006 für Überblicke). Die wichtigsten Befunde dieser Studien können in drei Gruppen zusammengefasst werden (siehe van Deth 2004, S. 284ff.):

- *Soziodemographische Faktoren:* Der Tradition der „Columbia School" in der Wählerforschung folgend, ist immer wieder die Relevanz soziodemographischer Faktoren betont worden. Dabei wurde insbesondere die Bedeutung der individuellen Ressourcenausstattung – Schulbildung, Einkommen, gesellschaftliche Position – für das Niveau politischen Interesses nachgewiesen (siehe Bennett 1986; Hadjar u. Becker 2006; Verba et al. 1995; van Deth 1990; Bühlmann 2006). Demzufolge interessieren sich höhergebildete männliche Bürger der höheren Einkommensgruppen und Schichten überdurchschnittlich für Politik.[17] Obwohl die Stärke dieser Einflüsse in manchen Demokratien offensichtlich etwas nachgelassen hat, ist die Ressourcenausstattung von Individuen für ihr Niveau politischen Interesses noch immer von Bedeutung. Für die Überprüfung dieser Erwartungen bezüglich des Einflusses soziodemographischer Faktoren werden die Variablen Geschlecht (Frage 37), Alter (Frage 38) und Bildung (Frage 45) sowie die subjektive Einschätzung der eigenen Schichtzughörigkeit der Befragten (Frage 51 und 52) verwendet.[18]
- *Soziale Kontakte:* Insbesondere die Wiederbelebung neo-Tocquevilleanischer Interpretationen in den 1990er Jahren hat dazu geführt, dass Aktivitäten in Vereinen und Verbänden als wichtige Determinanten politischen Interesses betrachtet werden. So wird davon ausgegangen, dass diese Aktivitäten dazu beitragen, dass Bürger ihre Fähigkeiten („civic skills") weiter entwickeln und demokratische Einstellungen gestärkt werden (siehe Putnam 1993; 2000; Gabriel et al. 2002). Dabei sind auch Akti-

[17] Siehe für eine Diskussion dieser These im lokalen Kontext Hayes und Bean (1993).

[18] Neben dem Alter der Befragten wird auch die entsprechende Quadratzahl eingesetzt, um mögliche nichtlineare Zusammenhänge zu untersuchen. Subjektive Schichtzugehörigkeit berücksichtigt die Differenzierung der Mittelschicht (Frage 52). Die Frage nach dem Einkommen kann wegen der extrem hohen Zahl von fehlenden Werten (insgesamt 47 Prozent) hier nicht genutzt werden.

vitäten in kirchlichen Organisationen von Bedeutung, da Menschen, die in kirchliche Netzwerke integriert sind, über relativ viele soziale Kontakte verfügen (Roßteutscher 2009; Verba et al. 1995). Aber auch außerhalb institutioneller Vereine und Verbände sind soziale Kontakte wichtig für die Mobilisierung und Rekrutierung der Bürger. Wie Verba und seine Mitarbeiter feststellen, ist ein Mangel an politischen Aktivitäten häufig eine Folge der Tatsache, dass „nobody asked" (Verba et al. 1995, S. 269). Allerdings können soziale Kontakte insbesondere auf das Niveau des subjektiven Interesses und auf die Häufigkeit politischer Gespräche auch hemmend wirken. So kommt Eliasoph (1998) in ihrer Studie zu sozialen Kontakten in den USA zu der Schlussfolgerung, dass politische Themen in manchen Kreisen vermieden werden, wodurch diese Kontakte eher zu einer Reduzierung als zu einem Anstieg von politischem Engagement führen. Für die sozialen Kontakte werden hier drei Indikatoren verwendet: eine Skala für die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden (Frage 25),[19] die Häufigkeit von Kirchbesuchen (Frage 42) und eine Skala für nachbarschaftliche Kontakte (Frage 7a, 7b und 7c).[20]

- *Zufriedenheit und Performanz:* Zufriedenheit mit dem Funktionieren oder den Leistungen des politischen Systems kann einerseits zu Unterstützung bzw. Engagement führen, andererseits jedoch auch dazu beitragen, dass die Politik als relativ unwichtig und als nicht sehr interessant betrachtet wird (van Deth 2000). Zufriedenheit kann demnach auch einen negativen Einfluss auf das Niveau des politischen Interesses haben: Wer unzufrieden ist, wird sich wahrscheinlich eher für die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten interessieren als diejenigen, die die Leistungen für unproblematisch halten. In unseren Analysen berücksichtigen wir die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland (Frage 19a) und in der eigenen Gemeinde (Frage 19b) funktioniert.

Zur Beurteilung der Einflüsse der verschiedenen Determinanten werden zunächst Mehrebenenmodelle mit ausschließlich individuellen Merkmalen geschätzt (Random-Intercept-Only-Modelle). Alle Variablen wurden vor der Analyse auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert. Somit drücken die Regressionskoeffizienten den Effekt auf die abhängige Variable aus, wenn die betreffende unabhängige Variable vom niedrigsten auf den höchsten Wert wechselt. Die Ergebnisse dieser Berechnungen für die 28 hessischen Kommunen sind in Tabelle 6 (s. S. 288) zusammengefasst. Bereits auf den ersten Blick ist klar, dass für jede der drei Varianten politischen Interesses fast alle ausgewählten individuellen Merkmale sehr akzeptable Niveaus statistischer Signifikanz erreichen. Die Ergebnisse für die soziodemographischen Faktoren bestätigen die Erwartung, dass sich insbesondere etwas ältere, relativ hochgebildete Männer für

[19] Die Liste umfasst 13 verschiedene Vereins- und Verbändetypen, die für eine einfache additive Skala der Mitgliedschaften genutzt worden sind. Da nur wenige Befragte (neun Prozent) Mitglieder in mehr als sieben Vereinen sind, wurden die höchsten Angaben zusammengefasst. Somit enthält die Skala insgesamt acht Stufen.

[20] Die additive Skala (vier Stufen) für nachbarschaftliche Kontakte basiert auf den Antworten „oft" auf die drei Fragen nach verschiedenen Kontakten mit den Nachbarn.

Tabelle 6: Prädikatoren politischen Interesses (Individualebene)

		Politische Diskussionen	Politikinteresse	Beobachtetes Interesse
	Konstante	0,19***	0,08***	0,60***
Soziodemographische Faktoren	Geschlecht (M=1; F=2)	-0,03***	-0,03***	-0,03***
	Alter	0,60***	0,57***	0,26***
	Alter (Quadrat)	-0,74***	-0,25*	-0,30***
	Bildung	0,14***	0,23***	0,13***
	subjektiver Status	0,06***	0,10***	0,03**
Soziale Kontakte	Vereinsmitgliedschaften	0,21***	0,19***	0,08***
	nachbarschaftliche Kontakte	0,13***	0,06***	0,02***
	Kirchbesuch	-0,03*	-0,24	-0,02*
Zufriedenheit	nationale Demokratie	0,07***	0,19***	0,05**
	lokale Demokratie	-0,01	0,01	0,03*
Varianzkomponenten:				
	Gemeindeebene	0,011	0,026	0,007
	Individualebene	7,827	9,794	4,641
Intraklassenkorrelation (ICC)		0,001	0,003	0,002
N			10.654 / 28	

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Nicht-standardisierte Regressionskoeffizienten; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Politik interessieren. Allerdings nimmt das Niveau politischen Interesses unter den ältesten Befragten wieder ab (negativer Koeffizient für quadriertes Alter). Weiterhin fördern soziale Aktivitäten sowohl in Vereinen und Verbänden als auch in informellen nachbarschaftlichen Kontakten erwartungsgemäß das Niveau politischen Interesses der Befragten. Dagegen ist die Integration in kirchliche Netzwerke weitgehend irrelevant. Die Performanz des politischen Systems und die entsprechende Zufriedenheit damit haben insbesondere mittels der Bewertung des Funktionierens der Demokratie auf nationaler Ebene Einfluss auf das Niveau politischen Interesses – die lokale Demokratie spielt dabei jedoch keine Rolle. Insgesamt hat ein Wechsel zwischen der niedrigsten und der höchsten Ausprägung für die Faktoren Alter, Bildung und Vereinsmitgliedschaften die am deutlichsten Konsequenzen für jede der drei Varianten politischen Interesses. Diese Ergebnisse unterstützen erstaunlich deutlich die Schlussfolgerungen einer der ersten empirischen (amerikanischen) Studien in diesem Bereich: „Social status and organizational activity, not surprisingly, proved the most important personal characteristics associated with local political involvement“ (Alford u. Scoble 1968, S. 1204; siehe ebenfalls Putnam 1966, S. 646–648).

Im letzten Teil von Tabelle 6 sind die Varianzanteile der drei geschätzten Modelle unter Berücksichtigung der individuellen Einflussfaktoren zusammengefasst. Klar ist, dass sich im Vergleich zu den Nullmodellen (Tabelle 5) die Varianzaufklärung nicht nur auf der Individualebene, sondern auch auf der Gemeindeebene unverkennbar verbessert hat. Die Berücksichtigung individueller Merkmale hat deswegen auch zu weiteren Reduzierung der drei ICCs geführt. Somit sind die Unterschiede in den Niveaus politischen Interesses zwischen den hessischen Kommunen zumindest teilweise Kompositionseffekten zuzuschreiben: In Gemeinden mit relativ vielen hochgebildeten und sozial aktiven Bürgern ist das Niveau politischen Interesses höher als in anderen Kommunen.

5.3 *Kontextmerkmale*

Nachdem mögliche Kontexteffekte benannt und auf der Markoebene überprüft wurden (Abschnitt 4) und die Einflüsse individueller Determinanten festgestellt sind (Abschnitt 5.2), können für eine abschließende Überprüfung der ersten drei Hypothesen jetzt Mehrebenen-Modelle, welche sowohl individuelle als auch Kontextmerkmale umfassen, geschätzt werden. Dabei werden außer den beiden insignifikanten Variablen Kirchgangshäufigkeit und lokale Demokratiezufriedenheit alle bereits eingesetzten individuellen Merkmale berücksichtigt. Da sich die Regressionskoeffizienten dieser Individualeffekte in den verschiedenen Modellen nicht substantiell ändern, wird auf eine Darstellung dieser Befunde verzichtet. Für mögliche Kontexteffekte stehen insgesamt 25 Indikatoren, welche schon für die Makro-Analysen angewandt wurden, zur Verfügung.

Die Ergebnisse der 75 geschätzten Modelle sind Tabelle 7 zu entnehmen. Wie bei den Makroanalysen beschränken sich auch hier die signifikanten Effekte nur auf wenige kontextuelle Bestimmungsfaktoren. Allerdings ist es jetzt das Niveau des beobachteten Interesses, welches kaum noch mit den kontextuellen Merkmalen in Zusammen-

Tabelle 7: Kontextuelle Bestimmungsfaktoren politischen Interesses (kontrolliert für Individualeffekte)

	Politische Diskussionen	Politikinteresse	Beobachtetes Interesse
Kommunengröße			
Gemeindefläche	0,04***	0,01	-0,01
Gemeindefläche (Quadrat)	0,04*	0,01	-0,00
Gemeindefläche (logarithmiert)	0,04**	0,01	-0,02
Einwohnerzahl	0,02*	0,03#	0,01
Einwohnerzahl (Quadrat)	0,02*	0,02	0,01
Einwohnerzahl (logarithmiert)	0,03#	0,04*	0,00
Bevölkerungsdichte	0,01	0,05***	0,01
Bevölkerungsdichte (Quadrat)	0,02#	0,05***	0,01
Bevölkerungsdichte (logarithmiert)	-0,01	0,04**	0,02#
Politisches Umfeld			
Wahlbeteiligung	-0,01	-0,03	-0,02*
Bürgerentscheide	0,00	0,00	-0,01
Gruppen	0,01	0,02	0,01
Keine Dominanz	0,01	0,00	0,01
Gesellschaftliches Umfeld			
Vereine	0,03**	0,04*	0,01
Vereinsdichte	-0,03*	0,01	0,00
Partnervereine	0,02	0,01	0,01
Wirtschaftliches Umfeld			
Arbeitslosenquote	0,03**	0,03	0,01
Gewerbesteuer	0,02#	0,02	0,01
Gewerbesteuer pro Kopf	0,02#	0,03#	0,01
Steuereinnahmekraft pro Kopf	0,01	0,04*	0,01
Einkünfte pro Steuerpflichtigem	-0,02#	0,02	0,01
Kaufkraft	-0,02#	0,02	0,01
Beschäftige ohne Ausbildung	0,03*	-0,01	-0,00
Beschäftige mittlerer Ausbildung	-0,00	-0,03*	-0,01
Beschäftige höherer Ausbildung	-0,01	0,03*	0,01

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Nicht-standardisierte Regressionskoeffizienten; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; Fallzahl = 10.654; Individualmerkmale: Geschlecht, Alter, Alter quadriert, Bildung, Schicht, Vereinsmitgliedschaften, nachbarschaftliche Kontakte und nationale Demokratiezufriedenheit. Jede Zelle entspricht den Ergebnissen einer Modellschätzung.

hang steht. Weiterhin ist klar, dass die wirtschaftlichen Indikatoren, welche auf der Makroebene so deutlich mit Politikinteresse und beobachtetem Interesse verbunden waren, nach Berücksichtigung individueller Faktoren kaum noch eigenständige Einflüsse haben (siehe Baglioni 2007, S. 105). Auch dieser Befund unterstreicht die Bedeutung von Kompositionseffekten zur Erklärung der Unterschiede in politischem Interesse zwischen den hessischen Kommunen. Relevante Kontexteffekte finden wir insbesondere für die Indikatoren der Kommunengröße und der Häufigkeit politischer Diskussionen, aber auch für die Bevölkerungsdichte und politisches Interesse. Nur dieses letzte Ergebnis stimmt mit den Befunden der Makroanalysen überein. Auch Ladner und Bühlmann (2007, S. 106–108) bestätigen in ihrer Studie schweizerischer Kommunen, dass nur die Gemeindegröße einen wichtigen Kontextfaktor für politisches Interesse darstellt.

Die Resultate der bisherigen Modellschätzungen widersprechen der in Hypothese 1 beschriebenen Bedeutung kleiner Kommunen und eines überschaubaren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds für das Niveau politischen Interesses der Bürger (keine der signifikanten Koeffizienten im ersten Teil von Tabelle 7 hat ein negatives Vorzeichen). Auch die in Hypothese 2 erwartete besondere Position der mittelgroßen Kommunen findet keine empirische Bestätigung. Stattdessen hängt die politische Diskussionshäufigkeit anders mit der Größe der Kommune zusammen als angenommen: Je größer der lokale Kontext – gemessen sowohl an Bodenfläche als auch an Einwohnerzahl –, desto häufiger sprechen Bürger über Politik. Ähnliche Befunde liegen auch für Kommunen in anderen Ländern vor (Ladner u. Bühlmann 2007, S. 106; Oliver 2000, S. 366). Statt komplizierten Interpretationen bezüglich der Relevanz verschiedener Aspekte des lokalen Umfelds, ist eine einfache Erklärung auf Basis der Größe dieses Umfelds für die Häufigkeit politischer Diskussionen offensichtlich ausreichend. Für subjektives politisches Interesse ist dagegen ein relativ dichtbevölkertes Umfeld wichtig: Je höher die Bevölkerungsdichte, desto mehr interessieren sich die Leute für Politik. Mögliche einfache Erklärungen, welche die Salienz geteilter Probleme in engen sozialen Verhältnissen betonen, scheinen hier komplizierteren Interpretationen überlegen zu sein. Auch die in den drei Varianten der dritten Hypothese zusammengefasste Erwartung, dass die Lebhaftigkeit des lokalen Umfelds das Niveau des politischen Interesses positiv beeinflusst, findet empirisch nur teilweise Unterstützung. Von den politischen Faktoren hängt allein die Wahlbeteiligung signifikant, aber negativ mit dem beobachteten Interesse zusammen – somit ist Hypothese 3a widerlegt. Eine hohe Anzahl an Vereinen und Verbänden zeigt hingegen die erwartete positive Korrelation mit Diskussionshäufigkeit und politischem Interesse (und für ersteres auch eine erwartete negative Korrelation mit Vereinsdichte). Diese Ergebnisse unterstützen Hypothese 3b. Schließlich findet auch Hypothese 3c einen empirischen Nachweis, allerdings ist hier erneut der Unterschied zwischen politischen Diskussionen und subjektivem politischen Interesse relevant. Während ein eher schlechtes wirtschaftliches Umfeld (hohe Arbeitslosigkeit, geringe Steuereinkünfte, niedrige Kaufkraft, viele Beschäftige ohne Ausbildungsabschluss) die Diskussionshäufigkeit fördert, ist für Politikinteresse vielmehr ein florierendes wirtschaftliches Umfeld (hohe

Steuereinnahmen, viele Beschäftige mit höherem Bildungsabschluss) wichtig. Knapp zusammengefasst zeigen diese Ergebnisse, dass Leute in einem wirtschaftlich problematischen Umfeld zwar über Politik reden, sich aber erst in einem wirtschaftlich besseren Kontext auch für Politik interessieren.

Die Schätzungen für jedes der 25 Kontextmerkmale sind in Tabelle 7 zusammengefasst. Zum Abschluss dieses Teils stellt sich die Frage, welche Kontextfaktoren erforderlich sind, um sparsame Modelle zur Erklärung der drei Varianten politischen Interesses zu bilden. Dazu sind die Individualmodelle schrittweise durch die signifikanten Kontextmerkmale ergänzt worden, um zu sehen, welcher dieser Effekte – oder welche Kombination von Effekten – die Varianz auf der Kommunenebene am besten aufklärt. Für die politische Diskussionshäufigkeit zeigt sich dabei, dass die Aufnahme nur eines einfachen Indikators der Kommunengröße (Gemeindefläche) völlig ausreicht und die ICC auf 0 gesenkt werden kann (siehe Tabelle 8). Auch für Politikinteresse können die kontextuellen Einflüsse mit nur einem Faktor (Steuereinnahmen pro Kopf) ausreichend berücksichtigt werden. Schließlich kann auch die Aufnahme des einzigen signifikanten Kontextmerkmals für beobachtetes politisches Interesse (Wahlbeteiligung) die Varianz auf der Kommunenebene vollständig aufklären. Diese Ergebnisse unterstreichen die hier bereits mehrmals formulierte Schlussfolgerung, dass kommunale Unterschiede in den Niveaus politischen Interesses insbesondere mit individuellen Merkmalen zusammenhängen, Kontexteffekte jedoch mit relativ einfachen Modellerweiterungen berücksichtigt werden können.

Tabelle 8: Politisches Interesse in hessischen Kommunen: individuelle und Kontextmerkmale

	Politische Diskussionen (Skala 0-1)[a]	**Politikinteresse (Skala 0-1)[b]**	**Beobachtetes Interesse (Skala 0-1)[c]**
Konstante	0,16***	0,07***	0,61***
Varianzkomponenten:			
Gemeindeebene	0,003	0,001	0,002
Individualebene	7,846	9,845	4,689
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,000	0,001	0,000
-2 x log Likelihood	-1.561,57	-2.773,04	1.180,50
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=0,49 (p=0,242)	χ^2=2,33 (p=0,064)	χ^2=0,27 (p=0,303)
N		10.654 / 28	

Anmerkungen: Random-Intercept-Only-Modelle mit Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Individualmerkmale: siehe Tabelle 7; [a] Kontextmerkmal: Gemeindefläche; [b] Kontextmerkmal: Steuereinnahmekraft pro Kopf; [c] Kontextmerkmal: Wahlbeteiligung.

5.4 Spillover-Effekte

Die am Ende des letzten Abschnitts gebildeten sparsamen Modelle erklären die drei allgemeinen Varianten politischen Interesses in hessischen Gemeinden: Diskussionshäufigkeit, Politikinteresse und beobachtetes Interesse. Obwohl die Relevanz der kommunalen Kontextmerkmale für politisches Interesse offensichtlich bescheiden ist, können Gemeinden noch auf ganz andere Weise für das Niveau politischen Interesses einzelner Bürger von Bedeutung sein. Dazu ist in Hypothese 4 die Erwartung zusam-

mengefasst, dass Interesse an der Lokalpolitik positive Konsequenzen für das politische Interesse an Deutschland und Europa sowie für politisches Interesse im Allgemeinen hat. Für eine empirische Überprüfung derartiger Spillover-Effekte sind die drei bisher verwendeten abhängigen Variablen natürlich ungeeignet. Stattdessen ist zu untersuchen, inwieweit das Niveau kommunalen politischen Interesses für Interesse an bundespolitischer und europäischer Politik von Bedeutung ist. Außerdem könnte Interesse an lokalpolitischen Ereignissen die Diskussionshäufigkeit und das allgemeine Niveau politischen Interesses fördern.

Da Spillover-Effekte eine zeitliche Entwicklung voraussetzen, ist eine endgültige empirische Überprüfung von diesen Effekten mit den vorhandenen Querschnittsdaten zwar nicht möglich; die unterschiedlichen Niveaus politischen Interesses für verschiedene politische Objekte in den 28 hessischen Kommunen (siehe Tabelle 1) erlauben allerdings eine erste Exploration dieser Effekte. Dazu wird ein Basismodell erstellt, das neben den mittlerweile bekannten Individualeffekten (siehe Tabelle 7) auch die drei letztendlich relevanten Kontexteffekte umfasst (siehe Tabelle 8). Für die Untersuchung möglicher Spillover-Effekte ist eine Ergänzung dieser Liste unabhängiger Variablen um das Niveau kommunalpolitischen Interesses entscheidend: Nur wenn im Rahmen des Basismodells für diesen Indikator auf der Individualebene positive Effekte nachweisbar sind, könnten in Gemeinden gesammelte Erfahrungen eigenständige Effekte auf politisches Interesse haben. Als abhängige Variable dienen die Niveaus des allgemeinen, bundespolitischen und europäischen Interesses, die Diskussionshäufigkeit in verschiedenen Kreisen sowie das beobachtete politische Interesse.

Die Ergebnisse in Tabelle 9 zeigen eindeutig die erwarteten Zusammenhänge von lokalpolitischem Interesse und Interesse an anderen politischen Objekten mit der Häufigkeit politischer Diskussionen: Alle Koeffizienten haben positive Vorzeichen und deuten insbesondere für die Variable subjektives politisches Interesse auf substantielle Effekte hin. Auch für beobachtetes Interesse ergibt sich ein positiver Zusammenhang, allerdings ist der Effekt hier relativ gering. Obwohl unklar ist, wie die kausalen Mechanismen genau aussehen – lokalpolitisches Interesse kann zum Beispiel auch eine Konsequenz bundespolitischen Interesses sein und eine Scheinkorrelation ist ebenfalls nicht auszuschließen – widersprechen die Befunde Hypothese 4 nicht. Somit ist die

Tabelle 9: Spillover-Effekte lokalen politischen Interesses

Politisches Interesse	allgemein	0,36***
	Bundespolitik	0,61***
	Europapolitik	0,28***
Politische Diskussionen mit	Familie	0,20***
	Nachbarn	0,11***
	Freunden in <Stadtname>	0,18***
	anderen Bürgern in <Stadtname>	0,13***
	anderen Leuten	0,17***
Beobachtetes Interesse		0,07***

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Nicht-standardisierte Regressionskoeffizienten; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; Fallzahl = 10.654; Individualmerkmale: siehe Tabelle 7; Kontextmerkmale: Gemeindefläche, Steuereinnahmekraft pro Kopf, Wahlbeteiligung; jede Zelle entspricht den Ergebnissen einer Modellschätzung.

Kommune offensichtlich für die Frage, inwieweit Bürger sich für Politik außerhalb ihrer Gemeinde interessieren, von Bedeutung.

6 Fazit

Sind Gemeinden tatsächlich eine „Schule der Demokratie“ für die Entwicklung und Förderung politischen Interesses? Um diese Frage zu beantworten, wurden in diesem Beitrag zunächst Erwartungen über Einflüsse der Kommunengröße und der Lebhaftigkeit des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds aufgestellt. Außerdem fasste eine Hypothese die möglichen Spillover-Effekte lokaler Erfahrungen zusammen. Die empirischen Überprüfungen dieser Interpretationen basierten auf den Informationen für 28 sehr unterschiedliche hessische Gemeinden. Für verschiedene Aspekte des Konzeptes politisches Interesse – hier definiert als Grad der Aufmerksamkeit, den ein Individuum politischen Ereignissen zumisst – wurden drei verschiedene Operationalisierungen entwickelt: die Häufigkeit politischer Diskussionen, das Niveau subjektiven politischen Interesses und das Niveau des vom Interviewer beobachteten Interesses.

Ungeachtet der verwendeten Indikatoren variieren die Niveaus politischen Interesses zwischen den ausgewählten Kommunen deutlich. Dabei zeigt sich in allen Gemeinden, dass das Niveau des beobachteten Interesses am höchsten ist; darauf folgen das Niveau des subjektiven Interesses und schließlich die Diskussionshäufigkeit. Die Kombination dieser beiden ersten Befunde – klare Niveaudifferenzen zwischen den Kommunen, aber ein ähnliches Muster für die drei Varianten politischen Interesses – unterstreicht die Notwendigkeit, Merkmale der Kommunen für die Erklärung des Niveaus politischen Interesses zu berücksichtigen. Eine schrittweise empirische Überprüfung zeigt, dass insbesondere individuelle Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung, aber auch soziale Kontakte und nationale Demokratiezufriedenheit für das Niveau politischen Interesses der Befragten relevant sind. Im Vergleich mit diesen Individualeffekten kann der lokale Kontext nur wenig zur Varianzaufklärung beitragen. Somit sind die gefundenen Unterschiede zwischen den Kommunen hauptsächlich Kompositionseffekten zuzuschreiben: Weil die Bürger in den Gemeinden ungleiche soziodemographische und soziale Merkmale aufweisen, ist auch das Niveau politischen Interesses unterschiedlich. Zusätzlich zu diesen Individualeffekten beeinflusst die Gemeindegröße die Diskussionshäufigkeit positiv, weshalb insbesondere die Bevölkerungsdichte für das Niveau subjektiven Interesses der Kommune wichtig ist. Während das politische Umfeld weitgehend irrelevant ist und der gesellschaftliche Effekt sich auf Vereinsmitgliedschaften beschränkt, zeigt das wirtschaftliche Umfeld einen hoch interessanten Einfluss: Ein wirtschaftlich problematischer Kontext ist für politische Diskussionen offensichtlich förderlich – für mehr politisches Interesse bedarf es allerdings eines prosperierenden wirtschaftlichen Umfelds.

Die eher ernüchternden Ergebnisse dieser empirischen Überprüfung des Einflusses lokaler Kontexte für das Niveau des politischen Interesses der Bürger kann man aus demokratischer Sicht unterschiedlich beurteilen. Offensichtlich funktionieren Kom-

munen heutzutage nur noch in geringem Maße als „Schulen der Demokratie“. Die sich auf geographischer Nähe basierenden Erwartungen von positiven Effekten gemeinsamer Erfahrungen und Problemlösungen konnten im Allgemeinen nicht bestätigt werden. Allerdings fördert die Anwesenheit von vielen Vereinen und Verbänden sowohl die Diskussionshäufigkeit als auch das subjektive politische Interesse; außerdem hat das wirtschaftliche Umfeld den erwähnten doppelten Einfluss. Diese Ergebnisse widersprechen allerdings der Erwartung, dass Bürger die Möglichkeit haben, sich in kleineren Entitäten mit komplexen Fragen der Politik vertraut zu machen und somit die Zugänge zu meistens abstrakten und weit entfernt stattfindenden politischen Ereignissen erheblich erleichtert werden. Wie Robert Wuthnow in seiner Studie des veränderten Engagements in amerikanischen Kommunen feststellte: „The problems are generally larger than ones facing their own community“ (1998, S. 47). Zwar hat das kommunalpolitische Interesse wahrscheinlich Spillover-Effekte auf andere Varianten politischen Interesses, jedoch handelt es sich hierbei um Wirkungsmechanismen auf der Individualebene und nicht um kommunale Kontexteffekte. Die geringe Rolle der Kommunen als „Schulen der Demokratie“ ist aus dieser Perspektive insgesamt als ein eher bescheidener Beitrag zur Vitalität demokratischer Systeme zu betrachten. Von einer „Kompensationsfunktion“ der kommunalen Politik (Vetter 2002, S. 7) bzw. von lokaler Politik als „Rettungsanker der Demokratie“ (Vetter 2011) ist in dieser Hinsicht kaum etwas zu erwarten.

Eine geringe Bedeutung des lokalen Umfelds für das Niveau politischen Interesses der Bürger kann man freilich auch viel positiver beurteilen. Aus dieser Perspektive unterstreichen die Ergebnisse insbesondere eine verschwindende politische Relevanz von Erfahrungen, welche man im direkten Anblick des eigenen Kirchturms und Rathauses sammelt. Die relativ starken Individualeffekte können somit auch als Ausdruck wachsender Emanzipation der Bürger betrachtet werden – eine Emanzipation, die für die Lebensfähigkeit der Demokratie in einer globalisierten Welt viel wichtiger sein könnte als die geringere Bedeutung lokaler Erfahrungen. Die empirischen Befunde für die hessischen Kommunen zeigen allerdings auch die Schattenseite dieser Entwicklungen, da es auch hier eindeutig die ressourcenstarken Gruppen sind, welche sich überdurchschnittlich für Politik interessieren. Mit anderen Worten: Soziale und politische Ungleichheit sind auch in Hessen deutlich miteinander verbunden. Die geringe Bedeutung des lokalen Kontexts als „Schule der Demokratie“ ist insbesondere im Hinblick auf diese Ungleichheit negativ zu bewerten. Zwar steht der Besuch dieser „Schule“ natürlich immer auch weniger privilegierten Bürger offen; die schulischen Erfolge für das politische Interesse sind jedoch gering.

Literatur

Alford, Robert R., und Harry M. Scoble. 1968. Sources of Local Political Involvement. *American Political Science Review* 62: 1192–1206.

Baglioni, Simone. 2007. The efects of direct democracy and city size on political participation. The Swiss case. In *Participatory Democracy and Political Participation. Can Participatory Engineering bring Citizens Back In?*, Hrsg. Thomas Zittel und Dieter Fuchs, 91–106. London: Routledge.

Bennett, Stephen E. 1986. *Apathy in America 1960–1984. Causes and Consequences of Citizen Political Indifference*. New York: Transnational Publishers.

Bühlmann, Marc. 2006. *Politische Partizipation im kommunalen Kontext. Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.

Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 326–349.

Dahl, Robert Alan, und Edward R. Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Diamond, Larry. 1999. *Developing Democracy: Toward Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Dicken, Peter. 2000. Localization. In *The Dictionary of Human Geography*, Hrsg. Ron J. Johnston, Derek Gregrory, Geraldine Pratt und Michael Watts, 458–459. Oxford: Wiley-Blackwell.

Eliasoph, Nina. 1998. *Avoiding Politics. How Americans Produce Apathy in Everyday Life*. Cambridge: Cambridge University Press.

Gabriel, Oscar W., und Kerstin Völkl. 2005. Politische und soziale Partizipation. In *Handbuch Politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann, 523–573. München: Oldenbourg.

Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV Universitätsverlag.

Hadjar, Andreas, und Rolf Becker. 2006. Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. *Politische Vierteljahresschrift* 47: 12–34.

Hayes, Bernadette C., und Clive S. Bean. 1993. Gender and Local Political Interest. Some International Comparisons. *Political Studies* 41: 672–682.

Ladner, Andreas, und Marc Bühlmann. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegrösse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*. Zürich: Ruegger.

Mouritzen, Poul Erik. 1989. City Size and Citizens' Satisfaction. Two Competing Theories Revisited. *European Journal of Political Research* 17: 661–688.

Norris, Pippa (Hrsg.). 1999. *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.

Oliver, J. Eric. 2000. City Size and Civic Involvement in Metropolitan America. *The American Political Science Review* 94: 361–373.

Putnam, Robert D. 1966. Political Attitudes and the Local Community. *American Political Science Review* 60: 640–654.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.

Roßteutscher, Sigrid. 2009. *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften*. Baden-Baden: Nomos.

Sigel, Roberta S., und Marilyn B. Hoskin. 1981. *The Political Involvement of Adolescents*. New Brunswick: Rutgers University Press.

Tausendpfund, Markus. 2012. *Gemeinden als Fundament der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union*. Mannheim: Dissertation.

van Deth, Jan W. 1990. Interest in Politics. In *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, M. Kent Jennings, Jan W. van Deth, Samuel H. Barnes, Dieter Fuch, Felix Heunks, Ronald Inglehart, Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann und Jacques J. A. Thomassen, 275–312. Berlin: Walter de Gruyter.

van Deth, Jan W. 2000. Interesting but Irrelevant. Social Capital and the Saliency of Politics in Western Europe. *European Journal of Political Research* 37: 115–147.

van Deth, Jan W. 2004. Politisches Interesse. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 275–292. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W. 2008. Political Involvement and Social Capital. In *Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*, Hrsg. Heiner Meulemann, 191–218. Leiden: Brill.

van Deth, Jan W., und Martin Elff. 2004. Politicisation, Economic Development and Political Interest in Europe. *European Journal of Political Research* 43: 477–508.

Verba, Sidney, und Norman Nie. 1972. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.

Verba, Sidney, Kay L. Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Vetter, Angelika. 2002. *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Opladen: Leske + Budrich.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Wuthnow, Robert. 1998. *Loose Connections. Joining Together in America's Fragmented Communities*. Cambridge: Harvard University Press.

Zaller, John R. 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.

Politisches Vertrauen

Christian Schnaudt

1 Einführung

„In God We Trust: Everyone Else Pays Cash.“ Vor mehr als 35 Jahren waren dies die einleitenden Worte Jack Citrins in seinem Artikel über „The Political Relevance of Trust in Government“, in welchem er einen stetigen Rückgang des Vertrauens der US-amerikanischen Bürger in deren Regierung dokumentierte (Citrin 1974, S. 973; vgl. auch Miller 1974a, 1974b). Eine Vielzahl der hierauf folgenden Studien zur politischen Unterstützung der Bürger teilte ebenfalls eine gewisse Besorgnis hinsichtlich eines zunehmenden Vertrauensverlustes und verwies darauf, dass die Bürger moderner Demokratien sowohl in Nordamerika als auch in Europa politischen Autoritäten und Institutionen zunehmend misstrauisch gegenüber stünden (Norris 1999, S. 7). Auch wenn die Proklamation einer „Krise der Demokratie“ definitiv übertrieben anmutet, so deuten abnehmende Niveaus politischen Vertrauens in etablierten Demokratien zumindest auf eine wachsende Skepsis seitens der Bürger gegenüber politischen Autoritäten und Institutionen hin (Dalton 1999, 2004; Cleary u. Stokes 2006). Folglich scheint es, als ob in modernen Demokratien selbst über 35 Jahre nach Citrins bahnbrechendem Artikel zur Relevanz politischen Vertrauens noch immer überwiegend *cash* gezahlt wird.

Die Existenz geringer Niveaus politischen Vertrauens muss in diesem Zusammenhang allerdings nicht *per se* als schlecht für die Funktionsfähigkeit moderner Demokratien angesehen werden. Auf Grundlage eines liberalen Demokratieverständnisses reflektieren selbige vielmehr eine aufmerksame Bürgerschaft mit der Bereitschaft, politische Autoritäten und Institutionen zu überwachen und verantwortlich zu halten. Folglich stehen insbesondere geringe Niveaus politischen Vertrauens stellvertretend für eine zunehmend aufgeklärte Bürgerschaft, welche selbst wiederum als wünschenswerter Bestandteil einer funktionierenden Demokratie aufgefasst wird (vgl. Catterberg u. Moreno 2005, S. 32; Citrin 1974, S. 988; Mishler u. Rose 1997; Warren 1999). Während also eine gesunde Skepsis gegenüber politischen Autoritäten und Institutionen dem Wohlbefinden einer Demokratie förderlicher erscheint als blindes Vertrauen (vgl. Mishler u. Rose 2001, S. 41; Hardin 1999), so gilt ein *Mindestmaß* an politischem Vertrauen seitens der Bürger dennoch als unabdinglich für das langfristige Funktionieren einer Demokratie. Politisches Vertrauen verbindet die Bürger mit den Autoritäten und Institutionen, welche ihre Interessen repräsentieren sollen, und erweitert auf diese Weise die Legitimität und Effizienz demokratischen Regierens (vgl. Easton 1975; Hetherington 1998; Levi 1998). Legitimität und Effizienz sind nach Lipset (1959) jene zwei Grundzutaten, welche für das Wohlbefinden eines de-

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_11, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

mokratischen Systems langfristig unverzichtbar sind. Ein Mindestmaß politischen Vertrauens bildet somit eine funktionale Voraussetzung für effizientes demokratisches Regieren jenseits des Einsatzes von Zwang (vgl. Gamson 1968, S. 43; Chanley et al. 2000, S. 240; Zmerli 2004, S. 229). Während zusammenfassend also die Frage nach für die Demokratie optimalen Niveaus kontrovers diskutiert wird, so ist die generelle Relevanz politischen Vertrauens für die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme unbestritten.

In diesem Zusammenhang sollten insbesondere lokale Autoritäten und Institutionen sowie der lokale Kontext von Bedeutung sein. Im Kontext der Gemeinde sind direkte Kontakte und Erfahrungen der Bürger mit der Politik wahrscheinlicher als dies auf nationaler oder europäischer Ebene der Fall ist. Die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Autoritäten und Institutionen ist somit enger, die lokale politische Agenda zudem weniger komplex und für die Bürger einfacher nachzuvollziehen als auf höher gelagerten Ebenen (vgl. Vetter 2002a, S. 4). Auf Grund dieser Unterschiede lässt sich vermuten, dass sowohl Niveaus als auch Bestimmungsfaktoren lokalen politischen Vertrauens von jenen des nationalen und europäischen politischen Vertrauens abweichen und hierbei insbesondere der jeweils vorherrschende lokale Kontext einer Gemeinde eine besondere Relevanz einnimmt. In Anbetracht dieser potenziellen Bedeutung des lokalen Kontexts für das politische Vertrauen ist es überraschend, dass sich bestehende Studien nahezu ausschließlich auf das Vertrauen der Bürger in Autoritäten und Institutionen auf *nationaler* Ebene beschränken (vgl. Rahn u. Rudolph 2005, S. 531). Dies ist umso erstaunlicher, da direkte Kontakte der Bürger zu Repräsentanten des nationalen Parlaments oder nationalen Regierungsmitgliedern eher die Ausnahme bilden und Informationen über selbige lediglich vermittelt über die Massenmedien erhältlich sind (Newton 1999, S. 179). Eine interessante und vielversprechende Ergänzung der Forschungsliteratur stellt daher die Betrachtung des Vertrauens der Bürger in *lokale* Autoritäten und Institutionen wie den Bürgermeister oder die Gemeindeverwaltung dar (vgl. Rahn u. Rudolph 2005).

Der vorliegende Beitrag vergleicht und analysiert das Vertrauen der Bürger aus 28 hessischen Gemeinden in eine Vielzahl verschiedener politischer Autoritäten und Institutionen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Im Vordergrund der Untersuchung stehen hierbei Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich (1) der Niveaus politischen Vertrauens zwischen Gemeinden und Ebenen sowie (2) der Relevanz lokaler Orientierungen und des lokalen Kontexts als Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Des Weiteren soll analysiert werden, (3) welche Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen der Bürger in lokale, nationale sowie europäische Autoritäten und Institutionen bestehen. Eine derart gestaltete Untersuchung gibt Aufschluss über das Potenzial des lokalen Umfelds als „Schule der Demokratie“ (vgl. Andersen u. Roßteutscher 2007, S. 226) und kann womöglich zu einer Aufklärung der widersprüchlich erscheinenden Situation beitragen, dass moderne Demokratien in der Praxis meist gut funktionieren, obwohl das Vertrauen in nationale Autoritäten und Institutionen gering ist und teilweise negativen Trends unterliegt (vgl. Dalton 2004; Klingemann 1999, S. 51f.).

Abschnitt 2 dient zunächst der Klärung des Begriffes politisches Vertrauen sowie der Erörterung der Relevanz des lokalen Kontexts für das Verhältnis zwischen Bürgern und politischen Autoritäten und Institutionen. Des Weiteren erfolgt eine deskriptive Darstellung der Niveaus und Struktur politischen Vertrauens in 28 hessischen Gemeinden. Abschnitt 3 beschäftigt sich anschließend mit den individuellen Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Relevanz lokaler Orientierungen für die Erklärung politischen Vertrauens auf verschiedenen Ebenen. Abschnitt 4 präsentiert die Ergebnisse der empirischen Analysen und diskutiert die relative Bedeutung individueller und kontextueller Erklärungsfaktoren politischen Vertrauens. Abschnitt 5 schließlich liefert eine Zusammenfassung der wichtigsten Resultate und erörtert deren Implikationen im Hinblick auf die Relevanz des lokalen Kontexts und die Funktionsfähigkeit moderner Demokratien.

2 Politisches Vertrauen und der lokale Kontext

Politisches Vertrauen bezieht sich im Allgemeinen auf Bewertungen der wichtigsten Autoritäten und Institutionen des politischen Systems durch die Bürger (vgl. Denters et al. 2007, S. 67). Hierbei ist zunächst ersichtlich, dass sich politisches Vertrauen im Gegensatz zu sozialem Vertrauen nicht auf ein Verhältnis zwischen Individuen, sondern zwischen Individuen und politischen Autoritäten und Institutionen bezieht. Politisches Vertrauen impliziert demnach ein vertikales Beziehungsverhältnis zwischen zwei oder mehreren „ungleichen“ Partnern. In Anbetracht dieser Unterschiede wird in der englischsprachigen Literatur eine Unterscheidung zwischen den Begriffen „trust“ und „confidence“ vorgeschlagen. Während sich „trust“ auf eine wechselseitige Vertrauensbeziehung zwischen Individuen bezieht, so beschreibt „confidence“ am ehesten die *Zuversicht* der Bürger, dass politische Autoritäten und Institutionen im Einklang mit den normativen Erwartungen einer Gesellschaft handeln werden (vgl. Offe 1999, S. 44f.; Zmerli et al. 2007, S. 41; Levi u. Stoker 2000, S. 493). Ein solches Verständnis politischen Vertrauens findet sich auch in Miller und Listhaugs (1990) Ausführungen wieder: Politisches Vertrauen

> „reflects evaluations of whether or not political authorities and institutions are performing in accordance with the normative expectations held by the public. Citizen expectations of how government should operate include, among other criteria, that it be fair, equitable, honest, efficient and responsive to society's needs“ (Miller u. Listhaug 1990, S. 358).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass politisches Vertrauen (1) eine vertikale Beziehung zwischen einerseits Bürgern und andererseits politischen Autoritäten und Institutionen beschreibt, welche (2) auf der Zuversicht der Bürger in die Fähigkeit politischer Autoritäten und Institutionen beruht, den normativen Erwartungshaltungen der Bürger gerecht zu werden. Politisches Vertrauen reflektiert somit die Zuversicht der Bürger, „that the system is responsive and will do what is right even in the absence of constant scrutiny“ (Miller u. Listhaug 1990, S. 358).

2.1 Politisches Vertrauen und die Relevanz des lokalen Kontexts

Welchen Einfluss sollte nun insbesondere der lokale Kontext auf das politische Vertrauen der Bürger ausüben? Um eine systematische Diskussion diesbezüglich zu erleichtern, scheint ein Rückgriff auf die in der Einleitung dieses Bands (vgl. van Deth u. Tausendpfund, Kapitel 1) getroffene Untergliederung des lokalen Kontexts in die lokale Politik, die lokale Gesellschaft sowie die lokalen Wirtschaftsbedingungen hilfreich.

Wie eingangs bereits erwähnt, zeichnet sich insbesondere die (1) lokale Politik durch ihre vergleichsweise größere Nähe zu den Bürgern aus. Diese Nähe lässt sich hierbei auf zweierlei Weise verstehen: erstens im Sinne einer geringen Distanz zum politischen Geschehen und der hieraus resultierenden direkten Kontaktmöglichkeiten zu Autoritäten und Institutionen im lokalen Kontext, zweitens im Sinne einer der lokalen Politik zugeschriebenen direkten Relevanz für das Leben der Bürger (vgl. Dahl u. Tufte 1973, S. 65; Newton 1982, S. 196; Dahl 1994, S. 133). Eine so verstandene Nähe der lokalen Politik gegenüber ihren Bürgern impliziert, dass die Bürger die erbrachten politischen Leistungen unvermittelt beobachten und einschätzen können, was letztlich ihr Ausmaß an Vertrauen in lokale politische Autoritäten und Institutionen beeinflussen wird. Dementsprechend sollten insbesondere jene Gemeinden, in denen politische Akteure verantwortungsbewusst handeln, politische Entscheidungsprozesse ein hohes Maß an Transparenz aufweisen und die politische Entscheidungsfindung eine Beteiligung der Bürger einschließt, eher das politische Vertrauen ihrer Bürger erwecken als Gemeinden, deren lokale Politik diese Merkmale nicht aufweist (vgl. Hibbing u. Theiss-Morse 2001, 2003; Kelleher u. Wolak 2007, S. 710; Owen u. Dennis 2001, S. 212f.). Zudem kann vermutet werden, dass die im lokalen Kontext entstandenen Erfahrungen und Bewertungen hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit lokaler politischer Autoritäten und Institutionen von den Bürgern auch auf höhere politische Ebenen transferiert werden. Direkte Erfahrungsmöglichkeiten mit der Politik auf nationaler oder europäischer Ebene sind selten und so können die lokalen Orientierungen den Bürgern als Heuristik für höher gelagerte Ebenen dienen (vgl. Almond u. Verba 1963, S. 188f.; Wagner 2010; Andersen u. Roßteutscher 2007, S. 225ff.).

> „With the political agenda being less complex, more understandable and the relationship between the citizens and the political actors being closer on the local than the national or supra-national level, local politics might foster positive attitudes towards politics. If these could be transferred to higher levels of government, the local level might indeed be an important resource of democratic legitimacy" (Vetter 2002a, S. 4).

Demnach kann vermutet werden, dass der lokale Kontext ebenfalls einen Einfluss auf das Vertrauen der Bürger in nationale und europäische Autoritäten und Institutionen ausübt.

Im Hinblick auf den Einfluss der (2) lokalen Gesellschaft auf das politische Vertrauen lässt sich in Anlehnung an den Sozialkapital-Ansatz (vgl. Putnam 1993, 2000; Castiglione et al. 2008) argumentieren, dass Bürger durch freiwillige Interaktionen in lokalen Vereinen und Verbänden zivile Tugenden und Fähigkeiten (sogenannte „civic skills") entwickeln und ausbauen, welche ihnen ein fortgeschrittenes Verständnis von und Erfahrungen mit politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Die Existenz

einer starken lokalen Gesellschaft und deren Einbindung in lokale politische Entscheidungsfindungen trägt somit auch zum Aufbau effizienter politischer Institutionen bei, in welche Bürger letztlich ihr Vertrauen investieren können (vgl. Boix u. Posner 1998; Knack 2002; Newton u. Norris 2000, S. 60; Gabriel u. Walter-Rogg 2008, S. 224f.). Folglich ist zu erwarten, dass Bürger in Gemeinden mit einer vergleichsweise höheren „civic capacity“ ebenfalls ein vergleichsweise höheres Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen aufweisen (Rahn u. Rudolph 2005, S. 535f.). Auch in diesem Zusammenhang ist wiederum denkbar, dass oben genannte Mechanismen nicht auf das Vertrauen der Bürger in lokale politische Autoritäten und Institutionen beschränkt bleiben. Vielmehr kann vermutet werden, dass die innerhalb der lokalen Gesellschaft entstandenen Fähigkeiten und Erfahrungen der Bürger auch auf deren Bewertungen nationaler und europäischer Autoritäten und Institutionen übertragen werden und ihr Vertrauen in diese beeinflussen.

Letztlich kann sich der Einfluss des lokalen Kontexts auf das politische Vertrauen der Bürger auch in den (3) lokalen Wirtschaftsbedingungen widerspiegeln. Solche Gemeinden, welche ihren Haushalt ausgeglichen gestalten und ihren Bürgern auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine ausreichende Arbeitsplatzverfügbarkeit gewährleisten können, werden eher das Vertrauen ihrer Bürger gewinnen als jene Gemeinden, die mit einer hohen Schuldenbelastung und Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Wie auch bei den beiden zuvor diskutierten Bereichen der lokalen Politik und Gesellschaft lässt sich auch bezüglich der lokalen Wirtschaftsbedingungen vermuten, dass die im lokalen Kontext mit lokalen politischen Autoritäten und Institutionen gewonnenen Erfahrungen ebenfalls einen Einfluss auf das Vertrauen der Bürger in nationale und europäische Autoritäten und Institutionen ausüben werden. Dass (neben der politischen) insbesondere die ökonomische Performanz politischer Autoritäten und Institutionen eine nicht zu vernachlässigende Größe bei der Erklärung politischen Vertrauens spielt, konnte bereits mehrfach nachgewiesen werden (vgl. Hetherington u. Rudolph 2008; Chanley et al. 2000, S. 249; Weatherford 1984, 1987; siehe jedoch auch McAllister 1999).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass alle drei diskutierten Teilbereiche des lokalen Kontexts einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Unterschieden zwischen den 28 hessischen Gemeinden hinsichtlich ihres Vertrauens in lokale, nationale und europäische Autoritäten und Institutionen leisten sollten. Bevor in Abschnitt 3 dieses Beitrags nach diesen kontextuellen ebenfalls individuelle Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens diskutiert werden, erfolgt zunächst eine deskriptive Darstellung des Vertrauens der Bürger aus 28 hessischen Gemeinden in verschiedene politische Autoritäten und Institutionen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene.

2.2 Politisches Vertrauen in 28 hessischen Gemeinden

In der Bürgerbefragung des Projektes „Europa im Kontext“ wird das politische Vertrauen mit einer einfachen Frage hinsichtlich des Vertrauens der Bürger in eine Vielzahl politischer Autoritäten und Institutionen gemessen:

Und wie sehr vertrauen Sie persönlich…

a) der Stadt- oder Gemeindeverwaltung?
b) Und den Parteien in Ihrer Gemeinde?
c) Und der Gemeindevertretung [Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung]?
d) Und dem Bürgermeister [bei Wiesbaden/Kassel: Oberbürgermeister]?
e) Und den Politikern in Deutschland?
f) Und den Parteien in Deutschland?
g) Und dem Bundestag?
h) Und der Bundesregierung?
i) Und den Gerichten in Deutschland?
j) Und der Polizei in Deutschland?
k) Und dem Europäischen Parlament?
l) Und der Europäischen Kommission?

Das jeweilige Ausmaß ihres Vertrauens in die zwölf oben genannten Autoritäten und Institutionen konnten die Befragten hierbei auf einer Skala von 0–10 angeben, wobei 0 „überhaupt kein Vertrauen“ und 10 „sehr viel Vertrauen“ symbolisiert. Mit den dazwischenliegenden Zahlen konnten die Befragten ihr Vertrauen abstufen. Betrachtet man die zwölf genannten Autoritäten und Institutionen genauer, so fällt auf, dass die ersten vier (a–d) zur lokalen, die darauf folgenden sechs (e–j) zur nationalen und die letzten beiden (k–l) zur europäischen Ebene gehören. Bestehende Studien weisen zudem darauf hin, dass innerhalb der nationalen Ebene eine weitere Differenzierung zwischen repräsentativen (e–h) und regulativen (i–j) Autoritäten und Institutionen analytisch und empirisch sinnvoll erscheint. Erstere beziehen sich hierbei auf die zentralen Autoritäten und Institutionen einer modernen Demokratie, welche primär mit der Gestaltung und Entwicklung von Politik und politischen Inhalten befasst sind. Hierzu gehören Politiker, politische Parteien sowie Parlamente und Regierungen. Im Gegensatz hierzu umfassen zweitere all jene Autoritäten und Institutionen einer modernen Demokratie, welche sich mit der Implementation und Umsetzung politischer Entscheidungen sowie der Aufrechterhaltung rechtsstaatlicher Ordnung beschäftigen. Hierzu zählen vor allem öffentliche Verwaltungen, Gerichte sowie die Polizei (vgl. Gabriel et al. 2002, S. 180ff.; Rothstein 2005, S. 114f.; Rothstein u. Stolle 2003, 2008; siehe jedoch auch Zmerli 2004; Zmerli et al. 2007; Hooghe 2011).

Tabelle 1 enthält deskriptive Informationen zur Verteilung des Vertrauens in diese zwölf Autoritäten und Institutionen für die Bürger aus 28 hessischen Gemeinden. Die Zelleneinträge zeigen hierbei den prozentualen Anteil jener Befragten, welche angeben, viel bis sehr viel Vertrauen (Skalenwerte 8–10) in die jeweiligen Institutionen zu besitzen.

Betrachtet man zunächst die beiden vorletzten Zeilen der Tabelle, so ist ersichtlich, dass das durchschnittliche Vertrauen aller 28 Gemeinden erheblich zwischen den zwölf verschiedenen Autoritäten und Institutionen variiert. Während etwa 47 Prozent der Befragten angeben, ein hohes Vertrauen in die Polizei zu besitzen, sind dies nur etwa fünf Prozent im Falle der politischen Parteien auf nationaler Ebene. Generell ist

Tabelle 1: Vertrauen in Autoritäten und Institutionen in 28 hessischen Gemeinden (Prozentwerte)

	Stadt/ Gemeinde-verwaltung	lokale Parteien	Gemeinde-vertretung	Bürger-meister	Politiker in D	Parteien in D	Bundestag	Bundes-regierung	Gerichte in D	Polizei in D	EU-Parlament	EU-Kommission	N (min)
Alsfeld	**13**	**6**	12	**15**	5	4	11	13	25	43	16	12	323
Bickenbach	37	**25**	30	39	7	6	12	13	35	49	**17**	14	204
Biedenkopf	19	13	17	22	8	6	13	16	30	50	13	12	338
Bruchköbel	23	9	16	28	5	5	9	15	28	49	11	9	331
Büttelborn	27	17	25	43	6	6	11	14	32	53	12	12	315
Eppstein	28	14	24	39	5	3	11	12	32	49	14	10	329
Erzhausen	16	7	**12**	22	5	3	11	13	29	**38**	13	13	324
Felsberg	28	14	24	**51**	7	4	9	12	31	52	11	9	338
Frankenberg (Eder)	32	19	28	43	8	7	12	16	33	52	15	14	330
Frielendorf	23	12	22	33	5	4	9	11	34	49	15	13	334
Gelnhausen	22	13	18	41	7	7	9	12	29	46	12	12	323
Guxhagen	30	16	25	45	5	4	8	9	30	48	10	**7**	327
Helsa	28	18	26	38	8	7	12	13	27	48	15	12	247
Heuchelheim	22	8	17	24	8	6	11	12	29	43	12	10	218
Hüttenberg	34	18	24	44	6	6	13	16	29	48	13	11	338
Kassel	15	8	12	22	7	6	13	14	34	46	14	11	965
Kelkheim	29	16	23	32	6	5	**16**	**19**	35	49	15	11	337
Limburg a.d. Lahn	17	13	19	28	7	6	12	16	30	50	13	9	326
Petersberg	**38**	21	**34**	44	8	**8**	14	18	**42**	**53**	15	13	109
Ranstadt	28	17	22	31	9	8	10	13	27	44	13	8	212
Reinheim	32	20	30	48	9	6	12	13	31	47	16	13	312
Reiskirchen	22	15	22	24	6	5	12	14	29	45	13	13	332
Rüdesheim am Rhein	19	10	14	32	6	4	13	15	32	47	15	13	324
Selters (Taunus)	26	15	24	44	**4**	**3**	**8**	**6**	**24**	45	**8**	8	333
Viernheim	27	18	24	44	**11**	8	14	17	29	41	13	11	352
Wiesbaden	16	9	12	20	7	5	13	14	30	44	14	10	1035
Witzenhausen	18	13	19	27	5	4	11	12	27	43	11	10	345
Wolfhagen	30	19	27	37	7	6	12	11	31	51	15	**14**	337
Gesamt (N gewichtet)	25	14	22	34	7	5	11	14	31	47	13	11	9.382
Max. Differenz	25	19	22	36	7	5	8	13	18	15	9	7	

Anmerkungen: Zelleneinträge beinhalten den prozentualen Anteil der Befragten, welche ein hohes Vertrauen (Skalenwerte 8–10) in die jeweiligen Institutionen angeben. Befragte, welche mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antworteten, sind von der deskriptiven Analyse ausgeschlossen. Die maximale Differenz zeigt die jeweils größten Vertrauensunterschiede zwischen zwei Gemeinden pro Institution. Hervorgehobene Zelleneinträge markieren die beiden jeweiligen Gemeinden mit den vergleichsweise höchsten und geringsten Anteilen an Befragten mit hohem Vertrauen pro Institution.

auffällig, dass das durchschnittliche Vertrauen über alle 28 hessischen Gemeinden hinweg tendenziell am höchsten für die regulativen Institutionen ist, gefolgt von den Autoritäten und Institutionen auf lokaler Ebene. Die geringsten Niveaus politischen Vertrauens in den 28 hessischen Gemeinden zeigen sich für die europäischen und insbesondere die repräsentativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene. Beim Wechsel der Perspektive von den Unterschieden zwischen den Autoritäten und Institutionen hin zu den Unterschieden zwischen den Gemeinden zeigt sich, dass sich auch die Gemeinden hinsichtlich ihres jeweiligen Vertrauens in die zwölf betrachteten Autoritäten und Institutionen erheblich unterscheiden. So zeigen nur etwa 15 Prozent der Befragten in Alsfeld ein hohes Vertrauen in ihren Bürgermeister, während dies in Felsberg über 50 Prozent der Befragten sind. Dennoch lassen sich auch hier wieder generelle Tendenzen feststellen: Wie an der maximalen Vertrauensdifferenz[1] zu erkennen ist, sind die Unterschiede in den Vertrauensniveaus der 28 hessischen Gemeinden tendenziell am deutlichsten für das Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen, gefolgt von den regulativen Autoritäten und Institutionen. Die geringsten Unterschiede in den Vertrauensniveaus der 28 Gemeinden finden sich wiederum für die europäischen und insbesondere die repräsentativen Autoritäten und Institutionen auf nationaler Ebene. Vereinfacht bedeutet dies, dass die lokalen und regulativen Autoritäten und Institutionen über alle 28 Gemeinden hinweg das höchste Vertrauen der Bürger genießen, sich hinter diesen vergleichsweise hohen Niveaus jedoch ebenfalls erhebliche Vertrauensunterschiede zwischen den Gemeinden verbergen. Anders verhält es sich für die europäischen sowie die repräsentativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene. Diese zeigen insgesamt vergleichsweise geringe Niveaus politischen Vertrauens bei gleichzeitig geringen Vertrauensunterschieden zwischen den Gemeinden. Betrachtet man abschließend noch einmal die Besonderheiten einzelner Gemeinden, so stechen insbesondere drei Gemeinden hervor. Zunächst ist Alsfeld die Gemeinde, die den lokalen Autoritäten und Institutionen mit Ausnahme der Gemeindevertretung durchgehend das geringste Vertrauen entgegen bringt. Ähnliches zeigt sich in Selters (Taunus) für die repräsentativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene. Letztlich zeigt Petersberg das durchgehend höchste Vertrauen aller 28 Gemeinden in die regulativen Autoritäten und Institutionen.[2]

Zusammenfassend zeigt Tabelle 1 also teils erhebliche Unterschiede in den Vertrauensniveaus der Bürger aus 28 hessischen Gemeinden. Dies gilt sowohl für Vertrauensunterschiede zwischen den Autoritäten und Institutionen verschiedener Ebenen als auch für solche zwischen den 28 Gemeinden selbst. Allerdings deuten die in Tabelle 1 enthaltenen Informationen auch auf ein gemeinsames Muster in den Vertrauensniveaus der 28 Gemeinden hin. So ist mit Ausnahme Alsfelds und Kassels in allen betrachteten Gemeinden das Vertrauen in regulative Autoritäten und Institutionen am höchsten,

[1] Diese gibt für jede der zwölf betrachteten Autoritäten und Institutionen die Differenz zwischen der Gemeinde mit dem höchsten prozentualen Anteil an Bürgern mit hohem Vertrauen und der Gemeinde mit dem geringsten prozentualen Anteil an Bürgern mit hohem Vertrauen wieder.

[2] Die Ergebnisse für Petersberg beruhen jedoch insgesamt auf einer sehr kleinen Fallzahl, so dass dieser Befund mit Vorsicht interpretiert werden sollte.

gefolgt in absteigender Reihenfolge vom Vertrauen in lokale, europäische und repräsentative Autoritäten und Institutionen (eigene Berechnungen auf Grundlage von Tabelle 1). Um zu überprüfen, ob sich die Existenz dieses Musters auf das Vorhandensein einer latenten Struktur politischen Vertrauens zurück führen lässt, wurde eine Faktorenanalyse mit allen zwölf oben genannten Vertrauensitems durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigen das Vorhandensein einer solchen latenten Struktur politischen Vertrauens. Wie in Tabelle 2 dargestellt, beruhen die insgesamt zwölf Items zur Messung politischen Vertrauens auf vier latenten Dimensionen, welche als lokales Vertrauen (Faktor 2), repräsentatives Vertrauen (Faktor 1), regulatives Vertrauen (Faktor 4) und europäisches Vertrauen (Faktor 3) bezeichnet werden können.[3] Die teilweise deutlichen Korrelationen zwischen den Faktoren weisen jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die vier identifizierten Dimensionen politischen Vertrauens über einen gemeinsamen Kern verfügen, welcher offensichtlich unabhängig von spezifischen Charakteristika einzelner Autoritäten und Institutionen oder der Ebene (lokal, national, europäisch), auf welcher diese angesiedelt sind, ist.[4]

Auf Grundlage der Ergebnisse der Faktorenanalyse werden in einem weiteren Schritt vier Indizes erstellt, welche die oben erläuterten Dimensionen politischen Ver-

Tabelle 2: Dimensionalität politischen Vertrauens in 28 hessischen Gemeinden (Faktorenanalyse)

Vertrauen in...	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4
Stadt-/Gemeindeverwaltung		0,78		
lokale Parteien		0,82		
Gemeindevertretung		0,93		
Bürgermeister		0,77		
Politiker in Deutschland	0,91			
Parteien in Deutschland	0,94			
Bundestag	0,83			
Bundesregierung	0,80			
Gerichte in Deutschland				0,69
Polizei in Deutschland				0,77
EU-Parlament			0,90	
EU-Kommission			0,90	
Cronbach's Alpha	0,95	0,91	0,95	0,74
KMO		0,91		
Anteil erklärter Varianz (%)		72		
N		8.991		

Anmerkungen: Extraktion: Maximum Likelihood (χ^2 = 1.914,42; df = 24; p < 0,001); Rotation: Promax; rotierte Mustermatrix; Faktorladungen <0,20 nicht angezeigt. Da die Faktoren auf Grund der schiefwinkligen Rotation miteinander korrelieren, wird der Anteil erklärter Varianz lediglich als kumulierte Varianzaufklärung aller vier Faktoren vor der Rotation ausgewiesen.

[3] Die in Tabelle 2 dargestellte Faktorenlösung ist jene mit der deutlichsten Einfachstruktur (d. h. mit den geringsten Querladungen) bei gleichzeitiger Berücksichtigung aller zwölf Vertrauensitems. Alternative Spezifikationen sind weniger deutlich und führen zu höheren Querladungen sowie zum Ausschluss von Items, insbesondere des Vertrauens in die Gerichte und die Polizei. Die für die gepoolten Daten dargestellte Faktorenlösung ist mit Ausnahme Petersbergs und Selters' (Taunus) auch für jede einzelne der 28 Gemeinden separat reproduzierbar und wird somit in den folgenden Analysen beibehalten.

[4] Die Korrelationen der vier Faktoren miteinander betragen 0,63 zwischen dem lokalen und repräsentativen, -0,61 zwischen dem lokalen und regulativen, -0,53 zwischen dem lokalen und europäischen, -0,65 zwischen dem repräsentativen und regulativen, -0,69 zwischen dem repräsentativen und europäischen sowie 0,64 zwischen dem regulativen und europäischen Vertrauen.

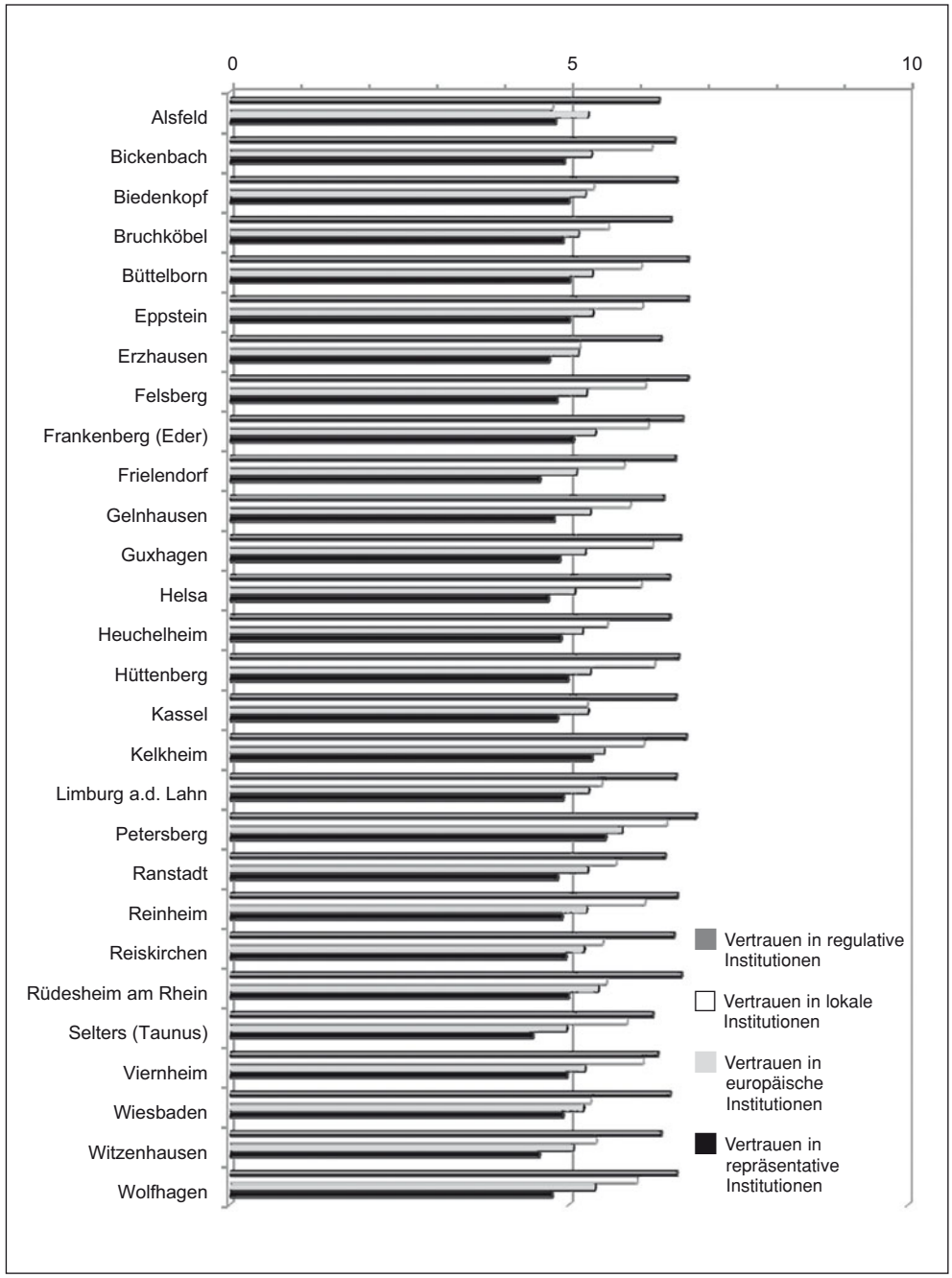


Abbildung 1: Vier Typen politischen Vertrauens in 28 hessischen Gemeinden (Skalenmittelwerte)

Anmerkungen: Additive Indizes mit einem standardisierten Wertebereich von 0–10 basierend auf den Ergebnissen der Faktorenanalyse aus Tabelle 2. Die Darstellung der 28 hessischen Gemeinden erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. N = 10.617 für alle vier Indizes. Die jeweiligen Korrelationen (Pearson's r) der Indizes mit den entsprechenden Faktorenwerten betragen 0,97 (regulatives Vertrauen), 0,99 (lokales Vertrauen), 0,99 (repräsentatives Vertrauen) und 0,99 (europäisches Vertrauen), N = 8.891.

trauens abbilden und in den folgenden Analysen dieses Beitrags als abhängige Variablen fungieren. Zur Bildung der vier Indizes wurden die jeweils konstitutiven Items addiert und anschließend auf einen einheitlichen Wertebereich von 0–10 standardisiert.[5] Eine Verwendung additiver Indizes an Stelle der entsprechenden Faktorenwerte bietet sich im Hinblick auf die Interpretierbarkeit der Ergebnisse der empirischen Analysen an und ist durch die hohen Korrelationen der Indizes mit den Faktorenwerten (Pearson's $r \geq 0{,}97$) gerechtfertigt. Eine deskriptive Darstellung der vier in diesem Beitrag verwendeten abhängigen Variablen findet sich in Abbildung 1.

Hier zeigt sich das zuvor bereits angedeutete Muster in den Vertrauensniveaus der 28 hessischen Gemeinden nochmals deutlich. Das durchschnittliche Vertrauen in die regulativen Autoritäten und Institutionen ist durchgehend am höchsten, gefolgt vom lokalen, europäischen und repräsentativen Vertrauen. Lediglich in Alsfeld und Kassel weichen die durchschnittlichen Niveaus des lokalen Vertrauens von dieser allgemeinen Systematik ab. Während das lokale Vertrauen in Kassel zwar minimal geringer als das durchschnittliche europäische Vertrauen, jedoch weiterhin deutlich höher als das durchschnittliche repräsentative Vertrauen ist, so weist das durchschnittliche Vertrauen in die lokalen Autoritäten und Institutionen in Alsfeld letztlich sogar das geringste Niveau aller vier Typen politischen Vertrauens auf. Neben diesen Gemeinsamkeiten und Unterschieden beim Vergleich der vier Typen politischen Vertrauens werden im Weiteren auch die teils erheblichen Unterschiede in den Vertrauensniveaus einzelner Gemeinden, insbesondere des lokalen Vertrauens, sichtbar. So beträgt die Differenz zwischen der Gemeinde mit dem höchsten durchschnittlichen lokalen Vertrauen (Petersberg) und der Gemeinde mit dem geringsten durchschnittlichen Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen (Alsfeld) 1,69 Punkte auf der 11-Punkte-Skala, während die entsprechenden Werte für das repräsentative (1,07), das europäische (0,71) sowie das regulative Vertrauen (0,64) geringer ausfallen (eigene Berechnungen auf Grundlage von Abbildung 1). Zusammenfassend zeigt sich also in nahezu jeder Gemeinde die identische Rangfolge hinsichtlich der durchschnittlichen Niveaus der vier Typen politischen Vertrauens, die jeweiligen Niveaus selbst variieren jedoch teilweise deutlich zwischen den Gemeinden.

2.3 Politisches Vertrauen und der lokale Kontext auf Gemeindeebene

Inwiefern hängen nun diese Unterschiede in den durchschnittlichen Niveaus des lokalen, repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens der 28 hessischen

[5] Bei fehlenden Werten auf einem Item stellt der jeweilige Indexwert den Durchschnitt der verbleibenden Items dar. Lediglich solche Befragte, die auf allen Items des jeweiligen Indexes fehlende Werte aufweisen, werden von der deskriptiven Analyse ausgeschlossen. So erhält beispielsweise eine Befragte, die einen Wert von acht für das Vertrauen in Gerichte sowie einen Wert von zehn für das Vertrauen in die Polizei angibt, einen Indexwert von neun für das regulative Vertrauen. Eine andere Befragte, die einen Wert von sechs für das Vertrauen in die Gerichte angibt und einen fehlenden Wert für das Vertrauen in die Polizei aufweist, erhält folglich einen Indexwert von sechs für das regulative Vertrauen. Eine weitere Befragte, die sowohl für das Vertrauen in die Gerichte als auch in die Polizei fehlende Werte aufweist, wird nicht in die deskriptive Analyse einbezogen.

Gemeinden systematisch mit Unterschieden in deren jeweiligen lokalen Kontexten, insbesondere der lokalen Politik, der lokalen Gesellschaft sowie den lokalen Wirtschaftsbedingungen, zusammen? Indikatoren für die lokale Politik sind hierbei die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der lokalen Demokratie, die wahrgenommene Transparenz politischer Entscheidungen, die wahrgenommene Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen, die wahrgenommene Verantwortlichkeit der lokalen Politik im Umgang mit öffentlichen Geldern, die Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Kommunalwahlen sowie die Anzahl der Bürgerentscheide innerhalb einer Gemeinde.[6] In Einklang mit den vorangegangenen Ausführungen in Abschnitt 2.1 sollten alle sechs Indikatoren der lokalen Politik in einem positiven Zusammenhang mit den durchschnittlichen Niveaus lokalen, repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens der 28 hessischen Gemeinden stehen. Die Indikatoren für die Vitalität der lokalen Gesellschaft setzen sich aus der Dauer und der Anzahl von Städtepartnerschaften, der Anzahl von Partnerschaftsvereinen und Vereinen sowie der Vereinsdichte pro Gemeinde zusammen. Die Dauer und Anzahl von Städtepartnerschaften sowie die Anzahl von Partnerschaftsvereinen können hierbei als Indikatoren für die Institutionalisierung und Intensität von Kontakten außerhalb der Gemeinde betrachtet werden, welche für den (langfristigen) Auf- und Ausbau der oben erwähnten „civic capacity“ einer Gemeinde förderlich sind. Selbige Argumentation kann analog für den Bereich innerhalb einer Gemeinde für die Anzahl der Vereine sowie die Vereinsdichte angewandt werden. Als weiterer, „inverser“ Indikator (vgl. van Deth 2003, S. 85) für die Vitalität der lokalen Gesellschaft kommt die sogenannte Häufigkeitszahl zum Tragen, welche die Anzahl der Straftaten in Relation zur Einwohnerstärke jeder Gemeinde setzt. Während auf Basis der vorangegangen Ausführungen für die ersten vier Indikatoren wiederum ein positiver Zusammenhang mit den durchschnittlichen Vertrauensniveaus der 28 hessischen Gemeinden erwartet wird, so sollte sich für die Vereinsdichte und die Häufigkeitszahl ein negativer Zusammenhang zeigen.[7] Letztlich bilden die Arbeitslosenquote, die Höhe der zugewiesenen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Gewerbesteuereinnahmen, der

[6] Bei den ersten vier Indikatoren der lokalen Politik handelt es sich um aggregierte Individualdaten der Bürgerbefragung. Die lokale Demokratiezufriedenheit wurde hierbei auf einer 11-Punkte-Skala (0–10) mit der Frage „Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrer Gemeinde funktioniert?“ erhoben. Als Kontextmerkmal dient die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit pro Gemeinde (Frage 19a der Bürgerbefragung, siehe den Fragebogen im Anhang). Die wahrgenommene Transparenz politischer Entscheidungen gibt den prozentualen Anteil der Bürger pro Gemeinde wieder, welche der Aussage „Die Gemeinde informiert die Bürger über kommunale Planungen“ zustimmen (Frage 6a). Die wahrgenommene Beteiligung an kommunalen Planungen reflektiert den prozentualen Anteil der Bürger pro Gemeinde, welche der Aussage „Die Gemeinde beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen“ zustimmen (Frage 6d). Die wahrgenommene Verantwortlichkeit gibt den Anteil der Bürger pro Gemeinde wieder, welche der Aussage „Die Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um“ zustimmen (Frage 6f).

[7] Der erwartete negative Zusammenhang zwischen der Vereinsdichte und den jeweiligen Vertrauensniveaus begründet sich darauf, dass die Vereinsdichte die Anzahl jener Bürger widerspiegelt, die sich ein und denselben Verein „teilen“ müssen. Die Vereinsdichte kann somit ebenfalls als inverser Indikator für die Vitalität der lokalen Gesellschaft angesehen werden.

Schuldenstand, die Hilfequote[8] sowie der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen von unter 1.100 Euro die Indikatoren für die lokalen Wirtschaftsbedingungen einer Gemeinde. In Anlehnung an die zuvor diskutierte Literatur zum Einfluss der ökonomischen Performanz auf das politische Vertrauen wird für sämtliche Indikatoren der lokalen Wirtschaftsbedingungen mit Ausnahme der Gewerbesteuereinnahmen ein negativer Zusammenhang mit den durchschnittlichen Vertrauensniveaus der 28 hessischen Gemeinden erwartet.

Tabelle 3 gibt Aufschluss über die Zusammenhänge zwischen den jeweils sechs ausgewählten Indikatoren der drei Teilbereiche des lokalen Kontexts und den durchschnittlichen Niveaus lokalen, repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens 28 hessischer Gemeinden. Für sämtliche Kontextmerkmale wurden hierbei die Durchschnittswerte der jeweilig vorliegenden Erhebungsjahre verwendet.

Auffällig ist hierbei zunächst, dass auf Ebene der Gemeinden nahezu keine der zuvor theoretisch postulierten Zusammenhänge zu erkennen sind. Von insgesamt 72 möglichen weisen lediglich 21 der dargestellten Zusammenhänge statistische Signifikanz auf. Hiervon entfallen elf auf das lokale, vier auf das regulative sowie jeweils drei auf das repräsentative und europäische Vertrauen. Somit wird deutlich, dass sich die wenigen statistisch signifikanten Zusammenhänge primär auf die lokale Ebene beschränken. Erwähnenswert ist weiter, dass mit Ausnahme der negativen Zusammenhänge zwischen der Dauer der Städtepartnerschaften, der Anzahl der Partnerschaftsstädte sowie der Höhe der Gewerbesteuereinnahmen einerseits und dem durchschnitt-

Tabelle 3: Politisches Vertrauen und der lokale Kontext 28 hessischer Gemeinden (Makroanalysen)

		Vertrauen in lokale Institutionen (ø)	Vertrauen in repräsentative Institutionen (ø)	Vertrauen in regulative Institutionen (ø)	Vertrauen in europäische Institutionen (ø)
lokale Politik	Demokratiezufriedenheit (aggr.)	0,92***	0,55**	0,58**	0,60***
	Transparenz (aggr.)	0,82***	0,37	0,44*	0,37
	Bürgerbeteiligung (aggr.)	0,84***	0,36	0,46*	0,38*
	Verantwortlichkeit (aggr.)	0,79***	0,38*	0,31	0,30
	Wahlbeteiligung	0,20	-0,22	0,20	-0,06
	Anzahl Bürgerentscheide	-0,03	0,14	0,03	0,09
lokale Gesellschaft	Dauer Städtepartnerschaften	-0,50*	0,03	-0,10	-0,02
	Anzahl Partnerschaftsstädte	-0,44*	0,02	-0,08	-0,03
	Anzahl Partnerschaftsvereine	-0,03	0,09	0,02	0,09
	Anzahl Vereine	-0,37	-0,02	-0,03	-0,04
	Vereinsdichte	0,06	0,31	-0,20	0,17
	Häufigkeitszahl	-0,55**	0,01	-0,19	0,03
	Arbeitslosenquote	-0,51**	-0,26	-0,27	-0,16
lokale Wirtschaftsbedingungen	EFRE-Mittel (p.K.)	0,03	-0,24	0,02	0,04
	Gewerbesteuereinnahmen (p.K.)	-0,38*	0,14	-0,07	0,06
	Schuldenstand Gemeinde (p.K.)	-0,30	-0,35	-0,05	-0,18
	Hilfequote	-0,50**	-0,20	-0,25	-0,14
	Haushaltseinkommen < 1.100 Euro	-0,43*	-0,53**	-0,40*	-0,42*
N		28			

Anmerkungen: bivariate Korrelationen (Pearson's r); Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001 (2-seitig). Die Werte für die verschiedenen Kontextmerkmale entsprechen den Durchschnittswerten der jeweilig vorliegenden Erhebungsjahre.

[8] Die Hilfequote gibt Auskunft über die Anzahl (erwerbsfähiger und nicht-erwerbsfähiger) hilfebedürftiger Personen unter 65 Jahren pro Gemeinde.

lichen lokalen Vertrauen andererseits alle weiteren Zusammenhänge die erwartete Richtung aufzeigen. Demnach besitzen Gemeinden mit einer vergleichsweise höheren Anzahl an Straftaten, einer relativ höheren Arbeitslosenquote, einer relativ größeren Anzahl hilfebedürftiger Personen sowie einer relativ größeren Anzahl an Haushalten mit geringem Einkommen ein durchschnittlich geringeres Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen. Die stärksten Zusammenhänge zwischen dem lokalen Kontext und dem durchschnittlichen lokalen Vertrauen zeigen sich letztlich für die Indikatoren der lokalen Politik: Gemeinden mit vergleichsweise höherer lokaler Demokratiezufriedenheit ihrer Bürger, höherer Transparenz ihrer Entscheidungsprozesse sowie einem höherem Maß an Bürgerbeteiligung und Verantwortlichkeit weisen ein relativ höheres Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen auf. Da es sich hier jedoch um Zusammenhänge zwischen aggregierten Individualdaten handelt, sollten die Stärke und die Konsistenz selbiger, insbesondere im Vergleich mit „objektiven" Kontextfaktoren, an dieser Stelle nicht überbewertet werden.

Hinsichtlich der Relevanz des lokalen Kontexts auch für übergeordnete Ebenen lassen sich konsistente und Ebenen übergreifende Zusammenhänge lediglich für ein geringes Haushaltseinkommen sowie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der lokalen Demokratie nachweisen. So zeigen Gemeinden mit einem vergleichsweise höheren Anteil an Bürgern mit geringem Einkommen sowie einer relativ geringeren lokalen Demokratiezufriedenheit ein geringeres durchschnittliches Vertrauen in lokale, repräsentative, regulative und europäische Autoritäten und Institutionen. In abgeschwächter Form findet sich ein weiterer Ebenen übergreifender Zusammenhang auch für die Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungen, welche jedoch lediglich in positivem Zusammenhang mit dem durchschnittlichen lokalen, regulativen und europäischen, nicht aber dem repräsentativen Vertrauen einer Gemeinde steht. Letztlich zeigen sich noch Ebenen übergreifende und positive Zusammenhänge hinsichtlich der Transparenz lokaler politischer Entscheidungsprozesse und dem durchschnittlichen regulativen Vertrauen sowie der Verantwortlichkeit lokaler Autoritäten und Institutionen und dem durchschnittlichen repräsentativen Vertrauen einer Gemeinde.

Zusammenfassend lässt sich also für die Zusammenhänge zwischen den drei Teilbereichen des lokalen Kontexts sowie den durchschnittlichen Vertrauensniveaus der 28 hessischen Gemeinden festhalten, dass zumindest auf Ebene der Gemeinden nur wenige der theoretisch erwarteten Zusammenhänge auch empirisch nachweisbar sind. Dies gilt insbesondere für das Vertrauen in repräsentative, regulative und europäische Autoritäten und Institutionen. Im folgenden Teilabschnitt soll demnach analysiert werden, welche Relevanz der lokale Kontext mit seinen hier erörterten drei Teilbereichen bei der Erklärung des lokalen, repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens auf individueller Ebene der hessischen Bürger besitzt.

2.4 Politisches Vertrauen und der lokale Kontext auf Bürgerebene

Um zu überprüfen, inwiefern sich Unterschiede hinsichtlich des lokalen, regulativen, repräsentativen sowie europäischen Vertrauens hessischer Bürger neben individuellen

Faktoren womöglich auch auf Unterschiede in den jeweiligen lokalen Kontexten der 28 hessischen Gemeinden zurück führen lassen, ist die Berechnung eines sogenannten Random-Intercept-Only-Modells (Nullmodells) notwendig. Hierbei wird die Fehlervarianz einer abhängigen Variablen der Individualebene in zwei Varianzkomponenten zerlegt, welche Aufschluss darüber geben, wie viel Prozent der gesamten Fehlervarianz der abhängigen Variablen mit Hilfe kontextueller Faktoren, d. h. durch Unterschiede zwischen den Gemeinden, erklärt werden können (vgl. Snijders u. Bosker 1999, S. 45ff.; Hox 2002, S. 52; Stoker u. Bowers 2002).

Ein nicht zu vernachlässigendes Problem bei der Analyse von Umfragedaten stellt der Umgang mit fehlenden Werten („item non-response") dar. Eine Analyse lediglich auf Grundlage solcher Fälle mit vollständiger Information („listwise deletion") hätte bei den finalen Modellen dieses Beitrags den Ausschluss von bis zu 48 Prozent der Befragten zur Konsequenz. Dies bedeutete bestenfalls den Verlust wertvoller Information, kann im ungünstigsten Fall jedoch zu verzerrten Schätzern und inkorrekten Schlussfolgerungen führen, wenn der Mechanismus zur Generierung fehlender Werte nicht vollkommen zufällig ist (vgl. King et al. 2001, S. 49; Gelman u. Hill 2007, S. 530f.). Eine angemessene Strategie zur Handhabung dieses Problems ist die Anwendung multipler Imputationsverfahren, bei denen im Zuge eines iterativen Prozesses mehrere Datensätze (hier m = 5) mit vollständiger Information erzeugt werden. Durch Kombination der Ergebnisse separater Analysen der einzelnen imputierten Datensätze unter Berücksichtigung der mit dem Imputationsprozess verbundenen Unsicherheit erhält man schließlich angemessene Schätzer sowie Standardfehler interessierender Größen auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen aller Befragter (Rubin 1987, 1996).[9]

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse der Nullmodelle für die vier abhängigen Variablen dieses Beitrags auf Basis der mehrfach imputierten Daten.

Tabelle 4: Vertrauen in Institutionen in 28 hessischen Gemeinden (Random-Intercept-Only- Modelle)

	Vertrauen in lokale Institutionen	**Vertrauen in repräsentative Institutionen**	**Vertrauen in regulative Institutionen**	**Vertrauen in europäische Institutionen**
Konstante	5,78***	4,85***	6,53***	5,24***
Varianzkomponenten				
Gemeindeebene	0,16	0,03	0,01	0,007
Individualebene	3,80	3,94	3,70	4,06
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,040	0,007	0,003	0,002
-2 x log Likelihood	49.613,2	49.990,4	49.230,0	50.350,6
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=412,1 (df=1; p<0,001)	χ^2=27,6 (df=1; p<0,001)	χ^2=11,9 (df=1; p<0,001)	χ^2=3,3 (df=1; p>0,01)
N	11.870 / 28			

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Schätzungen basieren auf mehrfach imputierten Daten.

[9] Zur Umsetzung der multiplen Imputation wurde auf das Softwarepaket MICE (Multivariate Imputation by Chained Equations) zurückgegriffen (van Buuren u. Groothuis-Oudshoorn 2011). Imputationen für einzelne Variablen basieren hierbei auf einem für deren jeweiliges Skalenniveau entsprechenden Regressionsmodell unter Berücksichtigung aller späteren Modell- sowie weiterer Variablen zur Erhöhung der Präzision der imputierten Werte (vgl. Rubin 1996, S. 481–482). Konvergenz der einzelnen Ketten sowie Plausibilität der imputierten Werte wurden mit Hilfe der graphischen Anwendungen des MICE Pakets überprüft.

Die jeweiligen Werte für die Konstante sind hierbei als durchschnittliches Vertrauen über alle Bürger und Gemeinden hinweg zu interpretieren. Mit einem Wert von 6,53 auf einer Skala von 0–10 ist das regulative Vertrauen am höchsten, gefolgt vom lokalen (5,78), europäischen (5,24) und repräsentativen Vertrauen (4,85). Die aus den beiden Varianzkomponenten berechnete Intraklassenkorrelation (ICC) verdeutlicht zunächst, dass der durch kontextuelle Faktoren zu erklärende Anteil der Fehlervarianz der vier abhängigen Variablen mit Ausnahme des lokalen Vertrauens verschwindend gering ist. Sowohl für das repräsentative als auch das regulative und europäische Vertrauen beträgt der Anteil der Kontextvarianz weniger als ein Prozent. Lediglich das lokale Vertrauen weist mit vier Prozent einen nennenswerten Anteil an durch kontextuelle Faktoren zu erklärender Varianz auf. Die Ergebnisse der Likelihood-Ratio-Tests deuten jedoch darauf hin, dass auch im Falle des repräsentativen und regulativen Vertrauens ein hierarchisches Modell mit „random-intercept“ zu bevorzugen ist. Demnach werden in den folgenden empirischen Analysen dieses Beitrags für das lokale, repräsentative sowie regulative Vertrauen hierarchische Modelle mit individuellen und kontextuellen Bestimmungsfaktoren berechnet, während beim europäischen Vertrauen lediglich individuelle Bestimmungsfaktoren Berücksichtigung finden werden. Nachdem der lokale Kontext also auch bei der Erklärung des politischen Vertrauens auf Ebene der hessischen Bürger nur eine untergeordnete Rolle einnehmen kann, stellt sich im Folgenden die Frage, welche individuellen Erklärungsansätze für das politische Vertrauen der Bürger existieren.

3 Individuelle Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens

Analog zur Diskussion über den möglichen Einfluss der drei Teilbereiche des lokalen Kontexts lassen sich auch auf individueller Ebene drei (dominante) Erklärungsansätze für das politische Vertrauen der Bürger identifizieren. So weisen bestehende Studien darauf hin, dass insbesondere (1) die individuelle Sozialkapitalausstattung, (2) Performanzbewertungen politischer Institutionen sowie (3) die politische Involvierung der Bürger eine Erklärung für individuelle Unterschiede in den Niveaus politischen Vertrauens bieten (vgl. Denters et al. 2007; Dalton 2004; Zmerli 2004; Newton u. Norris 2000).

Hinsichtlich der Relevanz der (1) individuellen Sozialkapitalausstattung wurde bereits darauf hingewiesen, dass politisches Vertrauen primär als Resultat sozialer Interaktionen in freiwilligen Vereinen und Verbänden angesehen wird. Durch regelmäßige Interaktionen in Vereinen und Verbänden lernen Bürger einander zu vertrauen, entwickeln zivile Tugenden und Fähigkeiten und tragen somit zur Entstehung eines Klimas gegenseitiger Kooperation und demokratischer Bürgerlichkeit bei. Die Existenz eines solchen Klimas wiederum fördert den Aufbau demokratischer und effizienter politischer Institutionen, in welche Bürger letztlich ihr Vertrauen investieren können (vgl. Putnam 1993, 2000; Newton u. Norris 2000, S. 60). Demnach lässt sich erwarten, dass jene Bürger, die Mitglied eines Vereins sind, über ein vergleichsweise höheres soziales Vertrauen verfügen, in regelmäßigem Kontakt mit ihrem sozialen Umfeld stehen sowie die soziale Integration ihres direkten Umfelds als positiv bewerten, ebenfalls ein ver-

gleichsweise höheres Vertrauen in politische Institutionen aufweisen (vgl. Gabriel u. Walter-Rogg 2008, S. 224ff.; Denters et al. 2007, S. 71f.).[10]

Während der Sozialkapital-Ansatz politisches Vertrauen also primär als Resultat von Sozialisationsprozessen innerhalb des *gesellschaftlichen* Bereichs ansieht, so begründet sich die Relevanz von Erklärungen basierend auf (2) Performanzbewertungen politischer Institutionen auf (direkten) Erfahrungen der Bürger im *politischen* Bereich (vgl. Rothstein u. Stolle 2008). Performanzbewertungen resultieren hierbei aus einem Abgleich der Erwartungen der Bürger an mit den wahrgenommenen Leistungen von politischen Institutionen. Die zu Grunde liegende Logik ist relativ einfach: Solange die Leistungen politischer Institutionen den an sie gestellten Erwartungen der Bürger entsprechen, werden die Bürger ihr Vertrauen in politische Institutionen investieren (Kimball u. Patterson 1997, S. 203f.). Die Bewertungen der Bürger können sich hierbei sowohl auf die politische als auch die ökonomische Performanz politischer Institutionen sowie die Kompetenz einzelner Politiker richten (vgl. Levi u. Stoker 2000). Folglich ist zu erwarten, dass Bürger, welche die politische und ökonomische Performanz politischer Autoritäten und Institutionen vergleichsweise positiver bewerten, ebenfalls ein relativ höheres politisches Vertrauen aufweisen sollten.[11]

Schließlich sollte auch die (3) politische Involvierung der Bürger eine Erklärung für deren Ausmaß politischen Vertrauens bieten. Politische Involvierung kann allgemein als die Bereitschaft der Bürger verstanden werden, der Politik sowie politischen Angelegenheiten Aufmerksamkeit und Beachtung entgegen zu bringen (vgl. Martín u. van Deth 2007, S. 304). Diese Bereitschaft spiegelt sich generell im politischen Interesse und der politischen Diskussionshäufigkeit der Bürger wider, schließt aber auch deren Identifikation mit einer politischen Partei oder die Häufigkeit politischen Nachrichtenkonsums in den Medien ein.[12] Durch die Auseinandersetzung mit politischen

---

[10] Die lokale Vereinsmitgliedschaft wurde mit Hilfe einer Frage nach der aktiven Beteiligung in mindestens einer von 13 verschiedenen Vereinigungen oder Organisationen ermittelt (Fragen 26a–m). Das soziale Vertrauen wurde auf einer 11-Punkte-Skala (0–10) mit einer Frage nach dem Ausmaß des Vertrauens in andere Menschen erfasst (Frage 12). Der regelmäßige Kontakt zum sozialen Umfeld wurde mit der Häufigkeit von Nachbarschaftsbesuchen sowie -hilfe ermittelt (Fragen 7a–b). Die Bewertung der sozialen Integration des direkten Umfelds wurde mit einer Frage nach der Lebendigkeit des lokalen Vereinslebens (Frage 6c) sowie der Zustimmung zur Aussage „Ausländer, die in dieser Gemeinde leben, sind gut integriert" erfasst (Frage 6e).

[11] Die politische und ökonomische Performanz lokaler Autoritäten und Institutionen wurde mit Hilfe der folgenden sechs Indikatoren erfasst: der lokalen Demokratiezufriedenheit (Frage 19a), der Bewertung der Transparenz politischer Entscheidungen (Frage 6a), der Bewertung der Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungen (Frage 6d), der Bewertung der Verantwortlichkeit im Umgang mit öffentlichen Geldern (Frage 6f), der Bewertung der Arbeitsplatzverfügbarkeit in der Gemeinde (Frage 6b) sowie der Bewertung der Wirtschaftskraft einer jeweiligen Gemeinde (Frage 6h); siehe diesbezüglich auch Fußnote 6.

[12] Die Parteiidentifikation wurde über die längerfristige Zuneigung der Befragten zu einer bestimmten politischen Partei erfasst (Frage 32). Das politische Interesse wurde mit dem Ausmaß des Interesses der Befragten an der Kommunalpolitik ermittelt (Frage 9b). Die politische Diskussionshäufigkeit wurde mittels eines additiven Indexes (Cronbach's Alpha = 0,74), der die Häufigkeit politischer Diskussionen mit der Familie, den Nachbarn, Freunden, anderen Bürgern sowie ganz allgemein erfasst, gemessen (Fragen 8a–e). Die Ergebnisse einer Hauptkomponentenanalyse bestätigen die Eindimensionalität der politischen Diskussionshäufigkeit: alle fünf Items laden auf einer Komponente mit einem Eigenwert von 2,44 und einer Varianzaufklärung von 48,7 Prozent. Politischer Nachrichtenkonsum wurde anhand der Häufigkeit der Rezeption politischer Nachrichten in Zeitung, Internet und TV pro Woche ermittelt (Fragen 28a, c, d).

Angelegenheiten entsteht eine größere Vertrautheit der Bürger mit der Politik sowie politischen Autoritäten und Institutionen, welche sich auch auf das politische Vertrauen der Bürger auswirkt. In diesem Zusammenhang sind zwei Wirkungsrichtungen der politischen Involvierung auf das politische Vertrauen denkbar. Zum einen kann ein erhöhtes Maß an politischer Involvierung zu einem besseren Verständnis politischer Inhalte führen, welches die Akzeptanz auch unliebsamer Entscheidungen politischer Autoritäten und Institutionen wahrscheinlicher machen und somit auch das Vertrauen der Bürger in letztere fördern kann. Zum anderen kann eine gesteigerte Auseinandersetzung mit der Politik, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Skandalfokussierung und Negativberichterstattung in den Medien, aber auch zu negativen Effekten auf das politische Vertrauen der Bürger führen (vgl. Dalton 2004, S. 72f.). Demnach lässt die bloße Auseinandersetzung mit politischen Angelegenheiten die Richtung des Einflusses auf das politische Vertrauen zwar offen. Dennoch deuten bestehende Studien darauf hin, dass Bürger mit einem vergleichsweise höheren Grad der politischen Involvierung ein ebenfalls relativ höheres politisches Vertrauen besitzen (vgl. Cook u. Gronke 2005, S. 795; Hetherington 2005).[13]

Insgesamt stehen auf der Ebene individueller Bürger also drei theoretische Ansätze zur Erklärung des lokalen, repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens zur Verfügung. Um in den folgenden Analysen ebenfalls das demokratisierende Potenzial des lokalen Umfelds für höher gelagerte Ebenen zu untersuchen (vgl. Vetter 2002a; Andersen u. Roßteutscher 2007, S. 225ff.), werden bei den hierarchischen Modellen (sofern möglich) jeweils die lokalen Varianten der oben dargestellten individuellen Orientierungen für die Erklärung politischen Vertrauens herangezogen. In einem zweiten Analyseschritt wird dann ebenfalls der Einfluss der in Abschnitt 2.3 erörterten drei Teilbereiche des lokalen Kontexts auf das individuelle politische Vertrauen untersucht.

4 Empirische Befunde

Wie die Ergebnisse der zuvor dargestellten Nullmodelle zeigen, sind sich Bürger zumindest hinsichtlich ihres lokalen, repräsentativen und regulativen Vertrauens innerhalb einer Gemeinde ähnlicher als zwischen den Gemeinden. Diese Tatsache lässt sich theoretisch entweder auf Kompositionseffekte individueller Orientierungen in einzelnen Gemeinden oder aber auf Unterschiede in den lokalen Kontexten (Kontexteffekte) zwischen den Gemeinden zurückführen (vgl. Duncan et al. 1998). Im Folgenden soll analysiert werden, (1) welche Rolle lokale Orientierungen der Bürger bei der Erklärung individuellen politischen Vertrauens auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene spielen und (2) inwiefern die gefundenen Unterschiede im individuellen politischen Vertrauen zwischen den 28 hessischen Gemeinden auf Kompositions- oder Kontexteffekten basieren.

[13] Lediglich hinsichtlich des Einflusses politischen Nachrichtenkonsums sind die empirischen Befunde weniger eindeutig (vgl. Dalton 2004, S. 78).

4.1 Politisches Vertrauen und der Einfluss lokaler Orientierungen

Tabelle 5 (s. S. 316) zeigt die Ergebnisse bezüglich des Einflusses lokaler Orientierungen auf das lokale, repräsentative, regulative und europäische Vertrauen der Bürger getrennt nach den drei zuvor diskutierten Erklärungsansätzen.

Hierbei ist zunächst ersichtlich, dass die individuelle Sozialkapitalausstattung allgemein nur einen geringen Beitrag zur Erklärung des politischen Vertrauens auf mehreren Ebenen leisten kann. Demnach unterscheiden sich Bürger, welche Mitglied eines lokalen Vereins sind, häufiger ihre Nachbarn besuchen oder diesen helfen, ihrer Gemeinde ein lebendiges Vereinsleben attestieren sowie die Integration von Ausländern in ihrer Gemeinde als gelungen betrachten, hinsichtlich ihres politischen Vertrauens überhaupt nicht oder nicht substanziell von jenen Bürgern, die diese Merkmale nicht aufweisen. Eine bedeutende Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang das soziale Vertrauen dar. So zeigt ein Bürger mit dem geringsten Ausmaß sozialen Vertrauens unter Kontrolle der verbleibenden Modellvariablen ein um mindestens zwei Skalenpunkte geringeres politisches Vertrauen (0–10) als ein Bürger mit dem vergleichsweise höchsten sozialen Vertrauen. Auch hinsichtlich der Konsistenz des Einflusses über die vier Varianten politischen Vertrauens hinweg bildet das soziale Vertrauen eine Ausnahme. Während eine lokale Vereinsmitgliedschaft lediglich mit einem höheren lokalen Vertrauen, eine positive Bewertung des lokalen Vereinslebens mit einem höheren lokalen und regulativen Vertrauen sowie eine positive Bewertung der Ausländerintegration mit einem höheren europäischen Vertrauen einhergeht, so weisen Bürger mit einem vergleichsweise höheren sozialen Vertrauen sowohl ein höheres lokales als auch repräsentatives, regulatives und europäisches Vertrauen auf. Da das soziale Vertrauen jedoch keine reine lokale Orientierung der Bürger darstellt, bleibt das demokratisierende Potenzial der lokalen individuellen Sozialkapitalausstattung hinsichtlich des politischen Vertrauens auf höheren Ebenen jedoch insgesamt gering.

Bei Betrachtung des Einflusses lokaler Performanzbewertungen bleibt festzuhalten, dass diese im Vergleich zur individuellen Sozialkapitalausstattung eine größere Relevanz bei der Erklärung politischen Vertrauens, insbesondere des lokalen Vertrauens, besitzen.[14] So weisen Bürger, die das Funktionieren der lokalen Demokratie, die Transparenz, Bürgerbeteiligung und Verantwortlichkeit lokaler politischer Autoritäten und Institutionen sowie die Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzverfügbarkeit in ihrer Gemeinde positiv bewerten, auch ein relativ höheres lokales Vertrauen auf. Hinsichtlich der Effektstärke tritt insbesondere die lokale Demokratiezufriedenheit hervor: unter Kontrolle der übrigen Modellvariablen besitzen Bürger mit der höchsten lokalen Demokratiezufriedenheit ein um über drei Skalenpunkte höheres lokales Vertrauen (0–10) als Bürger mit der geringsten lokalen Demokratiezufriedenheit. In Bezug auf die Konsistenz des Einflusses lokaler Performanzbewertungen auf das politische Vertrauen auf verschiedenen Ebenen sind neben der lokalen Demokratiezufriedenheit

[14] Sämtliche Aussagen zur relativen Bedeutung der drei hier diskutierten individuellen Erklärungsansätze politischen Vertrauens beruhen auf einem Vergleich der Modellanpassung der jeweiligen Modellspezifikationen (-2 x log Likelihood), welcher in Abschnitt 4.3 dieses Beitrags detailliert erörtert wird.

Tabelle 5: Prädiktoren politischen Vertrauens im Vergleich (nur Erklärungsfaktoren der Individualebene)

		Vertrauen in lokale Institutionen	Vertrauen in repräsentative Institutionen	Vertrauen in regulative Institutionen	Vertrauen in europäische Institutionen
	Konstante	-0,57***	-0,36	1,71***	0,68**
Sozialkapital (SK)	soziales Vertrauen	2,53***	2,44***	2,10***	2,24***
	lokale Vereinsmitgliedschaft	0,33***	-0,02	-0,14	-0,13
	Nachbarschaftsbesuch (Ref. nie)				
	selten	0,06	0,00	0,06	-0,03
	manchmal	0,14**	0,08	0,17**	0,05
	oft	0,06	0,06	0,11	-0,00
	Nachbarschaftshilfe (Ref. nie)				
	selten	0,06	-0,01	0,06	-0,07
	manchmal	0,06	-0,04	0,13	0,03
	oft	0,00	-0,14	0,04	-0,07
	lebendiges Vereinsleben (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,16	0,04	0,09	-0,04
	trifft eher zu	0,25*	0,02	0,27*	-0,05
	trifft voll zu	0,27*	-0,04	0,26*	-0,13
	Ausländerintegration gut (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,01	0,03	0,08	0,06
	trifft eher zu	0,13	0,15	0,21*	0,22*
	trifft voll zu	0,07	0,17*	0,13	0,30**
Performanz-bewertun-gen (PB)	lokale Demokratiezufriedenheit	3,32***	3,09***	3,14***	2,86***
	Transparenz (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,13	-0,01	0,18*	0,07
	trifft eher zu	0,35***	-0,04	0,07	0,08
	trifft voll zu	0,50***	-0,07	0,02	0,07
	Arbeitsplatzverfügbarkeit (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,09*	0,25***	0,09	0,09*
	trifft eher zu	0,15***	0,43***	0,14*	0,24***
	trifft voll zu	0,02	0,38**	0,12	0,17
	Bürgerbeteiligung (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,20***	-0,05	-0,08	0,17*
	trifft eher zu	0,47***	0,14	-0,07	0,35***
	trifft voll zu	0,66***	0,20*	-0,12	0,42***
	Verantwortlichkeit (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,52***	0,24***	0,22**	0,20**
	trifft eher zu	1,06***	0,57***	0,45***	0,39***
	trifft voll zu	1,46***	0,69***	0,54***	0,42***
	Wirtschaftskraft gut (Ref. trifft gar nicht zu)				
	trifft eher nicht zu	0,16**	-0,03	-0,04	0,09
	trifft eher zu	0,29***	0,08	0,01	0,22**
	trifft voll zu	0,34***	0,05	0,01	0,23**
Politische Involvierung (PI)	Parteiidentifikation (Ref. nein)	0,16***	0,34***	0,17***	0,18***
	lokalpolitisch interessiert (Ref. überhaupt nicht)				
	wenig	0,24***	0,37***	0,08	0,38***
	ziemlich	0,35***	0,40***	0,17*	0,38***
	sehr	0,44***	0,32***	0,20*	0,28**
	politische Diskussionshäufigkeit	-0,22*	0,08	0,16	0,09
	politischer Nachrichtenkonsum (Zeitung)	-0,05	0,13**	0,06	-0,22***
	politischer Nachrichtenkonsum (Internet)	-0,11*	0,05	0,24***	0,05
	politischer Nachrichtenkonsum (TV)	0,02	0,20***	0,02	-0,05
R^2	Gemeindeebene	0,79	–	–	–
	Individualebene	0,50	0,31	0,25	0,23
N		11.870 / 28			

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; alle unabhängigen Variablen auf einen Wertebereich von 0–1 standardisiert. Berechnung gepoolter Koeffizienten und Standardfehler auf Basis mehrfach imputierter Daten nach Rubin (1987). R^2 = prozentuale Reduktion des mittleren quadratischen Vorhersagefehlers (vgl. Snijders u. Bosker 1999, S.101ff.).

auch Bewertungen der Verantwortlichkeit lokaler politischer Autoritäten und Institutionen sowie der Arbeitsplatzverfügbarkeit zu nennen. Alle drei dieser lokalen Performanzbewertungen zeigen einen konsistenten Effekt auf alle vier Varianten des politischen Vertrauens. In abgeschwächter Form bestehen diese Effekte auch für die Bewertungen der Bürgerbeteiligung (kein Einfluss auf das regulative Vertrauen) sowie der lokalen Wirtschaftskraft (kein Einfluss auf das repräsentative und regulative Vertrauen). Zusammenfassend weisen die lokalen Performanzbewertungen also eine generell gute Erklärungskraft für das politische Vertrauen der Bürger auf und bekräftigen ebenfalls ihr demokratisierendes Potenzial für höher gelagerte Ebenen.

Schließlich deuten die Ergebnisse darauf hin, dass auch die politische Involvierung der Bürger einen Beitrag zur Erklärung individueller Unterschiede im politischen Vertrauen leisten kann. So zeigt sich durchgehend für alle vier Varianten des politischen Vertrauens, dass jene Bürger, welche sich mit einer politischen Partei identifizieren und über ein vergleichsweise höheres lokalpolitisches Interesse verfügen, ebenfalls ein relativ höheres politisches Vertrauen aufweisen. Die Häufigkeit politischer Diskussionen zeigt unter Kontrolle des lokalpolitischen Interesses einen negativen Effekt auf das lokale Vertrauen, hat aber keinen Einfluss auf das repräsentative, regulative und europäische Vertrauen. Die Regelmäßigkeit politischen Nachrichtenkonsums zeigt abhängig vom rezipierten Medium unterschiedliche Effekte auf die vier Varianten politischen Vertrauens und bestätigt das in der Literatur bereits vorhandene Bild vom gemischten und teils inkonsistenten Einfluss des politischen Nachrichtenkonsums auf das politische Vertrauen (vgl. Dalton 2004, S. 78). Das demokratisierende Potenzial der lokalen politischen Involvierung für höhere Ebenen kann an dieser Stelle nur schwer eingeschätzt werden, da bei den verwendeten Indikatoren lediglich das lokalpolitische Interesse eine lokale Orientierung darstellt. Es zeigt sich jedoch auch hier, dass Bürger mit einem vergleichsweise höheren lokalpolitischen Interesse ein ebenfalls höheres politisches Vertrauen auf allen Ebenen aufweisen. Insgesamt sind die Effektgrößen aller Indikatoren der politischen Involvierung jedoch sehr gering, so dass deren substanzielle Erklärungskraft im Vergleich mit dem sozialen Vertrauen oder der lokalen Performanzbewertungen nicht überschätzt werden sollte.

Bei abschließender Betrachtung der Gesamterklärungskraft der drei Erklärungsansätze ist anzumerken, dass die ausschließlich mit Erklärungsfaktoren der Individualebene geschätzten Modelle die individuelle Fehlervarianz des lokalen Vertrauens um 50, jene des repräsentativen Vertrauens um 31, die des regulativen Vertrauens um 25 sowie die des europäischen Vertrauens um 23 Prozent reduzieren. Die vergleichsweise bessere Erklärungskraft des Modells für das lokale Vertrauen ist hierbei wenig überraschend, da sich die Erklärungsfaktoren größtenteils aus lokalen Orientierungen zusammensetzen. Die Reduzierung der kontextuellen Fehlervarianz des lokalen Vertrauens um 79 Prozent gibt im Weiteren Aufschluss darüber, dass sich die gefundenen Unterschiede im lokalen Vertrauen zwischen Bürgern verschiedener Gemeinden nahezu ausschließlich auf Kompositions- und nicht auf Kontexteffekte zurückführen lassen. Bezüglich des repräsentativen und regulativen Vertrauens konnten die (von Beginn an sehr geringen) Varianzkomponenten der Gemeindeebene nach Hinzufügung

der individuellen Erklärungsfaktoren nicht mehr verlässlich geschätzt werden, so dass eine Berechnung der Reduzierung der kontextuellen Fehlervarianz hier nicht möglich war (vgl. Roberts et al. 2011, S. 221f.). Die substanzielle Schlussfolgerung für alle vier Varianten des politischen Vertrauens ist somit, dass der lokale Kontext lediglich eine zu vernachlässigende Rolle bei der Erklärung von Unterschieden individuellen politischen Vertrauens einnehmen kann und die Unterschiede im politischen Vertrauen zwischen Gemeinden nahezu ausschließlich auf verschiedenen Kompositionen individueller (lokaler) Orientierungen basieren. Da im Falle des lokalen Vertrauens jedoch theoretisch noch 21 Prozent kontextueller Fehlervarianz verbleiben, die mit Hilfe kontextueller Faktoren aufgeklärt werden können, werden im folgenden Analyseschritt nochmals mögliche Effekte der drei Teilbereiche des lokalen Kontexts auf das lokale Vertrauen analysiert.

4.2 Politisches Vertrauen und der Einfluss des lokalen Kontexts

Bei den in Tabelle 6 dargestellten Ergebnissen handelt es sich um das soeben diskutierte Individualmodell lokalen Vertrauens, zu welchem die in Abschnitt 2.3 vorgestellten kontextuellen Erklärungsfaktoren jeweils einzeln hinzugefügt wurden (insgesamt 18 Modelle).

Tabelle 6: Prädiktoren lokalen Vertrauens im Vergleich (Kontextfaktoren; Individualmodelle kontrolliert)

		Vertrauen in lokale Institutionen
lokale Politik	Demokratiezufriedenheit (aggr.)	0,23
	Transparenz (aggr.)	0,12
	Bürgerbeteiligung (aggr.)	0,16
	Verantwortlichkeit (aggr.)	-0,02
	Wahlbeteiligung	0,17
lokale Gesellschaft	Anzahl Bürgerentscheide	-0,00
	Dauer Städtepartnerschaften	-0,11
	Anzahl Partnerschaftsstädte	-0,13
	Anzahl Partnerschaftsvereine	-0,01
	Anzahl Vereine	-0,12
	Vereinsdichte	**-0,26#**
	Häufigkeitszahl	-0,12
lokale Wirtschaft	Arbeitslosenquote	0,06
	EFRE-Mittel (p.K.)	0,10
	Gewerbesteuereinnahmen (p.K.)	**-0,25#**
	Schuldenstand Gemeinde (p.K.)	0,22
	Hilfequote	-0,01
	Haushaltseinkommen < 1.100 Euro	0,13
N		11.870 / 28

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001. Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; alle unabhängigen Variablen auf einen Wertebereich von 0–1 standardisiert. Separate Hinzufügung einzelner Kontextfaktoren zu dem Individualmodell aus Tabelle 5 (Einzeltests, insgesamt 18 Modelle); signifikante Koeffizienten im multivariaten Test der Kontextfaktoren sind hervorgehoben; (robuste und unveränderte) Effekte der Individualfaktoren nicht dargestellt. Berechnung gepoolter Koeffizienten und Standardfehler auf Basis mehrfach imputierter Daten nach Rubin (1987). Die Werte der verschiedenen Kontextmerkmale entsprechen den Durchschnittswerten der jeweilig vorliegenden Erhebungsjahre.

Die Ergebnisse bestätigen auch hier das bereits geschilderte Bild einer überwiegenden Bedeutungslosigkeit von Erklärungsfaktoren des lokalen Kontexts. Lediglich die Vereinsdichte und die Gewerbesteuereinnahmen einer Gemeinde weisen einen statistisch signifikanten Effekt auf das lokale Vertrauen hessischer Bürger auf, welcher jedoch sehr gering ist. So besitzen Bürger der Gemeinde mit der geringsten Vereinsdichte unter Kontrolle der individuellen Orientierungen ein um lediglich 0,26 Skalenpunkte geringeres lokales Vertrauen (0–10) als Bürger der Gemeinde mit der höchsten Vereinsdichte.[15] Der Effekt für die Gewerbesteuereinnahmen ist entgegen der theoretischen Erwartungen ebenfalls negativ und von vergleichbar geringer Stärke. Zusammengenommen führen die beiden Erklärungsfaktoren zu einer zusätzlichen Reduzierung der kontextuellen Fehlervarianz um weitere drei Prozentpunkte (nicht in Tabelle 6 dargestellt), so dass insgesamt 82 Prozent der kontextuellen Fehlervarianz lokalen Vertrauens von dem hierarchischen Modell aufgeklärt werden können. Dieser relativ bedeutend anmutende Anteil aufgeklärter Fehlervarianz sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der Anteil an durch kontextuelle Faktoren zu erklärender Fehlervarianz an der Gesamtfehlervarianz des lokalen Vertrauens insgesamt nur vier Prozent betrug.

4.3 Zusammenfassung der empirischen Befunde

Tabelle 7 (s. S. 320) fasst die Ergebnisse dieses Beitrags insbesondere im Hinblick auf die relative Bedeutung verschiedener Erklärungsansätze nochmals zusammen. Die Ergebnisse geben hierbei Auskunft über die Anpassung (-2 x log Likelihood) verschiedener Modelle an die Daten, wobei geringere Werte auf eine bessere Modellgüte hindeuten, sowie Vergleiche verschiedener Modellspezifikation (Likelihood-Ratio-Tests) miteinander (vgl. auch Hox 2002, S. 16). Ein direkter (horizontaler) Vergleich absoluter Werte zwischen den vier Varianten politischen Vertrauens ist hierbei nicht möglich. Dennoch kann analysiert werden, inwiefern die *relative* Erklärungskraft der verschiedenen Erklärungsansätze und Modellspezifikationen für alle vier Varianten politischen Vertrauens identisch ist.

Insgesamt beinhaltet Tabelle 7 neun verschiedene Modellspezifikationen (M0 bis M9). M0 bezieht sich hierbei auf das zuvor bereits diskutierte Nullmodell politischen Vertrauens, welches keine erklärenden Variablen enthält und als Referenzmodell für die folgenden Modelle 1 bis 3 dient. Bei diesen handelt es sich um Erklärungsmodelle der Individualebene, bei denen jeweils nur einer der drei diskutierten individuellen Erklärungsansätze politischen Vertrauens zum Tragen kommt. Demnach beinhaltet M1 lediglich die Variablen der individuellen Sozialkapitalausstattung, M2 lediglich solche der individuellen Performanzbewertungen sowie M3 ausschließlich die Variablen der individuellen politischen Involvierung. Hinsichtlich der Werte für die Modellanpassung ist festzuhalten, dass bei jeweils separater Betrachtung der drei individuellen Erklärungsansätze eine durchgehend bessere Anpassung an die Daten im Vergleich zum

[15] Zur Interpretation des Effekts der Vereinsdichte siehe auch Fußnote 7.

Tabelle 7: Erklärungsmodelle politischen Vertrauens im Vergleich (Modellanpassung und LR-Tests)

	Vertrauen in lokale Institutionen	Vertrauen in repräsentative Institutionen	Vertrauen in regulative Institutionen	Vertrauen in europäische Institutionen
Modellanpassung				
(M0) Nullmodell (NM)				
-2 x log Likelihood	49.613,2	49.990,4	49.230,0	50.350,6
(M1) Sozialkapital (SK)				
-2 x log Likelihood	46.553,8	47.950,8	47.523,0	48.784,0
(M2) Performanzbewertungen (PB)				
-2 x log Likelihood	43.134,2	46.770,8	46.647,0	47.937,4
(M3) Politische Involvierung (PI)				
-2 x log Likelihood	49.059,6	49.404,4	48.852,2	50.097,8
(M4) SK+PB				
-2 x log Likelihood	41.615,4	45.771,8	45.833,2	47.191,2
(M5) SK+PI				
-2 x log Likelihood	46.291,0	47.606,8	47.355,6	48.643,8
(M6) PB+PI				
-2 x log Likelihood	42.916,6	46.457,4	46.459,4	47.816,6
(M7) SK+PB+PI				
-2 x log Likelihood	41.501,8	45.538,2	45.724,2	47.103,8
(M8) SK+PB+PI +Kontext				
-2 x log Likelihood	41.495,6	–	–	–
(M9) SK+PB+PI +Spillover				
-2 x log Likelihood	–	43.525,0	44.948,4	45.868,0
Modellvergleich				
M1 vs M0 (Likelihood ratio)	χ^2=3.059,4 (df=14; p<0,001)	χ^2=2.039,6 (df=14; p<0,001)	χ^2=1.707,0 (df=14; p<0,001)	χ^2=1.566,6 (df=14; p<0,001)
M2 vs M0 (Likelihood ratio)	χ^2=6.479,2 (df=16; p<0,001)	χ^2=3.219,6 (df=16; p<0,001)	χ^2=2.583,0 (df=16; p<0,001)	χ^2=2.413,2 (df=16; p<0,001)
M3 vs M0 (Likelihood ratio)	χ^2=553,6 (df=8; p<0,001)	χ^2=586,0 (df=8; p<0,001)	χ^2=377,8 (df=8; p<0,001)	χ^2=252,8 (df=8; p<0,001)
M4 vs M7 (Likelihood ratio)	χ^2=113,6 (df=8; p<0,001)	χ^2=233,8 (df=8; p<0,001)	χ^2=109,0 (df=8; p<0,001)	χ^2=87,4 (df=8; p<0,001)
M5 vs M7 (Likelihood ratio)	χ^2=4.789,2 (df=16; p<0,001)	χ^2=2.068,8 (df=16; p<0,001)	χ^2=1.631,4 (df=16; p<0,001)	χ^2=1.540,0 (df=16; p<0,001)
M6 vs M7 (Likelihood ratio)	χ^2=1.414,8 (df=14; p<0,001)	χ^2=919,4 (df=14; p<0,001)	χ^2=735,2 (df=14; p<0,001)	χ^2=712,8 (df=14; p<0,001)
M7 vs M8 (Likelihood ratio)	χ^2=6,2 (df=2; p<0,05)	–	–	–
M7 vs M9 (Likelihood ratio)	–	χ^2=2.013,2 (df=1; p<0,001)	χ^2=775,8 (df=1; p<0,001)	χ^2=1.235,8 (df=1; p<0,001)
N	11.870 / 28			

Anmerkungen: Full-Information-Maximum-Likelihood-Schätzung zum Vergleich verschiedener Modelle mit unterschiedlichen fixed effects; keine substanziellen Unterschiede zu Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Schätzungen basieren auf mehrfach imputierten Daten.

Nullmodell zu beobachten ist. Wie die Ergebnisse der Likelihood-Ratio-Tests (M1 | M2 | M3 versus M0) zeigen, bieten hierbei die Performanzbewertungen die größte Verbesserung, gefolgt von der individuellen Sozialkapitalausstattung und der politischen Involvierung der Bürger. Dieser Befund gilt gleichermaßen für alle vier Varianten politischen Vertrauens.

Neben den separaten Vergleichen der drei individuellen Erklärungsansätze mit dem Nullmodell ist weiterhin von Interesse, ob die simultane Betrachtung aller drei indivi-

duellen Erklärungsansätze in einem Gesamtmodell (M7) zu einer signifikant besseren Anpassung an die Daten führt als Modellspezifikationen, welche jeweils nur zwei der drei individuellen Erklärungsansätze beinhalten (M4 bis M6). Anders formuliert stellt sich hier also die Frage, ob jeder einzelne der drei individuellen Erklärungsansätze (unter Kontrolle der verbleibenden beiden anderen) einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung politischen Vertrauens leisten kann. M4 beinhaltet demnach die Variablen der individuellen Sozialkapitalausstattung sowie der Performanzbewertungen, M5 die Variablen der Performanzbewertungen sowie jene der politischen Involvierung, und M6 jene der Sozialkapitalausstattung und der politischen Involvierung. Wie die Ergebnisse der Likelihood-Ratio-Tests verdeutlichen, bietet die simultane Betrachtung aller drei individuellen Erklärungsansätze (M7) eine durchgehend bessere Anpassung an die Daten als die drei reduzierten Modellspezifikationen M4, M5 und M6. Die substanzielle Schlussfolgerung ist somit, dass die individuelle Sozialkapitalausstattung, die Performanzbewertungen sowie die politische Involvierung zwar jeweils eine unterschiedlich starke Erklärungskraft aufweisen, jeder der drei Ansätze jedoch einen eigenständigen und relevanten Beitrag bei der Erklärung des politischen Vertrauens hessischer Bürger bietet. Diese Feststellung trifft wiederum gleichermaßen auf alle vier betrachteten Varianten politischen Vertrauens zu.

Nach Erörterung der relativen Bedeutung der drei individuellen Erklärungsansätze soll im Folgenden nochmals die Relevanz individueller gegenüber kontextueller Faktoren betrachtet werden. Hierfür wird das oben geschilderte Gesamtmodell der Individualebene (M7) mit dem hierarchischen Modell, welches zusätzlich die Vereinsdichte sowie die Gewerbesteuereinnahmen einer Gemeinde als kontextuelle Faktoren beinhaltet (M8, in Tabelle 6 dargestellt), verglichen. Der Likelihood-Ratio-Test zeigt (M7 versus M8), dass die Hinzufügung dieser beiden Kontextfaktoren zum vollständigen Individualmodell lokalen Vertrauens lediglich zu einer minimalen Verbesserung der Anpassung an die Daten führt. Wie zuvor bereits mehrfach konstatiert, speisen sich alle vier Varianten politischen Vertrauens nahezu ausschließlich aus individuellen (lokalen) Orientierungen der Bürger, wobei der Einfluss des lokalen Kontexts vernachlässigbar gering ist.

Letztlich wirft Modell 9 noch einen weiterführenden Blick auf das demokratisierende Potenzial lokaler Orientierungen, bei dem insbesondere die Bedeutung des lokalen Vertrauens für das politische Vertrauen auf höher gelagerten Ebenen im Fokus steht. Bei diesem Modell wird zusätzlich zu den (lokalen) Orientierungen der drei individuellen Erklärungsansätze ebenfalls das lokale Vertrauen der Bürger als Erklärungsfaktor betrachtet, um sogenannte „Spillover-Effekte“ (vgl. Vetter 2002a, 2002b, S. 47ff.) des lokalen Vertrauens auf das repräsentative, regulative und europäische Vertrauen zu untersuchen. Hierbei handelt es sich um von der lokalen Ebene ausgehende Generalisierungsprozesse, in deren Verlauf „lokal geprägte Orientierungen auf allgemeinere politische Orientierungen wirken können“ (Vetter 2002b, S. 48). In diesem Zusammenhang spielt das lokale Vertrauen der Bürger insbesondere in seiner möglichen Verwendung als Heuristik eine Rolle. Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass lokale Autoritäten und Institutionen auf Grund ihrer größeren Nähe zur Le-

benswirklichkeit der Bürger für diese ebenfalls leichter zugänglich und einzuschätzen sind als jene der nationalen oder europäischen Ebene. Dies legt nahe, dass die Bürger bei ihrer Einstellungsbildung gegenüber den weiter distanzierten und weniger vertrauten Autoritäten und Institutionen der nationalen und europäischen Ebene womöglich auf bereits vorhandene Informationen über lokale Autoritäten und Institutionen sowie Bewertungen selbiger zurückgreifen (vgl. Wagner 2010, S. 219ff.).[16] Bei Betrachtung der empirischen Zusammenhänge zwischen dem lokalen Vertrauen einerseits sowie dem repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauen andererseits zeigt sich, dass unter Kontrolle der übrigen (lokalen) Orientierungen das lokale Vertrauen als vergleichsweise stärkster Prädiktor der verbleibenden drei Varianten politischen Vertrauens hervorgeht und einen positiven Effekt auf diese ausübt (Ergebnisse nicht dargestellt). Des Weiteren führt die Hinzufügung des lokalen Vertrauens in allen Fällen zu einer signifikanten Verbesserung der Modellanpassung im Vergleich zum vollständigen Individualmodell ohne Spillover-Effekte (M7 versus M9, Tabelle 7). Die empirischen Ergebnisse stehen also durchaus in Einklang mit den zuvor diskutierten Erwartungen hinsichtlich der Verwendung lokalen politischen Vertrauens als Heuristik für das politische Vertrauen auf höher gelagerten Ebenen. Inwiefern in diesem Zusammenhang jedoch tatsächlich von Spillover-Effekten der lokalen auf die nationale und europäische Ebene gesprochen werden kann, ist auf Grund der Verwendung von Querschnittsdaten nicht definitiv einzuschätzen. Jenseits von Kausalitätsbeziehungen kann jedoch festgehalten werden, dass Bürger mit einem vergleichsweise höheren lokalen Vertrauen ebenfalls ein vergleichsweise höheres repräsentatives, regulatives sowie europäisches Vertrauen besitzen.

Auf Basis der empirischen Befunde dieses Beitrags lässt sich also abschließend festhalten, dass der lokale Kontext nahezu keine eigenständigen Effekte auf das lokale, repräsentative, regulative sowie europäische Vertrauen der Bürger ausübt. Die Relevanz der lokalen Sphäre für das politische Vertrauen auf mehreren Ebenen gründet sich vielmehr auf den individuellen lokalen Orientierungen der Bürger sowie den oben diskutierten Spillover-Effekten des lokalen Vertrauens auf das repräsentative, regulative und europäische Vertrauen der Bürger.

5 Fazit

Politisches Vertrauen gilt gemeinhin als Grundvoraussetzung für das langfristige Funktionieren eines demokratischen Systems. Sorgen über einen kontinuierlichen Rückgang des Vertrauens der Bürger, insbesondere in repräsentative Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene, sind daher weit verbreitet (vgl. Norris 1999; Dal-

[16] Wagner (2010) bezieht sich bei ihren Ausführungen explizit auf die Rolle nationalstaatlicher Einstellungen als Heuristiken für EU-Einstellungen. Ihre generelle theoretische Argumentation kann jedoch um die lokale Ebene erweitert und analog auf die hier behandelten Zusammenhänge zwischen der lokalen, nationalen und europäischen Ebene angewandt werden.

ton 2004). Oftmals wird in diesem Zusammenhang jedoch das politische Vertrauen der Bürger auf anderen als der nationalen Ebene außer Acht gelassen. Vor allem das demokratisierende Potenzial lokaler Orientierungen sowie die Relevanz des lokalen Kontexts für das politische Vertrauen der Bürger auf mehreren Ebenen findet in empirischen Studien, wenn überhaupt, nur eine vergleichsweise geringe Berücksichtigung (vgl. Rahn u. Rudolph 2005).

Wie die Ergebnisse dieses Beitrags zeigen, ist das durchschnittliche Vertrauen der Bürger in repräsentative Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene in der Tat vergleichsweise gering. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bürger politischen Autoritäten und Institutionen *generell* mit wenig Vertrauen begegnen. Vielmehr weisen die empirischen Befunde darauf hin, dass das Vertrauen in sowohl lokale als auch europäische Autoritäten und Institutionen vergleichsweise höher ausfällt. Das höchste durchschnittliche Vertrauen der Bürger genießen letztlich die regulativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene. Diese Ergebnisse sind in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Zunächst verdeutlicht die Existenz unterschiedlicher Vertrauensniveaus auf der lokalen, nationalen und europäischen Ebene, dass im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme eine Bewertung ausschließlich auf Grundlage der Vertrauensniveaus in repräsentative Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene zu kurz greift. Eine umfassendere Betrachtung unter zusätzlicher Berücksichtigung des politischen Vertrauens auf der lokalen sowie der europäischen Ebene verspricht nicht nur eine differenziertere, sondern auf Grund der unterschiedlichen Vertrauensniveaus der verschiedenen Ebenen ebenfalls ausgewogenere Einschätzung der Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme. Neben diesen Unterschieden in den Vertrauensniveaus mehrerer Ebenen sind im Weiteren auch Unterschiede zwischen verschiedenen Autoritäten und Institutionen einer Ebene von Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die repräsentativen und regulativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene, von denen erstere das vergleichsweise geringste und letztere das vergleichsweise höchste Vertrauen der Bürger aufweisen. Auch hier zeigt sich wiederum, dass eine ausschließliche Betrachtung der Vertrauensniveaus repräsentativer Autoritäten und Institutionen ein bestenfalls unvollständiges Bild hinsichtlich der Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme vermitteln kann. Die erste substanzielle Schlussfolgerung dieses Beitrags ist somit, dass Aussagen über das Wohlbefinden und die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme stets das politische Vertrauen der Bürger auf *mehreren* Ebenen sowie in *verschiedene* Autoritäten und Institutionen berücksichtigen und nicht ausschließlich auf Grundlage (vergleichsweise geringer Niveaus) politischen Vertrauens in repräsentative Institutionen der nationalen Ebene basieren sollten (vgl. Levi u. Stoker 2000, S. 495f.).

Welche Bedeutung kann in diesem Zusammenhang nun insbesondere der lokale Kontext in seiner Rolle als „Schule der Demokratie“ einnehmen? Zwar zeigen sich vor allem für das Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen nennenswerte Unterschiede zwischen den Bürgern verschiedener Gemeinden. Die empirischen Befunde dieses Beitrags deuten jedoch darauf hin, dass sich diese nicht auf spezifische Begebenheiten der lokalen Politik, der lokalen Gesellschaft oder der lokalen Wirtschafts-

bedingungen als Teilbereiche des lokalen Kontexts zurückführen lassen. Vielmehr basieren die gefundenen Unterschiede auf der jeweiligen Komposition individueller (lokaler) Orientierungen in verschiedenen Gemeinden. So zeigen jene Gemeinden, in denen mehr Bürger mit einem hohen sozialen Vertrauen, einer hohen lokalen Demokratiezufriedenheit und einem hohen lokalpolitischen Interesse leben, ein ebenfalls höheres Vertrauen in lokale Autoritäten und Institutionen. Die zweite substanzielle Schlussfolgerung dieses Beitrags ist demnach, dass sich das demokratisierende Potenzial der lokalen Sphäre primär aus den individuellen lokalen Orientierungen der Bürger und weniger aus der spezifischen Beschaffenheit des lokalen Kontexts selbst ergibt.

Dennoch sollte die Relevanz des lokalen Kontexts als „Schule der Demokratie" für höher gelagerte Ebenen nicht gänzlich verworfen werden. Auch wenn die empirischen Befunde dieses Beitrags *direkte* Effekte des lokalen Kontexts auf das politische Vertrauen der Bürger nicht bestätigen können, so spiegelt sich der jeweilige Kontext der Gemeinden womöglich bereits in den individuellen lokalen Orientierungen der Bürger wider und beeinflusst somit deren politisches Vertrauen auf *indirekte* Weise. Wie die Ergebnisse dieses Beitrags verdeutlichen, tragen insbesondere die individuellen Bewertungen der Bürger hinsichtlich der Performanz lokaler Autoritäten und Institutionen zu einer Erklärung politischen Vertrauens auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene bei. In diesem Zusammenhang sind im Weiteren aber auch die oben diskutierten Spillover-Effekte des lokalen Vertrauens auf das repräsentative, regulative und europäische Vertrauen der Bürger von Relevanz. Trägt man an dieser Stelle der Tatsache Rechnung, dass das lokale Vertrauen der Bürger von einer Vielzahl anderer lokaler Orientierungen geprägt wird und selbst wiederum zu einer Verbesserung der Erklärung des repräsentativen, regulativen und europäischen Vertrauens beiträgt, so lassen sich womöglich auch hier indirekte Effekte des lokalen Kontexts auf das politische Vertrauen auf höher gelagerten Ebenen identifizieren. Von einer solchen Perspektive betrachtet, bestünde die Relevanz des lokalen Kontexts letztlich zumindest in seiner Rolle als „Schule der *indirekten* Demokratie".

Im Hinblick auf das Wohlbefinden und die Funktionsfähigkeit moderner Demokratien wurde in der Einleitung bereits darauf hingewiesen, dass die Bestimmung für die Demokratie optimaler Niveaus politischen Vertrauens durchaus kontrovers diskutiert werden kann. Geht man jedoch davon aus, dass effizientes demokratisches Regieren ein Mindestmaß an politischem Vertrauen seitens der Bürger erfordert, so zeichnen die empirischen Befunde dieses Beitrags ein weit weniger düsteres Bild als es allein auf Basis einer Bewertung der Vertrauensniveaus in repräsentative Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene hätte skizziert werden können. Übertragen auf das zu Beginn angeführte Zitat Jack Citrins (1974, S. 973) deuten die empirischen Befunde dieses Beitrags also letztlich darauf hin, dass europäische, lokale und insbesondere die regulativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene eine durchaus höhere *Kreditwürdigkeit* auf Seiten der Bürger besitzen als dies für die repräsentativen Autoritäten und Institutionen der nationalen Ebene der Fall ist, welche offensichtlich noch immer überwiegend *cash* zahlen müssen.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.

Andersen, Jørgen G., und Sigrid Roßteutscher. 2007. Small-Scale Democracy: Citizen Power in the Domains of Everyday Life. In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 221–54. London: Routledge.

Boix, Charles, und Daniel Posner. 1998. Social Capital: Explaining Its Origins and Effects on Government Performance. *British Journal of Political Science* 28: 686–693.

Castiglione, Dario, Jan W. van Deth, und Guglielmo Wolleb (Hrsg.). 2008. *The Handbook of Social Capital*. Oxford: Oxford University Press.

Catterberg, Gabriela, und Alejandro Moreno. 2005. The Individual Bases of Political Trust: Trends in New and Established Democracies. *International Journal of Public Opinion Research* 18: 31–48.

Chanley, Virginia, Thomas Rudolph, und Wendy Rahn. 2000. The Origins and Consequences of Public Trust in Government. *Public Opinion Quarterly* 64: 239–256.

Citrin, Jack. 1974. Comment: The Political Relevance of Trust in Government. *American Political Science Review* 68: 973–988.

Cleary, Matthew, und Susan C. Strokes. 2006. *Democracy and the Culture of Skepticism. Political Trust in Argentina and Mexico*. New York: Russell Sage Foundation.

Cook, Timothy, und Paul Gronke. 2005. The Skeptical American: Revisiting the Meanings of Trust in Government and Confidence in Institutions. *The Journal of Politics* 67: 784–803.

Dahl, Robert A. 1994. A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. *Political Science Quarterly* 109: 23–34.

Dahl, Robert A., und Edward Tufte. 1973. *Size and Democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Dalton, Russell J. 1999. Political Support in Advanced Industrial Democracies. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 57–77. Oxford: Oxford University Press.

Dalton, Russell J. 2004. *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

Duncan, Craig, Kelvyn Jones, und Graham Moon. 1998. Context, Composition and Heterogeneity: Using Multilevel Models in Health Research. *Social Science & Medicine* 46: 97–117.

Denters, Bas, Oscar Gabriel, und Mariano Torcal. 2007. Political Confidence in Representative Democracies. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 66–87. London: Routledge.

Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435–457.

Gabriel, Oscar, und Melanie Walter-Rogg. 2008. Social Capital and Political Trust. In *Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People?*, Hrsg. Heiner Meulemann, 219–250. Leiden: Brill.

Gabriel, Oscar, Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV Universitätsverlag.

Gamson, William. 1968. *Power and Discontent*. Homewood: The Dorsey Press.

Gelman, Andrew, und Jennifer Hill. 2007. *Data Analysis Using Regression and Multilevel/Hierarchical Models*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hardin, Russell. 1999. Do We Want Trust in Government? In *Democracy and Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 22–41. Cambridge: Cambridge University Press.

Hetherington, Marc. 1998. The Political Relevance of Political Trust. *American Political Science Review* 92: 791–808.

Hetherington, Marc. 2005. *Why Trust Matters: Declining Political Trust and the Demise of American Liberalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Hetherington, Marc, und Thomas Rudolph. 2008. Priming, Performance, and the Dynamics of Political Trust. *The Journal of Politics* 70: 498–512.

Hibbing, John, und Elizabeth Theiss-Morse. 2001. Process Preferences and American Politics: What the People Want the Government to Be. *American Political Science Review* 95:145–53.

Hibbing, John, und Elizabeth Theiss-Morse. 2003. *Stealth Democracy. Americans' Beliefs about How Government Should Work*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hooghe, Marc. 2011. Why There is Basically Only One Form of Political Trust. *British Journal of Politics & International Relations* 13: 269–275.

Hox, Joop J. 2002. *Multilevel Analysis: Techniques and Applications*. New Jersey: Lawrence Erlbaum.

Knack, Stephen. 2002. Social Capital and the Quality of Government: Evidence from the States. *American Journal of Political Science* 46: 772–785.

Kelleher, Christine, und Jennifer Wolak. 2007. Explaining Public Confidence in the Branches of State Government. *Political Research Quarterly* 60: 707–721.

Kimball, David, und Samuel Patterson. 1997. Living Up to Expectations: Public Attitudes Toward Congress. *The Journal of Politics* 59: 701–728.

King, Gary, James Honaker, Anne Joseph, und Kenneth Scheve. 2001. Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation. *American Political Science Review* 95: 49–69.

Klingemann, Hans-Dieter. 1999. Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 31–56. Oxford: Oxford University Press.

Levi, Margaret. 1998. A State of Trust. In *Trust & Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi, 77–101. New York: Russell Sage Foundation.

Levi, Margaret, und Laura Stoker. 2000. Political Trust and Trustworthiness. *Annual Review of Political Science* 3: 475–507.

Lipset, Seymour M. 1959. Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *American Political Science Review* 53: 69–105.

Martín, Irene, und Jan W. van Deth. 2007. Political Involvement. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 303–333. London: Routledge.

McAllister, Ian. 1999. The Economic Performance of Governments. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 188–203. Oxford: Oxford University Press.

Miller, Arthur. 1974a. Political Issues and Trust in Government: 1964–1970. *American Political Science Review* 68: 951–972.

Miller, Arthur. 1974b. Rejoinder to 'Comment' by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism? *American Political Science Review* 68: 989–1001.

Miller, Arthur, and Ola Listhaug. 1990. Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden and the United States. *British Journal of Political Science* 20: 357–386.

Mishler, William, und Richard Rose. 1997. Trust, Distrust, and Skepticism: Popular Evaluations of Civil and Political Institutions in Post-Communist Societies. *The Journal of Politics* 59: 418–451.

Mishler, William, und Richard Rose. 2001. What are the Origins of Political Trust? Testing Institutional and Cultural Theories in Post-Communist Societies. *Comparative Political Studies* 34: 30–62.

Newton, Kenneth. 1982. Is Small really so Beautiful? Is Big really so Ugly? Size, Effectiveness, and Democracy in Local Government. *Political Studies* 30: 190–206.

Newton, Kenneth. 1999. Social and Political Trust in Established Democracies. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 169–187. Oxford: Oxford University Press.

Newton, Kenneth, und Pippa Norris. 2000. Confidence in Public Institutions: Faith, Culture, or Performance? In *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?*, Hrsg. Susan J. Pharr und Robert D. Putnam, 52–73. Princeton: Princeton University Press.

Norris, Pippa. 1999. Introduction: The Growth of Critical Citizens?. In ders.: *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, 1–27. Oxford: Oxford University Press.

Offe, Claus. 1999. How Can We Trust Our Fellow Citizens? In *Democracy & Trust*, Hrsg. Mark E. Warren, 42–87. Cambridge: Cambridge University Press.

Owen, Diana, und Jack Dennis. 2001. Trust in Federal Government. The Phenomenon and Its Antecedents. In *What is it about Government that Americans Dislike?*, Hrsg. John R. Hibbing and Elizabeth Theiss-Morse, 209–226. Cambridge: Cambridge University Press.

Putnam, Robert. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert. 2000. *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.

Rahn, Wendy, und Thomas Rudolph. 2005. A Tale of Political Trust in American Cities. *Public Opinion Quarterly* 69: 530–560.

Roberts, J. Kyle, James P. Monaco, Holly Stovall, und Virginia Foster. 2011. Explained Variance in Multilevel Models. In *Handbook of Advanced Multilevel Analysis*, Hrsg. Joop J. Hox und J. Kyle Roberts, 219–30. London: Routledge.

Rothstein, Bo. 2005. *Social Traps and the Problem of Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.

Rothstein, Bo, und Dietlind Stolle. 2003. Social Capital, Impartiality and the Welfare State: An Institutional Approach. In *Generating Social Capital: Civil Society and Institutions in Comparative Perspective*, Hrsg. Marc Hooghe und Dietlind Stolle, 191–209. New York: Palgrave MacMillan.

Rothstein, Bo, und Dietlind Stolle. 2008. Political Institutions and Generalized Trust. In *The Handbook of Social Capital*, Hrsg. Dario Castiglione, Jan W. van Deth, and Guglielmo Wolleb, 273–302. Oxford: Oxford University Press.

Rubin, Donald B. 1987. *Multiple Imputation for Nonresponse in Surveys*. New York: John Wiley & Sons.

Rubin, Donald B. 1996. Multiple Imputation After 18+ Years. *Journal of the American Statistical Association* 91: 473–489.

Snijders, Tom, und Roel Bosker. 1999. *Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London: Sage.

Stoker, Laura, und Jake Bowers. 2002. Designing Multi-level Studies: Sampling Voters and Electoral Contexts. *Electoral Studies* 21: 235–267.

van Buuren, Stef, und Karin Groothuis-Oudshoorn. 2011. MICE: Multivariate Imputations by Chained Equations in R. *Journal of Statistical Software* 45: 1–65.

van Deth, Jan W. 2003. Measuring Social Capital: Orthodoxies and Continuing Controversies. *International Journal of Survey Research Methodology* 6: 79–92.

Vetter, Angelika. 2002a. Local Political Competence in Europe: A Resource of Legitimacy for Higher Levels of Government? *Journal of Public Opinion Research* 14: 3–18.

Vetter, Angelika. 2002b. *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Opladen: Leske + Budrich.

Wagner, Bettina. 2010. Unterstützung der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa: Die Rolle nationalstaatlicher Einstellungen als Heuristiken. In *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer, und Sigrid Roßteutscher, 215–237. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Warren, Mark E. 1999. Introduction. In ders.: *Democracy & Trust*, 1–21. Cambridge: Cambridge University Press.

Weatherford, M. Stephen. 1984. Economic 'Stagflation' and Public Support for the Political System. *British Journal of Political Science* 14: 187–205.

Weatherford, M. Stephen. 1987. How Does Government Performance Influence Political Support? *Political Behavior* 9: 5–28.

Zmerli, Sonja. 2004. Politisches Vertrauen und Unterstützung. In *Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 229–256. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zmerli, Sonja, Kenneth Newton, und José Ramón Montero. 2007. Trust in People, Confidence in Political Institutions, and Satisfaction with Democracy. In *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 35–65. London: Routledge.

Verbundenheit mit der Gemeinde

Marc Bühlmann

1 Einführung

Im vorliegenden Beitrag wird nach Determinanten zur Erklärung unterschiedlicher Verbundenheit gesucht. Unter Verbundenheit wird dabei die affektive Bindung eines Individuums an sein soziales Umfeld verstanden. Das Gefühl der Verbundenheit kann als wichtiger Bestandteil von Identität mit einer sozialen Gemeinschaft aufgefasst werden (Bühlmann 2010). Identität wiederum ist zentrale Voraussetzung für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement eines Individuums für diese Gemeinschaft (Bolan 1997; Strate et al. 1989) und wichtige Basis für das Funktionieren demokratischer Systeme. Gemeinschaft wird in diesem Beitrag als begrenzter politischer Raum verstanden. Dies ist in dieser Untersuchung primär die Gemeinde, in der ein Individuum lebt. Teilweise fließt auch die Verbundenheit mit Deutschland und Europa in die Untersuchung mit ein.

Die Suche nach Erklärungen für unterschiedliche Verbundenheit mit der Gemeinschaft ist nicht neu. Im Gegenteil: bereits Wirth (1938) oder Toennies ([1887] 1991) beschäftigten sich mit der Frage nach den Ursachen der von ihnen prognostizierten abnehmenden Identität. Trotz ihres Alters ist diese Frage nach wie vor aktuell. Deren Relevanz lässt sich mit mindestens drei Argumenten unterstreichen. Erstens wird seit den frühen Untersuchungen von Toennies ([1887] 1991), Simmel ([1903] 1964) oder Wirth (1938) von einer stetigen Abnahme sozialer Bindungen und affektiver Verbundenheit ausgegangen. Diese Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft wird dabei als negative beschrieben, die in einer Destabilisierung des einzelnen Menschen und einer Anomie der Gesellschaft ende. Neuere empirische Untersuchungen kommen gar zum Schluss, dass mangelnde Verbundenheit negative Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Menschen haben kann (Cross 2003). Zweitens gilt in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung Verbundenheit als zentrale Voraussetzung für soziales Engagement und politische Partizipation (Ladner u. Bühlmann 2007). Mangelnde Verbundenheit kann auch deshalb drittens über kurz oder lang zu einer Destabilisierung von sozialen Gemeinschaften und zum inneren Zerfall von Gesellschaften führen. Gerade Gemeinden sind angewiesen auf eine lebendige und aktive Bürgerschaft. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Ursachen für affektive Verbundenheit verantwortlich sein könnten.

Weil die affektive Bindung mit dem sozialen Umfeld also als wichtige Voraussetzung für gemeinschaftsförderndes Handeln betrachtet wird, steht die Untersuchung von Verbundenheit in zahlreichen soziologischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen im Zentrum. Die Annahmen, die diesen Studien zu Grunde liegen, lassen

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_12, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

sich zu mindestens drei Erklärungsansätzen verdichten. Die Sozialisationshypothese geht davon aus, dass Verbundenheit mit einem Ort von der Dauer des Aufenthaltes abhängt. Personen, die im gleichen Ort geboren wurden, aufwachsen und leben, entwickeln eine stärkere Verbundenheit als Personen, die residentiell und zirkulär mobil sind (Kasarda u. Janowitz 1974; Mühler u. Opp 2004). Die Lebensqualitätshypothese betont die Bedeutung der Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation für die Entwicklung von Verbundenheit. Der „Decline-of-Community"-Ansatz basiert auf den Überlegungen von Toennies ([1887] 1991), der die Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft postuliert. Gemäß diesem Ansatz führt zunehmende Urbanisierung zu abnehmender informeller sozialer Vernetzung von Individuen und in der Folge auch zu schwindender Verbundenheit (Verba u. Nie 1972).

Im Zentrum dieses Beitrags steht ein alternativer, bisher nur marginal untersuchter Ansatz, der von der These ausgeht, dass Individuen, die innerhalb der Gemeinschaft einer Minderheit angehören, weniger Verbundenheit mit dieser Gemeinschaft entwickeln als Individuen, die einer Mehrheit angehören. Angelehnt an die Theorie der sozialen Identität (Tajfel u. Turner 1979) wird das Gefühl der Verbundenheit auch als Funktion der Zugehörigkeit zu einer In- bzw. Outgroup aufgefasst. Allerdings wird vermutet, dass der negative Effekt der Minderheitenzugehörigkeit auf zwei Arten abgeschwächt werden kann. Erstens geht die Zugehörigkeit zu politischen, sozialen, ethnischen oder religiösen Minderheiten mit geringerer Verbundenheit mit der Gemeinde einher; dieser Effekt ist aber schwächer, wenn auf Verbundenheit mit Deutschland oder mit Europa fokussiert wird. Zweitens wird vermutet, dass die Gemeinde als soziales und institutionelles Umfeld den negativen Effekt von Minderheitenzugehörigkeit abschwächen kann.

In diesem Beitrag wird auf politische, konfessionelle, ethnische und sozioökonomische Minderheiten fokussiert. Damit soll auf der einen Seite ein möglichst breites Fundament für die Überprüfung des alternativen Ansatzes zur Erklärung affektiver Verbundenheit gesichert werden. Auf der anderen Seite kommt den unterschiedlichen Minderheitengruppen aber auch politische und soziologische Bedeutung zu. Es ist primär die Haltung politischer Minderheiten, die über die Qualität und Stabilität einer Demokratie mitentscheidet. Mehrheitsentscheide als politische Entscheide müssen – sollen sie demokratisch sein – auch von der Minderheit akzeptiert werden. Wenn politische Minderheiten sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr an die Spielregeln halten, so läuft ein demokratisches System über kurz oder lang Gefahr, zerstört zu werden. Verbundenheit von politischen Minderheiten ist im Sinne Eastons (1965) also als Bestandteil diffuser Unterstützung zu betrachten (zur Diskussion um politische Gewinner und Verlierer vgl. auch Anderson u. Tverdoba 2001 oder Bühlmann 2007). Der Verlust affektiver Verbundenheit sozialer Minderheiten – in diesem Beitrag als sozioökonomische Verlierer bzw. als Angehörige der Gruppe mit vergleichsweise geringem Einkommen definiert – gefährdet die Qualität der politischen und sozialen Gemeinschaft ebenfalls. Auf der einen Seite können soziale Minderheiten, die sich von der Gemeinschaft ausgeschlossen fühlen, ein Potenzial für Radikalisierung darstellen, die auch Gewaltakte nicht ausschliesst. Auf der anderen Seite – und wahrscheinlicher – ziehen

sich soziale Minderheiten von der Gemeinschaft zurück und hebeln damit die für eine demokratische Gesellschaft als grundlegend zu bezeichnende Idee der Gleichheit aus: wer nicht teilnimmt, kann weder für seine Ideen einstehen noch repräsentiert werden. Armut gilt als eine der wichtigsten Determinanten für politische und zivilgesellschaftliche Apathie (siehe bereits Lazarsfeld et al. [1944] 1949). Ist der Ausschluss zumindest teilweise systemisch bedingt, so muss dies als defizitär bezeichnet werden (Bühlmann et al. 2011; Dahl 1998). Auch die affektive Verbundenheit sozialer Minderheiten kann somit als Mindestbedingung funktionierender Gesellschaften betrachtet werden. Wie bedeutend religiöse – in diesem Beitrag konfessionelle – Minderheiten noch sind, gilt seit kurzer Zeit wieder als umstritten. Obwohl lange Zeit als gesichert galt, dass konfessionelle Konfliktlinien in der Politik kaum mehr von Bedeutung sind, zeigen neuere Beiträge, dass religiöse Grundhaltungen durchaus soziale Auswirkungen zeitigen können (Bühlmann u. Freitag 2004) und auch unterschiedliche Verbundenheit evozieren (Traunmüller 2009). In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass die Zugehörigkeit zu einer Konfession (bzw. zu einer konfessionellen Mehrheit oder Minderheit) auch für die Entwicklung affektiver Verbundenheit bedeutsam ist. Der Umgang mit ethnischen Minderheiten schließlich stellt eine zunehmende Herausforderung für westliche Demokratien dar. Migration führt zu ethnischer Heterogenität. Ob diese eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt, wie dies rechtskonservative Parteien in ganz Westeuropa behaupten und Autonomiebestrebungen von ethnischen Minderheiten zu indizieren scheinen oder ob dies zu einer offenen multikulturellen Gesellschaft führt, ist eine offene Frage (Alesina et al. 2003; Fish u. Brooks 2004; Pedersen et al. 2004). Bedeutsam ist für beide Behauptungen, wie ethnische Minderheiten eingebunden werden bzw. ob und wie stark sie sich mit der Gemeinschaft verbunden fühlen. Ein Verlust an Verbundenheit bedeute nicht nur eine Krise für den Nationalstaat, sondern für die Gemeinschaft als Ganzes, so etwa Dalton (1999, S. 72; vgl. auch Bühlmann und Hänni 2011a).

Mit dem Fokus auf die unterschiedlichen Verhaltensweisen von Minderheiten und Mehrheiten reiht sich der Beitrag in Untersuchungen ein, die die Qualität von demokratischen Systemen durch den Umgang mit Minderheiten bestimmt (Bühlmann u. Hänni 2011b; Bühlmann u. Kunz 2011; Lijphart 1999; Vatter 2011). Die urdemokratische und unumgängliche Idee der Mehrheitsregel – so betonte bereits Tocqueville ([1835] 1987) – birgt die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit. Demokratien gelingt es mehr oder weniger gut, diese Gefahr abzuwenden. Es wird in diesem Beitrag deshalb auch gefragt, welche Mittel zur Verfügung stehen, um affektive Verbundenheit von Minderheiten zu fördern.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut. Im nächsten Teil werden affektive Verbundenheit und deren Konnexion mit der These der sozialen Identität beleuchtet und daraus Hypothesen hergeleitet. Eine kurze Erörterung alternativer Erklärungsansätze, die hier vor allem der Kontrolle dienen sollen, wird ebenfalls im nächsten Abschnitt vorgenommen. Die Darstellung der abhängigen Variable folgt in Abschnitt 3. Abschnitt 4 dient der Beschreibung der Operationalisierung der erklärenden Größen. Die Ergebnisse werden im fünften Abschnitt präsentiert. Abschnitt 6 schließt mit einer kurzen Diskussion.

2 Affektive Verbundenheit

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Gefühlen, die Individuen dem Ort in dem sie leben entgegenbringen, beginnt mit der frühen Beschäftigung der Auswirkung von Urbanisierung (Simmel [1903] 1964). Verschiedene insbesondere sozialwissenschaftliche Disziplinen haben sich dem Konzept „Verbundenheit" angenommen, es erweitert und verfeinert. Dabei hat sich gezeigt, dass zwischen verschiedenen Elementen unterschieden werden muss, die zwar nicht unabhängig voneinander sind, aber dennoch inhaltlich unterschiedliche Bedeutungen haben. Grob wird zwischen den Objekten der Verbundenheit und der Art der Verbundenheit unterschieden. Verbundenheit kann für soziale Gruppen oder aber geographisch begrenzte Gemeinschaften entwickelt werden. Gemeinschaft kann also eine soziale oder eine physische Komponente haben. Soziale und geographisch begrenzte Gemeinschaften können unterschiedlich groß und unterschiedlich spezifisch sein. So zeigen etwa Hidalgo und Hernandez (2001), dass die Verbundenheit mit dem eigenen Haus, mit der Nachbarschaft oder mit der Stadt, in der man wohnt, unterschiedliche Konzepte sind und Individuen je nach Objekt unterschiedliche Stärke und gar Typen von Verbundenheit entwickeln. Auch bei der Art der Verbundenheit muss unterschieden werden zwischen unterschiedlichen Konzepten. Jorgensen und Stedman (2001) unterscheiden etwa zwischen „place identity" (Definition der eigenen Person über die Gemeinschaft), „place dependence" (Abhängigkeit von oder Interessengebundenheit mit einer Gemeinschaft) und „place attachment" (affektive Verbundenheit) (vgl. auch Bolan 1997; Bühlmann 2010). Bei der Untersuchung von unterschiedlichen Beziehungen zwischen Individuen und sozialen und physischen Gemeinschaften muss also stets deutlich gemacht werden, was genau unter affektiver Verbundenheit verstanden wird.

In diesem Beitrag steht die physische Verbundenheit im Sinne von „attachment" im Vordergrund. Hauptsächliches Objekt stellt die Gemeinde dar, in der ein Individuum wohnt und zu der es ein Gefühl der Verbundenheit entwickelt. Der Komplexität des Phänomens wird Rechnung getragen, indem weitere Konzepte mit in die Analyse einfließen. Primäres Augenmerk gilt dabei der Identität mit sozialen Gemeinschaften, für die vermutet wird, dass sie mit der Verbundenheit mit der Gemeinde in Beziehung steht (siehe nachfolgend). Weiter fließen als Kontrollen auch Erklärungsansätze in die Analyse mit ein, die stärker auf „place dependence" abstellen. Darüber hinaus wird der Objektrahmen erweitert, indem über die Gemeindeebene hinaus analysiert wird, wie sich Verbundenheit mit Deutschland und mit Europa erklären lassen.

Im Zentrum dieses Beitrags steht die Idee, dass die Stärke der affektiven Verbundenheit von der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Mehrheiten oder Minderheiten abhängt. Diese Idee ist angelehnt an die Theorie sozialer Identität (Tajfel u. Turner 1979). Die Identitätstheorie geht davon aus, dass Individuen unterschiedlichen sozialen Gruppen zugeordnet werden können. Eine soziale Gruppe definiert sich durch gemeinsame soziale Eigenschaften, die etwa äußerliche Charakteristika oder Werteeinstellungen umfassen können. Aufgrund von Vergleichen basierend auf diesen Eigenschaften können dabei In-groups und Out-groups unterschieden werden. Ein Individuum gehört

einer In-group an, wenn es mit dieser die jeweilige soziale Eigenschaft teilt. Individuen, die die entsprechende Eigenschaft nicht aufweisen, werden als Out-group wahrgenommen. Soziale Identität entwickelt sich auf der Basis des Wissens der Zugehörigkeit zu einer In-group (Yuki 2003). Es kann also erwartet werden, dass Individuen, die einer In-group angehören, mehr Verbundenheit mit der Gemeinschaft entwickeln als Individuen, die einer Out-group angehören.

Wichtig ist dabei die Größe der In- bzw. der Out-group. Die Entwicklung des Zugehörigkeitsgefühls, bzw. der sozialen Identität gelingt besser, je größer die In-group ist, weil die Abgrenzung von der kleinen Out-group besser gelingt. In diesem Beitrag wird diese Idee auf die Entwicklung affektiver Verbundenheit übertragen. Je besser und einfacher die Abgrenzung zur Out-group gelingt, desto eher entwickelt sich soziale Identität und Verbundenheit mit der Gemeinschaft. Von Interesse sind auch die Individuen, die der kleineren Out-group angehören. Diese Minderheiten haben – so die Annahme – grundsätzlich drei Strategien für die Entwicklung von affektiver Verbundenheit:

(1) Soziale Kreativität: Minderheiten wechseln den Fokus ihrer Verbundenheit. Statt soziale Identität im Umfeld der größeren Konkurrenzgruppe aufzubauen, wird diese in einem alternativen Umfeld gesucht (Turner et al. 1987). Ein konkretes Beispiel soll diese Strategie illustrieren: ein Individuum, das bezüglich einer sozialen Eigenschaft in seiner Gemeinde zur Minderheit gehört, entwickelt affektive Verbundenheit weniger stark für diese Gemeinde als vielmehr für die übergeordnete Region (in unserem Fall: Deutschland oder Europa).
(2) Anpassung: Minderheiten verhalten sich trotz ihres Status loyal und entwickeln affektive Verbundenheit in ähnlichem Ausmaß wie die Mehrheiten. Es ist zu erwarten, dass dieses Verhalten vor allem im Falle von übergroßen Mehrheiten vorkommt. Mit anderen Worten: je homogener eine Gemeinschaft hinsichtlich einer spezifischen Eigenschaft zusammengesetzt ist, desto größer wird der Druck für die Minderheit, sich anzupassen (Bühlmann 2006). Entsprechend wird sie affektive Verbundenheit mit der Gemeinde entwickeln.
(3) Selbstausschluss: Minderheiten ziehen sich auf sich selbst bzw. auf ihre Outgroup zurück und entwickeln kein Gefühl der Verbundenheit mit der Gemeinde, bzw. keine affektive Verbundenheit mit der von der Mehrheit bestimmten Gemeinschaft (Tibi 2000).

Auf der Basis dieser Überlegungen lassen sich die ersten drei Hypothesen herleiten.

H1: Minderheiten weisen weniger affektive Verbundenheit auf als Mehrheiten.

H2: Minderheiten weisen weniger affektive Verbundenheit auf als Mehrheiten. Je weiter der Raum ist, auf den sich die Verbundenheit bezieht, desto weniger stark ist dieser Effekt.

H3: Minderheiten weisen weniger affektive Verbundenheit auf als Mehrheiten. Je homogener eine Gemeinschaft zusammengesetzt ist, desto weniger stark ist dieser Effekt.

Das Zusammenspiel von Minderheiten und Mehrheiten bzw. unterschiedliche Verhaltensweisen von Mehrheiten sind für demokratische Systeme zentral (Norris 2004). Auf der einen Seite gilt die Mehrheitsregel als genuin demokratische Entscheidungsbasis. Im Gegensatz zu Autokratien entscheidet in Demokratien nicht eine Einzelperson, sondern die größte von unterschiedlichen Präferenzengruppen. Dies entpuppt sich aber deshalb als Problem, weil ein Mehrheitsentscheid immer auch eine Minderheit zur Folge hat, die sich dem Mehrheitsentscheid fügen muss. Eine Minderheit fügt sich eher, wenn mindestens eine der drei nachfolgenden Bedingungen erfüllt ist. Erstens muss für die Minderheit die Möglichkeit bestehen, bei anderen Entscheiden zumindest fallweise zur Mehrheit zu gehören; es muss mit anderen Worten also wechselnde Mehrheiten geben. Ist dies aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht wahrscheinlich, so müssen den Minderheiten zweitens alternative Institutionen zur Verfügung stehen, mit denen sie Vetorechte geltend machen können. Die dritte Möglichkeit besteht in der freiwilligen sozialen oder politischen Einbindung von Minderheiten. Stehen diese Möglichkeiten nicht zur Verfügung, so steht über kurz oder lang die Stabilität eines demokratischen Systems auf dem Spiel, weil dauerhafte Minderheiten dem System ihre Unterstützung versagen. Dies kann zu Parallelgesellschaften, zu Abspaltungen oder im schlimmsten Fall gar zu Bürgerkrieg führen (Klingemann 1999; Dalton 2004).

In diesem Beitrag wird untersucht, ob das Vorhandensein der drei Bedingungen, also die Bereitstellung von Institutionen alternativer Partizipation und/oder Einbindung tatsächlich eine Wirkung auf die affektive Verbundenheit von Minderheiten hat. In Anbetracht der Wichtigkeit affektiver Verbundenheit für die Zivilgesellschaft und die politische Gemeinschaft ist es von Bedeutung zu untersuchen, ob es Instrumente gibt, mit denen man die Verbundenheit von Minderheiten erhöhen kann. Es wird dabei unterschieden zwischen politisch-institutionellen Instrumenten und zivilgesellschaftlichen Angeboten.

Politische Institutionen können sowohl exklusive als auch inklusive Wirkung entfalten (Gibbson 2006). Lijphart (1999) hat mit seiner Idee der Konkordanzdemokratie einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über angemessene institutionelle Designs in heterogenen Gesellschaften geliefert. Er hebt dabei unter anderem die Bedeutung von machtteilenden Arrangements hervor. In politischen Systemen, in denen mehrere unterschiedliche Interessengruppen an der Macht beteiligt werden, ist die Chance größer, dass sich auch Minderheiten an Entscheidungen zumindest proportional beteiligen können (Norris 2008). Eine alternative Möglichkeit, Minderheiten zumindest fallweise Mitentscheidungschancen zu gewähren, liegt darin, alternative Partizipationskanäle zu öffnen. Direktdemokratischen Verfahren wird attestiert, dass sie die Möglichkeit der Kontrolle von Machteliten erweitern und somit zu mehr Responsivität führen können, und dass sie aufgrund der Verbreiterung des Zugangs zur Entscheidungsarena auch inkludierende Wirkung entfalten (Bühlmann 2007; Kriesi 1998; Linder 1999).

Bereits Tocqueville ([1835] 1987) betont die zentrale Bedeutung von Vereinen und Interessenorganisationen für Demokratie. Vereine lehren dabei als „Schulen der Demokratie“ politisches und zivilbürgergesellschaftliches Engagement und stellen Opportunitäten für die Einbindung in eine bestehende Gemeinschaft dar (Putnam 1995). Vereinen wird eine sozialintegrative Wirkung attestiert, weil sie Geselligkeit bieten

und ihre Mitglieder im Vereinsleben soziale Unterschiede hintanstellen (Nathaus 2009). Über die Vereinszugehörigkeit sollte sich so auch soziale Identität herstellen lassen. Mit anderen Worten: Verbundenheit mit der Gemeinschaft von Minderheiten sollte über das Vereinsangebot beeinflusst werden können.

Gestützt auf diese Argumente wird eine weitere Hypothese untersucht:

H4: Minderheiten weisen weniger affektive Verbundenheit auf als Mehrheiten (H1). Politische und/oder zivilgesellschaftliche Instrumente, die eine Einbindung von Minderheiten anstreben oder diesen alternative Einflussmöglichkeiten bieten, schwächen diesen Effekt jedoch ab.

Freilich finden sich neben der in der Attachment-Forschung selten verwendeten These der unterschiedlichen Verbundenheit von Mehrheiten und Minderheiten alternative Erklärungsansätze für affektive Verbundenheit. Zu nennen und in der einschlägigen Literatur zu finden sind mindestens drei, die hier als Kontrolle in die Untersuchung mit einbezogen werden: die Sozialisationshypothese, der Lebensqualitätsansatz und der Decline-of-Community Ansatz (vgl. Mühler u. Opp 2004; Rice u. Steele 2001).

Die Sozialisationshypothese geht davon aus, dass geringe Mobilitätsraten zu stärkerer Einbindung und mehr affektiver Verbundenheit führen (Sampson 1988). Je länger jemand am selben Ort wohnt, desto eher baut er Netzwerke auf und entwickelt affektive Verbundenheit (Fischer et al. 1977; Kasarda u. Janowitz 1974). Humphries (2001) ergänzt die residentielle Mobilität mit der zirkulären Mobilität: weil Arbeitspendler sich in unterschiedlichen Umfeldern bewegen, entwickeln sie nur geringe Verbundenheit.

Der Lebensqualitätsansatz geht davon aus, dass Verbundenheit „Folge des individuellen Ertrags aus den Handlungen eines Menschen ist“ (Mühler u. Opp 2004, S. 75). Ist dieser Ertrag für die Lebensqualität hoch und von den in einer Gemeinde vorhandenen Möglichkeiten abhängig, so wird auch das Gefühl der Verbundenheit mit eben dieser Gemeinde hoch sein. Darüber hinaus nimmt die affektive Verbundenheit mit der Gemeinde zu, weil das Interesse an der Entwicklung der Gemeinde aufgrund des Umstandes steigt, dass die eigene Lebenssituation davon abhängt (Bolan 1997; Gerson et al. 1977; Greer 1962).

Der Ansatz der „Decline-of-Community“ geht von einer Entwicklung von der Gemeinschaft hin zur Gesellschaft aus (Hauser 1965; Morris 1968). Verbundenheit nimmt also mit zunehmender Urbanisierung ab. Während in kleinen Gemeinden enge Netzwerke und ein starker sozialer Zusammenhalt mit starken Gefühlen der Verbundenheit einhergehen, sind diese sozialen Netze in großen Städten dispers und die informelle Eingebundenheit nur noch sehr schwach (Coleman 1986). Affektive Verbundenheit – so der Ansatz – werde hier kaum entwickelt.

3 Affektive Verbundenheit in Hessen

Die Hypothesen werden mit Hilfe des hierarchischen Datensatzes untersucht, der diesem Sammelband zugrunde liegt. Die abhängige Variable stellt dabei die Verbundenheit mit der Gemeinde dar. Mit anderen Worten wird die affektive Bindung an die Ge-

meinde als Indikator für die Verbundenheit mit der Gemeinschaft analysiert. Folgende Frage wurde den Respondenten gestellt:

Wie stark fühlen Sie sich mit der Gemeinde, in der Sie leben, verbunden? Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet überhaupt nicht verbunden; 10 bedeutet, sehr stark verbunden. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung wieder abstufen (Frage 15a).

Für die Überprüfung der Hypothese 2 wird die entsprechende Frage für Deutschland und Europa herangezogen:

Und wie ist das mit Deutschland: Wie stark fühlen sie sich mit Deutschland verbunden? (Frage 15b).
Und wie ist das mit Europa: Wie stark fühlen sie sich mit Europa verbunden? (Frage 15c).

Eine erste Analyse der Verbundenheit auf der Makroebene zeigt, dass die Verbundenheit mit Deutschland in allen 28 Hessischen Gemeinden am stärksten ausgeprägt ist. Das Mittel aller Gemeinden beträgt 7,9 auf der Skala von 0 bis 10. Die Gemeinden unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Stärke der affektiven Verbundenheit mit Deutschland. Während diese in Selters den Wert 7,5 erreicht, zeigt sich in Helsa der Wert 8,2. Im Durchschnitt aller Gemeinden ist die affektive Verbundenheit mit Europa etwas stärker ausgeprägt (6,9) als die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde (6,7). Wie in Abbildung 1 zu beobachten ist, gibt es aber einige Gemeinden, in denen die Einwohnerinnen und Einwohner im Schnitt eine stärkere Verbundenheit mit ihrer Kommune als mit Europa aufweisen. Ausgeprägte Unterschiede finden sich etwa in Kassel, wo nicht nur die geringste mittlere Gemeindeverbundenheit zu verzeichnen ist (5,9), sondern wo sich die Einwohnerinnen und Einwohner im Schnitt um einen Skalenpunkt stärker mit Europa verbunden fühlen als mit ihrer Gemeinde (6,9). Auf der anderen Seite findet sich Frielendorf: hier ist die Verbundenheit mit Europa im Vergleich mit allen anderen Gemeinden am geringsten (6,4) und die Frielendorfer Bürgerinnen und Bürger fühlen sich stärker mit ihrer Gemeinde verbunden (6,8) als mit Europa. Die stärkste mittlere Verbundenheit mit Europa findet sich in Kelkheim (7,4) und die stärkste affektive kommunale Verbundenheit in Wolfhagen (7,3).[1]

Das Muster und die Stärke der mittleren Verbundenheit ähneln Befunden aus anderen Ländern (vgl. Ladner und Bühlmann 2007). Auch in der Schweiz, in Norwegen, in Dänemark und in den Niederlanden ist die Verbundenheit mit dem eigenen Land im Mittel am höchsten. Allerdings ist in allen vier Ländern die mittlere Verbundenheit mit der Gemeinde jeweils höher als die Verbundenheit mit Europa.[2] Auch in diesen Ländern gibt es zudem deutliche Unterschiede zwischen den Gemeinden.

---

[1] Die Gesamtmittelwerte wurden mit Hilfe der Gewichtungsvariable (gewicht400) berechnet. Die Berechnung der Mittelwerte der einzelnen Gemeinden wurde ohne Gewichtung vorgenommen.

[2] In der international angelegten Studie „Size and Local Democracy“ wurden in den vier erwähnten Ländern ein landesweites Gemeindesample gezogen und 30 bis 100 Einwohnerinnen und Einwohner aus den entsprechenden Gemeinden befragt. Die Verbundenheit wurde mit ähnlich lautenden Fragen wie den hier behandelten gemessen (vgl. Ladner u. Bühlmann 2007).

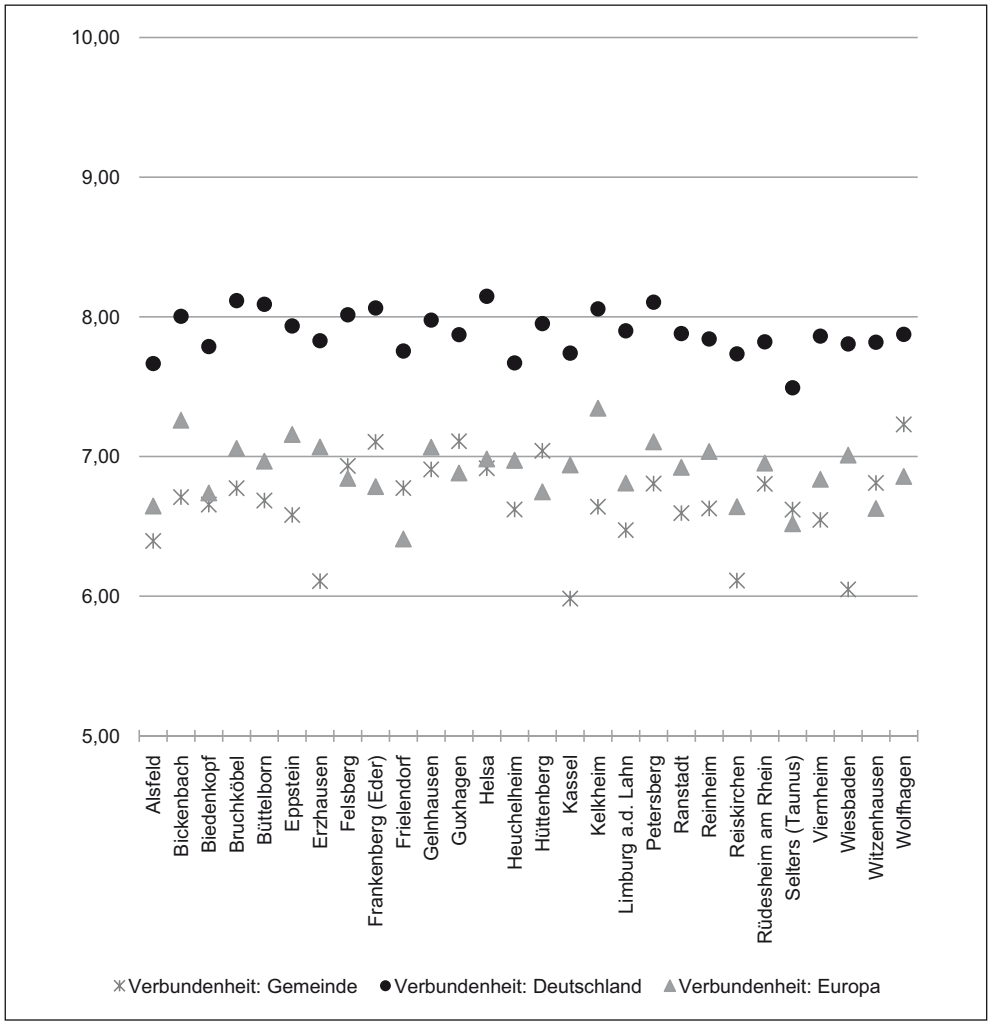


Abbildung 1: Mittlere affektive Verbundenheit in den 28 Gemeinden

Anmerkungen: Ungewichtete Mittelwerte der Fragen 15a (Verbundenheit mit der Gemeinde), 15b (Verbundenheit mit Deutschland) und 15c (Verbundenheit mit Europa) in den 28 Gemeinden; Skala von 0 bis 10 aufgrund besserer Lesbarkeit nur Skala von 5 bis 10 abgetragen.

Die Unterschiede, die sich in Abbildung 1 für die hessischen Gemeinden manifestieren, werfen die Frage auf, ob und wie die unterschiedliche aggregierte affektive Verbundenheit mit Eigenschaften der Gemeinde erklärt werden kann. Bevor im nächsten Abschnitt auf die Operationalisierung und Überprüfung der Hypothesen eingegangen wird, sollen deshalb Aggregatdatenanalysen vorgenommen werden mit denen sich zwar die Effekte für die Minderheiten noch nicht untersuchen lassen, die aber zumindest auf der Makroebene erste Rückschlüsse auf die Tauglichkeit der unterschiedlichen Erklärungsansätze zulassen.

Entsprechend den vorhergehenden Ausführungen können Zusammenhänge zwischen dem aggregierten Grad der Verbundenheit und verschiedenen Kontexteigenschaften vermutet werden. Auf der Basis der Sozialisationshypothese kann vermutet werden, dass starke zirkuläre und residentielle Bewegungen die affektive Verbundenheit schmälern.[3] Lebensqualität wird mit Hilfe der Kriminalität und der Arbeitslosigkeit gemessen: entsprechend der Lebensqualitätsthese wird erwartet, dass hohe Kriminalität und eine hohe Arbeitslosenquote affektive Verbundenheit negativ beeinflussen. Anzeichen einer „Decline-of-community" manifestieren sich – so die These – bei zunehmender Urbanität und zunehmender Individualisierung der Gesellschaft. Es wird deshalb ein negativer Effekt der Bevölkerungsdichte und dem Anteil an Singlehaushalten auf die mittlere affektive Verbundenheit mit einer Gemeinde vermutet.

Um einen ersten Eindruck des Einflusses der unterschiedlichen Zusammensetzung der Gemeinden auf affektive Verbundenheit zu gewinnen, wird schließlich der Einfluss verschiedener Homogenitätsmaße auf die aggregierte affektive Verbundenheit untersucht. Es wird dabei vermutet, dass sich in sehr homogen zusammengesetzten Gemeinden erstens weniger Minderheiten finden und diese sich zweitens der Mehrheit stärker anpassen. Beides müsste sich auf Aggregatebene in einem positiven Zusammenhang manifestieren. Mit anderen Worten: je homogener eine Gemeinde sich bezüglich der vier hier untersuchten Merkmale (politische Präferenzen, Ethnie, Konfession, Einkommen) zusammensetzt bzw. je größer die Mehrheit ist, desto stärker müsste der Grad an Verbundenheit in dieser Gemeinde sein. Diese Vermutung entspricht der Hypothese 3. Allerdings kann auf der Basis der Hypothese 2 auch vermutet werden, dass Homogenität auf die Verbundenheit mit den anderen beiden Objekten (Deutschland, Europa) keinen oder einen negativen Einfluss auf die aggregierte Verbundenheit ausübt, weil sich Minderheiten im Sinne der These der sozialen Kreativität nicht anpassen, sondern eine andere Ebene der Verbundenheit wählen.

Die politische Homogenität wird mit dem Wähleranteil der jeweils größten Partei im Wahljahr 2006 gemessen.[4] Die ethnische Homogenität berechnet sich aus der Differenz des mittleren Ausländeranteils in einer Gemeinde von 100.[5] Konfessionelle Homogenität wird mit Hilfe des jeweils größten Anteils der beiden Konfessionen (katholisch/protestantisch) gemessen.[6] Für die sozioökonomische Homogenität wurde der Anteil Haushalte in einer Gemeinde gewählt, der mehr als 1.500 Euro Haushalteinkommen aufweist.[7] Tabelle 1 weist die bivariaten Korrelationen zwischen der durchschnittlichen Verbundenheit und den Kontextmerkmalen aus.

Die Resultate können als Indiz dafür gelten, dass die Unterschiede zwischen den Gemeinden auch auf Gemeindeeigenschaften zurückgeführt werden können. Erklä-

[3] Die zirkuläre und die residentielle Mobilität werden annäherungsweise mit Hilfe der Antworten der Respondenten berechnet. Für jede Gemeinde wird die mittlere Wohndauer (Frage 1; genannte Jahrzahl von 2009 subtrahiert) und der Anteil Personen berechnet, die angeben, zur Arbeit zu pendeln (Frage 49).

[4] Mit den Variablen [cdu06] und [spd06].

[5] Variable [auslaend_d].

[6] Variablen [kath08] und [pro08].

[7] Variable [heink1500].

Tabelle 1: Bivariate Korrelationen zur Erklärung der aggregierten Verbundenheit

	Verbundenheit mit Gemeinde	Verbundenheit mit Deutschland	Verbundenheit mit Europa
Mittlere Wohndauer	0,32	0,01	-0,40*
Mittleres Pendleraufkommen	-0,28	-0,24	-0,24
Kriminalität	-0,46*	-0,20	-0,10
Arbeitslosigkeit	-0,38	0,36	-0,37
Einwohnerdichte	-0,68***	-0,04	0,48**
Singlehaushalte	-0,49**	-0,12	0,38*
Politische Homogenität	0,23	0,66***	0,26
Ethnische Homogenität	0,57***	0,10	-0,37**
Konfessionelle Homogenität	0,56**	-0,01	-0,59***
Sozioökonomische Homogenität	0,10	0,46*	0,65***

Anmerkungen: Pearson's r. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

rungskraft weisen sowohl die drei Erklärungsansätze als auch die Homogenitätsmaße auf. Darüber hinaus zeigt sich, dass die unterschiedlichen Objekte der affektiven Verbundenheit unterschiedlichen Kontexteffekten unterliegen. So wirkt etwa eine hohe mittlere Wohndauer negativ auf die Verbundenheit mit Europa, hat aber keinen Einfluss auf die Verbundenheit mit der Gemeinde oder mit Deutschland. Umgekehrt scheint hohe Kriminalität zwar die Verbundenheit mit der Gemeinde negativ zu beeinflussen, hat aber keine Auswirkungen auf die Verbundenheit mit den anderen beiden Ebenen. Interessante Wirkungen entfalten die beiden Variablen des „Decline of community"-Ansatzes: Im Sinne Toennies ([1887] 1991) wirkt Gemeinschaft (also Gemeinden mit geringer Einwohnerdichte und wenigen Singlehaushalten) positiv auf die Verbundenheit mit der Gemeinde, während im Gegenteil dazu Gesellschaft (hohe Einwohnerdichte und starke Individualisierung) die Verbundenheit mit Europa zu fördern scheint. Keine Auswirkung zeigen die beiden Variablen hingegen auf die Verbundenheit mit Deutschland.

Die Homogenitätsmasse zeigen teilweise die in den Hypothesen 2 und 3 vermuteten Effekte. Die konfessionelle Homogenität und die ethnische Homogenität wirken dabei wie postuliert: in Gemeinden, in denen hohe konfessionelle bzw. ethnische Mehrheitsanteile zu verzeichnen sind, ist zwar die Verbundenheit mit der Gemeinde nicht aber die Verbundenheit mit Europa höher als in konfessionell bzw. ethnisch eher heterogen zusammengesetzten Gemeinden. Die sozioökonomische Homogenität wirkt positiv auf die aggregierte Verbundenheit mit Deutschland und Europa, was zumindest in der Tendenz Hypothese 3, nicht aber Hypothese 2 entspricht. Politische Homogenität in einer Gemeinde führt schließlich lediglich zur Verstärkung der mittleren Verbundenheit mit Deutschland.

Diese Befunde lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass die Objekte affektiver Verbundenheit nicht beliebig austauschbar sind und sehr wohl unterschiedlich beurteilt werden. Die eigentliche Überprüfung der Hypothesen, die ja auf Individualniveau angelegt sind, verlangt allerdings ein methodisches Design, mit dem Individual- und Kontexteffekte simultan überprüft werden können. Nachfolgend wird die empirische Umsetzung eines solchen Designs diskutiert.

4 Empirische Umsetzung und verwendete Daten

Für die Bestimmung der Minderheiten werden vier Kriterien gewählt, mit deren Hilfe In- und Outgroups definiert werden: Parteiensympathie, Konfession, Staatsbürgerschaft und Einkommen. Für jedes Merkmal wird zuerst die Verteilung auf Gemeindeebene betrachtet und mit Hilfe der oben diskutierten Homogenitätsmaße werden die Mehrheitsverhältnisse bestimmt. Anschließend werden die Individuen entsprechend ihrer eigenen Merkmale zur Mehrheit oder zur Minderheit gezählt:

(1) Zur politischen Mehrheit gehören jene Individuen, die sich einer Partei zugehörig fühlen, welche im kommunalen Parlament die größte Wählerstärke hat (Kommunalwahlen von 2006). Wer also beispielsweise der CDU nahe steht und in Limburg wohnt, einer Gemeinde also, in welcher die CDU die Mehrheit im kommunalen Parlament hat, wird zur politischen Mehrheit gezählt. Umgekehrt gehört ein Individuum in Limburg zur politischen Minderheit, wenn es der SPD, irgendeiner anderen Partei oder keiner Partei nahe steht (für eine ähnliche Messung vgl. Anderson u. Tverdoba 2001).[8]
(2) Zur konfessionellen Mehrheit werden jene Individuen gezählt, die der jeweiligen konfessionellen Mehrheit in der Gemeinde angehören. So gehört etwa ein Katholik im katholisch dominierten Petersberg der konfessionellen Mehrheit an, während ein Katholik im protestantischen Gelnhausen zur Minderheit gezählt wird. Individuen, die keiner Konfession oder einem anderen Glauben angehören, werden ebenfalls zur Minderheit gezählt.[9]
(3) Zur ethnischen Minderheit werden all jene Individuen gezählt, die nicht seit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.[10]
(4) Die Höhe des Einkommens regelt schließlich die Zugehörigkeit zur sozioökonomischen Mehrheit oder Minderheit. Zu letzterer wird gezählt, wer ein Monatseinkommen von weniger als 1.500 Euro angibt.[11]

---

[8] Die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse in einer Gemeinde werden anhand der Wählerprozente der CDU und der SPD bei den Wahlen 2006 erfasst [cdu06] und [spd06]. Bei den Respondenten dienen die Fragen 32 und 33 zur Bestimmung der Parteiverbundenheit. Respondenten ohne Parteibindung oder mit einer Bindung zu einer anderen Partei oder lokalpolitischen Gruppierung werden als Minderheit codiert. Minderheiten werden mit 0 und Mehrheiten mit 1 codiert.

[9] Mit Hilfe der Katholikenanteile [kath08] und der Protestantenanteile [pro08] aus dem Jahr 2008 werden die konfessionellen Mehrheitsverhältnisse bestimmt. Je nachdem, ob die Individuen auf die Frage 41 die Konfession angeben, die in der entsprechenden Gemeinde vorherrschend ist, gehören sie der Mehrheit oder der Minderheit an. Individuen mit anderer oder ohne Religionszugehörigkeit werden zu den Minderheiten gezählt. Minderheiten werden mit 0 und Mehrheiten mit 1 codiert.

[10] Zu den ethnischen Minderheiten werden alle Respondenten gezählt, die bei der Frage 39 nach der Staatsangehörigkeit nicht „deutsch“ angeben und all jene, die bei Frage 40 angeben, dass sie die Staatsangehörigkeit nicht bereits seit Geburt besitzen. Minderheiten werden mit 0 und Mehrheiten mit 1 codiert.

[11] Als sozioökonomische Minderheiten gelten alle Respondenten, die über weniger als 1.500 Euro Haushalteinkommen pro Monat verfügen. Frage 55 nach dem genauen Monatseinkommen und Frage 56, die nach einer ersten Antwortverweigerung eine Skala vorgibt werden dabei kombiniert. Da dennoch zahlreiche Respondenten die Angabe über ihr Haushalteinkommen verweigern, weist diese Variable die höchste Zahl an Missings auf (vgl. Tabelle 2, unten). Minderheiten werden mit 0 und Mehrheiten mit 1 codiert.

Tabelle 2 weist die Differenz der mittleren affektiven Verbundenheit mit der Gemeinde zwischen den verschiedenen Mehrheiten und Minderheiten in den 28 Gemeinden aus. Drei Beobachtungen aus Tabelle 2 sind für diese Untersuchung wichtig. Erstens: in der Mehrzahl der Fälle weisen Minderheiten eine geringere Unterstützung auf als die Mehrheiten in der entsprechenden Gemeinde (positive Werte). Darauf weist auch die mittlere Differenz in der untersten Zeile hin. Dies kann als Indiz für eine mögliche Bestätigung von Hypothese 1 betrachtet werden. Dies ist zweitens allerdings nicht durchgängig der Fall. So fühlen sich etwa Arme ihrer Gemeinde Ranstadt stärker verbunden als die sozioökonomische Mehrheit in dieser Gemeinde. Katholiken in Witzenhausen fühlen sich – obwohl sie in der Minderheit sind – im Mittel stärker mit ihrer Gemeinde verbunden als die sich in der Mehrheit befindenden Protestanten. Drittens variiert die Stärke der Unterschiede zwischen den jeweiligen Minderheiten- und Mehrheitengruppen. Abhängig von der Art der Minderheiten sind sie in einzelnen Gemeinden nur sehr gering, in anderen recht deutlich. Die markantesten Unterschiede finden sich in Limburg und in Witzenhausen. Anhänger der CDU in Limburg fühlen sich im

Tabelle 2: Mittlere Affektive Verbundenheit von Minderheiten und Mehrheiten in den Gemeinden (Differenz)

Gemeinde	Politisch	Konfessionell	Ethnisch	Sozioökonomisch
Alsfeld	0,8	0,6	1,4	0,7
Bickenbach	1,2	-0,4	1,3	0,2
Biedenkopf	0,7	0,3	0,4	0,6
Bruchköbel	0,8	0,0	0,7	0,6
Büttelborn	0,5	0,1	1,0	0,5
Eppstein	1,1	-0,2	0,8	0,8
Erzhausen	1,0	0,2	0,4	0,5
Felsberg	1,1	0,3	0,0	1,0
Frankenberg (Eder)	0,8	0,1	0,5	0,9
Frielendorf	1,1	0,5	0,5	0,3
Gelnhausen	0,1	-0,6	0,8	0,7
Guxhagen	0,4	0,3	0,5	0,3
Helsa	0,8	-0,6	0,5	-0,3
Heuchelheim	-0,2	0,6	0,6	0,3
Hüttenberg	0,6	0,2	1,2	0,8
Kassel	1,0	0,1	0,7	0,8
Kelkheim	0,8	-0,6	0,7	0,1
Limburg a.d. Lahn	1,6	-0,4	1,0	0,3
Petersberg	1,0	0,0	0,0	0,4
Ranstadt	0,1	-0,3	0,0	-0,8
Reinheim	1,2	-0,1	-0,1	-0,1
Reiskirchen	0,8	-0,5	1,1	0,7
Rüdesheim am Rhein	0,7	0,0	0,1	1,3
Selters (Taunus)	0,2	1,0	1,2	0,1
Viernheim	0,6	0,2	1,5	1,0
Wiesbaden	0,7	0,3	0,4	0,5
Witzenhausen	0,5	-0,8	1,5	0,5
Wolfhagen	0,7	-0,1	0,7	1,0
Alle Gemeinden	0,7	0,1	0,7	0,5

Anmerkungen: Differenz der mittleren affektiven Verbundenheit mit der Gemeinde (Skala von 0 bis 10) von Mehrheiten und Minderheiten in der jeweiligen Kategorie (politisch, konfessionell, ethnisch, sozioökonomisch). Positive Werte zeigen eine höhere Verbundenheit von Mehrheiten an. Negative Werte weisen auf eine höhere Verbundenheit von Minderheiten hin. Alle Gemeinden: Durchschnitt der Differenzen aus allen Gemeinden.

Mittel um 1,6 Skalenpunkte stärker mit ihrer Gemeinde verbunden als ihre Mitbewohner ohne CDU-Parteipräferenz. Ethnische Minderheiten in Witzenhausen weisen eine um 1,5 Skalenpunkte geringere affektive Gemeindeverbundenheit auf, als die deutsche Mehrheit.

Die Frage, die sich im Anschluss an diese Beobachtungen stellt, ist, wie sich diese Unterschiede erklären lassen. Im Zentrum steht dabei die Überprüfung der hergeleiteten Hypothesen: sind die Unterschiede zwischen Minderheiten und Mehrheiten bezüglich der affektiven Gemeindeverbundenheit signifikant? Wie können die Unterschiede zwischen den Gemeinden erklärt werden? Lassen sich die Unterschiede in der Stärke der Verbundenheit zwischen Minderheiten und Mehrheiten durch Gemeindemerkmale erklären? Zur Beantwortung dieser Fragen wird in drei Schritten vorgegangen.

In einem ersten Schritt werden die Hypothesen H1 und H2 überprüft. In unterschiedlichen Mehrebenenmodellen wird untersucht, ob sich Minderheiten von Mehrheiten in der vermuteten Form hinsichtlich ihrer affektiven Verbundenheit mit den drei Objekten unterscheiden. In den komplexeren Modellen werden dabei die Kontrollvariablen aus den alternativen Erklärungsansätzen mit aufgenommen. Es handelt sich dabei um die folgenden Variablen:

Für die Sozialisationshypothese werden die Wohndauer und die individuelle Arbeitsmobilität gemessen. Entsprechend der oben gemachten Ausführungen wird erwartet, dass die Verbundenheit mit der Gemeinschaft umso stärker ist, je länger ein Individuum schon in der entsprechenden Gemeinde wohnt. Zusätzlich wird erwartet, dass Pendler eine geringere affektive Bindung aufweisen als Individuen, die in der gleichen Gemeinde wohnen und arbeiten.[12]

Für die Überprüfung der Lebensqualitätshypothese werden zwei individuelle und zwei kontextuelle Charakteristika herangezogen. Die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde sollte einen positiven Effekt auf die affektive Bindung haben. Individuen mit schulpflichtigen Kindern sollten nicht nur stärker eingebunden sein, sondern auch ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit entwickeln (Gerson et al. 1977). Einen großen Einfluss auf die Lebensqualität hat freilich auch das Gemeindeumfeld: hohe Arbeitslosigkeit und Kriminalität sollten nicht nur eine negative Wirkung auf das Gefühl der Lebensqualität zeigen, sondern auch die individuelle kommunale Verbundenheit abschwächen.[13]

Gemäß des „Decline-of-Community"-Ansatzes nimmt mit der Größe einer Gemeinde die soziale Einbindung und die Verbundenheit mit der Gemeinschaft eines Individuums deshalb ab, weil informelle Bindungen verloren gehen. Hier wird diese

[12] Die Wohndauer wird mit Hilfe der Frage 1 bestimmt. Die genannte Jahreszahl wird dann von 2009 subtrahiert. Ob jemand Pendler ist (0) oder nicht (1) wird mit Frage 49 eruiert. Nicht berufstätige Respondenten werden als nicht pendelnd codiert (1).

[13] Die Lebenszufriedenheit wird mit der Frage 5 erhoben. Mit den Fragen zur Haushaltgröße (Frage 53 und Frage 54) wird die Anzahl Kinder unter 15 Jahren in einem Haushalt berechnet (maximale Kinderzahl festgesetzt bei 7). Arbeitslosigkeit wird mit dem mittleren Anteil an Arbeitslosen in der Gemeinde bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen gemessen [aloq_d]. Kriminalität wird anhand der mittleren Häufigkeitszahl gemessen, die als relatives Maß die Anzahl Straftaten pro Kopf (10.000 Einwohner) wiedergibt [hz_d].

These sowohl indirekt als auch direkt modelliert. Die Integration in die Nachbarschaft und das soziale Vertrauen werden in Anlehnung an die Sozialkapitalforschung (Franzen u. Freitag 2007) als Individualindikatoren für schwache Bindungen gewählt. Neben der Größe in Form der Einwohnerdichte fließt als weiteres Kontextmerkmal auch der Anteil an Singlehaushalten in die Untersuchung mit ein. Soziale Bindungen sind in Gemeinden mit vielen Singlehaushalten weniger wahrscheinlich als in Kommunen mit vielen Mehrpersonenhaushalten.[14]

Zusätzlich zu den beschriebenen Variablen werden drei Kontrollvariablen herangezogen, die die einzelnen Effekte beeinflussen, für die aber auch selber ein Effekt auf die Verbundenheit erwartet wird: Alter, Geschlecht und Bildung.[15] Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit der Integration in eine Gesellschaft. Je älter eine Person ist, desto stärker sollte entsprechend ihre affektive Verbundenheit sein (Liu et al. 1998). Verschiedene Studien zeigen zudem, dass Frauen mehr affektive Verbundenheit mit der Gemeinde entwickeln als Männer (Bühlmann 2010). Dies wird mitunter mit der nach wie vor ausgeprägten Rollenteilung erklärt: während Männer als Hauptverdiener häufig außerhalb der Gemeinde arbeiten und so weniger affektive Verbundenheit entwickeln, integrieren sich Frauen insbesondere dann stärker, wenn sie die Rolle als Erzieherinnen übernehmen. Kinder sind in der Regel wichtiger Antrieb für die Integration in verschiedene Netzwerke. Dies sollte sich – so die Vermutung – auch auf die affektive Verbundenheit auswirken. Auch Bildung scheint eine notwendige Ressource für Einbindung in Netzwerke darzustellen (Beggs et al. 1996): Je höher der Bildungsabschluss einer Person ist, desto eher verfügt sie über verschiedene Netzwerke und sollte entsprechend stärkere affektive Verbundenheit entwickeln.

Im zweiten Schritt wird die Auswirkung der Homogenität auf die Entwicklung affektiver Verbundenheit von Minderheiten untersucht. Homogenität wird dabei analog zu den Aggregatanalysen in Abschnitt 3 mit dem Anteil der jeweiligen Mehrheit in einer Gemeinde gemessen. Um die Wirkung der Homogenität auf den Effekt von Minderheitenzugehörigkeit auf affektive Verbundenheit zu kontrollieren, werden interaktive Modelle geschätzt.

Auch im dritten Schritt werden interaktive Modelle berechnet, in denen überprüft wird, ob politische und soziale Institutionen und Instrumente einen abschwächenden Effekt auf die vermutete negative Beziehung zwischen Minderheitenzugehörigkeit

[14] Das informelle Sozialkapital wird mit Hilfe einer konfirmatorischen Faktorenanalyse aus den Fragen 7a, 7b und 7c gebildet (recodiert). Aus der Faktorenanalyse resultiert ein Faktor mit einem Eigenvalue von 1,95 und einer erklärten Gesamtvarianz von 65,0 Prozent. Die Faktorenladungen der Variablen betragen: Frage 7a: 0,85; Frage 7b: 0,83; Frage 7c: 0,74. Für die weitere Analyse werden die regressierten Faktorenwerte der Respondenten verwendet. Sie reichen von –1,4 (stark unterdurchschnittliche informelle Einbindung) bis 2,3 (stark überdurchschnittliche informelle Einbindung). Das soziale Vertrauen als zweites direktes Mass für informelle Einbindung wird mit der Frage 12 gemessen. Der Urbanisierungsgrad wird mit Hilfe der mittleren Bevölkerungsdichte zwischen 2000 und 2008 gemessen [einwo_d]. Die Anzahl Single-Haushalte wurde für das Jahr 2008 gemessen [single08].

[15] Das Alter wird aus der Differenz von 2009 und der Frage 38 bestimmt. Die Variable Geschlecht [Frage 37] wurde umkodiert, so dass Frauen den Wert 1 und Männer den Wert 0 annehmen. Das Bildungsniveau wird anhand der [Frage 45] anhand des höchsten Bildungsabschlusses gemessen (rekodiert: höchster Abschluss = größter Wert).

und affektiver Gemeindeverbundenheit haben. Bei den politischen Institutionen wird horizontale Machtteilung mit Hilfe der mittleren Dominanz von Parteien und der Anzahl Parteien im Kommunalparlament bestimmt.[16] In Hessen wurde 1993 die Möglichkeit von Bürgerentscheiden eingeführt. Im Prinzip gibt es also zwischen den Gemeinden keine Varianz hinsichtlich dieses Veto-Instrumentes. Allerdings wurde dieses Instrument bisher nur in knapp einem Drittel der Gemeinden überhaupt benutzt. Als Proxy für einen alternativen Partizipationskanal wird deshalb die effektive Nutzung des Bürgerentscheides gewählt (zum Vergleich von Angebot und effektiver Nutzung von direkter Demokratie vgl. z. B. Vatter 2002). Die Vereinsdichte schließlich, wird als Maß für das sozialintegrative Angebot einer Gemeinde betrachtet.[17]

Für die adäquate Untersuchung des simultanen Einflusses von Individual- und Kontextgrößen auf individuelles Verhalten, eignet sich die Mehrebenenanalyse (vgl. dazu das Einführungskapitel der Herausgeber). Darüber hinaus lassen sich mit dieser Methode auch sogenannte Cross-Level-Interaktionen modellieren, mit denen sich der Einfluss eines Kontextmerkmales (in unserem Fall z. B. die Vereinsdichte) auf den Effekt eines individuellen Merkmales (in unserem Fall die Zugehörigkeit zu einer Mehrheit oder einer Minderheit) auf eine individuelle Einstellung (in unserem Fall die affektive Verbundenheit mit der Gemeinde) bestimmen lässt.

5 Ergebnisse

Die Struktur des nachfolgenden Ergebnisteils orientiert sich an den oben diskutierten Hypothesen und Analyseschritten. Nachdem die Resultate der Nullmodelle (Tabelle 3) die Durchführung einer Mehrebenenanalyse nahelegen, wird in einem nächsten Schritt (Tabelle 4) untersucht, ob sich politische, religiöse, ethnische und sozioökonomische Minderheiten hinsichtlich ihrer affektiven Verbundenheit von Mehrheiten unterscheiden (H1) und ob sich die erwarteten Differenzen hinsichtlich des Objektes der Verbundenheit zeigen (H2). Im letzten Schritt (Abbildungen 2 und 3a bis d) werden die Interaktions-Hypothesen 3 und 4 grafisch dargestellt und interpretiert.

Die Nullmodelle zeigen zwar, dass der größte Anteil an unerklärter Varianz der Individualebene geschuldet ist: mit individuellen Charakteristiken lässt sich also die affektive Verbundenheit besser erklären als mit unterschiedlichen Eigenschaften der verschiedenen Gemeinden. Allerdings unterscheiden sich die Gemeinden – wie schon

[16] Die Parteiendominanz wird anhand der absoluten Sitzmehrheiten der SPD oder der CDU im kommunalen Parlament gemessen. Die Zahl liegt zwischen 0 und 1. Hatte in jeder der acht Wahlperioden eine Partei die absolute Mehrheit, ist der Wert der Variable 0. Hatte jedoch in keiner der Perioden eine Partei eine absolute Mehrheit, erhält sie den Wert 1. Hatte in vier der acht Wahlperioden eine Partei eine absolute Mehrheit, erhält die Variable den Wert 0,5 [keinemh]. Die Anzahl Parteien wird mit der durchschnittlichen Anzahl der politischen Wählergruppen in den Gemeinden erfasst, die bei den Wahlen zwischen 1977 und 2006 Sitze erringen konnten [parlgrup_d].

[17] Bürgerentscheide werden mit einer Dummy-Variable gemessen (1: es gab zwischen 1993 und 2009 einen Bürgerentscheid in der Gemeinde; 0: es gab keinen Bürgerentscheid [bentscheid]. Die Vereinsdichte gibt die Anzahl Vereine pro Einwohner an [vereinsdichte].

Tabelle 3: Nullmodelle der Verbundenheit mit der Gemeinde/Deutschland und Europa

	Verbundenheit mit Gemeinde	Verbundenheit mit Deutschland	Verbundenheit mit Europa
Konstante	6,66***	7,88***	6,90***
Varianzkomponenten			
Individualebene	6,24***	4,10***	5,14***
Kontextebene	0,09**	0,01*	0,03**
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,014	0,003	0,005
N	11.715	11.715	11.715

Anmerkungen: Mehrebenenanalysen mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

bei den Aggregatsstudien vermutet – signifikant voneinander. Es lohnt sich also, nicht nur die individuellen Charakteristika auf ihre Erklärungskraft zu untersuchen, sondern auch die Auswirkungen unterschiedlicher Merkmale auf der Makroebene in die Untersuchung mit einzubeziehen. Mit anderen Worten: für die nachfolgenden Analysen bietet sich die Mehrebenenanalyse als Methode an.[18]

Im nächsten Schritt werden die beiden ersten Hypothesen mit eben dieser Methode untersucht. Die Resultate dieser Überprüfung finden in Tabelle 4 (s. S. 346) Niederschlag. Zuerst interessieren hier die unterschiedlichen Effekte der Zugehörigkeit zu In- und Outgroups. Hypothese 1 findet hier relativ deutliche Bestätigung. Für alle vier Gruppen gilt: Individuen, die der (politischen, religiösen, ethnischen, sozioökonomischen) Mehrheit angehören, entwickeln mehr Verbundenheit mit der Gemeinde als Individuen, die einer Minderheit angehören. Die Resultate lassen jedoch keinen eindeutigen Schluss bezüglich Hypothese 2 zu. Die Stärke des Effektes nimmt zwar mit der Entfernung und Weite des Objektes ab. Konkret: die Stärke des Koeffizienten ist geringer hinsichtlich der Verbundenheit mit Deutschland und Europa als mit der Gemeinde. Bei den politischen und den sozioökonomischen Minderheiten sind es aber nach wie vor die Mehrheiten, die ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland und der EU angeben. Bei der Konfession unterscheiden sich Mehrheiten und Minderheiten lediglich bei der Verbundenheit für die lokale Ebene. Für die Verbundenheit mit Deutschland und Europa spielt die Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Mehrheit oder Minderheit in einer Gemeinde keine Rolle mehr. Im Hinblick auf Hypothese 2 sind allerdings die Befunde bei den ethnischen Minderheiten interessant: deutsche Staatsbürger fühlen sich stärker mit ihrer Gemeinde verbunden als Individuen mit Migrationshintergrund. Dieser Effekt dreht sich allerdings um, je größer das Objekt der Verbundenheit wird: ethnische Mehrheiten fühlen sich Europa signifikant weniger stark verbunden als ethnische Minderheiten, die also tatsächlich den Fokus der Verbundenheit zu wechseln scheinen.

[18] Die geringe Kontextvarianz ist freilich auch dem Design dieser Studie geschuldet. Es liegt in der Natur der Untersuchung, dass sehr viele Individuen mehr Varianz generieren als die relativ wenigen Gemeinden, in denen sie wohnen. Die Signifikanz der wenn auch geringen Kontextvarianz ist in diesem Fall also ein relativ sicheres Indiz dafür, dass individuelle affektive Verbundenheit auch von Gemeindeeigenschaften beeinflusst wird (zur Auswirkung unterschiedlichen Umfangs der unterschiedlichen Ebenen in hierarchischen Analysen vgl. Stoker u. Bowers 2002).

Tabelle 4: Erklärung Affektiver Verbundenheit mit unterschiedlichen Objekten (Hypothese 1 und 2)

	Politische Mehrheit / Minderheit			Konfessionelle Mehrheit / Minderheit			Ethnische Mehrheit / Minderheit			Sozioökonomische Mehrheit/Minderheit		
	Gemeinde	D	EU	Gemeinde	D	EU	Gemeinde	D	EU	Gemeinde	D	EU
Konstante	0,72***	6,38***	4,49***	0,79***	6,45***	4,54***	0,57***	6,48***	4,71***	0,56**	6,40***	4,44***
Individualmerkmale												
In- vs. Outgroup	0,36***	0,35***	0,24***	0,21***	0,06	-0,02	0,25***	-0,04	-0,20***	0,30***	0,16**	0,19**
Wohndauer	3,03***	0,67***	0,09	3,08***	0,71***	0,12	3,03***	0,72***	0,15	3,17***	0,65***	0,08
Kein Pendler	0,35***	-0,03	0,00	0,35***	-0,04	-0,01	0,35***	-0,04	-0,00	0,31***	-0,07	-0,03
Zufriedenheit	3,87***	2,03***	1,40***	3,90***	2,06***	1,42***	3,91***	2,06***	1,41***	3,88***	2,07***	1,48***
Kinder	0,45**	0,15	-0,82***	0,18	0,05	-0,82***	0,47**	0,11	-0,88***	0,41*	0,12	-0,89***
Sozialkapital	2,15***	0,54***	0,52***	2,15***	0,54***	0,52***	2,15***	0,55***	0,53***	2,16***	0,54***	0,54***
Vertrauen	1,89***	1,17***	1,95***	1,92***	1,20***	1,97***	1,90***	1,20***	1,98***	1,88***	1,22***	2,02***
Alter	-0,22	-1,82***	-1,10***	-0,30*	-1,89***	-1,14***	-0,25*	-1,88***	-1,16***	-0,18	-1,91***	-1,39***
Geschlecht	-0,10*	-0,09*	0,37***	-0,10*	-0,09**	0,37***	-0,11**	-0,10**	0,37***	-0,10*	-0,11**	0,34***
Bildung	0,03	-0,14*	0,54***	0,02	-0,14*	0,54***	0,02	-0,14*	0,54***	-0,09	-0,20*	0,61***
Kontextmerkmale												
Arbeitslosigkeit	-0,08	-0,13	-0,33#	-0,09	-0,14	-0,33#	-0,09	-0,14	-0,33#	-0,03	-0,11	-0,40#
Kriminalität	0,03	0,22	0,08	0,05	0,24	0,09	0,07	0,24	0,08	0,01	0,25	0,18
Einwohnerdichte	-0,70***	-0,05	0,24	-0,70***	-0,06	0,23	-0,70***	-0,06	0,22	-0,65**	-0,03	0,21
Singlehaushalte	-0,01	-0,10	0,10	-0,02	-0,10	0,10	-0,01	-0,10	0,10	-0,03	-0,18	0,03
Varianzkomponenten												
Individualebene	4,24***	3,47***	4,63***	4,26***	3,49***	4,64***	4,25***	3,49***	4,64***	4,21***	3,42***	4,59***
Kontextebene	0,01*	0,01	0,01#	0,01*	0,01	0,01#	0,01*	0,01	0,01#	0,02*	0,01	0,02*
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,002	0,003	0,002	0,002	0,003	0,002	0,002	0,003	0,002	0,005	0,003	0,004
-2loglikelihood	47.242,6	45.017,7	48.224,9	47.290,3	45.083,2	48.247,5	47.282,9	45.083,7	48.237,3	36.675,3	34.881,4	37.401,7
N	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	11.032 / 28	8.575 / 28	8.575 / 28	8.575 / 28

Anmerkungen: Mehrebenenanalysen mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind nicht standardisierte Koeffizienten ausgewiesen; Signifikanzniveaus: # = $p < 0{,}10$; * = $p < 0{,}05$; ** = $p < 0{,}01$; *** = $p < 0{,}001$; alle Variablen (mit Ausnahme der abhängigen) sind auf eine 0–1-Skala umgerechnet. 0 bedeutet dabei jeweils die geringste Ausprägung im Sample und 1 die höchste Ausprägung. Die unstandardisierten Koeffizienten geben also den Effekt von Mindest- zu Maximalwert einer Variable wieder.

Die Resultate legen nahe, was in wenigen anderen Studien bereits gezeigt wurde: die Ursachen der Verbundenheit ändern sich je nach Objekt (Hidalgo u. Hernandez 2001): die Sozialisationshypothese scheint sich primär für die Erklärung der kommunalen Verbundenheit zu eignen. Wohndauer steigert Verbundenheit mit der Gemeinde und mit Deutschland, nicht aber mit Europa. Der Effekt der zirkulären Mobilität zeigt sich nur bei der kommunalen Verbundenheit.

Bei der Lebensqualitätshypothese zeigt sich ein starker und durchgängiger Effekt der Lebenszufriedenheit auf alle drei Objekte. Es scheint, als würde die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben nicht nur auf die Verbundenheit mit der Gemeinde, sondern auch mit Deutschland und Europa wirken. Einen differenzierten Effekt hat die Elternschaft: Eltern mit schulpflichtigen Kindern unter 15 Jahren entwickeln zwar eine stärkere affektive Verbundenheit mit der Gemeinde, ihre Verbundenheit mit Europa ist aber signifikant schwächer als bei Individuen ohne Kinder. Die Kontextvariablen, die diesem Ansatz zugeordnet werden können, haben nur einen schwachen Einfluss: hohe Arbeitslosigkeit innerhalb einer Gemeinde führt nicht zu einer signifikant schwächeren Verbundenheit mit der Gemeinde, wohl aber mit der EU während hohe Kriminalität innerhalb einer Gemeinden gar keinen Einfluss auf die Entwicklung affektiver Verbundenheit ausübt.

Beim Decline-of-Community Ansatz zeigt sich die Bedeutung des Sozialkapitals für die Verbundenheit mit allen drei Objekten. Je stärker die informellen Netze eines Individuums sind und je mehr es anderen Menschen vertraut, desto stärker ist auch seine Verbundenheit mit der Gemeinde, mit Deutschland und mit Europa. Die ursprüngliche These dieses Ansatzes, der negative Einfluss der Urbanisierung auf affektive Verbundenheit, zeigt sich nur auf kommunaler Stufe. Ein Individuum, das in einer großen Gemeinde lebt, hat ein tendenziell geringeres Gefühl der Verbundenheit mit dieser Gemeinde, als ein anderes Individuum mit den genau gleichen individuellen Eigenschaften, das in einer kleinen Gemeinde lebt.[19]

Unerwartete und unterschiedliche Effekte zeigen die soziodemographischen Kontrollvariablen: mit zunehmendem Alter nimmt die Verbundenheit mit allen drei Ebenen nicht wie erwartet zu, sondern ab, wobei dieser Effekt für die Verbundenheit mit der Gemeinde nur sehr gering ist. Frauen weisen eine geringere Verbundenheit mit der Gemeinde und mit Deutschland auf als Männer. Hingegen fühlen sie sich Europa stärker verbunden. Auch das Bildungsniveau einer Person hat unterschiedliche Effekte: Individuen mit hoher Bildung sind zwar Europa, nicht aber Deutschland affektiv verbunden.

In allen Modellen zeigt sich, dass der Großteil der Varianz hinsichtlich der Verbundenheit mit der Gemeinde, mit Deutschland und mit Europa individuellen Eigenschaften geschuldet ist. Dies ist bei einem N von 28 Gemeinden nicht weiter erstaunlich. Allerdings zeigen sich nach wie vor, d. h. unter Einbezug von vier Kontextgrößen, signifikante Unterschiede zwischen den Gemeinden, mit Ausnahme der Verbundenheit mit Deutschland.

---

[19] Die Unterschiede im Vergleich mit den Makroanalysen (Tabelle 1) lassen sich mitunter methodisch erklären. Während die Makroanalyse einen Mittelwert an Verbundenheit aller Individuen erklärt, fließt die Varianz der Antworten zur affektiven Verbundenheit in die Mehrebenenanalyse mit ein.

Alles in allem kann also behauptet werden, dass Minderheiten weniger Verbundenheit mit ihrer Wohngemeinde aufweisen als Mehrheiten, unbesehen ob es sich um politische, konfessionelle, ethnische oder sozioökonomische Minderheiten handelt (Hypothese 1). Hypothese 2 muss aber mehrheitlich verworfen werden. Einzig ethnische Minderheiten ändern ihren Fokus bezüglich des Objektes der Verbundenheit.

Für die Überprüfung der Hypothesen 3 und 4 werden die vier Modelle aus Tabelle 4 übernommen, in denen die Verbundenheit mit der Gemeinde modelliert wird. Auf der Basis dieser Modelle werden die unterschiedlichen Interaktionen berechnet. Dabei wird der Effekt der Minderheit über die Gemeindekontexte randomisiert. Technisch gesprochen werden also unterschiedliche Steigungen zwischen den Gemeinden vermutet und modelliert. Die Varianz der Steigungen, d. h. die Unterschiede des Minderheiteneffektes auf die Verbundenheit zwischen den Gemeinden sollte zumindest teilweise durch den Interaktionsterm erklärt werden. Die herkömmliche Interpretation von Interaktionseffekten wird seit einiger Zeit methodisch hinterfragt. Brambor et al. (2005) zum Beispiel behaupten, dass die Deutung von Interaktionen in rund zwei Dritteln aller empirischen Studien zwischen 1998 und 2002 unkorrekt ist. Koeffizienten und Standardfehler der Interaktionsterme können nicht als Grundlage für die Interpretation dienen, sondern es müssen die marginalen Effekte und deren Standardfehler berechnet werden. Brambor et al. (2005) empfehlen eine graphische Darstellung der Wirkung von Interaktionsvariablen auf diese marginalen Effekte. Dieser Empfehlung wird hier gefolgt. In den nachfolgenden Abbildungen werden die Effekte der Kontextvariablen (Homogenität, Integrationsvariablen) auf die Veränderung des Effektes der Zugehörigkeit eines Individuums zu einer In-group auf dessen Verbundenheit dargestellt. Die Y-Achse stellt dabei die marginalen Effekte dar: je größer die Zahl, desto stärker ist der Effekt der In-group-Zugehörigkeit auf die Verbundenheit mit der Gemeinde. Auf der X-Achse sind die zu untersuchenden Kontextvariablen abgetragen. Sie sind alle von 0 (geringste Ausprägung im Gemeindesample) bis 1 (maximale Ausprägung im Gemeindesample) standardisiert. Die Grafiken basieren auf den Gemeindemodellen aus Tabelle 4. Die dort ausgewiesenen Effekte der einzelnen Variablen verändern sich nicht.

In Abbildung 2 wird die Hypothese 3 dargestellt. Es wird vermutet, dass mit zunehmender Homogenität Minderheiten stärkere Verbundenheit entwickeln, weil es sich für Individuen der Out-group lohnt, sich anzupassen, wenn sie aufgrund der überdeutlichen Mehrheitsverhältnisse keine Möglichkeit sehen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Bei sehr homogenen Gesellschaften ist Anpassung in diesem Sinne rational. Würde die Hypothese zutreffen, so müssten die Graphiken in Abbildung 2 negative Steigungen aufweisen. Mit anderen Worten: mit zunehmender Homogenität müsste der marginale Effekt der Zugehörigkeit zu der jeweiligen In-group auf die affektive Verbundenheit mit der Gemeinde geringer werden. Dies ist in allen vier Fällen jedoch *nicht* der Fall. Im Gegenteil: die Stärke des Effektes der Zugehörigkeit zur politischen und sozioökonomischen Mehrheit nimmt mit zunehmender Homogenität sogar noch zu: je größer eine (politische oder sozioökonomische) Mehrheit in einer Gemeinde ist, desto stärker wirkt sich die Zugehörigkeit zu dieser Mehrheit auf die Verbundenheit mit der Gemeinschaft aus. Positiv formuliert: damit Minderheiten ein Gefühl der Ver-

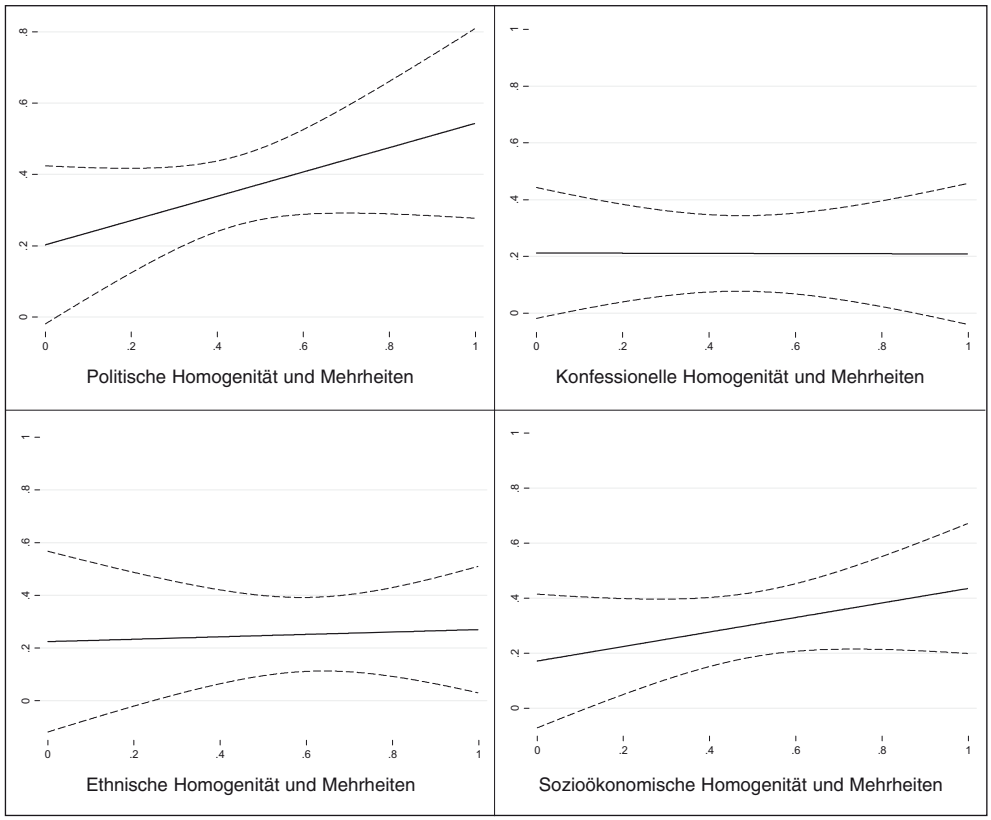


Abbildung 2: Homogenität einer Gemeinde als Erklärung des Effektes von Minderheiten

Anmerkungen: Effekte der Homogenitätsvariablen (X-Achsen) auf die marginalen Effekte der Mehrheitszugehörigkeit auf die Verbundenheit mit der Gemeinde (Y-Achse); 95%-Konfidenzintervalle.

bundenheit mit ihrer Wohngemeinde entwickeln, dürfen sie nicht zu klein sein, bzw. muss die Gemeinde hinsichtlich der jeweiligen Minderheitencharakteristik möglichst heterogen zusammengesetzt sein. Diese Beobachtung gilt nur bedingt für die ethnische und die konfessionelle Durchmischung. Hier ist der Effekt nur sehr gering.

Hypothese H3 muss also verworfen werden. Minderheiten passen sich hinsichtlich der Verbundenheit mit der Gemeinde nicht an, je kleiner sie sind. Im Gegenteil: Verbundenheit von politischen Minderheiten ist dann stärker, wenn diese so stark sind, dass sie die Chance von wechselnden Mehrheiten sehen. Der negative Effekt der Zugehörigkeit zu einer sozioökonomischen Minderheit ist in jenen Gemeinden schwächer, in denen Armut weniger auffällt.

Analog zu Abbildung 2 stellen die Abbildungen 3a–d (s. S. 350ff.) die graphische Überprüfung von Hypothese 4 dar. Wieder werden die Effekte der Kontextvariablen (3a Anzahl Parteien, 3b Parteiendominanz, 3c Bürgerentscheide und 3d Vereinsdichte) auf die marginalen Effekte der Zugehörigkeit zur entsprechenden Mehrheit auf die Verbundenheit mit der Gemeinde modelliert. Wir erwarten hier wiederum abschwä-

3a **Anzahl Parteien**

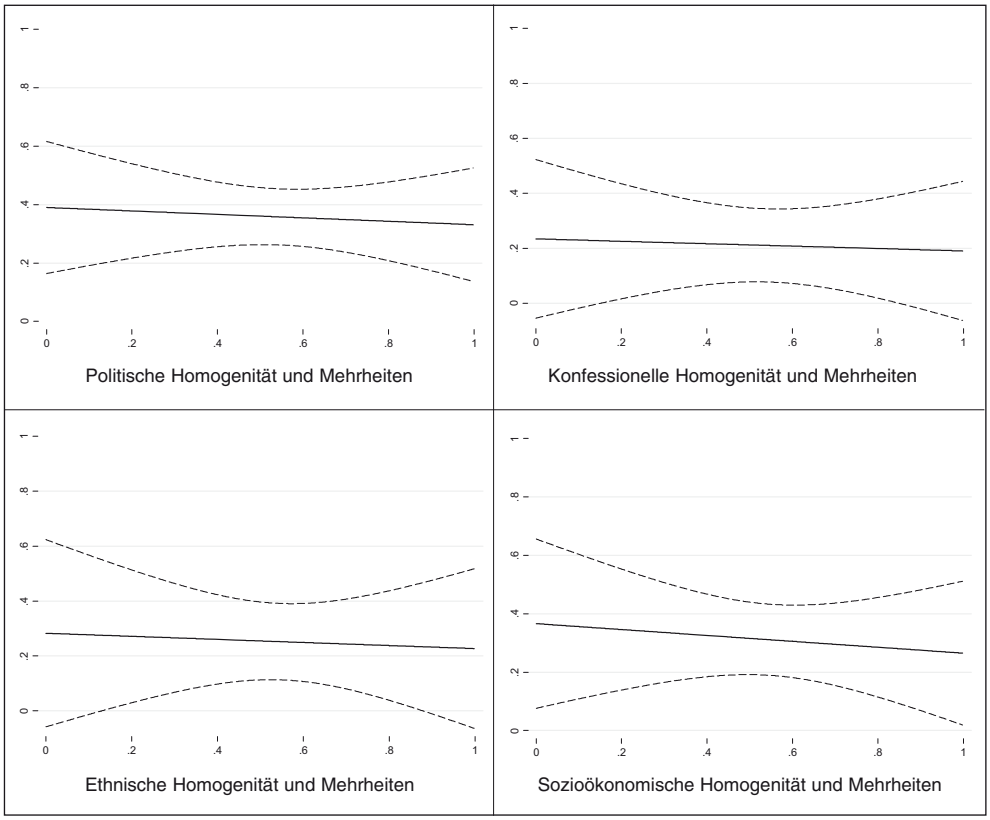


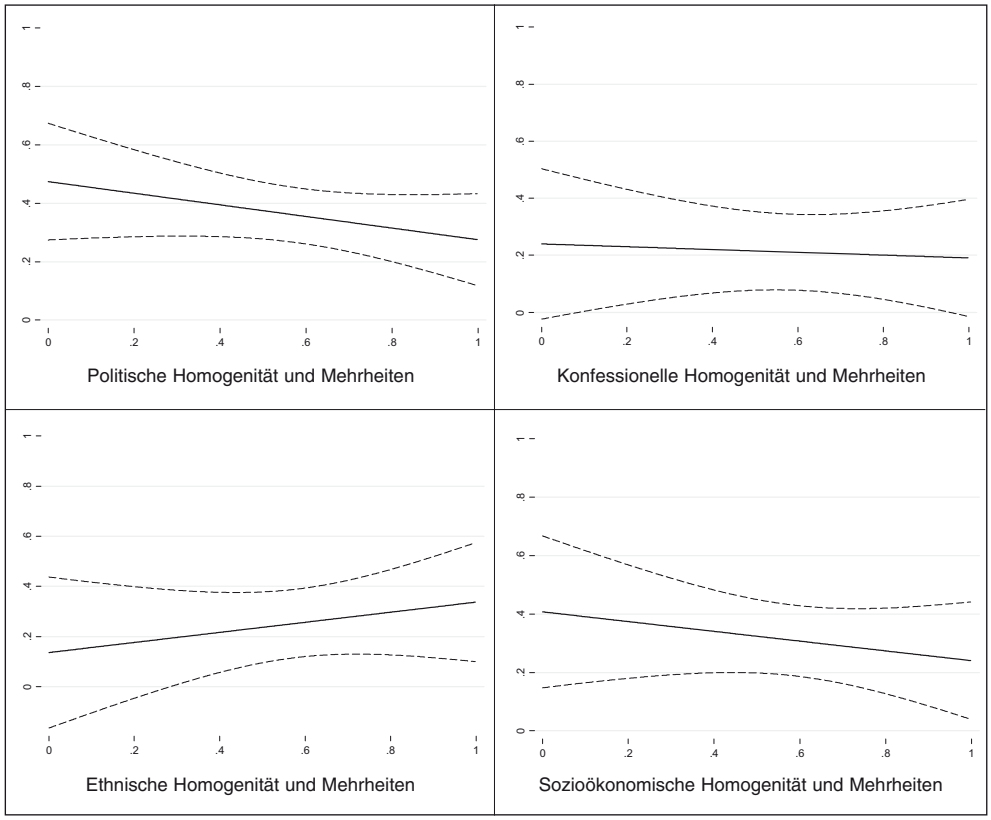
Abbildung 3a–d: Institutionen und Einrichtungen mit integrierender Wirkung (Hypothese 4)

Anmerkungen: Effekte der Kontextvariablen (X-Achsen) auf die marginalen Effekte der Mehrheitszugehörigkeit auf die Verbundenheit mit der Gemeinde (Y-Achse); 95%-Konfidenzintervalle.

chende Effekte bei zunehmender Kontextvariable. Mit anderen Worten: je mehr Parteien durchschnittlich im Kommunalparlament vertreten sind, je geringer die Mehrheitsdominanz der Parteien in einer Gemeinde ist, je eher schon mal Bürgerentscheide stattgefunden haben und je dichter das Vereinsangebot ist, desto weniger stark sollte die Zugehörigkeit zu einer Mehrheit zu Verbundenheit mit der Gemeinde führen. Bildlich gesprochen erwarten wir auch hier abnehmende Steigungen.

Diese Erwartung wird allerdings nur teilweise erfüllt. In den Abbildungen 3a bis d ist ersichtlich, dass die Wirkungen der Kontextvariablen tendenziell schwach sind. In der Folge sollen kurz die einzelnen Einflussvariablen diskutiert werden. Die Anzahl Parteien (Abbildung 3a) zeigt den erwartet abschwächenden Effekt. Je mehr Parteien im kommunalen Parlament vertreten sind, desto schwächer wird der marginale Effekt der Mehrheitenzugehörigkeit auf die affektive Verbundenheit mit der Gemeinde. Oder weniger technisch ausgedrückt: Politische, sozioökonomische, ethnische und konfessionelle Minderheiten entwickeln tendenziell eher kommunale Verbundenheit,

3b **Parteiendominanz**

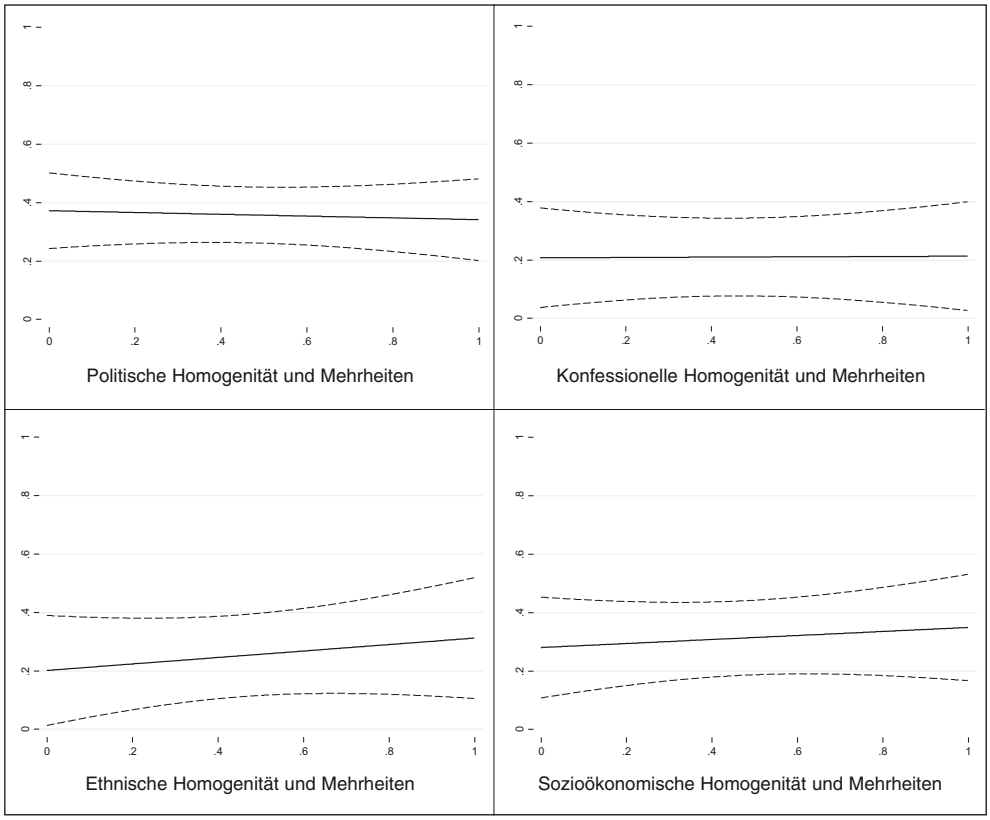


wenn die Chance besteht, von einer der kommunalen Gruppierungen repräsentiert zu werden.

Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei der Parteiendominanz (Abbildung 3b). Wie erwartet scheint Machtteilung eine abschwächende Wirkung auf die Stärke des Mehrheitseffektes auf affektive Verbundenheit mit der Gemeinde zu haben: politische, sozioökonomische und konfessionelle Minderheiten entwickeln eher Verbundenheit, wenn es weder zu einer CDU- noch zu einer SPD-Dominanz in einer Gemeinde kommt. Interessant ist, dass dies für ethnische Minderheiten nicht zutrifft. Vermutlich ist dies der besonderen Parteienlandschaft in Deutschland geschuldet. Während das Quasi-Zweiparteiensystem aus CDU und SPD bei einer großen Koalition sowohl unterschiedliche ideologische, konfessionelle und sozioökonomische Interessen repräsentiert, ist die für ethnische Gruppen nicht der Fall. Ethnische Minderheiten werden auf kommunaler Ebene vermittels Power-Sharing nicht eingebunden und – so die Vermutung – entwickeln auch deshalb weniger Verbundenheit, wenn die beiden großen Parteien sich die kommunale Macht teilen.

Ob es in einer Gemeinde schon einmal Bürgerentscheide gegeben hat oder nicht (Abbildung 3c), spielt für die Entwicklung der kommunalen Verbundenheit höchstens

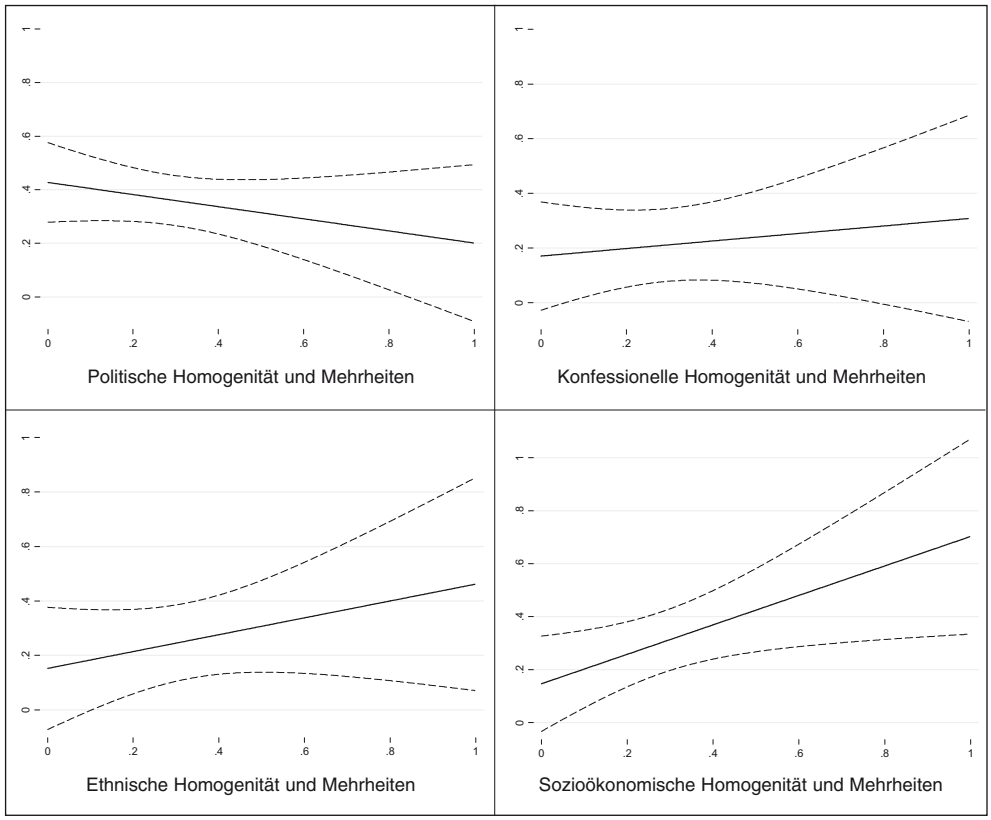
3c **Bürgerentscheide**



eine marginale Rolle. In der Tendenz lassen sich zwar analog zu Schweizer Resultaten (Ladner u. Bühlmann 2007; Vatter 2011) auf der einen Seite die diskriminierende Wirkung direkter Demokratie auf ethnische, sozioökonomische und konfessionelle Minderheiten erahnen (leicht positive Steigung). Auf der anderen Seite zeigt sich die Ventilfunktion der direkten Demokratie für politische Minderheiten (leicht negative Steigung). Allerdings sind diese Effekte sehr gering. In Anbetracht des Umstandes, dass es lediglich in einer Gemeinde zwei Bürgerentscheide gegeben hat (und in allen anderen Gemeinden entweder einen oder keinen) kann nicht von einem signifikanten Einfluss dieser Variable gesprochen werden.

Wesentlich stärker und in der Tendenz ähnlich zeigen sich die Effekte der Vereinsdichte (Abbildung 3d): je mehr Vereine es pro Einwohner in einer Gemeinde gibt, desto geringer wird zwar der positive Effekt politischer Mehrheitenzugehörigkeit auf die Verbundenheit mit der entsprechenden Gemeinde. Allerdings scheinen Vereine für die restlichen Minderheiten keine Opportunitäten der Integration darzustellen. Je mehr Vereine es in einer Gemeinde gibt, desto stärker entwickeln ethnische, sozioökonomische und konfessionelle Mehrheiten Verbundenheit mit der Gemeinde. Dies könnte ein Indiz dafür sein,

3d **Vereinsdichte**



dass Minderheiten (insbesondere Arme und Migranten) das Integrationsangebot gar nicht wahrnehmen oder aber, dass Mehrheiten wesentlich stärker von den Schulen der Demokratie profitieren als Minderheiten (vgl. dazu auch Freitag u. Bühlmann 2005, 2009).

Bei der Betrachtung der einzelnen Minderheiten- und Mehrheitengruppen fällt auf, dass die vier Institutionen bei den politischen Minderheiten die erwarteten Effekte aufzeigen: die Parteienzahl, Machtteilung, Bürgerentschiede und die Vereinsdichte scheinen auf politische Minderheiten integrierend zu wirken. Konkret: der Gap zwischen politischen Minderheiten und Mehrheiten hinsichtlich deren affektiver Verbundenheit mit der Gemeinde schließt sich, je mehr Parteien im Kommunalparlament vertreten sind, wenn die CDU und die SPD über längere Zeit die Macht teilen, wenn in der Gemeinde die Möglichkeit für Bürgerentscheide schon einmal ergriffen worden ist und wenn das Angebot an Vereinen hoch ist.

Bei den konfessionellen und den sozioökonomischen Minderheiten scheint sich das Parteiensystem, nicht aber die direkte Demokratie und auch nicht die Vereinsdichte mildernd auf den negativen Effekt der Minderheitenzugehörigkeit auf die Generierung affektiver Verbundenheit auszuwirken.

Am wenigsten integrierende im Sinne von Verbundenheit generierende Wirkung haben die hier untersuchten Kontextvariablen auf die ethnischen Minderheiten. Deutsche Staatsangehörige entwickeln sogar noch mehr Verbundenheit mit ihrer Wohngemeinde als Einwohner mit Migrationshintergrund, wenn die Macht von den politischen Eliten geteilt wird und wenn die Vereinsdichte hoch ist.

6 Fazit

Ziel dieses Beitrags war die Analyse möglicher Ursachen für kommunale affektive Verbundenheit. Neben den herkömmlichen Erklärungsansätzen – Sozialisationshypothese, Lebensqualitätshypothese und Decline-of-Community-Ansatz – stand dabei ein Erklärungsansatz im Zentrum, der in dieser Art bisher nur selten empirisch untersucht wurde: gestützt auf die Theorie der sozialen Identität wurde untersucht, wie sich die Zugehörigkeit zu In- und Outgroups bzw. zu Minderheiten und Mehrheiten hinsichtlich bestimmter sozialer Eigenschaften auf das Gefühl der Verbundenheit mit der Gemeinde auswirkt. Die Varianz der hessischen Gemeinden hinsichtlich politischer Dominanz von CDU und SPD, hinsichtlich katholischer und protestantischer Konfessionsmehrheiten und hinsichtlich der sozioökonomischen und ethnischen Komposition der Bevölkerung macht es möglich, dass Individuen mit zwar identischen Eigenschaften aber mit Wohnort in unterschiedlichen Gemeinden zur Minderheit oder zur Mehrheit gehören. Mittels Mehrebenenanalysen konnte gezeigt werden, dass es für die Entwicklung des Gefühls der Verbundenheit mit der eigenen Wohngemeinde tatsächlich einen Unterschied macht, ob man in der entsprechenden Gemeinde einer Mehrheit oder einer Minderheit angehört.

Politische, ethnische, sozioökonomische und sogar konfessionelle Minderheiten zeigen durchgängig geringere affektive Verbundenheit als Individuen, die der jeweiligen Mehrheit angehören. Dieser Effekt wird – anders als erwartet – in homogen zusammengesetzten Gemeinden noch verstärkt und Minderheiten ändern nur bedingt das Objekt ihrer Verbundenheit. Die als integrierend vermuteten Kontextvariablen – Parteienzahl, Parteiendominanz, Bürgerentscheide und Vereinsdichte – halten der Erwartung nur bedingt stand. Einzig der Effekt der Zugehörigkeit zu politische Mehrheiten schwächt sich ab, wenn die Parteienzahl steigt, die Macht geteilt wird und die Vereinsdichte hoch ist. Während das Parteiensystem und die Machtteilung auch eine integrierende Wirkung auf sozioökonomische und konfessionelle Minderheiten zu haben scheint, lässt sich bei ethnischen Minderheiten die Verbundenheit mit abnehmender Parteiendominanz nicht fördern. Schließlich erweist sich auch die Vereinsdichte als untaugliches Instrument zur Generierung von Verbundenheit von sozioökonomischen, ethnischen und konfessionellen Minderheiten. Es zeigt sich hier, dass Mehrheiten stärker von den Opportunitäten für formelle Einbindung zu profitieren scheinen. Je mehr Vereine nämlich in einer Gemeinde organisiert sind, desto stärker entwickeln Mehrheiten ein Gefühl der Verbundenheit mit der Gemeinde.

Diese Resultate sprechen aus drei Gründen für eine triangulative Herangehensweise an den Gegenstand der affektiven Verbundenheit.

Erstens wird deutlich, dass sich individuelle Verbundenheit je nach Objekt unterscheidet. Unterschiedliche Individuen scheinen für die Gemeinde, die Nation und Europa sehr differenzierte Gefühle der Verbundenheit zu entwickeln. In diesem Beitrag hat sich denn auch gezeigt, dass bisherige Erklärungsansätze hauptsächlich auf die Verbundenheit mit der Gemeinde fokussieren. Das genügt aber nur bedingt, hat sich doch hier zumindest für ethnische Minderheiten gezeigt, dass das Gefühl von Verbundenheit durchaus substituiert wird. Mit anderen Worten: ethnische Minderheiten entwickeln weniger Verbundenheit mit ihrer Gemeinde, wohl aber mit Europa. Würde lediglich auf die affektive Verbundenheit mit der Gemeinde fokussiert, so müsste die augenscheinlich schlechte Integration von ethnischen Minderheiten, wie sie in den Interaktionsmodellen in diesem Beitrag getestet wurden, ein alarmierendes Zeichen sein. Da jedoch in einem offen demokratischen System die Möglichkeit der Substitution gegeben ist, kann dem Projekt Europa in diesem Sinne durchaus eine integrierende Wirkung attestiert werden. Nicht alle Politik ist also lokale Politik.

Zweitens weisen die Resultate die Bedeutung unterschiedlicher Kontexte aus. Unterschiedliche kommunale soziale, politische und ökonomische Rahmenbedingungen evozieren dabei nicht nur eine direkte Wirkung auf die Entwicklung individueller Verbundenheit mit der entsprechenden Gemeinde, sondern wirken auch weiter auf die Verbundenheit mit übergeordneten föderalen Ebenen. Individuen mit den genau gleichen Eigenschaften entwickeln unterschiedlich starke Verbundenheit, je nachdem, wo sie wohnen. Individuen sind in diesem Sinne keine sozialen Eremiten, sondern ihre Einstellungen und Handlungen werden vom lokalen Kontext mitgeprägt. Dieser Beitrag plädiert deshalb für einen Einbezug von Kontexten in die Untersuchung individuellen Verhaltens. Politik im Sinne von politischen Einstellungen und politischem Verhalten ist also unbedingt auch lokale Politik.

Drittens wirken Kontextmerkmale nicht nur direkt, sondern auch indirekt und interaktiv: Eigenschaften von Individuen wirken nicht in allen Gemeinden gleich stark auf die Entwicklung affektiver Verbundenheit. Dies zeigt sich insbesondere für Eigenschaften und Einstellungen, die ein Individuum in einer Gemeinde zur Mehrheit in einer anderen Gemeinde aber zur Minderheit gehörend machen. Auch in diesem Sinne plädiert der Beitrag für eine differenzierte Betrachtung individueller Einstellungen. Politik als lokale Politik wirkt auf unterschiedliche Individuen unterschiedlich.

Literatur

Alesina, Alberto, Arnaud Devleeschauwer, Wiliam Easterly, Sergio Kurlat und Romain Wacziarg. 2003. Fractionalization. *Journal of Economic Growth* 8: 155–194.

Anderson, Christopher J. und Yuliya V. Tverdoba. 2001. Winners, Losers, and Attitudes about Government in Contemporary Democracies. *International Political Science Review* 91: 66–81.

Beggs, John J., Jeanne S. Hurlbert und Valerie A. Haines. 1996. Community Attachment in a Rural Setting: A Refinement and Empirical Test of the Systemic Model. *Rural Sociology* 61: 407–26.

Bolan, Marc. 1997. The Mobility Experience and Neighborhood Attachment. *Demography* 34: 225–237.

Brambor, Thomas, William R. Clark und Matt Golder. 2005. Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analysis. *Political Analysis* 13: 1–20.

Bühlmann, Marc. 2006. *Politische Partizipation im kommunalen Kontext – Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.

Bühlmann, Marc. 2007. Direkte Demokratie und politische Unterstützung. In *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Hrsg. Markus Freitag und Uwe Wagschal, 217–250. Münster: Lit.

Bühlmann, Marc. 2010. Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4: 203–231.

Bühlmann, Marc und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 326–349.

Bühlmann, Marc und Miriam Hänni. 2011a. Creating a 'We-feeling' in Heterogeneous Nations: A Cross-country Investigation of the Impact of Inclusion and Autonomy on the National Pride of Ethnic Minorities. *Comparative Soiology* 11: 325–353.

Bühlmann, Marc und Miriam Hänni. 2011b. *Minority Participation. Institutional Remedies against the Political Exclusion of Ethnic Minorities*. Beitrag präsentiert bei der 3-Länder-Tagung der DVPW, ÖPGW und SVPW, 13.–14. 01. 2011, Basel.

Bühlmann, Marc und Ruth Kunz. 2011. Confidence in the Judiciary. A Cross Country Comparison of Independence and Legitimacy of Judicial Systems. *West European Politics* 34: 317–345.

Bühlmann, Marc, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Wessels. 2011. The Democracy Barometer: a New Instrument to Measure the Quality of Democracy and its Potential for Comparative Research. *European Political Science*, doi: 10.1057/eps.2011.46.

Coleman, James. 1986. Social Theory, Social Research, and a Theory of Action. *American Journal of Sociology* 91: 1309–1335.

Cross, Jennifer E. 2003. *Conceptualizing Community Attachment*. Beitrag präsentiert bei der Rural Sociological Society, 27–30 Juli, Montreal.

Dahl, Robert A. 1998. *On Democracy*, New Haven: Yale University Press.

Dalton, Russell J. 1999. Political Support in Advanced Industrial Democracies. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 57–77. New York: Oxford University Press.

Dalton, Russell J. 2004. *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. New York: Oxford University Press.

Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons, Inc.

Fish, Steven M. und Robin S. Brooks. 2004. Does Diversity Hurt Democracy? *Journal of Democracy* 15: 154–166.

Fischer, Claude S., Robert M. Jackson, C. Ann Stueve, Kathleen Gerson, Lynne McCallister Jones, und Mark Baldassare. 1977. *Networks and Places: Social Relations in the Urban Setting*. New York: Free Press.

Franzen, Axel und Markus Freitag (Hrsg.). 2007. *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47.

Freitag, Markus und Marc Bühlmann. 2005. Politische Institutionen und die Entwicklung generalisierten Vertrauens. Ein internationaler Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 46: 575–601.

Freitag, Markus und Marc Bühlmann. 2009. Crafting Trust. The Role of Political Institutions in a Comparative Perspective. *Comparative Political Studies* 42: 1537–1566.

Gerson, Kathleen, C. Ann Stueve und Claude S. Fischer. 1977. Attachment to Place. In *Networks and Places: Social Relations in the Urban Setting*, Hrsg. Claude S. Fischer, Robert M. Jackson, C. Ann Stueve, Kathleen Gerson, Lynne McCallister Jones und Mark Baldassare, 139–161. New York: Free Press.

Gibbson, James L. 2006. Judicial institutions. In *The Oxford Handbook of Political Institutions*, Hrsg. Rod A.W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman, 514–534. Oxford: Oxford University Press.

Greer, Scott. 1962. *The Emerging City: Myth and Reality*. New York: Free Press.

Hauser, Philip M. 1965. Urbanization: An Overview. In *The Study of Urbanization*, Hrsg. Philip M. Hauser and Leo F. Schnore, 1–48. New York: John Wiley.

Hidalgo, M. Carmen und Bernardo Hernandez. 2001. Place Attachment: Conceptual and Empirical Questions. *Journal of Environmental Psychology* 21: 273–281.

Humphries, Stan. 2001. Who's Afraid of the Big, Bad Firm: The Impact of Economic Scale on Political Participation. *American Journal of Political Science* 45: 678–699.

Jorgensen, Bradley S. und Richard C. Stedman. 2001. Sense of Place as an Attitude: Lakeshore Owners Attitudes toward Their Properties. *Journal of Environmental Psychology* 21: 233–248.

Kasarda, John D. und Morris Janowitz. 1974. Community Attachment in Mass Society. *American Sociological Review* 39: 328–339.

Klingemann, Hans-Dieter. 1999. Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 31–56. New York: Oxford University Press.

Kriesi, Hanspeter. 1998. *Le système politique suisse*. Paris: Economica.

Ladner, Andreas und Marc Bühlmann. 2007. *Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegrösse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*. Zürich: Rüegger.

Lazarsfeld, Paul F., Bernhard Berelson und Hazel Gaudet. [1944] 1949. *The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.

Lijphart, Arend. 1999. *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in 36 Countries*. New Haven: Yale University Press.

Linder, Wolf. 1999. *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.

Liu, Qiaoming Amy, Vernon Ryan, Herbert Aurbach und Terry Besser. 1998. The Influence of Local Church Participation on Rural Community Attachment. *Rural Sociology* 63: 432–450.

Morris, Raymond N. 1968. *Urban Sociology*. New York: John Wiley.

Mühler, Kurt und Karl-Dieter Opp. 2004. *Region und Nation. Zu den Ursachen und Wirkungen regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Nathaus, Klaus. 2009. *Organisierte Geselligkeit: Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Norris, Pippa. 2004. *Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behaviour*. Cambridge: Cambridge University Press.

Norris, Pippa. 2008. *Driving Democracy. Do Power-Sharing Institutions Work?* Cambridge: Cambridge University Press.

Peddersen, Peder J., Mariola Pytlikova und Nina Smith. 2004. *Selection or Network Effects? Migration Flows into 27 OECD Countries, 1990–2000*. Discussion Paper No. 1104, Bonn: Forschungszentrum zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Putnam Robert D. 1995. Bowling Alone: America's Declining Social Capital. *Journal of Democracy* 6: 65–78.

Rice, Tom W. und Brent Steele. 2001. White Ethnic Diversity and Community Attachment in Small Iowa Towns. *Social Science Quarterly* 82: 397–407.

Sampson, Robert. 1988. Local Friendship Ties and Community Attachment in Mass Society. A Multilevel Systemic Model. *American Sociological Review* 17: 215–220.

Simmel, Georg. [1903] 1964. The metropolis and mental life. In *The Sociology of Georg Simmel*, Hrsg. Kurt H. Wolff. New York: Free Press.

Stoker, Laura und Jake Bowers. 2002. Designing Multilevel Studies: Sampling Voters and Electoral Contexts. In *The Future of Election Studies*, Hrsg. Mark N. Franklin und Christopher Wlezien, 77–109. Amsterdam: Pergamon.

Strate, John M., Charles J. Parrish, Charles D. Elder und Coit Ford III. 1989. Live Span Civic Development and Voting Participation. *American Political Science Review* 83: 443–464.

Tajfel, Henri und John C. Turner. 1979. An Integrative Theory of Social Conflict. In *The Social Psychology of Intergroup Relations*, Hrsg. William G. Austin und Stephen Worchel, 33–47. Monterey: Brooks/Cole.

Tibi, Bassam. 2000. *Europa ohne Identität? Leitkultur oder Wertebeliebigkeit. Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*. München: btb.

Tocqueville, Alexis de. [1835] 1987. *Über die Demokratie in Amerika. Erster Teil von 1835*. Zürich: Manesse.

Toennies, Ferdinand. [1887] 1991. *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Traunmüller, Richard. 2009. Religion und Sozialintegration. Eine empirische Analyse der religiösen Grundlagen sozialen Kapitals. *Berliner Journal für Soziologie* 19: 435–468.

Turner, John C., Michael A. Hogg, Penelope J. Oakes, Stephen D. Reicher und Margaret S. Wetherell. 1987. *Rediscovering the Social Group: A Self-Categorization Theory*. Oxford: Blackwell.

Vatter, Adrian. 2002. *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.

Vatter, Adrian. 2011. *Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*. Zürich: NZZ.

Verba, Sidney und Norman Nie. 1972. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.

Wirth, Louis. 1938. Urbanism as a Way of Life. *American Journal of Sociology* 44: 1–24.

Yuki, Masaki. 2003. Intergroup Comparison versus Intragroup Relationships: A Cross-National Examination of Social Identity Theory in North American and East Asian Cultural Contexts. *Social Psychology Quarterly* 66: 166–183.

Zufriedenheit der Bürger mit politischen Institutionen und der Demokratie

Angelika Vetter

1 Einführung

Die Notwendigkeit politischer Unterstützung durch die Bevölkerung für die Persistenz politischer Systeme gehört spätestens seit den Veröffentlichungen von David Easton Mitte der 60er Jahre zum Grundwissen der Politikwissenschaft (vgl. Easton 1965; ähnlich Almond u. Verba 1965). Nahezu alle relevanten Forschungsarbeiten zu politischer Unterstützung greifen heutzutage auf Eastons Überlegungen zurück (z. B. Norris 2011; Kornberg u. Clarke 2011; Dalton 2007; Klingemann u. Fuchs 1998; Westle 1989). Unterstützung von „Politik" kann dabei generell in Form von konkretem Handeln erfolgen, z. B. dem Zahlen von Steuern. Oder aber sie drückt sich in positiven Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber verschiedenen Objekten eines politischen Systems aus. David Easton und die auf ihn folgende Forschung konzentrieren sich primär auf die Untersuchung politischer Einstellungen. Sie unterscheiden dabei zwischen zwei Unterstützungsdimensionen, die sich in ihren Ursprüngen, ihrer Veränderbarkeit und ihrer Bedeutung für die Persistenz von Systemen unterscheiden (vgl. Easton 1965, S. 267ff., 1975; Easton u. Dennis 1967; Fuchs 1989): *Diffuse Unterstützung* wird bereits in der Frühsozialisation entwickelt, ist relativ stabil und für die Persistenz eines politischen Systems besonders relevant: Sie hilft, auch dauerhaftere Krisen zu überstehen. Demgegenüber generiert sich *spezifische Unterstützung* aus der Bewertung konkreter Systemleistungen wie der aktuellen wirtschaftlichen Prosperität oder dem aktuellen Grad an innerer Sicherheit. Spezifische Unterstützung ist damit häufigeren Schwankungen unterlegen. Ihr Fehlen stellt für ein politisches System per se keine kritische Herausforderung dar. Nur wenn es dauerhaft nicht gelingt, spezifische Unterstützung zu generieren, hat dieses Unterstützungsdefizit früher oder später vermutlich auch Konsequenzen für die diffuse Unterstützung.

Ob mit der politischen Zufriedenheit der Bürger eher eine spezifische oder eher eine diffuse Unterstützung gemessen wird, ist nicht mit Sicherheit zu sagen (vgl. z. B. Gabriel 2005, S. 495ff.). In jedem Fall aber stellt die Zufriedenheit der Bürger mit den Institutionen eines politischen Systems und der Demokratie ein Teilaspekt spezifischer Unterstützung dar. Dies wiederum impliziert, dass die Zufriedenheit in gewissem Maße auch kontextabhängig sein müsste, so dass unterschiedliche lokale Rahmenbedingungen Unterschiede in den Einstellungen der Bürgerschaft nach sich ziehen müssten. Das heißt, Variationen in der Zufriedenheit der Bürger mit ihren politischen Institutionen und der Demokratie sollten zwischen den untersuchten Gemeinden erkennbar sein, falls sich diese im Hinblick auf ihre politischen, ökonomischen und ge-

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_13, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

sellschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheiden. Dies zu belegen und Unterschiede in den Einstellungen durch entsprechende Kontextvariationen zu erklären, ist ein Ziel dieses Beitrags. Konkret geht es um die Frage, in welchem Maß die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den lokalen politischen Institutionen und der lokalen Demokratie von individuellen, vor allem aber auch von lokalen Kontextfaktoren – dem politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Umfeld – abhängig ist und durch diese erklärt werden kann. Um diese Frage zu beantworten, gibt das folgende Kapitel zunächst einen detaillierten, vergleichenden Überblick über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in den 28 untersuchten Gemeinden mit verschiedenen politischen Institutionen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene sowie mit ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie auf diesen Ebenen. Dabei wird besonders auf die Einstellungsunterschiede zwischen den Gemeinden eingegangen. Diese werden anschließend explizit mit verschiedenen kontextuellen (und kontrollierend auch individuellen) Erklärungsansätzen verbunden, um die Frage nach relevanten Kontexteinflüssen zu beantworten.

Die zweite Frage dieses Beitrags beschäftigt sich mit den möglichen Folgen lokaler Einstellungen (und gegebenenfalls lokaler Kontextfaktoren) im Hinblick auf politische Einstellungen, die über die lokale Ebene hinaus reichen und die nationale bzw. die europäische Politik betreffen. Hintergrund dieser Frage ist die alte Idee, Politik und politische Erfahrungen vor Ort könnten ein wichtiges Sozialisationsfeld sein, um positive Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger gegenüber der Gemeinschaft und der Politik zu entwickeln, die über die lokale Politik hinaus für ein politisches Gemeinwesen wirksam werden. So schreibt beispielsweise Theodor Heuß (1921, S. 20; vgl. hierzu auch Mill [1861] 1971; Tocqueville [1835] 1985) über Selbstverwaltung, zu der er auch die kommunale Selbstverwaltung zählt:

> „… die Selbstverwaltung in dieser, in jener Form, ist die Führerschule der Nation. Nicht jeder, der in einer Selbstverwaltung tätig ist, wird dadurch zu größeren Aufgaben heranwachsen; aber sie ist die Sammelstelle, in der das Talent sich bildet, durch Erfahrungen reift, Menschen und Dinge kennen lernt, und zur Entscheidung geschult wird. In solchem Sinne ist die Durchsetzung und Gliederung der Nation durch die vielfältigsten Selbstverwaltungen nicht nur ein System zur Erweckung des Gemeinsinns, der an das Kleine, Nahe sich bindet, um dadurch ins Große zu wirken, sondern sie ist auch das Werkzeug der Auslese, die von unten nach oben drängt und den sozialen Kreislauf mit immer neuen Kräften stärkt und erhält.“

Der damit verbundene Gedanke, dass gerade auf lokaler Ebene die Sozialisation zentraler Einstellungen gegenüber der Politik möglich ist, wird in der Literatur immer wieder thematisiert (vgl. u. a. Dahl u. Tufte 1974; Vetter 2007, 2011). Dafür sprechen verschiedene Annahmen:

1. Lokale Politik hat tendenziell weniger komplexe politische Probleme zu lösen als dies auf übergeordneten Systemebenen der Fall ist, wodurch die Lösung dieser Probleme eher möglich sein dürfte.
2. Durch den theoretisch direkteren Kontakt zwischen Bürgern und Entscheidern ist auf lokaler Ebene vermutlich ein insgesamt besseres Problemverständnis gegeben,

was wiederum zu effektiveren Problemlösungen und damit einer verstärkten Zufriedenheit führt.
3. Durch die vermutlich größere Homogenität lokaler gegenüber nationalen oder europäischen Interessen dürfte die Befriedigung dieser Interessen leichter möglich sein als auf höheren Systemebenen.

Zwar kann mit Hilfe der vorliegenden Querschnittsdaten nicht geprüft werden, ob die lokalen Orientierungen ursächlich die Einstellungen gegenüber höheren Systemebenen beeinflussen. Dennoch können die Zusammenhänge zwischen lokalen, nationalen und europäischen Orientierungen ermittelt werden – eine Grundvoraussetzung für möglicherweise bestehende positive bottom-up Spillover-Effekte im Sinne einer „Erneuerung der Politik ‚von unten'" (vgl. Hesse 1986; Dahl 1992, 1967; Gabriel 2010). Schlussfolgerungen zur Bedeutung des lokalen Kontexts für die Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Politik einerseits, andererseits aber auch zu weitergehenden Folgen für die politische Unterstützung von Demokratien schließen den Beitrag ab.

2 Zufriedenheit mit politischen Institutionen und der Demokratie in 28 hessischen Kommunen

Die Messungen der Zufriedenheit mit verschiedenen lokalen, nationalen und europäischen politischen Institutionen sowie der Demokratie auf diesen drei Ebenen basieren auf folgenden Fragen:

1) Wie zufrieden sind Sie mit …?
   a) der Arbeit der Stadt- oder Gemeindeverwaltung?
   b) Und mit der Arbeit der Parteien in Ihrer Gemeinde?
   c) Und mit der Arbeit der Gemeindevertretung [Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung]?
   d) Und mit der Arbeit des Bürgermeisters [bei Wiesbaden/Kassel: Oberbürgermeister]?
   e) Und mit der Arbeit der Parteien in Deutschland?
   f) Und mit der Arbeit des Bundestags?
   g) Und mit der Arbeit der Bundesregierung?
   h) Und mit der Arbeit des Europäischen Parlaments?
   i) Und mit der Arbeit der Europäischen Kommission?
2) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in Ihrer Gemeinde funktioniert?
3) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert?
4) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

Als Antwortmöglichkeiten standen den Befragten Beurteilungsthermometer zur Verfügung, die von 0 („überhaupt nicht zufrieden") bis 10 („sehr zufrieden") reichten. Die Ant-

wortmöglichkeiten „weiß nicht“ und „keine Angabe“ wurden nicht vorgelesen. Um die Interpretation der folgenden Analysen zu vereinfachen, wurden die Antwortvorgaben umcodiert in die Werte –5 bis +5, so dass ein positiver Mittelwert für das Überwiegen von Zufriedenheit, ein negativer Mittelwert für das Überwiegen von Unzufriedenheit spricht.

Betrachtet man zunächst die Zusammenfassung der Daten im unteren Abschnitt von Tabelle 1, zeigen sich vier wichtige Befunde: Erstens sind die Befragten mit allen hier aufgelisteten Institutionen sowie mit der Demokratie auf den drei Ebenen des bundesdeutschen politischen Systems überwiegend zufrieden. Zweitens ist die Zufriedenheit mit den politischen Parteien verglichen mit der Zufriedenheit mit anderen politischen Objekten der jeweiligen Ebene am niedrigsten. Dieses Ergebnis deckt sich mit der bislang vorliegenden Literatur (vgl. Vetter u. Kuhn 2012), wird hier aus inhaltlichen Gründen aber nicht weiter verfolgt. Drittens – und das ist im Rahmen dieses Beitrags ein wichtiges Ergebnis – werden die lokalen Referenzobjekte durchweg positiver bewertet als die vergleichbaren nationalen bzw. europäischen Institutionen bzw. die Demokratie auf diesen Ebenen. Dies gilt für die lokalen Exekutiven (Zufriedenheitsmittelwerte auf einer Skala von –5 bis +5: Oberbürgermeister 1,44; Bundesregierung 0,63; Europäische Kommission 0,28) ebenso wie für die Legislativinstitutionen (Gemeinderäte 1,18; Bundestag 0,63; EU-Parlament 0,35) und die Demokratiezufriedenheit (lokal 1,85; national 1,52; Europa 0,80). Dieser Befund deckt sich ebenfalls mit der bisherigen Forschung (vgl. u. a. Vetter 2007, 2011). Viertens – und auch dieses Ergebnis ist für die folgenden Analysen zentral – sind die Differenzen zwischen den 28 Kommunen im Hinblick auf die Einstellungen gegenüber den lokalen Institutionen und der lokalen Demokratie deutlich höher als die Einstellungsdifferenzen bezogen auf die nationalen oder europäischen Institutionen bzw. die Demokratie. So betragen die entsprechenden Standardabweichungen bezüglich der lokalen Einstellungen 0,30 bis 0,60 Skalenpunkte. Bezüglich der nationalen Einstellungen liegen sie nur im Bereich zwischen 0,17 und 0,22 Skalenpunkten. Im Hinblick auf die europabezogenen Einstellungen sind sie noch geringer (0,16 bis 0,18 Skalenpunkte). Denselben Sachverhalt bilden die Mittelwertdifferenzen in Tabelle 1 ab: Sie messen die Einstellungsunterschiede zwischen der Gemeinde mit dem jeweils höchsten Zufriedenheitswert und der Gemeinde mit dem jeweils geringsten Zufriedenheitswert. Dass die Einstellungsunterschiede zwischen den Gemeinden bezogen auf die lokalen Orientierungen deutlich größer sind als bei den nationalen oder den europäischen Orientierungen heißt beispielsweise konkret, dass die Zufriedenheit mit dem Bürgermeister in Alsfeld im Durchschnitt nur bei 0,05 liegt, in Felsberg dagegen bei 2,23. Die Differenz zwischen diesen beiden Extremgemeinden beträgt 2,18 Skalenpunkte. Bezogen auf die Zufriedenheit mit der Bundesregierung liegt Petersberg – wie sehr oft – an der Spitze mit einem Wert von 1,47. Am wenigsten zufrieden mit der Bundesregierung sind die Bürger in Frielendorf (0,29). Der Unterschied zwischen Petersberg und Frielendorf beträgt damit bezogen auf die Zufriedenheit mit der Bundesregierung 1,19 Skalenpunkte. Und bei der Zufriedenheit mit der Europäischen Kommission beträgt der Unterschied zwischen der zufriedensten Gemeinde (Petersberg 0,70) zur unzufriedensten Gemeinde (Helsa –0,09) nur 0,79 Skalenpunkte.

Tabelle 1: Zufriedenheit mit politischen Institutionen und der Demokratie (Mittelwerte)

	Lokal					National				Europa			
	Stadtverwaltung	lokale Parteien	Gemeindevertretung	Bürgermeister	Demokratie in der Gemeinde	Parteien in Deutschland	Bundestag	Bundesregierung	Demokratie in Deutschland	Europäisches Parlament	Europäische Kommission	Demokratie in Europa	N min
Alsfeld	**0,09**	**-0,19**	**0,09**	**0,05**	1,29	0,30	0,60	0,53	1,27	0,31	0,23	0,81	325
Bickenbach	2,30	1,50	1,77	2,02	2,26	0,43	0,73	0,59	1,60	0,35	0,31	0,81	198
Biedenkopf	1,02	0,50	0,79	0,42	1,49	0,35	0,71	0,69	1,56	0,29	0,32	0,91	338
Bruchköbel	1,85	0,74	1,10	1,43	1,81	0,36	0,71	0,72	1,58	0,23	0,10	0,78	338
Büttelborn	1,97	1,20	1,45	1,97	2,04	0,47	0,67	0,67	1,66	0,40	0,41	0,95	324
Eppstein	1,89	1,17	1,50	1,81	2,17	0,45	0,79	0,87	1,73	0,39	0,28	0,89	330
Erzhausen	1,20	0,40	0,65	0,73	**1,27**	0,21	0,49	0,50	1,36	0,30	0,23	0,72	330
Felsberg	1,65	0,95	1,32	**2,23**	1,89	0,30	0,61	0,51	1,46	0,28	0,27	0,77	344
Frankenberg (Eder)	2,02	1,20	1,60	1,96	2,11	0,53	0,81	0,76	1,56	0,49	0,45	0,72	331
Frielendorf	1,57	0,87	1,26	1,50	1,79	0,20	0,39	**0,29**	1,17	0,11	0,06	**0,52**	340
Gelnhausen	1,58	0,70	1,12	1,94	1,93	0,22	0,46	0,49	1,61	0,37	0,29	0,81	325
Guxhagen	1,92	1,15	1,51	1,90	1,97	0,38	0,55	0,46	1,47	0,25	0,29	0,78	324
Helsa	1,41	1,09	1,30	1,47	1,81	0,20	0,43	0,38	1,41	**0,09**	**-0,09**	0,66	247
Heuchelheim	1,33	0,54	0,87	0,73	1,51	0,27	0,56	0,60	1,35	0,28	0,11	0,55	219
Hüttenberg	2,06	1,21	1,50	1,99	2,23	0,37	0,61	0,71	1,55	0,28	0,17	0,71	329
Kassel	1,03	0,36	0,60	0,88	1,44	**0,11**	0,52	0,50	1,44	0,24	0,18	0,61	957
Kelkheim	1,91	1,21	1,50	1,66	2,12	0,53	0,87	0,96	1,91	0,59	0,52	1,06	335
Limburg a.d. Lahn	1,32	0,80	1,00	1,09	1,62	0,39	0,73	0,67	1,50	0,48	0,32	0,82	327
Petersberg	**2,63**	**1,67**	**2,00**	2,08	**2,55**	**1,04**	**1,35**	**1,47**	**2,13**	**0,92**	**0,70**	**1,38**	111
Ranstadt	1,69	1,06	1,18	1,05	1,84	0,38	0,65	0,59	1,52	0,45	0,45	0,89	209
Reinheim	1,85	1,28	1,50	2,04	2,11	0,41	0,63	0,62	1,74	0,37	0,32	1,01	305
Reiskirchen	1,38	0,90	1,07	0,47	1,71	0,39	0,61	0,78	1,32	0,48	0,45	0,76	352
Rüdesheim am Rhein	1,12	0,52	0,74	1,29	1,74	0,47	0,72	0,79	1,66	0,53	0,46	1,03	325
Selters (Taunus)	1,84	1,17	1,28	1,90	1,81	0,18	**0,35**	0,33	**1,16**	0,10	0,13	0,54	335
Viernheim	2,02	1,19	1,40	2,14	1,98	0,39	0,53	0,59	1,51	0,30	0,24	0,76	351
Wiesbaden	1,18	0,56	0,77	0,87	1,68	0,28	0,66	0,65	1,59	0,38	0,23	0,72	1031
Witzenhausen	0,95	0,44	0,73	0,95	1,52	0,14	0,38	0,48	1,19	0,16	0,09	0,61	346
Wolfhagen	1,88	1,11	1,52	1,68	2,17	0,34	0,60	0,55	1,56	0,39	0,34	0,89	344
N	11.469 / 28	10.798 / 28	10.811 / 28	11.095 / 28	11.478 / 28	11.450 / 28	11.378 / 28	11.560 / 28	11.703 / 28	10.541 / 28	9.970 / 28	10.869 / 28	9.970 / 28
Miss. gesamt	3,4%	9,0%	8,9%	6,5%	3,3%	3,5%	4,1%	2,6%	1,4%	11,2%	16,0%	8,4%	
Mittelwert gesamt	1,60	0,90	1,18	1,44	1,85	0,36	0,63	0,63	1,52	0,35	0,28	0,80	
Stdabw. gesamt	0,50	0,40	0,41	0,60	0,30	0,17	0,19	0,22	0,21	0,16	0,16	0,18	
Diff MW Max-Min	2,54	1,86	1,91	2,18	1,28	0,93	1,00	1,19	0,98	0,82	0,80	0,87	

Anmerkungen: Die den Mittelwerten zugrunde liegenden Skalen reichen von –5 „überhaupt nicht zufrieden“ bis +5 „sehr zufrieden“. Die Berechnungen erfolgten mit ungewichteten Daten. Die Kennwerte am Ende der Tabelle basieren auf den Mittelwerten für die 28 Gemeinden.

Um die weiteren Analysen übersichtlicher zu gestalten, werden die verschiedenen Indikatoren im nächsten Schritt zu drei abhängigen Variablen zusammengefasst, die die Zufriedenheit mit den lokalen, den nationalen und den europäischen Institutionen sowie der Demokratie auf diesen Ebenen getrennt voneinander abbilden. Da nicht für alle Institutionen auf allen Systemebenen gleichermaßen Zufriedenheitswerte erhoben wurde, gehen in die drei unabhängig voneinander berechneten Hauptkomponentenanalysen zur Überprüfung der Einstellungsdimensionen nur diejenigen Indikatoren ein, die für alle Systemebenen vorliegen. Das sind bezogen auf die lokale Ebene die Gemeinderäte, die Bürgermeister und die lokale Demokratie, bezogen auf die nationale Ebene der Bundestag, die Bundesregierung und die Demokratie in Deutschland, bezogen auf die europäische Ebene das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Demokratie in Europa.

Tabelle 2: Dimensionsprüfung zur Zufriedenheit mit lokalen, nationalen und europäischen Institutionen und der Demokratie

	Lokale Politikzufriedenheit	Nationale Politikzufriedenheit	Europäische Politikzufriedenheit
Gemeindevertretung	0,90	–	–
Bürgermeister	0,87	–	–
Lokale Demokratie	0,83	–	–
Bundestag	–	0,93	–
Bundesregierung	–	0,93	–
Demokratie in Deutschland	–	0,82	–
Europäisches Parlament	–	–	0,95
Europäische Kommission	–	–	0,95
Demokratie in Europa	–	–	0,85
Eigenwert	2,25	2,41	2,54
Erklärte Varianz	75,1	80,3	84,6
Cronbach's Alpha	0,83	0,88	0,91
N	9.893	10.637	9.108

Anmerkungen: Drei voneinander getrennt durchgeführte Hauptkomponentenanalysen mit Oblimin-Rotation; die Berechnungen erfolgten auf Basis gewichteter Daten.

Entsprechend den Hauptkomponentenanalysen in Tabelle 2 laden die genannten Items sehr hoch auf den jeweiligen Faktoren, so dass sich die Bildung von drei Indizes in der Tat anbietet. Der Einfachheit halber werden sie im weiteren Verlauf des Beitrags als „lokale Politikzufriedenheit", „nationale Politikzufriedenheit" und „europäische Politikzufriedenheit" bezeichnet.[1] Die Indizes reichen – wie ihre Ausgangsvariablen – von –5 („überhaupt nicht zufrieden") bis +5 („sehr zufrieden").[2]

[1] Der jeweilige Indexwert pro Fall ist der Mittelwert aus denjenigen Variablen, für die bei diesem Fall ein gültiger Wert auf mindestens einer der drei Variablen vorliegt. Fehlende Werte bei einzelnen Variablen führen damit nicht automatisch dazu, dass ein Fall von der Indexbildung ausgeschlossen wird. Er wird nur dann ausgeschlossen, wenn ein Befragter bei allen drei für den jeweiligen Index relevanten Variablen mit „weiß nicht" geantwortet hat oder keine Angabe gemacht hat. Die Fallzahl bleibt folglich hoch.

[2] In diesem Beitrag wird ohne die Imputation von missing values gearbeitet bzw. „weiß nicht"-Angaben werden nicht als „neutrale" oder „mittlere" Einstellungsposition codiert.

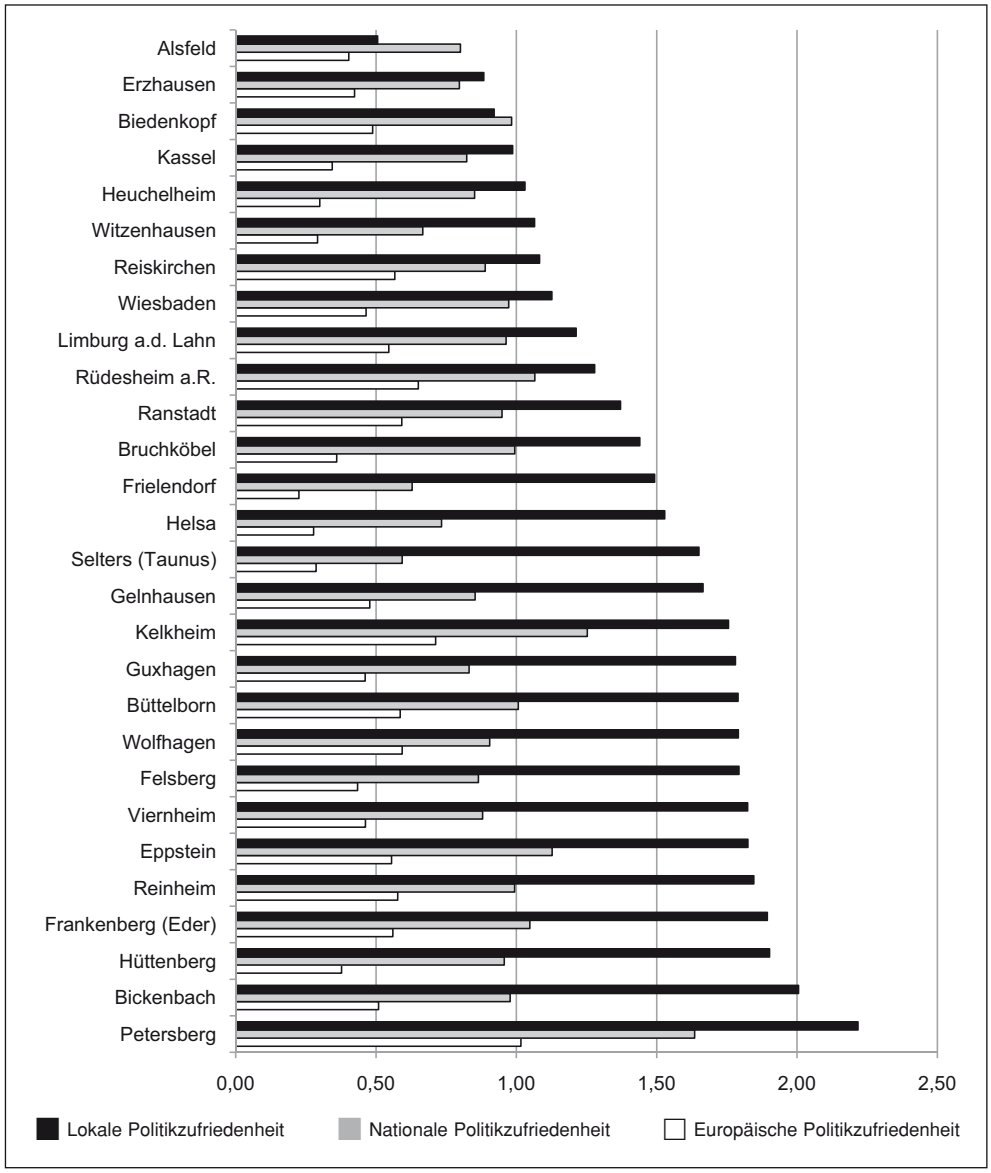


Abbildung 1: Lokale, nationale und europäische Politikzufriedenheit im Vergleich der 28 Gemeinden (Mittelwerte)

Anmerkungen: Die den Mittelwerten zugrunde liegenden Skalen reichen von –5 „überhaupt nicht zufrieden" bis +5 „sehr zufrieden"; die in der Abbildung ausgewiesenen Mittelwerte beziehen sich auf die lokale Politikzufriedenheit; die Berechnungen wurden mit ungewichteten Daten durchgeführt.

Die Ergebnisse der Indexanalysen replizieren die Befunde von oben. Allerdings zeigen sie die Ergebnisse noch deutlicher, weil der Vergleich einfacher ist: So ist die Zufriedenheit mit der lokalen Politik am positivsten mit einer durchschnittlichen Be-

Tabelle 3: Lokale, nationale und europäische Politikzufriedenheit (Mittelwerte)

	Lokale Politikzufriedenheit	Nationale Politikzufriedenheit	Europäische Politikzufriedenheit
Mittelwerte Gemeindenebene	1,49	0,93	0,48
Std.abw. Gemeindeebene	0,41	0,20	0,16
Diff. Max-Min	1,71	1,04	0,79
N Gemeindeebene	28	28	28
Mittelwerte Individualebene	1,49	0,93	0,48
Std.abw. Individualebene	1,85	1,81	1,86
Missing Individualebene	1,4%	0,7%	5,6%
N Individualebene	11.036	11.117	10.570
Korrelation lokal/national		0,60***	
Korrelation lokal/europäisch		0,53***	
Korrelation national/europäisch		0,77***	

Anmerkungen: Die den Mittelwerten zugrunde liegenden Skalen reichen von –5 „überhaupt nicht zufrieden“ bis +5 „sehr zufrieden“. Die Berechnungen erfolgten mit ungewichteten Daten; gewichtet wurden sie lediglich für die Angaben zu den Mittelwerten und Standardabweichungen, die auf Individualebene berechnet wurden (vgl. unterster Tabellenabschnitt). Signifikanzniveaus: * = $p < 0{,}05$; ** = $p < 0{,}01$; *** = $p < 0{,}001$.

wertung von 1,49, gefolgt von der Zufriedenheit mit der nationalen Politik (Mittelwert 0,93) und der europäischen Politik (Mittelwert 0,48). Gleichzeitig sind die Unterschiede in der lokalen Politikzufriedenheit zwischen den Gemeinden deutlich größer als die Unterschiede zwischen den Gemeinden im Hinblick auf die nationale oder europäische Politikzufriedenheit. Beispielsweise liegt die durchschnittliche lokale Politikzufriedenheit in Alsfeld lediglich bei 0,51, während der Mittelwert für Petersberg 2,22 beträgt. Das ist eine Differenz in Höhe von 1,71 von 11 Skalenpunkten. Bei der Zufriedenheit mit der nationalen Politik führt erneut Petersberg die Rangliste der Kommunen an mit einem Mittelwert von 1,64. Das Schlusslicht ist hier Selters (T.) mit einem Mittelwert von 0,59. Der Unterschied beträgt lediglich 1,05 von 11 Skalenpunkten. Bei den europäischen Einstellungen schließlich sind die Unterschiede zwischen den Kommunen am geringsten: Petersberg liegt wiederum am der Spitze mit einem Mittelwert von 1,02 in der europäischen Politikzufriedenheit, während Frielendorf den letzten Platz belegt (Mittelwert 0,23; Einstellungsunterschied 0,79 von 11 Skalenpunkten). Inwieweit die Unterschiede zwischen den 28 Kommunen für die Unterschiede in der Politikzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, wird in den folgenden Abschnitten geklärt.

3 Lokale Rahmenbedingungen

Die Ursachen für die Einstellungsunterschiede zwischen den 28 Kommunen können in ihrer jeweiligen Komposition liegen, d. h. an der unterschiedlichen Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung. Sie können aber auch mit unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen zusammenhängen, die wiederum die Einstellungen ihrer Bürger prägen. Die Tatsache, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen bei den lokalen

gegenüber den nationalen und den europäischen Orientierungen am deutlichsten sind, lässt vermuten, dass tatsächlich Einflüsse der lokalen Rahmenbedingungen auf die Einstellungen der Bürger vorliegen, die sich wiederum besonders stark in Unterschieden bei den Einstellungen gegenüber der lokalen Politik manifestieren. Da aber nicht nur kontextbedingte Effekte zu erwarten sind, müssen bei der Erklärung der Einstellungen auch individuelle Einflussfaktoren kontrolliert werden. Im folgenden Abschnitt wird zunächst begründet und mit Hilfe bivariater Korrelationen geprüft, von welchen Kontextfaktoren Einflüsse auf die jeweiligen Einstellungen zu erwarten sind. Im Anschluss daran werden individuelle Erklärungsfaktoren zur Kontrolle hinzugezogen, um die Makroeffekte mit Hilfe von Mehrebenenanalysen auf ihre Robustheit hin zu testen. Abschließend wird untersucht, ob neben möglichen Niveau-Effekten (Random-Intercept) auch Unterschiede in der Stärke bestimmter Effekte in Abhängigkeit von der jeweiligen Ortsgröße vorliegen (Cross-Level-Interaktionen).

3.1 Einflüsse des lokalen Kontexts auf die Zufriedenheit mit der Politik

Von welchen Rahmenbedingungen sind Effekte auf die Zufriedenheit der Befragten mit der Politik zu erwarten? Wie bereits in Kapitel 1 erläutert wurde, liegt das Augenmerk auf drei lokalen Kontextaspekten: dem jeweiligen politischen (1), dem gesellschaftlichen (2) und dem wirtschaftlichen Umfeld (3). Bezogen auf das politische Umfeld (1) können zwei theoretische Begründungen mit der Zufriedenheit der Bevölkerung in Zusammenhang gebracht werden: Zum einen dürften die *Leistungen der lokalen Politik* in einem direkten positiven Zusammenhang mit der politischen Zufriedenheit der Befragten stehen. Dieser Zusammenhang sollte bezogen auf die lokalen Einstellungen besonders stark sein, weil die Leistungen lokaler Politik auf Grund der Nähe der Bürger zu den Problemen und den Entscheidungsträgern einfacher wahrnehmbar und bewertbar sein dürften und einfacher den entsprechenden Entscheidungsträgern zuzuordnen sind. In Kommunen mit einer guten Leistungsbilanz der Politik müsste die Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Politik deutlich besser sein als in Kommunen mit einer schlechten politischen Leistungsbilanz. Gemessen wird die Performanz lokaler Politik (P) in den folgenden Analysen über vier Indikatoren: die durchschnittliche Bewertung der Befragten, in wie weit die Gemeinde die Bürger über kommunale Planungen informiert, inwieweit die Gemeinde Bürger an kommunalen Planungen beteiligt und inwieweit die Gemeinde verantwortungsbewusst mit öffentlichen Geldern umgeht.[3]

Ein zweiter Begründungsstrang im Zusammenhang mit dem politischen Umfeld leitet sich aus dem Vorliegen politischer Konflikte und deren Verarbeitung durch die Politik ab. Aus der Demokratieforschung ist bekannt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung ein *konsensualer Politikstil* (K) deutlich mehr Zustimmung findet als ein Politikbild, in dem Interessenwettstreit und Konflikt an der Tagesordnung ist. Dies ma-

[3] Die Bewertungen der Leistungen der Gemeinden wird über die Fragen 6a, 6d und 6f im Fragebogen (vgl. Anhang) erhoben.

nifestiert sich z. B. in der Unterstützung unterschiedlicher demokratischer Wertvorstellungen: So werden demokratische Werte wie die Meinungsfreiheit von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt. Deutlich mehr Vorbehalte haben die Bürger dagegen gegenüber Demokratieprinzipien wie der Akzeptanz einer aktiven Opposition oder der Akzeptanz des Wettstreits unterschiedlicher Interessen (vgl. mit Daten für die BRD z. B. Gabriel 2005, S. 491ff.). Übertragen auf die lokale Politik heißt das, dass die Zufriedenheit der Bürger mit der Politik vermutlich dann hoch ist, wenn lokale politische Entscheidungsprozesse eher konfliktfrei verlaufen und Konsens die lokale Politik bestimmt. Die Präsenz von Konflikten in der lokalen Politik wird in den folgenden Analysen über die durchschnittliche Zahl der Gruppen im Rat gemessen,[4] die Zahl der Bürgerentscheide zwischen 1993 und 2009 sowie die Zahl der Ortsbeiräte in der Gemeinde. Dabei steht letzterer Indikator für die Folgen der Gebietsreformen in den 1970er Jahren, die häufig mit starken Widerständen in den Kommunen verbunden waren, die eingemeindet werden sollten. Der damit verbundene Konflikt könnte noch heute latent vorhanden sein, warum die Zahl der Ortsbeiräte hier als Indikator für Konflikt verwendet wird.

Die Begründung von Einflüssen des gesellschaftlichen Umfelds (2) auf die Politikzufriedenheit ist hiermit verwandt: Wird die Begründung von eben weiter geführt, müsste sich auch der *Grad an gesellschaftlicher Homogenität (H)* – der vermutlich mit dem Grad an politischem Konflikt zusammenhängt – in der Zufriedenheit mit der lokalen Politik niederschlagen. Das heißt, je homogener die lokalen gesellschaftlichen Interessen sind, umso konfliktfreier dürfte die Verarbeitung lokaler Interessen verlaufen und umso positiver müsste die Zufriedenheit mit der lokalen Politik sein. Die Homogenität des gesellschaftlichen Umfelds wird in den folgenden Analysen empirisch abgebildet durch die logarithmierte Ortsgröße[5] sowie den Ausländeranteil vor Ort.[6]

Neben dem Homogenitätsansatz dürfte zweitens in Anlehnung an die *Sozialkapital*-Überlegungen von Robert Putnam (1993, 2000) nicht nur das Vertrauen der Bürger in die Politik mit der Intensität sozialer Interaktionen vor Ort zunehmen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass dichte soziale Netzwerke und eine damit verbundene hohe soziale Integrationskapazität der lokalen Gemeinschaft (SI) auch mit einer intensiven Involvierung der politischen Entscheidungsträger verbunden sind. Dieser direkte Kontakt zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern wiederum sollte das gegenseitige Verständnis und die Responsivität lokaler Politik stärken und damit insgesamt zur Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Politik beitragen. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass soziale Netzwerke und eine hohe soziale Integrationskapazität auch mit einem stärkeren Gefühl sozialer Sicherheit einhergehen, das wiederum die Erwartungen an die Politik reduzieren und damit zu einer größeren Zufriedenheit mit der loka-

[4] Dabei handelt es sich um den Mittelwert der Gruppenzahl aus den Jahren 1977, 1981, 1985, 1989, 1993, 1997, 2001, und 2006.

[5] Die Einwohnerzahl wird logarithmiert, um die Schiefe in der Verteilung der Ortsgröße auszugleichen (vgl. hierzu auch Dahl u. Tufte 1974, S. 20).

[6] Bei beiden Indikatoren handelt es sich um Durchschnittswerte, die sich auf die Jahre von 2000 bis 2008 beziehen.

len Politik führen dürfte. Diese direkten Effekte der sozialen Integrationskapazität vor Ort dürften durch einen indirekten Effekt ergänzt werden: Dadurch dass gegenseitiges Verständnis und Vertrauen effizientes Entscheiden erleichtern, wird wiederum die Leistungsfähigkeit lokaler Politik gestärkt. Die soziale Integrationskapazität wird operationalisiert über bestehende Netzwerke in Form von Vereinen, die durchschnittliche Wohndauer vor Ort, das durchschnittliche Gefühl lokaler Verbundenheit, die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem lokalen Sozialumfeld, die durchschnittliche Beurteilung der Integration ausländischer Mitbürger sowie die durchschnittliche Beurteilung der Beziehung zu den eigenen Nachbarn.[7]

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Umfelds im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Politik (3) lässt sich schließlich ableiten aus der Vermutung, dass in einem *wirtschaftlich gut aufgestellten Umfeld* (W) einerseits die Anforderungen der Bürgerschaft an Politik geringer sind. Andererseits kann die Politik selbst den größeren finanziellen Gestaltungsspielraum nutzen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen und somit die Zufriedenheit mit der Politik zu erhöhen. Die Stärke des wirtschaftlichen Umfelds wird operationalisiert über die durchschnittliche Gewerbesteuer pro Kopf, den durchschnittlichen Schuldenstand der Gemeinde pro Einwohner, die durchschnittliche Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Wirtschaft, die Arbeitslosenquote sowie den Anteil an Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1.100 Euro im Jahr 2008.[8]

Die genannten Überlegungen beziehen sich auf die Zusammenhänge zwischen lokalen Rahmenbedingungen und der Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Politik. Auf Grund der starken Politikverflechtung im politischen System der Bundesrepublik ist es plausibel, dass sich lokale Rahmenbedingungen nicht nur auf die Beurteilung der Politik vor Ort, sondern auch auf die Beurteilung der Politik auf höheren Systemebenen auswirken. Insgesamt sollten die Effekte bezogen auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit allerdings deutlich geringer sein, weil nur eine indirekte Beziehung zwischen der Situation vor Ort und den jeweiligen Bewertungsobjekten besteht. Für die folgenden Analysen wurden alle Indikatoren auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 recodiert, wobei 0 der Wert für die Gemeinde ist, die im Hinblick auf die jeweilige Variable den geringsten Wert aufweist und 1 der Wert für die Gemeinde mit dem jeweils höchsten Wert. Dieselbe Recodierung wurde für die drei abhängigen Zufriedenheitsmessungen vorgenommen, die ebenfalls von 0 bis 1 reichen.

Nach den bivariaten Korrelationen auf Makroebene (vgl. Tabelle 4, s. S. 370) stehen in der Tat drei Aspekte des politischen, des gesellschaftlichen und des wirtschaft-

---

[7] Die Vereinsdichte setzt die Anzahl der Vereine einer Gemeinde in Relation zur Einwohnerzahl. Ein Verein kommt auf die angegebene Zahl an Bürgern. Für den genauen Fragewortlaut der übrigen Indikatoren vgl. im Fragebogen (Anhang) die Fragen 1 (Wohndauer vor Ort), 15a (lokale Verbundenheit), 6c, 6g, 6e (Bewertung lokales Freizeitangebot und Integration ausländischer Mitbürger), 7a, 7b und 7c (Kontakte zu Nachbarn).

[8] Bei der Gewerbesteuer und dem Schuldenstand pro Kopf handelt es sich um Durchschnittswerte der Jahre 2000 bis 2008; die Arbeitslosenquote bezieht sich auf den Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009; die Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Wirtschaft wird gemessen über die Aggregation der Antworten pro Gemeinde auf Frage 6h im Fragebogen (vgl. Anhang).

Tabelle 4: Lokale, nationale und europäische Politikzufriedenheit in Abhängigkeit von verschiedenen Kontextmerkmalen (Makrokorrelationen: Pearson's r)

Indikatoren zur Operationalisierung der Erklärungskomplexe	Lokale Politikzufriedenheit	Nationale Politik-zufriedenheit	Europäische Politik-zufriedenheit
Politisches Umfeld			
Politik informiert agg. (P)	0,82**	0,51**	0,46*
Politik geht verantw. mit Geld um agg. (P)	0,74**	0,42*	0,44*
Politik beteiligt Bürger agg. (P)	0,85**	0,50**	0,45*
Zahl Gruppen im Rat (K)	-0,10	0,15	0,09
Bürgerentscheide (K)	-0,09	0,04	0,01
Zahl Ortsbeiräte (K)	-0,25	-0,18	-0,23
Gesellschaftliches Umfeld			
Logaritm. Ortsgröße (H)	-0,21	0,14	0,03
Ausländeranteil (H)	-0,21	0,16	0,10
Vereinsdichte (SI)	0,14	0,28	0,27
Durchschnittliche Wohndauer vor Ort (SI)	-0,22	-0,26	-0,30
Durchschnittliche lokale Verbundenheit (SI)	0,61**	0,09	0,09
Durchschn. Zufried. lokales Sozialumfeld (SI)	0,61**	0,37	0,21
Durchschnittl. Integration Ausländer (SI)	0,43*	0,09	0,06
Durchschnittl. Kontakte zu Nachbarn (SI)	-0,03	-0,28	-0,25
Wirtschaftliches Umfeld			
Gewerbesteuer pro Kopf (W)	-0,33	0,08	-0,02
Schuldenstand je Einwohner (W)	-0,28	-0,32	-0,36
Durchschn. Zufried. mit lok. Wirtschafts. (W)	0,48*	0,69**	0,56**
Arbeitslosenquote (W)	-0,51**	-0,32	-0,27
HHnettoeink. < 1.100 Euro (W)	-0,46*	-0,55**	-0,51**
N	28	28	28

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; alle abhängigen und unabhängigen Variablen sind auf den Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert; die Angaben in Klammern beziehen sich auf den jeweiligen theoretischen Erklärungszusammenhang: P = Lokale Politikperformanz; K = Präsenz von politischem Konflikt; H = gesellschaftliche Homogenität; SI = Soziale Integrationskapazität; W = wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

lichen Umfelds mit der Zufriedenheit mit der lokalen Politik in Verbindung: Im Hinblick auf das politische Umfeld ist es die lokale Politikperformanz (P), bei der – wie erwartet – ein starker und positiver Zusammenhang mit der lokalen Politikzufriedenheit besteht. Stark und positiv sind auch die Zusammenhänge zwischen der sozialen Integrationskapazität (SI) vor Ort und der Zufriedenheit mit der lokalen Politik. Drittens ist das wirtschaftliche Umfeld (W) wichtig für die Zufriedenheit mit der lokalen Politikzufriedenheit: Je besser das wirtschaftliche Umfeld in einer Gemeinde ist, umso zufriedener sind die Bürger mit der jeweiligen Politik. Die Zufriedenheiten mit der nationalen und der europäischen Politik hängen wie erwartet weniger stark von lokalen Kontextfaktoren ab. Sie verändern sich in Abhängigkeit von der lokalen Politikperformanz und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Keine Beziehung besteht dagegen zwischen den beiden Zufriedenheitsindikatoren und der sozialen Integrationskapazität.

3.2 Kontexteinflüsse unter Kontrolle individueller Erklärungsfaktoren

Um zu klären, ob die beschriebenen bivariaten Zusammenhänge auf Kompositionseffekte der jeweiligen Kommunen zurückzuführen sind, oder ob es sich dabei tatsächlich um Einflüsse des jeweiligen Kontexts handelt, werden nun Mehrebenenanalysen

durchgeführt, in denen neben den betrachteten Makroindikatoren auch individuelle Eigenschaften der Befragten kontrolliert werden. Mehrebenenanalysen sind hierzu die adäquate Methode, da sie individuelle und kontextbedingte Erklärungen miteinander verbinden (vgl. Kapitel 1 dieses Bands; Bickel 2007; Hox 2002; Snijders u. Bosker 1999).

Die ersten Nullmodelle, die für die drei Zufriedenheitsindizes berechnet werden, zeigen, dass im lokalen Kontext tatsächlich ein Teil der Erklärung für die Unterschiede in den Einstellungen liegt (vgl. Tabelle 5). Der bei weitem größte Teil der Einstellungsunterschiede in der lokalen, nationalen und europäischen Politikzufriedenheit ist allerdings auf Individualmerkmale der Befragten zurückzuführen (etwa 95 bis 99 Prozent). Bezogen auf die lokalen Einstellungen sind die lokalen Rahmenbedingungen immerhin für etwa fünf Prozent der Gesamtvarianz verantwortlich. Das ist kein hoher Varianzanteil. Aber er ist signifikant und – er übertrifft bei weitem die Einflüsse, die von den lokalen Rahmenbedingungen auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit ausgehen. Dort ist der entsprechende Varianzanteil zwar ebenfalls signifikant, liegt aber unter einem Prozent.[9]

Tabelle 5: Individuelle und kontextuelle Varianzanteile lokaler, nationaler und europäischer Politikzufriedenheit

	Lokale Politikzufriedenheit	Nationale Politikzufriedenheit	Europäische Politikzufriedenheit
Konstante	0,65***	0,60***	0,55***
Varianzkomponenten			
Individualebene (σ^2)	0,032	0,032	0,033
Kontextebene (T_{00})	0,002	0,000	0,000
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,057	0,007	0,004
N	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; alle abhängigen und unabhängigen Variablen sind auf den Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert.

Zur Kontrolle der individuellen Einflussfaktoren bieten sich vier Erklärungskomplexe an: (1) die individuelle Bewertung der lokalen Politik, (2) die individuelle Ressourcenausstattung, (3) die politische Involvierung der Bürger und (4) die Integration der Befragten in soziale Netzwerke.[10] Ähnlich wie bei den Makroeinflüssen ist auch bezogen auf die Individualebene davon auszugehen, dass die Bewertung der lokalen Politik eng mit der jeweiligen lokalen Politikzufriedenheit zusammenhängt. Wenn ein Bürger die Performanz der lokalen Politik positiv bewertet, liegt es auf der Hand, dass

[9] Die Fallzahl der Mehrebenenmodelle liegt mit 8.325 deutlich unter der Ausgangsfallzahl. Die Reduktion hat damit zu tun, dass bei Mehrebenenmodellen alle Fälle mit fehlenden Werten von der Analyse ausgeschlossen werden müssen. Überdurchschnittlich viele fehlende Anworten gab es bei Frage 6f zum Umgang der Gemeinde mit Geld. Ansonsten verteilten sich die fehlenden Antworten unauffällig auf die übrigen Variablen.

[10] Das Vertrauen in die politischen Institutionen als möglicher Indikator der Nähe zur Politik bleibt bei diesen Analysen bewusst unberücksichtigt, weil es theoretisch zu eng mit der Zufriedenheit in die politischen Institutionen zusammenhängt und eine entsprechende Erklärung die Gefahr der Tautologie in sich birgt.

die Zufriedenheit mit der lokalen Politik entsprechend positiv ausfällt und umgekehrt. Diese Bewertung wird auf Individualebene über die bereits zuvor genannten Items operationalisiert: die Beurteilung der Information der Bürger durch die lokale Politik, der Beteiligung an Planungsprozessen vor Ort sowie der Einschätzung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld.[11] Die Kontrolle der individuellen Ressourcenausstattung der Befragten ist wichtig, weil damit mehr oder weniger Ansprüche an kommunale Leistungen in Verbindung stehen dürften, die von der lokalen Politik wiederum mehr oder weniger gut befriedigt werden. Operationalisiert wird die individuelle Ressourcenausstattung über den jeweils höchsten Bildungsabschluss sowie die individuelle Schichteinstufung.[12] Politische Involvierung meint die subjektive Nähe einer Person zur Politik. Sie stellt ebenfalls eine wichtige Kontrollvariable in diesem Zusammenhang dar. Einerseits ist zu vermuten, dass eine stärkere politische Involvierung mit politischer Zufriedenheit einhergeht. Allerdings wissen wir mittlerweile, dass die Zufriedenheit mit der Politik stark davon abhängt, ob die von einer Person präferierten politischen Parteien an der Regierung beteiligt sind oder nicht (vgl. Anderson u. Guillory 1995). Da mittlerweile auch in Hessen die Bürgermeister direkt von den Bürgern gewählt werden, die politische Ausrichtung der Bürgermeister durch die vorliegenden Daten jedoch nicht abgebildet werden, kann die politische Nähe/Distanz der Befragten zur lokalen Exekutive hier nicht adäquat umgesetzt werden. Nichtsdestotrotz wird die politische Involvierung als Kontrollvariable berücksichtigt, gemessen über das Vorhandensein einer Parteiidentifikation sowie das Interesse an lokaler Politik.[13] Die Integration der Befragten in soziale Netzwerke vor Ort bzw. ihre Zufriedenheit mit dem lokalen Sozialleben (vgl. Putnam 1993, 2000) werden diesmal als Kontrollvariablen auf Individualebene in die Analysen integriert. Auf individueller Ebene wird die Einbindung in soziale Netzwerke gemessen über die Zufriedenheit mit dem lokalen Sozialleben, die Wohndauer vor Ort, die Mitgliedschaft in einem lokalen Verein, die lokale Verbundenheit, Kontakte mit den Nachbarn sowie die Kirchgangshäufigkeit.[14]

Die individuellen Kontrollfaktoren erklären die Zufriedenheit mit der lokalen Politik deutlich besser als die Zufriedenheit mit der nationalen bzw. der europäischen Politik. Dies zeigt sich an der Reduktion der Varianzkomponenten auf der Individualebene zwischen den jeweiligen Nullmodellen und den Modellen in Tabelle 6. Dies erstaunt

---

[11] Vgl. hierzu im Fragebogen im Anhang die Fragen 6a, 6d und 6f (Beurteilung der Leistungen der lokalen Politik und Verwaltung).

[12] Vgl. hierzu im Fragebogen im Anhang die Fragen 45 und 46 (Bildungsabschluss) sowie die Fragen 51 und 52 (Schichteinstufung).

[13] Vgl. hierzu im Fragebogen im Anhang die Fragen 32 (Parteiidentifikation) und 9b (lokales Politikinteresse).

[14] Vgl. zu den Fragewortlauten im Fragebogen im Anhang die Fragen 6c und 6g (additiver Index zur Zufriedenheit mit dem lokalen Sozialleben), die Frage 1 (Wohndauer vor Ort), die Fragen 26a bis 26m (Summenindex Mitgliedschaft in einem lokalen Verein), Frage 15a (lokale Verbundenheit), die Fragen 7a, 7b und 7c (additiver Index bzgl. der Kontakte mit den Nachbarn) und Frage 42 (Kirchgangshäufigkeit). Auch hier wurden die Antwortvorgaben zu den einzelnen Variablen oder Indizes so recodiert, dass der Wert 0 immer der niedrigste Wert bzw. die geringste Ausprägung ist und 1 der höchste Wert bzw. die positivste Ausprägung.

Tabelle 6: Lokale, nationale und europäische Politikzufriedenheit in Abhängigkeit von individuellen Erklärungsfaktoren

	Lokale Politikzufriedenheit	Nationale Politikzufriedenheit	Europäische Politikzufriedenheit
Konstante	0,23***	0,27***	0,31***
Individuelle Politikbewertung			
Politik informiert Bürger	0,11***	0,03*	0,04**
Politik verantwortlich mit Geld	0,18***	0,12***	0,08***
Politik beteiligt Bürger	0,11***	0,07***	0,08***
Individuelle Ressourcen			
Höchster Bildungsabschluss	-0,02**	0,03***	-0,01
Schichtzugehörigkeit	0,04***	0,09***	0,08***
Politische Involvierung			
Parteiidentifikation	0,02***	0,03***	0,02***
Interesse an kommunaler Politik	-0,02**	-0,01	-0,03**
Soziale Integration			
Zufried. mit lokalem Sozialleben	0,05***	0,03*	0,02
Wohndauer vor Ort	-0,05***	-0,04***	-0,10***
Mitglied in lokalem Verein	-0,01	-0,06***	-0,05**
Lokale Verbundenheit	0,22***	0,15***	0,13***
Kontakte zu Nachbarn	-0,00	0,01	0,02**
Kirchgangshäufigkeit	0,04***	0,07***	0,05***
Varianzkomponenten			
Individualebene (σ^2)	0,01	0,03	0,03
Kontextebene (T_{00})	0,00	0,00	0,00
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,019	0,012	0,011
N	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$; alle abhängigen und unabhängigen Variablen sind auf den Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert.

nicht, da es sich bei den Erklärungskomponenten primär um Einstellungen mit kommunalem Bezug handelt. Darüber hinaus hängt die Zufriedenheit mit der lokalen Politik besonders stark davon ab, wie gut ein Individuum die lokale Politikperformanz beurteilt. Ähnliches gilt für die Verbundenheit einer Person mit der lokalen Gemeinschaft, die maßgeblich zu einer positiven Beurteilung der lokalen Politik beiträgt. Die lokale Verbundenheit ist damit der einzige Indikator der zahlreichen Operationalisierungen sozialer Integration, der für die Erklärung der lokalen Politikzufriedenheit relevant ist. Die übrigen Faktoren sind in der Regel zwar auch signifikant. Ihr Einfluss auf die lokale Politikzufriedenheit ist jedoch nahezu vernachlässigbar. Dies gilt für die Nähe der Befragten zur Politik (Politische Involvierung) ebenso wie für die individuelle Ressourcenausstattung. Letzteres ist dennoch von Bedeutung, weil damit deutlich wird, dass eine geringe Ressourcenausstattung damit nicht automatisch mit politischer Unzufriedenheit einhergeht.

Die im Individualmodell enthaltenen Faktoren reduzieren die noch in den Nullmodellen auf der Individualebene bestehende Varianz deutlich. Sie reduzieren aber auch die Varianz auf der Kontextebene. Das heißt, ein Teil der zuvor festgestellten Unterschiede zwischen den Kommunen ist auf die Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung zurückzuführen, oder aber die nun auf Individualebene eingeführten Erklärungen sind inhaltlich kongruent mit einem Teil der zuvor auf Kontextebene gemessenen Varianz und ersetzen diese, was zum Beispiel bei der individuellen Bewertung der lo-

kalen Politikperformanz plausibel wäre. Der Anteil an Zufriedenheitsvarianz, der weiterhin durch den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext erklärt werden kann, ist nochmals deutlich zurückgegangen und beträgt nun noch 1,9 Prozent im Hinblick auf die lokale Politikzufriedenheit und 1,2 bzw. 1,1 Prozent im Hinblick auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit.

Im nächsten Schritt werden die individuellen und kontextuellen Erklärungsfaktoren gemeinsam in ein Erklärungsmodell aufgenommen. Damit sich die Komplexität dieser Analysen reduziert und darüber hinaus im nächsten Schritt abschließend mögliche Cross-Level-Interaktionen untersucht werden können, beschränke ich mich bei der Auswahl der verwendeten unabhängigen Variablen auf die im jeweiligen Ansatz relevantesten Größen (vgl. Tabelle 4 und Tabelle 6) oder ich bilde Indizes, wie im Fall der drei Bewertungsindikatoren lokaler Politikperformanz.[15]

In Tabelle 7 sind für die lokale, die nationale und die europäische Politikperformanz jeweils vier Mehrebenenmodelle dargestellt. Beim ersten Modell handelt es sich zum Vergleich nochmals um das jeweilige Nullmodell. Modell 2 beinhaltet ausschließlich die vier zentralen Erklärungskomponenten der Individualebene. In Modell 3 sind zusätzlich vier zentrale Erklärungsvariablen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds enthalten. In Modell 4 werden abschließend Cross-Level-Interaktionen modelliert. Sie unterstellen, dass in Abhängigkeit von der jeweiligen Ortsgröße einige Erklärungsfaktoren der Individualebene ihren Einfluss verändern. Diesen Effekten liegt die Annahme zugrunde, dass sich soziale Prozesse und soziales Verhalten zwischen kleinen Gemeinden einerseits und Großstädten andererseits deutlich voneinander unterscheiden, was mit der Nähe zueinander und dem Kontakt untereinander in Verbindung steht (vgl. z. B. Oliver 2000).

Die Ergebnisse bestätigen erneut die Individualeffekte der lokalen Politikbewertung und der sozialen Integration vor Ort: Den bei weitem stärksten positiven Einfluss auf die lokale Politikzufriedenheit der Menschen hat ihre Beurteilung der jeweiligen Politikperformanz: Die Menschen sind umso zufriedener mit der lokalen Politik, je positiver sie deren Leistungen beurteilen. Der zweite starke Einfluss geht von der lokalen Verbundenheit der Menschen aus, die ihre Zufriedenheit mit der lokalen Politik ebenfalls stärkt. Die lokale Verbundenheit selbst ist wiederum eng verbunden mit der Wohndauer vor Ort und der Integration in die Nachbarschaft (hier nicht explizit ausgewiesen), so dass insgesamt ein signifikanter Einfluss der sozialen Integration auf die

[15] Auf der Individualebene werden die folgenden Operationalisierungen der unabhängigen Variablen vorgenommen: Lokale Performanzbewertung = Mittelwertindex aus den Fragen 6a, 6d und 6f; Ressourcenausstattung = Schichtzugehörigkeit (Fragen 51 und 52); Politische Involvierung = Vorliegen einer Parteiidentifikation (Frage 32); Soziale Integration = Lokale Verbundenheit (Frage 15a). Auf der Kontextebene werden die unabhängigen Variablen wie folgt operationalisiert: Politisches Umfeld = Mittelwertindex aus den drei durchschnittlichen Bewertungen lokaler Politik (Fragen 6a, 6d und 6f); Gesellschaftliches Umfeld: Homogenität = Ortsgröße (ln); Gesellschaftliches Umfeld: lokale Verbunden- und Zufriedenheit = Mittelwertindex aus den durchschnittlichen Bewertungen des lokalen Freizeitangebots, des lokalen Vereinslebens und der lokalen Verbundenheit (Fragen 6c, 6g und 15a); Wirtschaftliches Umfeld = durchschnittliche Zufriedenheit mit der lokalen Wirtschaftslage (Frage 6h). Alle Variable oder Indizes sind wiederum von 0 bis 1 codiert.

Tabelle 7: Die Erklärung lokaler, nationaler und europäischer Politikzufriedenheit durch individuelle und kontextuelle Einflussfaktoren

	Lokale Politikzufriedenheit				Nationale Politikzufriedenheit				Europäische Politikzufriedenheit			
Konstante	0,65***	0,23***	0,19***	0,16***	0,60***	0,29***	0,31***	0,29***	0,55***	0,30***	0,33***	0,32***
Individualeffekte												
Lokale Politikperformanz	–	0,41***	0,41***	0,45***	–	0,22***	0,22***	0,22***	–	0,21***	0,22***	0,22***
Ressourcenausstattung	–	0,03***	0,03***	0,04**	–	0,10***	0,10***	0,12***	–	0,08***	0,09***	0,10***
Politische Involvierung	–	0,02***	0,02***	0,02**	–	0,03***	0,03***	0,04***	–	0,01***	0,01***	0,02***
Soziale Integration	–	0,22***	0,22***	0,24***	–	0,14***	0,15***	0,16***	–	0,11***	0,11***	0,09***
Kontexteffekte												
Politisches Umfeld: Politikperformanz	–	–	0,02	0,02	–	–	-0,06*	-0,06*	–	–	-0,07**	-0,07**
Gesell. Umfeld: Ortsgröße (ln)	–	–	0,04*	0,12***	–	–	0,00	0,04	–	–	-0,01	0,00
Gesell. Umfeld: Lokale Verbunden- und Zufriedenheit	–	–	0,05***	0,05***	–	–	-0,01#	-0,02#	–	–	-0,02*	-0,02*
Wirtschaftliches Umfeld: Zufriedenheit	–	–	-0,03	-0,03	–	–	0,04*	0,04*	–	–	0,03*	0,03*
Cross-Level-Interaktionen												
Ortsgröße x Lokale Politikperformanz	–	–	–	-0,09***	–	–	–	0,02	–	–	–	-0,02
Ortsgröße x Ressourcenausstattung	–	–	–	-0,00	–	–	–	-0,04	–	–	–	-0,04
Ortsgröße x Soziale Integration	–	–	–	0,04#	–	–	–	-0,03	–	–	–	0,04
Ortsgröße x Involvierung	–	–	–	0,00	–	–	–	-0,02*	–	–	–	-0,02*
Varianzkomponenten												
Individualebene (σ^2)	0,03	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Kontextebene (T_{00})	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,057	0,019	0,010	0,010	0,007	0,010	0,003	0,003	0,004	0,008	0,003	0,003
N	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28	8.235 / 28

Anmerkungen: Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: # = p < 0,10 ; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001; alle abhängigen und unabhängigen Variablen sind auf den Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert; zur Operationalisierung der unabhängigen Variablen vgl. Fußnote 5.

lokale Politikzufriedenheit konstatiert werden muss, der sich – wenngleich deutlich schwächer – auch in der nationalen und der europäischen Politikzufriedenheit wiederfindet.

Was passiert, wenn die lokalen Kontextfaktoren zusätzlich in das Erklärungsmodell integriert werden? Zunächst gibt es keine einheitlichen und deutlichen Effekte des Kontexts auf alle drei Zufriedenheitsindikatoren. Der lokale Kontext wirkt so gut wie nicht auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit. Anderes gilt für die lokale Politikzufriedenheit: Die politische Performanzbewertung, die zuvor auf Makroebene die stärksten bivariaten Korrelationen mit der Politikzufriedenheit aufwies, ist jetzt zwar insignifikant. Offenbar wird der Effekt komplett über die individuelle Messung der Politikzufriedenheit aufgefangen, so dass politische Performanzeffekte auf der Makroebene nicht mehr erkennbar sind. Auch Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem jeweiligen wirtschaftlichen Umfeld haben keinen Einfluss mehr auf die Zufriedenheit mit der lokalen Politik. Was sich aber deutlich in unterschiedlichen Niveaus lokaler Politikzufriedenheit niederschlägt sind unterschiedliche Niveaus lokaler Verbundenheit zwischen den Gemeinden: Die Menschen sind signifikant zufriedener mit der lokalen Politik, wenn sie sich in ihrem sozialen Umfeld integriert und mit ihm verbunden fühlen. Dieser Effekt ist ausschließlich auf die lokale Politikzufriedenheit bezogen. Er lässt sich nicht auf die nationale oder die europäische Politikzufriedenheit übertragen. Unabhängig davon ergibt sich im komplexen Erklärungsmodell doch ein Einfluss der Ortsgröße auf die Politikzufriedenheit, die in größeren Städten etwas höher ist als in kleinen Kommunen. Insgesamt aber muss nochmals konstatiert werden, dass die reinen Kontexteffekte sehr gering sind.

Im letzten Schritt geht es um die Frage, ob sich die Effektstärken individueller Einflussfaktoren in Abhängigkeit von der jeweiligen Ortsgröße verändern. Angesichts der Erfahrungen der lokalen Politikforschung, dass politische Prozesse in Dörfern einerseits und Großstädten andererseits sehr unterschiedlich ablaufen, liegt die Vermutung nahe, dass auch die Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger je nach Ortsgröße unterschiedlichen Prägungen unterliegen. Da dieses Forschungsfeld bislang noch unbearbeitet ist, werden an dieser Stelle lediglich induktiv vier Cross-Level-Interaktionen im Mehrebenenmodell modelliert, bei denen alle Individualeinflüsse in Abhängigkeit von der jeweiligen Ortsgröße gesetzt werden. Und in der Tat scheinen Unterschiede der individuellen Erklärungskomponenten in Abhängigkeit von der Ortsgröße vorzuliegen. Dies betrifft besonders die Bewertung der lokalen Politikperformanz, die auf Individualebene mit Abstand den stärksten positiven Effekt auf die lokale Politikzufriedenheit hat: Mit zunehmender Ortsgröße wird dieser Effekt jedoch kleiner. Die Effektveränderung ist im Ausmaß nicht groß. Sie bedeutet aber, dass die Politikzufriedenheit in Großstädten weniger stark von der jeweiligen Performanzbewertung abhängt als in kleineren Gemeinden, was unter Umständen mit einer besseren Wahrnehmung und Zurechenbarkeit politischer Leistungen auf Grund des direkteren Kontakts in kleinen Kommunen zu tun haben könnte. Der Effekt ist hochsignifikant und weist auf eine neue und vor allem theoretisch noch unzureichend durchdachte Richtung noch zu bearbeiteter Fragestellungen im Zusammenhang mit der Frage von „Size and

Democracy“ hin (Dahl u. Tufte 1974; Oliver 2000, 2001; Denters 2002; Frandsen 2002; Rose 2002).

4 Einflüsse des lokalen Kontexts über die lokale Ebene hinaus

Im letzten Teil dieses Beitrags geht es um die Frage, ob der lokale Kontext und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik auch über die Kommunen hinaus auf Einstellungen gegenüber der Politik einwirken können und somit über die kommunale Politik hinaus gegebenenfalls die Unterstützung der Demokratie gestärkt werden könnte. Dass es hierfür plausible Vermutungen gibt, war in der Einleitung ausgeführt worden. Zwar kann mit Hilfe der vorliegenden Querschnittsdaten nicht geprüft werden, ob eine Kausalbeziehung zwischen lokalen Einstellungen einerseits und Einstellungen gegenüber höheren Systemebenen andererseits besteht. Dennoch können die Zusammenhänge zwischen lokalen, nationalen und europäischen Orientierungen ermittelt werden, die eine Grundvoraussetzungen für möglicherweise bestehende positive bottom-up Spillover-Effekte sind.

In zweierlei Hinsicht wird die Annahme gestützt, dass die lokale Ebene Auswirkungen auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit hat. Erstens geht aus Tabelle 7 hervor, dass vor allem die auf Individualebene gemessene Bewertung der lokalen Politikperformanz sowie das Gefühl lokaler Verbundenheit vergleichsweise starke und positive Effekte auch auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit haben. Diese Effekte sind zwar schwächer als im Fall der lokalen Politikzufriedenheit. Sie sind aber wiederum wesentlich stärker als die Einflüsse, die von der persönlichen Ressourcenausstattung und der politischen Involvierung auf die nationale und europäische Politikzufriedenheit ausgehen. Der zweite Grund für mögliche positive Spillover-Effekte ist die Tatsache, dass alle drei Zufriedenheitsorientierungen hoch und positiv miteinander korrelieren: So besteht zwischen der lokalen und der nationalen Politikzufriedenheit ein Zusammenhang von Pearson’s r = 0,60. Zwischen der lokalen und der europäischen Politikzufriedenheit beträgt der Zusammenhang Pearson’s r = 0,53 (vgl. Tabelle 3). Diese Korrelationen lassen darauf schließen, dass hier eine Beeinflussung in die eine oder andere Richtung möglich ist, auch wenn man entsprechende Wirkungsrichtungen mit dem vorhandenen Datenmaterial nicht überprüfen kann. Dennoch gewinnen die hier vorgelegten Analysen damit an Bedeutung: Durch die Einstellungszusammenhänge ist zumindest eine Voraussetzung dafür gegeben, dass lokale Einstellungen sich auf die Einstellungen gegenüber höheren Systemebenen auswirken können.

5 Fazit

Welche Rolle spielt nun der kommunale Kontext für die Zufriedenheit der Bürger mit den lokalen Institutionen und der lokalen Demokratie? Die Mehrebenenanalysen haben gezeigt, dass die lokale, die nationale, aber auch die europäische Politikzufriedenheit

der Bürger primär von individuellen Eigenschaften der Befragten abhängen. Dennoch darf der Einfluss, den der politische Kontext auf die Einstellungen der Bürger zur Politik hat, nicht unterschätzt werden. Ein genauerer Blick zeigt, dass der Kontext sich in dreifacher Weise in der Zufriedenheit mit der lokalen Politik wiederspiegelt: Erstens sind es auf Individualebene vor allem die Bewertungen der lokalen Politikperformanz, die besonders stark zur Erklärung der Zufriedenheit beitragen. Auch wenn diese Erklärungen auf der Mikroebene bestätigt werden, steckt dahinter mit großer Wahrscheinlichkeit der jeweilige lokale Kontext, der die individuelle Beurteilung der lokalen Politikperformanz prägt. Zweitens werden Kontexteinflüsse durch signifikante Effekte sowohl der Ortsgröße, vor allem aber auch des lokalen Sozialumfelds bestätigt. Ein funktionierendes lokales Sozialgefüge, in dem sich die Bürger mit der Gemeinde verbunden fühlen und zufrieden sind, trägt unabhängig von der jeweils individuellen lokalen Verbundenheit ergänzend zu einer stärkeren Zufriedenheit mit der lokalen Politik bei. Der darüber hinaus bestehende signifikante und positive Effekt der Ortsgröße auf die Bewertung der lokalen Politik ist zunächst kontraintuitiv, denn in der Regel wird nach dem Motto „small is beautiful“ davon ausgegangen, Politik würde umso positiver beurteilt, je kleiner eine Gemeinde ist. Dass es jedoch auch entgegengesetzte Argumente gibt, haben Dahl und Tufte bereits 1974 (S. 13ff.) hervorgehoben. So argumentieren sie unter anderem, dass in größeren politischen Einheiten die Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik größer sind, weil wichtigere Entscheidungen getroffen werden. Gleichzeitig können differenziertere Meinungen entwickelt und zum Ausdruck gebracht werden, weil in der Regel mehr politische Alternativen zur Auswahl stehen. Drittens wirkt der Kontext in Form von Interaktionseffekten zwischen der Größe der jeweiligen Gemeinde und dem Einfluss der individuellen Bewertung der lokalen Politikperformanz auf die lokale Politikzufriedenheit. Je größer die Gemeinden sind, desto geringer ist der Einfluss der Politikbewertung auf die Politikzufriedenheit.

Als Fazit ist damit festzuhalten: Der Kontext spielt eine Rolle im Hinblick auf die lokale Politikzufriedenheit. Dieses Ergebnis ist per se relevant. Es gewinnt zudem an Bedeutung, wenn erstens berücksichtigt wird, dass Einstellungen zum lokalen Kontext auch positive Effekte auf die nationale und die europäische Politikzufriedenheit haben und zweitens die lokale Zufriedenheit hoch mit entsprechenden Einstellungen gegenüber der nationalen und europäischen Politik korreliert. Diese Korrelationen sind lediglich eine notwenige Bedingung dafür, dass Spillover-Effekte von der lokalen Ebene ausgehend „nach oben“ stattfinden können. Ob solche Effekte tatsächlich vorhanden sind, kann mit den vorliegenden Daten nicht festgestellt werden. Die Korrelationen können auch das Resultat einer entgegengesetzten Wirkungskette sein. Dennoch kann damit auf lokaler Ebene eine „Stellschraube“ liegen, um das Verhältnis der Bürger zur Politik positiv zu beeinflussen. Diese „Stellschraube“ scheint vor allem die Bewertung der lokalen Politikperformanz zu sein. Haben Bürger das Gefühl, von der lokalen Politik ausreichend informiert zu sein, ausreichend beteiligt zu werden und attestieren sie der lokalen Politik einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen, schlägt sich dies positiv in der Zufriedenheit mit der lokalen Politik nieder, die zumindest das Potenzial hat, auch über die lokalen Grenzen hinaus wirksam zu werden. Vor diesem

Hintergrund sind die aktuellen Debatten über die Reform der deutschen Gemeindeordnung nochmals in einem anderen Licht zu beurteilen, insofern als die Stärkung der Transparenz lokaler Politik und die Stärkung lokaler Bürgerbeteiligung dann auch für Einstellungen gegenüber der nationalen und der europäischen Politik an Bedeutung gewinnen.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1965. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little, Brown and Company.

Anderson, Christopher J., und Christine A. Guillory. 1997. Political Institutions and Satisfaction with Democray: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems. *American Political Science Review* 91: 66–81.

Bickel, Robert. 2007. *Multilevel Analysis for Applied Research. It's Just Regression*. New York: Guilford Press.

Dahl, Robert A. 1967. The City in the Future of Democracy. *American Political Science Review* 61: 953–970.

Dahl, Robert A. 1992. The Problem of Civic Competence. *Journal of Democracy* 3: 45–59.

Dahl, Robert A., und Edward R. Tufte. 1974. *Size and Democracy. Stanford*, Cal.: Stanford University Press.

Dalton, Russell J. 2007. *Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

Denters, Bas. 2002. Size and Political Trust: evidence from Denmark, the Netherlands, Norway and the United Kingdom. *Environment and Planning C: Government and Policy* 20: 793–812.

Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.

Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435–457.

Easton, David, und Jack Dennis. 1967. The Child's Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy. *American Political Science Review* 61: 25–38.

Frandsen, Annie G. 2002. Size and electoral participation in local elections. *Environment and Planning C: Government and Policy* 20: 853–869.

Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, Oscar W. 2005. Politische Einstellungen und politisches Verhalten. In *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann, 459–522. München: Oldenbourg.

Gabriel, Oscar W. 2010. Die Bürgergemeinde als neues Leitbild der Kommunalpolitik. Anspruch und Wirklichkeit. In *Die regierbare Stadt*, Hrsg. Wolfgang Schuster und Klaus-Peter Murawski, 164–194. Stuttgart: Kohlhammer.

Hesse, Joachim Jens. 1986. Erneuerung der Politik „von unten"? Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch. In *Erneuerung der Politik „von unten"?*, Hrsg. Joachim Jens Hesse, 11–25. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Heuß, Theodor. 1921. *Demokratie und Selbstverwaltung*. Berlin: Zentralverlag.

Hox, Joop J. 2002. *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. New York: Psychology Press.

Klingemann, Hans-Dieter, und Dieter Fuchs (Hrsg.). 1998. *Citizens and the State*. Oxford: Oxford University Press.

Kornberg, Allan, und Harold D. Clarke. 2011. *Citizens and Community: Political Support in a Representative Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Mill, John S. [1861] 1971. *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*. Paderborn: Schöningh.

Norris, Pippa. 2011. *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.

Oliver, J. Eric. 2000. City size and civic involvement in metropolitan America. *American Journal of Political Science* 94: 361–373.

Oliver, J. Eric. 2001. *Democracy in Suburbia*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.

Rose, Lawrence E. 2002. Municipal Size and Local Nonelectoral Participation: Findings from Denmark, the Netherlands and Norway. *Environment and Planning. C, Government and Policy* 20: 829–851.

Snijders, Tom A. B., und Roel J. Bosker. 1999. *Multilevel Analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London: Sage.

Tocqueville, Alexis de. [1835] 1985. *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.

Vetter, Angelika. 2007. *Local Politics: A Ressource for Democracy in Western Europe?* Lanham: Lexington Books.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Vetter, Angelika und Sebastian Kuhn. 2012. (Nationale) Parteien in der lokalen Politik: Wandel oder Krise? In *Lokale Politik(forschung) zwischen Krise und Erneuerung*, Hrsg. Michael Haus und Sabine Kuhlmann. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.

Politische Partizipation

Oscar W. Gabriel

1 Einführung

Die Gemeindepolitik gilt vielen als Keimzelle und Trainingsfeld der Demokratie. Die als Modellfälle betrachteten Gemeinden in den Neuenglandstaaten und in der Schweiz wiesen in der Tat jene Überschaubarkeit und soziale Homogenität auf, die es den Bürgern ermöglichte, zur Regelung der kommunalen Angelegenheiten auf dem Marktplatz oder in der Gemeindehalle zusammen zu kommen, eine politische Agenda aufzustellen, Argumente auszutauschen, einen Konsens in strittigen Fragen zu finden oder, falls erforderlich, sich in einer Abstimmung mit Mehrheit für eine der debattierten Alternativen zu entscheiden. Es ist also leicht nachvollziehbar, wenn die Beteiligung an der Gemeindepolitik als Modell partizipativen Lernens angesehen wird. In der Zusammenarbeit mit anderen können die Bürger demokratische und kooperative Werte und Normen lernen, den Umgang mit demokratischen Spielregeln einüben und die für das Lösen politischer Probleme erforderlichen Kompetenzen erwerben, kurz: Sie können ihre Rolle als gute Staatsbürger trainieren (Fishkin 2009; Smith 2009).

Diese Beschreibungen idealisieren bis zu einem gewissen Grade die lokalen politischen Verhältnisse und werden insbesondere der von zahlreichen Friktionen geprägten Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland nicht gerecht (u. a. Gunlicks 1986). Dennoch spielt die kommunale Ebene in Deutschland wie in anderen Demokratien eine wichtige Rolle als Arena bürgerschaftlicher Beteiligung. Die Bindung an die Gemeinde veranlasst viele Bürger dazu, sich für die Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens an ihrem Wohnort zu engagieren. Die starke Stellung der Gemeinden als Träger öffentlicher Investitionen in die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur des Landes verleiht dem bürgerschaftlichen Engagement politische Relevanz. Auf diese Weise können die Bürger Entscheidungen über den Bau von Schulen und Kindergärten, über das kulturelle Angebot in ihrer Gemeinde oder über die Erschließung und Gestaltung neuer Wohngebiete beeinflussen. Die Gemeindeordnungen aller deutschen Bundesländer sehen wesentlich breitere Möglichkeiten zur politischen Beteiligung vor als sie auf der nationalen Ebene des politischen Systems existieren. Damit bestehen gute Voraussetzungen für ein breites kommunalpolitisches Engagement der Bürger. Schließlich lassen sich kollektive politische Aktivitäten auf der lokalen Ebene besser organisieren und koordinieren als auf der Bundes- oder Landesebene. Vieles spricht also dafür, die Kommunalpolitik als Trainingsfeld bürgerschaftlichen Engagements zu betrachten. Tatsächlich beschreiben die vorliegenden Studien ein reichhaltiges Spektrum lokaler

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_14, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Beteiligungsformen, aber auch viele auf die nationale Politik bezogene Aktivitäten finden faktisch in Kommunen statt (Gabriel 2011a; Kersting 2008; Smith 2009; Wollmann 2002).

Doch ist die Sache wirklich so einfach? Wie andere moderne Gesellschaften hat sich Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend verändert. Die soziale und räumliche Mobilität der Menschen und die Arbeitsteilung zwischen Kommunen haben zugenommen. Mit den Verwaltungsreformen der 1970er Jahre wurden größere, zum Teil synthetische Gemeinden geschaffen. Der Bund und die Europäische Union haben immer mehr politische Kompetenzen an sich gezogen und die kommunale Ebene von einer gestaltenden in eine vornehmlich ausführende Institution umgewandelt. In Folge internationaler Migrationsprozesse hat die kulturelle Pluralität der Gemeinden zugenommen. Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen und das Internet, sind in ihrer Berichterstattung nicht lokal, sondern national und international ausgerichtet. Alle diese Faktoren haben möglicherweise die Bindung der Menschen an ihren Wohnort geschwächt und ihre Bereitschaft verringert, sich sozial und politisch in ihrer Gemeinde zu engagieren. Für diese Annahme spricht beispielsweise der deutliche Rückgang der Beteiligung an Kommunalwahlen, den wir in Deutschland seit dem Beginn der 1990er Jahre beobachten (Vetter 2008).

Diese globalen Trends manifestieren sich in einzelnen Gemeinden in unterschiedlicher Stärke und beeinflussen somit in unterschiedlicher Weise die Muster (kommunal-)politischer Partizipation. Dieser Sachverhalt steht im Mittelpunkt dieses Beitrags, der sich am Beispiel 28 hessischer Städte und Gemeinden mit den Auswirkungen kommunaler Kontextmerkmale auf Ausmaß und Art politischer Partizipation beschäftigt. Mit dem Ziel der Erweiterung der vorliegenden Erkenntnisse der empirischen Partizipationsforschung soll vor allem geklärt werden, welche Rolle Kontextfaktoren bei einer Kontrolle der bekannten individuellen Bestimmungsfaktoren politischer Beteiligung (Ressourcen, Motive und Einbindung in soziale Netzwerke) spielen.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Abschnitt wird das Verständnis politischer Partizipation geklärt, und es werden die in diesem Beitrag verwandten Instrumente zur Messung individueller politischer Partizipation vorgestellt. Dem schließt sich ein Überblick über die Verteilung und Struktur der betreffenden Aktivitäten in 28 Städten und Gemeinden Hessens an. Danach werden die makropolitischen Hypothesen über die Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation eingeführt und mittels bivariater Analysen geprüft. Als mikroanalytisches Erklärungsmodell wird im folgenden Abschnitt das Civic Voluntarism Modell von Verba, Schlozman und Brady (1995) erläutert und einem vorläufigen empirischen Test unterzogen. Zur Beantwortung der Kernfrage dieses Beitrags: „Was tragen Kontextfaktoren zur Erklärung politischer Partizipation bei, wenn die aus der behavioralistischen Forschung bekannten individuellen Erklärungsfaktoren kontrolliert werden?“ führt der folgende Abschnitt die mikro- und makropolitische Erklärungsansätze zusammen und präsentiert die Ergebnisse der Analyse des Zusammenspiels von Mikro- und Makrovariablen. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse.

2 Politische Partizipation: Konzept, Messung und Strukturen

Mit dem Begriff „politische Beteiligung“ bezeichnet die empirische Forschung alle freiwilligen Aktivitäten, mittels derer Bürger – nicht die Inhaber politischer oder administrativer Positionen – versuchen, Personal- oder Sachentscheidungen auf verschiedenen Handlungsebenen des politischen Systems zu beeinflussen oder unmittelbar an diesen mitzuwirken (Kaase 1997, S. 167). Seit dem Beginn der empirischen Partizipationsforschung haben sich die von den Bürgern zu diesem Zweck ausgeführten Aktivitäten vervielfacht und strukturell immer stärker ausdifferenziert (van Deth 2008). Während sich die politische Beteiligung in den 1950er und frühen 1960er weitgehend auf die Stimmabgabe bei Wahlen und die Mitarbeit in politischen Organisationen beschränkte, setzen die Bürger heute zum Zweck der politischen Einflussnahme auf ein breites und vielgestaltiges Spektrum von Aktivitäten. Sie nehmen persönlich, brieflich oder online Kontakt zu Politikern auf, beteiligen sich an Unterschriftenaktionen und Protestdemonstrationen, wirken an Planungsprozessen mit, verfassen Leserbriefe an Zeitungen und boykottieren Produkte (vgl. van Deth 2008; Gabriel 2011b; Newton u. Montero 2007; Teorell et al. 2007). Die Erkenntnis vieler Bürger, dass es zahlreiche Formen politischer Einflussnahme gibt, die sich zu unterschiedlichen Zwecken eignen und unter unterschiedlichen Bedingungen angewandt werden können (Verba u. Nie 1972, S. 10–11, S. 45–55), hatte per Saldo einen deutlichen Anstieg der politischen Aktivität zur Folge (ausführlich: Gabriel 2011a; 2011b; Gabriel u. Neller 2010; Steinbrecher 2009). In Folge der Erweiterung und Ausdifferenzierung des Beteiligungssystems verzeichneten die traditionellen Formen politischer Einflussnahme, insbesondere die Stimmabgabe bei Wahlen und die Mitgliedschaft in politischen Parteien, in den letzten Jahrzehnten in Deutschland einen starken Rückgang. Auch wenn die Stimmabgabe bei Wahlen immer noch die mit weitem Abstand am weitesten verbreitete Form politischer Beteiligung ist, hat sie im Gegensatz zu anderen Formen politischer Einflussnahme an Gewicht verloren.

Die für diese Untersuchung ausgewertete Umfrage eröffnet die Möglichkeit, zusätzlich zu den bisher vor allem auf die nationale Ebene bezogenen Erkenntnissen die Verbreitung politischer Beteiligung in mehreren Kommunen zu untersuchen und Formen lokaler und überlokaler Partizipation miteinander zu vergleichen. Dies macht es möglich, die Annahmen über die exponierte Stellung der Gemeinde als Partizipationsarena auf einer breiten und differenzierten Datenbasis empirisch zu prüfen. Zwei dieser Beteiligungsformen, die Kontaktaufnahme zu Politikern und das Verfassen von Leserbriefen, sind den traditionellen Aktivitäten zuzurechnen, bei zweien, der Beteiligung an Unterschriftenaktionen und Demonstrationen, handelt es sich um Protestaktivitäten. Die Messung der allgemeinen politischen Aktivität der Bürger erfolgte mittels der folgenden Fragen, die von den Befragten mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden konnten.

Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten Kontakt zu einem Politiker aufgenommen? [Bsp. angerufen, Brief/E-Mail geschrieben]

Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten einen Leserbrief an eine Zeitung geschrieben?

Haben Sie sich in den vergangenen zwölf Monaten an einer Unterschriftenaktion beteiligt?
Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen?

Die folgenden Fragen beziehen sich auf die politische Beteiligung in der Gemeinde. Für alle Partizipationsformen, bei denen vorher mit „Ja“ geantwortet wurde:

Hatten Sie Kontakt zu einem Politiker in <Stadtname>?
Haben Sie einen Leserbrief an eine Zeitung in <Stadtname> geschrieben?
Haben Sie sich an einer Unterschriftenaktion in <Stadtname> beteiligt?
Haben Sie an einer Demonstration in <Stadtname> teilgenommen?

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die in diese Untersuchung einbezogenen politischen Aktivitäten. Wie stark fragte die Bevölkerung in den vergangenen zwölf Monaten diese verschiedenen Formen politischer Einflussnahme nach und wie stark unterscheiden sich die untersuchten Gemeinden in dieser Hinsicht? Insgesamt betrachtet nehmen die Menschen in den untersuchten Städten recht aktiv Anteil am politischen Leben: Jeder Zweite gab an, schon einmal eine der vier genannten Aktivitäten ausgeführt zu haben, 37 Prozent berichten über mindestens eine entsprechende Aktivität in der eigenen Stadt oder Gemeinde. Wenn man bedenkt, dass die Stimmabgabe bei Wahlen bei dieser Messung keine Berücksichtigung fand, ist dies ein sehr hoher Anteil an aktivem politischem Engagement.

Art→ Handlungsebene↓	**Traditionelle politische Aktivitäten**	**Protest**
Lokal	Leserbriefe, Politikerkontakte in der Stadt oder Gemeinde	Unterschriftenaktionen, Demonstrationen in der Stadt oder Gemeinde
Nicht-Lokal	Leserbriefe, Politikerkontakte	Unterschriftenaktionen, Demonstrationen

Abbildung 1: Formen politischer Beteiligung

Am weitesten verbreitet ist die Teilnahme an Unterschriftenaktionen, die in einigen Analysen als Eingangsstufe zum politischen Protest bezeichnet wird (Barnes et al. 1979). Mehr als ein Drittel der Befragten hat sich nach eigenen Angaben bereits einmal an einer Unterschriftenaktion beteiligt, jeder vierte Befragte an einer Unterschriftenaktion mit lokalem Bezug. Etwas mehr als 20 Prozent berichten über Politikerkontakte, von denen die weitaus meisten auf der kommunalen Ebene stattfanden (17 Prozent). Deutlich weniger Bürger, nämlich sechs bzw. acht Prozent, beteiligten sich an Demonstrationen oder verfassten Leserbriefe. In beiden Fällen war der Anteil spezifisch lokaler Aktionen niedriger als bei den beiden zuvor untersuchten. Jeweils die Hälfte dieser Einflussversuche hatte einen lokalen Bezug, die andere Hälfte war überlokaler Art (vgl. Tabelle 1). Wie diese Daten belegen, stehen vorwiegend lokalpolitisch ausgerichtete Partizipationsformen neben solchen, die sich gleichermaßen an lokale wie überlokale Adressaten richten. Mehr als drei Viertel der Politikerkontakte vollzie-

Tabelle 1: Politische Beteiligung in den hessischen Städten und Gemeinden (Angaben in Prozentanteilen)

	Gesamt	Lokal	Anteil lokal an Gesamt	Gültige N
Aktivitäten insgesamt	50	36	72	11.200
Politikerkontakt	22	18	82	11.200
Leserbrief	6	3	50	11.200
Unterschriftenaktion	36	23	64	11.200
Demonstration	8	3	38	11.200

Anmerkungen: Die Werte sind disproportional auf N = 400 für jede Gemeinde gewichtet und geben die mittlere Beteiligung in allen 28 Gemeinden an. Die Prozentanteile beziehen sich auf gültige Werte.

hen sich auf der lokalen Ebene, auch die Beteiligung an Unterschriftenaktionen hat mit einem Anteil von 66 Prozent überwiegend lokale Bezüge, Demonstrationen und das Schreiben von Leserbriefen dagegen beziehen sich in gleichem Maße auf lokale wie überlokale Angelegenheiten. Insgesamt erweist sich die Einschätzung, politische Partizipation finde vor allem in den Städten und Gemeinden statt, zwar als zutreffend, beim Blick auf einzelne Aktivitäten ist sie aber zu undifferenziert.

Um die folgende Darstellung übersichtlich zu halten, werden die jeweils vier Einzelitems zu additiven, auf den Wertebereich null bis eins standardisierten Indizes traditioneller Partizipation und politischen Protests zusammengefasst.

Anders als die bisher über die politische Beteiligung in Deutschland publizierten Arbeiten eröffnet die Studie „Europa im Kontext“ die Möglichkeit, auf der Basis akzeptabler bis großer repräsentativer Bevölkerungsstrichproben die Verteilung und die Muster politischer Partizipation in einer relativ großen Zahl einzelner Städte und Gemeinden miteinander zu vergleichen. Auf diese Weise wird es möglich, den Einfluss der für die Untersuchung lokaler politischer Partizipation besonders interessanten Kontextfaktoren zu prüfen. Einen ersten Eindruck von den Spielräumen, innerhalb derer sich die Kontexteinflüsse bewegen können, gewinnt man durch eine nach Städten und Gemeinden getrennte Auswertung des Niveaus politischer Partizipation. Diese gibt allerdings noch keine Aufschlüsse darüber, ob auftretende Unterschiede zwischen den Gemeinden auf Kompositionseffekte, Zufallseffekte oder auf genuine Kontexteinflüsse zurückgehen. Die Beantwortung dieser Frage bleibt den im letzten Abschnitt vorgestellten Ergebnissen der Mehrebenenalyse vorbehalten.

Das Niveau der aktiven Beteiligung der Bürger an der Politik stellt sich in den 28 Städten und Gemeinden recht unterschiedlich dar. In Erzhausen wurde mit 66 Prozent das höchste Beteiligungsniveau gemessen (lokal: 56 Prozent), während in Petersberg lediglich 40 Prozent der Bürger von politischen und gar nur 22 Prozent von lokalpolitischen Aktivitäten berichteten. In zehn der untersuchten Gemeinden beteiligt sich mehr als die Hälfte der Bürger an mindestens einer der hier untersuchten politischen Aktivitäten. Die Nutzung aller vier Formen politischer Einflussnahme ist in allen Gemeinden ausgesprochen selten. Fasst man das Merkmal der Vollaktivität etwas weiter und rechnet diejenigen Bürger, die drei der genannten Aktivitäten ausgeübt haben hinzu, dann liegt erneut Erzhausen mit einem Anteil von zwölf Prozent Vollaktiven an der Spitze, während Selters mit nicht einmal zwei Prozent das Schlusslicht bildet.

Auch ein Blick auf die Beteiligung an einzelnen Aktivitäten offenbart große Unterschiede im Ausmaß und in der Qualität des politischen Engagements. In zwölf Gemeinden sind Politikerkontakte das am weitesten verbreitete Mittel politischer Einflussnahme, in 15 Gemeinden gilt dies für die Beteiligung an Unterschriftenaktionen und in einer werden beide Formen der Einflussnahme gleichermaßen häufig eingesetzt. Das Verfassen von Leserbriefen kommt in sechs Gemeinden seltener vor als die Beteiligung an Demonstrationen, in 18 Fällen tritt dieses Mittel politischer Einflussnahme am seltensten auf. Interessant ist allerdings, dass in einer Gemeinde, Erzhausen, Demonstrationen nach der Beteiligung an Unterschriften am häufigsten genannt werden. In ihrer Struktur erweisen sich die Partizipationssysteme der 28 Städte und Gemeinden als sehr heterogen (Die Beteiligung an Einzelaktivitäten ist tabellarisch nicht ausgewiesen).

Interessanterweise sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden bei den legalen Protestaktivitäten wesentlich stärker ausgeprägt als bei den traditionellen Aktivitäten (vgl. Tabelle 2). Diese sind in der Gemeinde Heuchelheim am weitesten verbreitet. Auch in Gelnhausen, Guxhagen und Helsa sind die Bürger im traditionellen Sektor des Partizipationssystems deutlich aktiver als im Durchschnitt der untersuchten Gemeinden. Demgegenüber stoßen diese Aktivitäten vor allem in Petersberg, aber auch in Wiesbaden, Selters und Büttelborn, auf besonders geringe Resonanz. Petersberg, Wiesbaden und Selters nehmen auch bei den speziell auf die Gemeinde bezogenen traditionellen Aktivitäten die Schlusspositionen unter den untersuchten Gemeinden ein. Die in dieser Hinsicht aktivste Bürgerschaft weist Guxhagen auf, gefolgt von Heuchelheim und Gelnhausen. Im Hinblick auf die mögliche Wirkung von Kontexteffekten auf das Niveau traditioneller politischer Aktivitäten geben diese ersten Ergebnisse keinen Anlass zu großen Erwartungen, denn die Variable „Gemeinde“ bindet maximal ein Prozent der Varianz der traditionellen politischen Partizipation insgesamt bzw. mit lokalem Bezug.

In dieser Hinsicht verspricht die Untersuchung der legalen Protestaktivitäten einen etwas größeren – wenn auch immer noch sehr bescheidenen – Ertrag. Hier lassen sich im günstigsten Falle knapp zehn Prozent der Varianz im politischen Verhalten auf gemeindespezifische Faktoren zurückführen, von denen allerdings ein Teil auf Kompositionseffekte entfallen dürfte. Die meisten Protestierer finden sich in der Gemeinde Erzhausen. Dort liegt der auf der Protestskala gemessene Wert fast dreimal so hoch wie in Hüttenberg, der Gemeinde mit dem niedrigsten Protestniveau. Relativ weit verbreitet ist der legale Protest als Mittel politischer Einflussnahme weiterhin in Alsfeld, Witzenhausen und Kassel, ohne jedoch annähernd den hohen Wert Erzhausens zu erreichen. Die Gemeinden Reinheim, Kelkheim und Bruchköbel weisen ein ähnlich niedriges Protestniveau wie Hüttenberg auf. Hüttenberg, Büttelborn und Bickenbach sind auch die Gemeinden, in denen kommunalpolitische Protestaktivitäten die geringste Rolle spielen. Am entgegengesetzten Ende der Skala finden wir wiederum Erzhausen, mit großem Abstand gefolgt von Alsfeld und Kassel. Diese Daten unterstreichen die Abhängigkeit des Auftretens von Protestaktionen von entsprechenden Ereignissen, denn der auffällig hohe Anteil von Teilnehmern an Unterschriftensammlungen und De-

Tabelle 2: Politische Partizipation in 28 Städten und Gemeinden

	insgesamt	Traditionell	Traditionell lokal	Protest	Protest lokal
Alsfeld	0,58	0,15	0,12	0,28	0,23
Bickenbach	0,47	0,14	0,11	0,18	0,05
Biedenkopf	0,49	0,13	0,09	0,22	0,15
Bruchköbel	0,42	0,13	0,08	0,17	0,07
Büttelborn	0,44	0,11	0,08	0,19	**0,05**
Eppstein	0,49	0,16	0,10	0,17	0,08
Erzhausen	**0,66**	0,15	0,09	**0,44**	**0,37**
Felsberg	0,48	0,15	0,13	0,20	0,10
Frankenberg (Eder)	0,43	0,13	0,11	0,18	0,12
Frielendorf	0,45	0,16	0,10	0,17	0,08
Gelnhausen	0,54	0,16	0,13	0,24	0,17
Guxhagen	0,51	0,16	**0,14**	0,24	0,12
Helsa	0,47	0,16	0,12	0,17	0,06
Heuchelheim	0,53	**0,18**	0,13	0,22	0,08
Hüttenberg	0,43	0,13	0,09	**0,15**	**0,05**
Kassel	0,56	0,14	0,10	0,29	0,24
Kelkheim	0,41	0,14	0,01	0,16	0,09
Limburg a.d. Lahn	0,48	0,14	0,11	0,20	0,15
Petersberg	**0,40**	**0,10**	**0,06**	0,19	0,07
Ranstadt	0,47	0,15	0,11	0,20	0,11
Reinheim	0,44	0,16	0,10	0,16	0,06
Reiskirchen	0,57	0,14	0,09	0,27	0,19
Rüdesheim am Rhein	0,48	0,15	0,10	0,20	0,11
Selters (Taunus)	0,52	0,12	0,08	0,21	0,13
Viernheim	0,49	0,13	0,10	0,21	0,14
Wiesbaden	0,45	0,11	0,08	0,20	0,14
Witzenhausen	0,59	0,14	0,11	0,28	0,21
Wolfhagen	0,60	0,16	0,12	0,27	0,22
Insgesamt	0,50	0,14	0,10	0,22	0,14
Minimum	0,40	0,10	0,06	0,15	0,05
Maximum	0,66	0,18	0,14	0,44	0,37
Eta	0,15***	0,07***	0,08***	0,20***	0,29***

Anmerkungen: *** F-Wert ist auf dem 99,9 Prozentniveau statistisch signifikant. Angaben beziehen sich auf gültige Werte.

monstrationen in Erzhausen dürfte mit ziemlicher Sicherheit auf Proteste gegen die vom nahe gelegenen Frankfurter Flughafen ausgehende Lärmbelästigung zurückzuführen sein.[1]

3 Kontextuelle Determinanten politischer Beteiligung

Die Untersuchung des Einflusses von Strukturmerkmale der Gesellschaft auf das Partizipationsniveau einer Nation oder Gemeinde hat in der Politischen Soziologie eine lange Tradition. Die ersten empirischen Studien auf dem Gebiet der Partizipationsforschung waren makroanalytisch ausgerichtet und führten Unterschiede in der Höhe der

[1] http://www.echo-online.de/region/darmstadt-dieburg/erzhausen/Radelnder-Protest-gegen-Flugplatz-Ausbau;art1285, 2102790; Zugegriffen: 13. 2. 2012.

Wahlbeteiligung auf sozioökonomische und institutionelle Faktoren zurück (vgl. u. a. Asher et al. 1984; Wernicke 1976). Weitere Impulse kamen aus der empirischen Modernisierungs- und Demokratieforschung, die politische Partizipation und sozioökonomische Modernität als eng miteinander zusammenhängende Merkmale des gesellschaftlichen Wandels betrachteten (Cnudde u. Neubauer 1969; Lipset [1959] 1981; Rokkan 1966). Diese Studien machten das sozioökonomische Entwicklungsniveau einer Gesellschaft an den Merkmalen Bildung, Verstädterung und Wohlstand fest. Auch neuere Beiträge zur Modernisierungsforschung postulieren einen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß und der Art politischer Partizipation auf der einen und der sozioökonomischen und kulturellen Modernität auf der anderen Seite (vgl. van Deth u. Scarbrough 1995; Inglehart 1997; Inglehart u. Welzel 2005). Allerdings verwendet die neuere Forschung andere Konzepte und Messungen der interessierenden Variablen als es in den älteren Beiträgen der Fall war. Neben dem Bildungsniveau als klassischem, aber nunmehr über den Anteil der Absolventen hoch qualifizierender Bildungsgänge gemessenen Modernisierungsindikator bringen die neueren Ansätze Merkmale wie die Tertiärisierung des Beschäftigungssystems, eine egalitäre Verteilung des Wohlstandes, die Lebenserwartung der Bevölkerung sowie die Säkularisierung bzw. Individualisierung des gesellschaftlichen Wertesystem in den Blick.

Neben der Idee der Modernisierung versieht die neuere Forschung auch das Konzept der politischen Partizipation mit neuen Akzenten. Dies betrifft zunächst die Ersetzung der Wahlbeteiligung als Schlüsselindikator politischer Partizipation durch eine umfassendere und differenziertere Sicht. Bereits in seinen ersten Analysen des Wertewandels in den modernen Gesellschaften der westlichen Hemisphäre postulierte Inglehart einen Zusammenhang zwischen dem Aufkommen postmaterialistischer Wertorientierungen und einer Zunahme der politischen Aktivität der Bürger, insbesondere einer wachsenden Neigung, politische Forderungen durch Beteiligung an Protestaktivitäten durchzusetzen (Inglehart 1979, 1997). Die Arbeiten der Political Action Gruppe wiesen der Modernisierungstheorie ebenfalls eine Schlüsselrolle für die Erklärung der „partizipativen Revolution“ der 1970er Jahre zu (Barnes et al. 1979; Jennings et al. 1990; Kaase 1982, 1997).

Die beschriebenen modernisierungstheoretischen Analysen waren teils mikro- und teils makroanalytischer Art. Beide Zugänge postulieren aber einen positiven Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Modernität bzw. der Position von Individuen in diesem Prozess einerseits und der politischen Partizipation auf der anderen Seite. Hieraus ergibt sich als Ausgangspunkt unserer Analyse die folgende Hypothese:

> Je höher das sozioökonomische Modernisierungsniveau einer Gemeinde ist, desto breiter fällt das politische Engagement der Bürger, vor allem die Beteiligung an legalen Protestaktivitäten, aus.

Ein zweiter Forschungsstrang betont die Bedeutung der Gemeindegröße für das Partizipationsniveau in einer Gemeinde. In ihrer Size-and-Democracy-Hypothese postulieren Dahl und Tufte (1973) einen kurvlinearen Zusammenhang zwischen den genannten Variablen. Demnach liegen in kleinen Gemeinden besonders günstige strukturelle

Voraussetzungen für eine aktive politische Beteiligung der Bevölkerung vor, da sich Partizipation leicht organisieren lässt und da soziale Netzwerke effektiver zur politischen Mobilisierung genutzt werden können als in großen politischen Einheiten. Auf der anderen Seite sind die von den Entscheidungsmaterien ausgehenden Partizipationsanreize relativ schwach. In kleinen Gemeinden können die politischen Gremien häufig nur über unwichtige Fragen entscheiden. In Großstädten existiert die Kombination von hoher Komplexität und Entscheidungsrelevanz, wobei die Komplexität der Probleme eine aktive Beteiligung erschwert, während relevante Themen Partizipation stimulieren. Optimale Voraussetzungen für eine aktive bürgerschaftliche Beteiligung liegen nach Dahl und Tufte in Klein- und Mittelstädten vor. In diesen ist Partizipation einerseits vergleichsweise gut organisierbar, andererseits sind die kommunalen Aufgaben im Umfang und in ihrer Bedeutsamkeit hinlänglich groß, um Partizipationsanreize zu setzen (vgl. auch Ladner 2002; Oliver 2000; Rose 2002).

Diese Überlegungen sind für unsere Untersuchung nur bedingt relevant. In der Mitte der 1970er Jahre erfolgten in den alten Ländern der Bundesrepublik kommunale Gebietsreformen, nach deren Abschluss keine Kleinstgemeinden mehr existieren. In Hessen wurden Mindestgrößen von 7.500 Einwohnern angestrebt, dieses Ziel wurde aber nicht vollständig erreicht (Mattar 1979, S. 144).[2] Mit Ausnahme der beiden Großstädte Kassel und Wiesbaden, entstammen die für diese Analysen ausgewählten Gemeinden der Größenklasse von 5.000 bis 50.000 Einwohnern, also derjenigen Gruppe, die sich nach der Size-and-Democracy-Hypothese ein hohes Partizipationsniveau aufweisen. Ein Effekt der Gemeindegröße auf das Niveau lokaler Partizipation ist deshalb nicht zu erwarten.

Aus der Organisation der kommunalen Selbstverwaltung ergibt sich ein weiterer Vorbehalt gegen die Relevanz der Size and Democracy-Hypothese für Deutschland. Für die Kompetenzausstattung der Gemeinden und die damit verbundene Mobilisierungskapazität politischer Sachfragen ist der Status als kreisfreie oder kreisangehörige Gemeinden wichtiger. Erstere verfügen über einen wesentlich größeren Bestand an Aufgaben als kreisangehörige Gemeinden, insbesondere in der kommunalen Infrastrukturpolitik. Diese Überlegung kann hier allerdings vernachlässigt werden, weil unsere Stichprobe nur zwei kreisfreie Städte enthält, die zudem zur Gruppe der Großstädte gehören. Aus der Berücksichtigung des Rechtsstatus der Gemeinden würden sich somit keine neuen, nicht bereits über die Gemeindegröße erfassten Annahmen ergeben. Aus diesen Überlegungen leiten wir die zweite makropolitische Hypothese ab.

> Die Einwohnerzahl einer Gemeinde hat keinen Einfluss auf das Niveau der politischer Beteiligung.

Einige neuere Studien heben schließlich die Bedeutung institutioneller Determinanten politischer Partizipation hervor (z. B. Bühlmann 2006; Jackman 1987; Norris 2002; Roller u. Rudi 2008). Da in Deutschland die institutionellen Rahmenbedingungen lokaler Politik in den Gemeindeordnungen der Bundesländer landesweit geregelt und so-

[2] http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bevoelkerung-gebiet/index.html, Zugegriffen: 14. 3. 2012.

mit für alle Gemeinden gleich sind, können die meisten in der Forschung untersuchten institutionellen Determinanten politischer Partizipation in unserer Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Daten über gemeindespezifische, z. B. durch die Hauptsatzung der Gemeinden festgelegte institutionelle Faktoren liegen nicht vor und können deshalb nicht zur Erklärung politischer Partizipation herangezogen werden. Ein Effekt dieser genuin lokalen Variablen auf das Partizipationsniveau ist allerdings auch nicht zu erwarten, da in diesem Beitrag nur institutionell nicht geregelte Beteiligungsformen untersucht werden.

Die folgende Analyse des Zusammenhanges zwischen Kontextfaktoren und den verschiedenen Formen politischer Beteiligung umfasst zwei Schritte. Mit dem Ziel einer möglichst detaillierten Beschreibung der Beziehungsmuster wird zunächst die Bedeutung einzelner Kontextindikatoren für die fünf Beteiligungsformen untersucht. Nach der Einführung eines Mikromodells werden dann später die ausgewählten Modernisierungsindikatoren in ein Mehrebenenmodell integriert.

Der für die Analyse verfügbare Aggregatdatensatz enthält eine ganze Reihe theoretisch relevanter Strukturdaten. Dies bringt die Notwendigkeit mit sich, die Vielzahl von Einzeldaten zu verdichten, um die potenzielle Informationsmenge überschaubar zu halten. Zu diesem Zweck wurden zunächst immer über mehrere Jahre hinweg berechnete Durchschnittwerte der Strukturindikatoren benutzt, wann immer sie verfügbar waren. Dies ist aus mehreren Gründen sinnvoll. Der wichtigste liegt darin, dass es sich beim Konstrukt der Modernität um eine nur längerfristig wandelbare Eigenschaft von Gesellschaften handelt. Die bei der Verwendung von Jahresindikatoren typischerweise auftretenden kurzfristigen Fluktuationen können durch die Verwendung langjähriger Durchschnittswerte bis zu einem gewissen Grade neutralisiert werden. Die Verwendung von Jahreswerten ist schließlich auch deshalb nicht sinnvoll, weil keine Erkenntnisse über den Zeitraum vorliegen, innerhalb dessen sich Strukturmerkmale einer Gesellschaft und deren Veränderung auf das politische Verhalten von Individuen auswirken.

Die nach dieser Grundsatzentscheidung immer noch zahlreichen Modernitätsindikatoren werden zu zwei großen Gruppen zusammengefasst: Auf der einen Seite stehen die Bevölkerungszahl bezogene Größen, die zugleich einen Anschluss an die Size-and-Democracy-Hypothese herstellen. Diese werden ergänzt um aus der Modernisierungstheorie ableitbare Indikatoren. Zu diesen gehören Wohlstandsindikatoren, Indikatoren des Postindustrialismus, der kulturellen Modernität sowie der sozialen und politischen Mobilisierung.

Ein erster Überblick über mögliche Effekte der Modernität der 28 hessischen Städte und Gemeinden auf die Muster politischer Partizipation findet sich in Tabelle 3. Nur sieben der 75 in Tabelle 3 enthaltenen Korrelationskoeffizienten indizieren einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Modernität einer Gemeinde und der politischen Aktivität der Bevölkerung. Von diesen widersprechen sechs den Annahmen der Modernisierungstheorie. Lediglich der deutlich ausgeprägte positive Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Höhe der Beteiligung an Kommunalwahlen und dem Niveau des traditionellen politischen Engagements ist theorie-

Tabelle 3: Makrokorrelationen zwischen politischer Partizipation und gesellschaftlicher Modernisierung

	Partizipation	Traditionelle Partizipation	Traditionelle Partizipation, lokal	Protest	Protest, lokal	MW	SD
Verstädterung							
Einwohnerzahl	-0,03	-0,31	-0,16	0,07	0,20	29.893	59.108,6
Einwohner pro qkm	0,13	-0,16	-0,28	0,20	0,23	475,7	410,8
Wohlstand							
Steuereinnahmekraft je Einwohner	-0,10	-0,10	-0,13	-0,08	-0,02	741,2	196,8
Gewerbesteuereinnahmen gesamt pro Kopf	-0,02	-0,17	0,05	0,03	0,14	186,1	136,2
Kaufkraft 2009	-0,15	-0,02	-0,46*	-0,16	-0,22	20.230,5	2.825,3
Monatl. Haushaltsnettoeinkommen	-0,23	-0,18	-0,61***	-0,20	-0,24	4,2	3,9
Hilfequote	0,16	-0,08	0,24	0,20	0,38*	8,0	3,9
Postindustrialisierung							
Beschäftigte mit höherem Abschluss	-0,04	-0,02	-0,38*	-0,04	-0,09	9,6	4,2
Beschäftigte im tertiären Sektor	-0,06	-0,39*	-0,17	0,05	0,12	66,5	14,3
Kulturelle Modernität							
Kirchgangshäufigkeit der Katholiken	-0,15	-0,30	-0,28	-0,08	-0,06	12,4	4,7
Anteil der Christen an der Bevölkerung, 2008	-0,08	0,22	0,33	-0,15	-0,15	73,8	11,7
Mobilisierung							
Anzahl der Tageszeitungen	-0,26	-0,30	-0,31	-0,20	-0,01	1,79	1,3
Vereinsdichte der Gemeinde	0,08	-0,22	-0,38*	0,16	0,15	125,6	54,4
Beteiligung an Kommunalwahlen	0,18	0,51**	0,32	0,05	-0,16	70,3	5,1
Sozioökonomische Modernität	-0,02	-0,23	-0,42*	-0,04	-0,02	0,50	0,28

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

konform – allerdings auch trivial. Somit wird weder der (lokale) politische Protest noch das traditionelle (lokal-)politische Engagement in einer Gemeinde von der Gemeindegröße oder der sozioökonomischen bzw. kulturellen Modernität der Gemeinden beeinflusst.

Für dieses Ergebnis gibt es eine Reihe von Erklärungen. Zunächst ist die Modernisierungstheorie ein Konzept, das für die international vergleichende Sozialforschung entwickelt wurde, aber nicht primär für intragesellschaftliche Vergleiche. In einem hoch modernisierten Land wie Deutschland, dessen Bundesländer noch homogener sind als die nationale Gesellschaft, ist nicht mit starken Zusammenhängen zwischen Sozialstrukturmerkmalen und dem aggregierten Partizipationsniveau auf der lokalen Ebene zu rechnen.

Obgleich auch zwischen einzelnen Indikatoren der Modernisierung durchweg nur schwache bis mäßige Zusammenhänge bestehen, werden einige von ihnen für die folgende Analyse zu zwei Sammelindizes sozioökonomischer bzw. kultureller Modernität zusammengefasst. Dies entspricht dem Vorgehen anderer Beiträge zur Modernisierungstheorie (Neubauer 1969) und dient nicht zuletzt dem Zweck, das Mehrebenenmodell zur Erklärung politischer Beteiligung sparsam zu halten. Deshalb wurde das Niveau sozioökonomischer Modernisierung durch einen additiven Index aus den fünf Variablen Arbeitnehmer mit höherem Abschluss, Beschäftigte im tertiären Sektor, Kaufkraft pro Kopf, Bevölkerungsdichte und Anteil der Bezieher von Haushaltseinkommen von mindestens 7.500 Euro gemessen.[3] Zur Messung der kulturellen Säkularisierung wurden die Quartilswerte des Anteils der Nichtchristen an der Zahl der Gemeindebewohner verwendet.[4]

Anders als die modernisierungstheoretischen Annahmen finden die Erwartungen über den Zusammenhang zwischen der Gemeindegröße und dem Beteiligungsniveau in den Daten ihre Bestätigung. Da es sich bei 26 der 28 ausgewählten Gemeinden um Klein- und Mittelstädte handelt und die beiden Großstädte zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen, stellt sich das Partizipationsniveau in den vier Gruppen von Gemeinden relativ ähnlich dar. Das Niveau politischer Partizipation im Allgemeinen und an den Aktivitäten ohne spezifischen lokalen Bezug liegt in der Gruppe der kleinsten Gemeinden etwas höher als in den anderen Einheiten, zwischen diesen hingegen treten keine Unterschiede auf. Etwas anders stellt sich das Muster der spezifisch lokalpolitischen Aktivitäten dar. Die Beteiligung an Protestaktionen nimmt mit steigender Gemeindegröße geringfügig zu, während die traditionellen Aktivitäten mit zunehmender Gemeindegröße leicht zurückgehen (Abbildung 2). Einen überzeugenden Beleg für die Size-and-Democracy-Hypothese liefern diese Daten jedoch nicht, sondern sie stützen die Nullhypothese.

---

[3] Da diese Variablen sehr unterschiedliche Merkmalsausprägungen aufweisen, wurden im ersten Schritt für alle fünf Variablen Quartile gebildet. Die neuen Merkmalsausprägungen wurden auf den Wertebereich 0; 0,33; 0,66 und 1 rekodiert und anschließend addiert. Die Summe wurde durch die Zahl der Items addiert und nimmt dadurch Werte zwischen 0 und 1 mit jeweils gleichen Abständen zwischen den Merkmalsausprägungen an. Die Indikatoren korrelieren überwiegend positiv miteinander.

[4] Auch hier wurden die Quartilswerte auf den Wertebereich 0; 0,33; 0,66 und 1 recodiert.

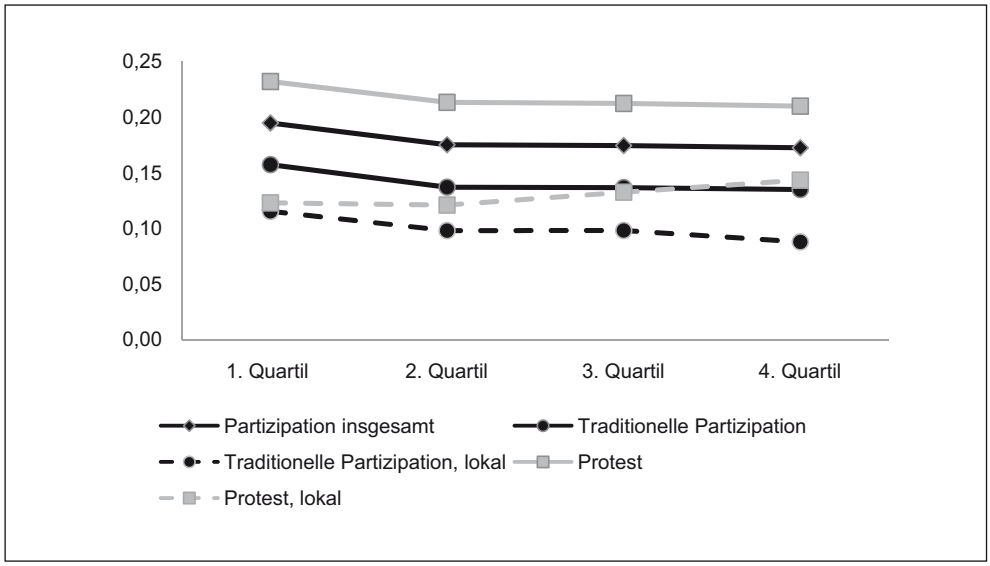


Abbildung 2: Politische Partizipation und Gemeindegröße

4 Individuelle Bestimmungsfaktoren politischer Beteiligung

4.1 Erklärungsmodell und Hypothesen

In Anbetracht der beschriebenen Sachlage, aber auch mit Blick auf den bisher überwiegend mikroanalytisch ausgerichteten Forschungsstand, empfiehlt es sich bei der Suche nach den Faktoren, die Menschen zur politischen Aktivität veranlassen, auf bewährte Erklärungsansätze zurückzugreifen. Diese sehen in den Eigenschaften von Individuen die entscheidenden Triebkräfte des politischen Verhaltens und somit auch der politischen Partizipation. Mikroanalytische Modelle werden zur Erklärung des politischen Verhaltens auch deshalb benötigt, weil Kontextfaktoren nur auf dem Wege über individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen verhaltensrelevant werden. Nur dann, wenn Menschen ihre Umweltbedingungen erkennen, sie zu ihrer Handlungssituation in Beziehung setzen und Folgerungen aus ihnen ziehen, können soziale und politische Kontextfaktoren überhaupt eine Rolle für das Handeln und Verhalten spielen.

Seit repräsentative Bevölkerungsbefragungen sich als Standardverfahren der sozialwissenschaftlichen Datenerhebung durchgesetzt haben, stützt sich die mikroanalytische Partizipationsforschung auf zwei Arten von Erklärungsfaktoren: die politischen Einstellungen und die demografischen Charakteristika von Individuen (vgl. Asher et al. 1984; Milbrath u. Goel 1977). Der theoretische Status der zahlreichen Variablen, die in diesem Kontext zur Erklärung politischer Beteiligung herangezogen wurden, war allerdings nicht immer klar. Erst seit den Arbeiten der Political Action Gruppe (Barnes et al. 1979) sowie der Forschergruppe um Sidney Verba (Nie et al. 1969a, 1969b;

Verba u. Nie 1972; Verba et al. 1978; Verba et al. 1995) wurden die Bemühungen verstärkt, die Auswahl von Erklärungsvariablen theoretisch zu begründen. Die theoretisch ambitionierteren Beiträge zum Political Action führten – neben einigen demografischen Standardvariablen – die politischen Wertorientierungen und die kognitive Kompetenz von Individuen als wichtigste Bestimmungsfaktoren konventioneller und unkonventioneller Formen politischer Partizipation ein (Klingemann 1979; Inglehart 1979). Demgegenüber hatte die Verba-Gruppe ihre Aufmerksamkeit zunächst auf die Analyse der Beziehung zwischen der Ressourcenausstattung und der Partizipation von Individuen gerichtet und ging der demokratietheoretisch bedeutsamen Frage nach, welchen Beitrag institutionelle Bindungen dazu leisten könnten, die Ressourcenabhängigkeit politischer Partizipation zu neutralisieren oder doch zumindest abzuschwächen.

Den bisherigen Schlusspunkt in dieser Debatte bildet das in den 1990er Jahren von Verba, Schlozman und Brady (1995) entwickelte Civic Voluntarism Modell, das auf eine höchst plausible Weise die unterschiedlichen mikroanalytischen Erklärungsmodelle zusammenführt. Dieses Modell hat sich in der empirischen Partizipationsforschung als Standarderklärungsmodell durchgesetzt und wird auch hier als Mikromodell verwandt. Es erklärt die individuelle Entscheidung zur politischen Partizipation bzw. zur politischen Inaktivität wie folgt:

> "We focus on three factors to account for political activity. We suggested earlier that one helpful way to understand the three factors is to invert the usual question and ask instead why people do *not* become political activists. Three answers come to mind: because they can't; because they don't want to; or because nobody asked. In other words, people may be inactive because they lack resources, because they lack psychological engagement with politics, or because they are outside of the recruitment networks that bring people into politics" (Verba et al. 1995, S. 268).

Mit den sozioökonomischen, kognitiven und organisatorischen Ressourcen umfasst das Erklärungsmodell die Faktoren, die es Individuen ermöglichen, politisch aktiv zu werden. Die partizipationsrelevanten Einstellungen (kognitives Engagement, politische Unterstützung, Parteibindungen, Partizipationsnormen) motivieren die Individuen zur Partizipation. Die Einbindung in soziale Netzwerke stellt schließlich die sozialen Anreize bereit, die individuelles Engagement fördern (vgl. auch Pattie et al. 2004). Auch wenn nicht alle neueren Beiträge zur Partizipationsforschung ausdrücklich auf das Civic Voluntarism Modell Bezug nehmen, spielen Ressourcen, Motive und soziale Netzwerke in den meisten aktuellen Untersuchungen politischer Beteiligung eine wichtige Rolle (vgl. z. B. Armingeon 2007; van Deth 2001; Gabriel 2004; Gabriel u. Völkl 2008; Lüdemann 2001; Steinbrecher 2009, S. 56–92).

Aus diesen Überlegungen ergeben sich drei Hypothesen über die individuellen Determinanten politischer Partizipation, die sowohl für traditionelle als auch für lokale Protestaktivitäten sowie für die Partizipation im Allgemeinen und die lokalpolitische Partizipation gelten. Die Ressourcenhypothese lautet folgendermaßen:

> Je besser die Ressourcenausstattung von Individuen, desto stärker ist ihr politisches Engagement.

Bei den Ressourcen unterscheiden wir zwischen sozioökonomischen und kognitiven Ressourcen. Erstere umfassen das Bildungsniveau, das Einkommen und die subjektiv perzipierte Schichtzugehörigkeit, letztere den Zugang zu politischen Informationen. Beide Arten von Ressourcen beeinflussen das politische Engagement positiv. Die Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen wurde durch einen Index aus den Variablen Bildungsabschluss und Selbsteinstufung der Schichtzugehörigkeit gebildet. Die Messung der Ausstattung mit kognitiven Ressourcen erfolgt durch einen Index aus der Häufigkeit der Lektüre der Tageszeitung sowie der Nutzung des Rundfunks, des Fernsehens und des Internet.[5] Die zweite Hypothese bezieht sich auf die Motive zur Partizipation und postuliert die folgende Beziehung:

> Je stärker partizipationsrelevante Motive bei Individuen entwickelt sind, desto stärker ist ihr politisches Engagement.

Zu den partizipationsrelevanten Motiven gehören zahlreiche politische Einstellungen mit unterschiedlichen Effekten auf das politische Verhalten. Eine von der empirischen Partizipationsforschung bereits sehr früh eingeführte Determinante politischer Partizipation ist die kognitive Involvierung. Diese Größe umfasst das politische Interesse, das Gefühl subjektiver politischer Kompetenz („internal efficacy"), das politische Wissen und das politische Urteilsvermögen der Bürger. Einige Forscher subsumieren die Parteiidentifikation ebenfalls unter diese Einstellung (vgl. u. a. Neuman 1986, S. 52–57; Verba et al. 1995, S. 345–348). Allen diesen Größen wird ein partizipationsfördernder Effekt unterstellt. Der hier benutzte Datensatz enthält keine Daten über das politische Urteilsvermögen und über die subjektive politische Kompetenz. Die dichotom erhobene Parteiidentifikation sowie ein additiver Wissensindex wurden als Einzelvariable in das mikroanalytische Schätzmodell aufgenommen. Zusätzlich zum politischen Interesse haben wir in den additiven Index des kognitiven Engagements die Häufigkeit politischer Diskussionen mit verschiedenen Partnern aufgenommen, die auch als kognitive Ressource gedeutet werden kann.[6]

---

[5] Die sozioökonomische Ressourcenausstattung wurde aus den Variablen subjektive Schichtzugehörigkeit (Fragen 51, 52) sowie Bildungsniveau (Frage 45) gebildet. Bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit wurde die Zugehörigkeit zur Mittelschicht nach unterer, mittlerer und oberer Mittelschicht differenziert, so dass sich fünf Merkmalsausprägungen dieser Variablen ergeben, die auf die Werte 0; 0,25; 0,5; 0,75 und 1 standardisiert wurden. Beim Bildungsniveau wurden die Merkmalsausprägungen 7 (kein Schulabschluss) und 1 (Hauptschule) sowie 6 (noch Schüler) und 2 (mittlere Reife) zu jeweils einer mit den Werten 0 bzw. 1 zusammengefasst. Die Merkmalsausprägungen 3 bis 5 (Fachhochschulreife, Hochschulreife, abgeschlossenes Studium) blieben erhalten. Die neue Variable wurde ebenfalls auf den Wertebereich 0 bis 1 standardisiert. Aus den beiden Items wurde durch Addition und Division durch den Wert 2 ein neuer Index mit dem Wertebereich 0 bis 1 gebildet. Fälle mit fehlenden Werten bei einer der Variablen bleiben bei der Indexbildung unberücksichtigt.

[6] Das kognitive Engagement wurde aus einem Index zur Häufigkeit politischer Diskussionen mit verschiedenen Partnern (Frage 8) und aus einem Index zum politischen Interesse (Frage 9) gebildet. Fälle mit fehlenden Werten bei einer der Variablen bleiben bei der Indexbildung unberücksichtigt. Das politische Wissen wurde über die Frage 24 erfasst, die die Ausprägungen richtig, falsch, weiß nicht/ keine Angabe annehmen können. Die richtig beantworteten Fragen wurden addiert und durch die Anzahl der Variablen dividiert. Die Parteiidentifikation wurde wie folgt: rekodiert 1: ja, 2 = 0 (nein) andere fehlend.

Im Zuge der Sozialkapitalforschung kam mit der Unterstützung partizipativer Normen eine Variable ins Blickfeld der Forschung, die in älteren empirischen Studien nur selten Berücksichtigung gefunden hatte (vgl. u. a. Dalton 2008, S. 20–33; Denters et al. 2007; Denters u. van der Kolk 2008; Pattie et al. 2004; Roßteutscher 2004). Die Bedeutung dieser Größe für die politische Partizipation lässt sich auch aus der von Ajzen und Fishbein entwickelten Theorie des geplanten Verhaltens herleiten. Sie betont die Bedeutung subjektiver Normen für alle Formen überlegten und geplanten menschlichen Verhaltens (Ajzen 1988), also auch für die politische Partizipation. Wie die kognitive Involvierung fördert die Unterstützung partizipativer Normen die politische Partizipation. Der zu ihrer Messung entwickelte Index umfasst die Unterstützung der folgenden Elemente der Idee des guten Staatsbürgers: die Einschätzung der Teilnahme an Wahlen, des sozialen Engagements, der politischen Aktivität und des aufmerksamen Verfolgens der Politik als Staatsbürgerpflichten.[7]

Im Zuge der politischen und wissenschaftlichen Debatte über die politischen Konsequenzen der Politikverdrossenheit sahen viele Beobachter in der politischen Unzufriedenheit bzw. dem fehlenden politischen Vertrauen der Bürger eine Quelle politischer Aktivität, insbesondere in der Form des politischen Protests (Dalton 2004, S. 157–190; Inglehart 1979, 1999; Muller 1979, 1982; Muller et al. 1982). Ähnliche Überlegungen finden sich in den Arbeiten Hirschmans (1974), der im Protest eine von mehreren Reaktionen auf perzipierte Leistungsschwächen politischer Systeme sieht. Nach Hirschman können diese Einstellungen allerdings auch Apathie oder die Bekundung von Loyalität zur Folge haben. Während in der Politikverdrossenheitsdebatte ein positiver Effekt von Unzufriedenheit und Misstrauen auf die Beteiligung an Protestaktionen unterstellt wird, ist mit Hirschmans Annahmen jede Art von Beziehung zwischen Unzufriedenheit und politischer Aktivität vereinbar. Die im Rahmen des Projekts „Europa im Kontext“ durchgeführte Umfrage enthielt zahlreiche Indikatoren politischer Zufriedenheit und politischen Vertrauens, die zudem differenziert nach der kommunalen und nationalen Ebene vorliegen. Da alle diese Einstellungen hoch miteinander korrelieren, wurde ein globaler Index politischer Unterstützung gebildet.[8]

Als zwei speziell auf die Kommunalpolitik gerichtete Einstellungen finden zudem die Bindung der Bürger an die Gemeinde sowie die Bewertung des partizipativen Klimas in der Gemeinde Eingang in das Schätzmodell. Das Gefühl lokaler Bindung wird

---

[7] Der Index der Partizipationsnorm wurde aus den Fragen, welche Eigenschaften einen „guten Bürger“ ausmachen, gebildet (Frage 14, Items b, d, e; und f). Damit die Ausprägung der Partizipationsnorm an die Ausprägung der anderen Indizes (zwischen 0–1) angeglichen wird, wurden die Summe durch den Wert 40 dividiert.

[8] Die politische Unterstützung wurde aus vier gebildeten Indizes und zwei zusätzlichen Variablen gebildet. Die ersten beiden Indizes behandeln das Vertrauen in lokale politische und nationale politische Akteure. Vertrauen in lokale politische Akteure wurde aus Frage 13, Items a, b, c und d gebildet. Die Summe wurde durch den Wert 40 dividiert, um diese auf den Wertebereich von 0–1 zu normieren. Das Vertrauen in nationale politische Akteure wurde analog aus Frage 13, Items e, f, g und h gebildet, ebenso die nächsten beiden Indizes, die Zufriedenheit mit den lokalen (Frage 18 a, b, c und d) und den nationalen Bedingungen (Frage 18 e, f, g und h). Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Gemeinde (Frage 19a) und in Deutschland (Frage 19b),wurden durch Division durch den Wert 10 auf den Wertebereich 0–1 normiert.

über einen Index erfasst, der die Verbundenheit mit der Gemeinde, die Zufriedenheit mit ihr und den Stolz auf sie umfasst. Das partizipative lokale Klima wurde durch eine positive Bewertung der Informationspolitik der Gemeinde sowie der in ihr vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten erfasst. Wir nehmen an, dass beide Variablen die politische Aktivität von Menschen fördern.[9]

Je besser Individuen in soziale Netzwerke eingebunden sind, desto stärker ist ihr politisches Engagement.

Bei der Analyse sozialer Netzwerke kann man zwischen formalen und informellen bzw. primären, sekundären und tertiären Netzwerken unterscheiden (Roßteutscher u. van Deth 2002; van der Meer 2009). Zudem ist in der Literatur umstritten, ob bereits die Mitgliedschaft in einer Gruppe oder Organisation politische Aktivität fördert oder ob ein derartiger Effekt sich erst dann einstellt, wenn eine aktive Mitarbeit in einer Organisation oder Gruppe vorliegt. Schließlich gibt es eine Debatte über die Frage, ob alle Arten von Organisationen gleichermaßen zur politischen Partizipation stimulieren. Auch in der Frage, ob soziales und politisches Engagement in einem positiven Zusammenhang stehen, gibt es keine Einigkeit. Während einige Forscher auf die sozialisatorische Funktion des sozialen Engagements hinweisen, betonen andere die mit dem Mehrfachengagement verbundenen Einschränkungen des Zeitbudgets von Menschen, die einen negativen Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Engagement induzieren könnten (van Deth 2001, 2004; Gabriel et al. 2002; Morales u. Geurts 2007; Roßteutscher 2008; Stolle u. Rochon 1998). Die Variable soziales Engagement wurde durch einen Index von Vereinsmitgliedschaften gemessen, Daten über innerorganisatorische Aktivitäten waren nicht verfügbar. Eine Berücksichtigung des informellen sozialen Engagements erscheint überflüssig, da dessen politisch bedeutsame Aspekte bereits über den Index zur Messung der Diskussionshäufigkeit erfasst sind.[10]

Aus den Arbeiten von Rosenstone und Hansen (1993) ergibt sich eine weitere, unter die Netzwerkhypothese von Verba, Schlozman und Brady subsumierbare Annahme. Sie bezieht sich auf die von den politischen Führungsgruppen ausgehenden Versuche, Bürger zur politischen Beteiligung zu mobilisieren. In Wahlkämpfen spielt das Werben um Unterstützung in Form diverser Partei- und Wahlkampfaktivitäten seit jeher eine wichtige Rolle. Hinreichend bekannt sind auch die Kampagnen von Partei- und Verbandsführungen, die Mitglieder und Anhänger von Organisation für die Durchsetzung der Organisationsziele zu mobilisieren. Auch in der neueren Protest- und Bewegungsforschung finden sich Hinweise auf die Rolle politischer Unternehmer bei der Aktivie-

[9] Das lokale Partizipationsklima wird aus der Frage 6a (Information der Bürger über kommunale Planungen) und 6d (Beteiligung der Bürger an kommunalen Planungen) gebildet und wurde auf den Wertebereich 0-1 normiert. Die lokale Identifikation wurde aus den Fragen 5a (Zufriedenheit mit dem Leben in der Stadt/Gemeinde), 15a (Verbundenheit mit der Gemeinde) und Frage 16a (Stolz auf die Gemeinde) gebildet und auf den Wertebereich 0-1 normiert.

[10] Das soziale Engagement wurde Addition der Aktivitäten in den 13 erfassten Organisationen gemessen (Frage 26). Werte ≥5 erhielten den Wert 5. Der Summenindex wurde durch Division auf den Wertebereich 0–1 standardisiert.

rung von Partizipation (Dalton u. Kuechler 1990). Hierbei handelt es sich eigentlich um eine Kontextvariable, die allerdings von den Adressaten der Aktivierungsbemühungen wahrgenommen und positiv bewertet werden muss. Hieraus ergibt sich die vierte auf Individualmerkmale bezogene Hypothese:

> Je stärker sich die Bürger von politischen Eliten oder Partizipationsunternehmern umworben sehen und je positiver sie dies bewerten, desto stärker ist ihr politisches Engagement.

Da sich in nahezu allen empirischen Studien zusätzlich zu den aus dem Civic Voluntarism Modell ableitbaren Variablen das Alter und das Geschlecht als wichtige Prädiktoren politischer Partizipation erwiesen haben (vgl. u. a. Steinbrecher 2009), werden diese beiden Größen ebenfalls in das Schätzmodell aufgenommen. Wir erwarten, dass Frauen auf Grund der immer noch im Sozialisationsprozess vermittelten Rollenbilder weniger aktiv sind als Männer, und dass auf Grund lebenszyklischer Effekte die politische Partizipation bei den Angehörigen der mittleren Altersgruppen am stärksten ausfällt.

Über die Wirkung der Mikrovariablen auf das Partizipationsniveau formulieren wir vier weitere Annahmen. Wir unterstellen erstens, dass Ressourcen, Motive und Mobilisierungsanstrengungen unabhängig voneinander auf alle Arten politischer Partizipation wirken, dass ihr Einfluss auch bei einer Kontrolle von Kontexteffekten erhalten bleibt, dass sie ihrerseits die Kontexteffekte nicht neutralisieren und dass die Kontexteffekte nur das Niveau der Partizipation, aber nicht die Beziehung zwischen den Mikrovariablen beeinflussen.

4.2 Ein kurzer Überblick über mikropolitische Zusammenhänge

Dieses Erklärungsmodell ist zu umfassend und zu unökonomisch, um es in der bisher vorgestellten Form in Mehrebenenanalysen zu testen. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, bereits vor den entsprechenden Test zu prüfen, welche Größen sich bei der Erklärung der politischen Partizipation als verzichtbar erweisen. Die Ergebnisse dieses Untersuchungsschrittes werden hier nur knapp darstellt, weil der im Mittelpunkt unseres Interesses stehende endgültige Modelltest im Rahmen der Mehrebenenanalyse erfolgt. Dennoch erscheint es sinnvoll, diesen für das weitere Vorgehen wichtigen Zwischenschritt transparent zu machen. Auf tabellarische Nachweise der vorläufigen Ergebnisse der Individualdatenanalysen wird aus den genannten Gründen verzichtet.[11]

Zunächst erweist sich die Unterscheidung zwischen politischer Partizipation im Allgemeinen und lokalpolitischer Partizipation im Speziellen als überflüssig. Dies stellt keine Überraschung dar, weil das lokale politische Engagement eine Teilmenge des politischen Engagements im Allgemeinen bildet. Vor diesem Hintergrund wäre es verwunderlich, wenn beide Arten politischer Aktivität von grundlegend unterschied-

[11] Alle Partizipationsvariablen sind auf den Wertebereich 0; 0,5 und 1 recodiert. 0 bedeutet keine Aktivität, 0,5 Beteiligung an einer der beiden Aktivitäten und 1 Beteiligung an beiden Aktivitäten.

lichen Faktoren bestimmt würden. Da sich das lokalpolitische Engagement durch unser Schätzmodell geringfügig besser erklären lässt, weniger gut erforscht und für eine Untersuchung der Wirkung von Kontextfaktoren relevanter ist als das generelle politische Engagement, beziehen sich die weiteren Analyseschritte und Ausführungen auf das lokale politische Engagement.

Von den beiden hier untersuchten Formen lokalpolitischer Partizipation lassen sich die traditionellen, in den Rahmen des Parteienstaates eingebundenen Aktivitäten auf der Individualebene deutlich besser erklären als die lokalen Protestaktivitäten. Der Anteil gebundener Varianz beläuft sich im ersten Fall auf 16 und im zweiten auf neun Prozent. Dieser Unterschied ist vermutlich zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass Proteste an spezifische Anlässe gebunden sind, deren Einfluss durch die für Individualdatenanalysen typischen Erhebungs- und Auswertungsmethoden nur schwer zu erfassen ist. Zudem scheint die politische Beteiligung in der deutschen Gesellschaft eher zufallsverteilt als durch strukturelle Faktoren bedingt zu sein, jedenfalls legt die schwache Erklärungsleistung der Modelle eine solche Interpretation nahe. Was sich aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Verhaltenstheorien und der Statistik als unerfreuliches Ergebnis darstellt, hat im Hinblick auf den demokratischen Wert politischer Gleichheit eine positive Bedeutung.

Zwar leisten zehn Variablen einen statistisch signifikanten Beitrag zur Erklärung traditioneller lokalpolitischer Partizipation, jedoch sind die meisten von ihnen substanziell unbedeutend. Deshalb werden sie in das Mehrebenenmodell einbezogen, hier aber nicht im Detail kommentiert. Von den substanziell bedeutsamen Faktoren erweisen sich das kognitive Engagement und die Mitgliedschaft in lokalen Freiwilligenorganisationen mit großem Abstand als die wichtigsten Triebkräfte der politischen Partizipation. Relativ wichtig sind darüber hinaus das Geschlecht und das sozioökonomische Ressourcenausstattung, alle anderen Effektkoeffizienten (Beta) liegen unter 0,05 und spielen somit als Prädiktoren politischer Partizipation keine große Rolle.

Geringfügig anders stellt sich die Sachlage für die Beteiligung an legalen Protestaktionen dar. Sie werden am stärksten von der Mitarbeit in Freiwilligenorganisationen beeinflusst. Mit großem Abstand folgen die Wahrnehmung eines partizipationsfeindlichen Klimas in der Gemeinde, das kognitive Engagement, die Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, die Unterstützung partizipativer Normen, die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, das Geschlecht und die Zugehörigkeit zur mittleren Altersgruppe.

5 Die Bedeutung des Kontexts für die politische Partizipation

Ungeachtet des soliden Bestandes an empirischen Erkenntnissen über die individuellen Bestimmungsfaktoren politischer Beteiligung (vgl. die Zusammenfassungen bei van Deth 2008; Gabriel u. Völkl 2005, 2008; Newton u. Montero 2007; Norris 2001; Steinbrecher 2009), sind die auf Individualdaten basierenden Modelle zur Schätzung politischer Partizipation weit davon entfernt, im Sinne der empirischen Wissenschafts-

lehre überzeugende Erklärungen zu liefern. Selbst in theoretisch und methodisch anspruchsvollen Untersuchungen (z. B. Armingeon 2007; Barnes et al. 1979; Pattie et al. 2004; Verba u. Nie 1972, Verba et al. 1995) blieb ein großer Teil der Varianz politischer Beteiligung unerklärt. Mit anderen Worten: nach heutigem Erkenntnisstand lässt die empirische Partizipationsforschung mehr Fragen offen als sie beantwortet.

Da die ausschließlich auf Individualdaten basierenden Erklärungsmodelle keinen Erkenntnisfortschritt mehr zu produzieren scheinen, löste nicht zuletzt das gestiegene Interesse der Politikwissenschaft an der Rolle politischer Institutionen die Suche nach neuen Wegen in der empirischen Forschung aus. Insbesondere nehmen einige neuere Studien das Zusammenspiel von individuellen und kontextuellen Faktoren bei der Erklärung des menschlichen Verhaltens genauer in den Blick (z. B. Huckfeldt u. Sprague 1995; Carmines u. Huckfeldt 1996; speziell für die Partizipationsforschung Bühlmann 2006; Norris 2002; Roller u. Rudi 2008). Derartige Überlegungen sind nicht grundsätzlich neu, jedoch wurden kontextuelle Faktoren in den älteren Verhaltensstudien in Individualvariablen übersetzt, um mit den damals verfügbaren statistischen Analyseverfahren bearbeitbar zu sein (vgl. besonders Lazarsfeld et al. 1944; Verba et al. 1978). Heute erlauben die verbesserte Datenlage und die neuen Strategien der Datenanalyse eine direkte Prüfung des Einflusses kontextueller Faktoren auf das individuelle politische Verhalten.

Auf den ersten Blick scheint diese Forschungsstrategie theoretisch viel versprechend zu sein. Allerdings sind auch einige Vorbehalte zu machen. Kontextuelle Rahmenbedingungen werden für das individuelle Verhalten vor allem dann bedeutsam, wenn die Individuen sie wahrnehmen, ihre Bedeutung verstehen und ihnen Handlungsrelevanz zuweisen. Beim Blick auf viele Makrovariablen, insbesondere solche auf der nationalen Ebene des politischen Systems, ist diese Annahme unrealistisch. Die empirische Forschung liefert hinlänglich viele Belege für das allenfalls moderate politische Interesse, die großen Wissenslücken und die begrenzte politische Urteilsfähigkeit der Bevölkerung (zusammenfassend Dalton 2006). Schon aus diesem Grunde ist der Weg vom sozialen Kontext zum politischen Verhalten bislang theoretisch schwach ausgeleuchtet. Viele Mehrebenenanalysen sind in dieser Hinsicht theoretisch naiv und eher methoden- und datengetrieben als inhaltlich gut begründet. Andererseits bietet die lokale Ebene für den Einsatz dieses Verfahrens deutlich bessere Voraussetzungen als Analysen der nationalen Politik, insbesondere gilt dies für Gemeinden überschaubarer Größe.

In diesem Band gilt das Hauptinteresse der Frage nach der Bedeutung des lokalen Kontexts für das Verhältnis der Bürger zur Politik. Die politische Beteiligung gehört zu den wichtigsten, gegenwärtig jedenfalls am breitesten diskutierten, Aspekten dieser Beziehung. Wie bereits früher erwähnt wurde, geht es in den nun folgenden Analysen um die Untersuchung der Rolle des lokalen Kontexts für die Entscheidung der Bürger zur aktiven politischen Beteiligung. Wir begrenzen die Analyse der Beteiligungsformen auf die Mitwirkung innerhalb der Gemeinde und unterscheiden dabei zwischen traditionellen politischen Aktivitäten und legalen Protestaktionen.

Unter theoretischen Gesichtspunkten, im Hinblick auf die verfügbaren Daten sowie auf der Basis der bereits präsentierten Ergebnisse der bivariaten Zusammenhangsana-

lysen nehmen wir drei Kontextvariablen in das Schätzmodell auf: die sozioökonomische sowie die kulturelle Modernität und die Einwohnerzahl der Gemeinde. Nach den Annahmen der Modernisierungstheorie müsste die politische Beteiligung mit dem Modernisierungsgrad einer Gemeinde steigen. Die modifizierte Variante der Size-and-Democracy-Hypothese dagegen lässt einen Effekt der Einwohnerzahl auf das Partizipationsniveau erwarten. Zudem wurde postuliert, dass diese beiden Größen nur auf das Niveau der Partizipation, aber nicht auf die auf der Individualebene bestehenden Zusammenhänge zwischen der politischen Beteiligung einerseits und mobilisierenden Ressourcen, Motiven und Netzwerken andererseits wirken.

Im ersten Schritt der Mehrebenenanalyse geht es um die Klärung der Frage, ob kontextuelle und individuelle Größen jeweils einen originären Beitrag zur Erklärung politischer Partizipation leisten. Bei einer formal-statistischen Betrachtung ist diese Frage zu bejahen. Sowohl für die traditionellen Formen lokalpolitischer Partizipation als auch für die Beteiligung an legalen Protestaktionen auf der kommunalen Ebene ergeben sich statistisch signifikante Kontext- und Individualeffekte. In substanzieller Hinsicht sind die Kontexteinflüsse allerdings vernachlässigbar gering. Die Wahrscheinlichkeit, dass zwei in unterschiedlich strukturierten Gemeinden lebende Menschen sich in ihrem Beteiligungsverhalten voneinander unterscheiden, ist sehr gering. Sie liegt für traditionelle Beteiligungsformen nahe beim Wert Null (ICC 0,00) und beim politischen Protest unter zehn Prozent (ICC 0,09; vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Das Nullmodell zur Schätzung kontextueller und individueller Determinanten politischer Partizipation

	Traditionelle Partizipation, lokal	**Protest, lokal**
Fixed Effects		
Konstante	0,10***	0,13
Varianzkomponenten (Random Effects)		
Individualebene (σ^2)	0,05***	0,06***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu\,0}$)	0,00**	0,01***
Modellangaben		
N	11.870	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,00	0,09
Devianz (-2logLikelihood)	-2.302,232	-0,473
Anzahl Parameter	3	3

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. In der Tabelle sind unstandardisierte Koeffizienten ausgewiesen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Welche Rolle spielen die einzelnen, zuvor in getrennten Analysen identifizierten Individual- und Kontextmerkmale für die Erklärung der traditionellen Formen politischer Aktivität und des lokalen Protests? Wie wirken kontextuelle und individuelle Größen zusammen, wenn es darum, geht, individuelle politische Aktivitäten zu stimulieren? Diese Frage wird nunmehr getrennt für die beiden genannten Formen politischer Partizipation beantwortet, wobei zunächst die Bedeutung der Kontextfaktoren behandelt wird, sodann die der Individualmerkmale und am Schluss die möglichen Wechselwirkungen zwischen der Makro- und der Mikroebene.

5.1 Systemische und individuelle Bestimmungsfaktoren traditioneller politischer Partizipation

Nach den Annahmen der Modernisierungstheorie müsste die politische Beteiligung gleichsinnig mit der sozioökonomischen und kulturellen Modernität einer Gemeinde steigen, während nach der Size and Democracy Hypothese ein negativer Effekt der Gemeindegröße auf das Beteiligungsniveau zu erwarten ist. Beide Annahmen werden durch die in Tabelle 5 enthaltenen Daten widerlegt: Weder das sozioökonomische Entwicklungsniveau noch der Säkularisierungsgrad noch die Größe der Gemeinde haben eine Bedeutung für die Entscheidung von Individuen, aktiv zu werden oder passiv zu bleiben. Zumindest im Hinblick auf die Gemeindegröße ist dies ein überraschendes Ergebnis, denn bei der am breitesten genutzten traditionellen politischen Aktivität handelt es sich um direkte Politikerkontakte, die in kleinen Gemeinden einfacher herzustellen sein müssten als in großen Städten. Ein derartiger Zusammenhang ist in den hier untersuchten Gemeinden jedoch nicht nachweisbar.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich, wenn man die individuellen Bestimmungsfaktoren des traditionellen lokalpolitischen Engagements in den Blick nimmt. Die im Civic Voluntarism Modell enthaltenen Erklärungsfaktoren Ressourcen, Motive und die Einbindung in soziale Netzwerke erweisen sich als wichtige Antriebskräfte politischer Beteiligung, und zwar unabhängig davon, in welcher Art von Gemeinde diese stattfindet.

Der Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen spielt eine maßgebliche Rolle dafür, ob Menschen auf traditionelle Formen politischer Einflussnahme setzen. Formal gut gebildete Personen und Angehörige der oberen Statusgruppen sind erheblich aktiver als Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau und solche, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zurechnen. Auch das Geschlecht zeigt den aus anderen Studien bekannten Effekt. Männer sind aktiver als Frauen. Auf der lokalen Ebene treten somit die aus zahlreichen Studien der nationalen Politik bekannten sozialen Verzerrungen politischer Partizipation auf (Keil 2012; Marien et al. 2010).

Ein Einfluss partizipationsrelevanter Motive auf das Ausmaß der traditionellen Aktivität lässt sich ebenfalls nachweisen, und auch dies ist keine neue Erkenntnis (Gabriel u. Völkl 2008; Steinbrecher 2009). Als Antriebskraft traditioneller politischer Partizipation spielt das kognitive Engagement der Menschen eine besonders große Rolle. Von allen in das Erklärungsmodell einbezogenen Größen ist es die mit weitem Abstand wichtigste Determinante politischer Aktivität. Demgegenüber kommt der lokalen Bindung und der Parteiidentifikation keine substanzielle Bedeutung als Bestimmungsgröße parteibezogener Partizipation zu. Gänzlich irrelevant für das Ausmaß traditioneller Beteiligung sind das politische Wissen, die politische Zufriedenheit und die Unterstützung partizipativer Normen. Schließlich ist der Umstand, gefragt oder mobilisiert zu werden, ebenfalls wichtig für das aktive politische Engagement. Auch dieser Sachverhalt wurde in zahlreichen einschlägigen Studien immer wieder belegt (vgl. Gabriel 2004; Gabriel u. Völkl 2008). Alle empirischen Befunde stützen somit unsere Annahmen über die Bedeutsamkeit individueller Eigenschaften für die bürgerschaftliche Partizipation, auch wenn sich nicht alle einzelnen Erklärungsvariablen als relevant erwiesen haben.

Tabelle 5: Kontextuelle und individuelle Determinanten traditioneller lokalpolitischer Partizipation

	Traditionelle Partizipation
Fixed Effects	
Individualebene	
Konstante	-0,19***
Sozioökonomische Ressourcen	0,12***
Kognitives Engagement	0,27***
Wissen	-0,01
Unterstützung der Partizipationsnorm	0,01
Politische Unterstützung	-0,03
Lokale Identifikation	0,04*
Parteiidentifikation	0,02**
Soziales Engagement	0,12***
Geschlecht männlich	0,05***
Alter	0,02**
Kontextebene	
Sozioökonomische Modernität	-0,02
Kulturelle Modernität	0,03
Einwohnerzahl	0,01
*Interaktionseffekte Individual*Kontextebene*	
Sozioök.Ressourcen*SozModernität	-0,12**
Kognitives Engagement*SozModernität	-0,10*
Partizipationsnorm*SozModernität	0,16*
Parteiidentifikation*SozModernität	-0,05*
Soziales Engagement*SozModernität	0,05*
Geschlecht*SozModernität	-0,03*
Partizipationsnorm*KultModernität	-0,14**
Geschlecht*KultModernität	0,03**
Sozioök.Ressourcen *Einwohnerzahl	0,06**
Wissen*Einwohnerzahl	-0,08**
Politische Unterstützung*Einwohnerzahl	-0,07*
Varianzkomponenten (Random Effects)	
Individualebene (σ^2)	0,04***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu\,0}$)	0,00**
Modellangaben	
N	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,00
Devianz (-2logLikelihood)	-3.928,702
Anzahl Parameter	46

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle unabhängigen Variablen sind auf eine 0 (niedrigster Wert der Variablen) –1 (höchster Wert der Variablen) Skala umgerechnet. In der Tabelle sind unstandardisierte Koeffizienten ausgewiesen, Die Koeffizienten geben damit den Effekt vom Mindest- zum Höchstwert eines Indikators an. Insignifikante Interaktionseffekte wurden tabellarisch nicht ausgewiesen. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Entgegen der eingangs formulierten Annahme, nach welcher der Zugang zu individuellen Ressourcen, die beteiligungsrelevanten Motive sowie die Integration von Menschen in soziale Netzwerke in Gemeinden unterschiedlicher Größe und Modernität die gleichen Effekte auf die Beteiligung an traditionellen politischen Aktivitäten ausüben, lassen sich vereinzelte Wechselwirkungen zwischen Individual- und Kontextmerkmalen nachweisen. Sie lassen zwar kein systematisches Muster erkennen, liefern aber gleichwohl interessante Einzelinformationen über das Zustandekommen politischer Partizipation in verschiedenartigen lokalen Kontexten. Die meisten dieser substanziell

bedeutsamen Wechselwirkungen sind mit der sozioökonomischen Modernität verbunden. Mit zunehmendem sozioökonomischem Entwicklungsniveau einer Gemeinde schwächt sich der Einfluss der sozioökonomischen Ressourcenausstattung und des kognitiven Engagements auf die traditionellen Partizipationsformen ab, zugleich steigt der Einfluss der Unterstützung partizipativer Normen. Dieser zuletzt genannte Effekt wird allerdings durch eine nahezu gleich starke negative Wechselwirkung zwischen kultureller Säkularisierung und der Unterstützung partizipativer Normen wieder neutralisiert. In der Gesamtwirkung ist das Modernitätsniveau also unerheblich dafür, ob sich Partizipationsnormen in traditionelles lokalpolitisches Engagement umsetzen.

Die beiden anderen Zusammenhänge sind mit den Annahmen der Modernisierungstheorie kompatibel, denn sozioökonomische Entwicklung impliziert ein hohes Wohlstandsniveau, gute Bildung und egalitäre Werte. In modernen Gesellschaften kommen diese Errungenschaften offenbar nicht nur den Gruppen zu Gute, die individuell an ihnen partizipieren. Offenbar diffundieren sie in die gesamte Gesellschaft und tragen dazu bei, dass diese politisch egalitärer wird.

5.2 Systemische und individuelle Bestimmungsfaktoren der Beteiligung an lokalen Protestaktionen

Ebenso wenig wie bei den traditionellen Formen des politischen Engagements spielt der Kontext eine Rolle dafür, ob die Bewohner einer Gemeinde viel oder wenig protestieren. Weder die sozioökonomische und kulturelle Modernität noch die Gemeindegröße per se stehen mit dem Protestverhalten in einer systematischen Beziehung (Tabelle 6). Zumindest der nicht nachweisbare Einfluss des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus und der kulturellen Säkularisierung auf die Beteiligung an lokalen Protestaktionen widerspricht den Annahmen der neueren Modernisierungstheorien, die im politischen Protest ein typisches Kennzeichen oder Produkt postindustrieller Gesellschaften sehen und dies auf die unzulängliche Fähigkeit bzw. Bereitschaft der politischen Eliten zurückführen, die aus dem sozialen Wandel resultierenden Probleme und Forderungen bei ihren Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen (Inglehart 1990, S. 335–370).

Dagegen entsprechen die meisten Individualeffekte den theoretischen Erwartungen. Zudem unterscheiden sich die Determinanten der Beteiligung an lokalen Protestaktionen zum Teil deutlich von den Faktoren, die das traditionelle politische Engagement begünstigen. Als wichtigste Antriebskräfte der Beteiligung an lokalpolitischen Protestaktionen erweist sich die Unterstützung partizipativer Normen und das soziale Engagement. Menschen, die politisches Engagement als staatsbürgerliche Pflicht begreifen, haben eine besondere Neigung, an legalen Protestaktionen mitzuwirken. Knapp dahinter rangiert an zweiter Stelle das soziale Engagement. Protestierer rekrutieren sich demnach überdurchschnittlich aus der Gruppe von Bürgern, die aktiv in Vereinen mitarbeiten. Interessanterweise sind Sozialkapitalfaktoren für die Beteiligung an Protestaktionen bedeutsamer als für traditionelles politisches Engagement. Dies lässt sich wohl vornehmlich damit erklären, dass die in dieser Studie untersuch-

Tabelle 6: Kontextuelle und individuelle Determinanten lokalpolitischer Protestaktionen

	lokaler Protest
Fixed Effects	
Individualebene	
Konstante	-0,02
Sozioökonomische Ressourcen	0,06**
Kognitives Engagement	0,06**
Unterstützung partizipativer Normen	0,13**
Politische Unterstützung	-0,08**
Bewertung des Partizipationsklimas	0,02
Soziale Aktivität	0,11***
Geschlecht männlich	-0,03**
Alter	0,01
Kontextebene	
Sozioökonomische Entwicklung	-0,11
Säkularisierung	0,02
Einwohnerzahl	0,08
*Interaktionseffekte Individual-*Kontextebene*	
Sozioökonomische Ressourcen*SozModernität	-0,12**
Soziale Aktivität*Entwicklung*SozModernität	-0,07**
Sozioökonomische Ressourcen*KultModernität	0,07**
Kognitives Engagement*KultModernität	0,08**
Unterstützung partNorm*KultModernität	-0,15**
Soziale Aktivität*KultModernität	0,10**
Alter*KultModernität	0,03*
Geschlecht*Einwohnerzahl	0,03**
Alter* Einwohnerzahl	0,03**
Varianzkomponenten (Random Effects)	
Individualebene (σ^2)	0,06***
Kontextebene ($\sigma^2_{\mu 0}$)	0,01**
Modellangaben	
N	11.870
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,09
Devianz (-2logLikelihood)	-422,64
Anzahl Parameter	38

Anmerkungen: Mehrebenenanalyse mit einer Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung. Alle unabhängigen Variablen sind auf eine 0 (niedrigster Wert der Variablen) –1 (höchster Wert der Variablen) Skala umgerechnet. In der Tabelle sind unstandardisierte Koeffizienten ausgewiesen, Die Koeffizienten geben damit den Effekt vom Mindest- zum Höchstwert eines Indikators an. Insignifikante Interaktionseffekte wurden tabellarisch nicht ausgewiesen. Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

ten traditionellen Partizipationsformen individueller Natur sind und keiner Zusammenarbeit mit anderen Menschen bedürfen. Anders als für die traditionellen Aktivitäten ist eine fehlende oder schwache politische Unterstützung eine Antriebskraft des lokalpolitischen Protests. Die Relevanz dieser Einstellung für die Beteiligung an Protestaktionen tritt in den 28 hessischen Städten und Gemeinden viel deutlicher zu Tage als in den meisten bisher publizierten empirischen Studien und liefert eine überzeugenden empirischen Beleg für die Annahme, dass die Menschen auf perzipierte Leistungsschwächen oder Vertrauensdefizite der Politik mit Protestaktionen reagieren. Im Vergleich mit den genannten Faktoren beeinflussen die sozioökonomischen Ressourcen und die Geschlechtszugehörigkeit die Beteiligung an Protestaktivitäten weniger stark (ähnlich Marsh u. Kaase 1979; Dalton 2006, S. 35–78; anders Keil 2012).

Auch auf die Beteiligung an Protestaktionen übt das Zusammenspiel einiger Individual- und Kontextfaktoren einen Einfluss aus, allerdings sind die meisten Effekte theoretisch nur schwer zu interpretieren. Wie bei den traditionellen Aktivitäten schwächt die sozioökonomische Modernität einer Gemeinde den Einfluss der Ressourcenausstattung auf die Beteiligung an Protestaktionen ab, allerdings wird dies teilweise durch einen gegenläufigen Einfluss der kulturellen Modernität aufgewogen. Praktisch die gleiche Konstellation liegt bei der Wechselwirkung von Modernität und sozialem Engagement vor: Die sozioökonomische Modernität reduziert den Einfluss des Sozialen auf das politische Engagement, die kulturelle Säkularisierung wirkt in die entgegengesetzte Richtung. Ebenso wenig lässt sich die negative Wechselwirkung von kultureller Modernität und der Unterstützung von Partizipationsnormen auf die Beteiligung an Protestaktivitäten erklären. Mit anderen Worten: Die modernisierungstheoretischen Variablen tragen weder etwas zur Erklärung des Protestniveaus bei noch führen sie dazu, dass der Einfluss Ressourcen, Motiven oder sozialen Netzwerken auf das Protestverhalten konsistent gestärkt oder abgeschwächt würde. Die übrigen Effekte sind nicht nur unplausibel, sondern auch schwach und werden deshalb nicht kommentiert.

6 Fazit

In den Jahrzehnten seit ihrem Entstehen förderte die empirische Partizipationsforschung zahlreiche Erkenntnisse über die individuellen Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation zutage. Relativ lückenhaft ist dagegen unser Wissen über die Bedeutung kontextueller Faktoren für die Entscheidung der Menschen zum aktiven politischen Engagement. Treffen die Annahmen der Modernisierungstheorie zu, nach denen die Tertiärisierung der Gesellschaft, die Öffnung der Institutionen der höheren Bildung, die Ausbreitung moderner Kommunikationstechniken und die Säkularisierung des Wertesystems die politische Partizipation zum neuen „axialen Prinzip“ der politische Ordnung werden lässt (Bell 1976, S. 12)? Drückt sich die Ausbreitung politischer Partizipation in postindustriellen Gesellschaften tatsächlich primär als Beteiligung an Protestaktivitäten aus, mit denen die Bevölkerung auf das Festhalten der politischen Führungsgruppen an materialistischen Zielen reagiert, wie es Inglehart in zahlreichen Publikationen behauptete? Reduziert die Komplexität der politischen Verhältnisse die Beteiligung, während die Fülle und Relevanz der kommunalen Kompetenzen sie fördert (Dahl u. Tufte 1973)? Gibt es partizipationsfreundliche Institutionen, welche die Individuen zur politischen Aktivität ermutigen und wie sehen diese aus (Norris 2002; Smith 2009)?

Auf Fragen dieser Art lieferte die empirische Forschung weit weniger zuverlässige Antworten als auf die Frage, welche Rolle individuelle Ressourcen und Motive sowie die Integration in soziale Netzwerke für die politische Beteiligung der Bürger liefern. Insofern ist es sinnvoll und wichtig, der Rolle von Kontextfaktoren für das Zustandekommen des politischen Engagements mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen

und diese Analyse auf die lokale Ebene des politischen Systems zu fokussieren, auf der die Handlungskontexte den Menschen vermutlich kognitiv präsenter sind als in der nationalen Politik.

Das Ergebnis dieser Bemühungen fällt auf den ersten Blick ernüchternd aus. Direkte Effekte des Kontexts, hier der sozioökonomischen Modernität und der Gemeindegröße, auf die politische Partizipation lassen sich nicht nachweisen. Für die Beteiligung an traditionellen politischen Aktivitäten und an legalen Protestaktionen in den hier untersuchten 28 hessischen Städten und Gemeinden ist es völlig belanglos, ob die Bürger in einer großen, mittelgroßen oder kleinen Gemeinde leben oder ob diese Gemeinde ein hohes, mittleres oder niedriges sozioökonomisches Entwicklungsniveau aufweisen. Wichtig sind ganz andere Faktoren: Je stärker sich die Bürger in Vereinen engagieren, je besser sie mit sozioökonomischen Ressourcen ausgestattet sind und je stärker sie sich mit einer Partei identifizieren, desto eher beteiligen sie sich an traditionellen Aktivitäten und Protestaktionen. Auf der Individualebene lassen sich exakt jene Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation nachweisen, mit deren Bedeutung für die Demokratie sich die Forschergruppe um Sidney Verba beschäftigt: Der Einfluss der sozioökonomischen Ressourcenausstattung auf die politische Partizipation fordert das demokratische Ideal der politischen Gleichheit heraus, denn auf Grund ihres aktiven Engagements in der Politik haben die höheren Statusgruppen eine bessere Chance, von der politischen Führung wahrgenommen zu werden. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Präferenzen Eingang in die Entscheidungen der politischen Führung finden. Ungeachtet aller Fortschritte bei der Modernisierung der Gesellschaft und der Demokratisierung des politischen Systems ist es immer noch nicht gelungen, die Ungleichheit im politischen Verhalten der sozialen Statusgruppen zu verringern, selbst wenn man andere Faktoren konstant hält. Die traditionellen intermediären Organisationen spielen also nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zur individuellen politischen Aktivität. Dies gilt für traditionelle Aktivitäten ebenso wie für den politischen Protest. Für das politische Engagement der Menschen ist es somit maßgeblich, dass sie gefragt werden, dass sie auf Grund ihrer Ressourcenlage partizipieren können und dass sie hinlänglich dazu motiviert sind, dies zu wollen. Dabei sind die beiden hier untersuchten Formen politischer Partizipation von unterschiedlichen Motiven getragen. Für traditionelle Aktivitäten ist das kognitive Engagement die wichtigste Voraussetzung, für den Protest spielen die Unterstützung partizipativer Normen und die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen die größte Rolle.

Die Aussage, der Kontext sei für das individuelle politische Engagement unwichtig, lässt sich nur aufrechterhalten, soweit es um direkte Einflüsse auf das Beteiligungsniveau geht. Entgegen den eingangs formulierten Erwartungen kann der Kontext den Einfluss individueller Faktoren auf das politische Engagement verstärken oder abschwächen. Von den in diesem Zusammenhang gefundenen Zusammenhängen sind einige demokratietheoretisch bemerkenswert. Die sozioökonomische Modernität einer Gemeinde spielt eine wichtige Rolle dafür, wie stark die individuelle Ressourcenausstattung die Beteiligung an traditionellen politischen Aktivitäten beeinflusst. Sozioökonomische Entwicklung fördert die politische Gleichheit, weil sie die Ressourcen-

abhängigkeit politischer Beteiligung abschwächt. Auch soziales Engagement wirkt in unterschiedlichen Kontexten jeweils unterschiedlich auf die politische Partizipation. In hoch sozioökonomisch hoch entwickelten Gemeinden fällt sein politischer Mobilisierungseffekt besonders stark aus. Diese Resultate vermitteln eine positive Botschaft für die Zukunft partizipativer Politik, denn mit fortschreitender Modernisierung hängt das politische Engagement immer stärker mit dem sozialen Engagement zusammen und weniger vom Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen.

Literatur

Ajzen, Icek. 1988. *Attitudes, Personality and Behavior*. Chicago: Dorsey.

Armingeon, Klaus. 2007. Political Participation and Associational Involvement. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 358–383. London: Routledge.

Asher, Herbert J., Bradley M. Richardson, und Herbert F. Weisberg. 1984. *Political Participation. An ISSC Workbook in Comparative Analysis*. Frankfurt a. M.: Campus.

Barnes, Samuel H., Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans D. Klingemann, Alan Marsh, und Leopold Rosenmayr. 1979. *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.

Bell, Daniel. 1976. *The Coming of Postindustrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books.

Bühlmann, Marc. 2006. *Politische Partizipation im kommunalen Kontext. Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.

Carmines, Edward G., und Robert Huckfeldt. 1996. Political Behavior: An overview. In *A New Handbook of Political Science*, Hrsg. Robert E. Goodin, und Hans-Dieter Klingemann, 223–254. Oxford: Oxford University Press.

Cnudde, Charles F., und Deane E. Neubauer (Hrsg.). 1969. *Empirical Democratic Theory*. Chicago: Markham.

Dahl Robert A., und Edward R. Tufte. 1973. *Size and democracy*. Stanford: Stanford University Press.

Dalton, Russell J. 2004. *Democratic Challenges. Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

Dalton, Russell J. 2006. *Citizen Politics. Public Opinion and Political Participation in Advanced Industrial Democracies*. Washington, D.C.: CQ Press.

Dalton, Russell J. 2008. *The Good Citizen. How a Younger Generation is Reshaping American Politics*. Washington, D.C.: CQ Press.

Dalton, Russell J., und Manfred Kuechler (Hrsg.). 1990. *Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

Denters, Bas, Oscar W. Gabriel, und Mario Torcal. 2007. Norms of Good Citizenship. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 88–108. London: Routledge.

Denters, Bas, und Henk van der Kolk, 2008. What Determines Citizens' Normative Conceptions of Their Civic Duties. In *Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People. Multilevel Analyses of the European Social Survey 2002*, Hrsg. Heiner Meulemann, 135–157. Leiden: Brill.

Fishkin, James. 2009. *When the People Speak. Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press.

Gabriel, Oscar W. 2004. Politische Partizipation. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002/2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 317–338. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, Oscar W. 2011a. *Bürgerbeteiligung. Stärkung der Demokratie Verbesserung der Politikergebnisse?* Gutachten für die Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.

Gabriel, Oscar W. 2011b. Von der parlamentarischen Demokratie zur Bürgergesellschaft? In *Deutschland im Jubiläumsjahr 2009. Blick zurück nach vorn*, Hrsg. Gabriele Abels, 161–196. Baden-Baden: Nomos.

Gabriel, Oscar W., und Katja Neller. 2010. Bürger und Politik in Deutschland. In *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, und Fritz Plasser, 57–146. Baden-Baden: Nomos.

Gabriel, Oscar W., und Kerstin Völkl. 2005. Politische und soziale Partizipation. In *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Everhard Holtmann, 523–573. München: Oldenbourg.

Gabriel, Oscar W., und Kerstin Völkl. 2008. Politische und soziale Partizipation. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp, 268–298. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher, und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im internationalen Vergleich*. Wien: Wiener Universitätsverlag.

Gunlicks, Arthur B. 1986. *Local Government in the German Federal System*. Durham: Duke University Press.

Hirschman, Albert O. 1974. *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Huckfeldt, Robert, und John Sprague. 1995. *Citizens, Politics, and Social Communication. Information and Influence in an Election Campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.

Inglehart, Ronald. 1979. Political Action. The Impact of Values, Cognitive Level, and Social Background. In *Political Action. Mass Participation in Five Democracies*, Hrsg. Samuel H. Barnes, Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans D. Klingemann, Alan Marsh, und Leopold Rosenmayr, 343–380. Beverly Hills: Sage.

Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald. 1999. Postmodernization Erodes Respect for Authority but Increases Support for Democracy. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 236–256. Oxford: Oxford University Press.

Inglehart, Ronald, und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.

Jackman, Robert. 1987. Political Institutions and Voter Turnout in Industrialized Democracies. *American Political Science Review* 81: 405–423.

Jennings, M. Kent, Jan W. van Deth, Samuel H. Barnes, Dieter Fuchs, Felix Heunks, Ronald Inglehart, Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, und Jacques J. A. Thomassen. 1990. *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: de Gruyter.

Kaase, Max. 1982. Partizipatorische Revolution. Ende der Parteien? In *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Hrsg. Joachim Raschke, 173–189. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kaase, Max. 1997. Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch*, Hrsg. Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel, 159–174. Opladen: Leske + Budrich.

Keil, Silke I. 2012. Partizipation und Ungleichheit. In *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, Hrsg. Silke I. Keil, und Jan W. van Deth, 173–208.

Kersting, Norbert (Hrsg.). 2008. *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klingemann, Hans-Dieter. 1979. Ideological Conceptualization and Political Action. In *Political Action. Mass Participation in Five Democracies*, Hrsg. Samuel H. Barnes, Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans-Dieter Klingemann, Alan Marsh, und Leopold Rosenmayr, 279–303. Beverly Hills: Sage.

Ladner, Andreas. 2002. Size and direct democracy at the local level: the case of Switzerland Environment and Planning C. In *Government and Policy* 20: 813–828.

Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson, und Hazel Gaudet. 1944. *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.

Lipset, Seymour M. [1959] 1981. *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

Lüdemann, Christian. 2001. Politische Partizipation. Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlusstheorien am ALLBUS 1998. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 43–71. Opladen: Leske + Budrich.

Marien, Sofie, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier. 2010. Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries. In *Political Studies* 58: 187–213.

Marsh, Alan, und Max Kaase. 1979. Background of Political Action. In Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Hrsg. Samuel H. Barnes, Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans D. Klingemann, Alan Marsh, und Leopold Rosenmayr, 97–136. Beverly Hills: Sage.

Mattar, Michael. 1979. Verwaltungsreform als Instrument zur Leistungssteigerung und Demokratisierung kommunaler Politik? In *Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, 141–157. Meisenheim am Glan: Hain.

Milbrath, Lester M., und Madan Lal Goel. 1977. *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics*. Chicago: Rand McNally.

Morales, Laura, und Peter Geurts. 2007. Associational Involvement. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 135–157. London: Routledge.

Muller, Edward N. 1979. *Aggressive Political Participation*. Princeton: Princeton University Press.

Muller, Edward N. 1982. An Explanatory Model for Differing Types of Participation. *European Journal of Political Research* 10: 1–16.

Muller, Edward G., Thomas O. Jukam, und Mitchell A. Seligson. 1982. Diffuse Support and Anti-System Political Behavior. A Comparative Analysis. *American Journal of Political Science* 26: 240–264.

Neubauer, Deane E. 1969. Some Conditions of Democracy. In *Empirical Democratic Theory*, Hrsg. Charles F. Cnudde, und Deane E. Neubauer, 224–235. Chicago: Markham.

Neuman, W. Russell. 1986. *The Paradox of Mass Politics: Knowledge and Opinion and the American Electorate*. Cambridge: Harvard University Press.

Newton, Kenneth, und José Ramón Montero. 2007. Patterns of Political and Social Participation in Europe. In *Measuring Attitudes Cross Nationally. Lessons from the European Social Survey*, Hrsg. Roger Jowell, Caroline Roberts, Rory Fitzgerald, und Gillian Eva, 205–237. London: Sage.

Nie, Norman H., G. Bingham Powell, und Kenneth Prewitt. 1969a. Social Structure and Political Participation. Developmental Relationships, Part I. *American Political Science Review* 63: 361–376.

Nie, Norman H., G. Bingham Powell, und Kenneth Prewitt. 1969b. Social Structure and Political Participation. Developmental Relationships, Part II. *American Political Science Review* 63: 808–832.

Norris, Pippa. 2002. *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. Cambridge: Cambridge University Press.

Oliver, Eric. 2000. Size and Civic Involvement in Metropolitan America. *American Political Science Review* 94: 361–373.

Pattie, Charles, Patrick Seyd, und Paul Whiteley. 2004. *Citizenship in Britain. Values, Participation and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Rokkan, Stein. 1966. Cross National Studies in Political Participation. In *Political Opinion and Electoral Behavior. Essays and Studies*, Hrsg. Edward C. Dreyer, und Walter A., Rosenbaum, 429–439. Belmont: Wadsworth.

Roller, Edeltraud, und Tatjana Rudi. 2008. Explaining Level and Equality of Political Participation. The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions. In *Social Capital in Europe – Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*, Hrsg. Heiner Meulemann, 251–283. Leiden: Brill.

Rose, Lawrence E. 2002. Municipal Size and Local Nonelectoral Participation: Findings from Denmark, the Netherlands, and Norway. In *Environment and Planning C: Government and Policy* 20: 829–851.

Rosenstone, Steven J., und John Mark Hansen. 1993. *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.

Roßteutscher, Sigrid. 2004. Die Rückkehr der Tugend? In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 175–200. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roßteutscher, Sigrid, und Jan W. van Deth. 2002. Associations between Associations. The Structure of the Voluntary Association Sector. *Arbeitspapier Nr. 56*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Roßteutscher, Sigrid. 2008. Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina, und Andrea Römmele, 163–180. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Smith, Graham. 2009. *Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.

Steinbrecher, Markus. 2009. *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

Stolle, Dietlind, und Thomas R. Rochon 1998. Are All Associations Alike? *American Behavioral Scientist* 42: 47–65.

Teorell, Jan, Mario Torcal, und José Ramón Montero. 2007. Political Participation: Mapping the Terrain. In *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, Hrsg. Jan W. van Deth, José Ramón Montero, und Anders Westholm, 334–357. London: Routledge.

van Deth, Jan W. 2001. Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 195–219. Opladen: Leske + Budrich.

van Deth, Jan W. 2004. Soziale Partizipation. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan W. van Deth, 295–315. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W. 2008. Politische Partizipation. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina, und Andrea Römmele, 141–161. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Deth, Jan W., und Elinor Scarbrough (Hrsg.). 1995. *The Impact of Values. Beliefs in Government*. Oxford: Oxford University Press.

van der Meer, Tom. 2009. *States of Freely Associating Citizens. Cross-National Studies into the Impact of State Institutions on Social, Civic and Political Participation*. Nijmegen: Radboud University.

Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.

Verba, Sidney, Norman H. Nie, und Jae-on Kim. 1978. *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry Brady. 1995. *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Vetter, Angelika. 2008. Institutionen und lokale Wahlen: Wo bleiben die Wähler? In *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Hrsg. Angelika Vetter, 49–73. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wernicke, Immo H. 1976. *Die Bedingungen politischer Partizipation*. Meisenheim am Glan: Hain.

Wollmann, Hellmut. 2002. Die Entwicklung der politischen Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. In *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*, Hrsg. Deutscher Bundestag, 101–120. Opladen: Leske + Budrich.

Wahlbeteiligung

Thorsten Faas

1 Einführung

Die Beteiligung an einer Wahl ist – auf den ersten Blick betrachtet – ein individueller, ja geradezu intimer Akt. Sie *muss* es sogar sein, denn aus dem Wahlrechtsgrundsatz der geheimen Wahl lässt sich unmittelbar ableiten, dass die Stimmabgabe „im Geheimen", üblicherweise in einer (alleine zu betretenden) Wahlkabine vollzogen wird.

Gegen eine solche Perspektive lässt sich einwenden, dass sich die so gesicherte Geheimhaltung nur auf die Art und Weise bezieht, wie die Stimme abgegeben wird – gültig oder ungültig, für Partei A oder Partei B? *Ob* die Stimme überhaupt abgegeben wird, ist alleine schon durch den Besuch des Wahllokals grundsätzlich bekannt. Und natürlich muss es auch so sein, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wer seine Stimme bereits abgegeben hat und wer nicht, um im Sinne des Wahlrechtsgrundsatzes der gleichen Wahl doppelte Stimmabgaben auszuschließen. Dass dies aktenmäßig festgehalten wird, bedeutet aber keineswegs, dass dieses Wissen auch *gemeinsames* Wissen ist. Gerade in Zeiten rückläufiger Wahlbeteiligung auf allen Ebenen des politischen Systems, aber auch in Zeiten steigender Briefwahlbeteiligung ist öffentlich immer weniger nachvollziehbar, wer von seinem Wahlrecht Gebrauch macht und wer nicht. So verstanden ist auch die Frage der Wahlbeteiligung eine individuelle, private Entscheidung. Erst recht gilt dies, wenn man vom Phänomen der Beteiligung auf die Ebene der Motive, die zur (Nicht-)Wahl führen, wechselt. Der Wahlrechtsgrundsatz der Freiheit der Wahl schließt die Freiheit zur Nichtwahl ein, schließt aber zugleich jegliche Form der Rechenschaftspflicht für die eigene Wahlentscheidung gegenüber Dritten aus.

Vor diesem Hintergrund könnte man geneigt sein anzunehmen, dass ein rein individualistisches Modell, das an den individuellen Motivlagen der Bürger ansetzt, die Wahlbeteiligung durchaus gut erklären kann. Zu den prominentesten Verfechtern solcher Erklärungsmodelle gehört Anthony Downs (1957; siehe auch Riker u. Ordeshook 1968), der in seiner ökonomischen Theorie der Demokratie versucht hat, die Entscheidung über die Beteiligung an einer Wahl als einen Akt individueller Nutzenmaximierung zu konzeptualisieren: Ein Bürger wird demnach nur dann an einer Wahl teilnehmen und eine bestimmte Partei wählen, wenn der erwartete Nutzen dieser Wahl die mit dem Wahlakt verbundenen Kosten übersteigt. Formal ausgedrückt (siehe auch Riker u. Ordeshook 1968) lautet die ultimative Bedingung der Wahlteilnahme folglich:

$$U = p*B - C > 0$$

Der Nutzen U aus der Wahl einer Partei ergibt sich aus dem Parteiendifferential B, abzüglich der mit dem Wählen verbundenen Kosten C. Allerdings ist dieses Parteien-

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_15, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

differential, das den Nutzenunterschied zwischen den Parteien widerspiegelt, mit der Wahrscheinlichkeit p zu gewichten – also jener Wahrscheinlichkeit, die anzeigt, ob die (eine) abzugebende Stimme tatsächlich den ultimativen Ausschlag in die eine oder andere Richtung gibt. Diese Wahrscheinlichkeit ist allerdings in modernen Massendemokratien minimal. Selbst im Kontext der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2000, als George W. Bush gegenüber Al Gore im entscheidenden Bundesstaat Florida nur einen Vorsprung von 543 Stimmen erreicht hatte, lag diese Wahrscheinlichkeit (ex post betrachtet) bei gerade einmal 1/543, also rund zwei Promille. Für alle praktischen Zwecke muss man daher davon ausgehen, dass diese Wahrscheinlichkeit sehr nahe Null liegt.

Gewichtet mit diesem Faktor p wird aber das Produkt p*B ebenfalls einen Wert von praktisch 0 annehmen. Da zugleich mit dem Wahlakt immer bestimmte Kosten verbunden sind – Bürger müssen sich informieren, sie müssen sich auf den Weg zum Wahllokal machen, sie können in dieser Zeit nichts anderes tun –, ist davon auszugehen, dass die Kosten C größer als das (gewichtete) Parteiendifferential sein werden. In der Konsequenz all dessen ergibt sich ein negativer Erwartungswert für den Nutzen. Als rationaler, an erwarteten Konsequenzen orientierter Akteur sollte sich folglich kein Bürger die Mühe der Wahlteilnahme machen.

2 Wahlbeteiligung im sozialen Kontext

Ein kurzer Blick auf realweltliche Wahltage zeigt in jüngerer Vergangenheit tatsächlich rückläufige Beteiligungsraten. Gleichwohl gilt noch immer, dass Massen von Menschen sich die Mühe machen, ihre Stimme abzugeben. Offenkundig scheitert der Downs'sche Versuch, die Entscheidung zur Wahlbeteiligung durch das skizzierte individualistische Modell zu erklären – für Fiorina (1990, S. 334) das „paradox that ate rational choice theory". Lässt sich dieses Paradoxon auflösen? In der Literatur finden sich tatsächlich zahlreiche einschlägige Versuche (siehe etwa Arzheimer 2005) – und viele davon zielen in eine Richtung, die den Wahlakt in einen *sozialen* Kontext einordnen.

Die Downs'schen Formel bietet einschlägige Anknüpfungspunkte. Zunächst ist schon die Wahrscheinlichkeit p im mathematischen Sinne – das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Florida – eine Funktion des jeweiligen Kontexts. Je größer das Elektorat, desto geringer ist das Gewicht einer einzelnen Stimme; zugleich spielen natürlich auch die (kontextabhängigen) Mehrheitsverhältnisse eine entscheidende Rolle. Je knapper der Ausgang der Wahl, desto höher die Wahrscheinlichkeit p. Über diese Mathematik hinaus kann die subjektiv empfundene Wahrscheinlichkeit, die eigene Stimme sei entscheidend, kontextuellen Einflüssen unterliegen, etwa wenn politische Eliten versuchen, darauf Einfluss zu nehmen (siehe auch Kühnel 2001; Kühnel u. Fuchs 1998).

Auch an der Kostenschraube lässt sich durch eine kontextsensitive Betrachtung drehen, schließlich sind die mit dem Wahlakt verbundenen Kosten keineswegs fix. Dies gilt für den eigentlichen Wahlgang, dessen Kosten durch die institutionellen Rahmenbedingungen einer Wahl beeinflusst werden können. Auch die (Informations-)

Kosten im Vorfeld einer Wahl sind keineswegs fix, nicht zuletzt aufgrund der intensiven Bemühungen von Parteien, einschlägige Informationen an den Mann und an die Frau zu bringen, denen sich die anvisierten Empfänger kaum entziehen können.

Auch über interpersonale Netzwerke verbreiten sich *en passant* Informationen. Dass die Empfänger solcher Informationen diese sogar dankend annehmen, ist ebenfalls wahrscheinlich: Anstatt überhaupt in eine langwierige Kosten-Nutzen-Kalkulation einzusteigen, könnten sie schlicht auf glaubwürdige Informationen und Impulse aus ihrem jeweiligen Umfeld vertrauen. In diesem Sinne kann etwa Straits (1990) zeigen, dass Eheleute eine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, *gemeinsam* an einer Wahl teilzunehmen. Auch Nickerson (2008) kann im Rahmen eines sehr eleganten Feldexperiments zeigen, dass sich Informationen innerhalb von Haushalten offenkundig weiterverbreiten und schlussendlich einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben. Insgesamt zeigt eine ganze Reihe von Studien, dass Personen durch Kontakte in sozialen Netzwerken zur Wahlteilnahme mobilisiert werden (siehe etwa Kenny 1992, 1993; Knoke 1990).

Neben der Möglichkeit, kostengünstige Informationen bereitzustellen und auf diesem Wege das Kalkül der Akteure zu verändern, können durch interpersonale Kontexte auch normative Überlegungen beeinflusst werden (Schmitt-Beck u. Mackenrodt 2010). In einem solchen Sinne finden sich schon bei Downs (1957) Überlegungen zur Lösung des *paradox of voting*. Indem man einen zusätzlichen (positiven) Term D auf der rechten Seite der Formel ergänzt, wird das Nutzenkalkül so modifiziert, dass die Wahlteilnahme einen positiven Ertrag bringt.

D steht dabei wahlweise für *Duty* oder *Democracy*. Im ersten Fall verspüren die Betroffenen eine Wahlnorm, verstanden als eine subjektiv empfundene (Bürger-)Pflicht, an Wahlen teilzunehmen. Ein Verstoß gegen diese verinnerlichte Wahlnorm (in Form der Nichtwahl) würde psychologische Kosten verursachen, weswegen sich das Kalkül zugunsten der Wahlteilnahme verändert (Franklin 1996; Opp 2001; Rattinger u. Krämer 1995; Schoen u. Falter 2003). Dabei liegt Normen inhärent ein kontextsensitives Verständnis zugrunde, wenn man sie etwa als gesellschaftlich erwünschte und von Individuen internalisierte Verhaltensregeln versteht. Fowler (2005; siehe auch Schmitt-Beck u. Mackenrodt 2010) hat zeigen können, dass solche normverstärkenden oder -erodierenden Prozesse in kleinen Kontexten zu wahren *turnout cascades*, aber auch *abstention cascades* führen können. Auch feldexperimentelle Studien aus dem US-amerikanischen Kontext belegen, dass sich normative Appelle in Verbindung mit der Nachprüfbarkeit der Normeinhaltung positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung auswirken (Gerber et al. 2008; Green u. Gerber 2010).

Versteht man unter dem ergänzten Term *D* anstelle von *Duty* dagegen *Democracy*, so ändert sich die Stoßrichtung des Arguments, ohne allerdings seinen Kollektivbezug zu verlieren. An die Stelle einer subjektiv empfundenen Wahlpflicht tritt dann eher die langfristige Unterstützung der Demokratie oder – anders formuliert – die Schaffung und Wahrung des Kollektivguts „Demokratie“. Mit einer gemeinwohlorientierten Perspektive lässt sich das Paradoxon des Wählens auch anders lösen. So argumentieren etwa Edlin et al. (2007, S. 293), dass „for voters with ‚social preferences‘, the expected utility of voting is approximately independent of the size of the electorate, sugges-

ting that rational voter turnouts can be substantial even in large elections“. Wenn also Menschen nicht nur ihren eigenen Nutzen, sondern den gesellschaftlichen (oder zumindest den für größere Gruppen resultierenden) Nutzen in ihr Kalkül einbeziehen, dann bleibt zwar die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme den Ausschlag gibt, sehr klein. Zugleich würde sich der resultierende Nutzen bei kollektiver Betrachtung in einem Maße vervielfältigen, dass sich die geringe Wahrscheinlichkeit und der vervielfältigte Nutzen wechselseitig aufheben würden. Die geringe Wahrscheinlichkeit würde damit als Größe in der Downs’schen Gleichung entfallen.

Dass Menschen sich tatsächlich gemäß einer solchen Logik verhalten, die auf das große Ganze anstelle des partikularen Kleinen fokussiert, ist etwa aus dem Themenfeld des *Economic Voting* hinlänglich bekannt: Bürger verwenden demnach weniger ihre eigene ökonomische Situation, sondern vielmehr die ökonomische Situation des Landes insgesamt als Maßstab ihrer Wahlentscheidung (Lewis-Beck u. Stegmaier 2000).

3 Wahlbeteiligung als Mehrebenenphänomen

Was bleibt also festzuhalten? Wenn man sich die verschiedenen Anknüpfungspunkte für kontextuelle Einflüsse auf die Frage der Wahlbeteiligung ins Gedächtnis ruft, zeigt sich, dass sich die Teilnahme an Wahlen nur im *Zusammenspiel* von individuellen und kontextuellen Faktoren verstehen und erklären lässt. Das untermauert auch die Herangehensweise etwa bei Brady et al. (1995, S. 271), die sich mit einer Trias von Erklärungsfaktoren dem Phänomen politischer Partizipation allgemein widmen. Überträgt man ihre Überlegungen auf die Frage der (Nicht-)Wahl, so machen Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch, „because they can’t, because they don’t want to, or because nobody asked“.

Gerade der Aspekt des *nobody asked* eröffnet dabei eine kontextsensitive Perspektive, die in Ergänzung zu den beiden anderen, auf das Individuum konzentrierten Faktoren das Erklärungsmodell komplettiert. Bei Brady et al. (1995) bezieht sich die kontextuelle Perspektive dabei vor allem auf *mobilizing agencies*, deren Interesse darin besteht, Menschen von der Wahlteilnahme zu überzeugen (und so vor allem motivationale Defizite auszugleichen). Im Rahmen des vorliegenden Bands (siehe auch Bühlmann u. Freitag 2004) kann das Kontextverständnis allerdings weiter gefasst werden: Neben den individuellen Faktoren können mit Blick auf mögliche kontextuelle Einflüsse sowohl die lokale Politik, die lokale Gesellschaft als auch die lokale Ökonomie Berücksichtigung finden.

Aus theoretisch-konzeptioneller Sicht spricht vieles dafür, sowohl individuelle als auch kontextuelle Faktoren bei der Erklärung der Wahlbeteiligung zu berücksichtigen. Zugleich aber zeigt ein Blick in die einschlägige Literatur, dass dort bislang eher ein „entweder/oder“ dominiert: Auf der einen Seite gibt es eine umfangreiche Literatur, die die Wahlbeteiligung durch – in der Regel in bevölkerungsrepräsentativen Umfragen erfasste – Individualmerkmale zu erklären versucht. Neben sozialstrukturellen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung oder Erwerbsstatus – werden dabei vor allem moti-

vationale und nutzenorientierte Faktoren in die Analysen einbezogen (siehe auch Faas 2010a, 2010b).

Auf der anderen Seite liegen Aggregatdatenanalysen vor, die unterschiedliche Wahlbeteiligungsraten in sozialen Kontexteinheiten durch Merkmale dieser Einheiten zu erklären versuchen. Dies gilt einerseits für international vergleichende, „systemische“ Forschung, die auf der Ebene einzelner Länder ansetzt und die entsprechenden Unterschiede durch Rückgriff auf Merkmale der jeweiligen Parteien- und Wahlsysteme durchaus gut erklären kann (siehe etwa Franklin 1996). Andere Analysen aus der Familie der Aggregatdatenanalyse setzen auf kleinräumigeren Ebenen an: Rattinger (1983) sowie Faas und Rattinger (2003) etwa nutzen in ihren Analysen die Ebene der (deutschen) Wahl- bzw. Stadt- und Landkreise, um die dort zu beobachtenden Unterschiede in der Wahlbeteiligung mit entsprechenden Merkmalen dieser Einheiten – etwa Arbeitslosenquoten – in Verbindung zu bringen. Ebenfalls zu dieser Familie gehören all jene Arbeiten, die in der Tradition von Tingstens Stockholmer Analysen in noch kleinräumigeren Kontexten, also etwa Stadtteilen, ansetzen: In jüngerer Vergangenheit widmet sich Schäfer (2012) Unterschieden in der Wahlbeteiligung zwischen Stadtteilen innerhalb von deutschen Großstädten, um diese mit Daten der amtlichen Statistik in Verbindung zu bringen.

So beeindruckend die Zusammenhänge und die Anteile erklärter Varianz in diesen Aggregatdatenanalysen mitunter sind, so bleiben gleichwohl zwei (verknüpfte) Probleme aus theoretischer Sicht bestehen. Zunächst einmal stellt sich nämlich die Frage, welche Analyseebene optimal ist. So hat Esser zurecht darauf hingewiesen, dass die Auswahlmöglichkeiten der zur Verfügung stehenden Kontextebenen praktisch unbegrenzt ist, schließlich sind wir alle eingebettet in eine „multiple und hierarchische Mehrebenen-Struktur“ (Esser 1999, S. 446), uns umgeben Stadtteile, Städte oder Gemeinden, Landkreise, Regierungsbezirke und Bundesländer. Nun könnte man einwenden, dass es mit Blick auf die Wahlbeteiligung bestimmte Ebenen gibt, die „natürlich“ bedeutsamer sind. So gebe ich auf der einen Seite meine Stimme in einem spezifischen Stimmbezirk ab, andererseits gehört das zu wählende Gremium (etwa der Gemeinderat) zu einer bestimmten Kontextebene. Welche Kontexteinflüsse aber letztlich über diese formalen Bezüge hinaus die individuelle Wahlentscheidung beeinflussen, ob ich etwa bei der Stimmabgabe zur Gemeinderatswahl an die persönliche Situation meiner Nachbarn oder aber die Performance der Bundeskanzlerin in Berlin denke, ist zunächst eine theoretische Frage in Abhängigkeit vom vermuteten Kausalmechanismus, die darauf aufbauend dann empirisch zu prüfen ist.

Dies führt zum zweiten Problem, das mit diesen Ansätzen verbunden ist: So überzeugend die Zusammenhänge in den Aggregatdaten auch sein mögen, sie können die Frage nach kausalen Mechanismen nicht klären. Letztlich müssen die vermuteten Kontextfaktoren ihre Wirkung *in den Köpfen einzelner Bürger* entfalten. Insbesondere Erbring und Young (1979; siehe auch Hauser 1974; King 1996) haben in diesem Zusammenhang vor Argumentationsmustern gewarnt, die auf *action at a distance* oder sogar *social telepathy* fußen. Die jeweilige Kontextsituation muss folglich die Informationslage oder aber das Kalkül in den Köpfen der Menschen beeinflussen und

verändern, um einerseits Wirkungsmöglichkeiten zu entfalten, andererseits aber auch die kausale Kette zufriedenstellend schließen zu können.

In diesem Sinne schlagen auch Books und Prysby (1995) ein dreistufiges Modell vor, das die Brücke zwischen Kontexten und beobachtbaren Effekten auf der Individualebene schlagen kann: Noch ausschließlich auf der Kontextebene gibt es demnach eine Beziehung zwischen der Kontextvariable und einem daraus abgeleiteten Informationsmuster. Dieses Muster wird dann in einem zweiten Schritt auf die Individualebene übertragen, sei es in Form von Wahrnehmungsmustern, sei es in Form von Zugehörigkeitsindikatoren (etwa der Mitgliedschaft in Organisationen). Schließlich vervollständigt auf der Mikroebene die Beziehung zwischen diesen Linkvariablen und der letztlich abhängigen Variable das dreistufige Modell.

Für die einschlägige Forschung besteht die Herausforderung dann in einer *simultanen Berücksichtigung* von individuellen und kontextuellen Einflussfaktoren (sowie den die Kontexte vermittelnden Faktoren). Und tatsächlich finden sich in jüngerer Vergangenheit vermehrt entsprechende Analysen, was insbesondere mit der zunehmenden Verbreitung des Instruments der Mehrebenenanalyse zu tun haben dürfte. Perea (2002) sowie Fieldhouse et al. (2007) haben Mehrebenenanalysen der Wahlbeteiligung vorgelegt, in denen europäische Länder die zweite Ebene bilden. Eine interessante, da längsschnittliche Variante davon hat Klein (2005) im deutschen Kontext vorgelegt, worin er die jeweiligen Erhebungszeiträume der monatlichen Politbarometer-Erhebungen als (zeitlich definierte) zweite Ebene in seine Analysen einbezogen hat. Beiden Herangehensweisen gemein ist dabei, dass sie – naturgemäß – nur solche Kontextvariablen einbeziehen können, die auf der nationalen Ebene auch variieren: Dies sind vor allem Merkmale der jeweiligen politischen Systeme bzw. der jeweiligen Wahlen.

Aus theoretischer Sicht sollten es allerdings gerade Impulse aus kleinräumigeren Kontexten sein, die einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben. Dies bestätigen auch Studien vor allem aus dem britischen Kontext. In einem expliziten Vergleich verschiedener Kontextebenen kommen etwa Johnston et al. (2007, S. 653) zu dem Schluss: „There is a geography of voting at that election (gemeint ist die Unterhauswahl 1997, T. F.), but it operates at much smaller spatial scales“. In ähnlicher Weise finden auch Tunstall et al. (2000, S. 62) eine *„nested hierarchy of scale effects“*. Gerade kleinere regionale Einheiten erweisen sich demnach als besonders wirkungsvoll. Zur Erklärung dieses Phänomens führen die Autoren an, dass die kleinräumige Ebene noch sehr gut beobacht- und bewertbar ist (ganz im Gegensatz etwa zur distanten nationalen Ebene), zugleich aber gegenüber der rein individuellen Perspektive eine deutlich erweiterte, weniger idiosynkratische Basis hat, weshalb sie als Bewertungsmaßstab gut geeignet erscheint und offenkundig Effekte auslösen kann.

Solche Mehrebenenanalysen, die kleinräumige Kontexteinheiten als zweite Ebene verwenden, existieren allerdings bislang – gerade im deutschen Kontext – nur in bescheidener Zahl, was seine Ursache nicht zuletzt in der (Nicht-)Verfügbarkeit einschlägiger Daten hat. Eine Analyse der Kommunalwahl 2004 in Duisburg von Schmitt-Beck liegt vor, die die 47 Duisburger Stadtteile als zweite Ebene nutzt (siehe hierzu Schmitt-Beck u. Mackenrodt 2010; Schmitt-Beck et al. 2008); auch die Analysen bei Faas

(2010a) schließen kleinräumigere Analysen der Wahlbeteiligung (und ihrer Hintergründe) ein.[1]

Insgesamt ist zu konstatieren, dass – bei aller theoretischen Wünschbarkeit – der Forschungsstand bezüglich der Wirkung (kleinräumiger) Kontextfaktoren auf die Frage der individuellen Wahlteilnahme eher bescheiden ist und somit noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Unter der Überschrift „Wahlbeteiligung als Mehrebenenphänomen" ist schließlich noch ein zweiter Aspekt aufzugreifen, auf den die Diagnose eines lückenhaften Forschungsstands in analoger Weise zutrifft. Die Wahlforschung in Deutschland ist durch klare Präferenzen und Prioritätensetzungen geprägt. Dies trifft nicht nur auf den Gegenstand zu (die Frage der Parteiwahl erfreut sich deutlich größerer Beliebtheit als die Frage der Wahlbeteiligung), sondern ebenso auf die betrachtete Ebene: Das Gros der Forschung beschäftigt sich mit Bundestagswahlen, die allerdings im deutschen Mehrebenensystem keineswegs die einzigen sind. Allerdings ist die Forschung zum Wahlverhalten bei Landtags- und erst recht bei Kommunalwahlen nur spärlich ausgeprägt; kommunales Wählerverhalten gilt als ein „blinder Fleck der Wahlforschung" (Gabriel 1997). Auch diesbezüglich stellt die Studie von Schmitt-Beck eine der wenigen Ausnahmen dar.[2]

Dabei wäre vor dem Hintergrund der bisherigen Argumentation durchaus von erheblichen Einflüssen kleinräumiger Kontextfaktoren auszugehen. Dies gilt im ersten Schritt für Kommunalwahlen angesichts der Tatsache, dass es um die politische Gestaltung dieser kleinräumigen Kontexte geht. Dies gilt aber möglicherweise auch für Wahlen auf anderen Ebenen des politischen Systems im Sinne von Spillover-Effekten – ebenso wie es möglich erscheint, dass umgekehrt von anderen Ebenen des politischen Systems Auswirkungen auf Wahlen im lokalen Raum ausgehen. Das ließe zumindest die „Nebenwahl"-These von Reif und Schmitt (1980) erwarten. Mit Blick auf lokale Kontexte wissen wir aber auch dazu bislang nur wenig.

Insgesamt bleibt somit festzuhalten: Aus theoretischer Sicht ist davon auszugehen, dass es vielfältige Einflüsse kontextueller Faktoren auf die (Nicht-)Wahl einzelner Bürger gibt; die empirische Evidenz dafür ist allerdings eher bescheiden – vor allem mangels verfügbarer Studien. Mit den Daten aus dem „Europa im Kontext"-Projekt

---

[1] Die vorliegenden Analysen aus kleinräumigen Kontexteinheiten weisen allerdings auf einige methodische Probleme hin, die mit solchen Forschungsdesigns verbunden sein können: Während Daten der amtlichen Statistik häufig zeigen, dass sich Kontexteinheiten gerade auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung erheblich voneinander unterscheiden, werden diese Unterschiede gleichwohl nicht immer und automatisch in zugehörigen Umfragen abgebildet. Eine mögliche Ursache könnte in systematischen Verzerrungen der Ausschöpfungsquoten in den Kontexteinheiten liegen, die mit dem Forschungsgegenstand in Zusammenhang stehen. In der Duisburger Studie von Schmitt-Beck etwa hat sich gezeigt, dass die Ausschöpfungsquoten der Umfrage stark mit den Wahlbeteiligungsquoten in den Stadtteilen korrelieren. In der Folge findet sich in der Umfrage – trotz offenkundiger Unterschiede zwischen den Stadtteilen, die die amtliche Statistik ausweist – kaum Varianz zwischen den Kontexteinheiten hinsichtlich der berichteten Wahlbeteiligung. Auf die Möglichkeit eines solchen „link between survey participation, electoral participation, and political interest" haben auch bereits Voogt und Saris (2003) hingewiesen. Ich werde darauf unten zurückkommen.

[2] Hinzuweisen ist an dieser Stelle natürlich noch auf die umfangreichen Arbeiten von Vetter (2008, 2009), die allerdings größtenteils in der Tradition der Aggregatdatenforschung stehen.

bietet sich allerdings eine hervorragende Möglichkeit, diese Lücke zumindest ansatzweise zu füllen. Wie genau dies geschehen soll, wie also die Analysestrategie im Weiteren aussieht, soll im folgenden Kapitel näher erläutert werden.

4 Daten und Operationalisierung

Als grundlegendes Raster für die folgende Erörterung soll jenes von Brady et al. (1995) verwendet werden. Demnach gilt es, Spezifikationen der drei Erklärungsblöcke *they can't*, *they don't want to* sowie *nobody asked* zu finden. Dabei soll der kontextorientierte Faktor des *nobody asked* hier – wie oben skizziert – in einem weit verstandenen Sinne für Kontexteinflüsse verschiedener Art (lokale Politik, lokale Gesellschaft, lokale Wirtschaft) verstanden werden.

Die Frage des Nicht-Könnens wird in der einschlägigen Literatur zumeist mit sozialstrukturellen Hintergrundvariablen in Verbindung gebracht. Vor allem die repräsentative Wahlstatistik hat über viele Jahre hinweg eindrucksvolle Zusammenhänge zwischen Alter und Wahlbeteiligung nachweisen können. Mit steigendem Alter steigt die Wahlbeteiligung (Rattinger 1994). Auch zwischen Geschlecht und Wahlbeteiligung haben sich Zusammenhänge gezeigt, deren Stärke und Richtung allerdings in jüngerer Vergangenheit Veränderungen zu unterliegen scheinen: Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik etwa waren die Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Wahlbeteiligung im Gegensatz zu früher vernachlässigbar klein (Bundeswahlleiter 2010).

Neben den soziodemografischen Merkmalen Alter und Geschlecht wird in der Partizipationsforschung vor allem auf die Bedeutung von Ressourcen hingewiesen. Im Kontext von Wahlen nennen Clarke et al. (2004) vor allem „educational attainment, social class, and time as vote-relevant resources". Empirisch weisen schon Wolfinger und Rosenstone (1980, S. 102) eine „transcendent importance of education" nach; zugleich finden sich auch Effekte des Erwerbsstatus und der Einkommenssituation. Im deutschen Kontext kann Gabriel (2004, S. 323) zeigen, dass die „Ressourcenausstattung (…) den größten Beitrag zur Erklärung der Wahlbeteiligung" leistet. In jüngerer Vergangenheit können auch die Arbeiten von Faas (2010a; siehe auch Schäfer 2012) in diesem Sinne (negative) Effekte von erfahrener Arbeitslosigkeit nachweisen.

Vor diesem Hintergrund sollen in den folgenden Analysen die strukturellen Faktoren (im Sinne des *they can't*) durch die Berücksichtigung von Geschlecht (Frage 37 des Fragebogens), Alter (Frage 38), Bildung (Fragen 45 und 46)[3] und aktuellem Erwerbsstatus (Frage 47)[4] Eingang finden.

[3] Bildung wird durch eine Indikatorvariable in die Analysen einbezogen, die für Personen, die das Abitur haben (oder im Falle von Schülern anstreben), den Wert eins annimmt.

[4] Der Erwerbsstatus des Befragten wird durch eine dreistufige Variable – erwerbstätig, arbeitslos, aus anderen Gründen nicht erwerbstätig – abgebildet. In den Analysen werden zwei Indikatorvariablen einbezogen, die anzeigen, ob eine Person arbeitslos bzw. aus anderen Gründen nicht erwerbstätig ist. Implizite Referenzkategorie sind damit erwerbstätige Personen.

Mit Blick auf motivationale Faktoren im Sinne des *they don't want to* lassen sich grundsätzlich zwei Gruppen von Faktoren unterscheiden: Schoen und Falter (2003) etwa trennen langfristig stabile von kurzfristig veränderbaren Einstellungen; Norris (2002; siehe auch Clarke et al. 2004) stellt instrumentellen (d. h. auf den Nutzen abzielenden) affektive Motivationselemente gegenüber. Im hiesigen Beitrag wollen wir uns primär auf langfristig stabile, zumeist affektive Faktoren konzentrieren. Caballero (2005) schlägt in diesem Zusammenhang verschiedene einschlägige *civic orientations* vor, zu denen er unter anderem das Wahlpflichtgefühl, die (Existenz einer) Parteiidentifikation, die politische Involvierung und die Zufriedenheit mit dem politischen System zählt, wobei sich unter Rückgriff etwa auf Easton bezogen auf Letzteres nochmals zwischen *community*, *regime* und *authorities* unterscheiden lässt.

Für die vorliegende Analyse sollen vor diesem Hintergrund Indikatoren der Verbundenheit mit der jeweiligen Stadt/Gemeinde (Frage 15a) bzw. mit Deutschland insgesamt (Frage 15b), des Vertrauens in kommunale (Fragen 15a, 15b, 15c) bzw. Institutionen des Bundes (Fragen 15f, 15g, 15h),[5] das Interesse für kommunale (Frage 9b) bzw. Bundespolitik (Frage 9c), die Existenz einer Parteiidentifikation (Frage 32) sowie die Akzeptanz einer Wahlnorm (Frage 14b) im Sinne motivationaler Faktoren berücksichtigt werden.[6] Vor dem Hintergrund der vermuteten Spillover-Effekte werden dabei – sofern möglich – die Indikatoren *sowohl* für die kommunale *als auch* für die Bundesebene in die Modelle zur Erklärung der Beteiligung bei Kommunal- bzw. Bundestagswahlen einbezogen.

Im letzten Schritt ist die Umsetzung des Aspekts des *nobody asked* zu diskutieren, unter dem hier sämtliche Möglichkeiten kontextueller Einflüsse subsumiert werden sollen, also sowohl Einflüsse der lokalen Politik, der lokalen Gesellschaft als auch der lokalen Ökonomie. Aus der Perspektive der verwendeten Daten werden dabei teils genuine Kontextmerkmale, teils Linkvariablen (auf individueller Ebene) berücksichtigt, um mögliche Kontexteinflüsse abzubilden.

Was den lokalen politischen Kontext betrifft, so steht zunächst in Form der Mitgliedschaft in einer Partei eine individuelle Linkvariable zum örtlichen Parteiensystem zur Verfügung (Frage 36b). Darüber hinaus soll an dieser Stelle die Struktur des örtlichen Parteiensystems als genuines Kontextmerkmal der Kommunen einfließen – und zwar über die Anzahl der im Kommunalparlament vertretenen Gruppen. Das theoreti-

---

[5] Bezüglich des Institutionenvertrauens wird in der Literatur nochmals zwischen Institutionen des Parteien- und des Rechtsstaats unterschieden (siehe etwa Fuchs et al. 2005, S. 437). Mit Blick auf die Wahlbeteiligung interessieren dabei vor allem erstere. Aus den Werten für die „Parteien in Ihrer Gemeinde", „Gemeindevertretung" und „Bürgermeister" bzw. „Parteien in Deutschland", „Bundestag" und „Bundesregierung" wurde jeweils ein Index für das Vertrauen in die kommunalen bzw. Bundesinstitutionen gebildet.

[6] Die Studie beinhaltet noch weitere – auch ebenenspezifische – Indikatoren, die grundsätzlich für ein Modell zur Erklärung der Wahlteilnahme in Frage kämen, etwa zur Demokratie*zufriedenheit* oder der *Zufriedenheit* mit der Arbeit verschiedener Institutionen (siehe den Beitrag von Angelika Vetter in diesem Band). Vor allem aus zwei Gründen habe ich allerdings davon Abstand genommen, auch diese in die Analysen aufzunehmen: Erstens bestehen massive Multikollinearitätsprobleme zwischen den verschiedenen Indikatoren (sowohl zwischen den Konzepten als auch zwischen den Ebenen); zweitens beziehen sich die im Rahmen der Umfrage gestellten Fragen zur Wahlbeteiligung auf hypothetische Wahlen. Für solch hypothetische Fragen scheinen mir die langfristig stabilen, affektiven Einstellungen einschlägiger zu sein als die kurzfristig-situativen Einflussfaktoren, die spezifisch auf „Zufriedenheit" abzielen.

sche Argument kann man dabei der international-vergleichenden Forschung entleihen: Je kleiner die Zahl, desto weniger zufrieden wird die Wählerschaft insgesamt mit dem politischen Angebot sein und desto geringer wird die Wahlbeteiligung sein. Umgekehrt wird mit wachsender Zahl an Gruppen auch „für jeden etwas dabei sein", was sich in höherer Wahlbeteiligung niederschlagen sollte.[7]

Soziales Kapital bietet sich als Ausgangspunkt für die Diskussion möglicher Effekte der *lokalen Gesellschaft* an. Im Sinne von Putnam (1993) wären demnach *trust, norms, and social networks* zu berücksichtigen, wobei mit Blick auf Normen bereits die Wahlnorm erwähnt worden ist. Auch das Vertrauen ist bereits im Rahmen der *civic orientations* diskutiert worden, soll aber an dieser Stelle noch um den Aspekt des *sozialen Vertrauens* (Frage 12) ergänzt werden.

Soziale Netzwerke lassen sich zunächst über individuelle Mitgliedschaften und Aktivitäten in Vereinen berücksichtigten (Fragen 25 und 27). Dies gilt in analoger Weise (und insbesondere wegen ihres Stellenwerts in sozialstrukturellen Modellen des Wählerverhaltens) auch für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (Frage 36a) sowie die Häufigkeit des Kirchgangs (Frage 42).[8] Die Intensität sozialer Netzwerke wird darüber hinaus noch durch die Häufigkeit politischer Diskussionen innerhalb der Familie, mit Nachbarn, mit (ortsansässigen) Freunden und Bekannten sowie weiteren ortsansässigen Bürgern (Fragen 8a, 8b, 8c, 8d)[9] erfasst. Potenziell beteiligungsrelevante Informationen werden aber nicht nur über soziale Netzwerke verbreitet, sondern natürlich auch über (Massen-)Medien. Daher wird abschließend noch eine Variable berücksichtigt, die die Intensität individueller Mediennutzung abbildet (Fragen 28a, 28b, 28c, 28d).[10]

Auf der Ebene der 28 Städte und Gemeinden lassen sich darüber hinaus auch genuine Kontextmerkmale für die lokale Gesellschaft und im Kontext sozialen Vertrauens einbeziehen. Dies gilt für die Häufigkeitszahl als relatives Maß für Straftaten.[11] Zudem wird der Ausländeranteil[12] berücksichtigt – Veit (2012) etwa kann zeigen, dass das soziale Vertrauen negativ mit dem Ausländeranteil verknüpft ist. Positiv auswirken sollten sich dagegen soziale Kontakte, aber auch eine umfassende Informationslandschaft: Daher werden auch die Vereinsdichte,[13] die Anzahl der örtlich verfügbaren Zeitungen[14] sowie der Kirchgang (der Katholiken)[15] als weitere Kontextmerkmale einbezogen.

---

[7] Anzahl der politischen Gruppen, die bei der Kommunalwahl 2006 Sitze im Kommunalparlament gewonnen haben.

[8] Aus dieser Häufigkeit wurde eine Indikatorvariable gebildet, die anzeigt, ob ein Befragter mindestens „mehrmals im Jahr" zur Kirche geht.

[9] Aus den Angaben der Befragten zu diesen vier Kategorien wurde durch Mittelwertbildung ein Diskussionsindex gebildet.

[10] Aus den Angaben der Befragten zu ihrer Nutzung von Tageszeitungen, Radio, Fernsehen und Internet wurde durch Mittelwertbildung ein Index der politischen Mediennutzung gebildet.

[11] Anzahl der bekannt gewordenen Straftaten insgesamt bezogen auf 100.000 Einwohner für das Jahr 2008.

[12] Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung einer Gemeinde am 31. 12. 2008.

[13] Anzahl der Vereine einer Gemeinde in Relation zur Einwohnerzahl 2008.

[14] Anzahl der örtlich verfügbaren Zeitungen, die täglich erscheinen und einen eigenständigen Lokalteil haben 2008.

[15] Kirchgangshäufigkeit der Katholiken in der Gemeinde 2008.

In analoger Weise lässt sich schließlich für die lokale Wirtschaft vorgehen. Als Linkvariable, die eine Brücke zwischen dem lokalen wirtschaftlichen Kontext und den individuellen Wahrnehmungen der Befragten schlägt, wird ein subjektiver Indikator für die lokale wirtschaftliche Situation (Frage 6h) aufgenommen. Als genuine Kontextmerkmale der wirtschaftlichen Situation vor Ort werden einerseits der Anteil der Arbeitnehmer mit höherem Abschluss an allen Arbeitnehmern am Wohnort[16] sowie die örtliche Kaufkraft[17] erfasst, andererseits die örtliche Arbeitslosen-[18] sowie die örtliche Hilfequote[19]. Während die ersten beiden Faktoren eher auf eine positive wirtschaftliche Situation vor Ort hindeuten, weisen hohe Arbeitslosen- oder Hilfequoten eher prekäre Verhältnisse aus. Was die erwartete Richtung der Effekte auf die Wahlbeteiligung betrifft, so lassen sich für beide Richtungen Argumente in der Literatur finden. Eine schlechte wirtschaftliche Lage könnte zu einer verstärkten Hinwendung zur Politik (und damit einer dort höheren Wahlbeteiligung) führen; umgekehrt wissen wir aber auch, dass gerade wirtschaftlich benachteiligte Individuen (wie auch Regionen, siehe Schäfer 2012) sich häufig auch aus dem politischen Leben zurückziehen, weshalb man eher in wohlhabenderen Gemeinden mit höherer Wahlbeteiligung rechnen würde.

Auch die abhängige Variable Wahlbeteiligung kann im vorliegenden Fall sowohl auf der Individualebene der Befragten als auch auf der Ebene der Kontexteinheiten betrachtet werden. Auf der Individualebene werden zwei Fragen in die Analysen einbezogen, die in der zugrunde liegenden Umfrage gestellt wurden und die in Richtung einer Wahlbeteiligungsabsicht bei einer hypothetischen Wahl am kommenden Sonntag zielen:

Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, würden Sie zur

… Wahl der Gemeindevertretung in <Stadtname> gehen?
… Bundestagswahl gehen?

Als Antwortoptionen standen „ja“, „nein“ und „nicht wahlberechtigt“ zur Verfügung. In die folgenden Individualanalysen gehen dabei nur jene Befragten ein, die bei beiden hier betrachteten Wahlen wahlberechtigt wären (was praktisch bedeutet, dass der Personenkreis auf deutsche Staatsbürger ab 18 Jahren begrenzt wird). Damit bleiben 11.079 Befragte übrig. Angesichts des dichotomen Charakters der beiden abhängigen Variablen, die unabhängig voneinander analysiert werden, liegen der Auswertung logistische Regressionsmodelle zugrunde.

Beim Wechsel auf die Ebene der 28 Gebietseinheiten stehen nun grundsätzlich zwei Optionen zur Verfügung. Im Sinne von Lazarsfeld und Menzel (1961) kann man

[16] Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer am Wohnort (am 30. 06. 2008), die einen höheren Abschluss (d. h. einer Fachschule, einer Fachhochschule oder einer Hochschule) haben.

[17] Projizierte Kaufkraft pro Person in der Gemeinde im Januar 2009.

[18] Mittlere Zahl an Arbeitslosen in der Gemeinde (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) für das Jahr 2008.

[19] Anteil hilfebedürftiger Personen (die Arbeitslosengeld II erhalten) unter 65 Jahren in einer Gemeinde an allen Einwohnern 2008.

aus den in der Umfrage erhobenen Individualdaten durch statistische Aggregation (d. h. Mittelwertbildung) eine *compositional* Kontextvariable für die entsprechenden Einheiten im Sinne einer mittleren Wahlbeteiligungsabsicht bilden. Alternativ dazu liefert die amtliche Statistik Informationen über die tatsächliche Wahlbeteiligung in den Städten und Gemeinden.[20] In einer perfekten Welt würden beide Informationswege ähnliche Ergebnisse liefern. Wir werden uns im nächsten Schritt der Deskription der Wahlbeteiligung auch unter diesem Blickwinkel zuwenden.

5 Zur Höhe der Wahlbeteiligung in den Kommunen

Kommen wir damit im ersten Schritt der Analyse zur Beschreibung der Situation in den ausgewählten Kommunen: Wie wahlfreudig sind die Bürger der 28 Kommunen bei Kommunal- und Bundestagswahlen? Abbildung 1 zeigt die entsprechenden Ergebnisse, einmal basierend auf Daten der amtlichen Statistik (für die Kommunalwahl 2011 sowie die Bundestagswahl 2009), einmal basierend auf den aggregierten Werten aus der hier verwendeten Umfrage (bezogen auf eine hypothetische Kommunal- bzw. Bundestagswahl am kommenden Sonntag).

Betrachten wir die Abbildung zunächst unter dem Blickwinkel von *Unterschieden* zwischen den Kommunen, die die amtliche Statistik aufzeigt. Tatsächlich sind diese Unterschiede erheblich: Mit nur 34 Prozent lag die Beteiligung an der Kommunalwahl 2011 in Selters im Taunus am niedrigsten, mit 62 Prozent in Guxhagen am höchsten. Im Mittel über alle Städte und Gemeinden hinweg lag die Beteiligung bei 50 Prozent (bei einer Standardabweichung von 6,1). Dabei weist die Struktur der Beteiligung an Kommunalwahlen in den ausgewählten Kommunen eine hohe Stabilität im Zeitverlauf auf: Der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman etwa nimmt für den Vergleich der Kommunalwahl 2011 mit der Vorwahl aus dem Jahr 2006 einen Wert von 0,90 an, zur Vorvorwahl aus dem Jahr 2001 einen Wert von 0,87.

Stellt man dem die (amtlichen) Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 gegenüber, treten deutliche Niveauunterschiede zu Tage. Die mittlere Beteiligung bei der Bundestagswahl liegt mit 75 Prozent (bei einer Standardabweichung von 4,8) deutlich höher. Auch die Strukturen im Vergleich zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2011 weichen etwas stärker ab als beim Vergleich von Kommunalwahlen untereinander: Der Rangkorrelationskoeffizient nimmt für den Vergleich der Bundestagswahl 2009 mit der Kommunalwahl 2011 einen Wert von 0,75 an, mit der Kommunalwahl 2006 von 0,67. Offenkundig folgt die Beteiligung an einer Bundestagswahl einer etwas anderen Logik als die Beteiligung an einer Kommunalwahl, was es umso lohnenswerter erscheinen lässt, diesen Unterschieden hier vergleichend nachzugehen.

[20] Die Wahlbeteiligungsraten für die Kommunen zur Bundestagswahl 2009 und zur Kommunalwahl 2011 wurden dem Informationsangebot des Hessischen Statischen Landesamtes entnommen (http://www.statistikhessen.de/subweb/BTW2009/gemeinden.htm bzw. http://www.statistik-hessen.de/K2011/index.htm, zugegriffen: 02. 06. 12).

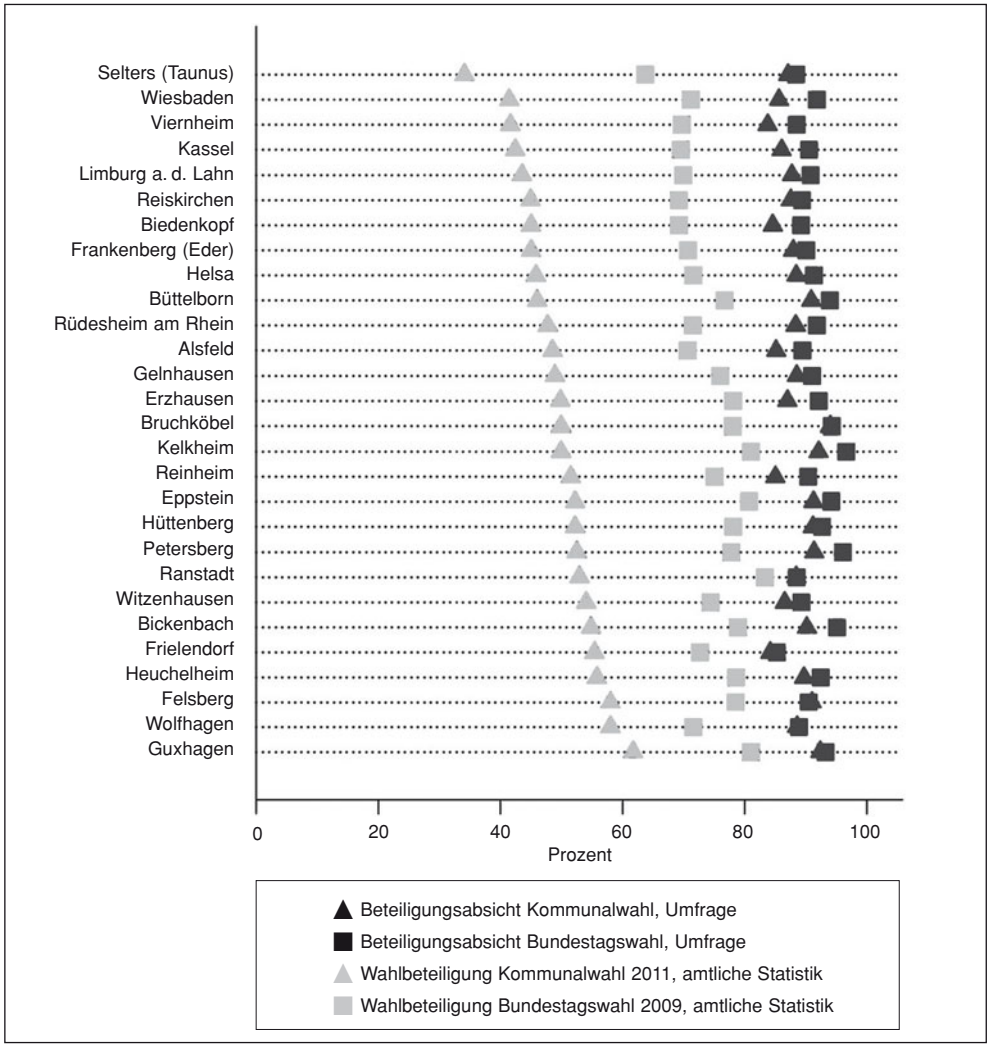


Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Bundestagswahlen in hessischen Kommunen (in Prozent)

Anmerkung: Sortiert nach Beteiligung an der Kommunalwahl 2011 gemäß den Daten der amtlichen Statistik.

Wie stellt sich nun die Situation dar, wenn man anstelle der Daten aus der amtlichen Statistik die aggregierten Ergebnisse auf Basis der Umfragen verwendet, die in Richtung einer Wahlbeteiligungsabsicht zielen? Auch diese Ergebnisse zeigt Abbildung 1. Dabei zeigt sich (wieder einmal), dass die Erfassung lokaler Unterschiede hinsichtlich einer Wahlbeteiligungsabsicht mittels Umfragen keineswegs zu den gleichen Ergebnissen führt wie bei Verwendung der amtlichen Statistik. Ganz offensichtlich gilt dies für das *Niveau* der Wahlbeteiligung: Im Mittel geben 88 bzw. sogar 91 Prozent der Befragten an, an einer (hypothetisch) bevorstehenden Kommunal- bzw. Bundestagswahl

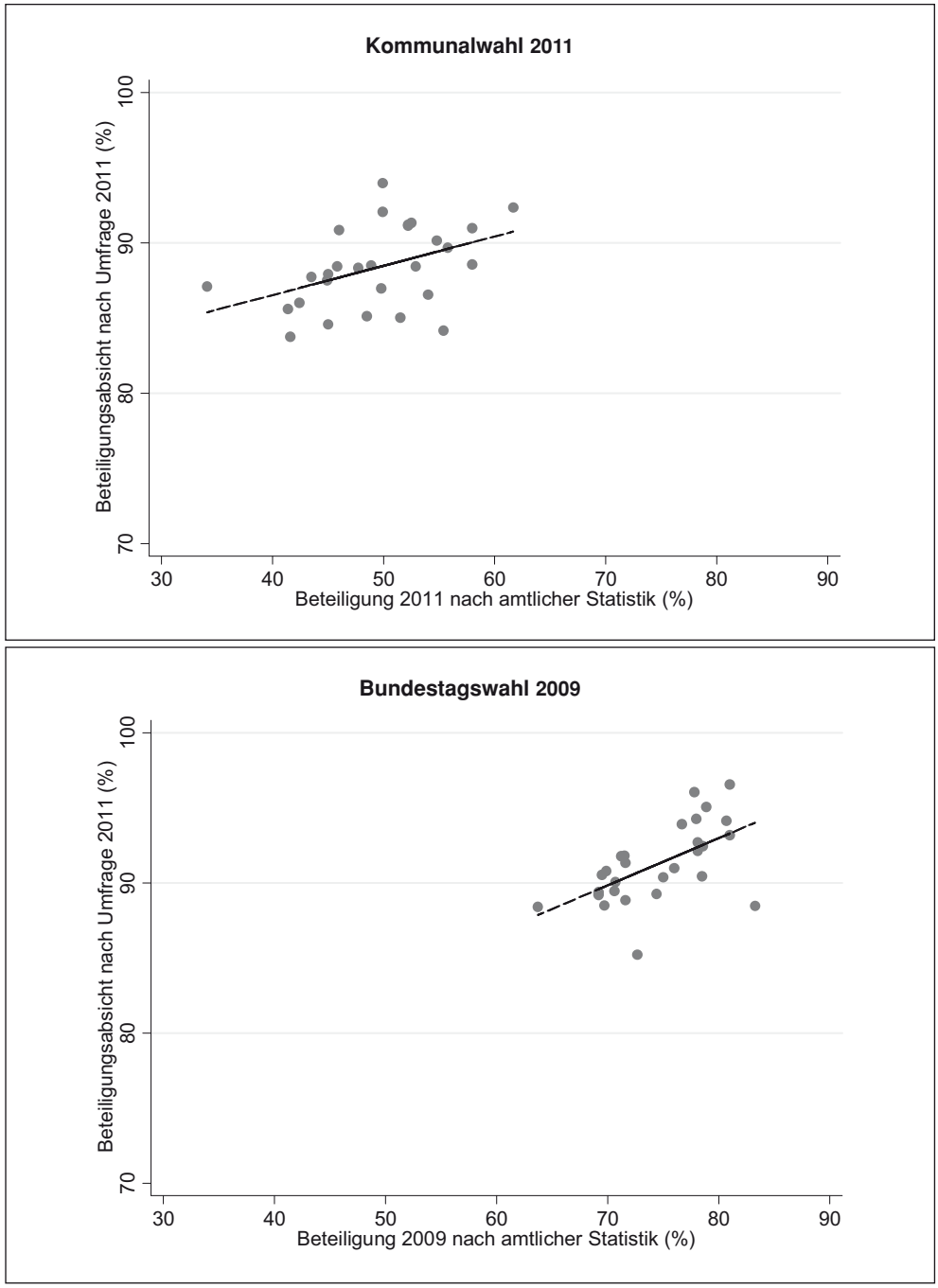


Abbildung 2: Zusammenhang zwischen amtlicher Wahlbeteiligung und umfragebasierter Wahlbeteiligungsabsicht (in Prozent)

Anmerkung: Eingezeichnet ist jeweils die resultierende Regressionsgerade.

teilnehmen zu wollen.[21] Zwar liegt damit auch in den Umfragen die Beteiligung bei Bundestagswahlen höher als bei Kommunalwahlen, zugleich aber werden tatsächliche Wahlbeteiligungsraten, die für frühere Wahlen berichtet werden, deutlich überschätzt – ein Phänomen, das aus der einschlägigen Literatur als *Overreporting* hinreichend bekannt ist.

Umstritten sind in der einschlägigen Literatur allerdings die Ursachen dafür. Grundsätzlich kommen sowohl eine wahrgenommene soziale Erwünschtheit der Wahlteilnahme (mit der Folge bewusster Falschaussagen) als auch Coverage-Probleme der verwendeten Umfragen (mit der Folge, dass Nichtwähler auch an Umfragen nicht teilnehmen) dafür infrage. Für Letzteres allerdings liefern die vorliegenden Daten und Ergebnisse *keine* Unterstützung: Die jeweils lokal resultierenden Ausschöpfungsquoten der telefonischen Befragung stehen in keinem positiven Zusammenhang zu den Wahlbeteiligungsraten dieser Einheiten. Wenn überhaupt, trifft sogar eher das Gegenteil zu – und das ist eine positive Nachricht. Offenkundig nämlich werden die unterschiedlichen Wahlbeteiligungsraten, die die amtliche Statistik für die betrachteten Kommunen dokumentiert, nicht durch selektive Coverage-Raten in den einzelnen Gemeinden ausradiert. Ansonsten müssten sich *positive* Korrelationen einstellen, was aber nicht der Fall ist.

Der zugrunde liegenden Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Wahlbeteiligungsraten der amtlichen Statistik und jenen, die aus der Umfrage generiert wurden, lässt sich noch detaillierter nachgehen. Abbildung 2 setzt beide Größen (für jede der beiden Ebenen) unmittelbar in Bezug zueinander. Dabei bestätigen die beiden Grafiken zunächst nochmals die Überschätzung der Wahlbeteiligungsraten in den Umfragedaten, insbesondere mit Blick auf die kommunale Ebene. Entscheidender mit Blick auf die Strukturen in den Daten ist aber, dass in beiden Fällen *positive* Zusammenhänge zwischen beiden Datenquellen – Umfragen einerseits, amtliche Statistik andererseits – resultieren: Im Falle der Bundestagswahlen fällt dieser Zusammenhang sogar noch stärker aus, der Korrelationskoeffizient liegt hier bei $r = 0{,}58$; mit Blick auf die kommunale Ebene liegt er bei $r = 0{,}43$. Auch dies ist für die vorliegende Analyse ein beruhigendes Signal. Trotz aller Überschätzung scheinen sich die grundlegenden Strukturen (samt ihrer Unterschiede) durchaus in *beiden* Datenquellen widerzuspiegeln, wie Abbildung 2 verdeutlicht.

6 Hintergründe der Wahlbeteiligung

6.1 Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse

Im nächsten Schritt der Analyse, nämlich der Suche nach Hintergründen der Wahlbeteiligung, bleiben zunächst die ausgewählten Städte und Gemeinden im Fokus: Welche Zusammenhänge ergeben sich zwischen den örtlichen Wahlbeteiligungsraten und den oben skizzierten genuinen Aggregatdaten? Tabelle 1 liefert die entsprechenden Befun-

[21] Über alle 28 Kommunen hinweg würden dabei 86 Prozent der Befragten an beiden Wahlen teilnehmen, sechs Prozent an keiner der beiden. Sechs Prozent würden zwar an der Bundestags-, nicht aber an der Kommunalwahl teilnehmen, drei zwar an der Kommunal-, nicht aber an der Bundestagswahl.

Tabelle 1: Lokale Wahlbeteiligung und ausgewählte Kontextmerkmale (Korrelationen; Pearson's r; N = 28)

	Wahlbeteiligung: amtliche Statistik		Wahlbeteiligungsabsicht: Umfrage	
	Kommunalwahl	Bundestagswahl	Kommunalwahl	Bundestagswahl
Lokale Politik				
Anzahl Parteien	-0,21	-0,18	-0,03	0,04
Lokale Gesellschaft				
Vereinsdichte	-0,26	0,16	0,05	0,32
Kirchgang	-0,12	-0,04	0,23	0,37
Anzahl Zeitungen	-0,45*	-0,20	-0,20	0,03
Kriminalitätsrate	-0,45*	-0,51**	-0,39*	-0,18
Ausländeranteil	-0,47*	-0,16	-0,26	0,20
Lokale Wirtschaft				
Arbeitslosenquote	-0,32	-0,57**	-0,61***	-0,47*
Hilfequote	-0,37*	-0,57***	-0,61***	-0,45*
Kaufkraft	0,13	0,62***	0,51**	0,74***
Anteil qualifizierter Erwerbstätiger	0,02	0,47*	0,33	0,67***

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

de, wobei auf der Seite der abhängigen Variablen – Wahlbeteiligung – weiterhin sowohl der umfragebasierte (gemittelte) Wert als auch der Wert der amtlichen Statistik in den Analysen verwendet wird.

Werfen wir zunächst noch einmal einen Blick aus der Perspektive der Validität und Reliabilität auf diese Daten: Inwieweit unterscheiden sich die Ergebnisse, wenn man Daten der amtlichen Statistik oder aber gemittelte Daten auf Basis von Umfragen verwendet? Auch an dieser Stelle überwiegen die positiven Nachrichten. In fünf der zehn einbezogenen Variablen resultieren Korrelationskoeffizienten, die entweder allesamt positiv oder allesamt negativ sind; in vier Fällen gibt es einen Unterschied, was die Richtung der Korrelation betrifft. Berücksichtigt man zusätzlich die Signifikanz der resultierenden Korrelationskoeffizienten, so gibt es keinen einzigen Fall, in dem gegensätzliche signifikante Koeffizienten resultieren.

Betrachtet man die 20 vergleichbaren Paare insgesamt (zehn Variablen, einmal für die kommunale, einmal für die Bundesebene), so liefern die amtliche Statistik und die zugrundeliegende Umfrage in 15 Fällen identische Ergebnisse: In sechs Fällen liefern beide signifikante Ergebnisse, in neun Fällen beide insignifikante Ergebnisse. In fünf Fällen resultiert einmal eine signifikante Korrelation, einmal eine insignifikante.[22]

Insgesamt überwiegen demnach Übereinstimmungen. Diese Tendenz, wonach sich die Ergebnisse kaum danach unterscheiden, ob die Wahlbeteiligung nun mittels Umfragen oder aber mittels amtlicher Statistik erfasst wird, wird noch durch einen weiteren Umstand bekräftigt: Vorgreifend auf die unten berichteten Ergebnisse sei erwähnt, dass alle Kontextvariablen, die sich im Rahmen der Mehrebenenanalysen als signifikante Prädiktoren der Kontextebene erweisen, an dieser Stelle der Aggregatdatenanalyse *keine* unterschiedlichen Ergebnisse je nach Datenquelle aufweisen.

Dies leitet über zu einem inhaltlichen Blick auf die Ergebnisse: Die markantesten Ergebnisse resultieren insgesamt für den Bereich der lokalen Ökonomie und hier ins-

[22] Dabei gibt es kein Muster, dass eine der beiden Datenquellen eher signifikante Ergebnisse liefert als die andere: In zwei Fällen liefert die Umfrage signifikante Ergebnisse, die amtliche Statistik dagegen nicht; in drei weiteren Fällen ist es genau umgekehrt.

besondere für den Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld II. In allen vier Fällen – also unabhängig von Datenquelle und Wahltyp – ergeben sich signifikant negative Korrelationen. Je höher die Hilfequote in einer Gemeinde ist, desto niedriger liegt die Wahlbeteiligung dort. Ein sehr ähnliches Ergebnis (bei einer einzigen Ausnahme) resultiert auch für die Arbeitslosenquote. Auf der positiven Seite – und hier insbesondere bezogen auf Bundestagswahlen – schlagen die örtliche Kaufkraft sowie der Anteil hochqualifizierter Erwerbstätiger zu Buche. Dabei bilden diese beiden Variablen keineswegs die gleichen Muster ab wie zuvor die Hilfe- und die Arbeitslosenquoten, denn sie laden (gemeinsam) auf einem anderen, unabhängigen Faktor, wie weitergehende Hauptkomponentenanalysen zeigen.[23]

Was die übrigen Variablen betrifft, so lassen sich noch recht robuste (negative) Ergebnisse für die Kriminalitätsrate nachweisen, wobei auch diese Variable im Rahmen einer Hauptkomponentenanalyse gemeinsam mit Arbeitslosen- und Hilfequote einen gemeinsamen Faktor bildet. Bei allen anderen Kontextvariablen dominieren bei vereinzelten Ausnahmen insignifikante Ergebnisse; insbesondere der politische Kontext in der hier berücksichtigen Form (über die Anzahl der Gruppen im kommunalen Parlament) bleibt gänzlich ohne Effekt.

Insgesamt bleibt damit an dieser Stelle festzuhalten, dass es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Wahlbeteiligung in den betrachteten Städten und Gemeinden gibt, dass diese sich grundsätzlich sowohl in der Umfrage als auch der amtlichen Statistik niederschlagen und sich bereits erste Hintergründe abzeichnen: Je höher die Hilfe- und Arbeitslosenquote sowie die Kriminalitätsrate in einem lokalen Kontext sind, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus; umgekehrt steht sie in einem positiven Verhältnis insbesondere zur örtlichen Kaufkraft. Inwiefern diese Zusammenhänge allerdings ihren wirklichen Ursprung in Individualmerkmalen haben oder aber tatsächlich Ausdruck von überindividuellen Kontexteffekten sind, kann mit einer solchen Aggregatdatenanalyse nicht gezeigt werden. Konkret: Ob es also Arbeitslose sind, die nicht wählen (und die zugleich in unterschiedlicher Zahl in den einzelnen Kommunen zur Wahlbevölkerung gehören) oder ob Arbeitslosigkeit im Sinne eines Kontextmerkmals die Kommunen insgesamt verändert, kann erst durch eine simultane Berücksichtigung von Individual- und Kontextmerkmalen im Rahmen einer Mehrebenenanalyse geprüft werden. Dieser wollen wir uns nun zuwenden.

6.2 Ergebnisse der Mehrebenenanalysen

6.2.1 Relevanz des lokalen Kontexts für die Erklärung von Wahlbeteiligung

Die Logik der Mehrebenenanalysen impliziert ein schrittweises Vorgehen. Mittels eines Nullmodells (vulgo: *empty model*) ist zunächst in der Logik einer einfachen Varianzanalyse zu prüfen, ob sich die Befragten auch bei dieser Art der Betrachtung überhaupt danach unterscheiden, zu welchen lokalen Kontexten sie gehören. Sollte diese notwen-

[23] Im Zuge der Hauptkomponentenanalyse bilden dabei auch diese beiden Variablen einen gemeinsamen Faktor (ergänzt noch um die örtliche Vereins- und Zeitungsanzahl sowie den Ausländeranteil).

dige Bedingung nämlich nicht erfüllt sein, können von Kontexten ganz offenkundig keine Wirkungen ausgehen, denn die Befragten würden sich gar nicht danach unterscheiden, woher sie kommen. In diesem Fall wäre eine Mehrebenenmodellierung überflüssig. Allerdings lassen die Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse das nicht vermuten.

Zeigen sich im Rahmen des Nullmodells lokale Unterschiede, so ist im nächsten Schritt zu prüfen, inwieweit dafür Kompositionseffekte verantwortlich sind: Wie schon am Beispiel der Arbeitslosigkeit erläutert, ist die Frage zu klären, ob es sich um genuine Kontext- oder um individualbasierte Kompositionseffekte handelt. Dies wird mit einem *Individualmodell* getestet, in dem zusätzlich für individuelle Merkmale (und damit also für Kompositionseffekte) kontrolliert wird. Die einzubeziehenden Individualmerkmale ergeben sich dabei aus den oben abgeleiteten Überlegungen.

Wenn sich auch nach diesem Schritt noch Unterschiede zwischen Individuen in Abhängigkeit von den Kontexten, zu denen sie gehören, ergeben, gibt es begründeten Anlass, von genuinen Kontexteffekten auszugehen. Dann lässt sich auch fragen, ob bestimmte Merkmale von Kontexten diese Unterschiede erklären können, die in anschließenden *full models* zusätzlich einbezogen werden können, die dann *sowohl* Individual- *als auch* Kontextmerkmale umfassen.

Dieser Logik entspricht auch die folgende Analyse. Entsprechend zeigt Tabelle 2 zunächst die Ergebnisse des *Nullmodells*, im linken Teil mit Blick auf die Beteiligung an Kommunalwahlen, im rechten Teil mit Blick auf Bundestagswahlen. Dabei belegen beide *Nullmodelle*, dass sich die betrachteten Kommunen tatsächlich auch bei dieser Art der Betrachtung signifikant in ihrer Wahlbeteiligung unterscheiden. Zwar liegt die Intraklassenkorrelation (die den Anteil der Varianz angibt, der durch die lokale Herkunft der Befragten erklärt werden kann) in beiden Fällen nur zwischen einem und zwei Prozent und damit nicht allzu hoch. Gleichwohl erweist sie sich in beiden Fällen als statistisch signifikant, so dass eine Mehrebenenbetrachtung des Phänomens der Wahlbeteiligung – wie auch schon die Aggregatdatenanalyse nahegelegt hat – angemessen ist.

Tabelle 2: Beteiligung an Kommunal- bzw. Bundestagswahlen (logistische Mehrebenenanalyse)

	Kommunalwahl	**Bundestagswahl**
Konstante	2,03***	2,36***
Varianzkomponente Gemeindeebene	0,045	0,061
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,013***	0,018***
Likelihood-Ratio-Test	χ^2=21,73 (p=0,000)	χ^2=17,79 (p=0,000)
N	11.062 / 28	11.066 / 28

Anmerkungen: Nullmodelle mit Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung; Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

6.2.2 Individuelle Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung

Bezieht man im nächsten Schritt der Modellierung individuelle Merkmale der Befragten in die Analyse ein, so ist zunächst im Sinne der Mehrebenenmodellierung darauf zu verweisen, dass sich an der Höhe (und Signifikanz) der (dann noch verbleibenden) Intraklassenkorrelation weder bei Kommunal- noch bei Bundestagswahlen kaum et-

was ändert. Inhaltlich bedeutet dies, dass sich die Kommunen (hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung) nicht nur in der Zusammensetzung ihrer Elektorate unterscheiden, sondern dass es darüber hinaus noch genuine Kontexteffekte zu geben scheint. Ansonsten müssten die Intraklassenkorrelationen nämlich in diesem Modellierungsschritt zumindest deutlich geringer ausfallen – dies tun sie aber nicht.

Was die im zweiten Schritt einbezogenen Individualmerkmale selbst betrifft, so üben erwartungsgemäß eine Reihe von Variablen signifikante Einflüsse auf die Wahlbeteiligung aus (siehe Tabelle 3);[24] zugleich ergibt sich insgesamt ein sehr konsistentes Bild im Vergleich von Kommunal- und Bundestagswahlen: Was strukturelle Merkmale betrifft, so erweisen sich – im Einklang mit der vorliegenden Literatur – Alter und formale Bildung als einflussreiche Faktoren. Je älter die Befragten sind, desto höher liegt ihre Wahrscheinlichkeit, an Wahlen teilzunehmen. Analoges gilt für Befragte mit Abitur. Auch sie erweisen sich auf beiden Ebenen als wahlfreudiger. Dagegen bleiben die übrigen strukturellen Variablen ohne Einfluss. Die Wahlbeteiligung unterscheidet sich weder nach Geschlecht noch nach Erwerbsstatus.

Tabelle 3: Individuelle Bestimmungsfaktoren der Beteiligung an Kommunal- bzw. Bundestagswahlen (Individualmodelle, logistische Mehrebenenanalyse)

	Kommunalwahl	**Bundestagswahl**
Geschlecht: Mann	0,08	0,15
Alter	1,12***	1,28***
Bildung: Abitur	0,41***	0,56***
Erwerbsstatus: arbeitslos	-0,06	-0,19
Erwerbsstatus: nicht erwerbstätig	0,05	-0,06
Verbundenheit: Kommune	1,03***	-0,04
Verbundenheit: Deutschland	-0,23	-0,06
Vertrauen: kommun. Institutionen	1,44***	-1,07**
Vertrauen: Bundesinstitutionen	-0,12	1,20***
Interesse: Kommunalpolitik	1,35***	0,26
Interesse: Bundespolitik	-0,04	1,31***
Wahlnorm	3,83***	4,68***
Parteiidentifikation	0,74***	0,88***
Häufigkeit politischer Diskussionen	-0,06	-0,20
Medienkonsum	0,56**	0,69**
Mitglied: Partei	-0,04	-0,19
Mitglied: Gewerkschaft	0,41**	0,00
Kirchgang	0,02	0,05
Anzahl Vereinsmitgliedschaften	1,89***	1,39***
Soziales Vertrauen	-0,05	0,53*
Wahrnehmung der lokalen Wirtschaftslage	-0,09	-0,09
Konstante	-4,28***	-3,66***
Intraklassenkorrelation (ICC)	0,010***	0,020***
N	9.372 / 28	9.372 / 28

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

[24] Beim Blick auf Tabelle 3 fällt zudem auf, dass sich die Fallzahl auf 9.372 reduziert. Dieser Rückgang ist zum überwiegenden Teil auf die Wahrnehmung der lokalen wirtschaftlichen Lage zurückzuführen – rund 800 Befragte antworten hier mit „weiß nicht“ und werden daher (wie bei allen Antworten „weiß nicht“ auch) aus der Analyse ausgeschlossen.

Demgegenüber erweisen sich die motivationalen Faktoren, die hier vor allem im Sinne von *civic orientations* einbezogen werden, als sehr wirkmächtig. Dies gilt zunächst für eine internalisierte Wahlnorm, von der der insgesamt stärkste Effekt im gesamten Modell ausgeht. Eine solche Wahlnorm zu empfinden, ist praktisch gleichbedeutend mit der Teilnahme an der jeweiligen Wahl. Auch eine affektive Bindung an eine Partei wirkt sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme aus, wenn auch bei weitem nicht so stark wie eine empfundene Wahlnorm. Beides gilt für Kommunal- wie für Bundestagswahlen in analoger Weise.

Die weiteren *civic orientations* können mit den vorliegenden Daten so einbezogen werden, dass Verbundenheit, Institutionenvertrauen und Interesse jeweils ebenenspezifisch sind. Bezogen auf die kommunale Ebene ergeben sich auch tatsächlich ebenenspezifische Ergebnisse in Reinform. Je stärker sich ein Befragter mit seiner Kommune verbunden fühlt, je stärker er seinen kommunalen Institutionen vertraut, je stärker er sich für das kommunale politische Geschehen interessiert – in allen Fällen gilt: desto höher ist auch seine Wahrscheinlichkeit, an einer bevorstehenden Kommunalwahl teilzunehmen. Die Ebenenspezifik geht an dieser Stelle sogar noch einen Schritt weiter, denn zugleich gilt: Weder die Verbundenheit mit Deutschland insgesamt noch das Vertrauen in die Institutionen des bundesdeutschen Parteienstaats noch das Interesse an Bundespolitik wirken sich signifikant auf die Wahrscheinlichkeit kommunaler Wahlbeteiligung aus. Es sind die kommunalen Faktoren, die die kommunale Beteiligung beeinflussen, was aus demokratietheoretisch-föderaler Sicht durchaus erfreulich ist.

Grundsätzlich folgt auch die Beteiligung an Bundestagswahlen einer ebenenspezifischen Logik: Das Interesse an Bundespolitik wirkt sich positiv auf die Teilnahme an Bundestagswahlen aus, ebenso das Vertrauen in die Institutionen der Bundesebene. Allerdings spielt die subjektive Verbundenheit mit Deutschland keine Rolle mit Blick auf die Wahlbeteiligung. Offenkundig ist in dieser Hinsicht die nationale Verbundenheit kein funktionales Äquivalent zur kommunalen Verbundenheit.

Umgekehrt gilt für die Einstellungen, die sich auf die kommunale Ebene beziehen: In zwei der drei Fälle bleiben diese ohne Effekt. Weder kommunalpolitisches Interesse noch kommunale Verbundenheit wirken sich auf die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen aus. Auch an dieser Stelle gibt es allerdings einen Ausreißer, der auf einen robusten Spillover-Effekt hindeutet. Das Vertrauen in kommunale Institutionen ist *negativ* mit der Wahlbeteiligung auf Bundesebene verknüpft. Misstrauen der Befragten gegenüber den kommunalen Institutionen hat demnach einen mobilisierenden Effekt bei Bundestagswahlen. Was auf den ersten Blick überraschend erscheint, folgt möglicherweise doch einer Logik: Gerade die Unzufriedenheit mit den lokalen Begebenheiten scheint dazu zu führen, Hoffnungen und Erwartungen auf höhere Ebenen des politischen Systems zu projizieren. Solche Spillover-Effekte sind übrigens auch aus der EU-Forschung bekannt. Geringes Vertrauen in nationale Politik kann demnach zu verstärktem Vertrauen in europäische Politik führen (Rohrschneider 2002).

Insgesamt gibt es jedenfalls sehr starke Hinweise auf den Einfluss von *civic orientations* auf die Beteiligung sowohl an Kommunal- als auch an Bundestagswahlen: Die Wahlnorm dominiert die Modelle. Als Besonderheit der kommunalen Ebene zeigt sich

einerseits, dass die Verbundenheit mit der jeweiligen Region sich positiv auf die Beteiligung an kommunalen Wahlen auswirkt; zugleich wirkt sich Misstrauen gegenüber den kommunalen Eliten positiv auf die Beteiligung an Wahlen auf höheren Ebenen (sprich: Bundestagswahlen) aus. Ansonsten ergeben sich erwartungsgemäß positive – und ebenenspezifische – Einflüsse.

Schließlich gibt es in diesem *Individualmodell* bereits einige Variablen, die als Brücken für Kontexteinflüsse fungieren, nämlich die einbezogenen Mitgliedschaftsindikatoren (sowie die Kirchgangshäufigkeit), die Wahrnehmung der lokalen wirtschaftlichen Situation sowie die Diskussions- und Mediennutzungsindikatoren. Diese Variablen erweisen sich teilweise als signifikant, teils aber auch nicht; zugleich erweisen sich die Modelle für Kommunal- und Bundestagswahlen erneut als sehr ähnlich.

Während die Ergebnisse für die Mitgliedschaft in Parteien, die Kirchgangshäufigkeit, die Wahrnehmung der lokalen wirtschaftlichen Lage sowie die Diskussionshäufigkeit in den Netzwerken der Befragten bezogen auf beide Wahlebenen insignifikant bleiben, wirken sich umgekehrt sowohl (die Anzahl an individuellen) Vereinsmitgliedschaften als auch der Medienkonsum positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme aus: Je stärker Befragte ins Vereinsleben eingebunden sind, desto wahlfreudiger sind sie. Inwiefern dort – was den Mechanismus betrifft – Informationen oder eher normative Erwartungen übermittelt werden, muss dabei an dieser Stelle offen bleiben. Dass davon aber grundsätzlich ein positiver Effekt ausgeht, zeigt sich dagegen deutlich – sogar noch etwas deutlicher bezogen auf die lokale Ebene, denn dort fällt der Effekt im Vergleich stärker aus. Der ebenfalls positive Effekt, der vom Medienkonsum ausgeht, spricht dagegen deutlicher für einen *Informationseffekt*: Über Medien bekommen Bürger Informationen und mit diesen Informationen nehmen sie dann häufiger an Wahlen teil. Diese informationsbezogene Interpretation wird noch dadurch verstärkt, dass in den Modellen für eine reine Neugier für politische Fragen über das politische Interesse kontrolliert wird.

Differenzielle Effekte ergeben sich schließlich für die Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie das soziale Vertrauen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wirkt sich zwar positiv auf die Bereitschaft aus, an Kommunalwahlen teilzunehmen, bleibt aber ohne Effekt auf die Beteiligung an Bundestagswahlen. Umgekehrt gilt: Wer seinen Mitmenschen vertraut, der nimmt häufiger an Bundestagswahlen teil, während dieses Vertrauen ohne Einfluss auf Kommunalwahlen bleibt.

Während der differenzielle Effekt der Gewerkschaftsmitgliedschaft möglicherweise in den konkreten Schwerpunkten der Arbeit der Gewerkschaften seinen Ursprung hat (die möglicherweise auf der kommunalen Ebene gelegen haben), weist der Effekt des sozialen Vertrauens auf einen theoretisch interessanten Effekt hin, der weitere Analysen nach sich ziehen sollte: Man könnte den Effekt nämlich so deuten, dass es sich beim erfassten sozialen Vertrauen um ein generalisiertes Vertrauen im Sinne des Mutz'schen *impersonal influence* handelt (Mutz 1998). Dass sich ein solches überpersönliches Vertrauen auf eine bundesweite Wahl auswirkt, erscheint plausibel, denn die Reichweite dieser Wahl ist zu groß für konkretes Vertrauen in (bekannte) Mitmenschen. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der Nulleffekt generalisierten sozialen

Vertrauens bezogen auf Kommunalwahlen plausibel, denn hier würden eher konkrete Erfahrungen mit bekannten Mitmenschen im Vordergrund stehen. Der stärkere Effekt der Vereinsmitgliedschaft, der für Kommunalwahlen resultiert, passt zu diesem Muster. Allerdings sind dies Mutmaßungen, die weiterer Erhärtung durch andere Studien bedürfen.

Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass sich hier bereits Hinweise auf soziale Einflüsse auf die Frage der individuellen Wahlteilnahme zeigen: Insbesondere die Mitgliedschaft in Vereinen wirkt sich positiv auf die Beteiligung an Wahlen aus, außerdem der Konsum von Medien(-inhalten). Für das soziale Vertrauen findet sich zumindest bezogen auf Bundestagswahlen ein positiver Effekt. In Verbindung mit den Befunden zu motivationalen Elementen, insbesondere bezogen auf Normen und Vertrauen, gibt es somit klare Hinweise, dass soziales Kapital – *trust, norms, and social networks* – sich auch positiv auf die Beteiligung an Wahlen auswirkt.

6.2.3 Kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung

Bemerkenswert ist, dass sich die berichteten Individualeffekte nicht verändern, wenn wir im dritten und letzten Schritt auch genuine Kontextmerkmale zusätzlich einbeziehen (weswegen auch darauf verzichtet wird, diese nochmals explizit auszuweisen, vgl. Tabelle 4). Signifikanz wie Größenordnung der berichteten Individualeffekte bleiben unverändert, was in der Tat dafür spricht, dass die einbezogenen Kontextmerkmale Effekte abbilden, die die Kontexte als solche prägen. Dies gilt umso mehr, als einige der einbezogenen Merkmale die Varianz auf der zweiten Ebene sowohl bezogen auf Kommunal- als auch bezogen auf Bundestagswahlen vollständig binden können und sich folglich dann auch keine (verbleibende) Intraklassenkorrelation mehr zeigt.

Tabelle 4: Kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Beteiligung an Kommunal- bzw. Bundestagswahlen (bivariate Betrachtung der Kontextvariablen)

	Kommunalwahl		**Bundestagswahl**	
	Regressions-koeffizient	Verbleibende Intraklassenkorrelation	Regressions-koeffizient	Verbleibende Intraklassenkorrelation
Lokale Politik				
Anzahl Parteien	-0,04	0,008	-0,05	0,019
Lokale Gesellschaft				
Vereinsdichte	0,08	0,010	0,71*	0,012
Kirchgang	0,46	0,008	0,69	0,017
Anzahl Zeitungen	-0,41#	0,006	-0,06	0,020
Kriminalitätsrate	-0,52***	0,000	-0,42#	0,015
Ausländeranteil	-0,42*	0,004	0,24	0,020
Lokale Wirtschaft				
Arbeitslosenquote	-0,61***	0,002	-0,80***	0,007
Hilfequote	-0,60***	0,000	-0,74**	0,007
Kaufkraft	0,27	0,009	1,21***	0,001
Anteil qualifizierter Erwerbstätiger	-0,06	0,010	0,65*	0,016
N (jeweils)	9.372 / 28		9.372 / 28	

Anmerkungen: Angezeigt ist jeweils der Koeffizient eines Modells, in das zusätzlich zu den individuellen Bestimmungsfaktoren ein zusätzlicher Kontextfaktor eingegangen ist. Insgesamt sind also für jede Ebene insgesamt zehn Modelle geschätzt worden (mit je einem Kontextfaktor); auf die Ausweisung der individuellen Bestimmungsfaktoren wird hier verzichtet. Signifikanzniveaus: # = $p < 0,10$; * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$.

Was die inhaltlichen Ergebnisse betrifft, zeigt sich sowohl bezogen auf Kommunal- als auch bezogen auf Bundestagwahlen ein negativer Effekt, der vom örtlichen Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld II ausgeht. Analoges gilt – wie auch schon in der Aggregatdatenanalyse – bezogen auf die Arbeitslosenquote und die Kriminalitätsrate. Dabei ist der Effekt, was seine Größenordnung betrifft, keineswegs als gering einzustufen. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Schäfer (2012), der in einer reinen Aggregatdatenanalyse ebenfalls deutliche Zusammenhänge zwischen diesen Kontextmerkmalen und der Wahlbeteiligung findet.

Die inhaltliche Implikation dieser Befunde ist durchaus besorgniserregend, deutet sie doch darauf hin, dass sich Regionen, in denen viele sozial schwächere Personen leben, tendenziell aus dem politischen Leben zurückziehen – und zwar als Ganzes. Der alte Befund von Jahoda et al. (1933), wonach Marienthal zu einer „müden Gemeinschaft“ wurde, kommt einem hier in Erinnerung. Dies schließt den Befund, wonach das örtliche Vereinsleben sich positiv auf die Beteiligung zumindest an Bundestagswahlen auswirkt, explizit ein. Und zusätzlich verstärkt wird dieser Effekt erneut mit Blick auf Bundestagswahlen noch dadurch, dass umgekehrt von der lokalen Kaufkraft ein positiver Effekt ausgeht. Zumindest was die Sichtbarkeit am Wahltag betrifft, finden wir demnach – wieder einmal – erhebliche Unterschiede, die in sozialstrukturellen Faktoren ihren Ursprung haben – mit der Folge, dass eher wohlhabende Gebiete an Wahltagen sichtbarer sind. Die übrigen geprüften Indikatoren der lokalen Gesellschaft, aber auch der lokalen Politik bleiben an dieser Stelle – wie schon oben bei der Aggregatdatenanalyse – ohne Einfluss.

Das bestätigt auch abschließend ein Blick auf Tabelle 5. Das dortige Modell resultiert aus einer multivariaten Betrachtung der einbezogenen Kontextvariablen. Dass dort *kein* Modell für Kommunalwahlen ausgewiesen ist, zeigt, dass eine multivariate Betrachtung dort gegenüber den in Tabelle 4 präsentierten Modellen keine Verbesserung bringt. Bei gleichzeitiger Betrachtung mehrerer Kontextvariablen bleibt einzig die Hilfequote als signifikanter Prädiktor übrig – insofern kann auf eine separate Ausweisung verzichtet werden. Anders verhält es sich mit Blick auf die Beteiligungsabsicht bei Bundestagswahlen: Auch bei simultaner Betrachtung verschiedener Faktoren bleiben zwei signifikante Prädiktoren übrig: Sowohl die Hilfequote als auch die lokale Kaufkraft bleiben negativ bzw. positiv mit der lokalen Beteiligungsabsicht verknüpft. Diese Ergebnisse, die sich schon in den oben präsentierten Aggregatdatenanalysen gezeigt haben, können daher als sehr robust angesehen werden.

Tabelle 5: Kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Beteiligung an Bundestagswahlen (multivariate Betrachtung der Kontextvariablen)

	Bundestagswahl
Hilfequote	-0,38*
Kaufkraft	1,02***
N (jeweils)	9.372 / 28

Anmerkungen: Angezeigt sind die Koeffizienten *eines* finalen Modells, in das die angezeigten Kontextvariablen gemeinsam und zusätzlich zu den individuellen Bestimmungsfaktoren eingegangen sind; auf die Ausweisung der individuellen Bestimmungsfaktoren wird auch hier verzichtet. Signifikanzniveaus: # = p < 0,10; * = p < 0,05; ** = p < 0,01; *** = p < 0,001.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass politische Entscheidungen gerade für sozial schwächere Individuen, aber auch Kommunen einen größeren Stellenwert haben dürften, ist dies ein geradezu paradoxes Ergebnis. Es widerspricht auch dem klassischen Argument von Lipset (1960, S. 192), wonach gelten sollte: „Groups subject to economic pressures with which individuals cannot cope … might also be expected to turn to government action as a solution“. Als empirisches Datum allerdings scheint dies nicht zuzutreffen. Wir finden klare Hinweise, dass sich gerade die lokale Ökonomie (und zwar in einem eher soziotropischen Sinne) auf die Wahlbeteiligung auswirkt – auf kommunaler, aber im Sinne von Spillover-Effekten auch auf nationaler Ebene.

7 Fazit

Was bleibt nun festzuhalten? Sowohl die theoretische Diskussion als auch die empirischen Ergebnissen haben klar gezeigt, dass sich die Wahlbeteiligung nicht durch ein rein individualistisches Erklärungsmodell fassen lässt. Vielmehr gibt es kontextuelle Einflüsse sowohl bezogen auf Kommunal- als auch bezogen auf Bundestagswahlen.

Die Mehrebenenanalysen haben dabei sowohl auf der Individual- als auch der betrachteten Kontextebene entsprechende Hinweise geliefert: Was Individualmerkmale betrifft, wirkt sich die Verbundenheit mit der jeweiligen Kommune positiv auf die kommunale Wahlbeteiligung aus, außerdem finden sich klare Hinweise auf positive Effekte von Mitgliedschaften in örtlichen Vereinen sowie des (politischen) Medienkonsums. Bezogen auf Bundestagswahlen hat sich zudem ein positiver Effekt generalisierten sozialen Vertrauens nachweisen lassen. All diesen Faktoren ist dabei gemein, dass sie einen klaren Kontextbezug aufweisen. Dies gilt auch für die Wahlnorm, von der der stärkste positive Effekt sowohl bezogen auf Kommunal- als auch auf Bundestagswahlen ausgeht, schließlich brauchen auch Normen Impulse aus dem jeweiligen Kontext, um dauerhaft wirksam zu bleiben.

Ganz im Sinne der verwendeten Mehrebenenmodellierung erweisen sich aber nicht nur Individual-, sondern auch Merkmale der Kommunen selbst als signifikante Prädiktoren der örtlichen Wahlbeteiligungsraten. Kommunen, in denen viele Empfänger von Arbeitslosengeld II leben, zeichnen sich durch niedrigere Wahlbeteiligungsraten aus. Dies gilt selbst bei umfangreichen Kontrollen für Individualmerkmale und erstreckt sich sowohl auf Kommunal- als auch Bundestagswahlen. Für letztere findet sich darüber hinaus noch ein Kontexteffekt, wonach Gemeinden mit hoher Kaufkraft ebenfalls durch höhere Wahlbeteiligungsraten gekennzeichnet sind. Die lokale Ebene und die Erfahrungen, die die Menschen dort machen, haben demnach auch Auswirkungen auf höhere Ebenen des politischen Systems.

Was bedeuten diese Befunde aus normativer Sicht? Zunächst zeigt sich (wieder einmal), dass das Ganze mehr als die Summe seiner Teile ist: Nicht nur von Individuen, sondern auch von Kontexten – im vorliegenden Fall also die 28 Städte und Gemeinden – gehen eigenständige Effekte auf die örtliche Beteiligungsbereitschaft aus. Das ist aber keineswegs nur positiv zu deuten, schließlich zeigen die Ergebnisse, dass ökono-

mische und politische Ungleichheiten Hand in Hand gehen: Kommunen mit angespannter wirtschaftlicher Lage (hoher Anteil von Transleistungsempfängern, niedrige Kaufkraft) sind zugleich durch eine niedrigere Partizipationsrate gekennzeichnet. In beiden Systemen – dem ökonomischen wie dem politischen – sind sie schwach. Sollte es diese Parallelität geben? Wohl eher nicht.

Zugleich gibt es – zumindest mit Blick auf die politische Dimension – auch Grund anzunehmen, dass sich an diesen Entwicklungen kurzfristig wenig ändern wird. Viele der Faktoren, die sich als einflussreich erwiesen haben, sind langfristig wirksam und eher träge: Vertrauen, Verbundenheit, Vereine – all dies deutet (ganz im Putnam'schen Sinne) auf Strukturen hin, die über Jahre wachsen müssen, aber keinesfalls über Nacht zu ändern sind.

Selbst wenn es aber für diese schwierige Situation keine kurzfristige Patentlösung gibt, so sollte es zugleich – gerade auch für die empirische Politikwissenschaft – Aufgabe und Ziel sein, auf diese offenkundigen Missstände immer wieder hinzuweisen und auch über Lösungen nachzudenken. Der Zeitgeist scheint zwar derzeit eher in eine Richtung zu gehen, Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten. Allerdings sollte man dabei das Ideal der demokratischen *Gleichheit* nicht aus den Augen verlieren, das offenkundig – wie die Analyse gezeigt hat – durchaus in Gefahr ist.

Literatur

Arzheimer, Kai. 2005. Der ökonomische Ansatz. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 243–303. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Books, John W., und Charles L. Prysby. 1995. On the Future of Contextual Models of Political Behavior. In *Spatial and Contextual Models in Political Research*, Hrsg. D. Munroe Eagles, 255–273. London: Taylor & Francis.

Brady, Henry E., Sidney Verba, und Kay Lehman Schlozman. 1995. Beyond SES. A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review* 89: 271–294.

Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2004. Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 279–303.

Bundeswahlleiter. 2010. *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009: Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen*. Wiesbaden.

Caballero, Claudio. 2005. Nichtwahl. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 329–365. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Clarke, Harold D., David Sanders, Marianne C. Stewart, und Paul F. Whiteley. 2004. *Political Choice in Britain*. Oxford: Oxford University Press.

Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.

Edlin, Aaron, Andrew Gelman, und Noah Kaplan. 2007. Voting as a Rational Choice. Why and How People Vote To Improve the Well-Being of Others. *Rationality and Society* 19: 293–314.

Erbring, Lutz, und Alice A. Young. 1979. Individuals and Social Structure. Contextual Effects as Endogenous Feedback. *Sociological Methods & Research* 7: 396–430.

Esser, Hartmut. 1999. *Soziologie – Spezielle Grundlagen. Band 1 – Situationslogik und Handeln*. Frankfurt a. M.: Campus.

Faas, Thorsten. 2010a. *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland*. Baden-Baden: Nomos.

Faas, Thorsten. 2010b. Das fast vergessene Phänomen. Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. In *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 69–86. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Faas, Thorsten, und Hans Rattinger. 2003. Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002. In *Politbarometer*, Hrsg. Andreas M. Wüst, 205–238. Opladen: Leske + Budrich.

Fieldhause, Edward, Mark Trammer, und Andrew Russel. 2007. Something about Young People or Something about Elections? Electoral Participation of Young People in Europe. Evidence from a Multilevel Analysis of the European Social Survey. *European Journal of Political Research* 46: 797–822.

Fiorina, Morris P. 1990. Information and Rationality in Elections. In *Information and Democratic Processes*, Hrsg. John A. Ferejohn und James H. Kuklinski, 329–342. Urbana: University of Illinois Press.

Fowler, James H. 2005. Turnout in a Small World. In *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behavior*, Hrsg. Alan S. Zuckerman, 269–287. Philadelphia: Temple University Press.

Franklin, Mark N. 1996. Electoral Participation. In *Comparing Democracies*, Hrsg. Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi und Pippa Norris, 216–235. Thousand Oaks: Sage.

Fuchs, Dieter, Oscar W. Gabriel, und Kerstin Völkl. 2005. Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31: 427–450.

Gabriel, Oscar W. 1997. Kommunales Wahlverhalten. Parteien, Themen, Kandidaten. In *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider und Angelika Vetter, 147–168. Opladen: Leske + Budrich.

Gabriel, Oscar W. 2004. Politische Partizipation. In *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003*, Hrsg. Jan van Deth, 317–338. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerber, Alan S., Donald P. Green, und Christopher W. Larimer. 2008. Social Pressure and Voter Turnout. Evidence from a Large-Scale Field Experiment. *American Political Science Review* 102: 33–48.

Green, Donald P., und Alan S. Gerber. 2010. Introduction to Social Pressure and Voting. New Experimental Evidence. *Political Behavior* 32: 331–336.

Hauser, Robert M. 1974. Contextual Analysis Revisited. *Sociological Methods & Research* 2: 365–375.

Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld, und Hans Zeisel. 1933. *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkung langdauernder Arbeitslosigkeit*. Leipzig: Hirzel.

Johnston, Ron, Kelvyn Jones, Carol Propper, und Simon Burgess. 2007. Region, Local Context, and Voting at the 1997 General Election in England. *American Journal of Political Science* 51: 640–654.

Kenny, Christopher B. 1992. Political Participation and Effects from the Social Environment. *American Journal of Political Science* 36: 259–267.

Kenny, Christopher B. 1993. The Microenvironment of Political Participation. *American Politics Quarterly* 21: 223–238.

King, Gary. 1996. Why Context Should not Count. *Political Geography* 15: 159–164.

Klein, Markus. 2005. Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Politbarometer-Trenderhebungen der Jahre 1977 bis 2002. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57: 494–522.

Knoke, David. 1990. Networks of Political Action. Toward Theory Construction. *Social Forces* 68: 1041–1063.

Kühnel, Steffen. 2001. Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt, 11–42. Opladen: Leske + Budrich.

Kühnel, Steffen, und Dieter Fuchs. 1998. Nichtwählen als rationales Handeln. Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*, Hrsg. Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, 317–356. Opladen: Leske + Budrich.

Lazarsfeld, Paul F., und Herbert Menzel. 1961. On the Relation between Individual and Collective Properties. In *A Sociological Reader on Complex Organizations*, Hrsg. Amitai Etzioni, 422–440. New York: Holt, Rinehart & Winston.

Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2000. Economic Determinants of Electoral Outcomes. *Annual Review of Political Science* 3: 183–219.

Lipset, Seymour Martin. 1960. *Political Man*. Garden City: Doubleday & Company.

Mutz, Diana C. 1998. *Impersonal Influence. How Perceptions of Mass Collectives Affect Political Attitudes*. Cambridge: Cambridge University Press.

Nickerson, David W. 2008. Is Voting Contagious? Evidence from Two Field Experiments. *American Political Science Review* 102: 49–57.

Norris, Pippa. 2002. *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. Cambridge: Cambridge University Press.

Opp, Karl-Dieter. 2001. Why Do People Vote? The Cognitive-Illusion Proposition and Its Test. *Kyklos* 54: 355–378.

Perea, Eva Anduiza. 2002. Individual Characteristics, Institutional Incentives and Electoral Abstention in Western Europe. *European Journal of Political Research* 41: 643–673.

Putnam, Robert. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Rattinger, Hans. 1983. Das Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980. Zur Anwendung der ökologischen Regressionsanalyse. *Politische Vierteljahresschrift* 24: 94–111.

Rattinger, Hans. 1994. Demographie und Politik in Deutschland. Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953–1990. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, 73–122. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rattinger, Hans, und Jürgen Krämer. 1995. Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 36: 267–285.

Reif, Karl, und Hermann Schmitt. 1980. Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research* 8: 3–44.

Riker, William H., und Peter C. Ordeshook. 1968. A Theory of the Calculus of Voting. *American Political Science Review* 62: 25–42.

Rohrschneider, Robert. 2002. The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-Wide Government. *American Journal of Political Science* 46: 463–475.

Schäfer, Armin. 2012. Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift* 53: 240–264.

Schmitt-Beck, Rüdiger, Christian Mackenrodt, und Thorsten Faas. 2008. Hintergründe kommunaler Wahlbeteiligung. Eine Fallstudie zur Kommunalwahl 2004 in Duisburg. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39: 561–580.

Schmitt-Beck, Rüdiger, und Christian Mackenrodt. 2010. Social Networks and Mass Media as Mobilizers and Demobilizers: A Study of Turnout at a German Local Election. *Electoral Studies* 29: 392–404.

Schoen, Harald, und Jürgen W. Falter. 2003. Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002. *Politische Studien* 54: 34–43.

Straits, Bruce C. 1990. The Social Context of Voter Turnout. *Public Opinion Quarterly* 54: 64–73.

Tunstall, Helena, Dave Rossiter, Charles Pattie, Iain MacAllister, Ron Johnston, und Danny Dorling. 2000. Geographical Scale, the „Feel-good factor“ and Voting at the 1997 General Election in England and Wales. *Transactions of the Institute of British Geographers* 25: 51–64.

Veit, Susanne. 2012. Fremdeln in der Vielfalt. In ethnisch bunten Gesellschaften nimmt das Vertrauen ab. *WZB Mitteilungen* 135: 9–12.

Vetter, Angelika. 2008. Kommunale Wahlbeteiligung im Bundesländervergleich – Politische Institutionen und ihre Folgen. *Die öffentliche Verwaltung* 61: 885–894.

Vetter, Angelika. 2009. Alles nur Timing? Kommunale Wahlbeteiligung im Kontext von Bundestagwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40: 776–796.

Voogt, Robert J.J., und Willem E. Saris. 2003. To Participate or not to Participate. The Link between Survey Participation, Electoral Participation, and Political Interest. *Political Analysis* 11: 164–179.

Wolfinger, Raymond E., und Steven J. Rosenstone. 1980. *Who Votes?* New Haven: Yale University Press.

Schlussbetrachtung: Warum ist nicht alle Politik lokale Politik?

Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund

1 „All politics is local"?

Die Lebensfähigkeit und die Qualität einer Demokratie sind von der Erfüllung einer Vielzahl von Voraussetzungen und Einflüssen abhängig. In der Literatur wird dabei regelmäßig auf die Bedeutung der „geographischen Nähe" aufmerksam gemacht: wo Bürger „natürliche" Kontakte pflegen – beim Bäcker, im Sportverein oder auf dem Jahrmarkt – und gemeinsame Interessen und Lösungsansätze relativ einfach erkennbar sind, dort werden auch Gemeinsinn und soziales Engagement gefördert. Im Vergleich mit den nationalen oder supranationalen politischen Ebenen ist lokale Politik auch keine abstrakte Angelegenheit, sondern für jeden eine einfach zugängliche „Schule der Demokratie". Dort können Bürger Politiker persönlich kennenlernen und die Abläufe politischer Entscheidungsprozesse unmittelbar beobachten. Danach sind Gemeinden sehr wichtig für eine Demokratie und Unterschiede zwischen Kommunen haben Auswirkungen auf die demokratische Vitalität und Qualität. Diese Argumentation leuchtet nicht nur ein, sie ist auch von Autoren wie Alexis de Tocqueville, Benjamin Barber oder Robert Dahl – um nur einige zu nennen – in ihren Betrachtungen über Demokratie immer wieder betont worden. In Zeiten zurückgehender politischer Unterstützung und der Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene könnte die lokale Politik vielleicht sogar als „Rettungsanker der Demokratie" (Vetter 2011) fungieren.

Anlass für die Analysen im vorliegenden Band bildete die Diskrepanz zwischen der plausiblen und weitverbreiteten Argumentation hinsichtlich der demokratischen Bedeutung der Gemeinde einerseits und dem klaren Mangel an verlässlichen empirischen Befunden andererseits. Wie im Einführungskapitel erläutert, ist es dabei ein wesentliches Anliegen zu klären, *welche Bedeutung das lokale Umfeld für politische Orientierungen hat und wie mögliche wechselseitige Abhängigkeiten und Beeinflussungen von individuellen und kontextuellen Merkmalen zustande kommen*. Zur Beantwortung dieser Frage müssen drei Bedingungen erfüllt sein. Erstens sind theoriegeleitete Interpretationen der möglichen individuellen und kontextuellen Effekte für die insgesamt 14 betrachteten Orientierungen (die verschiedenen Aspekte der Lokalpolitik, Interesse, Wissen, Werte und Tugenden, Vertrauen und Zufriedenheit sowie die Haltungen zur Europäischen Union und Partizipation) erforderlich. Nach einem ersten Überblick dieser Mechanismen im Einführungskapitel dieses Bands wurde die Argumentation in den betreffenden Kapiteln spezifiziert und diskutiert. Für empirische Analysen sind – zweitens – Daten notwendig, die einen systematischen Vergleich von individuellen und kontextuellen Effekten in verschiedenen Kommunen ermöglichen. Die Primärdaten

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9_16, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

des Projekts „Europa im Kontext“ (EiK) bieten die einzigartige Möglichkeit, diese Vergleiche durchzuführen (Befragung von mehr als 12.000 Bürgern in 28 hessischen Gemeinden; statistische Informationen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in diesen Kommunen; Kommunalpolitikerbefragung). Drittens sind systematische Vergleiche von Individual- und Kontexteffekten nur dann möglich, wenn angemessene Analyseverfahren zur Verfügung stehen. Sogenannte hierarchische Mehrebenenmodelle entsprechen genau der Struktur der Daten, bei der jeder Befragte ein Einwohner einer dieser Kommunen ist. Diese Modelle erlauben effiziente Schätzungen von Individual- und Kontexteffekten und ermöglichen damit verlässliche Schlussfolgerungen für die relative Bedeutung des Kontexts. Alle Beiträge dieses Bands basieren auf der Anwendung dieses Verfahrens und verfolgen damit eine ähnliche Forschungsstrategie zur Feststellung von individuellen und kontextuellen Einflüssen auf politische Orientierungen. Damit sind die theoretischen, empirischen, analytischen und methodisch-technischen Bedingungen für eine zuverlässige Beantwortung unserer Forschungsfrage erfüllt.

Der wichtigste Befund der verschiedenen Analysen lässt sich einfach zusammenfassen: trotz aller Anstrengungen, Effekte des lokalen Umfelds nachzuweisen, ist *die direkte Bedeutung kontextueller Einflüsse auf politische Orientierungen der Bürger gering*. Kehrseite der Medaille ist natürlich, dass politische Orientierungen hauptsächlich mit individuellen Merkmalen der Bürger zusammenhängen und die in den verschiedenen Beiträgen gezeigten Unterschiede zwischen den Kommunen auf Kompositionseffekte zurückzuführen sind. Fungieren Gemeinden also nicht (mehr) als „Schule der Demokratie“? Hat die lokale Politik ihre Sonderstellung für die Lebensfähigkeit der Demokratie verloren? Weshalb ist offensichtlich nicht alle Politik lokale Politik? In dieser Schlussbetrachtung fassen wir die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammen und diskutieren mögliche Gründe für die Diskrepanz zwischen den plausiblen Erwartungen und den empirischen Befunden.

2 Politische Orientierungen in Hessen

Entsprechend der erwarteten Bedeutung des lokalen Umfelds für politische Orientierungen der Bürger sind die Beiträge des Bands in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil steht der Einfluss lokaler und kontextueller Merkmale auf allgemeine politische Einstellungen im Vordergrund. Sebastian Kuhn untersucht zunächst die Determinanten lokaler Orientierungen (Beitrag „Lokale Orientierungen“) und zeigt, dass die Bürger mit dem Leben in ihrer Gemeinde durchaus zufrieden sind. Positiv wird insbesondere das gesellschaftliche Umfeld bewertet. Erwartungsgemäß spielen Kontexteffekte für diese lokalen Orientierungen eine wichtige Rolle: tendenziell können größere Gemeinden mehr ökonomische und gesellschaftliche Zufriedenheit generieren, dagegen weisen sie Schwächen bei der Bewertung des Verwaltungshandelns auf. Während klare Kontexteinflüsse für lokale Orientierungen fast selbstverständlich sind, ist dies für andere politische Orientierungen weniger einsichtig. Die Betrachtungen verschiedener normati-

ver Orientierungen in den beiden folgenden Kapiteln bestätigen diese Erwartung. Die Analysen zu Wertorientierungen und ideologischen Positionierungen von Sigrid Roßteutscher und Philipp Scherer (Beitrag „Wertorientierungen“) sowie zu Bürgertugenden von Simone Abendschön (Beitrag „Demokratische Bürgertugenden“) unterstreichen eindeutig die relativ starken Zusammenhänge dieser Orientierungen mit individuellen Merkmalen. Für normative Orientierungen ist der Einfluss des lokalen Kontexts fast ohne Bedeutung. Demzufolge sind Unterschiede zwischen Gemeinden in erster Linie eine Folge der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bevölkerungen dieser Kommunen. Für die von Sonja Zmerli untersuchten Einflussfaktoren des sozialen Vertrauens (Beitrag „Soziales Vertrauen“) spielt der lokale Kontext auch statistisch keine Rolle. Für die Erklärung des sozialen Vertrauens sind ausschließlich individuelle Merkmale relevant.

Da Silke Keil in ihren Analysen der sozialen Partizipation (Beitrag „Soziale Partizipation“) auch die Beteiligung am lokalen Vereinsleben und nachbarschaftliche Kontakte berücksichtigen kann, sollten Kontexteffekte sehr wahrscheinlich sein. Allerdings berichtet auch sie von einer klaren Dominanz individueller Faktoren für die Erklärung institutionalisierter und nicht-institutionalisierter sozialer Partizipation. Einen etwas deutlicheren Einfluss des lokalen Umfelds können Jens Tenscher, Gilg U. H. Seeber und Michael Hallermayer in ihrer Betrachtung der politischen Informationsnutzung (Beitrag „Politische Mediennutzung“) nachweisen. Obwohl die rezeptive politische Kommunikation in überragendem Maße durch individuelle Einflussfaktoren geprägt ist, spielt der lokale Kontext bei Tageszeitungen in Kombination mit gemeindebezogener interpersonaler Kommunikation durchaus eine Rolle. Schließlich richten die beiden letzten Beiträge in diesem Teil des Bands den Blick auf die Europäische Union. Bettina Westle widmet sich dabei dem Wissen über die Staatengemeinschaft (Beitrag „Wissen zur EU“) und kann nur eine marginale Relevanz des Kontexts auf das individuelle Wissensniveau belegen. In seiner Betrachtung der Haltungen der Bürger zur Europäischen Union zeigt Markus Tausendpfund (Beitrag „Haltungen zur Europäischen Union“) etwas stärkere Einflüsse des lokalen Umfelds. Aber auch seine Befunde betonen die überragende Bedeutung individueller Merkmale für die Erklärung der Bewertung der Staatengemeinschaft.

Auch im zweiten Teil des Bands steht die Frage nach den Einflüssen individueller und kontextueller Merkmale auf politische Orientierungen im Vordergrund. Zusätzlich werden mögliche Effekte der lokalen auf die nationale und supranationale politische Ebene berücksichtigt (sogenannte Spillover-Effekte). Im ersten Beitrag dieses Teils berichtet Jan van Deth über die Bestimmungsfaktoren des politischen Interesses (Beitrag „Politisches Interesse“). Auch für diese Orientierungen sind kontextuelle Merkmale kaum relevant und die Unterschiede zwischen den Gemeinden können hauptsächlich Kompositionseffekten zugeschrieben werden. Allerdings gibt es hier tatsächlich Hinweise auf mögliche Spillover-Effekte: lokalpolitisches Interesse ist auch nach Berücksichtigung anderer individueller und kontextueller Faktoren positiv mit Interesse an der Bundespolitik und europäischer Politik korreliert. In seinen Analysen zum politischen Vertrauen in Objekte auf unterschiedlichen politischen Ebenen zeigt Christian

Schnaudt, dass das Vertrauen in lokale Institutionen vergleichsweise hoch ausfällt (Beitrag „Politisches Vertrauen“). Außerdem ist für diese Form des politischen Vertrauens die Relevanz des Kontexts relativ deutlich. Das lokale Umfeld ist jedoch insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die individuelle Zufriedenheit mit der Arbeit lokaler Autoritäten und Institutionen zum Vertrauen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene beiträgt. Marc Bühlmann untersucht mögliche Ursachen für die affektive Verbundenheit mit der lokalen, nationalen und europäischen Ebene (Beitrag „Verbundenheit mit der Gemeinde“). Ähnlich wie Schnaudt stellt auch er eine relativ starke Kontextabhängigkeit der individuellen Verbundenheit mit der Gemeinde fest. Spillover-Effekte zeigen sich dabei sowohl in Abhängigkeit von Individualmerkmalen als auch vom lokalen Umfeld: Merkmale, die ein Bürger in einer Kommune zur Mehrheit, in einer anderen aber zur Minderheit gehörend machen, haben unterschiedliche Konsequenzen für die affektive Verbundenheit. Angelika Vetter beschäftigt sich mit der Zufriedenheit der Bürger mit den politischen Institutionen auf den verschiedenen Ebenen (Beitrag „Zufriedenheit der Bürger mit politischen Institutionen und der Demokratie“). Erneut ist deutlich, dass lokale Orientierungen – hier die lokale Zufriedenheit mit der Politik – am deutlichsten vom Kontext geprägt werden. Im Allgemeinen gilt, dass je größer eine Gemeinde ist, desto geringer ist der Einfluss lokalpolitischer Einstellungen auf die Politikzufriedenheit. Weiterhin findet auch Vetter Hinweise auf mögliche Spillover-Effekte, wobei die Zufriedenheit mit der Politik auf der lokalen Ebene die Zufriedenheit mit der Politik auf der nationalen und europäischen Ebene positiv zu beeinflussen scheint. Den Abschluss des zweiten Teils des Bands bildet das Thema politische Partizipation. Oscar Gabriel wirft dabei einen Blick auf die verschiedenen Formen politischer Beteiligung, welche dem Bürger zur Verfügung stehen (Beitrag „Politische Partizipation“). Die Kontextabhängigkeit für Protestformen lokaler Partizipation ist relativ deutlich zu belegen, aber auch hier sind es eher indirekte Effekte, die die Einflüsse des lokalen Umfelds unterstreichen: wie stark die individuelle Ressourcenausstattung eines Bürgers die Beteiligung an politischen Aktivitäten mitbestimmt, hängt durchaus von der sozioökonomischen Entwicklung einer Kommune ab. Im letzten Beitrag wendet sich Thorsten Faas der lokalen Wahlbeteiligung zu (Beitrag „Wahlbeteiligung“). Auch hier sind Kontexteffekte insbesondere mit der sozioökonomischen Entwicklung einer Kommune verbunden, allerdings handelt es sich in diesem Fall um direkte Effekte: in sozioökonomisch schwächeren Gemeinden sind die Beteiligungsraten sowohl bei Kommunal- als auch bei Bundestagswahlen geringer als in stärkeren Gemeinden.

Während in keinem der Beiträge deutliche, direkte Kontexteffekte des lokalen Umfelds auf politische Orientierungen belegt werden konnten, zeigen die Beiträge im zweiten Teil des Bands mehrere deutliche, aber indirekte Einflüsse. Bevor wir diesen Unterschied inhaltlich thematisieren, ist an dieser Stelle zunächst eine Beurteilung der relativen Bedeutung individueller und kontextueller Merkmale für politische Orientierungen erforderlich. Dazu sind insbesondere die in jedem Kapitel präsentierten Intraklassenkorrelationen (ICC) relevant. Die ICC ist ein Maß für den Anteil an der Gesamtvarianz einer politischen Orientierung, der durch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde maximal erklärt werden kann. In Abbildung 1 sind diese Koeffizienten der

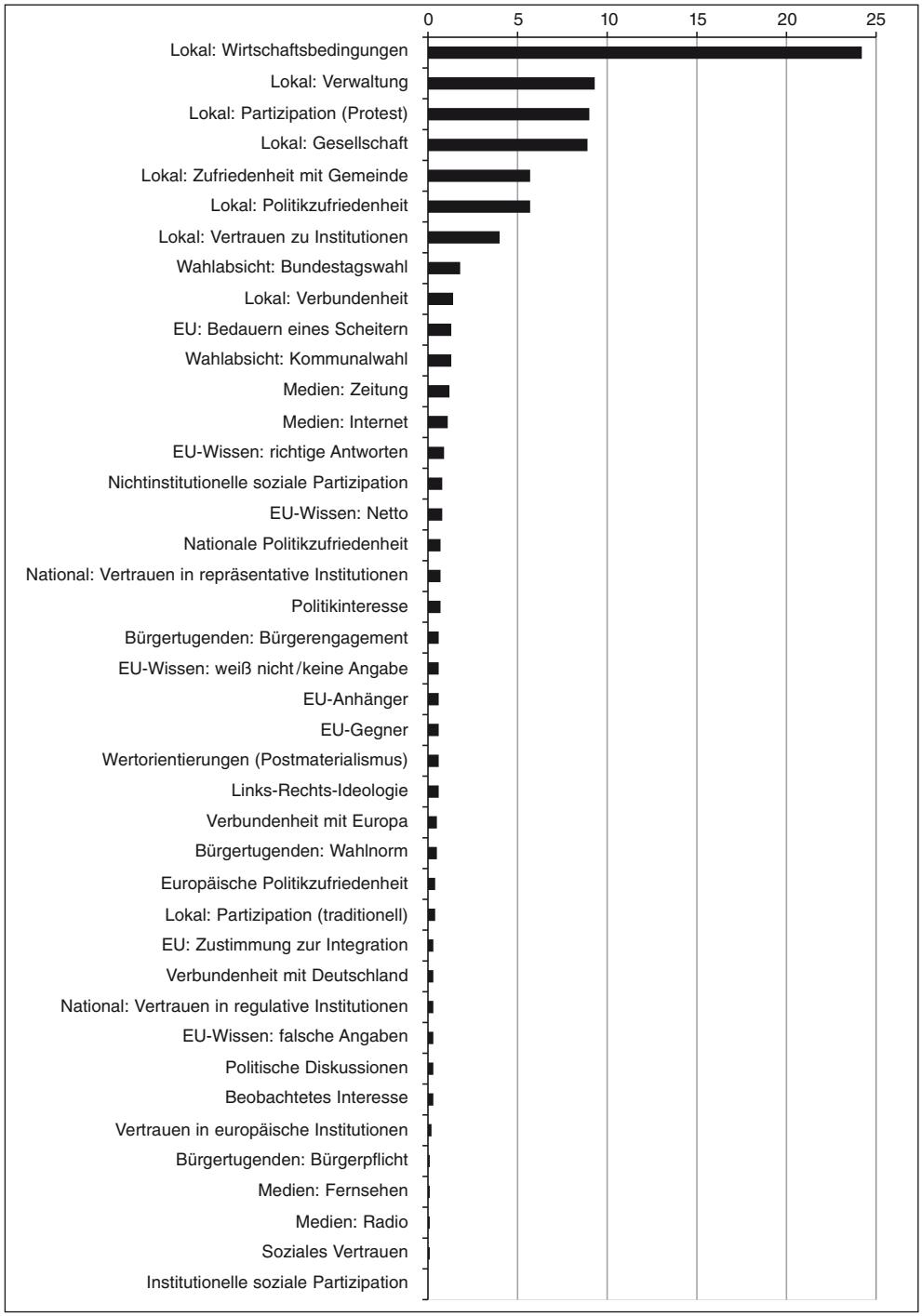


Abbildung 1: Intraklassenkorrelationen der politischen Orientierungen (Anteil der Kontextvarianz an der Gesamtvarianz in Prozent)

einzelnen Kapitel zusammengefasst und nach ihrer Größe geordnet. Auf der linken Seite der Grafik finden wir die politischen Orientierungen, die am stärksten durch den lokalen Kontext geprägt sind. Bei der Zufriedenheit mit den lokalen Wirtschaftsbedingungen entfallen etwas mehr als 24 Prozent der Varianz auf die Kontextebene. Mit diesem Ergebnis ist die lokale Wirtschaftszufriedenheit der absolute Spitzenreiter: für keine der anderen Orientierungen ist ein annähernd so hoher Anteil der Varianzaufklärung durch Kontextfaktoren möglich. In einer zweiten Gruppe politischer Orientierungen ist der Einfluss des Kontexts mit vier bis neun Prozent Anteil an der Gesamtvarianz zwar gering, aber trotzdem deutlich feststellbar. Es handelt sich hierbei ohne Ausnahme um Orientierungen mit einem eindeutig lokalem Bezug: Zufriedenheit mit der lokalen Gesellschaft, lokale Partizipation, Beurteilung der Information zu und Beteiligung an lokalen Planungsverfahren, Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde, lokale Politikzufriedenheit sowie Vertrauen in lokale Institutionen. Die empirische Bestätigung der Relevanz des Kontexts ist für diese Orientierungen fast selbstverständlich. Die erste Orientierung der letzten Gruppe – lokale Verbundenheit – könnte man auch der Gruppe der lokalen Orientierungen zuordnen. Allerdings ist die ICC mit etwas mehr als einem Prozent Anteil an der Gesamtvarianz deutlich geringer und damit in einem Bereich, in dem ein Einfluss des Kontexts auf individuelle Orientierungen zwar nachweisbar, aber praktisch ohne Bedeutung ist. Während auf der linken Seite der Grafik die ersten acht Positionen ausnahmslos Haltungen mit einem klaren lokalen Bezug darstellen, finden wir am rechten Ende der Grafik Orientierungen, für die direkte Kontexteinflüsse kaum plausibel sind. Soziales Vertrauen oder rezeptives Medienverhalten sind Beispiele für individuelle Einstellungen, für die es nicht einfach ist zu argumentieren, warum der lokale Kontext hier Einfluss haben sollte. Die empirischen Befunde unterstützen diese Interpretation.

3 Mögliche Erklärungen

Im Hinblick auf die weitverbreitete Betonung der Bedeutung des lokalen Umfelds als „Schule der Demokratie“ einerseits und die deutlichen Unterschiede zwischen den 28 hessischen Kommunen andererseits, war die Annahme eines deutlich stärkeren Einflusses des lokalen Kontexts auf politische Orientierungen durchaus plausibel. Und obwohl gegenüber der geringen Bedeutung kontextueller Merkmale für die direkte Erklärung politischer Orientierungen verschiedene Befunde stehen, die die indirekte Relevanz des lokalen Kontexts hervorheben, sind die Ergebnisse insgesamt überraschend. Welche Faktoren können zu diesem Ergebnis beigetragen haben? Mit anderen Worten: gibt es Aspekte unseres Forschungsdesigns, die den empirischen Nachweis der Relevanz des Kontexts erschwert haben? Zur Beantwortung dieser Frage und Bewertung der Ergebnisse betrachten wir hier (1) statistisch-technische Aspekte, (2) methodische Aspekte und (3) die Auswahl der 28 Kommunen. Die verschiedenen Gesichtspunkte und ihre Bewertung sind abschließend in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1: Mögliche Ursachen für die geringe Bedeutung des Kontexts für politische Orientierungen

Kategorie	Potenzielles Problem	Spezifisches Problem	Relevanz des Problems
Statistisch-technische Aspekte	Anzahl der Einheiten auf der zweiten Ebene zu gering	28 Gemeinden sind für verlässliche Schätzungen nicht ausreichend	Für direkte Effekte sind 20 bis 30 Einheiten auf der Kontextebene ausreichend
	Verhältnis zwischen der Anzahl der Einheiten auf der ersten und der zweiten Ebene	11.870 Individuen verursachen mehr Varianz als 28 Gemeinden	Beachtliche Varianz auf der Gemeindeebene verfügbar
	Messung auf der Individualebene zu differenziert	Für viele Einstellungen wurden Elf-Punkt-Skalen verwendet; es kamen aber auch Vier-Punkt-Skalen zum Einsatz	Signifikante Effekte unabhängig vom Erhebungsinstrument nachweisbar
	Geringe Ausschöpfungsrate	Verzerrungen durch geringe Beteiligung (21 Prozent)	Außer den bekannten Abweichungen (z.B. Overreporting bei der Wahlbeteiligung) keine Hinweise auf einen Selektionsbias
Methodische Aspekte	Nur lineare Beziehungen betrachtet	Spezifische Resultate sind insbesondere für mittelgroße Gemeinden zu erwarten	Einige Analysen berücksichtigen auch kurvilineare Zusammenhänge
	Primär direkte Effekte betrachtet, Interaktionseffekte vernachlässigt	28 Gemeinden erlauben keine statistisch verlässlichen Schätzungen für Cross-Level-Interaktionen	Cross-Level-Interaktionen nur sparsam modelliert
Auswahl der 28 Kommunen	Heterogenität der Einheiten auf der zweiten Ebene zu gering	Gemeinden befinden sich in einem Bundesland; besonders kleine und große Gemeinden wurden nicht berücksichtigt	Aggregierte und statistische Indikatoren zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Gemeinden
	Besondere Bedeutung von Großstädten nicht berücksichtigt	Großstädte haben sehr unterschiedliche Effekte	Zwei Großstädte in der Grundgesamtheit berücksichtigt
	Hierarchische Datenstruktur nicht gegeben	Für viele Menschen ist eine Gemeinde nicht der „relevante“ Kontext	Für wichtige Faktoren (Arbeitsplatz, Vereinsaktivität) zeigen lokale und nicht-lokale Bestimmungsfaktoren keine Unterschiede
	Kontextfaktoren nicht valide	Verschiedene Quellen für die Indikatoren der Kontextmerkmale genutzt	Für viele Kontextmerkmale wurden offizielle statistische Informationen genutzt (z. B. Statistisches Landesamt Hessen, Bundesagentur für Arbeit)
	Kontextfaktoren nicht reliabel	Einige Indikatoren sind nicht konsistent oder nicht verfügbar	Für die meisten Kontextmerkmale wurden mehrere Indikatoren genutzt (oder in einem Index kombiniert)
Thematische Aspekte	Politische Orientierungen sind eng mit Persönlichkeitsfaktoren verknüpft	Geringe Varianz zwischen Gemeinden	Nach der Berücksichtigung von Individualmerkmalen verringert sich die Kontextvarianz (Kompositionseffekt). Dies ist ein wichtiges empirisches Ergebnis, aber kein Problem.
	Lokaler Kontext für viele politische Orientierungen nicht (mehr) relevant	Gesellschaftliche Entwicklungen haben die Bedeutung des lokalen Kontexts deutlich verringert	Künftige Forschung sollte sich von einem räumlichen Kontextbegriff lösen.
	Bei Betrachtung politischer Orientierungen ist zwischen lokalen und nationalen/europäischen Orientierungen zu differenzieren	Lokaler Kontext beeinflusst nur die lokalen Orientierungen	

3.1 Statistisch-technische Aspekte

Bei den statistisch-technischen Aspekten diskutieren wir vier mögliche Probleme:

(1) *Die Anzahl der Einheiten auf der zweiten Ebene ist zu gering.* Eine in der Fachliteratur allgemein akzeptierte Mindestanzahl der Einheiten auf Kontextebene gibt es bisher noch nicht: „As usual, it is not precisely known when a sample is large enough to be confident about the precision of the estimates" (Hox 2002, S. 45). Die Empfehlungen für die notwendige Anzahl der Einheiten auf der zweiten Ebene liegen zwischen 20 und 30 (Snijders 2003, S. 676; Hox 2002, S. 174; Snijders u. Bosker 1999, S. 141–154). Mit 28 Gemeinden steht also für verlässliche Schätzungen eine ausreichend große Anzahl von Einheiten auf Kontextebene zur Verfügung. Während bei vielen mehrebenenanalytischen Betrachtungen der Aspekt der Zufallsstichprobe vernachlässigt wird, handelt es sich bei der vorliegenden Stichprobe der Gemeinden bis 50.000 Einwohnern zudem um eine Zufallsauswahl. 26 der 28 Gemeinden wurden aus einer Grundgesamtheit von 303 Gemeinden zufällig ausgewählt.

(2) *Das Verhältnis der Einheiten auf der ersten und zweiten Ebene ist zu unterschiedlich.* Während auf der ersten Ebene Angaben von 11.870 Individuen für die Analyse genutzt werden können, stehen auf der zweiten Ebene Informationen von 28 Gemeinden zur Verfügung. Selbstverständlich verursachen die 11.870 Bürger auf der Individualebene mehr Varianz als die 28 Gemeinden auf der Kontextebene. Die für Mehrebenenanalysen ungewöhnlich hohe Anzahl an Fällen auf der Individualebene – etwa 400 Befragte je Gemeinde – ermöglicht allerdings erst die umfangreiche deskriptive Betrachtung auf Gemeindeebene. Damit bei einer Stichprobe der Anteil eines bestimmten Merkmals nicht mehr als fünf Prozentpunkte vom „wahren" Anteil der Grundgesamtheit abweicht, ist eine Nettostichprobe von etwa 400 Befragten notwendig (z. B. Dillman et al. 2009, S. 55–60). Auf Basis dieser akzeptablen bis großen repräsentativen Stichproben können die Muster politischer Orientierungen zwischen Gemeinden sinnvoll miteinander verglichen werden. Sowohl die bei einigen Variablen gefundenen relativ hohen ICC als auch die bei den meisten untersuchten Orientierungen nachweisbare signifikante Kontextvarianz (signifikante Likelihood-Ratio-Tests) sind ein Indiz dafür, dass das Verhältnis der Einheiten mögliche Kontexteffekte nicht ausschließt.

(3) *Die Messinstrumente sind zu differenziert.* Für die Erfassung der politischen Orientierungen unterscheiden sich die Antwortmöglichkeiten: Neben Vier-Punkt-Skalen werden häufig auch Elf-Punkt-Skalen eingesetzt. Diese Unterschiede haben offensichtlich aber keine nachteiligen Konsequenzen für die empirischen Ergebnisse. Signifikante Effekte lassen sich unabhängig von den verwendeten Erhebungsinstrumenten nachweisen.

(4) *Die Beteiligung bei der Bürgerbefragung ist zu gering.* In der Praxis gilt die Ausschöpfung als eines der wichtigsten Merkmale zur Beurteilung der Qualität von repräsentativen Bevölkerungsumfragen. Bei der Bürgerbefragung liegt die entsprechende Quote bei 20,8 Prozent. Für eine telefonische Befragung im Jahr 2009

in Deutschland ist dies ein guter Wert (Gabriel u. Thaidigsmann 2009, S. 313; siehe ausführlich Abschnitt 4.2 des Einführungskapitels). Die Daten bieten keine Hinweise für eine selektive Teilnahme an der Studie und damit verbundene Verzerrungen. Bei der Wahlbeteiligung lässt sich zwar ein – bekanntes – Overreporting belegen, allerdings finden sich keine Hinweise auf ein Coverage-Problem (siehe ausführlich den Beitrag von Faas).

3.2 Methodische Aspekte

Bei den methodischen Aspekten betrachten wir zwei Probleme:

(1) *Die primäre Modellierung beschränkt sich auf lineare Beziehungen.* Für die Schätzung der Kontext- und Individualmodelle wurden fast ausschließlich lineare Modelle genutzt. Mögliche nicht-lineare Zusammenhänge werden mit diesen Modellen nicht adäquat abgebildet. Allerdings sind in mehreren Kapiteln auch nicht-lineare Zusammenhänge modelliert worden (meistens als quadrierte oder logarithmierte Variablen). Zudem kamen auch logistische Mehrebenenanalysen zur Anwendung. Die Ergebnisse dieser Berechnungen weichen nicht von den Befunden mit linearen Modellen ab.

(2) *Die Modellierungen sind auf direkte Effekte beschränkt.* Im Mittelpunkt der Analysen stehen direkte Effekte des lokalen Kontexts auf politische Orientierungen. Mit 28 Gemeinden sind verlässliche Schätzungen solcher direkten Effekte möglich (siehe Abschnitt 3.1, Punkt 1). Für die Modellierung von sogenannten Cross-Level-Interaktionen empfiehlt Hox (2002, S. 175) eine Fallzahl von mindestens 50 Kontexten (siehe auch Ditton 1998, S. 123–126). In einigen Beiträgen wurde die Betrachtung der direkten Effekte auf politische Orientierungen durch die Modellierung von Wechselwirkungen zwischen der Individual- und Kontextebene ergänzt. Dabei sind zwar theoretisch interessante Ergebnisse, aber keine Hinweise auf nicht-adäquate Modellierungen gefunden worden.

3.3 Auswahl der 28 Kommunen

Bei der Auswahl der 28 Gemeinden werden vier potentielle Probleme behandelt:

(1) *Die Heterogenität der Gemeinden ist zu gering.* Mit der Festlegung auf ein Bundesland und der Konzentration auf Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 bis 50.000 Einwohnern sind hier zwei mögliche Probleme zu unterscheiden. Als Untersuchungsgebiet für die „Europa im Kontext“-Studie wurde das Bundesland Hessen festgelegt. Durch die Begrenzung auf ein Bundesland unterscheiden sich die Gemeinden im Hinblick auf das lokale Umfeld. Die überregionalen Einflussgrößen sind jedoch für alle Kommunen konstant. Dies gewährleistet, dass Unterschiede zwischen Gemeinden nicht auf überregionale Einflüsse zurückzuführen sind. Allerdings könnte sich diese Festlegung ungünstig auf die Heterogenität der Gemeinden auswirken. Die bereits im Einleitungskapitel präsentierten

statistischen Daten deuten allerdings auf erhebliche Unterschiede zwischen den Kommunen hin. Der Ausländeranteil 2008 liegt zwischen 1,8 (Frielendorf) und 20,3 Prozent (Wiesbaden), die mittlere Arbeitslosenquote 2008 zwischen 3,4 (Eppstein und Kelkheim) und 12,4 Prozent (Kassel) und die GfK-Kaufkraft 2009 zwischen 16.744 (Frielendorf) und 27.035 Euro/Einwohner (Kelkheim). Diese Zahlen belegen eindrucksvoll Unterschiede der 28 Gemeinden im Bundesland Hessen. Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 50.000 Bürgern bieten die idealen Voraussetzungen, um als „Schule der Demokratie" wirken zu können. In Gemeinden dieser Größenordnung bestehen einerseits sichtbare Beteiligungsmöglichkeiten, andererseits können die kollektiven Wünsche der Bürger eher realisiert werden (Naßmacher u. Naßmacher 2007, S. 27). Gerade die Konzentration auf Gemeinden dieser Größenordnung sollte sich günstig auf den Nachweis kontextueller Effekte auswirken. Beide Aspekte – Festlegung auf ein Bundesland und Konzentration der Stichprobe auf Gemeinden mit 5.000 bis 50.000 Einwohner – bieten damit keine Erklärung für die überraschenden empirischen Befunde. Im Gegenteil: Trotz dieser äußerst günstigen Rahmenbedingungen können die einzelnen Beiträge nur eine marginale Bedeutung des Kontexts auf politische Orientierungen belegen. Die Ergebnisse sind damit nicht etwa auf den hessischen Kontext beschränkt, sondern können verallgemeinert werden.

(2) *Kontexteffekte sind insbesondere in Großstädten oder urbanen Ballungsräumen zu erwarten.* Gemäß dieser Argumentation wird erwartet, dass die Unterschiede zwischen Gemeinden wie in Hessen zwar relevant, aber für die politischen Orientierungen der Bürger nicht maßgeblich sind. Stattdessen sind es die außergewöhnlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen – angefangen von lokalpolitischen Konstellationen über das kulturelle Angebot bis hin zur Kriminalität – in Großstädten und urbanen Ballungsräumen, die sich grundsätzlich von „normalen" Gemeinden unterscheiden. Für eine Überprüfung der lokalen Kontexteffekte bringt es deshalb wenig, dass die 28 hessischen Kommunen in der Einwohnerzahl variieren. Mit der Aufnahme von Kassel und Wiesbaden in die Gemeindestichprobe haben wir versucht, die besonderen Einflüsse großstädtischer Kontexte zu berücksichtigen: in keiner Analyse zeigen sich dabei außergewöhnliche Effekte dieses Umfelds. Sicherlich wird es in Mexiko City andere Kontexteffekte geben als in Kassel und Wiesbaden – für eine Sonderposition von Großstädten und urbanen Ballungsräumen gibt es in unserer Studie allerdings keinen empirischen Beleg.

(3) *Die Datenstruktur ist nicht hierarchisch.* Unter hierarchisch angeordneten Ebenen ist zu verstehen, dass „die Elemente der unteren Ebene jeweils genau einem Element der höheren Ebene zugeordnet sind – und, dass die höhere Ebene sich ausschließlich aus Elementen der niedrigen Ebene zusammensetzt" (Braun et al. 2010, S.16). Technisch wird ein Einfluss der Gemeinde auf die Elemente der unteren Ebenen unterstellt, wobei für jeden Einwohner nur eine Gemeinde – der Wohnort – als relevant betrachtet wird. Für viele Menschen stellt der Wohnort heutzutage möglicherweise nicht mehr den einzigen und vielleicht auch nicht mehr den zentralen Kontext dar.

Stattdessen sind mehrere Kontexte (Wohnort, Arbeitsort usw.) wichtig und deshalb ist die modellierte, hierarchische Datenstruktur keine angemessene Abbildung der Lebenssituation vieler hessischer Bürger. Bei den Analysen wurden zwar solche Bestimmungsfaktoren unter anderem bei der Frage nach Vereinsaktivitäten berücksichtigt, Unterschiede konnten allerdings nicht nachgewiesen werden.

(4) *Die Validität und Reliabilität der Indikatoren der Kontextmerkmale ist problematisch.* Um Informationen zum politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Gemeinden zu erhalten, wurden umfangreiche statistische Daten zusammengetragen. Dabei handelt es sich weitgehend um amtliche Daten (z. B. des Hessischen Statistischen Landesamts, der Bundesagentur für Arbeit oder des Landeskriminalamts), die auf ihre Plausibilität geprüft wurden. Bei den Analysen wurden zur Erfassung relevanter Kontextmerkmale zudem verschiedene Indikatoren – teilweise in einem Index kombiniert – berücksichtigt. Häufig wurden auch nicht Indikatoren für ein Jahr verwendet, sondern Durchschnittswerte, um mögliche zeitliche Schwankungen zu berücksichtigen. Durch diese Bemühungen sind die Befunde der einzelnen Analysen weitgehend vergleichbar. Auch bei Berücksichtigung unterschiedlicher Indikatoren erweist sich die Relevanz des lokalen Kontexts für politische Orientierungen als gering.

3.4 Mögliche Erklärungen im Vergleich

Roßteutscher (2007, S. 146) äußerte bereits vor einigen Jahren Skepsis an der systematischen Anwendung von Mehrebenenmodellen als „Königsweg“ der Analyse individueller und kontextueller Determinanten für Einstellungen und Verhaltensweisen:

> „Der Innovation – gerade in methodologischer Hinsicht – sind kaum Grenzen gesetzt. Ob aber methodologische Verbesserungen mittel- und langfristig tatsächlich zu einem besseren, tieferen Verständnis individuellen Verhaltens führen, muss zum jetzigen Zeitpunkt noch mit einem Fragezeichen versehen werden.“

Schließlich gelingt es bisher nicht sonderlich gut, „die eher triviale Aussage von der Wirkkraft des Kontexts mit der Benennung konkreterer Mechanismen zu beleben“ und es bleibe noch viel zu tun, „bis der Mehrwert von Mehrebenenanalysen auch aus theoretisch-inhaltlicher Sicht bewiesen ist“ (Roßteutscher 2007, S. 146). Auch in unserer Studie bieten statistisch-technische und methodische Aspekte sowie die Auswahl der 28 Kommunen offensichtlich keine Gründe, die Ergebnisse grundsätzlich in Frage zu stellen. Damit können die relativ geringen Kontexteffekte auch nicht als Artefakte des Forschungsentwurfs oder der eingesetzten Instrumente bezeichnet werden. Mit anderen Worten: für diesen Befund sind inhaltlich-theoretische Überlegungen und keine statistisch-methodischen Erklärungen zu überprüfen. Viele Autoren haben das am Ende ihrer Beiträge für einzelne Themen auch gemacht. Im letzten Abschnitt von Tabelle 1 sind einige mögliche allgemeine Erklärungen angegeben. Zum Abschluss fassen wir die wichtigsten Ansätze zusammen und diskutieren kurz allgemeine Interpretationen der Ergebnisse.

4 Schluss

Selbstverständlich gibt es zwischen den Befunden der verschiedenen Kapitel bemerkenswerte Unterschiede in der Identifikation relevanter Determinanten und ihrer Bedeutung für die Erklärung der unterschiedlichen politischen Orientierungen. Trotzdem zeigt die Übersicht in diesem Kapitel ein klares Bild, das sich wie folgt zusammenfassen lässt:

1. Die direkte Bedeutung kontextueller Einflüsse auf politische Orientierungen der Bürger ist gering.
2. Diese geringe direkte Bedeutung ist sowohl beim Anteil der Kontextvarianz an der Gesamtvarianz als auch bei den Effektstärken kontextueller Bestimmungsfaktoren nachweisbar und betrifft nahezu alle politischen Orientierungen.
3. Der Kontext ist insbesondere für Orientierungen, die unmittelbar mit dem lokalen Umfeld verbunden sind, von Bedeutung (z. B. Zufriedenheit mit der lokalen Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft, Vertrauen in und Zufriedenheit mit lokalen Institutionen, lokale politische Partizipation).
4. Für viele untersuchte politische Orientierungen war es, trotz der geringen Varianz, möglich, spezifische Faktoren für die kontextuellen Einflüsse zu benennen (alle Intraklassenkorrelationen näherten sich letztlich Null).
5. Unterschiede zwischen Gemeinden in (aggregierten) politischen Orientierungen sind hauptsächliche eine Folge von Unterschieden in der Zusammensetzung der Bevölkerung (Kompositionseffekte).
6. Lokalpolitische Orientierungen hängen positiv mit Orientierungen nationaler und europäischer Objekte zusammen. Spillover-Effekte sind somit – trotz der Frage nach der Kausalität – wahrscheinlich.
7. Die Stärke der Individualeffekte hängt für mehrere politische Orientierungen von Merkmalen des lokalen Umfelds ab (signifikante Cross-Level-Interaktionen).

Wie bereits mehrfach erwähnt, stehen den Ergebnissen zur geringen Bedeutung kontextueller Merkmale für die Erklärung politischer Orientierungen verschiedene Befunde gegenüber, die die indirekte Relevanz des lokalen Kontexts betonen. Christian Schnaudt bringt diese Schlussfolgerung am Ende seines Beitrags mit der Feststellung, Gemeinden seien für die Demokratie letztlich als „Schule der *indirekten* Demokratie“ wichtig, auf den Punkt. Die positiven Konsequenzen des Besuchs dieser Schule sind sicherlich nicht zu unterschätzen. Die Erwartung, Kommunen könnten als „Rettungsanker der Demokratie“ fungieren, basiert allerdings auf einem Bild der Gemeinde, welches für viele Bürger immer weniger ihrem Alltag entspricht. Darauf deuten bereits die deskriptiven Betrachtungen der lokalen Orientierungen hin. Die „weiß nicht“-Anteile für die Fragen nach der Bewertung der Zufriedenheit mit der Demokratie, der Arbeit des Parlaments sowie zentraler politischer Akteure sind auf lokaler Ebene deutlich höher als auf nationaler Ebene. Mit anderen Worten: Die Bürger geben offensichtlich einfacher Urteile über die nationale als über die lokale politische Ebene ab. Zudem sieht sich ein Teil der Bürger nicht in der Lage, die Informationen zu und die Beteiligung an lokalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu bewerten. Schließlich deutet das im Vergleich zur Bundes-

ebene geringere Politikinteresse an lokalen Themen sowie die relativ niedrigere Beteiligung an lokalen Wahlen auf eine geringere Bedeutung der Lokalpolitik hin.

Die Überraschung über die geringe Bedeutung kontextueller Faktoren ist natürlich nicht nur von den spezifischen Ergebnissen, sondern auch von den Erwartungen über das Potenzial dieser Erklärungen abhängig. Auf der Basis einer ausführlichen Bewertung der Befunde der empirischen, international-vergleichenden Kulturforschung in den letzten Jahrzehnten kommt auch Poortinga zu der Schlussfolgerung, dass ein „much smaller proportion of variance [is] attributable to culture than to individuals nested in cultures". Er betrachtet diesen Befund allerdings nicht als problematisch, sondern als eine Warnung gegen „the continuing emphasis on differences in behaviour" wobei „differences between cultures are overpredicted and absence of differences underpredicted" (Poortinga 2011, S. 561). Diesen Einwand sollten auch Forscher, die sich mit Gemeinden und Einflüssen des lokalen Umfelds auf politische Orientierungen beschäftigen, ernst nehmen. Das bedeutet, dass nicht nur die geringe direkte Relevanz kontextueller Faktoren einen wichtigen Befund darstellt, sondern vielmehr ebenso die Kenntnis, dass die Bedeutung individueller Merkmale offensichtlich weitgehend kontextunabhängig ist.

Mit Blick auf die in diesem Band im Mittelpunkt stehende Kontextebene – die Gemeinde – ist zudem festzustellen, dass diese für viele Menschen in den vergangenen Jahrzehnten ihre zentrale Bedeutung verloren hat. Gründe für diese Entwicklung sind Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen. Durch die durchschnittlich höhere Bildung der Menschen haben sich auch der Handlungsspielraum und die Lebensgestaltung zunehmend auf das Individuum verlagert. Dazu hat auch der Ausbau des Wohlfahrtsstaats mit der gestiegenen Absicherung individueller Lebensrisiken beigetragen, was ebenfalls zu einer nachlassenden Bedeutung interpersonaler Kontakte im lokalen Umfeld geführt hat. Schließlich haben Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse zudem zu einer steigenden „life-time geographical mobility of the resident population" (Falter 1978, S. 861) geführt. Die Stärke einer Bindung an die jeweilige Heimatgemeinde nimmt tendenziell ab, da die durchschnittliche Verweildauer im jeweiligen sozialen Umfeld sinkt. Nach dem Statistischen Bundesamt wechselte fast jeder 20. Einwohner im Jahr 2006 seinen Wohnsitz über die Gemeindegrenzen hinweg (Grobecker u. Krack-Rohberg 2008, S. 15). Die zunehmende geographische Mobilität führt zu einer stärkeren Streuung von Freundschaftskontakten über die Gemeindegrenzen hinaus. Moderne Kommunikationsmittel begünstigen diese breite Streuung von Freundschaftskontakten; soziale Interaktionen spielen sich nicht mehr ausschließlich am eigenen Wohnort ab. Nach Esser (1999, S. 457) ist ein Einfluss des Umfelds auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen kaum zu erwarten, „wenn die Mitgliedschaften der Akteure rasch wechseln, wenn es keine klaren Grenzen zwischen den Kontexten gibt, wenn überkreuzende Zugehörigkeiten möglich sind und wenn sich keine stabilen Gleichgewichte von Interaktionszusammenhängen – die ‚Milieus' also – herausbilden". Diese grob skizzierten Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse lassen daher nur einen geringen Einfluss des lokalen Kontexts auf politische Orientierungen erwarten. Vor einigen Jahren haben Klein und Pötschke (2000) die rückläufige Bedeutung des (lokalen) Kontexts bereits empirisch belegt. In ihrer Analy-

se untersuchten sie die Relevanz des Kontexts für das Wahlverhalten der Bürger im Zeitverlauf. Dabei zeigt sich, dass „die Kontexteinflüsse zwischen 1969 und 1998 kontinuierlich abnehmen“ (Klein u. Pötschke 2000, S. 198). Auf Kreisebene reduziert sich die Kontextvarianz von 13,4 auf 0,7 Prozent, auf Gemeindeebene von 13,2 auf 3,8 Prozent. Im Hinblick auf die Wahl der Kontextebene ist die Gemeinde dem Kreis damit zwar vorzuziehen, die in diesem Band berichteten Befunde deuten aber auf eine weitere Verringerung der Relevanz des lokalen Kontexts für politische Orientierungen hin.

Es sind allerdings nicht nur Veränderungen der Einstellungen und Lebensweisen der Bürger, die für die abnehmende Bedeutung der Gemeinden – und insbesondere die abnehmende Bedeutung der Lokalpolitik – verantwortlich sind. Mit Blick auf die Wahrnehmung und Bewertung der politischen Wirklichkeit hat auch die Ausbreitung der individuell konsumierbaren Massenmedien (insbesondere des Fernsehens und Internets) zur Auflösung der lokalen Öffentlichkeit beigetragen. Dies gilt insbesondere für die nationale und europäische Politik, die nahezu ausschließlich über die Massenmedien vermittelt wird. Dadurch hat sich der Einfluss der lokalen Kommunikation auf nationale und europäische Orientierungen verringert. Mit der Europäischen Integration ist zudem eine zunehmende Verlagerung lokaler, regionaler und nationalstaatlicher Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene verbunden (Gabriel 2010, S. 95). Dadurch entfernt sich die Politik weiter von den Menschen, Entscheidungsprozesse werden komplizierter und die Zuordnung von Verantwortung wird erschwert (Vetter 2011, S. 25). Die Implementierung europaweiter Vorgaben und Richtlinien stellt zwar gerade die lokale Ebene vor große Herausforderungen, aber die zentralen Weichenstellungen finden mittlerweile auf nationaler und europäischer Ebene statt. Dies führt zu einem Bedeutungsverlust der lokalen Politik und verringert damit auch die Relevanz der Kommunalpolitik für allgemeine politische Orientierungen.

Abgesehen von Kompositionseffekten belegen die in diesem Band berichteten Befunde insgesamt eine geringe Bedeutung des lokalen Kontexts für politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürger. Inwieweit das nationale oder supranationale Umfeld damit an Einfluss auf politische Orientierungen gewonnen hat, ist schwierig zu beurteilen. Ebenfalls denkbar wäre ein eher allgemeiner Bedeutungsverlust gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Kontexte für die Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen und eine gleichzeitig wachsende Relevanz persönlicher Beziehungen und internetbasierter sozialer Kontakte. Für diese Art der Analyse muss sich künftige Forschung allerdings von einem räumlichen Kontextbegriff lösen und sich verstärkt der Frage zuwenden, wie sich die persönliche Sphäre eines Menschen in beobachtbare Sachverhalte übersetzen lässt.

Literatur

Braun, Daniela, Nicole Seher, Markus Tausendpfund, und Ansgar Wolsing. 2010. Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration. Eine Mehrebenenanalyse. *Arbeitspapier Nr. 136*. Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Dillman, Don A., Jolene D. Smyth, und Leah Melani Christian. 2009. *Internet, Mail, and Mixed-mode surveys. The Tailored Design Method*. Hoboken: Wiley.

Ditton, Hartmut. 1998. *Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchisch Linearen Modells*. Weinheim: Juventa.

Esser, Hartmut. 1999. *Soziologie – Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt a. M.: Campus.

Falter, Jürgen W. 1978. Some Theoretical and Methodological Problems of Multilevel Analysis reconsidered. *Social Science Information* 17: 841–869.

Gabriel, Oscar W. 2010. Stärkung der lokalen Demokratie – Eine Antwort auf die Erfordernisse von European Good Governance? In *Kommunale Aufgaben im Europäischen Binnenmarkt*, Hrsg. Oscar Gabriel, Peter-Christian Müller-Graff und Christian O. Steger, 95–118. Baden-Baden: Nomos.

Gabriel, Oscar W. und S. Isabell Thaidigsmann. 2009. Item Nonresponse: Ausprägung und Ursachen. In *Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*, Hrsg. Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel, 283–320. Baden-Baden: Nomos.

Grobecker, Claire, und Elle Krack-Rohberg. 2008. Bevölkerung. In *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1–25. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hox, Joop J. 2002. *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. New York: Psychology Press.

Klein, Markus, und Manuela Pötschke. 2000. Wählen im sozialen Kontext: Mehrebenenanalysen des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 bis 1998. In *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr, 182–211. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Naßmacher, Hiltrud, und Karl-Heinz Naßmacher. 2007. *Kommunalpolitik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Poortinga, Ype H. 2011. Research on behaviour-and-culture: current ideas and future projections. In *Fundamental Questions in Cross-Cultural Psychology*, Hrsg. Fons J. R. van de Vijver, Athanasios Chasiotis und Seger M. Breugelmans, 545–578. Cambridge: Cambridge University Press.

Roßteutscher, Sigrid. 2007. Review of „Politische Partizipation im kommunalen Kontext: Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten“ von Marc Bühlmann, *Swiss Political Science Review* 13: 142–146.

Snijders, Tom A. 2003. Multilevel Analysis. In *The Sage Encyclopedia of Social Science Research Methods*, Hrsg. Michael S. Lewis-Beck, Alan E. Bryman und Tim F. Liao, 673–677. Thousand Oaks: Sage.

Snijders, Tom A., und Roel J. Bosker. 1999. *Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London: Sage.

Vetter, Angelika. 2011. Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 25–32.

Anhang

Anhang 1:
Fragebogen der Bürgerbefragung

Frage 1

Seit wann wohnen Sie in <Stadtname>? Nennen Sie mir bitte das Jahr.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Jahreszahl>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 2

In welchem Stadtteil/Ortsteil von <Stadtname> wohnen Sie?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Stadtteil>
- anderer, und zwar:
  - weiß nicht
  - keine Angabe

Frage 3

Seit wann wohnen Sie in dem Stadtteil/Ortsteil? Nennen Sie mir bitte das Jahr.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Jahreszahl>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 4

Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von 0 bis 10 geht. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, wie zufrieden Sie mit dem Leben in ihrem Stadtteil/Ortsteil sind? 0 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind. 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Frage 5

Wenn Sie nun an <Stadtname> insgesamt denken: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit dem Leben in <Stadtname>? *(Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind. 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.)*

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 6

Ich werde Ihnen nun einige Aussagen zu <Stadtname> vorlesen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) Die Gemeinde informiert die Bürger über kommunale Planungen.
b) In <Stadtname> ist es leicht einen Arbeitsplatz zu finden.
c) In <Stadtname> gibt es ein lebendiges Vereinsleben.
d) Die Gemeinde beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen.
e) Die Ausländer, die in <Stadtname> leben, sind gut integriert.
f) Die Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um.
g) In <Stadtname> gibt es ein vielfältiges Freizeitangebot.
h) <Stadtname> ist eine wirtschaftlich starke Gemeinde.
i) In <Stadtname> gibt es viele Einkaufsmöglichkeiten.

Antwortmöglichkeiten (nur bei Bedarf wiederholt)

- stimme voll zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 7

Wie häufig tun Sie die folgenden Dinge mit Nachbarn? Oft, manchmal, selten oder nie:

a) Sich gegenseitig besuchen?
b) Sich gegenseitig helfen?
c) Über Probleme in <Stadtname> sprechen?
d) Streiten?

Antwortmöglichkeiten (nur bei Bedarf wiederholt)

- oft
- manchmal
- selten
- nie
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 8

Was würden Sie sagen, wie häufig diskutieren Sie politische Themen

a) in der Familie? Ist das oft, manchmal, selten oder nie?
b) Und mit Nachbarn?
c) Und mit Freunden und Bekannten in <Stadtname>?
d) Und mit anderen Bürgern in <Stadtname>?
e) Und einmal ganz allgemein: Wie häufig diskutieren Sie politische Themen mit anderen Leuten?

Antwortmöglichkeiten (nur bei Bedarf wiederholt)

- oft
- manchmal
- selten
- nie
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 9

a) Wie stark sind Sie an Politik interessiert? Sind Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?
b) Manchmal unterscheidet sich das Interesse von Leuten je nach Ebene der Politik. Wie stark sind Sie an der Kommunalpolitik interessiert? Sind Sie daran sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?
c) Und wie stark sind Sie an der Bundespolitik interessiert? Sind Sie daran sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?
d) Und wie stark sind Sie an der europäischen Politik interessiert? Sind Sie daran sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?

Antwortmöglichkeiten (nur bei Bedarf wiederholt)

- sehr interessiert
- ziemlich interessiert
- wenig interessiert
- überhaupt nicht interessiert
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 10

Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Ich lese Ihnen nun verschiedene Ziele vor, die man in der Politik verfolgen kann.

a) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land.
b) Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung.
c) Kampf gegen die steigenden Preise.
d) Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Wenn Sie zwischen diesen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten? (Nach Antwort weiter lesen) Und welches erschiene Ihnen am zweitwichtigsten? (Nur bei Bedarf die drei nicht genannten Ziele noch einmal vorlesen; nach zweiter Nennung weiter mit nächster Frage)

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land
- Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- Kampf gegen die steigenden Preise
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 11

Ich nenne Ihnen nun einige Meinungen, die manche Leute vertreten. Sagen Sie mir bitte, ob Sie jeweils voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) Das politische System Deutschlands ist gerecht und fair.
b) Das politische System Deutschlands schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger.
c) Das politische System Deutschlands ist mir sympathisch.
d) Die Europäische Union ist gerecht und fair.
e) Die Europäische Union schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger.
f) Die Europäische Union ist mir sympathisch.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- stimme voll zu
- stimme eher zu
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 12

Denken Sie jetzt wieder an das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, wie sehr Sie anderen Menschen vertrauen. 0 bedeutet,

dass Sie den meisten Menschen überhaupt nicht vertrauen. 10 bedeutet, dass Sie den meisten Menschen sehr vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 13

Und wie sehr vertrauen Sie persönlich … (Nur bei Bedarf vorlesen: Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet, dass Sie der Einrichtung überhaupt nicht vertrauen. 10 bedeutet, dass Sie der Einrichtung sehr vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.)

a) der Stadt- oder Gemeindeverwaltung?
b) Und den Parteien in Ihrer Gemeinde?
c) Und der Gemeindevertretung (Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung)?
d) Und dem Bürgermeister (bei Wiesbaden/Kassel: Oberbürgermeister)?
e) Und den Politikern in Deutschland?
f) Und den Parteien in Deutschland?
g) Und dem Bundestag?
h) Und der Bundesregierung?
i) Und den Gerichten in Deutschland?
j) Und der Polizei in Deutschland?
k) Und dem Europäischen Parlament?
l) Und der Europäischen Kommission?
m) Und den Vereinten Nationen (Vereinte Nationen = UNO/UN)?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 14

Wie Sie wissen, gibt es verschiedene Meinungen darüber, was einen „guten Bürger“ ausmacht. Ich möchte Sie deshalb bitten, die folgenden Eigenschaften zu bewerten. Nutzen Sie dazu wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet überhaupt nicht wichtig; 10 bedeutet sehr wichtig. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen. Für Sie persönlich, wie wichtig ist es …

a) Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst?
b) an Wahlen teilzunehmen?
c) immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen?

d) sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden?
e) in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein?
f) politisch aktiv zu sein?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 15

a) Wie stark fühlen Sie sich mit der Gemeinde, in der Sie leben, verbunden? Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet überhaupt nicht verbunden; 10 bedeutet, sehr stark verbunden. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.
b) Und wie ist das mit Deutschland: Wie stark fühlen Sie sich mit Deutschland verbunden?
c) Und wie ist das mit Europa: Wie stark fühlen Sie sich mit Europa verbunden?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 16

a) Und wie stolz sind Sie, ein/eine Bürger/in von <Stadtname> zu sein? Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet überhaupt nicht stolz; 10 bedeutet sehr stolz. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.
b) Und wie stolz sind Sie, ein/eine Bürger/in Deutschlands zu sein?
c) Und wie stolz sind Sie, ein/eine Bürger/in der Europäischen Union zu sein?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 17

In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da „nur als Deutsche/r“, „zuerst als Deutsche/r und dann als Europäer/in“, „zuerst als Europäer/in und dann als Deutsche/r“, oder „nur als Europäer/in“?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- nur als Deutsche/r
- zuerst als Deutsche/r und dann als Europäer/in

- zuerst als Europäer/in und dann als Deutsche/r
- nur als Europäer/in
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 18

a) Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Stadt- oder Gemeindeverwaltung? Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind. 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.
b) Und mit der Arbeit der Parteien in Ihrer Gemeinde?
c) Und mit der Arbeit der Gemeindevertretung (Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung)?
d) Und mit der Arbeit des Bürgermeisters (bei Wiesbaden/Kassel: Oberbürgermeister)?
e) Und mit der Arbeit der Parteien in Deutschland?
f) Und mit der Arbeit des Bundestags?
g) Und mit der Arbeit der Bundesregierung?
h) Und mit der Arbeit des Europäischen Parlaments?
i) Und mit der Arbeit der Europäischen Kommission?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 19

a) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in Ihrer Gemeinde funktioniert? (Nur bei Bedarf vorlesen: Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind. 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.)
b) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert?
c) Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 20

a) Deutschland ist Mitglied in der Europäischen Union. Hat Ihrer Meinung nach Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nur Vorteile,

mehr Vorteile als Nachteile, weder Vorteile noch Nachteile, mehr Nachteile als Vorteile oder nur Nachteile?

b) Und hat Ihre Gemeinde durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union nur Vorteile, mehr Vorteile als Nachteile, weder Vorteile noch Nachteile, mehr Nachteile als Vorteile oder nur Nachteile?

c) Und haben Sie persönlich durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union nur Vorteile, mehr Vorteile als Nachteile, weder Vorteile noch Nachteile, mehr Nachteile als Vorteile oder nur Nachteile?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- nur Vorteile
- mehr Vorteile als Nachteile
- weder Vorteile noch Nachteile
- mehr Nachteile als Vorteile
- nur Nachteile
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 21

Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie das sehr bedauern, ziemlich bedauern, wenig bedauern oder überhaupt nicht bedauern?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- sehr bedauern
- ziemlich bedauern
- wenig bedauern
- überhaupt nicht bedauern
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 22

Manche sagen, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung? Nutzen Sie für Ihre Antwort wieder das Thermometer, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet dabei, die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen. 10 bedeutet, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 23

Können Sie mir bitte sagen, wie viele Länder zurzeit Mitglied der Europäischen Union sind?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <X>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 24

Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob sie Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Wenn Sie sich unsicher sind, antworten Sie bitte mit „weiß nicht".

a) Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden von den nationalen Parlamenten gewählt. (falsch)
b) Auf der Europäischen Flagge gibt es einen Stern für jedes Mitgliedsland. (falsch)
c) Deutschland stellt ein Mitglied der Europäischen Kommission. (richtig)
d) Der Präsident der Europäischen Kommission wird direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt. (falsch)
e) Alle sechs Monate übernimmt ein anderes EU-Mitglied die Präsidentschaft in der Europäischen Union. (richtig)
f) Die Europäische Union wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet. (falsch)

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- richtig
- falsch
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 25

Viele Bürger sind in ihrer Freizeit in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Organisationen. Antworten Sie bitte bei jeder dieser Organisationen mit „ja", wenn Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität dieser Organisation teilgenommen haben. (Hinweis für Interviewer: Es geht um die aktive Beteiligung/Teilnahme des Befragten. Also den mehr oder weniger regelmäßigen Besuch von Trainingszeiten einer Sportgruppe oder Singstunden eines Chors. Die reine passive Mitgliedschaft ist nicht gemeint.)

a) Sportverein/Sportgruppe
b) kulturelle/künstlerische Vereinigung
c) Wohltätigkeitsverein/karitative Organisation
d) religiöse Organisation oder einer Gruppe einer Kirchengemeinde (damit ist nicht der Gottesdienstbesuch gemeint)

e) Umweltschutz-/Naturschutzorganisation
f) Menschenrechtsorganisation
g) Hilfsorganisation (Hinweis für Interviewer: Damit sind Feuerwehr, Rettungsdienst (Johanniter, DRK, Maltester) und Technisches Hilfswerk gemeint)
h) Tierschutzverein
i) Partnerschaftsverein (Hinweis für Interviewer: Damit sind Organisationen gemeint, die Fahrten und Begegnungen zu den Partnerstädten Ihrer Gemeinde/Stadt organisieren.)
j) Hobbyzüchterverein/Kleingärtnerverein
k) Bürgerverein/Bürgerinitiative
l) Selbsthilfegruppe
m) sonstiger Verein und/oder Organisationen

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 26

Ich habe hier noch eine weitere Frage zu den Organisationen, bei denen Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität teilgenommen haben. Befindet sich die <Organisationsbezeichnung> in <Stadtname>?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 27

Abgesehen von den Organisationen und Vereinen, von denen wir gerade gesprochen haben, gehören Sie einer Gruppe von Freunden oder Bekannten in <Stadtname> an, die regelmäßig Kontakt hat und nicht als Verein oder Organisation organisiert ist? (Hinweis für den Interviewer: Damit sind regelmäßige Treffen gemeint, z. B. Stammtisch, Jahrgänge, Freundeskreise, Cliquen)

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 28

a) An wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in einer Tageszeitung?

b) Und an wie vielen Tagen in der Woche hören Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Radio?
c) Und an wie vielen Tagen in der Woche sehen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Fernsehen?
d) Und an wie vielen Tagen in der Woche lesen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen im Internet?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- an allen sieben Tagen in der Woche
- an sechs Tagen in der Woche
- an fünf Tagen in der Woche
- an vier Tagen in der Woche
- an drei Tagen in der Woche
- an zwei Tagen in der Woche
- an einem Tag in der Woche
- seltener
- nie
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 29

a) Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten Kontakt zu einem Politiker aufgenommen? (Bsp. angerufen, Brief/E-Mail geschrieben)
b) Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten einen Leserbrief an eine Zeitung geschrieben?
c) Haben Sie sich in den vergangenen zwölf Monaten an einer Unterschriftenaktion beteiligt?
d) Haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 30 (Filter: Für alle Partizipationsformen, bei denen vorher mit „Ja“ geantwortet wurde)

a) Hatten Sie Kontakt zu einem Politiker in <Stadtname>?
b) Haben Sie einen Leserbrief an eine Zeitung in <Stadtname> geschrieben?
c) Haben Sie sich an einer Unterschriftenaktion in <Stadtname> beteiligt?
d) Haben Sie an einer Demonstration in <Stadtname> teilgenommen?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein

- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 31

Wenn es um Politik geht, sprechen viele Leute von „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich einstufen. Stellen Sie sich dazu wieder ein Thermometer vor, das von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Wo würden Sie sich einstufen?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl von 0 bis 10>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 32

Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei zu?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 33 (Filter: Wenn zuvor „ja“ angegeben)

Welcher Partei neigen Sie zu?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- SPD
- CDU
- FDP
- Bündnis 90/Grüne
- Die LINKE
- DVU/Republikaner/NPD
- Andere
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 34

Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, würden Sie zur

a) Wahl der Gemeindevertretung in <Stadtname> gehen? (Damit ist der Gemeinderat/Stadtverordnetenversammlung gemeint)

b) zur Wahl des Bürgermeisters in <Stadtname> gehen? (in Kassel/Wiesbaden: Oberbürgermeister)
c) zur Bundestagswahl gehen?
d) zur Europawahl gehen?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- nicht wahlberechtigt
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 35 (Filter = nur gestellt, wenn Befragter zur Bundestagswahl gehen würde)

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- SPD
- CDU
- FDP
- Bündnis 90/Grüne
- Die LINKE
- DVU/Republikaner/NPD
- Andere
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 36

Sind Sie selbst Mitglied…

a) in einer Gewerkschaft?
b) in einer Partei?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 37 (Demographie)

Geschlecht (wurde nicht/bzw. nur im Zweifel nachgefragt)

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- männlich
- weiblich

Frage 38

Vielen Dank für Ihre bisherigen Antworten. Sie wissen, dass wir das gesamte Interview nicht in Verbindung mit Ihrem Namen auswerten. Wichtig ist allerdings, wie einzelne Bevölkerungsgruppen denken und handeln, also Männer und Frauen, jüngere und ältere Menschen, Erwerbstätige und Rentner. Deshalb habe ich abschließend noch ein paar Fragen zu Ihrer Person und zu Ihrem Haushalt.

In welchem Jahr wurden Sie geboren?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <19XX>
- weiß nicht
k• eine Angabe

Frage 39

Welche Staatsbürgerschaft haben Sie?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen, Mehrfachnennungen möglich → doppelte Staatsbürgerschaft)

- deutsche Staatsbürgerschaft
- türkische Staatsbürgerschaft
- italienische Staatsbürgerschaft
- polnische Staatsbürgerschaft
- serbische Staatsbürgerschaft (auch Montenegro und Ex-Jugoslawien)
- kroatische Staatsbürgerschaft
- griechische Staatsbürgerschaft
- marokkanische Staatsbürgerschaft
- bosnische Staatsbürgerschaft (auch Bosnien-Herzegowina)
- spanische Staatsbürgerschaft
- amerikanische Staatsbürgerschaft
- österreichische Staatsbürgerschaft
- russische Staatsbürgerschaft
- portugiesische Staatsbürgerschaft
- afghanische Staatsbürgerschaft
- französische Staatsbürgerschaft
- britische Staatsbürgerschaft
- ukrainische Staatsbürgerschaft
- pakistanische Staatsbürgerschaft
- rumänische Staatsbürgerschaft
- iranische Staatsbürgerschaft
- eine andere Staatsbürgerschaft und zwar:
- staatenlos
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 40 (für alle in Frage 39 genannten Staatsangehörigkeiten fragen)

Seit wann haben Sie die <genannte Staatsangehörigkeit>?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- seit meiner Geburt (schon immer)
- <Jahreszahl erfragen>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 41

Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- protestantisch/evangelische Kirche
- römisch-katholische Kirche
- orthodoxe Kirche
- jüdische Gemeinde
- andere Religionsgemeinschaft, und zwar:
- Islam
- keine Religionsgemeinschaft
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 42

Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zum Gottesdienst? Ist das …

Antwortmöglichkeiten (vorgelesen)

- mehr als einmal in der Woche
- einmal in der Woche
- ein- bis dreimal im Monat
- mehrmals im Jahr
- seltener
- nie
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 43

Wie ist Ihr Familienstand? Sind Sie…

Antwortmöglichkeiten (vorgelesen)

- verheiratet → weiter mit Frage 45
- verheiratet, aber getrennt lebend
- geschieden

- ledig
- verwitwet
- sonstige, und zwar: (nicht vorgelesen)
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 44 (allen außer Verheirateten gestellt)

Wohnen Sie mit einem/r Lebensgefährten/-in zusammen?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 45

Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- Hauptschulabschluss (= Volksschule) → weiter mit Frage 47
- Mittlere Reife (Real-, Fach-, Handelsschulabschluss oder sonstiger mittlerer Abschluss) → weiter mit Frage 47
- Fachhochschulreife → weiter mit Frage 47
- Allgemeine Hochschulreife (Abitur) → weiter mit Frage 47
- Abgeschlossenes Studium an einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule → weiter mit Frage 47
- noch Schüler
- kein Schulabschluss → weiter mit Frage 47
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 46 (falls noch Schüler)

Welchen Schulabschluss streben Sie an?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- Hauptschulabschluss (= Volksschule)
- Mittlere Reife (Real-, Fach-, Handelsschulabschluss oder sonstiger mittlerer Abschluss)
- Fachhochschulreife
- Allgemeine Hochschulreife (Abitur)
- keinen Schulabschluss
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 47 (nicht gestellt, wenn Befragter noch Schüler ist)

Sind Sie zur Zeit …

Antwortmöglichkeiten (vorgelesen)

- berufstätig (auch Ausbildung) → weiter mit Frage 48
- in Rente, Pension, oder im Vorruhezustand → weiter mit Frage 51
- Hausfrau/Hausmann → weiter mit Frage 51
- Arbeitslos → weiter mit Frage 51
- im Erziehungsurlaub/Mutterschutz (auch sonstige Beurlaubung) → weiter mit Frage 51
- Student an einer Hochschule/Universität → weiter mit Frage 51
- im Wehr- oder Zivildienst (auch FSJ) → weiter mit Frage 51
- aus anderen Gründen nicht berufstätig → weiter mit Frage 51
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 48 (nur stellen, falls Befragter berufstätig ist)

Wie viele Stunden sind Sie insgesamt pro Woche berufstätig? Bitte nennen Sie die regelmäßig geleisteten Arbeitsstunden insgesamt.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Zahl>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 49 (falls der Befragte berufstätig ist)

Arbeiten Sie in <Stadtname> oder gehen Sie Ihrer Berufstätigkeit in einer anderen Gemeinde nach? (gemeint ist die Hauptbeschäftigung)

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- Ich arbeite in <Stadtname>
- Ich arbeite auswärts
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 50 (falls Befragter berufstätig ist)

Sind Sie…?

Antwortmöglichkeiten (vorgelesen)

- Arbeiter
- Angestellter
- Beamter (auch Richter und Soldaten)
- Selbstständig (auch Freiberufler)

- Auszubildender
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Frage 51

Welcher Bevölkerungsschicht ordnen Sie sich selbst zu? Der Oberschicht, der Mittelschicht oder der Unterschicht?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- Unterschicht
- Mittelschicht
- Oberschicht
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 52 (nur stellen, wenn Befragter Mittelschicht angibt)

Rechnen Sie sich eher zum oberen Teil der Mittelschicht, zum mittleren Teil der Mittelschicht oder zum unteren Teil der Mittelschicht?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- unterer Teil
- mittlerer Teil
- oberer Teil
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 53

Wie viele Personen leben ständig in ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? Denken Sie bitte auch an alle im Haushalt lebenden Kinder.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Anzahl>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 54

Und wie viele Personen, Sie selbst eingeschlossen, sind in Ihren Haushalt 15 Jahre und älter?

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <Anzahl>
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 55

Bitte nennen Sie mir das monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushalts, das heißt nach dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Rechnen Sie bitte dafür alle Einkommen aus Lohn, Gehalt und Selbstständigkeit zusammen; alle Einkommen aus Renten, Pensionen und Versicherungen; alle öffentlichen Zuwendungen wie Kindergeld und Wohngeld und eventuelle Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Antwortmöglichkeiten (nicht vorgelesen)

- <X> Euro
- weiß nicht
- keine Angabe

Frage 56 (wenn Einkommensfrage verweigert)

Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre Angaben absolut anonym und vertraulich behandelt werden. Vielleicht könnten Sie mir zumindest sagen, in welcher Größenordnung sich das Nettoeinkommen Ihres Haushalts bewegt. Liegt Ihr Haushaltseinkommen …

Antwortmöglichkeiten (vorgelesen)

- unter 500 Euro
- 500 bis unter 1000 Euro
- 1000 bis unter 1500 Euro
- 1500 bis unter 2000 Euro
- 2000 bis unter 2500 Euro
- 2500 bis unter 3000 Euro
- 3000 Euro oder mehr
- weiß nicht (nicht vorgelesen)
- keine Angabe (nicht vorgelesen)

Fragen an den Interviewer nach Beendigung des Gesprächs

Frage A

Wie war die Bereitschaft des/der Befragten, die Fragen zu beantworten?

Antwortmöglichkeiten

- sehr gut
- gut
- mittelmäßig
- schlecht
- sehr schlecht

Frage B

Wie interessiert war der Befragte während des Interviews?

Antwortmöglichkeiten

- sehr interessiert
- ziemlich interessiert
- wenig interessiert
- überhaupt nicht interessiert

Frage C

Hat der Befragte die Fragen gut verstanden?

Antwortmöglichkeiten

- Der Befragte hat alle Fragen gut verstanden
- Der Befragte hat die meisten Fragen gut verstanden
- Der Befragte hat die meisten Fragen nicht gut verstanden
- Der Befragte hat kaum eine Frage gut verstanden

Anhang 2:
Informationen zu den Kontextdaten

Um Informationen zum politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Gemeinden zu erhalten, fand im EiK-Projekt eine umfangreiche Sammlung von Kontextmerkmalen statt. Die wesentlichen Datenquellen werden an dieser Stelle kurz vorgestellt. Eine Übersicht der in dieser Publikation verwendeten Kontextmerkmale mit den Werten für die einzelnen Gemeinden findet sich auf der Projekthomepage unter www.europa-im-kontext.de.

Statistisches Landesamt Hessen
Mit der hessischen Gemeindestatistik lieferte das Hessische Statistische Landesamt wertvolle Daten zur Beschreibung der Gemeinden. Für das Projekt liegen für die Jahre 2000 bis 2008 unter anderem Daten aus den Bereichen Gebiet und Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft sowie Finanzen und Steuern der Gemeinden vor. Ergänzt wird diese Sammlung durch die lokalen Wahlergebnisse der Kommunen von 1977 bis 2006 sowie Informationen zu den Sitzverhältnissen in den Gemeindevertretungen. Außerdem liegen die Ergebnisse möglicher Bürgerentscheide für die 28 Kommunen vor.

Bundesagentur für Arbeit
Wichtige Indikatoren zur Analyse der wirtschaftlichen Situation einer Gemeinde stellte die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung. Dazu zählen die Zahl der Arbeitslosen, die Arbeitslosenquoten und die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften als Grundlage für die Berechnung der Hilfequote, die jeweils für die Jahre 2007 und 2008 zur Verfügung stehen. Hinweise zur lokalen Wirtschaftsstruktur bietet ferner der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in den einzelnen Wirtschaftssektoren.

GfK
Mit dem Kaufkraftindex sowie den Bevölkerungsstrukturdaten der GfK GeoMarketing stehen für die Analyse auch kommerzielle Daten zur Verfügung. Der Kaufkraftindex bezeichnet das verfügbare Einkommen ohne Steuern und Sozialabgaben inklusive Transferleistungen und wird pro Kopf und Jahr in Euro ausgewiesen. Die Bevölkerungsstrukturdaten informieren über die durchschnittliche Haushaltsgröße, den Anteil der Single-Haushalte, den Anteil der Haushalte mit und ohne Kinder sowie der Ausländerhaushalte. Zudem geben die Bevölkerungsstrukturdaten Aufschluss über den Anteil der Haushaltsnettoeinkommen in verschiedenen Einkommensklassen. Die kommerziellen GfK-Daten liegen für das Jahr 2008 vor.

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Ministerien
Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat die Zahlungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Jahre 2000 bis 2008 je Gemeinde zur Verfügung gestellt. Daten des Internetportals www.agrar-fischerei-zahlungen.de geben detaillierte Auskunft zu den Zahlungen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) sowie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Landeskriminalamt Hessen
Das Landeskriminalamt Hessen hat für die Jahre 2003 bis 2008 detaillierte Informationen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zusammengestellt. Die Häufigkeitszahl informiert dabei über die bekannt gewordenen Delikte, errechnet auf 100.000 Einwohner. Die Aufklärungsquote gibt Aufschluss über den Anteil der aufgeklärten Delikte an den bekannt gewordenen Fällen.

Kirchen
Die 28 Gemeinden gehören mit den Bistümern Fulda, Limburg und Mainz sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Hessen und Nassau sowie Rheinland unterschiedlichen (katholischen) Diözesen bzw. (evangelischen) Landeskirchen an. Die Diözesen und Landeskirchen haben Informationen zum Anteil der Katholiken bzw. Protestanten sowie zur Kirchgangshäufigkeit bereitgestellt.

Gemeinden
Für das Forschungsprojekt relevante Informationen konnten auch durch eine schriftliche Befragung der kommunalen Verwaltungen gewonnen werden. Dieser schriftliche Fragebogen bestand unter anderem aus Fragen zur lokalen Vereinsstruktur und zur Anzahl der lokalen Tageszeitungen sowie zu den Städtepartnerschaften.

Die Autorinnen und Autoren

Simone Abendschön ist seit April 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt. Zuvor war sie als Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Demokratie Leben Lernen“ am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung tätig, das politische Sozialisationsprozesse von Kindern untersuchte. Im Rahmen dieses Projekts entstand auch ihre Dissertation *Die Anfänge demokratischer Bürgerschaft. Sozialisation politischer und demokratischer Werte und Normen im jungen Kindesalter*, die 2010 bei Nomos erschienen ist. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kulturforschung, insbesondere auf Fragen politischer Sozialisation und politischer Bildung sowie politischer Partizipation und politischer Öffentlichkeit.
E-Mail: abendschoen@soz.uni-frankfurt.de

Marc Bühlmann ist Leiter und Herausgeber der *Année Politique Suisse*, des Jahrbuchs Schweizer Politik am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Seine Forschung konzentriert sich auf Politische Soziologie, Vergleichende Politik und Schweizer Politik. In seinen neuesten Veröffentlichungen analysiert er den Einfluss von Institutionen auf individuelles politisches Verhalten in internationalen, interkantonalen und interkommunalen Vergleichen. Er lehrt Demokratietheorien an der Universität Bern. Zudem war er Projektleiter und Begründer des *Demokratiebarometers*.
E-Mail: marc.buehlmann@ipw.unibe.ch

Thorsten Faas ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft, insbesondere Wählerverhalten an der Universität Mannheim und beschäftigt sich dort mit Wahlen, Wahlkämpfen und Wahlstudien. Er ist Sprecher des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ und Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung. Zu seinen jüngsten Buchpublikationen zählen: *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland*, Baden-Baden: Nomos 2010 sowie *Information – Wahrnehmung – Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden: VS 2010 (hrsg. mit Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher).
E-Mail: thorsten.faas@googlemail.com

Oscar W. Gabriel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Er forscht auf dem Gebiet der vergleichenden Analyse politischer Einstellungen und des politischen Verhaltens. Er ist Mitglied des deutschen Koordinationsteams für den *European Social Survey*. Jüngere Buchpublikationen sind: *Political Participation in France and Germany*. Wivenhoe Park: ECPR Press 2012 (hrsg. mit Silke Keil und Eric Kerrouche, im Druck), *Society and Democracy in Europe*. London: Routledge 2012

Jan W. van Deth, M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?*
DOI 10.1007/978-3-531-19249-9, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

(hrsg. mit Silke Keil, im Druck), *Wählerverhalten in der Demokratie*. Baden-Baden: Nomos 2012 (hrsg. mit Bettina Westle).
E-Mail: Oscar.gabriel@sowi.uni-stuttgart.de

Michael Hallermayer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Kommunikationswissenschaft (Öffentliche Kommunikation) am Institut für Medien und Bildungstechnologie der Universität Augsburg. Seine Hauptforschungsgebiete umfassen lokale Kommunikationsräume, Social Media, partizipativer Journalismus sowie Onlineforschuung. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Onlineforschung sowie der European Communication Research and Education Association.
E-Mail: michael.hallermayer@phil.uni-augsburg.de

Silke I. Keil ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für politische Systeme und politische Soziologie an der Universität Stuttgart. Ihr Forschungsgebiet bezieht sich auf die vergleichende politische Kulturforschung, insbesondere die Bereiche Partizipation, Sozialkapital und Ungleichheit sowie Wahlforschung. Sie war Geschäftsführerin der deutschen Teilstudie des *European Social Survey*. Jüngere Publikationen sind: *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2008*. Baden-Baden: Nomos 2012 (hrsg. mit Jan W. van Deth) und *Society and Democracy in Europe*. London: Routledge 2012 (hrsg. mit Oscar W. Gabriel, im Druck).
E-Mail: Silke.Keil@sowi.uni-stuttgart.de

Sebastian Kuhn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Hauptforschungsgebiete umfassen Politische Kultur- und Einstellungsforschung, empirische Demokratietheorie und Methoden der empirischen Sozialforschung. Er ist Geschäftsführer der *ECPR Standing Group Identity*.
E-Mail: sebastian.kuhn@uni-jena.de

Sigrid Roßteutscher ist Professorin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt bei folgenden Themen: Zivilgesellschaft/Sozialkapital, Politik und Religion, soziale und politische Partizipation, Werte- und Einstellungsforschung sowie Wahl- und Wählerforschung. Jüngere Buchpublikationen sind: *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt/New York: Campus 2011 (hrsg. mit Evelyn Bytzek). *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos 2011 (mit Hans Rattinger, Rüdiger Schmitt-Beck, Rüdiger, Bernhard Wessels et al.) und *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften*. Baden-Baden: Nomos 2009.
E-Mail: rossteutscher@soz.uni-frankfurt.de

Philipp Scherer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im Rahmen des DFG finanzierten Langfristprojektes „German Longitudinal Election Study“ (GLES) ist er für die Betreuung einer langfristig angelegten Analyse der Medienagenda zuständig. Er studierte Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politik- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Landau und Prag. Sein Forschungsinteresse liegt im Bereich der Wahl- und Einstellungsforschung.
E-Mail: scherer@soz.uni-frankfurt.de

Christian Schnaudt ist akademischer Mitarbeiter und Doktorand am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim. Zu seinen Forschungsinteressen zählen insbesondere politisches und soziales Vertrauen, politische Involvierung und Partizipation sowie der Einfluss institutioneller Charakteristika auf individuelles Verhalten.
E-Mail: schnaudt@uni-mannheim.de

Gilg U.H. Seeber ist ao. Universitätsprofessor für Statistik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Zu seinen Forschungsinteressen zählen Wahlen und Öffentliche Meinung.
E-Mail: gilg.seeber@uibk.ac.at

Markus Tausendpfund ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim und am Lehrstuhl für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die politische Einstellungs- und Verhaltensforschung, lokale Politikforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Seine an der Universität Mannheim angenommene Dissertation trägt den Titel: „Gemeinden als Fundament der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der politischen Unterstützung der Europäischen Union.“
E-Mail: Markus.Tausendpfund@uni-jena.de

Jens Tenscher ist Senior Scientist an der Kommission für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Seine Hauptforschungsgebiete umfassen politische Kommunikations-, Wahlkampf-, politische Kultur- und Parlamentarismusforschung. Er ist Co-Sprecher des *Arbeitskreises Politik und Kommunikation der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*. Jüngere Buchpublikationen sind: *Jugend, Politik und Medien. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz*. Wien: Lit 2012 (zus. mit Philipp Scherer) und *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Hrsg.).
E-Mail: jens.tenscher@oeaw.ac.at

Jan W. van Deth ist Professor für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim. Seine Hauptforschungsgebiete umfassen Politische Kultur, Sozialen Wandel und komparative Forschungsmethoden. Er ist unter anderem korrespondierendes Mitglied der *Königlichen Niederländischen Akademie der Künste und Wissenschaften* und Sprecher des deutschen Koordinationsteams für den *European Social Survey*. Jüngere Buchpublikationen sind: *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2008*. Baden-Baden: Nomos 2012 (hrsg. mit Silke Keil) und *New Participatory Dimensions in Civil Society. Professionalization and Individualized Collective Action*. London: Routledge 2012 (hrsg. mit William Maloney).
E-Mail: jvdeth@uni-mannheim.de

Angelika Vetter ist Privatdozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart. Ihre Hauptforschungsgebiete liegen in den Bereichen der vergleichenden lokalen Politikforschung sowie der vergleichenden politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung. In jüngster Zeit erschienene Werke sind z. B. *Local Politics: A Ressource for Democracy in Western Europe?* Lanham, MD: Lexington Books 2007, *Lokale Politikforschung heute*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (herausgegeben gemeinsam mit H. Heinelt 2008); *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (herausgegeben 2008).
E-Mail: angelika.vetter@sowi.uni-stuttgart.de

Bettina Westle ist Professorin für Politikwissenschaft, Schwerpunkt Methoden und Empirische Demokratieforschung an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Hauptforschungsgebiete umfassen Politische Kultur, politische Partizipation und Methoden der Befragung. Sie ist u. a. Mitglied im ALLBUS Beirat. Jüngere Publikationen sind: *Politisches Wissen in Deutschland. Ein Vergleich von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen Deutschen*. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42, Nr. 4, 2011, S. 835–850; *European Identity as a Contrast or an Extension of National Identity?* In: Samuel Salzborn, Eldad Davidow, Jost Reinecke (Hrsg.): Methods, Theories, and Empirical Applications in the Social Sciences. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, S. 249–254.
E-Mail: westle@staff.uni-marburg.de

Sonja Zmerli ist derzeit als Vertretungsprofessorin des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft III an der Universität Mannheim tätig. Ihre Themenschwerpunkte umfassen in vergleichender Perspektive Sozialkapital, politische Unterstützung, politische und soziale Partizipation, soziale Ungleichheit und wohlfahrtsstaatliche Regime. Ihre jüngsten Veröffentlichungen erschienen in *European Political Science Review*, *Amercian Behavioral Scientist* und *Public Opinion Quarterly* und als Buchpublikation *Political Trust. Why Context Matters*. Colchester: ECPR Press 2011 (hrsg. mit Marc Hooghe).
E-Mail: zmerli@soz.uni-frankfurt.de